

Paul von Mitrofanov

JOSEPH II.

Seine politische und kulturelle Tätigkeit

Aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt

von

V. von Demelič

Mit einem Geleitwort von Dr. Hanns Schlitter

I. Teil

Wien und Leipzig
C. W. Stern
1910

Paul von Mitrofanov

JOSEPH II.

Seine politische und kulturelle Tätigkeit

Aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt

von

V. von Demelič

Mit einem Geleitwort von Dr. Hanns Schlitter

Wien und Leipzig

C. W. Stern

1910

Paul von Mitrofanov

JOSEPH II.

Seine politische und kulturelle Tätigkeit

Aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt

von

V. von Demelič

Mit einem Geleitwort von Dr. Hanns Schlitter

1. Teil

Wien und Leipzig

C. W. Stern

1910

Gesellschafts-Buchdruckerei Brüder Hollinek, Wien III. Erdbergstraße 3.

Geleitwort.

Maria Theresia und ihre Familie bildeten während der Fehde um die Verwirklichung der großdeutschen Idee und in den Tagen des liberalen Regimes ein beliebtes Thema österreichischer Geschichtsforschung. Denn wie überall, so blieben auch in Österreich politische Strömungen nicht ohne Einfluß auf die Historiographie; gern verweilte man bei der großen Kaiserin und ihren Söhnen, die — wenn auch verschieden in den Mitteln — die Bildung eines von deutschem Geist erfüllten Einheitstaates angestrebt hatten.

In streng wissenschaftlicher Hinsicht jedoch ward die Gesamttätigkeit Josephs II. beiweitem nicht in dem Maße zur Darstellung gebracht wie die Regierung Maria Theresias. Hier Arneths monumentales Werk, dort Panegyrika nach dem Schlage Groß-Hoffingers. Der Grund mag wohl darin liegen, daß österreichische Historiker, die von liberalen Ideen erfüllt waren, die Legende nicht zerstören wollten, die sich um den volkstümlichen Kaiser spann. Denn je tiefer sie in die Schachte der Archive drangen, um so mehr mußten sie erkennen, daß der Liberalismus Josephs II. in den Bereich der Legende gehöre. Aber auch die Widersacher liberaler Geschichtschreibung wagten sich nicht an die Aufgabe; denn auch bei ihnen stand die Zerstörung einer Legende auf dem Spiel.

Liest man die Denkschriften und Resolutionen Josephs II., so glaubt man schier, daß er sich den Sonnenkönig zum Vorbild genommen habe. Er war ein Despot, wenn auch im edelsten Sinne. Er verwertete die Lehren der französischen Ökonomisten. Der Staat galt ihm als der oberste Zweck, dem

sich alles unterzuordnen hatte und dem jedes historische Recht zum Opfer fallen mußte. Denn Joseph II. wollte ein starkes Österreich. Die Länder waren ihm nur Teile eines Körpers; alle Provinzen der Monarchie sollten ein Ganzes ausmachen und alle Kräfte des Volkes auf ein gemeinsames Ziel — Österreichs Macht — gerichtet sein.

Die Staatseinheit vor Augen, zentralisierte Joseph II. die Verwaltung. Er hob daher die Landesausschüsse auf und übertrug ihre Agenden den Gubernien, denen zwei Verordnete als Räte mit Sitz und Stimme beigegeben wurden. Er machte es den Ständen unmöglich, die Steuern zu verweigern und über die Landesfonds zu verfügen. Er vereinigte die Länderstellen kleinerer Provinzen und verschmolz die böhmisch-österreichische Hofkanzlei, die Hofkammer und die Ministerial-Bankodeputation zur vereinigten Hofkanzlei unter einem Chef — verwirklichte also denselben Gedanken, den einst Haugwitz vorgebracht und Kaunitz bekämpft hatte: die Verwaltung des Innern und der Finanzen in eine Hand zu legen. Er vereinigte ferner die illyrische und die siebenbürgische Hofkanzlei mit der ungarischen, wogegen die Agenden der galizischen Hofkanzlei an die vereinigte Hofkanzlei gelangten. Die Buchhaltereien in den einzelnen Ländern, selbst die lombardische und die niederländische Rechenkammer wurden der Hofrechenkammer in Wien unterstellt und dieser auch die Aufsicht über die Buchhaltereien in Ungarn und Siebenbürgen anvertraut.

Die in diesen Zentralstellen behandelten Fragen wurden in Kommissionen erledigt, die aus Staats- und Konferenzministern und aus Staatsräten zusammengesetzt waren.

Ferner regelte Joseph II. die Kreisämter, denen alle Kreiseinwohner ohne Rücksicht auf den Stand unterworfen wurden. Er beseitigte die alten Kommunalverfassungen, indem er die Rechtspflege vom Staat bezahlten Richtern, die Verwaltung den Magistraten überwies, deren Besetzung sich die Regierung vorbehielt. Andere Erlasse betrafen die Errichtung einer Zensur-Hauptkommission in Wien für sämtliche Erblande, die von Polizeidirektionen in den Hauptstädten und die Verlegung von Regimentern aus einer Provinz in die andere zum Zweck der Ausbildung der Gesamtstaatsidee.

Die zentralistischen Maßregeln Josephs II. erstreckten sich auch auf das Gebiet der Rechtspflege. Strenger sollte fortan die Justiz von der Verwaltung geschieden sein. Deshalb erfolgte die Aufhebung der bei den Gubernien bestehenden Justizsenate. Ein gleichförmiger Instanzenzug wurde eingeführt: erste Instanz waren die Ortsgerichte für Nichtadelige und Nichtprivilegierte und die Landrechte für Adelige, Klöster und den Fiskus; zweite Instanz die Appellationgerichte; dritte Instanz die oberste Justizhofstelle in Wien, an die jedoch nur appelliert werden konnte, wenn die Entscheidungen der beiden unteren Instanzen nicht übereinstimmten. Die Rechtspflege wurde in allen Instanzen, die Ortsgerichte ausgenommen, durch Richter ausgeübt, die der Kaiser ernannte und der Staat bezahlte. Weiters erfolgten die Kundmachung der allgemeinen Gerichts- und der allgemeinen Konkursordnung, die Regelung des Eherechtes und der gesetzlichen Erbfolge, die Herausgabe des ersten Teiles (Personenrecht) des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, des allgemeinen Gesetzbuches über Verbrechen und deren Bestrafung und endlich die Kundmachung der Kriminalgerichtsordnung.

Seinen Zentralisationsideen gemäß setzte Joseph II. die geistliche Hofkommission ein; er arrondierte die Kirchensprengel und suchte durch Abgrenzung der inländischen Bistümer die kirchliche Einteilung mit der politischen in Einklang zu bringen.

Die kirchlichen Reformen nahm Joseph II. aus denselben Gründen in Angriff, die ihn bei seinen Neuerungen auf dem Gebiete der Verwaltung und der Rechtspflege leiteten — keineswegs als Freigeist. Verfielen doch diejenigen Sekten, die keiner der geduldeten Konfessionen angehörten, den härtesten Strafen und durfte doch an der herrschenden Staatsreligion nicht gerüttelt werden. Da sei an das Rundschreiben vom 26. April 1782 erinnert, worin es heißt, »daß die Aufrechterhaltung der allein seligmachenden katholischen Religion, deren Aufnahme und Verbreitung unveränderlich Seiner Majestät teuerste Pflicht und angelegenste Sorgfalt bleibt«.

Für den frommen Sinn des Kaisers sprach ferner, daß er die Pfarren vermehrte und dadurch ermöglichte, daß religiöse

Gefühle selbst im kleinsten Dorfe Befriedigung fanden. Da durfte ihm wohl eines Tages kein geringerer als der Heilige Vater das Lob zollen, »er habe einen großen Fonds von Religion und sei der beste Katholik der Welt«.

Die sogenannte Kirchenfeindlichkeit Josephs II. wurzelte daher nicht in der religiösen, sondern vielmehr in der politischen Überzeugung. Der Kaiser sah in Rom eine auswärtige Macht, der er keine Einwirkung auf die inneren Verhältnisse Österreichs gestatten wollte. Deshalb das Placetum regium für alle päpstlichen Bullen, selbst die dogmatischen Inhalts; die Unterbindung des Verkehrs der Orden mit ihren ausländischen Oberen; die Ausstattung des Episkopats mit Befugnissen, die bisher der Papst ausgeübt hatte; deshalb die Erziehung des Klerus unter staatlicher Aufsicht, die Ablehnung der geistlichen Zensur und die Vergebung der Benefizien im Lombardischen. Auf wirtschaftliche Beweggründe ist das Toleranzpatent zurückzuführen: Neue Talente und neue ökonomische Quellen sollten dem Staate gesichert und erschlossen werden; die Juden wollte Joseph II. zu Ackerbau und Handwerk heranziehen; derselben Politik gemäß wurden Klöster aufgehoben, die ein beschauliches Leben führten.

Joseph II. war auch jederzeit auf Sparsamkeit im Haushalt des Staates bedacht; er selbst gab das glänzendste Beispiel, indem er sich einfacher und bürgerlicher Lebensweise befliß. Hochherzige Freigebigkeit legte er hingegen an den Tag, sobald es sich um die Errichtung von Anstalten handelte, welche das Staatswohl, die Humanität und die Bildung fördern sollten. Er befreite den Gedankenverkehr von den Fesseln der Zensur und erlöste den Landmann vom Joche der Leibeigenschaft. So wurde Joseph II. zum Wohltäter seiner Untertanen.

Derselbe revolutionäre Zug, der sich in Josephs innerer Politik zeigt, geht auch durch seine äußere Politik. Aber an der konservativen Haltung Frankreichs scheiterte die Forderung, die Scheldesperre aufzuheben, an der Haltung Preußens der wieder aufgegriffene Plan, die Niederlande gegen Bayern auszutauschen; den imperialistischen Gelüsten Josephs beugte Friedrich II. durch Gründung des deutschen Fürstenbundes

vor. Von da an legte Joseph II. in deutschen Reichsangelegenheiten größte Zurückhaltung an den Tag und auch den episkopalen Bestrebungen der deutschen Kirche stand er kühl gegenüber. Es fehlte zwar nicht an Stimmen, die verlangten, daß der Fürstenbund »ein Bund des Kaisers und der ganzen Nation« werde. Joseph II. hatte indes andere Pläne gefaßt: Sein schöner Gedanke, mit Preußen in ein enges Freundschaftsverhältnis zu treten, war an dem Widerspruche des Staatskanzlers gescheitert; so gab er sich der russischen Allianz preis, der unheilvollsten für das damalige Österreich, da sie mit dazu beitrug, Rußlands Machtstellung am Schwarzen Meer und in den Donauländern zu befestigen.

Ruhmvolle Taten vollbrachte die kaiserliche Armee im Donauland; auf Belgrads Zinnen flatterte wieder Habsburgs Banner. Die letzte Freude war's, welche des Kaisers kranke Brust erfüllte. Das bittere Leid jedoch wog sie nicht auf, das Joseph, bereits dem Tod geweiht, erleben mußte: hinterrücks lauerte der preußische Gegner, dem Bundesgenossen von 1756 drohte Verlust seines Thrones, überall züngelten Flammen empor und schon hatte verheerender Brand die äußersten Grenzen des Reiches, Belgien und Ungarn, ergriffen. So war das Ende beschaffen, verursacht durch Josephs II. zu weit ausgreifende zentralistische Ideen und nicht zum mindesten durch die unheilvolle auswärtige Politik seines Kanzlers.

Mit Stolz und wohl auch mit Wehmut blickt der Österreicher auf die Erscheinung des Kaisers, der Europa bereist hat, um die besten Einrichtungen, die er kennen gelernt, in seinen Staaten einzuführen; der, ein habsburgischer Harun-al-Raschid, eine der populärsten Gestalten der österreichischen Vergangenheit geworden ist. Für alle Zeit lebt er im Herzen des dankbaren Volkes und zahllose Erinnerungen knüpfen sich an seinen Namen. Es ist, als sehe man ihn noch in schlichtem Soldatenrock, den er als der erste Kaiser statt des prunkvollen Hofkleides trug, im Kontrollorgang der Wiener Hofburg stehen, die blauen Augen voll Güte auf die Bittsteller gerichtet, deren Gesuche er mit den Worten entgegennimmt: »Bin ich nicht euer Vater und euer Freund?« — — —

Und nun ist uns, gelind gesagt, zu unserer Beschämung, ein junger russischer Gelehrter zuvorgekommen: Professor Paul von Mitrofanov hat, allerdings in russischer Sprache, das erste umfassende wissenschaftliche Werk über Joseph II. geschrieben. Seine Arbeit — sein Erstlingswerk zugleich — verdient größte Beachtung.

Mitrofanov sucht hauptsächlich folgendes nachzuweisen:

Der aufgeklärte Despotismus entspricht mit nichten dem Regierungssystem der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts; denn die Reformen, welche die Monarchen jener Zeit in Angriff genommen hatten, ergaben sich aus der Staatsraison und sind keineswegs als die Folge und der Ausdruck der philosophischen Theorien anzusehen. Diese hatte am allerwenigsten Joseph II. in sich aufgenommen, da er weder einer philosophischen Richtung angehörte, noch in philosophischer Beziehung Dogmatiker war. Einzig und allein in der Schule Maria Theresias aufgewachsen, setzte er die Politik dieser Fürstin fort.

Vor der Hoheit und Allgewalt des Staates mußten alle Sonderinteressen verschwinden. Sämtliche Neuerungen Josephs II. dienten ausschließlich dem einen Zweck: das Wohl und die Macht des Staates zu fördern, dessen erster Diener der Kaiser selbst war; und eben der Kaiser hatte zu bestimmen, was dem Staate fromme — darin bestand der Despotismus Josephs II.

Die Reformen dieses Monarchen erlitten keineswegs einen vollständigen Zusammenbruch, wie man es bisher angenommen hat; nur in den Niederlanden war es der Fall.

Die Opposition gegen Joseph II. konnte sich gewaltig entwickeln, da der Kaiser die Interessen aller Volksstämme und Klassen des Reiches geschädigt und an dem, was seinen Untertanen lieb und wert war, mit rauher Hand gerührt hatte.

Indes: nicht so sehr in der Verteidigung und Entwicklung dieser Anschauungen liegt der Wert des Mitrofanovschen Buches, als darin, daß zum erstenmal auf Grund authentischer Berichte und mit Benützung der Flugschriftenliteratur die ganze Reformtätigkeit Josephs II. und vor allem die Volkstimmung zur Darstellung gebracht werden.

Schon deshalb mag die deutsche Übersetzung des Werkes, trotz manchen Mängeln, die es aufweist, gerechtfertigt erscheinen. Sie stammt aus der Feder der bekannten Schriftstellerin Vera von Demelič, die — unserem Dafürhalten nach — die ungemein schwierige Aufgabe mit großem Geschick gelöst hat.

Verleger C. W. Stern und Redakteur Adolf Neumann haben sich, was hier hervorgehoben werden soll, um das Zustandekommen dieser deutschen Ausgabe kein geringes Verdienst erworben.

Wien, im Januar 1910.

Hanns Schlitter.

Vorwort.

Das vorliegende Buch ist die Frucht fast achtjähriger Arbeit. Es versteht sich von selbst, daß diese Zeit für ein detailliertes, umfassendes, erschöpfendes Studium der genannten Periode nicht genügt — dazu wäre ein ganzes Menschenleben erforderlich. Deshalb mußte der Verfasser, der ein möglichst synthetisches Werk liefern wollte, auf vollständig gleichmäßige Ausarbeitung des vorhandenen Materials verzichten und sein Hauptaugenmerk bloß einer Seite der Epoche zuwenden, nämlich der Opposition gegen die josephinischen Reformen, die bisher noch gar nicht einem speziellen Studium unterzogen worden war. Ihrer Darstellung ist daher in jedem Kapitel ein besonderer Abschnitt gewidmet und sie beruht ausschließlich auf dem Studium sowohl gedruckter als unedierter Quellen. Gleiches ist auch bei den Abschnitten der Fall, die sich mit der Auslegung der Quellen befassen, und bei den Kapiteln, die eine Charakteristik Josephs II. und eine Beschreibung seiner Heeresreformen enthalten; in den übrigen Kapiteln sind die Fragen mit Hilfe von Spezialwerken erläutert. Besonders viele solcher Fragen finden sich in dem Teil des Buches, der von der äußern Politik Josephs II. handelt, und in dem, der sich auf die vorbereitende Tätigkeit Maria Theresias bezieht. Neben diesen wird nur in Kürze angedeutet: 1. alles, was nicht in direkter Beziehung zu dem Plan des Werkes steht, zum Beispiel biographische Details über Joseph II. und die Geschichte der Kriegsereignisse zwischen 1788—1790. 2. Fragen, die in der Spezialliteratur mehr oder weniger eine Erläuterung gefunden haben, wie zum Beispiel die Geschichte der belgischen Revolution und der ungarischen Agitation;

3. endlich alles, was eine Wiederholung schon ausgearbeiteten Materials wäre, wie zum Beispiel die Analyse der lombardischen Neuerungen, die ein förmlicher Abklatsch der belgischen Reformen waren. Der Autor ist sich bewußt, daß sein Werk bedeutende Lücken aufweist, und er hält es für nötig, hierfür als Entschuldigung anzuführen, er habe keineswegs eine umfassende und vollständige Geschichte der josephinischen Epoche schreiben, sondern vielmehr eine bescheidene historische Skizze liefern wollen.

Inhalt.

Erster Teil.

Zweiter Teil.

Erstes Kapitel.

Zweites Kapitel. Seite

Äußere Politik.

Drittes Kapitel.

Die administrative Reform.

Viertes Kapitel.

Militärreform.

Fünftes Kapitel.

Finanzielle und wirtschaftliche Reformen.

Seite

Neuntes Kapitel.

Schulreform und Zensur.

Seite

Schlußwort.

Abkürzungen.

B. A. — Kön. Preußisches Geheimes Staats-Archiv in Berlin.
D. A. — Kön. Sächsisches Haupt-Archiv in Dresden.
H. A. — Großherzoglich-Hessisches Geheimes Haus- und Staatsarchiv in Darmstadt.
P. A. — Archives du Ministère des Affaires Étrangères à Paris.
St. A. — Steiermärkisches Landesarchiv zu Graz.
Stadt-Archiv — Archiv der Haupt- und Residenzstadt Wien.
U. A. — Kön. Ungarisches Landes-Archiv in Budapest.
W. A. Archiv des k. k. Ministeriums des Innern in Wien.
A. h. — Allerhöchst.
A. u. — Alleruntertänigst.
b. ö. — böhmisch-österreichische.

Erster Teil.

I.

Allgemeine Bemerkungen.

Bei der Erforschung der josephinischen Epoche darf man über nichts weniger klagen als über den Mangel an Quellen; sagen wir es geradezu, manchmal sind ihrer zuviel. Aus Hunderten von gedruckten Werken, aus dicken Bündeln von Zirkularen und Erlassen, die in Bibliotheken aufbewahrt werden, aus vergilbten in Archiven verwahrten Papieren kann man manchmal nur mit Mühe Nachrichten herausfinden, die wirklich brauchbar sind, und die Durchsicht von Dokumenten, die dem Inhalt nach vollkommen identisch, aber dem Aussehen nach verschieden sind, erschöpft oft die Aufmerksamkeit bis aufs äußerste. Der Flugschriften gar nicht zu gedenken, die meistens zwischen dem Donner der Deklamation und dem Geklingel billiger Witze kaum zwei oder drei gescheite Gedanken enthalten. Die Durchsicht der Landtagsprotokolle von 1780—90 ergibt Resultate, die durchaus der darauf verwandten Zeit und Arbeit nicht entsprechen; es ist viel Geduld und Mühe erforderlich, will man nicht von der Masse des Materials erdrückt werden. Andrerseits muß man in gewissen Fällen den Verlust so manches kostbaren Materials beklagen: den amtlicher Akten jener Zeit, die zur »zeitweiligen Aufbewahrung« und »Skartierung« (Kanzleiausdrücke, die noch heute üblich sind) bestimmt waren, in der Tat aber nicht aufgehoben wurden, sondern in die Stampfmühle wanderten. Besonders viele Opfer brachte das Archiv des Handelsministeriums in Wien dem kleinlichen fiskalischen Interesse. Eine ganze Reihe von Klagschriften österreichischer und ausländischer Kaufleute

über die Einführung des verschärften protektionistischen Systems unter Joseph II. ging verloren; das ist jedoch nur einer von den vielen Fällen, die sich oft genug wiederholen.

Eine Frage, die vor einigen Jahrzehnten alle Historiker, die selbständige Forschungen unternahmen, beschäftigte, nämlich die Frage der Zulassung zu den Archiven, ist jetzt in ganz Westeuropa auf die beste Weise gelöst; denn nur solche Dokumente dürfen nicht veröffentlicht werden, welche Ereignisse einer uns zu naheliegenden Zeit oder Familiengeheimnisse der regierenden Häuser betreffen. Die Erlaubnis, in den Archiven zu arbeiten, erhält man sehr leicht und die Beamten sind nach Kräften bestrebt, Forschungsarbeiten zu fördern. Ich benütze den Anlaß, um den Herren Archivaren von Berlin, Brüssel, Budapest, Wien, Darmstadt, Dresden und Paris, die mir mit Rat und Tat beigestanden sind, meinen tiefsten und aufrichtigsten Dank auszusprechen.

Die Quellen, aus denen für die vorliegende Arbeit geschöpft worden ist, bestehen vornehmlich aus folgenden Gruppen:

II.

Briefwechsel Josephs II. mit Staatsmännern.

Der Kaiser hat leider keinerlei Aufzeichnungen hinterlassen, in denen er, wie dies z. B. Friedrich II. getan, seine politischen Ideen ausgesprochen hätte. Joseph war immer weit entfernt von jeder Ideologie und Theoretisierung; das einzige, was ihn interessierte, war praktische Arbeit, lebendige oder schriftliche — jedenfalls aber eine solche, die sich auf einen konkreten Fall bezog. Bei derartigen Anlässen äußerte er sich gern, oft sogar wortreich, ungeachtet der sonstigen Kürze und Trockenheit seines Stils, und die zahlreichen Briefe, die er an seine Verwandten, an die »verbrüderten« Herrscher, an die höchsten staatlichen Würdenträger richtete, werfen helles Licht auf seine politische Tätigkeit und seine Weltanschauung. Dank der Tätigkeit so eifriger und begabter Forscher wie Arneth, Wolf, Brunner, Calvi, Beer und in letzter Zeit Schlitter wurde das trockene archivalische Material kritisch gesichtet und

der Öffentlichkeit zugänglich gemacht[1]). Der Pionier dieser Arbeit war Arneth, der damit die österreichische Geschichtsforschung mit einemmal auf die Höhe der modernen wissenschaftlichen Anforderungen hob. Vor ihm sah die Welt nur gefälschte Briefe Josephs II.[2]) und unbedeutende Bruchstücke von Schreiben, die im Jahre 1790 von der revolutionären belgischen Regierung veröffentlicht worden waren, eine bestimmte Tendenz verfolgten und daher äußerst einseitig sind. Viel Unbehobenes liegt allerdings noch heute in den Faszikeln der verschiedenen Archive, aber man darf hoffen, daß bei dem unermüdlichen Fleiße der Gelehrten Westeuropas alles bis jetzt noch Unbekannte in nicht allzu ferner Zeit veröffentlicht sein wird.

Nicht die ganze Korrespondenz Josephs hat den gleichen historischen Wert. In erster Reihe stehen natürlich diejenigen Briefe, die von ihm geschrieben oder die an ihn gerichtet sind. Er wußte begreiflicherweise besser als alle anderen, was er wollte, und er konnte es besser als alle anderen aussprechen; denn seine Stellung als unumschränkter Herrscher, der sich an Untergebene oder Gleichgestellte wendet, befreite ihn von der Notwendigkeit, seine Gedanken schön zu färben. Wie wichtig dieser Umstand ist, erhellt z. B. aus dem Vergleiche der Briefe Josephs an Katharina II. mit denen, die der Kaiser an den General d'Alton, den Oberbefehlshaber der niederländischen Truppen, gerichtet hat. Die russische Kaiserin war ihm notwendig oder er hielt sie wenigstens dafür; er warb um ihre Gunst, fürchtete ihre Unzufriedenheit, begehrte ihre Hilfe. In seinen Briefen an die »nordische Semiramis« zerfließt Joseph, der gewöhnlich sogar gegen Damen gallig und schroff war, in übertriebenen Komplimenten, er schmeichelt ihrem Verstande und ihrer Macht, erhebt ihre Maßregeln bis

[1]) Eine bibliographische Sammlung dieser Bestände gibt es nicht. Die wichtigsten Publikationen außer den letzten, von Schlitter herausgegebenen, in Krones: »Handbuch der Geschichte Österreichs« 1879, IV, 473 u. 302.

[2]) Die sogenannten »Konstantinopler« Briefe Josephs erhielten ihren Namen nach dem fälschlich angegebenen Ort ihrer Ausgabe. Bis in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts führten sie alle Forscher irre. Arneth gelang es, die Fälschung nachzuweisen.

zum Himmel und nennt sich ihren ergebenen Diener[1]). Daß derartige Ausdrücke nicht für bare Münze genommen werden dürfen beweisen seine offenherzigen Briefe an Kaunitz, in denen er nicht selten sehr unzufrieden und scharf ironisch von »seiner teuren Freundin und Bundesgenossin« spricht[2]). Und so geht es auf dieser Stufenleiter fort: je nach der Stellung der Persönlichkeit, an welche des Kaisers Briefe gerichtet waren, nahm seine Offenheit zu und seine Liebenswürdigkeit ab. Mit seinem Schwager Ludwig XVI. ging er weit schroffer um als mit Katharina[3]), aber dafür auch aufrichtiger; seinen Gesandten in Frankreich, den Grafen Mercy, schont er noch als eine sehr notwendige Persönlichkeit, er gestattet sich ihm gegenüber keine scharfen Ausfälle und weiht ihn in alles ein[4]); aber einer in gewisser Beziehung so unbedeutenden Persönlichkeit gegenüber, wie d'Alton es war, ist Joseph schon ganz aufgeknöpft, er gibt ihm einerseits ohne Scheu den Befehl, auf das »belgische Gesindel« zu schießen und andrerseits tadelt er ihn schonungslos wegen ungeschickter Dispositionen[5]). Die einzige Ausnahme in dieser Beziehung bildet Josephs Briefwechsel mit Maria Theresia. Seine Mutter liebte, verehrte er und aus angeborenem, anerzogenem Gefühl für Disziplin erfüllte er gewissenhaft ihre Befehle. Gegen sie war er ehrerbietig und zugleich offenherzig, liebenswürdig und aufrichtig, artig und gehorsam[6]). Kam es zwischen ihnen zu Meinungsverschiedenheiten oder Mißverständnissen — und deren gab es oft genug, — so bekannte der Kaiser offen

[1]) Siehe Arneth: »Joseph II. und Katharina von Rußland. Ihr Briefwechsel.« 1869.

[2]) Siehe z. B. Beer: »Joseph II., Leopold II. und Kaunitz. Ihr Briefwechsel.« 1873, 242, 243.

[3]) Siehe z. B. Arneth: »Marie Antoinette, Joseph II. und Leopold II. Ihr Briefwechsel.« 1873, 242, 243.

[4]) Siehe Arneth und Flammermont: »Correspondance secrète du Comte de Mercy-Argenteau avec l'Empereur Joseph II et le Prince de Kaunitz« 1889, V. 2. Joseph teilt z. B. dem Grafen einen aufgefangenen Brief aus Preußen mit. (I. 10.)

[5]) Siehe »Recueil des lettres originales de l'Empereur Joseph II. au général d'Alton«. 1790.

[6]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« 1867, z. B. I., 238—240.

seine Ansicht, er bat aber immer um Vergebung für den Schmerz, den er ihr verursache. Man kann deshalb den Briefen Josephs an seine Mutter und an seine Untergebenen volles Vertrauen entgegenbringen; in ihnen sind die wahren Pläne und Absichten des Kaisers ohne Falsch und Hehl niedergelegt und sie geben ein getreues Abbild der Ereignisse.

Weniger glaubwürdig sind die Briefe, die an Joseph gerichtet sind; die Ursache hierfür liegt eben wieder in seiner Stellung als Kaiser und als Haupt einer der mächtigsten Monarchien Europas. In den offiziellen Mitteilungen behält die politische Berechnung immer die Oberhand über die Wahrheit, die übrigens auch niemand aufzudecken wünschte. Joseph war eigentlich mit keinem der gekrönten Häupter befreundet, brachte niemand so aufrichtige Gefühle entgegen, wie sie z. B. Alexander II. und Friedrich Wilhelm III. für einander hegten. Die Verwandten fürchteten ihn mehr als sie ihn liebten, und waren daher ihm gegenüber nicht sehr offenherzig. Nur Maria Theresia konnte dank ihrer besondern Stellung, durfte ihrem Sohn bittere Wahrheiten ins Gesicht sagen; sie vergötterte ihn, scheute sich aber nicht, ihn zu tadeln; sie bewunderte ihn, hörte aber nicht auf, über seine Fehler zu seufzen, indem sie doch gleichzeitig in ihm ihre beste Stütze sah. Die Ansichten und Urteile dieser klugen Frau, die das Leben und die Menschen kannte, die das feinfühlige Herz einer Mutter besaß und eine in Geschäften erfahrene Herrscherin war, sind äußerst wertvoll für die Charakterzeichnung Josephs II. Dafür gelang es diesem nicht immer, von seinen Untergebenen die Wahrheit zu hören: sie fürchteten ihn gar sehr ob seiner schroffen Ausfälle und raschen Entschlüsse; die schwache Seite des despotischen Regimes gab sich auch hier zu erkennen. Die einzige Ausnahme bildete Fürst Kaunitz, der, stolz auf seine Unentbehrlichkeit und seine Talente, weder kühne Worte noch kühne Gedanken scheute und seinem Herrn ebenso gerade heraus die Wahrheit sagte wie seiner Umgebung [1]. Seine Briefe, voll Leben, Feuer und tiefen Verständnisses für die Ereignisse, bilden

---

[1]) Z. B. Beer op. zit. 207.

eine ungemein lehrreiche und anregende Lektüre. Die übrigen Persönlichkeiten, die dem Kaiser nahe standen, entschädigten sich für ihre Zurückhaltung, indem sie ihrem Groll und ihrer Mißbilligung in Briefen Luft machten; hier wird Joseph in einem sehr ungünstigen Lichte dargestellt, denn die Wahrheit machte oft der Unzufriedenheit Platz[1]); das muß man stets berücksichtigen, wenn man diese Gattung von Korrespondenzen benützt. Nichts ist leichter, als in Parteilichkeit zu geraten, läßt man sich durch die wertvollen Überlieferungen jener Tage zu stark beeinflussen.

III.

Regierungserlasse.

Die Epoche Josephs II. war eine Zeit fieberhafter Tätigkeit in den offiziellen Sphären und die alles umfassenden Reformen des Kaisers mußten bei der bureaukratisch-zentralistischen Gestaltung der Monarchie unvermeidlich im Wege von Kanzleireglements und Verordnungen vor sich gehen. Wenn die Bezeichnung »Papierregiment« auf irgendeine Regierung paßt, dann ist es auf die Kaiser Josephs II. Erlaß folgte auf Erlaß, Zirkulare häuften sich auf Zirkulare, eine Verordnung ersetzte die andere. Schon zu Anfang des Jahres 1784 zählte der preußische Gesandte Riedesel mehr als 600 neu herausgegebene Edikte und er bemerkte nicht ohne Ironie, daß bei einer solchen Wirtschaft die Sammlung sehr umfangreich zu werden drohe[2]); zu Ende der neunjährigen (sic!) Regierung des Kaisers gab es in der Tat mehr als 6000 Edikte und die sorgfältig auf-

---

[1]) Siehe z. B. Schlitter: »Kaunitz, Philipp Cobenzl und Spielmann. Ihr Briefwechsel (1779—1792).« Wien 1899.

[2]) B. A. Riedesel au Roi, 27. März 1784, cf. W. A. V. B. I. Carton 592. An Ihre kön. Apost. Majestät inunterzeichnete Stände des Markgrafentums Mähren und Herzogtums Schlesien. Den 27. Februar 1790: »Die von so vielen Jahren her aus verschiedenen Anlässen und Ereignissen erlassenen Kais. Verordnungen ... haben endlich durch ihre außerordentliche Vervielfältigung nicht allein den getreuen Landesständen die tiefsten Wunden unverdient geschlagen, sondern auch den Bürgern den größten Schaden verursacht, sowie des Landmanns Ruin vorbereitet.«

bewahrte Sammlung kann man in jedem der größeren Archive Österreichs finden [1]).

Gesetze wurden nicht nur für die Untertanen herausgegeben; natürlich mußten sich von ihnen auch die Beamten in ihrer Tätigkeit leiten lassen. Das Auseinanderhalten dieser Menge einzelner Blätter ohne chronologische oder sachliche Verbindung war eine äußerst beschwerliche Sache, für die Beamten sowohl wie für das Publikum. Die Regelung dieses umfangreichen Materials übernahmen zwei Männer, der Justizrat Kees und der Kanzlist Kropatschek. Kees, einer der fähigsten Beamten bei der obersten Justizstelle, gab eine vollständige und gute Sammlung aller Justizgesetze heraus, die mit einem vorzüglichen sachlichen und chronologischen Register versehen war: sie fand den vollen Beifall Josephs. Kropatschek veröffentlichte überhaupt alle Regierungserlasse, wobei er sich selbstverständlich auf das Gebiet der inneren Politik beschränkte und nur die deutschen Erblande in Betracht zog [2]). Diese Arbeit, die er aus eigenem Antriebe begonnen hatte, entsprach so sehr dem wachsenden Bedürfnisse, daß sie vom Publikum günstig aufgenommen und zum Nachschlagebuch aller Behörden wurde. Die Regierung mischte sich nicht in das Unternehmen; aber als sie sich von der ehrlichen Absicht des Herausgebers überzeugt hatte, gestattete sie ihm, in die Überschrift die vielsagenden Worte: »mit allergnädigster Freiheit« aufzunehmen. Joseph befahl, trotz seines Geizes, Kropatschek zweihundert Dukaten als Belohnung auszuzahlen, und ernannte ihn zum Registrator [3]). Dieser durchschlagende Erfolg ist jedoch keineswegs auf ein Genügen

---

[1]) Am vollständigsten im Wiener Archiv, wo die Edikte sorgfältig nach Provinzen geordnet und in chronologischer Reihenfolge aufbewahrt sind. Leider kann man nicht dasselbe von Budapest sagen: dort ist die chronologische Reihenfolge schlecht eingehalten; noch trostloser ist die Sachlage in Brüssel, wo ein großer Teil der Erlasse, besonders aus früheren Jahren fehlt.

[2]) »Handbuch aller unter der Regierung des Kaisers Joseph II. für die k. k. Erbländer ergangenen Verordnungen und Gesetze in einer systematischen Verbindung. Mit allergnädigster Freiheit.« Wien 1784—1790.

[3]) Siehe: Hock-Biedermann: »Der oesterreichische Staatsrath.« Wien 1879, s. 129.

aller Anforderungen, die gewöhnlich an derartige Elaborate gestellt werden, sondern vielmehr darauf zurückzuführen, daß jene Sammlung die einzige in ihrer Art war. Ihre Mängel springen geradezu in die Augen. Die Erlasse sind nicht in ihrer Gänze angeführt; sie sind nicht wörtlich nach den öffentlichen Ankündigungen abgedruckt, sondern vom Herausgeber nach Gutdünken sowohl überarbeitet wie gekürzt; nach eigenem Ermessen trifft er auch die Auswahl, die man keineswegs eine glückliche nennen kann; so sind z. B. fast alle Edikte ausgelassen, die sich auf die Reform der landständischen Selbstverwaltung beziehen; hingegen finden die längsten Anweisungen über Pferdezucht, ferner Maßregeln zur Heilung von Schlangenbissen, zur Anlegung von Brunnen u. s. w. Platz. Der Autor legte kein chronologisches Register bei, nur ein sachliches, aber auch dieses ist sehr unzulänglich. Die neun Rubriken, in die das ganze Material zerfällt, sind höchst ungenau und willkürlich zusammengestellt, so daß man oft nicht weiß, unter welcher man das eine oder das andere Gesetz suchen soll. Auch irrte sich der Herausgeber oft: so ist z. B. ein Erlaß über den Verkauf von Fleisch in Marktbuden und einer über das Begräbnis von Selbstmördern in einer und derselben Abteilung[1]). Als historische Quelle genügt diese Sammlung entschieden nicht den wissenschaftlichen Anforderungen; man muß sie unbedingt einer eingehenden Prüfung unterziehen oder sie durch Erlasse ergänzen, die sich in den Archiven befinden.

Es wäre überflüssig, lange bei der Bedeutung zu verweilen, welche die Regierungserlasse für den Forscher haben. Sie repräsentieren die Quintessenz von Josephs II. politischer Tätigkeit und man kann aus ihnen so klar als möglich ersehen, was die Regierung gewollt, welche Ordnung sie einzuführen getrachtet, welche Verfassungsfehler sie zu beseitigen gesucht hat und oft genug, welcher Art der Widerstand gegen die Reformen gewesen ist. Aber nicht nur Tatsachenmaterial kann man aus diesen Erlassen ziehen, sie ermöglichen es auch, den Ideen, von denen der Kaiser beseelt war, zu folgen, und dies dank der ausführlichen Motivierung, die sie fast immer einleitete.

---

[1]) Handbuch der Gesetze I, 109 u. 112.

Joseph II. war unzweifelhaft Despot — seiner Naturanlage nach und auch aus Überzeugung. Jede Art von Widerstand gegen seinen Willen sah er als Aufruhr und Empörung an. Die Untertanen sollten sich widerspruchslos der obrigkeitlichen Gewalt fügen — freilich im Namen ihres eigenen Wohles; sonst folgte »ungesäumt« strengste Untersuchung, Strafe und Demütigung. Das war aber gleichsam nur die ultima ratio der Regierung, wozu sie nur in den äußersten Fällen Zuflucht nahm. Der Kaiser zog es vor, daß die Untertanen nicht Stöcken und Bajonetten, sondern seinen »väterlichen Ermahnungen« folgten und sich von seiner unermüdlichen Sorge für das Wohl des Reiches überzeugten; eben diesem Zwecke sollten die einleitenden Worte der Edikte dienen [1]). Dieses Vorgehen wurde derart zur Gewohnheit, daß es von eifrigen Anhängern unbedingter Regierungsautorität einer strengen Kritik unterworfen wurde. »Es ist gar nicht am Platze«, schreibt einer dieser Pamphletisten — dem »Pöbel und jedem Wirtshauspolitiker die Gründe mitzuteilen, die den Monarchen veranlassen, so oder anders vorzugehen, insbesondere wenn diese Erklärung, wie das fast unvermeidlich ist, einer Rechtfertigung gleichkommt. Es finden sich ja doch immer Leute, die mit neuen Einführungen unzufrieden sind, da eine jede irgend jemandes Interessen verletzt; die Mehrzahl des Volkes ist nicht imstande, sich kritisch zu diesen Rechtfertigungen zu verhalten, die nur das Ansehen der Macht untergraben [2]).« Dem Historiker freilich kommt es nicht zu, in eine solche Klage einzustimmen.

IV.

Amtliche Korrespondenz der Behörden.

Die Erlasse und Zirkulare waren bloß das natürliche Ergebnis der Arbeit, die in Wien im Kabinett des Kaisers und in den verschiedenen Ministerien vor sich ging. Jede Äußerung

[1]) Besonders typisch in dieser Beziehung ist der Erlaß vom 20. April 1785, der eine neue Grundsteuer einführte: der Kaiser schickte ihm einen mehrere Seiten langen physiokratischen Traktat voraus.

[2]) Kritik über das willkürliche Verfahren des Kaisers in Kriminalfällen. 1787. Wien.

seines Willens sandte Joseph II. den Ministern zur Begutachtung. Deshalb entstand zwischen ihnen und dem Monarchen wegen jeder neuen Einführung ein lebhafter Meinungsaustausch. Diese Meinungen fanden ihren Ausdruck einerseits in den sogenannten »Handbillets« Josephs II. und in seinen Randbemerkungen auf den Aktenstücken, andrerseits in den »Alleruntertänigsten Noten« der Minister und in den Protokollen der Sitzungen, an denen alle Räte der zentralen Behörden teilnahmen. In den kurzen, trockenen, sachlichen Antworten des Herrschers und in den weitschweifigen, manchmal klagenden, manchmal trotzigen Berichten und Vorstellungen der höchsten Beamten fühlt man deutlich den Pulsschlag des damaligen, sich neu gestaltenden Lebens und ihnen haben wir es zu danken, daß die Genesis der Ereignisse mit großer Vollständigkeit festgestellt werden kann.

Dem Leben noch näher standen die Beamten der Provinzialbehörden, die die Reformen, die in der Stille der Wiener Ministerien ausgearbeitet worden waren, in die Praxis zu übertragen und ihr anzupassen hatten. Hier stießen die Beamten auf sachliche Schwierigkeiten, auf direkte Anfragen, auf Ansichten von Leuten aller Stände und Schichten. Sie mußten über ihre Erfolge und Mißerfolge, über Hindernisse aller Art berichten, sie mußten von der Zentralbehörde Ergänzungen und Erklärungen verlangen und nicht selten die Unmöglichkeit dieser oder jener Maßregel beweisen.

Die josephinischen Beamten schrieben ganz vortrefflich. Joseph II. befahl ihnen nicht ohne Grund, die Universität zu besuchen, um die politischen Wissenschaften zu erlernen, und nicht umsonst ward zum Professor dieser Disziplin der berühmte Sonnenfels ernannt. Die Berichte von Männern, wie Margelik, Enzenberg, Sauer, Kees und der meisten höheren Beamten liest man nicht nur mit Interesse, sondern auch mit Vergnügen. Der Berliner Pamphletist, der den österreichischen Kanzleistil so unbarmherzig kritisierte, kam mit seinem scharfen Urteil zu spät [1]. Allerdings begegnet man in diesen Berichten

[1] »Briefe eines reisenden Franzosen.« 550. »Merkwürdig ist die Sprache der hiesigen Gerichte und Dikasterien. Du mußt wissen, daß sie ihren ganz eigenen Styl haben, der von der gewöhnlichen deutschen

allzu vielen lateinischen Worten; aber deren Lebensfähigkeit ist dadurch bewiesen, daß die meisten von ihnen noch heute in Gebrauch stehen. Übrigens begann man schon unter Joseph II. mit ihrer Ausrottung und mit der vollständigen Verdeutschung des Amtsstils; die Zeitgenossen rechneten dem Kaiser die Verwirklichung dieser Idee bei der Ausgabe des neuen bürgerlichen Gesetzbuches als großes Verdienst an [1]).

Bei dem zentralistischen und bureaukratischen Charakter der Verwaltung jener Zeit ist der Briefwechsel zwischen den Departements — damals hießen sie Dikasterien —, welcher alle Seiten und Erscheinungen des Lebens umfaßte und berührte, eine historische Quelle ersten Ranges, die noch wenig ausgenützt ist. Nur Bruchstücke dieser Korrespondenz sind bisher und zwar von Spezialforschern veröffentlicht worden.

Etwas abseits davon stehen die zahlreichen Polizeirapporte die sich beim Grafen Pergen, dem Landmarschall von Niederösterreich, anhäuften. Im Polizeistaate des 18. Jahrhunderts spielte die Polizeibehörde durchaus nicht die letzte Rolle. Mit vollem Rechte kann man dies von der Monarchie Josephs II. behaupten, der dieses Gebiet der Verwaltung den Händen der städtischen Magistrate und Stadtältesten entwand und fast gänzlich der Krone übertrug, indem er ein ganzes System der Denunziationen ausarbeitete und den Anzeigen seiner Agenten besondere Aufmerksamkeit widmete. Die aufgeregte Stimmung im ganzen Reiche war ihm wohl bekannt; denn alle Provinzen waren mit einem dichten, feinen Netz geheimer Spionage überzogen. Geheimpolizisten liefen überall umher. Unter ihnen befanden sich Leute, die sich eines ganz unverdienten Vertrauens ihrer Herren erfreuten, heruntergekommene deutsche Gräfinnen, die ihren Mitteln aufhelfen

---

Sprache unendlich verschieden ist, und der Kanzley- und Kurialstyl genannt wird. Je unzusammenhängender die Perioden und je mehr sie mit den seltsamsten lateinischen und französischen Wörtern untermischt sind, desto besser ist der Kanzleystyl. Es kommen auch viele deutsche Wörter vor, die im gemeinen Leben die gerade entgegengesetzte Bedeutung haben. Ich halte es für platterdings unmöglich, daß ihre Urenkel etwas von dem Geschreibsel werden verstehen können."

[1]) Deutsches Museum Nr. 1, 1782. Cf. Mirabeau: De la Monarchie Prussienne 1788, VII. 238.

wollten, Geistliche, die von den Forderungen ihrer Freundinnen bedrängt waren, Landvermesser, welche bei ihren unaufhörlichen Reisen Gelegenheit fanden, viel zu sehen, Lakaien, die bei ausländischen Gesandten dienten, Offiziere, die sich auszuzeichnen suchten, und Professoren, denen ihr karger Gehalt nicht genügte. Es fanden sich sogar auch freiwillige Spione, die dieses Geschäft aus Patriotismus betrieben. Ein solcher war z. B. ein protestantischer Pastor in Siebenbürgen, ein gebildeter, unterrichteter Deutscher, der sich in seinem Kuckucksnest zu Tode langweilte und geradezu Haß gegen seine »ungebildete avarische« Umgebung empfand[1]). Alle diese Leute schrieben direkt oder auf Umwegen an Pergen und teilten ihm ihre Beobachtungen und Eindrücke mit. Natürlich muß man ihre Berichte mit größter Vorsicht aufnehmen. »Sine ira et studio« war nicht ihre Devise, und der Wunsch, Geld zu gewinnen, machte sie manchmal zu Augenzeugen von Vorgängen, die sich in Wirklichkeit nie ereignet hatten; Graf Cobenzl beklagte sich auf Grund von Tatsachen über den übertriebenen, eigennützigen Eifer der Geheimpolizisten. Immerhin waren sie gewandte, verständige, flinke Leute, die viel in ihrem Leben gesehen hatten, die zu beobachten und ihre Beobachtungen niederzuschreiben verstanden. Ihre Darstellungen und Charakteristiken waren meist voll lebendiger Wahrheit, grob, ungeschminkt, oft zynisch, dafür aber trugen sie den Stempel der Wahrheit und des Selbsterlebten an sich. Nur ein unbedeutender Teil dieser Denunziationen erschien im Druck: »Das schwarze Buch der Grafschaft Tournay« und »Das schwarze Buch der Grafschaft Namur« [2]), zwei Sammlungen offizieller Denunziationen, herausgegeben im Jahre 1790 von der belgischen

[1]) W. A. Polizey Akten. — Berichte Daniel Wachners, evangelischen Pfarrers und Dechants des Szász-Régen Kapitels vom 27. Mai 1782: Der Stoff zur Unterhaltung durfte mir meistens fehlen. Was konnte man da von einem haben, wo man abgerissen vom Zusammenfluß der Zeitungen, in einem verrosteten Winkel Siebenbürgens, fern von Umgang mit Großem einsiedlern muß?

[2]) »Le Livre Noir du Comté de Tournay« und »Le Livre Noir du Comté de Namur« (Recueil Bleu de la Bibliothèque Royale de Bruxelles. v. VII).

revolutionären Regierung. Das ist alles, was man in den Bibliotheken finden kann.

Zu den staatlichen Institutionen jener Zeit muß man auch die Provinziallandtage mit ihren Rechten zählen, denen trotz der radikalen Reformen Josephs II. eine gewisse Kompetenz verblieb. Jede neue Einführung, die ihre Interessen berührte, wurde umständlich in allgemeinen Versammlungen durchberaten. Redner hielten Ansprachen, über Beschlüsse wurde abgestimmt und das Resultat war, daß die Stände entweder dem Kaiser für die erwiesene Wohltat dankten oder Protest einlegten. Die Sekretäre führten über alles genaue Protokolle und diese wurden der Regierung zur Einsichtnahme unterbreitet.

Je nach der Örtlichkeit, bilden diese Dokumente mehr oder weniger ein getreues Spiegelbild der öffentlichen Meinung, insofern diese die Stimmung der privilegierten Klassen darstellte, der einzigen, die das Recht hatten, an dem Landtage teilzunehmen. In den deutsch - österreichischen Erblanden beugten sich die Landtage gehorsam vor der absoluten Gewalt Josephs, ohne die Stimme zum Widerspruch zu erheben. Nur im Jahre 1790, als die Furcht vor dem schrecklichen »quos ego« des verstorbenen Kaisers vorüber war, als die Regierung mit zahllosen äußeren und inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, erinnerten sich die Stände der früheren Kränkungen und forderten in leidenschaftlichen Protesten die Rückgabe ihrer alten Rechte und Privilegien. Die Landtagsprotokolle nach diesem Jahr dienen nicht nur der leopoldinischen, sondern auch der josephinischen Epoche als geschichtliche Quelle; in ihnen sind nicht nur die pia desideria der Stände, sondern auch deren Ansichten über das Reformwerk Josephs II. ausgesprochen. Dieses wurde nach allen Seiten hin zerlegt, ausführlich und sorgsam, mit Hinweis auf Edikte, mit Angaben über den Stand der örtlichen Angelegenheiten, mit der Charakteristik der hervorragenden Faktoren; man kann sich schwer ein vollständigeres und klareres Bild vorstellen.

Anders standen die Dinge in Ungarn. Wenn auch dort der Reichstag nicht zusammentrat, so hatten doch die einzelnen

Grafschaften — Komitate — ihr früheres Ansehen bewahrt; sie waren nicht durch ein jahrelanges bureaukratisches Regime gefügig gemacht worden und äußerten ohne Scheu kühn und mit Leidenschaft ihre Ansichten und Gefühle. Und da in ihre Kompetenz die verschiedensten Zweige der Verwaltung fielen, gab es Anlaß genug zu Protesten; die ungarische Kanzlei war damit überhäuft und hörte schließlich auf, sie zu beantworten. In den Archiven hinterlegt, werden sie noch heute dort aufbewahrt; ohne es zu wissen, haben die ungarischen Stände die Geschichte ihrer Zeit geschrieben.

Ebenso offen waren die Proteste der belgischen Stände. Auch hier hatte sich die noch aus dem Mittelalter stammende Ordnung nicht vor dem Polizeistaate gebeugt, auch hier sahen sich die Stände als Volksvertreter, als Träger souveräner Macht an. Jede Regierungsmaßregel, die nicht mit der Verfassung übereinstimmte, forderte zur Kritik heraus und da die Maßregeln alle Seiten des gesellschaftlichen und politischen Lebens berührten, so hagelte es Proteste.

Natürlich darf man solcher Art von Verwahrungen nicht unbedingtes Vertrauen entgegenbringen; die Tatsachen, die sie mitteilen, sind oft falsch und einseitig und ihre Erläuterung immer tendenziös. Anders konnte es auch nicht sein: sowohl die Deutschen als auch die Ungarn und die Belgier verfolgten ihre eigennützigen Ziele, sorgten für ihre materiellen Interessen und kümmerten sich am allerwenigsten um den Sieg unparteiischer Wahrheit. Viel wichtiger sind derartige Dokumente insofern, als sie stumme Zeugen der Stimmung sind, welche die höchsten Klassen jener Zeit erfaßt hatte; in diesen Papieren reflektieren sich wie in einem Spiegel die Ideen, Ideale und Bestrebungen der Privilegierten.

Die Benützung dieses Materials ist mit einigen Schwierigkeiten verbunden, da beiweitem nicht alles im Druck erschienen ist. Am besten steht es um die belgischen Proteste; noch im 18. Jahrhundert erschien eine Sammlung unter dem Titel »Recueil des représentations, protestations et réclamations faites à Sa Majesté Impériale par les Représentans et Etats des 10 Provinces des Pays-Bas Autrichiens assemblés. De l'Imprimerie des Nations 1787—1789.« Man kann nicht sagen, daß

auch hier die Gruppierung des Materials, das sich ziemlich zufällig aus den Protesten und Vorstellungen der beteiligten Korporationen und Personen zusammensetzt, streng systematisch sei: Der Herausgeber versuchte, den Stoff in zwei Gruppen zu teilen, in eine geistliche und eine weltliche, aber er führte diese Einteilung nur bis zum X. Bande durch; seiner Versicherung nach waren seine Korrespondenten schuld daran. Die eingesendeten Schriftstücke seien so unleserlich gewesen, seien so unregelmäßig eingetroffen und in so entsetzlich fehlerhafter Sprache abgefaßt gewesen, daß es zu einer physischen Unmöglichkeit geworden wäre, nach einem streng festgesetzten Plane vorzugehen. Dagegen ist die einheitliche Stimmung in dieser Sammlung bemerkenswert, denn ihr Herausgeber war der Jesuit Feller, der sein ganzes Leben dem Kampfe gegen die »gottlose Philosophie« des 18. Jahrhunderts geweiht hatte. Um seine Sammlung möglichst anregend und interessant zu gestalten, gab er darin den Pamphleten jener Zeit sehr viel Raum; und um den offiziellen Protesten mehr Beweiskraft zu verleihen, fügte er ihnen eine Menge alter Verträge, Urkunden und Privilegien aus dem 16. und 17. Jahrhundert bei. Wie groß die Popularität dieser Sammlung war, beweist der Umstand, daß sie in 6000 Exemplaren verkauft wurde, eine seltsame Erscheinung für den damaligen Buchhandel. Der Grund dieser Popularität ist leicht zu begreifen: Die Sammlung vereinigte alle Beweise in sich, die zur Rechtfertigung der Revolution des Jahres 1789 dienen konnten und war gleichsam eine Zusammenfassung aller Klagen, die das Reformwerk Josephs II. hervorgerufen hatte. Bis auf den heutigen Tag bleibt der »Recueil des représentations« eine unentbehrliche Quelle für das Studium der offiziellen Proteste, die der Regierung in den Jahren 1787—1789 überreicht worden waren.

Von den ungarischen Protesten ist ebenfalls vieles, wenn auch nicht alles, im Druck erschienen. Zwei Sammlungen: »Collectio ordinationum Imperatoris Josephi II. et Representationum diversorum Regni Hungariae Comitatuum« 1790 und »Collectio Repraesentationum et Prothocollorum I. I. Statuum et Ordinum R. Hungariae occasione altissimi decreti de die 28. Januarii 1790 e generalibus congregationibus 2 v. 1790« sind

typische und charakteristische Muster solcher Dokumente. Aber die Mehrzahl derselben ist bis heute Manuskript geblieben und im königlich ungarischen Landesarchiv in Budapest aufbewahrt.

Sehr schlecht steht es um das archivalische Material in den deutsch-österreichischen Provinzen. Über die Opposition der Stände gegen die Reformen Josephs II. gibt es im ganzen nur zwei Bücher oder besser gesagt Broschüren, deren Verfasser d'Elvert[1]) und de Costa[2]) waren.

Jeder hatte das Recht und die Möglichkeit, sich bei Joseph II. zu beklagen; wir begegnen deshalb neben den Protesten der Stände, Erklärungen einzelner Körperschaften, solche von Vertretern verschiedener Vereine, sogar solche von Privatpersonen. Jeder ging mit seinem Leid zum Kaiser, der von jedermann Bittschriften entgegennahm. Die Bischöfe jammerten über den Verfall der Frömmigkeit, die Äbte über die Säkularisierung der Klöster; die protestantische Geistlichkeit war unzufrieden mit den Beschränkungen, die ihr das Toleranzedikt auferlegte; die Adeligen murrten über den Ungehorsam der Bauern, die durch die humane Behandlung verwöhnt seien; die Kaufleute wiesen auf ihren Ruin als auf eine Folge der Einführung des protektionistischen Systems hin; die Zünfte baten, man möge sie vor der Konkurrenz der Privatunternehmer und Juden schützen; die treu ergebenen Untertanen flehten den Vater des Volkes an, sie vor den Verfolgungen der Gerichte zu schirmen. Mochten diese Klagen auch eigennützig, viele Forderungen ungerechtfertigt, die Tatsachen einseitig dargestellt sein — die Stimmung der Bittsteller trat doch deutlich zutage und ihre Forderungen bewiesen klar, inwieweit die einen oder anderen Mitglieder der Gesellschaft die Reformen guthießen oder nicht. Diese zahlreichen Dokumente sind gleichsam herausgerissene Seiten aus dem interessanten Buche des damaligen Lebens.

---

[1]) D'Elvert: »Die Desiderien der mährischen Stände im Jahre 1790 und ihre Folgen.« Brünn 1864.

[2]) De Costa: »Ein Beitrag zur Geschichte des Ständewesens in Krain.« 1859. Ein Teil der tschechischen Proteste ist in den »Historischen Aktenstücken über das Ständewesen in Österreich« abgedruckt. 1848. II. Heft. 64—151.

Mancherlei wurde aus diesem Material veröffentlicht. Besonders die Belgier trachteten in der stürmischen Epoche von 1787 bis 1790, der Welt alle ihre Versuche einer friedlichen Beilegung der Mißverständnisse bekannt zu machen, um vor dem Auslande als loyale Untertanen zu gelten. Ein bedeutender Teil der zwei großen Sammlungen »Recueil bleu« (159 Bände) und »Recueil blanc« (53 Bände) in der Brüsseler Bibliothek wird mit Protesten und Bittschriften von Privatleuten, Vereinigungen und Korporationen ausgefüllt. Bei den Ungarn hingegen ging es mit der Drucklegung solchen Materials schlecht. Eine Klage des Kardinals Batthyányi und einige Proteste des katholischen Klerus, das ist alles, was zur Veröffentlichung gelangte. In den deutsch-österreichischen Provinzen in Bibliotheken zu forschen, ist ein unnützes Unternehmen; nur archivalische Arbeit fördert Resultate zutage.

V.

Berichte ausländischer Gesandter.

In den internationalen Beziehungen, die die damalige Welt beschäftigten, waren die verschiedenen diplomatischen Vertreter gleichsam die »Augen der Herrscher«. Sie hatten neben ihren offiziellen Pflichten hauptsächlich zu beobachten und zu erforschen, was in fremden Landen vorging. »Das Wohl meines Dienstes erfordert unbedingt, daß sich in Österreich eine Person aufhalte, die die Leute dort beobachten kann« [1]), so rechtfertigt Friedrich II. die Ernennung eines Residenten für Wien, der ihn viel kostete. Aber auch die »Leute dort« wußten sehr gut, um was es sich handelte, und waren durchaus nicht geneigt, ihre Angelegenheiten auszuplaudern. Es hieß also Seitenpfade einschlagen, man mußte vorsichtig und auf alle Gefahren hin vorgehen, und nicht selten wurden die Bemühungen von Erfolg gekrönt. Mochten auch, wie Kaunitz es tat, die Minister die Depeschen in ihrem Kabinett verstecken, zu denen niemand in ihrer Abwesenheit Zutritt hatte, ihr Inhalt wurde früher oder später doch

---

[1]) »Politische Korrespondenz Friedrichs d. Großen« 1900. XXV. 32.

bekannt. So hatte Kaunitz »une petite femme, sa bonne et intime amie« und diese machte bisweilen dem jungen Preußen Edelsheim [1]) »vertrauliche Mitteilungen«. Die Hofdamen Maria Theresias erwiesen dem Gesandten Rohd wiederholt ähnliche Dienste [2]). »On tirait les vers du nez«, wie sich Friedrich II. drastisch ausdrückte, auch durch die Kollegen, die am gleichen Hofe beglaubigt waren, aber größeres Vertrauen genossen. Aus diesem Grunde suchte der preußische Gesandte Riedesel, auf gutem Fuße mit Galitzin zu stehen, aus Furcht, in Streit mit ihm zu geraten, »obwohl seine Seele voll Zorn gegen ihn war« [3]).

Das war aber alles nichts im Vergleich zu dem, was bestochene Beamte leisten konnten. Man bestach sie überall und sie ließen sich gern gewinnen. Umsonst lobt Sorel, nach den Worten des Marquis d'Argenson, die Ehrenhaftigkeit und Uneigennützigkeit der französischen Kanzlisten. Fürst Rohan, der lange Zeit Gesandter in Wien war, meldete Vergennes, daß Graf Mercy einen Freund in Paris habe, der ihm und dem habsburgischen Hause diene [4]). Aber die Franzosen in Wien hatten ebensolche, wenn nicht noch eifrigere »Freunde«. Und das waren keine geringen, unansehnlichen Persönlichkeiten. »Die Stellung, welche die Person einnimmt, macht sie der Todesstrafe würdig«, so meldete Rohan geheimnisvoll. »Sie gehört zum Kabinett und vertraute sich mir aus Gründen an, die die Niedrigkeit ihres Vorgehens fast entschuldigen« [5]).

Eine solche Einrichtung führte dahin, daß die Nachrichten reichlich flossen, wenn sie auch nicht glaubwürdig waren. »Alle stehen Wache«, rühmte sich Friedrich II. dem Prinzen Heinrich gegenüber, »und ich wette, daß es nicht eine Maßregel in den Gebieten Maria Theresias gibt, von der ich nicht augenblicklich unterrichtet werde« [6]). Immerhin gab es auch

---

[1]) Ib. XXVI, 300.
[2]) B. A. Riedesel au Roi, le 8 avril 1780.
[3]) P. A. v. 329 f. 16. Rohan à Vergennes le 27 avril 1774.
[4]) P. A. v. 329. f. 16. Rohan à Vergennes le 27 avril 1774.
[5]) Ib. v. 325 f. 16. Rohan à Vergennes le 14 janvier 1774.
[6]) Politische Korrespondenz XXVI. 58.

Mißerfolge und man gewöhnte sich daran, mit ihnen zu rechnen. Breteuil sah manchmal ein, daß »die ihm zugekommenen Meldungen nicht das Geld wert seien«, das er für sie vergeudet habe, »aber«, so tröstete er sich, »bei derartigen Geschäften darf man nicht geizen, selbst auf die Gefahr hin, als Dummkopf zu erscheinen« [1]). Die lokalen Behörden wußten aus eigener Erfahrung sehr gut, wie unvermeidlich Bestechungsversuche seien; sie schickten ihre Leute mit falschen oder nichtssagenden Nachrichten zu den ausländischen Agenten oder sie gingen noch weiter und sandten Provokatoren, die den unverläßlichen Beamten Geld im Namen eines fremden Gesandten anboten; wer in diese Falle ging, wurde sofort entlassen oder erlitt ein noch schlimmeres Schicksal; dem standhaften Beamten hingegen vertraute man um so mehr. »Man muß zugeben«, bemerkte philosophisch Breteuil, in dem das Ehrgefühl, wenn auch spezifisch aristokratisch, doch sehr entwickelt war, »daß dieses Mittel, hinter alle Schliche zu kommen, zwar nicht besonders anständig, aber wenigstens zweckentsprechend ist« [2]).

Das leichteste, gewöhnlichste, sagen wir, das staatliche Mittel zur Erlangung nötiger Nachrichten war das berüchtigte »Perlustrieren« [3]). Das schwarze Kabinett wurde eine staatliche Einrichtung und das war es wert, da die angewandte Arbeit reiche Früchte trug. Alle wußten von dieser Institution und schickten ihre Berichte dennoch durch die Post; die Kuriere waren selbst dem französischen Ministerium [4]), das gar nicht mit seinen Mitteln geizte, zu kostspielig und es kam selten vor, daß man einen verläßlichen Menschen fand. Nur ein Ausweg blieb übrig: die Depeschen zu chiffrieren; aber wie schlau man auch die Chiffren ausdenken mochte, vor der Kunst erfahrener Spezialisten hielten sie nicht stand. Besonders berühmt

---

[1]) P. A. v. 329 f. 245. Breteuil à Vergennes le 8 avril 1775.

[2]) P. A. v. 329 f. 245 à Vergennes le 8 avril 1775.

[3]) Es ist charakteristisch, daß es sogar der jungen russischen Diplomatie gelang, einen speziellen Schlüssel auszuarbeiten.

[4]) Je sais que pareilles dépenses ne doivent être faites que pour choses graves et très-importantes. (P. A. v. 329 f. 161. Rohan à Vergennes le 27 avril 1774.)

darin war man in Paris und in Wien. »Ich sehe mich veranlaßt, Eurer Majestät alleruntertänigst zu melden«, bekennt Mercy, »daß die Leute in Paris derart geschickt sind, daß ihrem Scharfblick keine Chiffre entgeht. Ich gebrauche daher selten Chiffren und darum sind meine durch die Post geschickten Depeschen so trocken und inhaltsleer« [1]). Zu derselben Zeit geriet Rohan, der ebenfalls auf diese Weise nötige und unnötige Nachrichten erhielt, in Verzweiflung über das, was sich in Wien zutrug: Das österreichische Ministerium sicherte sich die Mitwirkung der Postmeister von Lüttich, Regensburg und Frankfurt, ganz abgesehen von denen, die in österreichischen Diensten standen, und es interzipierte auf diese Weise sämtliche Briefschaften. »Die Österreicher haben sogar den Sinn der Chiffre nach dem ‚Chiffrierbuch' herausbekommen«, bemerkte Rohan mit Hinweis auf eine besonders komplizierte Chiffre. »Ich bin daher der Möglichkeit beraubt, meine Ansichten mitzuteilen, wenn ich sie vor dem Wiener Kabinett geheimhalten soll« [2]). Durch die bittere Erfahrung Rohans belehrt, verzichtete Vergennes auf alle Chiffren und er bat Breteuil, die Depeschen nicht so sehr deshalb zu chiffrieren, damit ihr Inhalt dem Wiener Kabinett verborgen bleibe, sondern deshalb, daß er nicht den kleinen, auf dem Wege befindlichen Höfen bekannt würde [3]).

Es macht sich daher im Ton und Inhalt der diplomatischen Korrespondenzen ein scharfer Gegensatz bemerkbar, je nachdem sie geschrieben oder chiffriert sind und durch die Post oder eine verläßliche Person zur Beförderung gelangten. Im ersten Falle sprach man von unwichtigen, harmlosen und ganz gleichgültigen Dingen, von Feierlickheiten, Todesfällen, Geburten usw.; fällte man überhaupt irgendein Urteil, so war es immer lobend. Die chiffrierten Depeschen hingegen boten in der Regel eine ausführliche Übersicht über die Ereignisse einer bestimmten Periode. Die Urteile darin waren etwas offenherziger, obzwar man gewisse Grenzen nie überschritt; so äußerte man sich nie über die Pläne des

---

[1]) Arneth-Flammermont: Correspondance de Mercy I. 223.

[2]) P. A. v. 325 f. 16. Rohan à d'Aiguillon le 10 janvier 1774.

[3]) Ib. v. 327 f. 111.

betreffenden Hofes, oder höchstens in sehr entstellender Weise, um das Wiener Kabinett irrezuführen. In Depeschen, die man Kurieren anvertraute, waren die Gesandten ungemein aufrichtig, weder in der Wahl noch in der Behandlung des Gegenstandes taten sie sich irgendeinen Zwang an. Der Widerspruch zwischen der offiziellen und der sogenannten geheimen Korrespondenz grenzt manchmal ans Lächerliche. So schrieb z. B. Breteuil am 9. Oktober 1782 an Vergennes, »der Kaiser führe das Reformwerk im Innern seines Reiches mit Eifer und vom Wunsche für das allgemeine Wohl beseelt durch, was einen vorzüglichen Zug seines Charakters bilde und seiner Regierung für alle Zeiten Ruhm sichere« [1]). Am 6. Jänner 1783 spricht hingegen Breteuil anläßlich der Finanzreform Josephs II. seine Überzeugung dahin aus, daß »das ganze System österreichischer Finanzverwaltung zu übertriebener Sparsamkeit führe, die ebenso ungerecht als kurzsichtig sei« [2]).

Die diplomatische Korrespondenz des Versailler Hofes nimmt, was Wichtigkeit und Reichtum der Nachrichten betrifft, unstreitig den ersten Platz ein. Die französische Regierung, der es sehr darum zu tun war, Beziehungen zu dem mächtigsten Staate des Festlandes zu unterhalten, hatte in Wien immer einen Botschafter, d. h. einen diplomatischen Agenten erster Kategorie, der weite Vollmachten besaß und mit großer Selbständigkeit bei der Führung von Unterhandlungen vorgehen konnte; gleichzeitig nahm er auch bei Hofe und in den höchsten Adelskreisen der österreichischen Hauptstadt eine hervorragende Stellung ein. Dies war natürlich insofern vorteilhaft, als der Botschafter der Person des Herrschers und seinem Kabinett nahe stand und immer die Möglichkeit hatte, wichtige Nachrichten von den Mitgliedern der höchsten Aristokratie zu erhalten. Überhaupt war die Position der französischen Diplomaten eine vortreffliche. Man verhielt sich in Wien im allgemeinen sehr unliebenswürdig gegen die Vertreter der Fremdmächte. Alle beklagten sich bei ihren Ministern über die ihrer Meinung nach unerträglichen Kniffe und

---

[1]) P. A. v. 345 f. 388.
[2]) Ib. v. 347 f. 14.

Ränke. So durchsuchte man den holländischen Gesandten auf dem Zollamte, nahm zwei Diener des spanischen Botschafters fest und warf seinen Kurier »irrtümlich« ins Gefängnis, nachdem man ihm die Depeschen abgenommen hatte; dem sächsischen Gesandten beschlagnahmte man ausländische Weine, die er im Keller hatte; dem preußischen riß man die Briefe auf, die man ihm dann ohne Scheu mit dem beschädigten Kuvert durch die Post zuschickte; der darmstädtische Resident konnte wochenlang keine Audienz beim Reichsvizekanzler Fürsten Colloredo erhalten. Nur die Franzosen bildeten eine Ausnahme; mit ihnen fing man keine Händel an. Vom Versailler Hof geschah auch alles, seine Vertreter mit Glanz und Ehren auszustatten. Sie bezogen einen ungemein großen Gehalt — bis zu 200.000 Livres im Jahr — und erfreuten sich einer sehr unabhängigen Stellung; der Minister ging rücksichtsvoll und höflich mit ihnen um. Selten fiel ein Tadel und mußte ein solcher erfolgen, so ward er stets äußerst mild und maßvoll zum Ausdrucke gebracht; man befahl ihnen nicht, man bat sie vielmehr; man gab ihnen keine Aufträge, sondern fragte sie im Gegenteil fortwährend um Rat. Die Gleichheit der Stellung, die der Minister in Versailles und der Botschafter einnahmen, zeigte sich auch darin, daß sie beide nebst der offiziellen auch eine Privatkorrespondenz miteinander unterhielten; in dieser besprachen sie die Abfassung offizieller Depeschen und teilten einander Neuigkeiten über den Dienst, das Hofleben und ihre eigene Häuslichkeit mit. Dieses Verhältnis findet seine Erklärung nicht bloß in dem milden Wesen des damaligen Ministers des Äußern Vergennes, sondern vor allem darin, daß die Gesandten immer den höchsten aristokratischen Kreisen angehörten [1]), daher viele Beziehungen zum Hofe hatten und als reiche Leute nicht sehr auf ihren Gehalt, wie groß er auch sein mochte, angewiesen waren. Mit solchen Staatsmännern konnte man unmöglich barsch umgehen; dabei muß man auch der hohen Kultur und der Glätte der äußeren Formen gedenken, die im 18. Jahrhundert ein Privileg Frankreichs waren, ganz abgesehen von dem

---

[1]) z. B. Fürst Rohan, Baron Breteuil, Marquis de Noailles.

Geiste der französischen Sprache selbst, die als klassisch galt und sich vorzüglich zum gesellschaftlichen und diplomatischen Verkehrsmittel eignete[1]).

Ihre großen Rechte und ihre Vorzugsstellung vergalten die französischen Gesandten mit Eifer und Tüchtigkeit im Dienst. Die meisten von ihnen waren ihrer Aufgabe gewachsen. Sie blickten auf eine große diplomatische Tradition zurück und gingen aus einer ausgezeichneten Schule hervor, dank welcher die Agenten des Versailler Hofes zu den besten in Europa gezählt werden durften. In ihnen war der Geist Richelieus und Mazarins noch nicht erstorben. Diese beiden großen Staatslenker verdunkelten ja nicht nur den Ruhm der italienischen Minister der Spätrenaissance, die von Macchiavelli erzogen worden waren, sondern auch den der Vertreter der spanischen Habsburger, die ihre Begabung so glänzend in den Intrigen und Unterhandlungen Karls V. und Philipps II. zur Geltung gebracht hatten.

Die französischen Botschafter, die mit vorzüglichen Instruktionen versehen und von ihren Ministern über die allgemeine Weltlage genau unterrichtet waren, betrachteten die Dinge von einem höheren Gesichtspunkte aus. Sie verloren sich nicht in Kleinigkeiten, drangen vielmehr in den Kern der Sache ein, wußten, was der Augenblick erheischte und verstanden es, nüchterne Beobachter zu bleiben, ohne jedoch die Interessen ihres Hofes aus den Augen zu verlieren. Infolge guten Einkommens aller Sorgen ledig, der wohlhabenden und einflußreichen Gesellschaftsklasse angehörend, des Beifalls und der

---

[1]) In dieser Hinsicht ist es interessant, die deutsch und französisch geschriebenen Depeschen miteinander zu vergleichen, die Clemens, der sächsische Resident am Wiener Hofe, an den Minister Stutterheim gerichtet hat. Es ist, als ob mit dem Wechsel der Sprache sich auch die beiderseitigen Beziehungen änderten: Vorgesetzter und Untergebener treten sich näher und befinden sich auf gleichem Niveau, sobald dieser Redensarten unterläßt, wie: »ich ersterbe zu Ihren Füßen«, »gnädigste Befehle«, »submissest«, »untertänigst«, und jener Ausdrücke gebraucht, wie »Je vous prie« »Vous aurez l'obligeance« »J'ai l'honneur de Vous mander« usw. Man merkt sofort den gewaltigen Unterschied. Dasselbe läßt sich auch von den Berichten des hessischen Residenten Jahn sagen, obwohl sein Französisch kläglich und sein Deutsch vortrefflich ist.

Belohnung von ihrem König sicher, sobald sie ihre Pflicht erfüllten und Erfolg aufzuweisen hatten, liebten sie ihren Beruf, arbeiteten fleißig und mit Lust, und zwar aus Ehrgefühl, nicht aus Zwang. Unter solchen Umständen konnten auch Mindertalentierte ihres Amtes walten, besser oft als ihre begabteren Kollegen, die nicht die gleichen Vorrechte besaßen. Solche nützliche, arbeitsame, vorzüglich gebildete Mittelmäßigkeiten waren eben die Diplomaten, die während der Regierung Josephs II. den wichtigen Wiener Posten innehatten. In dieser zehnjährigen Periode lösten zwei Botschafter einander ab: Baron Breteuil und Marquis de Noailles.

Breteuil — aus guter adeliger, aber verhältnismäßig armer Familie — folgte im Jahre 1775 dem Fürsten Rohan, der auf ausdrücklichen Wunsch Maria Theresias von Wien abberufen worden war. Breteuil hatte eine lange dienstliche Laufbahn hinter sich: er war Gesandter gewesen in Rußland, dann in Schweden, für kurze Zeit in Wien (1770), dann in Neapel und kam endlich wieder nach Wien. Hervorragende Fähigkeiten besaß er nicht und man kann ihn keinesfalls mit Diplomaten vom Schlage des Österreichers Mercy oder des Franzosen Segur in eine Reihe stellen. Immerhin hatte er einen lebhaften, durchdringenden Verstand; seine Beobachtungsgabe, sein Fleiß unterlagen keinem Zweifel. Während seines achtjährigen Aufenthaltes in Österreich lernte er das Land, in dem er lebte, gründlich kennen; er machte sich einen klaren Begriff von dessen Stärke und Schwäche, von der Stimmung der Gesellschaft, wenigstens der höchsten, in der er verkehrte, und von dem Charakter der leitenden Persönlichkeiten. Seine Depeschen liefern für die Geschichte jener Zeit ein reiches Material; denn Breteuil war ein scharfer Beobachter, der zugleich alles hervorhob, was Frankreich zum Nutzen oder Schaden gereichen konnte. Sein Hauptfehler war, daß es ihm an der Fähigkeit gebrach, pragmatisch zu erläutern, die wahren Gründe der Ereignisse zu finden und auf die möglichen Folgen hinzuweisen — dies alles warf ihm Noailles mit Recht vor[1].

---

[1]) P. A. Autriche. Supplément 1775—1791. f. 5. Première lettre à un ami: Je trouve que Mr. de Breteuil est trop diffus dans ses raisonnements politiques et trop laconique lorsqu'il rend compte de ses

Andere schwache Seiten in Breteuils Depeschen sind Parteilichkeit und der Mangel an kühler Beurteilung. Breteuil war ein überzeugter Patriot und gehörte seinem politischen Glaubensbekentnisse nach der Partei an, die das Bündnis mit Österreich als Verrat alter Traditionen, als den Untergang von Frankreichs Machtstellung auf dem europäischen Kontinent und als kurzlebiges »Monstrum« diplomatischer Kurzsichtigkeit ansah. Er liebte Österreich nicht und hegte großen Argwohn gegen diesen Staat. Zu den politischen Anschauungen traten auch noch persönliche Erwägungen. Breteuil fiel der Dienst in Wien schwer; er liebte das rauschende, gesellschaftliche Leben nicht, für das seine Mittel nicht ausreichten; er sehnte sich nach der Heimat; um sich einen ungetrübten Lebensabend zu sichern, strebte er den ehrenvollen und einträglichen Posten eines Gouverneurs irgendeiner reichen Provinz oder den eines Leiters eines »stillen« Departements an. Zu diesem Zwecke ging er oft auf Urlaub, schmeichelte er der Königin und suchte er die Protektion seiner Freunde. Wenn er abreiste, hielt er es nicht für nötig, seine Freude darüber zu verbergen, und er erzählte allen, er gehe, um von der österreichischen Wirtschaft und Unliebenswürdigkeit auszuruhen[1]. Endlich erreichte Breteuil sein Ziel: er wurde Mitglied des königlichen Rates und in der Folge Minister des königlichen Hauses.

In Wien kannte man seine Überzeugung und erriet seine Stimmung, weshalb er sich keiner besondern Beliebtheit erfreute. Seine scharfen, rücksichtslosen Äußerungen reizten

---

conférences avec le Souverain ou les Ministres. Je lui passerais toutes les négligences de style que d'autres croiraient apercevoir, s'il me faisait connaître davantage le caractère des hommes avec qui il traite et la portée de certaines affaires. Il parlera je suppose des troubles qui sont survenus en Bohême. Il spécifiera les désordres qui s'y commettent. Mais il me laisse ignorer d'où ces désordres proviennent et les conséquences dont ils sont susceptibles.

[1]) D. A. Clemens an Stutterheim. Den 7. April 1781. »Der Baron v. Breteuil aber gibt nicht undeutlich zu verstehen, mit welchem Vergnügen er dem baldigen Ende seiner hiesigen Gesandtschaft entgegensehe, und hat sich merken lassen, wie seiner Nation anzugehören genug sei, um allhie keinen Eingang zu finden.«

und verletzten[1]; Joseph II. zeigte sich ihm freundlich und geneigt, in Wahrheit jedoch mochte er ihn nicht leiden[2]; er hielt ihn für einen ehrgeizigen Streber[3]. Nicht umsonst erhielt der österreichische Botschafter Mercy durch seinen »Freund« in Paris Abschriften aller Depeschen Breteuils: in ihnen finden sich viele Stellen, die die Eigenliebe des Kaisers verletzten. Breteuil warf dem Wiener Hofe vollständige Prinzipienlosigkeit, Streitsucht, schwarzen Undank gegen die Verbündeten, unerträglichen Hochmut im Glück und kriechende Unterwürfigkeit im Unglück vor[4]. Derart sei das politische System, das Werk des Kaisers beschaffen. Gier nach fremdem Gute und das Streben, durch Ländererwerb die Grenzen seines Reiches abzurunden — das seien die Grundsätze, von denen sich Joseph in seinen internationalen Beziehungen leiten lasse[5]. Ein Herrscher mit solchem Charakter könne für schwache Nachbarn leicht eine Gefahr und für die Großmächte ein Gegenstand beständiger Unruhe werden, aber zum Glück für alle schwächten die Fehler, die ihm anhafteten, bis zu einem gewissen Grade diese Gefahr ab; denn Joseph sei ebenso zaghaft in der Ausführung seiner Absichten wie gewissenlos in seinen Plänen, denen übrigens Maß, Überlegung, Klarheit und System fehlten, und die daher weniger schrecklich seien, als sie auf den ersten Blick erschienen[6]. Seine

[1]) Ib. Clemens an Stutterheim. Den 5. November 1783: »On n'aimait pas sa fierté et la manière souvent rude dont il s'expliquait envers les personnes en place et envers les affaires de cette cour-ci.«

[2]) Clemens an Stutterheim d. 7. Apr. 1783.

[3]) Beer: Joseph II., Leopold II. und Kaunitz. 60.

[4]) P. A. v. 337 cf. 195. Breteuil à Vergennes le 27 juin 1778: »On ne saurait assez se dire que la cour de Vienne ne connaît que la marche de l'intérêt et que sous le nom de l'amitié elle exige tout de vive force... On ne saurait se dissimuler que le caractère particulier de l'Autrichien est d'oublier tous les services rendus dès qu'on lui fait éprouver la moindre contrariété. Il faut aussi y voir une hauteur insupportable si le besoin ne lui commande pas une entière soumission.«

[5]) Ib. v. 341. f. 401. Breteuil à Vergennes le 21 décembre 1780: »On peut être sûr que jamais le trône de la Maison d'Autriche n'a été occupé par un prince qui ait eu plus pour règle invariable que c'est perdre que de ne pas accroître son domaine.«

[6]) Ib. v. 340 f. 275. Breteuil à Vergennes le 22 juin 1779: »Il faudra rarement honorer de cette conséquence la plupart des choses qu'on lui

Oberflächlichkeit, über die ein gewisser äußerer Glanz des Geistes täusche, der Mangel gründlicher Kenntnisse, bei einer großen Dosis Selbstbewußtsein [1]), Kleinlichkeit, Unstetigkeit, Unvermögen, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden, böten Gewähr, daß ein Herrscher mit solcher Charakteranlage und derartig unzureichenden Fähigkeiten kein zweiter Karl V. werden könne.

Wir sehen, Breteuil entwirft ein düsteres, trostloses, aber, man muß sagen, nicht ganz wahrheitsgetreues Bild. Seinem Scharfblick, seiner Beobachtungsgabe kann man wohl unbedingt vertrauen; was er mitteilt, ist in den meisten Fällen glaubwürdig; aber sein Urteil über Joseph II. und dessen Tätigkeit muß man mit äußerster Vorsicht aufnehmen. Da Breteuil Franzose, Patriot, Aristokrat, Konservativer und ein gläubiger, frommer Katholik war, begreift man, daß er Joseph II. nicht anders als mit vorgefaßter Abneigung begegnen konnte. Jeder Versuch des Kaisers, seine Macht zu stärken, die Grenzen seines Reiches zu erweitern, die habsburgische Monarchie zu festigen, konnte dem Österreicher nur rechtmäßig, natürlich und wünschenswert erscheinen, aber in den Augen des Vertreters der Bourbonen trugen solche Absichten einen andern Charakter an sich und wurden mit Namen gebrandmarkt wie: unersättlicher Ehrgeiz, gewissenlose Politik usw.; denn sie berührten unmittelbar die Interessen Frankreichs, des nach der Auffassung Breteuils ewigen Nebenbuhlers Österreichs. Für die Philosophen und die Propheten der Auf-

---

verra préparer ou entreprendre. L'inquiétude naturelle de son caractère, de l'orgueil mal calculé, suite d'un esprit faux, un défaut absolu d'application, un manque égal de connaissances réelles et un amour propre excessif qui n'admet point de conseil ... c'est d'après toutes ces données qu'il me paraît nécessaire de juger toutes les résolutions de l'Empereur ... Je suis bien loin de vouloir au reste tranquilliser le Roy sur l'usage que l'Empereur veut faire de ses forces ... je suis plus persuadé que personne que si l'Empereur avait les condées libres, son inquiète activité le porterait à toutes les entreprises dont il croirait tirer avantage. Les principes sont que tout ce qui peut être utile est juste ... Mais on peut croire que la crainte tempérera cette avide et dangereuse volonté et que de très petits talents en dirigeront tous les mouvements.«

[1]) Ib. siehe oben angeführte Charakteristik Josephs II.

klärung war Joseph der »vollkommene Monarch», wie ihn Lanjuinais nannte, der Monarch, der »l'infâme« niedertrat, seinen Untertanen Toleranz in Glaubenssachen zugestand, Klöster säkularisierte und die kirchliche Zensur aufhob. Strenggläubige Menschen hingegen wie Breteuil sahen in der kirchlichen Reform nur eine Kränkung des Heiligen Vaters, Begünstigung religiösen Zwiespalts, schamlose Eingriffe in das Eigentumsrecht und in den letzten Willen des Erblassers, Duldung zügelloser, gefährlicher Ideen, die in Tausenden von schmutzigen, beleidigenden Flugschriften zutage traten. Die Ökonomisten des 18. Jahrhunderts, die staatlichen Vollzieher der neuen Ordnung begrüßten freudig die Befreiung der Bauern, die Abschaffung der Majorate, die Beschränkung der Kompetenz der Landstände, die Gleichheit aller vor dem Gesetz und der Steuer; aber der Adelspartei des alten Regimes — und ihr gehörte Breteuil nach Geburt, Erziehung und Sympathien an — bangte vor möglichem Umsturz oder Aufstand und sie erhob Klage über die Zerstörung der alten Stützen. Nicht ohne Grund wurde Breteuil in der Folge, zur Zeit der Emigration, der offizielle Vertreter Ludwigs XVI.; er wahrte die bourbonsche Tradition, es sei die habsburgische Monarchie die natürliche Widersacherin Frankreichs, und er hielt sich für den ersten Adeligen des Königreichs, der als solcher sein Veto gegen das revolutionäre Dekret einlegte, das die Geistlichen zwang, den Bürgereid zu leisten.

Im Jahre 1784 trat der Marquis de Noailles an Breteuils Stelle am Wiener Hofe. Er war aus England hierher versetzt worden, da Marie Antoinette den wichtigen Londoner Posten für den Grafen Adhémar, den Bruder ihrer bevorzugten Freundin, der Herzogin von Polignac, frei zu haben wünschte. Daß Noailles nur seinen persönlichen Verdiensten diese hervorragende Stelle verdankte, beweist allein schon, daß er den Durchschnittsdiplomaten überragte; in England, zu dem Frankreich seit jeher in gespannten Beziehungen stand, gab es viel zu tun. Erfahrung und Takt waren da vonnöten. Beides besaß Noailles. Er hatte sich schon zur Zeit seiner diplomatischen Mission im Niederrheinischem und in Holland von der besten Seite gezeigt. Sein Hauptvorzug war un-

erschütterliche Ruhe und Kaltblütigkeit. Er vergaß sich niemals, verlor auch in den schwierigsten Verhältnissen weder das seelische Gleichgewicht noch die Geistesgegenwart, und seine Kollegen im diplomatischen Korps konnten ihn nicht genug bewundern ob seiner taktvollen Zurückhaltung dem launischen Kaunitz gegenüber. Selbst in seinen Depeschen, in denen er freimütig seine Meinung äußern durfte, überschritt er nie die Grenzen des guten Tones und blieb er immer ein Gentleman; feinfühlig und wohlerzogen, verletzten ihn die gemeinen Schimpfworte, die Kaunitz über Friedrich II. fallen ließ, aufs tiefste und er wandte sich angewidert von jeder Roheit ab. Noailles war der richtige Vertreter des alten französischen Adels, mehr der Person des Königs als dem Hofe ergeben, mehr für das Wohl und den Ruhm Frankreichs besorgt als für seine Karriere [1]). Er kannte seinen Wert und war erfüllt von dem Gefühl der eigenen Würde; er demütigte sich nicht, schmeichelte, beugte sich nicht und verlangte nie etwas für sich selbst. Seine Uneigennützigkeit kannte keine Grenzen. Als die schwierigen finanziellen Verhältnisse im Jahre 1789 Frankreich zwangen, die Beamtengehalte zu schmälern, wollte Noailles trotzdem seinen Posten nicht verlassen und er lehnte würdevoll das Anerbieten seines Vorgesetzten ab, sich für ihn bei dem Könige zu verwenden [2]). Er diente aus Ehrgefühl, nahm es aber dabei ernst mit der Erfüllung seiner Pflichten und unterwarf sich den Anforderungen des Dienstes. Mit peinlicher Genauigkeit sandte er seine Depeschen mit jeder regelmäßigen Post; während seines Aufenthaltes in Wien erbat er sich nur einmal einen

---

[1]) P. A. v. 348 f. 173. Noailles à Vergennes le 24 oct. 1784: »Ce qui achève d'attrister, surtout quand on est élevé comme nous le sommes tous en France à regarder la gloire de notre maître comme devant nous être aussi chère que notre honneur personnel, c'est de voir des Autrichiens, des Bohémiens, des Hongrois désirer que les Hollandois tiennent ferme.«

[2]) P. A. v. 358 f. 31. Noailles à Montmorin le 9 septembre 1789. »Je ne saurais désirer mieux que je ne suis, visant à l'honneur du service, non à faire des économies, joignant à peu près les deux bouts de l'année en dépensant ce que le Roy me donne avec mon propre revenu.«

Urlaub; seine Vorgesetzten, die Grafen Vergennes und Montmorin, titulierte er korrekt »Mr. le Comte« und ohne zu murren, trug er den Tadel, den er sich eines Tages wegen eines Etikettestreites mit dem russischen Botschafter Galitzin zugezogen hatte. Es versteht sich von selbst, daß sich ein Mann wie Noailles eine ausgezeichnete Stellung in Wien zu schaffen wußte. Er war beliebt in der Gesellschaft. Joseph II. blieb ihm unveränderlich gnädig gesinnt und lobte ihn nach seiner Art[1]), und der strenge Kaunitz äußerte sich sehr vorteilhaft über ihn[2]). Hervorragende Fähigkeiten zeichneten Noailles allerdings nicht aus, er war aber keineswegs beschränkt und galt auch nicht dafür[3]); wohl schwer hätte das französische Ministerium einen besseren Vertreter seiner Interessen finden können. Noailles liebte seinen Beruf und brachte ihm Interesse entgegen; nur faßte er ihn ein wenig einseitig auf, wie dies eben die Diplomaten des alten Regimes zu tun pflegten, die immer nur mit materiellen, realen Faktoren rechneten und daher ihr Hauptaugenmerk dem Hofleben, den diplomatischen Intrigen, dem Zustande des Heeres und der Finanzen, niemals aber dem geistigen Leben des Landes und dem Volkscharakter zuwendeten. Noailles bildete hievon keine Ausnahme: bei niemand kann man sich ausführlichere Nachrichten über Josephs II. Beziehungen zu seinen Brüdern und Schwestern holen; er verweilt mit Vorliebe bei den kleinsten Einzelheiten des Zeremoniells, das bei der Eheschließung Franzens von Toskana mit der württembergischen Prinzessin Elisabeth beobachtet wurde.

Die Frage, wer als diplomatischer Agent nach Turin oder Neapel geschickt werden solle, interessierte Noailles weitaus

---

[1]) Arneth-Flammermont: Correspondance secrète de Mercy. I 220: L'ambassadeur de Noailles me paraît un homme fort sensé. Je ne le crois pas bon Autrichien, comme toute sa tribu, mais au moins il n'a pas l'air d'être un boute-feu et une tête aussi effervescente que son prédécesseur.«

[2]) Beer: Joseph II., Leopold II. und Kaunitz 152: »L'ambassadeur de France . . . est assurément le moins ‚facendone' et le moins importun des possibles.«

[3]) Courrier du Bas-Rhin No. 95, 1785: »Un ministre aussi intelligent que l'est Mr. le Marquis de Noailles.«

mehr als die grundlegenden Reformen Josephs II.[1]) Einen Bericht über die ungarische Verfassung sandte er nur auf nachdrückliches Verlangen des Grafen Vergennes, denn er hatte die Sache für unwesentlich gehalten[2]). Das bedeutet aber mit nichten, daß er dem, was sich in Österreich vor seinen Augen vollzog, gar keine Aufmerksamkeit gewidmet habe; man findet fast in jeder seiner Depeschen ausführliche Schilderungen der inneren Verhältnisse, allerdings nur solcher, die seiner Meinung nach als Beweis für die Kraft oder Schwäche der Habsburger dienen konnten; von diesem Gesichtspunkt aus schienen ihm die Proteste der ungarischen Komitate, die Vorstellungen der steirischen Landtage über den Nachteil der Grundsteuer[3]), der Verzicht des Kaisers auf alle Reformen in Siebenbürgen und Ungarn, die Erschöpfung der österreichischen Finanzen, die Unzufriedenheit des Heeres, die Stimmung der Beamten, die Kirchenreformen und selbst die antijosephinischen Pamphlete beachtenswert zu sein[4]), aber auch nur der Interessen Frankreichs halber, dem Joseph II. ein mächtiger Feind oder ein kraftloser Freund sein konnte.

Noailles war ein aufrichtiger, feuriger Patriot, was aber weder sein Urteil trübte, noch seine Unparteilichkeit beeinflußte. Gehässigkeit, Bosheit, Schadenfreude über Fehler und Mißerfolge der Österreicher, wie sie Breteuil in seinen Depeschen so deutlich durchblicken läßt, lagen ihm fern. Die separatistischen Bestrebungen in den einzelnen Provinzen der habsburgischen Monarchie betrübten ihn, statt ihn zu erfreuen; zur Zeit des türkischen Krieges wünschte er den österreichischen Waffen aufrichtig Erfolg — möglicherweise aus po-

---

[1]) P. A. v. 347 f. 200, Noailles à Vergennes le 5 juillet 1784: »On croit toujours qu'il se prépare ici de grands changements dans l'administration intérieure . . . Ce qui est plus de mon ressort est la nomination de nouveaux ministres pour Naples et pour Turin.«

[2]) Ib. v. 341 f. 515: le même au même le 30 décembre 1786 . . . »Quoiqu'il Nous importe peu, Mr. le Comte, de savoir ce qui regarde les formes de l'administration en Hongrie.«

[3]) In der Kanzlei Noailles' wurde eine dieser Vorstellungen ganz ins Französische übersetzt und am 9. Juli 1789 als Anhang einer Depesche abgeschickt.

[4]) Noailles fügte z. B. einer seiner Depeschen die Übersetzung des bekannten Pamphlets »Unwahrscheinlichkeiten« bei.

litischen Gründen —, aber seine Berechnungen fielen in diesem Falle mit seinen persönlichen Sympathien zusammen [1]). Er erkannte des Kaisers hervorragende Eigenschaften und große Fähigkeiten an und sprach gar oft von seiner ungewöhnlichen Arbeitskraft, seiner Gerechtigkeit und seinem aufrichtigen Wunsche, das Wohl des Volkes zu fördern [2]). Noailles bemitleidete von ganzem Herzen den kranken, von Kummer und Sorgen gequälten Herrscher und wünschte ihm innig Genesung. Allein unparteiisch zugleich, wies er mit strenger Genauigkeit auf alle Charakterfehler Josephs II., auf alle Verirrungen und Mißgriffe in den Reformen des Kaisers hin. Noailles war es bestimmt, das Ende einer Regierung zu erleben, die mit der Hoffnung aller auf eine segensreiche Umgestaltung begann und mit der Unzufriedenheit aller Stände, mit Aufruhr in den Provinzen und mit Demütigungen in der auswärtigen Politik endete. Schon im Jahre 1785 war alles unzufrieden [3]) und im Jahre 1789 war die Lage einfach trostlos [4]).

Unter diesem traurigen Eindrucke gab Noailles Joseph II.

---

[1]) P. A. v. 358 f. 27. Noailles à Montmorin, le 9 sept. 1789: »Je fais toutes sortes de voeux pour le succès des armes autrichiennes.«

[2]) Ib. v. 347 f. 121. Noailles à Vergennes, le 2 mars 1784: »Ce Prince n'est pas à beaucoup près dépourvu des qualités qui peuvent ajouter au respect dû à sa personne. Certainement il n'agit pas sans réflexion. Il y a des opérations peut-être un peu brusquées dans les détails de l'administration intérieure, mais c'est précisement parce que ce Prince ne craint point de faire des essais, pour arriver à quelque succès plus ou moins certains, qu'on doit croire qu'il a autant de ressort dans l'âme que d'activité dans l'esprit. Personne ne doute de son application aux affaires, de la sévérité de ses principes en fait de gouvernement et de l'utilité qu'il cherche dans tout ce qu'il entreprend, jusque dans ses voyages.« Jedenfalls ist der Unterschied dieser Charakteristik von der, die Breteuil geliefert hat, auffallend.

[3]) P. A. v. 349 f. 382. Noailles à Vergennes le 2 juillet 1789: »Quand on voit les choses de près, on n'aperçoit que du découragement et de la tristesse ... Aucun n'est content de sa situation. Ce n'est pas du tout exagérer que de dire qu'il règne dans l'administration intérieure de ce pays-ci une confusion aussi fâcheuse pour son existence présente que pour sa prospérité future.«

[4]) P. A. v. 356 f. 226. Noailles à Montmorin le 25 mars 1789: »Les affaires de ce pays offrent un aspect aussi fâcheux que la santé du monarque. La plus belle armée du monde est fondue en partie sans qu'il

das Grabgeleit. Er ließ allen Bemühungen des Kaisers um das Wohl des Volkes stets Gerechtigkeit widerfahren, wie dies alle taten, die den dahingeschiedenen Monarchen unparteiisch beurteilten und die traurigen Resultate seiner kurzen Regierung sahen. Zu diesen Unparteiischen gehörte auch Noailles, daher haben seine Berichte für uns einen um so größeren Wert.

Die Korrespondenzen Breteuils und Noailles' erschöpfen noch keineswegs das Material, das uns die Depeschen der französischen Botschaft am Wiener Hofe gewähren. In der Abwesenheit der Botschafter ruhte die Führung der Geschäfte in den Händen des ältesten Sekretärs, der zum Chargé d'affaires bestellt wurde. Dies war nicht selten der Fall, besonders unter Breteuil, der den Aufenthalt in Wien nicht liebte und seinen Stellvertreter, Barthélemy, stets allein ließ. Er konnte sich vollständig auf ihn verlassen. Barthélemy, der seine Laufbahn unter der Leitung Vergennes' begonnen hatte, war ein Politiker von ungewöhnlicher Beobachtungsgabe, dabei geistreich und scharfsinnig. Seinen Vorgänger überragte er zweifellos. Später zeigte er sich in seinem vollen Glanze anläßlich des Friedensschlusses von Basel im Jahre 1795, der für Frankreich so vorteilhaft ausfiel. Barthélemys Geist und Sachkenntnis verblüfften alle, die mit ihm zu tun hatten. Auch seine Vorgesetzten schätzten ihn sehr. Vergennes war ihm wohl geneigt[1]), er beantwortete gern seine Berichte und teilte ihm seine geheimsten Gedanken mit. Breteuil äußerte sich nur lobend über seine Aufführung, seinen Charakter und seine Grundsätze und Noailles bedauerte seine Abreise und pries in beredten Worten seine Vorzüge[2]). Bei seinen Kollegen

---

en reste le moindre avantage... La guerre continue; la disette se fait sentir en Hongrie et plus fortement en Croatie... On manque de généraux... Il semble ne se préparer de ce côté que des événements favorables aux vues et aux entreprises de la Cour de Berlin.«

[1]) D. A. Pezold an Stutterheim. Den 12. Juli 1780: »Der Graf von Vergennes ist ihm ganz besonders wohlgeneigt.«

[2]) Ib. v. 347 f. 348. Noailles à Vergennes le 26 juin 1784: »Je perds en Mr. Barthélemy quelqu'un qui est fait pour être regretté. Depuis que je suis à Vienne je n'ai reçu de sa part que des sujets de satisfaction. On ne saurait réunir plus de qualités excellentes et avoir plus de zèle pour tout ce qui tient au service.«

erfreute sich daher Barthélemy des besten Rufes. Der preußische Gesandte Riedesel meldet Friedrich II. mehr als einmal, wie talentvoll der französische chargé d'affaires die Geschäfte führe; der alte Pezold versichert, »Herr von Barthélemy habe in Wien nur Beifall und Hochachtung gefunden« [1]), und der Sekretär Pezolds staunt über seinen Takt und über seine Besonnenheit. Wenn man Breteuil glauben darf, so war Barthélemy bei Hofe sowohl wie in der Gesellschaft persona grata [2]). Man begreift diese Wertschätzung, wenn man Barthélemys Depeschen liest. Voll Geist und Leben, enthalten sie ungemein viel Daten, wertvolle Beobachtungen, glänzende Charakteristiken und zeichnen sich dabei durch guten Stil, durch die anregende, prächtige, klassische Sprache des 18. Jahrhunderts aus. Nicht umsonst war Barthélemy ein großer Freund der schönen Literatur. Und dennoch — wie viel Bosheit, Galle und Verachtung für das Land, in dem er lebte, und für den Herrscher, der eben regierte, steckte in diesen Depeschen, die so schön, sachlich und geistreich verfaßt waren. Nur die Berichte des preußischen Gesandten Baron Riedesel kommen ihnen in dieser Beziehung gleich. Barthélemy ließ an Joseph kein gutes Haar: Der Kaiser war eigensinnig, hochmütig, schroff, hart, despotisch, einseitig, hastig, habgierig bis zur Verblendung [3]).

Was mochte den scharfsinnigen Franzosen zu so einseitiger und falscher Beurteilung, zu Bemerkungen veranlaßt haben, die besser in ein Pamphlet als in die Depeschen

---

[1]) D. A. Pezold an Stutterheim. Loc. cit.

[2]) P. A. v. 338 f. 200 Bret. à Verg. le 2 mars 1779: »Il est d'ailleurs aimé et estimé généralement de tout le monde dans cette ville et la Cour Impériale le voit avec plaisir rester à la suite des affaires.«

[3]) Ein Beispiel aus vielen von diesen Aussprüchen: »On connaît depuis longtemps la volonté qu'a l'Empereur de s'emparer des biens du clergé et son peu de respect pour la propriété de ses sujets. Le Prince porte á l'excès l'amour de l'argent; il se porte à en amasser avec une ardeur qui peint bien son désir également immodéré de se rendre redoutable et d'abandonner son ambition à tout son essor, lorsqu'il croira en trouver moyen dans ses coffres. On ne peut se dissimuler que le caractère et l'esprit de l'Empereur réunissent toutes les sortes de danger les plus inquiétantes pour la tranquillité générale.« (P. A. v. 343 f. 20. Barthélemy à Vergennes le 16 juin 1781.)

eines Diplomaten gepaßt hätten, dem doch die Pflicht oblag, seiner Obrigkeit die Wahrheit zu melden? Von persönlicher Feindseligkeit gegen Joseph konnte keine Rede sein. Man behandelte ihn bei Hofe immer gut, weder ward er vom Monarchen ignoriert, noch von Kaunitz barsch und grob behandelt, wie z. B. Riedesel es erdulden mußte. Die Erklärung ist daher in den politischen Anschauungen Barthélemys und in seiner dienstlichen Stellung zu suchen.

Barthélemy war ein Schüler Faviers, eines eifrigen Anhängers der Partei, der die Habsburger als die Erbfeinde Frankreichs galten, die stets bereit seien, den ersten günstigen Anlaß zu ergreifen, die Hegemonie auf dem Festland an sich zu reißen. Barthélemy sah in Joseph II. den typischen Vertreter habsburgischer Politik. Er hielt es für seine Pflicht, das Versailler Kabinett vor dem Kaiser zu warnen, und da er ehrliche Befürchtungen und zugleich den Wunsch hegte, Eindruck zu machen, so trug er in seinen Depeschen die Farben allzu stark auf. An Vergennes gerichtet, wurden seine Schreiben auch von Breteuil gelesen. Wir wissen bereits, wie sich dieser gegenüber Österreich verhielt und Vergennes wiederum sah das Bündnis von 1756 als einen schweren politischen Fehler an, den wieder gut zu machen er sich dreizehn Jahre hindurch bemühte, indem er, wo er nur konnte, Joseph II. Hindernisse in den Weg legte. Barthélemy, der nicht nur ein gewiegter Diplomat, sondern auch ein schlauer Streber war, wußte, daß alle seine Ausfälle, mochten sie noch so schroff sein, von seiner Behörde wohlwollend aufgenommen wurden, da sie der Auffassung und den Wünschen seiner Gönner vollkommen entsprachen. Man verlangte von ihm, er möge genau, verläßlich und vollständig die Tatsachen schildern; in dieser Beziehung erfüllte er tadellos seine Pflicht; nicht die Ungenauigkeit der verhältnismäßig geringen Anzahl von Daten (sic!), sondern deren Auswahl und Erläuterung kennzeichnen seine Abneigung gegen Österreich. In eine Reihe mit den Berichten der französischen Botschafter kann man die der diplomatischen Agenten Preußens stellen, die man als die Stiefsöhne der damaligen Diplomatie bezeichnen darf. Sie waren es wegen des wenig schmeichelhaften Rufes, in welchem

Preußen bei den übrigen Mächten stand und insbesondere der Stellung halber, die Friedrichs II. Vertreter einnahmen. Es war nicht leicht, diesem König zu dienen, er forderte ungemein viel und selbst gab er äußerst wenig. Sein Geiz war fabelhaft; um jeden Groschen, um jeden Kurier gab es eine Unmenge von Schreibereien. Selbst der gefügige und unterwürfige Jacobi, der lange Zeit den Posten eines Residenten in Wien versah, lehnte sich schließlich auf. »Ich hielte mich für unwürdig, Eurer Majestät zu dienen« — so äußerte er sich unwillig, als ihm Friedrich aus Argwohn seinen Gehalt verkürzt hatte —, »wäre ich fähig, Eurer Majestät ungenaue oder zweifelhafte Rechnungen zu unterbreiten. Gestatten mir Eure Majestät, Ihr Gerechtigkeitsgefühl anzurufen. Vielleicht fehlt es mir an Begabung, aber ich bin ein ehrlicher Mensch«[1]). Die ganze Sache drehte sich um ein paar hundert Dukaten. Jede Bitte um Gehaltserhöhung wurde barsch abgewiesen. »Gehalte bestimmt der Staat«[2]); den Gesandten und ihren Sekretären wurde bedeutet, vernünftig hauszuhalten[3]). Den preußischen Junkern, die in fremde Länder geschickt wurden, warfen ihre »Sandhügel« nur ein geringes Erträgnis ab, weshalb sie ein kümmerliches Dasein fristeten. »Bei alledem heißt es den Teufel beim Schwanz packen, um die zwei Enden zusammenhalten zu können«, klagt Graf Solms, als er unter den verschwenderischen russischen Herren lebte. »Leider kann ich aus meinen Mitteln nichts zusetzen und ich lebe wie ein Diurnist von einem Tag auf den andern«[4]).

Die Verhältnisse, die das arme kleine Preußen zwangen, Großmachtpolitik zu treiben, machten allerdings diese kleinliche Sparsamkeit nötig, mit der aber Friedrich II. noch ungeheure Grobheit verband: »Was gehen mich die Türken an?« fragte er zornig Herzberg und Finkenstein. »Was seid ihr? Nasse Hühner, die vor jedem zurückweichen, der ihnen die Zähne zeigt. Wäre ich so dumm, euren Ratschlägen zu folgen, so geriete ich bei derart feiger Politik dahin, daß uns

---

[1]) B. A. Jacobi au Roi le 8 mars 1786.
[2]) Politische Korrespondenz XXVI, 251.
[3]) Ib. XXVI, 76.
[4]) Ib. XXV, 106. Cf. Ib. 165.

alle zum Vergnügen Fußtritte in den Hintern geben würden. Vielleicht gefällt euch das, ich jedoch dulde keine solche Behandlung«[1]). Wenn der König sich erlaubte, in dieser Weise mit Ministern zu sprechen, kann man sich vorstellen, daß die armen Gesandten den bittern Kelch bis zur Neige leeren mußten. Was hatte nur Borck alles anzuhören, als er sich unberufenerweise in die Intriguen des Kopenhagener Hofes, an dem er sich befand, hineinmischte![2]) Der sanfte, gebildete Graf Mercy war ganz entsetzt darüber[3]). Nicht grundlos galt den Österreichern, die auf ihre Traditionen und ihre Geschichte stolz waren, der große König als »politischer Parvenu«. Friedrich II. verhielt sich höchst mißtrauisch gegen seine Vertreter; die kleinste Abweichung von seinen gemessenen Befehlen, eine Meinungsverschiedenheit brachten ihn gleich auf den Gedanken, der Gesandte sei vom Hofe, an dem er residiere, bestochen. So verdächtigte er z. B. den Grafen Solms, der die Ansicht vertreten hatte, es seien Panins Pläne leichter auszuführen als die des Königs[4]). Kaunitz und Mercy vermuteten sogar, daß die Furcht, ihm unverläßlich zu erscheinen, die Gesandten bewege, dem König wissentlich falsche Nachrichten zu unterbreiten. »Von ihm kann man wahrheitsgemäß sagen vult decipi«, äußerte sich Kaunitz, als er die nachteiligen Folgen des terroristischen Systems besprach. »Wenn ihm seine Gesandten an den fremden Höfen dasjenige mitteilen, was wirklich vorgeht, und nicht das, was er hören will, gibt er ihnen Verweise und unterschiebt ihnen selbst die sinnlosen Verleumdungen, die sie ihm dann hinterbringen«[5]). Aus Mißwollen und in seinem Ärger übertrieb Kaunitz allerdings. Aber in seinen Behauptungen liegt ein großes Stück Wahrheit. Der unparteiische und kaltblütige Vergennes hatte auch keine bessere Meinung von Goltz, mit dem er oft dienstlich zu tun

---

[1]) Politische Korrespondenz XXV, 300.

[2]) Politische Korrespondenz XXV.

[3]) Arneth-Flammermont: Correspondance de Mercy I, 83: »Il est incroyable quels mensonges le Roi de Prusse forge et la façon dont il traite ses ministres quand ils ne lui écrivent pas ce qu'il veut entendre.«

[4]) Politische Korrespondenz XXVI, 284.

[5]) Arneth-Flammermont: Correspondance de Mercy II, 563.

hatte, und dessen Depeschen natürlich dem französischen Ministerium wohl bekannt waren; er nannte ebenfalls seine Berichte »erdichtet« und war empört über die »Frechheit«, mit der Herr und Diener die Wahrheit verdrehen wollten und konnten [1]).

Man kann sich nur wundern, daß Friedrich unter solchen Verhältnissen dennoch treue, ergebene und fähige Diener fand. Die eiserne, preußische Disziplin, die Ehrfurcht vor dem Monarchen, die Liebe zum Vaterland, das sich aus dem Nichts zur Größe erhoben hatte, verlieh Kraft und flößte den Mut ein, alle Entbehrungen zu ertragen und ohne Murren die schwersten Pflichten zu erfüllen. Die Gesandten am Wiener Hofe bildeten keine Ausnahme; im Gegenteil, dorthin wurden die tüchtigsten Leute geschickt und das war, bei den gespannten, feindseligen Beziehungen, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrh. zwischen Wien und Berlin herrschten, vollkommen begreiflich. Wo sonst, wenn nicht in der Hauptstadt der feindlichen Macht, brauchte man verläßliche Diener, erfahrene Diplomaten, scharfe Beobachter?

Während der Alleinherrschaft Josephs II. wechselten drei Gesandte ab. Der erste war Baron Riedesel, der seine Stelle von 1774 an innehatte; nach seinem vorzeitigen Tode, der 1785 erfolgte, ersetzte ihn provisorisch Jacobi-Klötz, den die Gnade Friedrich Wilhelms zum Baron erhob, und diesem folgte 1786 Graf Podewils, der Neffe des berühmten preußischen Diplomaten aus den vierziger und fünfziger Jahren des 18. Jahrhunderts. Alle drei waren kluge, sachkundige, kenntnisreiche Männer, die Beobachtungsgabe besaßen, aufrichtige Patrioten und treue Diener waren, die dem Wohl des Vaterlandes und den Interessen ihres Königs lebten.

Jeder von ihnen hatte Vorzüge aufzuweisen. Riedesel stand der Literatur nicht fern, veröffentlichte sogar zwei Erzählungen über seine Reisen im Orient und in Sizilien; als er starb, brachten die Zeitungen Nekrologe über ihn und sie bezeichneten sein Hinscheiden als einen Verlust, der

---

[1]) A. P. A. v. 331 f. 175, Breteuil à Vergennes le 20 octobre 1777: »Je ne suis pas étonné de ce que Vous me mandez sur l'enflure des relations de Mr. de Goltz au Roy son maître.«

auch die Gelehrtenwelt treffe. Die literarische Richtung Riedesels trat auch in seinen Depeschen zutage; trotz Umständlichkeit und Ernst entbehren sie nicht eines frischen, lebendigen Tones; sie zeugen zugleich von Gewandtheit und Scharfsinn; die französische Sprache beherrschte Riedesel vollkommen; sobald er kritisiert und Charaktere zeichnet, wird sein Stil plastisch, mit einer Beimischung zynischen Humors, der den Schriftstellern des 18. Jahrhunderts so eigentümlich ist. Selbst der anspruchsvolle, stets bekrittelnde König Friedrich war mit Riedesels Dienstleistung zufrieden, er gab ihm sogar, was selten bei ihm der Fall war, Beweise seiner Dankbarkeit, indem er ihm zum Beispiel Urlaube gewährte; sein Tod erfüllte ihn mit aufrichtiger Trauer. Kaunitz, der Riedesel nicht leiden mochte, nannte diesen »ein widerwärtiges Subjekt«, wogegen Breteuil, der eine solche Auffassung nicht teilte, den alten Kanzler der Parteilichkeit gegenüber dem jungen Diplomaten beschuldigte [1]), dessen Fähigkeiten und Kenntnisse auch der stets objektive Marquis Noailles hoch zu schätzen wußte [2]).

Jacobi war ein schlauer, gewandter, ränkesüchtiger Agent, der dank seinem Eifer und seinen Fähigkeiten eine glänzende Karriere machte. Das war unter Friedrich II. nicht leicht, der ja ungeachtet seiner in vieler Beziehung liberalen Grundsätze in den Adeligen die berufenen Diener des Reiches sah, die in der Armee und im Amte zu verwenden seien. Auf stilistische Formvollendung achtete Jacobi nicht viel, weitaus mehr galt ihm eine sachgemäße, mit Ziffern belegte und auch ausführliche Darstellung. Seine umfangreichen schulsteifen Rechenschaftsberichte sind in unterwürfigem Tone geschrieben, enthalten aber schätzenswerte Angaben. Niemand verstand

---

[1]) P. A. v. 327 f. 104 Breteuil à Vergennes le 8 mars 1785: »Mr. de Kaunitz pour écarter la valeur des discours du ministre prussien, s'est contenté de me dire que c'était un sujet détestable.«

[2]) Ib. v. 350 f. 186, Noailles à Vergennes le 21 septembre 1785: »Le Roi de Prusse fait une vraie perte dans la personne de Mr. de Riedesel. C'était un petit homme dont l'extérieur n'avait rien d'avantageux, mais qui était très actif et en même temps très-mesuré. Il passait pour avoir acquis par une habitude de plusieurs années une parfaite connaissance de ce pays-ci.«

es besser als Jacobi, Beamte des österreichischen Ministeriums zu gewinnen, mit den unzufriedenen Elementen in Ungarn und Galizien in Verbindung zu treten und den geeigneten Weg zu sicherer Beförderung kompromittierender Depeschen ausfindig zu machen. In den wenigen Monaten selbständiger Tätigkeit zeigte er sich von einer derart vorteilhaften Seite, daß er den Titel eines kurfürstlich brandenburgischen Ministers beim kaiserlichen Hofe und zugleich die Erlaubnis erhielt, gemeinsam mit Podewils die Depeschen zu unterzeichnen.

Dieser war ein Aristokrat, den nichts aus der Fassung brachte, und der im Vollgefühle seiner Würde niedrige Arbeit, Kundschafterdienst Jacobi überließ [1]). Er selbst nahm die Repräsentationspflichten auf sich, die Mitteilung von Gerüchten, die in Hofkreisen zirkulierten, und die Beleuchtung der Tatsachen. Er verstand es so gut, in Wien zu gefallen, daß man ihm in der Gesellschaft eine viel liebenswürdigere Aufnahme bereitete, als seine begabteren Vorgänger sie gefunden hatten [2]). Allerdings fiel ins Gewicht, daß gerade damals Friedrich II. starb und die Thronbesteigung seines Neffen die Hoffnung wachrief, es könnten sich die bisher unerbittlichen Gegner versöhnen.

Alle jene Vorzüge und Eigenschaften zeigten sich aber nur in Kleinigkeiten, beeinflußten nur die äußere Form, nicht den Inhalt und die Tendenz der Berichte; die drei Persönlichkeiten glichen sich im Wesen sowohl wie in der Gesinnung und man kann ihre politische Wirksamkeit als eine Einheit auffassen. Das stramme Regiment Friedrichs und sein allmächtiger Wille verwischten jeden Unterschied; er war das Haupt und jene waren nur seine gefügigen Werkzeuge; selbst mit seinem im Jahre 1786 erfolgten Tode änderte sich die Sachlage nicht; denn bis 1790 führte Hertzberg das Steuer der

---

[1]) In eben diesem Sinne sind die Worte des französischen Gesandten Noailles zu verstehen: »J'ai quelquefois l'occasion de m'entretenir avec Mr. Jacobi, qui est présentement ici le véritable homme de la Cour de Berlin, beaucoup plus que le ministre en titre Mr. de Podewils« (P. A. v. 352 f. 70. Noailles à Vergennes le 19 février 1787).

[2]) B. A. Podewils au Roi le 18 mars 1786: »Jusqu'à présent je ne puis que me louer des politesses et prévenances qu'on me témoigne.«

Regierung, ein eifriger, wenn auch nicht glücklicher Schüler des großen Meisters; bis zu dem berühmten »Reichenbacher Puff« leitete er Preußens Politik.

Die preußischen Gesandtschaftsberichte sind eine Hauptquelle für die Geschichte der Ereignisse der siebziger und achtziger Jahre des 18. Jahrhunderts und für die Charakteristik der leitenden Persönlichkeiten. Rohan erkannte, obwohl er ein wenig einseitig war, ihren Wert und scheute daher weder Mühe noch Geld, die Depeschen seines Kollegen Riedesel durchzulesen und abzuschreiben: »Diese ununterbrochene Kette preußischer Depeschen« — so kommentierte er die von ihm aufgefangenen Briefschaften — »gleichen einem Feuerbrand, der auf die verborgenen Absichten des ehrgeizigen und unternehmenden Monarchen ein grelles Licht wirft. Man ersieht aus ihnen, wie kunstvoll er seine Netze flicht; sie enthalten verläßliche Nachrichten über die preußischen Intrigen in Petersburg, Wien und Konstantinopel; aus ihnen spricht der Geist Friedrichs II., der gleichsam dazu geboren ist, die Geißel seiner Nachbarn zu sein«[1]. Abgesehen von der höchst subjektiven Färbung des letzten Satzes, entbehrt Rohans Charakterisierung auch der Vollständigkeit: denn die Depeschen der preußischen Diplomaten bereichern nicht nur unsere Kenntnisse über die äußere Politik, sondern auch über die Verwaltung Josephs II.; Friedrich II. besorgte ja stündlich einen Überfall von seinem Nachbar, den er haßte und der diesen Haß in gleicher Weise erwiderte; deshalb wollte er genau erfahren, »was jenseits des Zaunes vorging«, wie es um die österreichische Armee, die österreichischen Finanzen, die Stimmung der Bevölkerung stand. Seine Vertreter in Wien vollstreckten seine Befehle auf das genaueste und sandten pünktlich zweimal wöchentlich ihre Berichte. Diese gleichen in ihrer Ausführlichkeit einer Chronik der Ereignisse, die sich in der habsburgischen Monarchie abspielten.

Der Reichtum dieser Nachrichten muß um so mehr Staunen erregen, als es große Schwierigkeiten kostete, sie zu erhalten; war doch die Stellung der preußischen Diplomaten in Wien

---

[1]) P. A. v. 325 f. 207. Rohan à d'Aiguillon le 4 juin 1774.

gewiß keine leichte. Nicht nur, daß man sie nicht liebte, man mißtraute ihnen auch und bemühte sich, ihnen nach Möglichkeit alles zu verheimlichen, als wären sie Spione. »Ich tue, was ich kann« — versicherte Riedesel — »bemühe mich, in Erfahrung zu bringen, was für Intrigen zwischen Wien und Petersburg gesponnen werden, aber man sieht in mir einen raubgierigen Wolf (loup-garou) und ich muß tausend Hindernisse überwinden, um von dem Kunde zu erlangen, was man mir sorgfältig verbirgt« [1]). Podewils konnte sich nur lobend über die Höflichkeit äußern, die man ihm erwies, aber auch er hatte Grund zur Klage; nicht nur teilte man ihm nichts mit, sondern man wich ihm wie einem Pestkranken aus. »Alle meine Kollegen« — so ließ er sich vernehmen — »meiden mich und selbst die kennen mich in der Öffentlichkeit nicht, die mir ihr Haus erschlossen haben — aus Furcht, in Ungnade zu fallen« [2]). Die Folge war, daß viele Fragen unbeantwortet blieben, die Friedrich II. stellte. So verlangte dieser z. B. Auskunft über die Organisation der österreichischen Artillerie, u. zw. derart dringend, daß er Riedesel zur Zahlung jeder Summe ermächtigte, die man dafür verlangen würde. Nach Rohans Versicherung konnte Riedesel jedoch diesem Auftrage nicht entsprechen, während er — Rohan — seinem Minister schon längst von der neuesten Geschütztype Mitteilung gemacht hatte [3]). Hier mag bemerkt werden, daß Rohan nicht zu sparen brauchte, wogegen Riedesel und Podewils jeden Groschen zehnmal umdrehen mußten [4]); in der Tat war es nicht möglich, mit jährlichen dreihundert Dukaten sich eine Fülle geheimer Nachrichten zu verschaffen.

---

[1]) B. A. Riedesel au Roi le 19 mars 1785.

[2]) B. A. Podewils au Roi le 18 mars 1786. Cf. P. A. v. 357 f. 221. Se trouvant trop près du Ministre de Prusse, á qui l'Empereur affecte de ne jamais parler, l'Ambassadeur de Russie a gagné le haut bout.

[3]) P. A. v. 325 f. 104.

[4]) B. A. Podewils au Roi le 24 janvier 1787. »Je ne puis m'empêcher de représenter très-respectueusement á Votre Majesté, que si Elle veut être instruite de ce qui se passe dans ce pays-ci, il est nécessaire d'y mettre plus d'argent . . . . Je sais de science certaine que le prince de Reuss (der österreichische Gesandte in Berlin) a pour les notions secrètes trois mille florins annuellement.«

Wie dem auch immer sein mochte — trotz Schwierigkeiten, trotz Geldmangel wußten die preußischen Diplomaten inhaltsreiche und anregende Berichte zu liefern. Es fragt sich nur, inwieweit sie glaubwürdig sind.

Die Preußen liebten Joseph II. nicht, das unterliegt keinem Zweifel; die Persönlichkeit des Kaisers sowohl wie sein Privatleben wurde von ihnen äußerst ungünstig beurteilt und in das schlechteste Licht gestellt. Eine gute Meinung über ihn bilde sich nur, weil er den Leuten Sand in die Augen zu streuen wisse. »Er versteht es, seine oberflächlichen Kenntnisse zu rechter Zeit und am richtigen Ort zur Schau zu tragen, und das verschafft ihm die Liebe und das Vertrauen vieler Menschen«[1]. Selbst seine Leutseligkeit und seine Einfachheit seien nur Maske; in Wahrheit sei er streng und hart. Die furchtbaren Strafen, die Verbrechern aus den höchsten Gesellschaftsklassen zuteil wurden, gaben Podewils Anlaß zu der Bemerkung, »es stünden solche Vorgänge in auffallendem Widerspruch zu den menschenfreundlichen Grundsätzen, die man dem Monarchen nachrühme«[2]. Schon im Jahre 1779 »begann dem Volke klar zu werden, wie hart der Kaiser sein könne«[3], als es nämlich gesehen habe, daß »ihn die Anzeichen der Unzufriedenheit ganz gleichgültig ließen und alle Klagen ihm nur ein Lächeln abnötigten«.

Die preußischen Diplomaten griffen mit Vorliebe Details aus dem Privatleben Josephs II. heraus, die als Beweise dafür dienen konnten, daß sich Österreich in schlechten Händen befand und daher dem Nachbar nicht gefährlich war. Mit größter Beharrlichkeit vertraten sie die Anschauung, der Kaiser sei auch in politischer Hinsicht seiner Aufgabe nicht gewachsen und häufe Fehler auf Fehler. Was die internationalen Beziehungen anlange, könne man sich keine Politik größerer Gewissenlosigkeit und Arglist vorstellen, als der Kaiser sie predige und befolge. Jacobi versichert, daß »Se. Majestät sich weder um geheiligte Verträge, noch um seinen eigenen Ruf kümmere, sobald es sich darum handle, das österreichische Machtgebiet

[1]) B. A. Riedesel an den König, 13. August 1781.

[2]) Ib. Podewils au roi le 17 juin 1786.

[3]) Ib. Riedesel au Roi, le 1 décembre 1779.

zu erweitern«[1]). Nach Podewils Ansicht war das politische Glaubensbekenntnis Josephs II. in dem kurzen Satz enthalten: »Im Trüben ist's gut fischen«[2]).

Alle diese zynischen Grundsätze — so äußerten sich die preußischen Gesandten — führten zu keinem praktischen Resultat: die Taten des Kaisers entsprächen nicht im geringsten seinen Prahlereien; er sei kühn den Schwachen gegenüber, schrecke aber vor dem kleinsten Widerstand zurück; mit dem Säbel rasseln, sei sein liebstes Auskunftsmittel in der Politik, zu einem entscheidenden Schritte jedoch fehle ihm der Mut. Er schlüge nur Lärm[3]), drehe sich nach allen Seiten, suche überall den schwachen Punkt, ohne ihn jemals zu finden; er bemühe sich, zu täuschen[4]), wo es nur möglich sei, jedoch vergebens. Auf dem Gebiete der inneren Politik habe er, ebenfalls durch eigene Schuld, den gleichen Mißerfolg. Die Armee, zu deren Verstärkung Österreich die äußerste Kraft aufwende, brauche keine Furcht einzuflößen, trotz sklavischer Nachahmung des preußischen Vorbildes[5]). Das habe der türkische Feldzug sowohl wie die ungeschickte Einmischung des Kaisers bewiesen, der nichts vom Kriegswesen verstehe; hierin liege auch die Ursache des Mißglückens des Feldzuges[6]). Projekte schwirrten durch seinen Kopf, würden aber ebenso rasch vergessen wie gefaßt[7]); als Resultat der fieberhaften, sinnlosen Tätigkeit Josephs ergebe

---

[1]) B. A. Jacobi au Roi le 9 octobre 1785.

[2]) Ib. Podewils au Roi le 18 novembre 1786: »En général, il est toujours prêt á pêcher en eau trouble.«

[3]) B. A. Riedesel au Roi le 17 juillet 1784: »Il n'y a ni suite ni persévérance dans les plans et entreprises sous le présent règne et on ne craindra plus ce que l'on semble appréhender.«

[4]) »Escroquer«, ein Lieblingsausdruck Friedrichs II.

[5]) B. A. Riedesel au Roi le 9 juin 1784: »L'Empereur est toujours occupé d'imiter ce que V. M. fait dans Ses armées.«

[6]) B. A. Podewils au Roi le 5 mars 1788: »C'est, dit-on, quand l'Empereur y sera (d. h. bei der Armee), que la vraie confusion commencera.«

[7]) Ib. Riedesel au Roi le 4 novembre 1780: »Tout rempli de projets que semble ce Monarque par ce que l'on voit éclore et entreprendre, d'un autre côté il semble qu'ils ne prennent pas beaucoup sur lui s'ils ne réussissent pas.«

sich das Chaos im Reiche[1]). Nur eine Seite seines Wesens weise keine Veränderung auf: der ungeheure Geiz, der sich in allen seinen Unternehmungen offenbare — und da kam es selten vor, daß die Gesandten in ihren Berichten nicht einen Fall erwähnten, der die Richtigkeit ihrer Beobachtungen bewies[2]). Die Erfolge aber seien gleich null; sogar die Privatkassa bliebe leer, weil die richtigen Maßregeln nicht getroffen würden. Die Gesandten berichteten von der Ebbe, die in den Finanzen des Reiches herrsche, zum freudigen Erstaunen Friedrichs. Das sei um so verwunderlicher, als die Steuerträger überlastet seien, besonders infolge der »unsinnigen« physiokratischen Grundsteuer und der hohen Ein- und Ausfuhrzölle. Die zur Hebung des Bauernstandes getroffene Maßregel richte die Gutsbesitzer zugrunde; denn sie verlören unentgeltliche Arbeitskräfte; sie ruiniere auch die Bauern, die ja zu arm seien, um den Übergang von Abgaben in Naturalien in eine solche in Geld zu ertragen. Auch die neuen Gerichte könne man nicht loben, denn das schleppende Verfahren sei noch immer im Schwange.« Die kirchliche Reform habe ein vollständiges Fiasko erlitten; ausschließlich aus fiskalen Gründen in Angriff genommen, mehre sie den Religionsfonds nicht; gute Katholiken, die sich in ihren heiligsten Gefühlen verletzt glauben, wie Dissidenten, die über die Beschränkung der Glaubensfreiheit murrten, und die gesamte Geistlichkeit, der Papst an der Spitze, nähmen Stellung gegen den Kaiser.

Sonach ergab sich aus der Darstellung der preußischen Diplomaten ein deutliches, aber zugleich düsteres Bild; nicht ein lichter, positiver Zug, der Josephs II. Regierung ausgezeichnet hätte, findet sich in den dicken Faszikeln der Berliner Archive verzeichnet. Man gewinnt den Eindruck, es habe vom November 1780 bis Februar 1790 ein grausamer, argwöhnischer und unsteter Despot geherrscht, ein Despot,

---

[1]) Ib. Riedesel au Roi le 16 mars 1785: »Ordre et contre ordre sont la devise de ce pays-ci.«

[2]) Ib. Riedesel au Roi le 31 février 1781: »Je crains de devenir fastidieux en rapportant chaque jour de poste de nouvelles épargnes que fait l'Empereur.«

den nur der Wunsch erfüllte, die angrenzenden Gebiete an sich zu reißen, dem Nachbar Furcht einzuflößen und — indem er seinen Untertanen den letzten Blutstropfen aussog — sich selbst zu bereichern. Glaubte man den preußischen Diplomaten unbedingt, so könnte man sich schwer einen unsympathischeren Monarchen als Joseph II. und eine so himmelschreiende Unordnung vorstellen wie die, die er durch seine unvernünftigen Reformen hervorgebracht hat.

Wie soll man das parteiische Verhalten erklären, das die preußischen Diplomaten Joseph II. gegenüber beobachtet haben? Aus welchen Ursachen mögen diese klugen, scharfsinnigen Männer so oft in grobe Irrtümer verfallen sein? Es wäre leichtfertig, den Grund hierfür in ihrer persönlichen Abneigung gegen den Kaiser zu suchen, der sie mit Absicht kühl und geringschätzig behandelte. Im übrigen haben wir gesehen, daß zwar die Stellung Riedesels und Jacobis keine angenehme war, Graf Podewils aber im allgemeinen sich nicht zu beklagen brauchte; und doch unterschieden sich seine Berichte der Hauptsache nach in nichts von denen seiner Vorgänger. Den Grund dieser Erscheinung muß man ein wenig tiefer suchen, und zwar in der erbitterten Feindschaft, die zwischen Preußen und Österreich herrschte, in dem Mißtrauen, das das Berliner Kabinett dem österreichischen entgegenbrachte, und in dem Dienstverhältnisse, in welchem sich die preußischen Diplomaten befanden. Erinnern wir uns, wie schwer es war, Friedrich II. zu befriedigen, und welche maßlosen Forderungen dieser König an seine Vertreter im Auslande stellte. Brachte nicht jede Post Nachrichten oder hieß es, man wisse nichts mitzuteilen, wie das zuweilen die französischen Gesandten taten, so galt dies dem König als ein Zeichen, daß der betreffende Diplomat entweder faul oder unfähig sei; man sah sich daher bemüßigt, zu entstellen, hin und her zu raten oder etwas zu erfinden. Waren auch Riedesel, Jacobi und Podewils dank ihren Fähigkeiten und Kenntnissen sehr oft auf der richtigen Fährte, so enthalten dennoch ihre Berichte manches Überflüssige, das insofern Beachtung verdient, als es ebenfalls die Stellung Preußens zu Österreich kennzeichnet; alles, was sich vor ihren Augen abspielte, unterzogen jene Gesandten einer schonungs-

losen Kritik. Als gute Patrioten haßten sie Österreich, als Höflinge wußten sie, daß ihr König und Herr seinem »Bruder« und Nachbar alles erdenkliche Böse wünschte; so deckten sich ihre persönlichen Gefühle mit dem Wunsch, Karriere zu machen, und Abbruch ward dabei einzig und allein der Wahrheit getan. Kaunitz, der ihre Depeschen genau kannte, verurteilte als korrekter Diplomat ein derartiges Verhalten den Tatsachen gegenüber. »Wir haben jetzt einen Gesandten hier, Baron Riedesel« — so teilte er Mercy mit — »der, wie ich glaube, nur ein Reporter im Solde seines Herrn sein dürfte. Er ist eine zweite Auflage Goltz, das heißt, ein unverschämter Lügner, dem es nur darauf ankommt, seinen Posten zu behaupten. Deshalb wird er auch seinem Herrn so dienen, wie es nötig ist, ihm zu gefallen, das heißt, er wird ihm Klatschereien auftischen und ihm alles, was hier vorgeht, im schlechtesten Lichte darstellen. Es soll mich gar nicht wundern, wenn aus dieser neuen Bude lügenhaftes Zeug und Verleumdungen in die Welt gelangen«[1]. Kaunitz sprach als unversöhnlicher Feind Preußens und verfiel daher in denselben Fehler der Einseitigkeit und Derbheit, dessen er die Agenten des Berliner Hofes zieh; und doch lag in seinen Worten ein ebenso großes Stück Wahrheit, wie in dem, was die Preußen erzählten. Ihr Haß machte sie, wie dies immer zu geschehen pflegt, einerseits blind, aber andrerseits schärfte er gar oft ihren Blick. Das Gute bemerkten sie entweder nicht oder sie verschwiegen es, wogegen sie die Fehler sofort herausfanden und eingehend besprachen und begründeten. Schriebe man die Geschichte der josephinischen Epoche bloß nach preußischen Berichten, so verfiele man leicht in den Ton eines Pamphletisten; unterließe man aber, diese Quelle zu benützen, so wäre die Erzählung wohl unvollständig.

Von weitaus geringerer Bedeutung sind die Berichte der sächsischen Gesandten. Zur Zeit Josephs II. waren die Beziehungen zwischen den beiden Höfen Wien und Dresden ziemlich kühl und gespannt; denn seit den Ereignissen von 1778, da auch Sachsen auf einen Teil Bayerns Anspruch er-

---

[1]) Arneth-Flammermont: Correspondance de Mercy II. 548.

hoben und sich darüber mit Preußen verständigt hatte, war das enge Bündnis in Vergessenheit geraten. Der Kaiser machte aus seinem Groll kein Hehl, was den unbeteiligten Persönlichkeiten ebenso bekannt war wie den kurfürstlichen Personen am Wiener Hofe [1]). Joseph äußerte sich über seinen Grenznachbar ungemein geringschätzig: »Der Kurfürst ist ein eigentümlicher Mann,« — so schrieb er seinem Bruder Leopold — »die durch und durch preußisch gesinnten Minister, die ihn umgeben, wirken derart auf ihn ein, daß er sich zu nichts entschließen kann; er ist argwöhnisch wie alle schwachen Charaktere« [2]).

Die preußisch gesinnten Minister nannte der Kaiser, der sich kein Blatt vor den Mund nahm, insgesamt »Spitzbuben« [3]). Besonders abgeneigt war er dem Minister des Äußern, Baron Stutterheim; er hielt ihn für einen »Taugenichts«, der für Geld zu haben sei [4]), für einen der schlimmsten Feinde des habsburgischen Hauses, der die abscheulichsten Lügen ersinne und verbreite [5]).

»Dieser verfluchte Stutterheim«, nicht anders nannte ihn der erzürnte Kaiser, und zwar nicht ohne Grund; denn der sächsische Minister war in der Tat ein glühender Anhänger Preußens und offener Feind Josephs II. Stets trachtete er, sich dem Kaiser in den Weg zu stellen, und so kam es, daß Sachsen als erster Reichsstand dem Fürstenbunde beitrat. Vom Wiener Hof erwartete Stutterheim nichts Gutes für sein Vaterland: »Die Erfahrung hat uns gelehrt,« — schrieb er an Pezold — »daß bei allen schönen Worten Wien füglich doch auf eigene Faust handeln und — ganz abgesehen von dem Mangel an Liebenswürdigkeit — sich uns gegenüber gewiß nicht von Recht und Gerechtigkeit leiten lassen werde« [6]). Der

---

[1]) D. A. Clemens an Stutterheim den 9. November 1781: »Die Abneigung des Kaisers für alles, was chursächsische Untertanen angeht, ist bekannt.«

[2]) Arneth: Joseph II. und Leopold von Toscana. II. 11.

[3]) Ib.

[4]) Arneth: Maria Theresia und Joseph II. III, 161.

[5]) Arneth: Joseph II. und Leopold von Toscana, II, 72. cf. ib. 58.

[6]) D. A. Stutterheim an Pezold, 4. Januar 1780.

Sachse traute »den hinterlistigen Diplomaten an der Donau« nicht über die Straße: »Die Verstellungskunst des Wiener Hofes und Ministeriums ist zu bekannt, als daß man den Worten des einen und anderen Glauben schenken könnte, nicht einen Augenblick darf man die strengste Wachsamkeit, die sorgfältigsten Nachforschungen aufgeben« [1]). Stutterheim hatte im wesentlichen oft recht, Argwohn zu hegen, aber zuweilen schenkte er wenig begründeten Gerüchten Glauben, und zwar entweder aus Furcht oder weil sie ihm angenehm waren. So teilte er z. B. voll Vergnügen Pezold mit, daß der preußische Erbprinz im Jahre 1780 am russischen Hofe viel besser aufgenommen worden sei als Joseph II., während Katharina in der Tat nichts weniger als Freude über die Ankunft jenes »Fleischklumpens« empfunden hatte. Wohl durfte Joseph II. berechtigterweise über Stutterheim klagen; bei unparteiischer Beurteilung muß man jedoch sagen, daß dieser ein ergebener Diener seines Herrn, ein treuer Sohn seines Vaterlandes, ein trefflicher Minister und erfahrener Diplomat gewesen ist. Sein Eifer war groß, sein politischer Horizont hingegen nicht weit; er kann als der Typus des Ministers eines deutschen Kleinstaates gelten, deren es in dem damaligen Deutschland so viele gab, und die immer zwischen einem Bündnisse mit Preußen oder mit Österreich lavieren mußten, um ihre armselige politische Unabhängigkeit zu erhalten. Eine der wichtigsten Fragen, die sie beschäftigte, war das Zeremoniell bei Hofe und in der Diplomatie. Jede Vernachlässigung durch den Wiener Hof, der die deutschen Fürsten nicht allzusehr verwöhnte, versetzte Stutterheim in Zorn und seine Untergebenen mußten bei solchen Anlässen endlose Vorwürfe, Ermahnungen und Klagen über sich ergehen lassen [2]). Der

---

[1]) Ib. den 11. Okt. 1780.

[2]) Z. B. D. A. Stutterheim an Pezold, den 11. September 1780: »Ihr Notifications-Schreiben wegen Ablebens Ihrer Frau Mutter ist bis jetzt noch nicht beantwortet worden. Je länger diese Verzögerung dauert, je mehr das Befremden darüber zunehmen müsse. Es ist zwar nicht zu glauben, daß die Unterlassung dieser Antwort vorsätzlich sey, doch wenn sie auch von Vergessenheit herrührt, so ist selbst diese wider alle Anständigkeit.« Der Minister kam auf diese Frage fünfmal zurück.

Briefwechsel über die Frage, wer nach Warschau gehen solle, ob als chargé d'affaires oder als Ministerresident, nimmt in den sächsischen Depeschen mehr Platz ein als die Frage über das Bündnis Österreichs mit Rußland.

Man begreift, daß eine solche Leitung eher ein Hemmnis als eine Unterstützung für die in Wien beglaubigten Agenten des Dredner Hofes bedeutete; deren Aufgabe gestaltete sich dadurch noch schwieriger, daß die österreichische Regierung die feindselige Stimmung des sächsischen Ministeriums gut kannte und daher mit verdoppelter Aufmerksamkeit so viel wie möglich vor jenen geheim hielt. Oft genug wird in den Wiener Gesandtschaftsberichten die Unmöglichkeit betont, verläßliche Nachrichten zu erhalten. »Die strengen Vorsichtsmaßregeln« — so klagt Clemens — »machen alle Anstrengungen zuschanden; man muß sich mit ungeprüften Dingen bescheiden und Gott danken, wenn sie nicht lügenhafte Gerüchte sind, die hier absichtlich verbreitet werden«[1]. Für Bestechungen im großen Stile gebrach es dem kleinen sächsischen Staat an Geld. Seine Agenten hatten es daher in der Tat nicht leicht.

Bei der Thronbesteigung Josephs II. bereits Gesandter in Wien, hatte Baron Pezold diesen Posten zwanzig Jahre inne und in dieser Zeit Land und Leute gründlich kennen gelernt. Mehr als vierzig Jahre stand er in diplomatischem Dienst, er besaß daher Erfahrung in den Geschäften. Ungemein rührig und eifrig, war er zugleich über den Verdacht erhaben, von feindseliger Gesinnung gegen Österreich erfüllt gewesen zu sein. Er beurteilte vielmehr Joseph II. durchaus gerecht, anerkannte seine Fähigkeiten und wohlgemeinten Bestrebungen. Auch Maria Theresia verehrte er; ihr Tod erschütterte ihn derart, daß er nicht einmal seinen Pflichten in gebührender

[1]) D. A. Clemens à Stutterheim le 19 janvier 1785, cf. ib. sein Bericht vom 3. März 1785, wo er von der Bestrafung des Pamphletisten Grossing, der wegen Enthüllung von Regierungsgeheimnissen an den Pranger gestellt worden war, spricht: »Ces marques de sévérité détruisent tout commerce entre les étrangers et les personnes du pays dont on peut tirer des renseignements.«

Weise nachkam [1]). Auf Befehl seiner Regierung unterhielt Pezold gute Beziehungen zu den preußischen Diplomaten [2]), ohne jedoch die antiösterreichischen Tendenzen Stutterheims zu teilen, was ihm häufig dessen Tadel zuzog.

Bei alledem sind aber seine Depeschen äußerst seicht. Bälle, Begräbnisse, Hofklatsch, etwas über militärische Neuerungen und über Finanzen und über Fragen der auswärtigen Politik, dann Zeremoniellangelegenheiten, Rangordnung bei Hof — das ist alles, was der sächsische Diplomat zu erzählen weiß. Mangelte es ihm an Stoff, so legte er nicht selten seinen Berichten Abdrucke von Erlassen oder gar Zeitungsausschnitte bei. Mit seinen Nachrichten kam er immer zu spät; früher als er hatte Stutterheim in Dresden — um nur ein Beispiel zu erwähnen — Kenntnis von Josephs II. Reise nach Rußland im Jahre 1780. Pezolds Berichte enthalten des öfteren manche Einzelheiten über einen Angriff der Türken oder über die Vernichtung der türkischen Flotte, obwohl das eine ebensowenig wie das andere jemals erfolgt war. Pezold zählte ja bereits achtzig Jahre, seine geistigen Fähigkeiten hatten abgenommen, sein Auffassungsvermögen war schon gering, seine Gesundheit erschüttert, kurz er selbst schon längst für den Ruhestand reif. Stutterheim ließ aber den kraftlosen Invaliden auf seinem schwierigen Posten, statt ihm einen ehrenvollen Abschied und einen Ruhegehalt zu erwirken. Des kleinsten Versehens wegen schalt und tadelte er ihn. Demütig beugte der arme Greis

---

[1]) D. A. Pezold an Stutterheim. Den 30. November 1780: »Da ich von Traurigkeit durchdrungen und mein ganz Gemüte davon erfüllt ist, durch den seligsten Hintritt dieser großen Monarchin und Frau mich der besonderen persönlichen Gnaden, deren H D. mich jederzeit zu würdigen geruht, mit einmal beraubt zu sehen, wollen E. Exc. erlauben, daß ich mit Bezeugung des tiefsten Respekts schließe, mit welcher etc.«

[2]) Pezold an Stutterheim den 12. September 1780: »Die königl. preußische Gesandtschaft, mit welcher ich die größte Vertraulichkeit unterhalte.« Er holte sich fortwährend Nachrichten von seinem preußischen Kollegen; es ist der Mühe wert, seine Depeschen mit denen Riedesels zu vergleichen. Sie enthalten Wort für Wort dasselbe (sic!) mit dem einzigen Unterschiede, daß die Depeschen Riedesels um drei Tage früher datiert sind; sie nämlich sind das Original und die des sächsischen Gesandten Kopien.

das Haupt unter den fallenden Streichen, unterwürfig entschuldigte er sich in seinem altväterischen, schleppenden Deutsch vor dem gestrengen Vorgesetzten und versicherte ihn seines Eifers und seiner Ergebenheit.

Endlich sah man in Dresden ein, daß eine Änderung stattfinden müsse: im Jahre 1781 wurde Clemens nach Wien gesandt, Pezold zu entlasten. Diesem blieb es, während jener alle nennenswerte Arbeit auf sich nahm, anheimgestellt, die Depeschen nach Belieben mit allerhand Anekdoten auszufüllen, wobei er in greisenhaftem Unverstande die Überzeugung hegte, immer noch die Hauptrolle zu spielen. Aus solch trauriger Lage, deren er sich übrigens nicht bewußt war, befreite ihn erst der Tod; am 23. Juli 1783 starb Pezold. Das gewohnte De profundis der Minister geleitete ihn zu Grabe und zwar wurde besonders hervorgehoben, daß »Seine Durchlaucht der Herr Kurfürst den Verlust des treuen Dieners sehr beklage«[1]. Diese Trauer um den dahingeschiedenen Freiherrn, der wohl ein treuer, aber zugleich unnützer Diener genannt werden durfte, war keineswegs aufrichtig. Ohne jede Bedeutung waren seine Berichte für den Dresdner Hof und sie sind es auch für die Nachwelt. Bis zur Ernennung eines neuen Gesandten führte Clemens die Geschäfte. Auf Avancement durfte er als Unadeliger nicht zählen. Weil aber der Wiener Hof dem Kurfürsten zeigen wollte, wie sehr er ihn geringschätze, und daher keinen Gesandten in Dresden zu halten für notwendig fand, vergalt Sachsen gleiches mit gleichem und ließ sich durch Clemens vertreten. Die Wahl war glücklich; denn trotz Neigung zum Wohlleben und zur Verschwendung — die Staatsverwaltung hatte sich nach seinem Tode mit so manchem Gläubiger auseinanderzusetzen — oblag Clemens gewissenhaft seinen Amtspflichten und mit jeder Post sandte er Berichte. In ausgezeichnetem Französisch meldete er seiner Regierung alles, was er erfahren konnte — und er verstand es, vieles auszukundschaften. Auch er stand Riedesel sowohl wie Jacobi nahe und mit diesem verband ihn sogar persönliche Freundschaft. Auch er suchte Belehrung bei ihnen, ohne

[1]) D. A. Stutterheim an Clemens le 4 août 1783.

jedoch ihre Depeschen jemals sklavisch abzuschreiben; er prüfte und sichtete vielmehr, was ihm vorgelegt wurde. Geschmeidig und klug verstand er es, alle für sich einzunehmen, selbst Kaunitz war ihm gewogen. Den einen frug Clemens aus, den zweiten bewirtete er, dem dritten erwies er einen Dienst und so gelang es ihm immer, viel in Erfahrung zu bringen. Mit großer Sachkenntnis entnahm er diesem Material nur dasjenige, was Glauben verdiente, ließ es dabei an scharfsinnigen Bemerkungen nicht fehlen und schickte die also zusammengestellten Depeschen nach Dresden. Da er die Abneigung seines Ministers gegen Joseph II. kannte, so berührte er auch die Charakterschwächen des Kaisers, verzeichnete und schilderte er die Mißgriffe, insbesondere die Mißerfolge dieses Monarchen äußerst genau — wohl wissend, daß er dadurch die Gunst seines Hofes erringe[1]). Immerhin blieb Clemens seiner Überzeugung treu; er formte sein Urteil keineswegs nach der Ansicht des Ministers, unbefangen und unparteiisch beobachtete er Joseph II. Schon sein vorsichtiges, aber stets begründetes Lob beweist, daß er die Wahrheit und das Wohl des Vaterlandes höher bewerte als seine Karriere oder irgendeine Gefälligkeit, die er seiner Regierung erweisen konnte[2]). Seine Depeschen sind daher eine verläßliche und wichtige Geschichtsquelle; einzig und allein der Umstand, daß sie — eine Folge sächsischer Finanznot — äußerst wenige Details enthalten, läßt sie hinter den Berichten Noailles zurückstehen.

---

[1]) Siehe z. B. die Charakteristik der inneren Reformen Josephs: »S. M. l'Empereur s'occupe depuis son retour principalement des détails de l'administration intérieure. Le Chaos, loin de se débrouiller, devient de jour en jour plus confus. La plupart des changements qui se font, sont des parties détachées, qui ne paraissent avoir aucun rapport à l'ensemble d'un nouvel édifice politique. Il y en a peu qui corrigent les défauts et abus des anciens arrangements, qui sont renversés par le désir de la nouveauté ou tout au plus par un esprit d'économie.« (D. A. Clemens à Stutterheim le 11 octobre 1783.)

[2]) Hier z. B., was Clemens über die administrativen Reformen in Ungarn schrieb: »Cependant les Hongrois les plus sensés conviennent que le Système du gouvernement hongrois est très-fautif et qu'il demande des changements essentiels, analogues aux révolutions (sic!) arrivées depuis dans la politique de la Monarchie autrichienne.« (Ib. le 10 décembre 1783.)

Zwei Jahre bloß währte die selbständige Tätigkeit Clemens'. Im August 1785 wurde der Gesandte in Paris, Graf Schönfeld, nach Wien versetzt. Zweck dieser Berufung war, »Seiner kaiserlichen Majestät für die erwiesene Aufmerksamkeit Dankbarkeit und Ehrfurcht zu bezeigen« [1]; hatte doch endlich der Wiener Hof die Überzeugung gewonnen, es bedeute einen Nachteil, dem sächsischen Kurfürsten noch fürder feindselig zu begegnen, und daher den Grafen O'Kelly mit dem Range eines Gesandten nach Dresden geschickt. Der Kurfürst nahm die zur Versöhnung gebotene Hand um so lieber an, als er den Prinzen Anton mit der ältesten Tochter Leopolds verheiraten wollte.

Es zeigte sich sofort, daß Schönfeld auf seinem Platze war. Ein schöner Mann, den gesellschaftliche Vorzüge und Bildung auszeichneten, wurde er bald mit der Wiener Aristokratie befreundet, die ihn — so exklusiv sie auch sonst zu sein pflegte — wie einen ihresgleichen aufnahm. Selbst der Kaiser zeigte sich ihm wohlwollend und geneigt; denn Schönfelds geistreiche Konversation nach Pariser Art unterhielt ihn und ihm gefiel auch das gute Benehmen des neuen Gesandten [2]. Dieser freute sich über solches Entgegenkommen [3], ohne jedoch dadurch veranlaßt zu werden, den Kaiser besonders lieb zu gewinnen. Wie alle seine Vorgänger stand auch Schönfeld mit den klugen preußischen Diplomaten auf vertrautem Fuß, aber er konnte sich nicht — wie Clemens dies getan — von ihrem Einflusse befreien; und nur so lang zeichnete seine Depeschen ein gewisser Grad von Gerechtigkeitsliebe und Unparteilichkeit aus, so lang Clemens lebte und ihn beriet. Dieser begabte Sekretär starb 1787, von welchem Augenblick an Schönfeld ganz und gar Jacobis Einfluß verfiel.

Alles, was Joseph II. tat, unterzog der sächsische Gesandte der schärfsten Kritik. Das strenge Verhalten gegenüber den

---

[1]) D. A. Stutterheim à Clemens le 15 août 1785.

[2]) Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« II. 106: »Je suis charmé qu'on l'ait choisi; c'est un très-joli homme, sage, point chicaneur et hors une singulière voix rauque tout à fait aimable en société.«

[3]) D. A. Schoenfeld à Stutterheim le 15 mars 1786: »L'on continue à me traiter de la manière obligeante que j'ai éprouvée en arrivant ici.«

Belgiern[1]), die Führung im Türkenkrieg[2]), die Verschärfung des protektionistischen Systems — all dies mißbilligte Schönfeld[3]) und verurteilte er als unbedachte Maßnahmen. Über die Mißerfolge in der Politik des Kaisers äußerte er sich in einer Weise, die Schadenfreude verriet[4]). Diese feindselige Gesinnung nahm zu, je regeren Verkehr Graf Schönfeld mit der Gesellschaftsklasse unterhielt, in deren Kreisen er sich am liebsten bewegte. Denn der österreichische Adel sympathisierte keineswegs mit dem demokratisch gesinnten Kaiser und Schönfeld mußte bisweilen an den Soireen, zu denen er geladen war, »Dinge hören, die für ihn, als den Vertreter eines fremden Staates, höchst peinlich waren«. Aus diesen Quellen schöpfte er. Wohl beruhten viele der Nachrichten, die er sammelte, auf Wahrheit, weil fast der gesamte Adel Stellungen bei Hofe oder in den Ministerien bekleidete und daher gut informiert war. Aber auch da zirkulierte infolge der Verschlossenheit des Kaisers so manches leere Gerücht, durch das sich Schönfeld, besonders wenn das Erzählte seiner vorgefaßten Meinung entsprach, gar oft beirren ließ. Wichtigeren Dingen hingegen schenkte er gar keine Beachtung, wie z. B. den Bewegungen der österreichischen Armee, von denen Stutterheim erst aus den Zeitungen etwas erfuhr. Schwerer Tadel war die Folge; denn der Vorgesetzte des Grafen nahm die Geschäfte äußerst genau[5]). Schönfeld aber beherzigte dies nicht besonders —

---

[1]) D. A. Schoenfeld à Stutterheim le 12 février 1787: »... les moyens précipités et violents auxquels il se prête.«

[2]) Ib. le 8 octobre 1788: »... les mesures d'un souverain qui veut commander des armées et qui donne des ordres à tort et à travers sans avoir jamais été à la guerre.«

[3]) Ib. le 25 octobre 1786: »Les principes de commerce que S. M. J. a adoptés sont désapprouvés par la plupart des membres du Ministère et par la partie sensée des Commerçants.

[4]) D. A. Schoenfeld à Stutterheim le 16 juin 1787: »Les affaires épineuses aux Pays-Bas doivent servir à S. M. de leçon sur le degré de l'affection de ses peuples et sur les effets des principes de son gouvernement.«

[5]) Schönfeld wußte nicht, wie sich entschuldigen und nahm sogar seine Zuflucht zu wenig begründeten Vermutungen: »Il se pourrait que des personnes du département aulique de la guerre d'ici ou peut-être un

nach wie vor liebte er es, in seine Berichte Anekdoten und Klatsch einzuflechten; nicht immer war dies übrigens der Fall und im allgemeinen sind seine Nachrichten wertvoll, da sie auf Jacobi und die Wiener Hofkreise zurückgehen.

Auf ähnlichen Gerüchten beruhen auch die Meldungen Jahns, des hessischen Ministerresidenten in Wien; nur fand er das Material mehr in den Kreisen des Mittelstandes, auf die ihn Herkunft und Vermögen wiesen. So teilt er z. B. voll Freude und auf das ausführlichste seinem Herrscher im Jahre 1785 mit, daß die üble Gewohnheit, den Lakaien in den Häusern des niederen Adels Trinkgelder zu geben, aufgehört habe. Ebenso genau verzeichnet er alles, was die äußere Politik, die eingreifendsten Reformen, das Privatleben Josephs, Beamtenernennungen, Vorgänge in den höchsten Kreisen betrifft. Jahns Aufmerksamkeit entging nicht das geringste Ereignis — aber ebensoviel konnte man in einer gut informierten Zeitung finden. Der Resident meldet uns, und außerdem mit großer Verspätung, einzig und allein bloße Tatsachen, ohne die Beweggründe zu kennen, welche die österreichische Politik geleitet haben. Darum lassen auch seine Nachrichten viel zu wünschen übrig: sie sind ungenau, unvollständig, zuweilen ganz falsch. So wußte er noch im März 1787 nichts von Josephs Reise nach Cherson, behauptete vielmehr, der Kaiser reise inkognito nach Stambul und nicht nach Rußland; er glaubte ferner, die Belgier seien gewillt, sich mit den Holländern zu vereinigen; das neue Ehegesetz binde beide Gatten bloß sechs Jahre; Chorja, den Führer der aufständischen Wallachen, finden wir zuerst als Exjesuiten und dann als Offizier des Generalstabes bezeichnet. Jahn gesteht selbst, daß seine Nachrichten nicht immer Glauben verdienten [1]). Aber auch Unparteilichkeit kann man ihm nicht nachrühmen. Ihm mißfiel die neue Richtung, »die sich in Wien bemerkbar mache, das bisher immer konservativ

---

commis de l'imprimerie de Trattner soient convenus avec tel ou tel autre gazettier de ces sortes de communications secrètes avant leur communication officielle.« (D. A. Schoenfeld à Stutterheim le 21 mai 1788.)

[1]) H. A. Depesche vom 8. April 1785: »Man muß alle Lügen und Stadtanekdoten, so wie sie umhergetragen werden und oft lange für Wahrheit passieren, aufnehmen.«

gewesen sei«. »Man zittert vor Erregung, wenn man bedenkt, daß Österreich ein solches Ungeheuer hervorgebracht hat«, so ruft er bei dem Erscheinen einer kirchenfeindlichen Flugschrift aus. Immerhin dürfen Jahns Berichte nicht unterschätzt werden; geben sie doch die Stimmung der Gesellschaftsklasse wieder, in deren Kreisen er verkehrte; ja geradezu wertvoll sind sie, sobald sie Reichssachen betreffen; in diesen ist Jahn durchweg bewandert, nichts läßt er sich entgehen und da erst verrät er Scharfsinn, politischen Takt, Vorsicht und das nötige Mißtrauen [1]). Denn da kam ihm zugute, daß er in Fühlung mit den übrigen Residenten stand und der greise Reichskanzler Colloredo Geheimnisse nicht so zu bewahren wußte wie Kaunitz, der energische, lebenskräftige Staatskanzler.

VI.

Memoiren.

Das achtzehnte Jahrhundert war bekanntlich das Jahrhundert der Memoiren; denn selten trug dieser Zweig der Literatur so reiche Blüten wie damals. Über Joseph II. und seine Regierung jedoch wurde nur wenig geschrieben. Die dramatischen Vorgänge, die sich in Frankreich zu Ende des Säkulums abspielten, nahmen die Aufmerksamkeit der Zeitgenossen derart in Anspruch, daß Josephs II. Regierung nur oberflächliche Berücksichtigung fand. Dies war z. B. bei Ségur, Soulavie, Madame de Campan, Abbé Georgel u. a. der Fall. Selbst Dohms berühmte »Denkwürdigkeiten meiner Zeit« enthalten ungeachtet ihrer Bedeutung für die Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts mehr über Preußens Geschichte und internationale Beziehungen als über das, was sich in Österreich unter Joseph II. vollzog, den übrigens der Autor persönlich gar nicht

---

[1]) Z. B. »Unter die Projekte des hiesigen Hofes, die unter der Hand getrieben werden, soll der Austausch der bayrischen Länder gegen die Niederlande gehören.« Bemerkenswert ist, daß die Depesche vom 9. Mai 1783 datiert ist, zu einer Zeit also, da die Preußen noch nichts von der Sache ahnten.

gekannt hat[1]). Die ersten 150 Seiten des Werkes Feßlers[2]) sind zwar der Geschichte der habsburgischen Monarchie von 1780—1790 gewidmet und doch schildert der Verfasser darin mehr seine persönlichen Schicksale als die historischen Begebenheiten seiner Zeit. Der Wert dieses Buches beruht bloß in der Schilderung der kirchlichen Reformen Josephs II. Weitaus wichtiger sind hingegen für uns die Memoiren des Herzogs Albert von Sachsen-Teschen und die sogenannte Historia arcana.

Des Herzogs Albert »Mémoires de ma vie«[3]) sind Aufzeichnungen eines Mannes, der in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zu Joseph II. stand, an der Verwaltung teilnahm und im Krieg kommandierte; eines Mannes also, der an der Quelle der Macht saß und ein verläßlicher Berichterstatter sein konnte. Herzog Albert teilt uns in der Tat vieles mit, insbesondere was Belgien betrifft; aber Unparteilichkeit und Genauigkeit zeichnen ihn keineswegs aus. Er liebte ja seinen Schwager nicht, der — wie keinem seiner Verwandten — so auch ihm nicht das Leben leicht zu machen wußte. Albert war verwöhnt durch Maria Theresia, die auch ihn mit zärtlicher Liebe behandelt hatte; nun sah er sich verkürzt und zugleich der Möglichkeit beraubt, direkten Einfluß auf die Geschäfte auszuüben — das verletzte ihn tief. Außerdem muß berücksichtigt werden, daß Albert schrieb, um sein Verhalten in den Jahren 1787—1789 zu rechtfertigen. Seiner Meinung nach trug alle Schuld an den damaligen traurigen Ereignissen einzig und allein der Kaiser; nur dieser habe durch seine harten Maßnahmen Erregung und Empörung in die Bevölkerung gebracht, keineswegs der Herzog, dem die Hände gebunden worden seien und der nicht einmal eine beratende Stimme

---

[1]) Die Memoiren Dohms sind schon oft gewürdigt worden; so z. B. in Schlossers »Geschichte des XVIII. Jahrhunderts«, IV. Bd., 180—181.

[2]) »Rückblicke auf meine siebenzigjährige Pilgerschaft« (1851).

[3]) Die Handschrift wird in der Wiener »Albertina« in vier Faszikeln aufbewahrt; vollständig ist sie noch nicht herausgegeben worden; nur Bruchstücke wurden veröffentlicht, z. B. von Arneth in seiner »Geschichte Maria Theresias« und von A. Wolf in seinem Buche »Marie Christine, Erzherzogin von Österreich«, Wien 1863.

gehabt habe. Weder zu derben Worten noch zu scharfen Ausfällen ließ sich der gesittete und in strenger Familienzucht aufgewachsene Herzog hinreißen; aber so oft sich ein Anlaß bot, gab er deutlich zu erkennen, daß ihm die Politik des Kaisers gründlich mißfalle[1]). Auch als literarisches Werk sind die Memoiren nicht einwandfrei. Wohl ist die Sprache schön und formvollendet; in ihr kennzeichnet sich so recht der blumenreiche Stil des achtzehnten Jahrhunderts[2]). Dennoch entbehren die vier immerhin inhaltreichen Bände eines jeden Reizes. Denn es gebrach dem Verfasser an der Gabe pragmatischer Darstellung; diese wird zuweilen recht undeutlich und erschwert es daher ungemein, zu einem klaren Urteil zu gelangen. Zahllose Details, unnütze Deklamationen und schlecht zusammengestellte statistische Tabellen, die nichts beweisen, lenken die Aufmerksamkeit des Lesers ab, anderer Mängel zu geschweigen.

Auch die »Historia arcana« stammt von einem Zeitgenossen Josephs, von dem Ungarn Szyrmay, der im Semliner Komitat das Amt eines Notärs bekleidete[3]). Der Autor war ein glühender Patriot, der sein Leben im Dienste des Vaterlandes verbrachte. Die Germanisierung Ungarns, die Joseph II. anstrebte, erschien ihm als ein nationales Unglück, als eine schwere Verletzung der Verfassung und als Treubruch des Monarchen[4]). Gebildet und aufgeklärt jedoch, erkannte er auch die Gebrechen, an denen die Verwaltung sowohl wie die soziale Ordnung krankten, und freudig begrüßte er daher Verfügungen wie

---

[1]) Siehe z. B. »Mémoires de ma vie« III, 1: »Joseph II ne tarda pas à vérifier l'attente dans laquelle on était que son esprit d'économie et d'exactitude pourrait aller jusqu'à la dureté et l'injustice.«

[2]) Z. B. »Cette ville (Temesvár) est le lieu où tant d'infortunées Nymphes de Vénus, déportées de Vienne, ont déploré depuis un nombre d'années l'abus qu'elles avaient fait de leurs charmes.« Ib. II, 43.

[3]) Das Original des Manuskripts wird im Archiv des Nationalmuseums in Budapest aufbewahrt. Ich benützte eine Abschrift, die mir in liebenswürdigster Weise Herr Marczali, Professor an der Budapester Universität, der beste Kenner der josephinischen Zeit, zur Verfügung gestellt hat.

[4]) Op. cit. § 95: »Unde Hungaria in summum angorem et maerorem conjecta.«

Abschaffung der Leibeigenschaft, Gerichtsreform, Toleranz und gerechte Verteilung der Lasten [1]). Gleich vielen anderen Magyaren war Szyrmay dem Herrscherhaus treu ergeben; in überschwenglicher Weise preist er gar oft die leitenden Persönlichkeiten [2]). In ziemlich gutem Latein gibt der wackere Notär eine Chronik der Ereignisse seiner Zeit, wobei er sich bemüht, nicht bloß der »edlen ungarischen Nation«, sondern auch »dem Kaiser von Gottes Gnaden« Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Epigramme nimmt er in die Erzählung auf, Maueranschläge und Flugschriften sammelt er als Belege seiner Darstellung.

Ungefähr dasselbe, was die »Historia arcana« enthält, wird uns in den »Skizzen aus dem Charakter und den Handlungen Josephs II.« (herausgegeben 1784) von Geißler vorgeführt, einem Werke, das sechzehn Bücher umfaßt und mit dem Ausgang der Regierung Josephs II. schließt. Memoiren im strengsten Sinne des Wortes kann man diese Sammlung wohl nicht nennen, da der Autor nicht im eigenen Namen zu uns spricht, aber Auswahl und Beleuchtung der Tatsachen werden dadurch wertvoll, daß ein Zeitgenosse sie erzählt. Das Werk ist vornehmlich statistischen Inhalts; die wichtigsten Erlasse sind angeführt, wodurch wir einen guten Überblick über die politischen Zustände gewinnen. Zahlreiche Anekdoten sind aufgenommen, die insgesamt den Kaiser verherrlichen, wobei jedoch ein und dieselbe Geschichte zu wiederholtenmalen erzählt wird. Der Autor, oder besser gesagt der Zusammensteller, ist erfüllt von offiziösem Geist — seine Urteile über die Reformen Josephs bilden eine zügellose Panegyrik »des Wohltäters der Menschheit und der ihm untertanen Völker«. Geißler nahm seine Nachrichten, wo immer er sie fand, ohne dabei die Quelle anzugeben; nicht mit Unrecht

---

[1]) Z. B. sagt er anläßlich des Toleranzedikts folgendes: »Si tamen depositis quibus innutriti erant praejudiciis recta, christiana et penitiori (sic!) mentis indagine factum sapientissimi Principis considerassent, nihil eo justius, sanctius, Religioni et Regno utilius cognovissent« (op. cit. § 34).

[2]) So fügt er, als er die Ursachen des preußisch-österreichischen Krieges 1778/9 erklärt, demütig hinzu: »Quomodocunque res fuerit, me nullus judicem constituit. Regnantium facta magna sunt flumina; quo tendant, observare non possumus.«

haben ihn daher die strengen Berliner Rezensenten einen Plagiator genannt[1]). Immerhin ist das Werk interessant, schon dadurch, daß es die vielen Geschichtchen wiedergibt, die damals im Volke kursierten; es bietet daher reiches Material für die Charakteristik jener Tage.

In die Kategorie der Memoiren gehören hingegen die Aufzeichnungen damaliger Reisender. Da sei vor allem der »Beschreibung einer Reise durch Deutschland und die Schweiz« von Nicolai, dem bekannten Buchhändler, gedacht. Stilistisch hervorragend und ausführlich zugleich, ist dieses Werk das Resultat genauer Beobachtungen eines gebildeten Mannes. Der Autor erwähnt, daß er sich lange Zeit für die Reise vorbereitet und alles über Österreich gelesen habe, was ihm zur Verfügung gestanden sei — und daß es sich also verhält, beweist der reiche Inhalt des vielbändigen Werkes. Für dessen Gründlichkeit sprechen die Tabellen und Beweisdokumente, die jedem Kapitel beigefügt sind. Es gab keine Seite des gesellschaftlichen Lebens in Österreich, die nicht die Aufmerksamkeit des geistreichen Beobachters geweckt hätte. Nicolai schreibt ganze Abhandlungen über die Bevölkerung Wiens, er gibt eine ausführliche Darstellung der Zoll- und Verwaltungsverordnungen und charakterisiert mit gleicher Schärfe die hervorragendsten Männer. An der Hand von Tabellen berichtet er ferner über Österreichs Handel und Industrie. Nicolai war aber zugleich Literat und als solcher berücksichtigte er auch die geistigen Strömungen in Österreich: Aufklärung, Theater, Unterricht, Buchhandel, Zensur, religiöses Leben und Volkscharakter. Und doch verdient Nicolai trotz meisterhafter Schilderung nicht vollstes Vertrauen; denn als Preuße und Protestant verhält er sich feindlich gegen die österreichische Kultur und auch der Drang, den Vorrang »Spree-Athens« zu beweisen, macht ihn zuweilen parteiisch[2]).

---

[1]) Allgemeine deutsche Bibliothek 96, Seite 194.

[2]) »Die seit dem Tode Maria Theresias angefangene Epoche des unaufhörlichen Schmierens der Wiener Schriftsteller dauert noch fort. Es dauert noch immer fort, daß eine unsägliche Menge kleiner Schriften in Wien herauskommen, durch die weder wahre Gelehrsamkeit, noch wirkliche Aufklärung der Mitbürger, am wenigsten Belehrung der Ausländer

Wie wir sehen, verschmähten es die Memoirenschreiber nicht, ihre Aufzeichnungen durch Anekdoten zu ergänzen. Wohl sind deren über keinen Herrscher so viele im Umlauf als über Joseph II., dessen unermüdliche Tätigkeit, Reisen, familiärer Umgang mit Menschen aller Klassen, scharfe Bemerkungen und treffende Aussprüche zu den verschiedensten Gerüchten Anlaß gegeben haben. Diese Anekdoten finden sich in den damaligen Zeitungen, in Pamphleten, insbesondere in den Lebensbeschreibungen des Kaisers [1]).

Sie sind ferner in Sondersammlungen veröffentlicht worden, deren Aufzählung allein viele Seiten ausfüllen würde. Keine überragt jedoch an Bedeutung Gräffers »Josephinische Curiosa«. Diese wurden in Österreich sehr populär und zwar vornehmlich deshalb, weil sich der Autor nicht mit dem Abdruck landläufiger Anekdoten begnügte, sondern auf Grund von Erzählungen alter Leute und mit Zuziehung schriftlichen Materials, das ihm Privatpersonen zur Verfügung gestellt hatten, viel Neues und Interessantes zu bringen wußte. Gräffer erwähnt auch des öfteren pikante Episoden.

Die Bedeutung der Anekdote als historischer Quelle ist allerdings nicht groß, weil charakteristische und populäre Erzählungen über die verschiedenen Helden stets am wenigsten der Wahrheit entsprechen. Dasselbe gilt für die Anekdoten, die die Persönlichkeit Josephs II. zum Gegenstand haben. Immerhin sind sie insofern von Wert, als sie bei dem einen

---

bewirkt wird. Man kann oft ein Dutzend solcher Schriften hintereinander lesen, ohne weiter etwas, als die trivialsten locos communes oder ganz falsche Ideen zu finden. Nichts zeigt mehr, wie weit das Publikum in Österreich überhaupt und in Wien besonders noch zurück ist, und wie starke Schritte zu mehrerer Aufklärung es noch tun müsse, ehe es den übrigen deutschen Provinzen gleich kommt.« (Allgemeine deutsche Bibliothek. Wienerische Schriften, so bey Anwesenheit des Pabstes in Wien herausgekommen sind, nebst einigen anderen. B. LI. 1782 ss. 561—609.)

[1]) Die bemerkenswertesten unter ihnen sind: Caraccioli: »Vie de Joseph II.«, 1790; Cornova: »Geschichte Josephs II.«, »La vie de Joseph II«, Amsterdam 1790; »Lebensbeschreibung Kaiser Josephs II.«, Frankfurt und Leipzig 1790. Eine sehr ausführliche Bibliographie dieser alten Biographien findet man bei Groß-Hoffinger: »Lebens- und Regierungsgeschichte Josephs II. und Gemälde seiner Zeit.« 4. B. 1835—1836.

und andern Anlaß, das Bedürfnis der Zeit, das soziale Streben widerspiegeln und uns zugleich ermöglichen, den Eindruck zu ermessen, den die Persönlichkeit Josephs II. auf seine Zeitgenossen ausgeübt hat. Auf Grund solcher Anekdoten bildete man sich sein Urteil über den Kaiser — und die Meinung des Volkes war schon damals nicht ohne Belang.

VII.

Zeitungen.

Im achtzehnten Jahrhundert spielte die periodische Presse noch lang nicht die Rolle »der siebenten Großmacht« wie heute; denn sie war zu jung, zu schwach und vor allem vom Polizeistaat zu sehr beengt; es fehlte auch an Verkehrsmitteln, sie jedermann zugänglich zu machen. Die meisten Zeitungen waren ziemlich unbedeutend, geringen Umfangs, in der Regel zwei oder drei Quartblätter stark; sie erschienen nur in wenigen Städten und zwar wöchentlich ein-, zweimal. Die Mitarbeiter erhielten nichts oder wenig gezahlt und sahen daher ihre Arbeit als eine Unterhaltung oder als eine Erwerbsquelle an, die einen kleinen Zuschuß gewährte. Die Höhe der Abonnementsgebühr brachte es mit sich, daß die Abnehmer nach Hunderten, selten nach Tausenden zählten. Das Zeitungswesen entwickelte sich daher unter keineswegs günstigen Verhältnissen.

Schon damals machten sich typische Richtungen bemerkbar. Da gab es offizielle Organe, die von der Regierung Subsidien erhielten, zuweilen ganz auf Staatskosten herauskamen, aber eben deshalb einer strengen Kontrolle unterlagen und von oben inspirierte Artikel bringen mußten. Derartige Regierungsorgane waren unter Joseph II. die »Gazette des Pays-Bas« und die »Wiener Zeitung«.

Die »Gazette des Pays-Bas« erschien in Brüssel »par privilège de S. M. l'empereur et roi« und betraf ausschließlich die belgischen Provinzen. Erlasse, die vollständig oder nur auszugsweise wiedergegeben wurden, und Kundmachungen über den Handel bildeten gleichsam den Grundstock jeder

Zeitungsnummer[1]). Dazu kamen Berichte über die Vorgänge bei Hof, Schilderungen von Feierlichkeiten wie Prozessionen, Bälle, Spazierfahrten, von freudigen Ereignissen usw., Mitteilung von Beamtenernennungen und endlich Börseberichte. Um den Leser zu fesseln, griff die Redaktion gern in den Bereich des Außergewöhnlichen: hundertjährige Greise, die noch alle ihre Zähne besaßen, Frauen, die jedes Jahr Drillinge gebaren, Kälber mit zwei Köpfen, Feuersbrünste, Meteore, Erdbeben, Selbstmorde usw. — mit einem Wort, alles das fand Erwähnung, was heute unsere Zeitungen in der Rubrik »kleine Chronik« oder »Tagesneuigkeiten« enthalten — ganz wie die »Gubernskija Vjedomosti«[2]), die der jetzige umsichtige Gouverneur zu einem anregenden, volkstümlichen Preßorgan zu gestalten sucht. Der amtliche Teil wurde mit einem ebensolchen Kommentar versehen. Erlasse über neue Steuern und Anlehen erschienen immer »zum allgemeinen Wohl der getreuen Untertanen«. Die Reisen der Statthalter fanden stets unter »Freudenbezeigungen der Bevölkerung« statt und die Truppen, die von Wien nach Namur gekommen waren, sahen »so prächtig aus, als wären sie bloß fünf Meilen marschiert«. Unangenehme Vorfälle hingegen wurden ziemlich abgeschwächt wiedergegeben; so fand der Walachenaufstand einzig und allein aus dem Grunde Berücksichtigung, um seiner Unterdrückung und der strengen Bestrafung der Führer zu gedenken. Eine trockene Berichterstattung war's, ohne Blut und Leben. Immerhin kommt ihr Bedeutung zu, da sie den Standpunkt der Regierung erkennen läßt.

Gleiches gilt für die »Wiener Zeitung«, die ebenso mager an Nachrichten, wenn auch umfangreicher war. Den Vertretern der Fremdmächte offenbarte sie die Auffassung des Wiener Hofes[3]).

Von ausländischen Zeitungen ist vornehmlich der »Courrier du Bas-Rhin« zu nennen, den Preußen subventionierte. Durch

---

[1]) Acht Oktavseiten.

[2]) »Provinzialnachrichten« (Anm. d. Übers.).

[3]) B. A. Riedesel au Roi le 27 oct. 1784: »La Gazette de Vienne s'imprime non seulement sous l'autorité de la Cour, mais l'article du 23 octobre a été revu et corrigé par l'Empereur.« Cf. Politische Korrespondenz XXVI, 331.

sein Format schon (Großquart) fiel er auf. Aus allen Ländern erhielt er Nachrichten und was er brachte, war fast durchweg einwandfrei. Denn er war ausgezeichnet redigiert und hatte wohl in dieser Beziehung unter den damaligen Journalen nicht seinesgleichen. Auf widersprechende Urteile zweier Korrespondenten zu stoßen, widerfuhr dem Leser nicht. Auch hier zeigte sich die strenge preußische Disziplin: das Berliner Kabinett zahlte ziemlich gut, ließ alle staatlichen Kundmachungen im »Courrier« erscheinen, verlangte aber dafür, seiner Gewohnheit nach, tadellose Arbeit. Der »Courrier« hatte Preußens Interessen zu vertreten, hauptsächlich was die äußere Politik betraf, weshalb die Rubrik Ausland besonders reich an Nachrichten war. Größte Beachtung fand Österreich als der erbitterte Gegner Preußens. Korrespondenzen aus Wien, Brüssel, Pest, selbst aus Lemberg und Linz wurden aufgenommen — und doch! trotz Sachlichkeit und guter Zusammenstellung verdient die Zeitung keineswegs volles Vertrauen. Denn abgesehen von unvermeidlichen Irrtümern, die häufig genug vorkamen, war sie in der Beurteilung der Tätigkeit Josephs II. nicht unbefangen. Wohl war sie nicht anti-josephinisch, hingegen entschieden habsburg-feindlich: die äußere Politik des Kaisers, die das Berliner Kabinett in steter Unruhe erhielt, fand in den Spalten des »Courrier«, der es sich zum Ziele gesetzt hatte, das deutsche Publikum vor den gefährlichen Plänen des »ehrgeizigen Cäsaren« zu warnen, die schärfste Verurteilung [1]).

In gleichem Sinne war auch die »Gazette des Deux-Ponts« redigiert, die unter dem Schutze des Herzogs von Zweibrücken, eines offenen Widersachers Josephs II., erschien. Nur ist ihr Ton noch feindseliger, ihr Umfang geringer; weniger zahlreich und minder glaubwürdig sind die Nachrichten, die sie bringt, und in engere Grenzen die Interessen gezogen. Immer-

---

[1]) So heißt es zum Beispiel vom Fürstenbund: »On se plaît à répandre d'un autre côté que cette union est un fantôme, dirigé contre un être de raison, attendu que l'Empereur n'avait aucunes vues capables d'allarmer le Corps germanique. A la bonne heure! En ce cas, on peut regarder la confédération comme non avenue, et en attendant le repos public n'en est que plus assuré, puisque personne n'aura ni la volonté ni le pouvoir de le troubler« (op. cit. Nr. 75 du 17 septembre 1785).

hin gibt sie ein gutes Stimmungsbild der kleinen deutschen Fürstenhöfe jener Zeit.

Schwierig war die Lage der unabhängigen Presse. Wohl hatten sich die Redakteure verpflichtet, all ihr Streben der Aufhellung der Wahrheit zu widmen, aber ihre Bemühungen blieben gar oft fruchtlos. Falsche und phantastische Nachrichten wurden den Lesern mitgeteilt, so z. B. die, es werde im Jahre 1783 eine Quadrupelallianz zwischen Rußland, Österreich, Preußen und Schweden zustande kommen; andere Journale nannten auch die Türkei, Polen und Finnland[1]). Als Folge ergab sich das Mißtrauen des Publikums gegenüber Zeitungsnachrichten[2]).

Es konnte auch nicht anders sein. »Das Heiligtum der europäischen Kabinette — so hieß es im ‚Courrier du Bas-Rhin' — ist sowohl uns wie allen übrigen Kollegen verschlossen. Wir entsagen daher vollständig dem frommen Wunsch, die Geheimnisse der Großmächte in Erfahrung zu bringen«[3]). Verschlossen und verschwiegen war man ganz besonders am Wiener Hofe; umsonst bemühten sich daher die Korrespondenten, die Rubrik »Aus Wien« mit einwandfreien Nachrichten auszufüllen[4]). In solchen Fällen führten die Zeitungen mit einander einen Federkrieg, um dem Leser Entschädigung zu bieten. Da wurden die nationalen Gegner befehdet, die »Philosophen« von den Freunden der Kirche, die Monarchisten von den »Patrioten« beschimpft. Ein roher Streit war es zumeist; denn im achtzehnten Jahrhundert liebte man es, sich in engerem Verkehr etwas derber Ausdrücke zu bedienen[5]). Aber je toller

---

1) Gazette des Gazettes de Hambourg, le 24 août 1783.

2) Josephs II. Ankunft in Elysium, 1790, 64: »Was die Zeitungsschreiber öfters mit der größten Zuverlässigkeit erzählen, ist öfters am wenigsten wahr.«

3) Courrier du Bas-Rhin Nr. 96, le 20 novembre 1785.

4) H. A. Gazette secrète le 23 juillet 1785.

5) »L'aboyeur de Clèves, l'imposteur de Clèves depuis peu convaincu de scéleratesse et d'imposture« — so charakterisierte der Redakteur der »Gazette d'Utrecht« seinen Kollegen vom «Courrier du Bas-Rhin«. Über das »Journal de Herve« heißt es: »Un chien à l'attache aboyant indifféremment contre tout ce qui se montre à sa vue, mais dont la dent envenimée ne peut porter de coup sensible. (Esprit des Gazettes XIV. 336.)

es zuging, desto mehr wuchs die Zahl der Abonnenten, die auf andere Weise nicht geworben werden konnten.

Am meisten geachtet als Vertreter unabhängiger Publizistik waren Schlözers »Staatsanzeigen«. Man fand darin Korrespondenzen aus aller Herren Ländern aufgenommen, ferner politische Ereignisse, wissenschaftliche und literarische Fragen behandelt. Die Artikel waren insgesamt, dank strenger Kritik des Redakteurs, gehaltreich, glaubwürdig und überschritten niemals die Grenzen des guten Tons. Wie sehr man sie schätzte, erhellt schon daraus, daß die reich dotierten französischen Gesandten Übersetzungen aus den »Staatsanzeigen« veranstalten ließen und ihrem Ministerium einschickten[1]). Wohl der einzige Gegner Schlözers, sein politischer und literarischer Feind in der Frage über die »lettres de cachet«, über den Freiheitskampf der nordamerikanischen Staaten, über die pädagogischen Musterschulen Basedows usw. war Mirabeau[2]).

In den achtziger Jahren entstand den »Staatsanzeigen« ein Konkurrent im »Journal général de l'Europe«, das allgemein nach dem Orte seines Erscheinens »Journal de Herve« genannt wurde. Ausführliche Korrespondenzen nahmen die erste Stelle in dieser Zeitung ein, der man weder Originalität, noch Lebendigkeit, Reichtum und Mannigfaltigkeit des Inhalts absprechen kann. Nach Kräften bemühte sich der bekannte Publizist Lebrun, verläßliche Berichte zu liefern. Seine Vorsicht war außergewöhnlich; bei dem geringsten Zweifel bemerkte er, daß er für die Wahrheit der Korrespondenz nicht einstehen könne. Ohne Zögern berichtigte er Irrtümer und fast unterwürfig entschuldigte er sich vor dem Publikum. Der Ton des Journals war gemäßigt; denn man vermied Ausfälle und Gezänk und führte auch nicht eine zwecklose Polemik mit Brüdern von der Feder. Demungeachtet war sich Lebrun der Erhabenheit seiner Mission bewußt, dem allgemeinen Wohle zu dienen. Im Vorwort zu der ersten Nummer des Jahres 1786 bespricht er mit Stolz die große Bedeutung der periodischen Presse[3]).

---

[1]) Siehe P. A. v. 42. Autriche 1757—1789. »Mémoires et documents.«

[2]) Mirabeau: »De la Monarchie Prussienne.« VI. 231—235.

[3]) »Les écrivains doivent tous les jours à la curiosité de leurs lecteurs un compte exact des moindres mouvements, des circonstances les plus

Die meisten seiner Kollegen erkannten — so sehr auch Neid sie erfüllte — gebührend seine Verdienste an[1]).

Neben den »Staatsanzeigen« und dem »Journal de Herve« gab es noch andere hervorragende Journale: in England den »Courrier de l'Europe«, in Holland die ernste »Gazette de Leyde«; in Lüttich, der Residenz eines Bischofs, der zugleich deutscher Reichsfürst war, erschien der »Esprit des Gazettes«; sicher vor Verfolgung, scheute er sich nicht, seine bürgerlich-klerikalen Ansichten zu bekunden. Den politischen und ökonomischen Fragen Nordeuropas war das »Journal politique de Bruxelles« gewidmet; und was das »Journal historique et politique des principaux événements du temps présent« brachte, erhellt aus dem Titel. Schließlich ist auch das »Journal politique ou Gazette des Gazettes« zu nennen, das in Bouillon redigiert, gute Übersichten über die europäischen Ereignisse bot.

Außerdem gab es Zeitungen, die wir heute als kleine Presse bezeichnen würden, so den »Furet politique et littéraire«; ihn machte schon sein Titel kennbar, noch deutlicher aber das Programm, das auf der ersten Seite stand[2]). Die würdigste Vertreterin dieser Presse war die nach damaligen Begriffen inhaltreiche »Gazette d'Utrecht«. Was sie nur erhaschen konnte, tischte sie ihren Lesern auf; kein Vorfall und vor allem kein Skandal entging ihr — und an Skandalen fehlte es in jenen Tagen fürwahr nicht. Obwohl gerade sie die wenigste Berechtigung dazu hatte, schmähte sie alle die, die »gierig nach Neuigkeiten fahndeten und nicht ängstlich waren in der Wahl

---

légères, des indices les plus éloignés qui préparent de longue main les révolutions politiques; c'est donc une nécessité pour eux d'entrer dans tous les détails, de répéter tous les rapports, même quand ils seraient contradictoires, de tout dire enfin, mais de n'en rien affirmer qu'avec la plus grande circonspection et d'être continuellement sur leurs gardes pour ne blesser personne.«

[1]) Courrier du Bas-Rhin Nr. 100, 1785: »L'auteur du Journal Général de l'Europe, feuille périodique estimable et rédigée avec beaucoup de soin.«

[2]) Le Furet, toujours agité s'insinue, découvre, pénètre les secrets et dévoile les mystères; sans les instructions du fureteur de nouvelles, pourrait-on instruire le public des faits?«

der Mittel«. Der Stab der Redaktion zeichnete sich keineswegs durch Einheitlichkeit aus; denn oft geschah es, daß sich die Mitarbeiter — je nach ihrer Gesinnung und Art — zu gleicher Zeit in ganz entgegengesetztem Sinn über eine und dieselbe Persönlichkeit äußerten. Der gehässige Ton, insbesondere gegen Fachgenossen, die Sucht, zu verleumden, die vielen Anekdoten, die grobe Unbildung und infolgedessen die steten Namensverwechslungen — all das muß uns zur Vorsicht mahnen [1]. Anderseits achtete die Zeitung genau auf alles, was um sie vorging; sie erhaschte derart rasch und gewandt jedes Gerücht, daß sie zuweilen auch beglaubigte Nachrichten brachte und sie richtig beurteilte. So wußte zum Beispiel im Jahre 1789 kein anderes Journal so genauen Bescheid über die ungarische Opposition und über die Beweggründe der belgischen Revolution wie die »Gazette d'Utrecht«.

Es ist ein schwieriges Unternehmen, alle Zeitungen des achtzehnten Jahrhunderts zu durchforschen, die sich in Bibliotheken und Archiven Westeuropas vorfinden; es erheischt ein Spezialstudium, das nicht bloß viel Zeit, sondern auch große Geduld beansprucht, denn in ermüdender Einförmigkeit wiederholen die Journale ein und dasselbe mit anderen Worten, da sich den Korrespondenten nur ein kleines Beobachtungsgebiet erschloß. Immerhin ist das Studium der größeren Zeitungen unbedingt notwendig: aus ihnen allein vermag man zu ersehen, wie sich die Öffentlichkeit zu der Politik Josephs II. gestellt hat; außerdem ermöglicht es das beständige Lesen ein und derselben Einzelheiten, den chronologischen Zusammenhang der Ereignisse noch mehr als sonst im Gedächtnisse festzuhalten.

---

[1]) Folgendes veröffentlicht z. B. die Redaktion anläßlich der im Grunde genommen unbedeutenden Unruhen, die in Ungarn durch das Konskriptionsverfahren hervorgerufen wurden: »Suivant les lettres de Vienne le général Lascy aurait fait passer au fil de l'épée 500 nobles hongrois. S'il en est ainsi, voilà la guerre civile allumée dans les Etats de Joseph II, impuissant à résister à ses ennemis intérieurs et étrangers« (Gazette d'Utrecht Nr. 102 du 13 décembre 1784). Die Zeitung wollte ihren Lesern Mannesmut in Anbetracht des bevorstehenden Krieges mit Österreich einflößen.

VIII.

Flugschriften.

Dieser Zweig der Literatur wurde im achtzehnten Jahrhundert, da Zeitungen nur eine äußerst geringe Verbreitung fanden, ganz besonders gepflegt. In Frankreich zum Beispiel brach während der Jahre 1788 und 1789 ein wahres »Broschürenfieber« aus. Von einem solchen mußte auch die habsburgische Monarchie ergriffen werden, wo die tiefeinschneidenden Reformen Josephs II. eine allgemeine Gärung verursachten. Die Hauptzentren dieser literarischen Bewegung waren Wien, Brüssel und Pest. Zahllos sind die Flugschriften, die während der kaum zehnjährigen Regierung Josephs II. allein schon in Wien erschienen. Wie Pilze nach dem Regen in die Höhe schießen, so entstanden nach jedem neuen Erlaß Broschüren, in denen man mit Leidenschaft die Beschwerden des Tages erörterte [1]. Schon aus den Überschriften erhellt die Mannigfaltigkeit der behandelten Themen. Politische und soziale Reformen, Bilder aus dem Leben der Dienstboten, die Reise des Papstes nach Wien, obszöne Erzählungen, statistische Tabellen über den Mineralreichtum Österreichs, Ratschläge über die beste Art, eine reiche Braut zu bekommen — all das wurde für zehn Kreuzer dem anspruchslosen Publikum geboten. Die meisten Flugschriften erschienen anonym, ausgenommen solche, die von bekannten und guten Autoren wie von Eybel, Rautenstrauch, Sonnenfels, Schweighofer und ähnlichen herrührten. Nach Blumauers Schätzung brachte jeder Monat fünfzig bis sechzig Broschüren [2].

Der Erfolg dieser Publikationen war außerordentlich, besonders in der ersten Zeit. »Anfangs kostete es gar keine Anstrengung, mit Hilfe der fünf Finger der rechten Hand das ganze lesende Publikum in Aufregung zu versetzen. Baron von Schoenfeld, der noch im Jahre 1778 höchstpersönlich

---

[1] Die beste und vollständigste Sammlung hinterliegt in der städtischen Bibliothek in Wien.

[2] Blumauer: Beobachtungen über österreichische Aufklärung und Literatur (siehe Blumauers sämtliche Werke. München 1830, III, 45—49).

nur mit Hilfe eines Knaben druckte, während seine schwangere hochwohlgeborene Frau Gemahlin in Ermangelung eines Gehilfen setzte, fährt heute in einer englischen Kalesche, gibt Bälle, Diners, Routs — und seinen Reichtum verdankt er unseren Broschüren« [1]). Der literarische Wert dieser Erzeugnisse stand jedoch in umgekehrtem Verhältnisse zu ihrem Erfolg; sie wurden schon damals von den ernsteren Kritikern äußerst gering eingeschätzt. Blumauer zum Beispiel nannte sie verächtlich »Makulatur«. Für sie gilt der Ausspruch einer berühmten Zeitgenossin Josephs II.: »Heute gedruckt, morgen gelesen und übermorgen vergessen« [2]). Unwillig wiesen die Patrioten darauf hin, daß man über Dienstmädchen, Spitzbübereien und allerhand Nichtigkeiten schreibe, daß aber keine einzige Broschüre Mittel und Wege angebe, das Vaterland aus seiner entsetzlichen wirtschaftlichen Lage zu befreien [3]). Bei weitem schärfer äußerten sich die Berliner Kritiker, wie zum Beispiel Nicolai. Dieser brachte in der »Allgemeinen deutschen Bibliothek« sein Entsetzen über die Unbildung und Trivialität mancher Pamphletisten zum Ausdruck, was ihm zugleich einen willkommenen Anlaß bot, das rückständige Wien mit beißenden Worten zu geißeln. Auch Riedesel, dem einzig und allein die französische Literatur Bewunderung einflößte und der sie über alles schätzte, fühlte sich berufen, einen Stein auf die Wiener Schriftsteller zu werfen [4]).

Jene ephemeren Produkte literarischer Tätigkeit verdankten ihre Entstehung zumeist dem Umstand, daß sie als Erwerbsquelle dienen sollten. Um diese recht ergiebig zu machen, griffen die Autoren zu allen möglichen Mitteln; sie schreckten weder vor marktschreierischer Reklame, noch vor gemeinem Betruge zurück: oft genug änderten sie — um nur ein Beispiel zu nennen — an irgend einer Broschüre nichts als

---

[1]) Briefe aus Berlin über verschiedene Paradoxen dieses Zeitalters, Berlin und Wien, II. Teil, 6.

[2]) Karoline Pichler, »Denkwürdigkeiten aus meinem Leben«, 1844, I, 73.

[3]) »Hausmittel für Österreich, Arme reich, Reiche vermöglicher zu machen. Von einem wahren Patrioten.« Windisch 1783.

[4]) B. A. Riedesel au Roi le 2 mars 1782: »Un ouvrage, d'ailleurs comme toutes les productions dénuées de goût et de sel, écrit en allemand.«

den Titel und brachten sie als neues Opus auf den Markt. Die Titel selbst waren einzig und allein auf den Effekt berechnet[1]). Dem Zank und der Verleumdung ward in den Broschüren ein weites Feld eingeräumt; man griff nicht bloß persönliche Feinde, literarische Nebenbuhler und Staatsmänner, sondern sogar auch den Kaiser an. So wurde dieser von dem Autor der »Unwahrscheinlichkeiten« dreist und grob der Heuchelei, des Treubruchs, der Eigenliebe, der Härte, der Habgier und der Dummheit geziehen. Immerhin finden sich unter all den tausenden Flugschriften gar manche, die aus verschiedenen Gründen Beachtung verdienen: die »Unwahrscheinlichkeiten«, deren schöne, formvollendete Sprache selbst Sonnenfels zur Bewunderung hinreißen konnte; der »Schlendrian«, dessen Autor in geistreicher Weise die neue Gerichtsordnung ad absurdum führte und ihre Mängel aufdeckte; Eybels feurige Flugschriften gegen die Kurie, die von großer Belesenheit zeugen und die Popularität des Autors rechtfertigen; Borns »Monachologia«, worin sich die Mönche nach dem Linnéschen System eingeteilt und beschrieben finden. Solche Broschüren gab es in Dutzenden und sie waren nicht schon am anderen Tage wieder vergessen; man erzog vielmehr in ihrem Geiste ganze Generationen. Auch die übrigen Wiener Flugschriften spielten, obwohl sie weder Wissen noch Talent verrieten, eine gewisse Rolle: »das Volk gewöhnte sich daran, sie zu lesen und wurde wenigstens um ein, zwei Vorurteile ärmer«[2]). Schon deshalb sind die Flugschriften von großem Werte für die Forschung; denn man erfährt durch sie, bei welcher geistigen Nahrung die Menschen damals heranwuchsen, auf welcher Bildungsstufe sie standen und wie weit sie die Reformen begriffen, die sich vor ihren Augen vollzogen.

In gleichem Sinne wichtig, nur minder abwechslungsreich

---

[1]) Zum Beispiel: »Warum bekommen Wucherer nicht 50 Prügel? oder Dem allgemeinen Besten meines Vaterlandes gewidmet. Vorschläge eines patriotischen Österreichers für Joseph II., seine Befehle zuverlässiger in Erfüllung zu bringen und sein Volk glücklich zu machen« — und die ganzen Vorschläge bestanden darin, den Verfasser zum Redakteur eines Regierungsblattes zu bestellen.

[2]) Friedel: »Briefe aus Wien«, 1784, 74.

sind die belgischen Pamphlete[1]). Diese entstanden in der Zeit von 1787 bis 1790, da sich die Stände den Reformen Josephs II. offen widersetzten; ihre Autoren behandelten daher rein politische Fragen. Ratschläge wurden erteilt, Pläne entwickelt, Verhaltungsmaßregeln vorgeschlagen, Helden gepriesen, Widersacher vernichtet — dies alles in Denkschriften namens der Regierung oder in offenen Briefen, Prophezeiungen nach alttestamentarischem Vorbild, in dramatischen Werken, Operetten, Pastoralen, Gedichten, Hymnen, Oden, Satiren, Fabeln usw. Alle Arten der Literatur, den Roman ausgenommen, finden wir vertreten. Da sei noch einer Reihe von Schriften gedacht, die den Aufenthalt und die Gespräche Josephs II. in der Hölle schildern — eines Werkes, das wohl als Nachahmung der bekannten Dialoge des Lukianos von Samosata gelten darf. Die Flugschriften waren zumeist nicht besonders umfangreich und ihre Autoren begaben sich in der Regel unter den Schutz der Anonymität; denn die erregte Stimmung und das politische Regime jener Zeit machten solche Vorsicht nötig. Zuweilen konnte man eines Autors habhaft werden, sei es, daß seine Schreibart ihn verriet oder daß seine Gegner auf ihn hinwiesen. Der Publizist Feller, sein Schüler, der Jesuit Brosius, ferner Duvivier, Sekretär des Erzbischofs von Mecheln, und Vonck blieben niemals unerkannt. Andere, wie Van der Noot und Linguet, scheuten sich nicht, unverhüllt ihre Ansichten zu äußern. Die wenigsten Flugschriften rühren von berühmten Verfassern her; eine Ode zum Beispiel: »Le triomphe de la patrie« schrieb ein Schulmeister, den jedoch zur Veröffentlichung seines Werkchens weniger »der Triumph des Vaterlandes« als die gute Gelegenheit veranlaßte, für sich Reklame zu machen[2]). Die meisten Pamphletisten gleichen ihrer Be-

---

[1]) Die beste Sammlung dieser Broschüren befindet sich in der königlichen Bibliothek zu Brüssel in den erwähnten »Recueil bleu« und »Recueil blanc«.

[2]) »L'auteur Al. Sauvage — heißt es in einer Anmerkung — Maître d'école de profession, donne avis au public qu'il enseigne les principes de la langue française, l'écriture, l'arithmétique et la géographie. Il prend des enfants en pension et en demi-pension. Il fera tout ce qu'il pourra pour leur donner une bonne éducation et s'attirer l'estime du public.« (Recueil Blanc, t. X, No. 50.)

gabung nach diesem Schulmeister, der den Kindern französischen Unterricht zu erteilen hatte und doch in seiner Ode nicht zwei regelrechte Strophen schreiben konnte. Einzelne Broschüren zeichnen sich übrigens durch sprühenden Witz, Feinheit des Gedankens und vollendete Form aus. In erste Linie sind wohl die zu stellen, die von Linguet herrühren. Ferner nennen wir die Abhandlungen Fellers, von denen man begreift, daß sie nachhaltigen Eindruck auf die Leser ausgeübt haben. Schließlich sei der Nachahmung der »Paralipomena« gedacht, einer Flugschrift, die man noch heute mit wahrem Behagen liest — wie gut hat der unbekannte Autor den biblischen Ton getroffen, wie herrlich Joseph II. und d'Alton parodiert! Das aber sind nur »Oasen in der Wüste«, dürr und unfruchtbar ist zumeist alles übrige. Außerdem schreiben viele Autoren geradezu fehlerhaft und es finden sich Überschriften wie »Epitaphe du ferroce (sic!) général d'Alton«. Wem es an Geist und Witz gebrach, der trachtete, recht derb zu lästern und diesen oder jenen eines unmoralischen Lebenswandels zu beschuldigen. Verleumdungen solcher Art bildeten den Inhalt zahlreicher Pamphlete. Nur eines einzigen wollen wir Erwähnung tun. Es führt den Titel »Portrait de Joseph II., traduit de l'anglais par le lord Champerswintersfeld«. Unter den vielen häßlichen Charakterzügen Josephs II., die dieses Opus bringt, wird auch als wahr angeführt, es schmachte — wegen eines geringen Vergehens — des Kaisers Geliebte auf einem Misthaufen, in einsamer Gefangenschaft. Die anonymen Autoren kannten eben den Geschmack des Publikums recht gut, das nur Sensationelles aufgetischt haben wollte. Im allgemeinen kann man sagen, daß im Jahre 1787 die Sprache der Opposition noch gemäßigt war – ein Umstand, den der klerikal gesinnte Schriftsteller Theiner ganz besonders hervorgehoben hat[1]. Erst als die Leidenschaften aufloderten, verschwanden die letzten Reste von Ehrfurcht und die letzten Spuren der Liebe zu dem einst vergötterten Monarchen. Demnach finden wir in diesen Flugschriften nicht Tatsachen ange-

[1]) Theiner: Jean-Henri, comte de Frankenberg, et sa lutte pour la liberté de l'Eglise et les Séminaires épiscopaux sous l'Empereur Joseph II. Traduit par P. de Geslin, Bruxelles. 1852.

führt — denn diese wurden absichtlich entstellt — sondern vielmehr die damals in Belgien herrschende Strömung mit großer Treue wiedergegeben.

Nur geringen Wert haben die ungarischen Pamphlete[1]; weder an Zahl noch an Begabung können sich ihre Verfasser mit den Niederländern messen. Begreiflich auch; denn die Völker standen nicht auf gleicher Kulturstufe. Gering war in Ungarn das Können und ebenso klein der Leserkreis. Nur selten erschienen beachtenswerte Broschüren, wie das »Kirchlich-politische Manch-Hermaeon«, »Babel«, »Niniveh« von Professor Hoffmann. Und da darf gesagt werden, daß die besten Flugschriften von deutschen Protestanten stammen — dies charakterisiert zugleich ihre Richtung: sie sind fast insgesamt streng josephinisch und loyal — im Gegensatz also zu den belgischen, in denen die »patriotische« Gesinnung vorherrscht. Wir dürfen eben nicht außer acht lassen, daß die absolute Monarchie des achtzehnten Jahrhunderts für Ungarn, angesichts der grausamen Sitten und der noch bestehenden Leibeigenschaft, einen entschiedenen Fortschritt — für Belgien aber, das ein freiheitliebendes und gebildetes Volk besaß, einen ebensolchen Rückschritt bedeutete. Und nochmals sei darauf verwiesen, daß der Forschung auch Pamphlete dienen; sie bergen — mögen die Deklamationen noch so geschmacklos sein — immer ein Körnchen Wahrheit und sie lassen vor allem die Ideale und die Stimmungen der Royalisten sowohl wie der »Patrioten« erkennen.

Das sind die Quellen, aus denen wir geschöpft haben. Wohl viele mußten unberücksichtigt bleiben; denn um das ganze Material eingehend zu durchforschen, reichte kaum ein Menschenleben aus. Die Übersicht, die wir geboten haben, gelte daher als ein Beitrag zur Bewältigung der Aufgabe, den ungeheuren Stoff zu sichten.

---

[1]) Ihre beste Sammlung ist in Wien und befindet sich in der städtischen Bibliothek. Auch in Budapest, in den Bibliotheken des Nationalmuseums und der Akademie der Wissenschaften, findet sich manches.

Zweiter Teil.

ERSTES KAPITEL.

Die Persönlichkeit Josephs II.

I.

Die absolute Monarchie in ihren Beziehungen zu Staat und Untertanen. Absolute Monarchie und Aufklärung im XVIII. Jahrhundert.

»Alles für das Volk und nichts durch das Volk.« Das ist die allgemein bekannte Devise, mit der man gewöhnlich die Gesamtheit der Grundsätze kennzeichnet, von denen sich in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts die meisten Herrscher in ihrer politischen Tätigkeit leiten ließen. Aber richtig wäre die Formel, lautete sie: »Alles für den Staat und nichts durch das Volk.« Denn Ruhm, Befestigung, Erweiterung und Gedeihen des Staates, das galt als Ziel der Regierungstätigkeit; die Untertanen waren bloß Glieder des Staatskörpers, die Wert und Daseinsberechtigung hatten, sobald sie mit allen ihren Kräften zur Erreichung jenes Zieles beitrugen. Von den Regierungen wurden sie keineswegs als Individuen angesehen, die eigene Rechte und Interessen besaßen, Freud und Leid empfanden, sondern vielmehr als eine lebendige Kraft, dazu bestimmt, die Staatsmaschine in Gang zu bringen und auch darin zu erhalten. Das rein Persönliche mußte vor den Forderungen des allgemeinen Wohles zurückweichen und nur insoweit es diesem nicht hindernd in den Weg trat, konnte es Berücksichtigung finden.

Diese Lehren und Anschauungen sind älteren Ursprungs: sie hatten sich bereits in dem kleinen, von inneren und äußeren Feinden bedrohten Sparta, ferner in Rom, dem Staatswesen

der eisernen Disziplin, glänzend bewährt; mit dem römischen Recht und der Tradition römischer Politik gingen sie in der Folge auf die Monarchien der Neuzeit über. Am entschiedensten griff sie Kardinal Richelieu auf, er führte sie in Frankreich ein, das Taine als den Erben römischer Ideen bezeichnet. Es waltet jedoch ein bedeutender Unterschied zwischen den alten und den neuen Verhältnissen ob: der kollektivistische Geist erfüllte fast ausnahmslos alle Bürger des antiken Staates, während er sich im modernen Staat einzig und allein in den Männern manifestierte, die der Macht am nächsten standen; nur wenn dem Vaterlande Gefahr drohte, durchdrang er auch die große Masse des Volkes und da geschah es, daß eine Jeanne d'Arc sich erhob oder, wie im Jahre 1793, die Jugend begeistert zu den Waffen griff. Wir müssen eben berücksichtigen, daß die »ethisch-sozialen Ideen der Hellenen und Römer nach der konkreten Anschauung bürgerlicher Gemeinschaft und nicht nach der abstrakten Vorstellung von dem Staat als solchem sich gebildet und geformt haben«[1]. Denn zu einer derartigen Auffassung konnte die Menge, deren Horizont in der Regel nicht über die allernächste Umgebung hinausreichte, niemals gelangen. Quantitativ, nicht qualitativ unterschieden sich die alten und neuen Verhältnisse von einander: im antiken Staate war die »salus populi« allen teuer, im modernen nur Auserwählten. Diese waren moralisch stark, dank ihrer Kultur und ihrer Disziplin, sie waren aber auch stark in materieller Beziehung, durch das Geld und das Heer, über das sie geboten. So arbeitete Generation um Generation, in verschiedenen Zeitaltern, unter verschiedenen Umständen, das eine zu schaffen und zu wahren: ein mächtiges Reich. Diesem Moloch opferten die Träger der Gewalt — ob sie es nun waren von Gottes Gnaden oder durch Erbrecht, Kriegserfolg, Wahl und Vertrag — ihre Kraft und auch das Leben der Untertanen. Persönliche Anschauungen, dynastische und andere Interessen spielten dabei keine geringe Rolle: ein Alagabal sah in der Herrschaft über Rom nur das Mittel, seinen Lüsten zu frönen, wogegen Ferdinand II. den

[1] J. Annenski, »Alkesta«, S. 20.

Triumph der römischen Kirche in erste Linie stellte; Karl XII. von Schweden ging auf Kriegsabenteuer aus und gefährdete darüber sein Reich; Ludwig XIV. lebte einzig und allein dem Ruhm seiner Dynastie — wie anders war Septimius Severus geartet, der auf seinem Sterbelager in dem Worte »laboremus« den Nachkommen ein erhabenes Vermächtnis hinterlassen hat. Der Lebensregel des strengen Afrikaners folgten Könige, die nicht einmal seinen Namen kannten, es folgten ihr die Mehrer Frankreichs, »der Feldmarschall des preußischen Königs«, Friedrich Wilhelm I., und der erste Diener seines Staates, Friedrich der Große, der zu dieser Anschauung nicht durch Voltaire, sondern durch das Studium ökonomistischer Schriften gelangt war, dem er sich in Küstrin hingegeben hatte.

Die Maschine erheischte allerdings Sorgfalt und Pflege; der Staat kann nicht ohne Untertanen bestehen, da ja diese eben den Staat bilden, dessen Gedeihen mit dem Wohl des Volkes eng verknüpft ist; das Verkennen dieser Wahrheit führte den Sturz der französischen Monarchie herbei; Regierungen, die ihre Aufgaben richtig erkannten, mußten stets darauf achten, daß »der Bauer sein Huhn im Topfe« habe. Das gilt für alle Länder und Völker. Das XVIII. Jahrhundert hatte vielleicht diesem praktischen Staatsprinzip eine theoretische Grundlage, eine humanitäre Färbung verliehen, hatte es gefestigt und entwickelt, aber keineswegs hervorgebracht. Das Zeitalter des »aufgeklärten Absolutismus« rückte heran, doch dem Worte »aufgeklärt« wurde zu viel Raum gegeben im Vergleich mit dem, was innerhalb der beschränkten staatlichen Sphäre wirklich geschah. Es zeigte sich wohl auch ein ernstes Bemühen, die Lehre der Enzyklopädisten praktisch anzuwenden: in kleineren Staaten, wie z. B. in der Markgrafschaft Baden, machte man in diesem Sinne sehr energische Versuche in anima vili, das heißt an den unterwürfigen Untertanen. Es ist höchst bezeichnend, daß ein so hervorragender Theoretiker auf physiokratischem Gebiete wie Turgot, eine Zeitlang die Geschicke Frankreichs gelenkt hat — und die Physiokraten gehörten wahrlich nicht zu den »Aufklärern«! Die Monarchen schmeichelten den Philosophen, ja sie warben um ihre Gunst

und schrieben selbst gelehrte Abhandlungen; Friedrich II. nahm sogar keinen Anstand, sich in literarische Kämpfe einzumischen, er setzte sich für Voltaire ein und befehdete Rousseau und Helvetius.

Darauf aber beschränkte sich auch alle Aufklärung der mächtigen Herrscher: ihre politische Tätigkeit wurde nur von der raison d'état geleitet und derselbe Friedrich II. hätte das Blut auch nicht eines pommerschen Grenadiers für die Durchführung der schönsten, doch ihm nachteiligen Theorie vergießen wollen. Die Monarchen entlehnten der Philosophie nur, was mit ihren Herrscherbedürfnissen übereinstimmte, und darin ruht die politische Bedeutung der Träger damaliger Kultur, nicht in dem bloß äußerlichen Nachbeten philosophischer Grundsätze. Die Aufklärer predigten ununterbrochen Glaubensfreiheit, Aufhebung der Leibeigenschaft, Gleichheit aller vor dem Gesetz und der Steuer und nach und nach erkannten auch die Staatsoberhäupter allen diesen Lehren buchstäbliche Wahrheit zu. Freilich schuf das Leben selbst Bedürfnisse dieser Art, die Schriftsteller aber gaben ihnen eine synthetische, theoretische Grundlage und die Vertreter der absoluten Monarchie wollten ihnen durch die Tat Genüge leisten: in diesem Sinne waren die absoluten Herrscher, die in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts lebten, in Wahrheit aufgeklärt.

So stark war der Einfluß jener Ideen, daß sich ihnen auch Leute unterwarfen, die die neue Richtung im allgemeinen nicht guthießen. Die Unhaltbarkeit der Verhältnisse, wie sie das Leben allmählich geschaffen, war deutlich genug. Es wäre schädlich für die Herrscher gewesen, wenn sie gar keine Rücksicht darauf genommen hätten. Die Philosophen wären gewiß mit Verachtung abgetan worden, aber gegen die Übermacht der Nachbarn, die in ihrem Reiche zweckmäßige Neugestaltungen einführten, konnten die Souveräne nicht gleichgültig bleiben. So wurde ohne Zweifel, ungewollt und unbewußt, Maria Theresia zur aufgeklärten Herrscherin. Sie stand in gar keinen Beziehungen zu den Koryphäen der damaligen Literatur; im Gegenteil, ihr Haß gegen die »Gottesverächter« ist zu einem geschichtlichen Truismus geworden. Da aber die verfolgten Protestanten in Massen auszuwandern drohten,

mußte man ihnen wohl oder übel ihre Kirchen lassen, damit das Land nicht nützliche Arbeiter verliere; leibeigene Bauern, die von den Gutsbesitzern ausgebeutet wurden, waren nicht in der Lage, den Staaten Steuern zu zahlen; also mußte man ihnen Freiheit und sorgenloses Dasein sichern; die Patrimonialgerichte ließen, aus Scheu vor den Kosten, Verbrecher oft ungestraft; daher mußte man die Adelsprivilegien einschränken. Das Zunftwesen war dem Gedeihen des Handels hinderlich — folglich ergab sich die Notwendigkeit, diese mittelalterliche Einrichtung aufzuheben und nach dem Rezept der Physiokraten vorzugehen. Das Leben duldete kein Säumen; die Nachbarn standen drohend an den Grenzen und unabweisbare Bedürfnisse mahnten ohne Unterlaß. Die Kaiserin, die nicht weniger Pflichtgefühl besaß als ihr Feind Friedrich, verwirklichte Ideen, deren Vertreter sie eigentlich von Herzen haßte.

Nichtsdestoweniger aber verdienten die Herrscher jener Zeit den Titel »Despoten«; denn sie hatten eine hohe Meinung von ihrer souveränen Gewalt, hielten sich allein für befähigt, das Wohl des Volkes zu beurteilen, und für unumschränkt berechtigt, über die von ihnen beherrschten Länder zu verfügen. Alle Arten von Hindernissen und Schwierigkeiten, die den Herrscherwillen einschränkten, mußten verschwinden, so Überbleibsel aus dem Mittelalter wie die Ständeversammlung, die städtische Selbstverwaltung, die Adelsprivilegien oder Auswüchse neuerer Zeit, wie Freimaurerei, freie Schulen und gelehrte Gesellschaften. Aber der Boden war nun einmal unterwühlt, Schutt hatte sich angehäuft und es bedurfte einer eisernen Energie, einer unermüdlichen Arbeit, ein neues Gebäude aufzuführen; die Monarchen des XVIII. Jahrhunderts waren sich der Schwierigkeit der Verantwortung, die auf ihren Schultern lastete, voll bewußt. Sie arbeiteten emsig, legten die Hände nicht in den Schoß, arbeiteten mit Überzeugung, oft sogar mit Begeisterung und Leidenschaft — aber sie arbeiteten bloß mit e i n e r Hilfskraft, den Beamten, und übergingen das Volk, das ihnen nur als Objekt für ihr Wirken galt und dem sie nicht das Recht zuerkannten, Willen, Gefühle und Meinungen zu äußern. Joseph II. war der Typus für den monarchischen Vertreter moderner Ideen. Niemand bemühte

sich so sehr für das Wohl des Staates und der Untertanen und niemand war zu gleicher Zeit so despotisch und eigenmächtig wie er.

II.

Kinderjahre Josephs II. Erziehung und Unterricht. Seine Selbstbildung. Seine Beziehungen zu den »Philosophen«. Seine Reisen. Seine Mitregentschaft. Verhältnis zu Maria Theresia.

Wenn man Podewils, dem preußischen Gesandten am Wiener Hofe in den vierziger und fünfziger Jahren, Glauben schenken darf, so berechtigte der sechsjährige Erzherzog zu keinen glänzenden Hoffnungen. Der Berliner Diplomat zog des kleinen Prinzen geistige Fähigkeiten sehr in Zweifel und meinte, »ein Genie werde er wohl nicht werden«. Des Knaben Hochmut sei maßlos; er reiche allen die Hand zum Kusse, sage allen ohne Unterschied »du« und würdige einer Ansprache nur Damen und die höchsten Würdenträger. Sogar seinem Vater begegne er mit äußerster Geringschätzung, denn es wurme ihn, den Nachkommen von Kaisern, daß ihn das Geschick zum Sohne eines lothringischen Herzogs gemacht habe[1]. Sein Eigensinn gehe so weit, daß er lieber hungere und sich einsperren lasse, als nachgebe. Faul sei er über alle Maßen, zeige nicht die geringste Lust zum Lernen und es gelinge nur mit Mühe, ihm die elementarsten Kenntnisse beizubringen. Nur eine gute Eigenschaft verrate sich bei dem Kinde: es sei freigebig und verteile gern sein ganzes Taschengeld an seine Umgebung. Die Erziehung, die ihm zuteil werde, steuere seinen Fehlern in keiner Weise: »Die Eltern verhätscheln ihn allzusehr und die Kaiserin, die ihre eigene Erziehung verurteilt, befolgt nun doch bei der Erziehung ihrer Kinder dieselbe

---

[1]) Es ist interessant, daß in der Folge die belgischen Pamphletisten Joseph seine niedere Abstammung vorwarfen: »Ce Joseph dont les pères n'ont pas plus qu'un prince Waldeck parmi les puissances figuré, pour avoir été dans un moule autrichien jété. S'est crû comme un Charles Quint fondé A Monarchie universelle former. Ne voilà-t-il pas ce petit Duc de Lorraine, empereur de fortune, Qui veut faire un grand trou au croissant de la lune.« (»Rhapsodie politique«, Recueil Bleu Nr. 3.)

Richtung, die ihre Vorfahren eingeschlagen haben« [1]. Das Bild, das Podewils entwirft, ist im Hinblick auf die Untertanen Josephs II. in der Tat trostlos; um so erfreulicher war es für Friedrich, was wiederum eine Abschweifung von der Wahrheit erklärt, die sich der gewandte, in anderen Fällen scharf beobachtende Diplomat erlaubte.

Wie dem auch sei, die Wirklichkeit entsprach nicht seinen Voraussetzungen. Die glänzende Begabung Josephs II. unterliegt keinem Zweifel. Nicht nur seine ihm wohlgesinnten Zeitgenossen bezeugen dies [2], sondern auch Friedrich II.; er schreibt einmal: »Zu des Kaisers Geist und Begabung geselle sich noch großer Fleiß« [3]. Selbst der hämische Gesandte Riedesel, der Josephs Kenntnisse oberflächlich nannte, meldet, »daß des Kaisers Urteile großen Scharfsinn bezeugen« [4]. Alles, was Joseph gesagt und geschrieben, beweist, daß er ein kluger Mann gewesen ist, der vielleicht häufig geirrt hat, aber niemals in Abgeschmacktheit, in Brutalität und auf Gemeinplätze verfallen ist. Er durchschaute seine Leute ausgezeichnet und die Charakteristik, die er von seiner Umgebung oder zum Beispiel von dem französischen Königspaar [5] entwirft, ist bei all ihrer Kürze wahr und treffend.

Die Erziehung, die er erhielt, verdarb durchaus nichts an seinen angeborenen Vorzügen. Die Anschauung, Batthyány, der alte Erzieher des jungen Erzherzogs, sei grob mit ihm umgegangen und pädagogischen Takts bar gewesen, haben Hormayr und Moser leichtfertig zu einer Fable convenue werden lassen [6]. Diese beiden Schriftsteller sind aber zweifellos par-

---

[1] Sitzungsberichte der Wiener Akademie der Wissenschaften, II. B. 1850: Relations diplomatiques du comte de Podewils au Roi de Prusse, Frédéric II.

[2] Kaiser Joseph II. Leipzig 1790, s. 5, und Friedel: Briefe aus Wien, p. 9.

[3] Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen XXV, 113.

[4] B. A. Riedesel au Roi le 19 août 1781. Cf. P. A. v. 326, f. 5. Mémoire sur la cour de Vienne écrit en 1772 par Mr. Durand ministre plénipotentiaire près de la dite Cour: Il a peu d'imagination, mais son jugement est solide.

[5] Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« II, 133, 134.

[6] Hormayr: »Österreichischer Plutarch«, B. XI, u. Meusel: »Vermischte Nachrichten und Bemerkungen historischen und literarischen Inhalts«, 42, 43.

teiisch; der eine haßte Österreich als ein politischer Flüchtling, der andere war als Freigeist geneigt, die Gewohnheiten am Hofe der frommen Kaiserin Maria Theresia streng zu verurteilen. Der brave General (Batthyány) war ja wohl kein geborener Pädagoge, aber ein rechtschaffener, ehrlicher, aufrichtiger Mann, der allgemeine Achtung genoß. Herzog Albert von Sachsen-Teschen gedenkt mit Freude des Verkehrs mit ihm [1]) und Friedrich II., der im allgemeinen wenig geneigt war, seinen Nächsten zu loben, schrieb an d'Alembert: »Marschall Batthyány, den ich sehr nahe kennen lernte, war ein achtbarer Mensch, der dem Kronprinzen nur gute Grundsätze einflößen konnte« [2]). Dazu kommt, daß sorgfältige Instruktionen Maria Theresias, in denen sich die ganze Seele dieser liebevollen Mutter, dieser ebenso geistvollen Frau wie gewissenhaften Monarchin offenbarte, den Wirkungskreis des Marschalls genau umschrieben [3]). Jedenfalls ging das rauhe Wesen des Erziehers nicht auf den Zögling über, der gegen alle stets von ritterlicher Höflichkeit war, soweit es sich nicht um den Dienst handelte; da allerdings hielt er es für seine Pflicht, möglichst anspruchsvoll und streng vorzugehen.

Einer noch herberen Kritik unterzogen die früheren und späteren Schriftsteller den Unterricht, der dem Kronprinzen erteilt wurde; er sei durchweg nur pedantisch [4]), habe bloß zum Zweck, das Gedächtnis zu schärfen [5]) und nehme auf den lebhaften, glänzenden Geist des Schülers gar keine Rücksicht [6]). Besonders auf Bartenstein, dem der Geschichtsunterricht oblag, fiel scharfer Tadel. Man beschuldigte ihn, Joseph mit seinen endlosen Erläuterungen und dem vielen scholastischen Kram, den er aus zehn dicken Folianten hervorgeholt, alle Lust zum

---

[1]) »Mémoires de ma vie«, II, 112: »Cet aimable vieillard . . . Sa droiture et ses sentiments lui avaient toujours valu la considération de la Cour, et son caractère jovial avait fait rechercher avec empressement sa société à tous ceux qui y étaient admis.«

[2]) A d'Alembert le 17 août 1777 (Preuss: Oeuvres de Frédéric le Grand, XXV, 82).

[3]) Arneth: »Geschichte Maria Theresias«, IV, 159—162.

[4]) Wolf: »Aus dem Hofleben Maria Theresias«, 1859, s. 307.

[5]) Menzel, op. cit.

[6]) Friedel: »Briefe aus Wien«, 9, und »Kaiser Joseph II.«, Leipzig 1790.

Studium benommen zu haben. Sieht man aber den Lehrplan des Kronprinzen durch und erfährt man, in wie vielen Wissenschaften er unterrichtet wurde — in Mathematik, Geschichte, Geographie, Latein und modernen Sprachen, Literaturgeschichte und Bibelstudium — so kommt man zu dem Schlusse, daß der Unterricht unmöglich schlecht gewesen sein konnte, besonders mit Rücksicht auf den Stand der damaligen Pädagogik. Was Bartenstein anlangt, so war er ein sehr begabter, kenntnisreicher Mann, der eine ausgezeichnete Feder führte. Arneth kannte seine Elaborate und stellte seinen Ruf wieder gänzlich her [1]).

Freilich war Joseph, wie jeder talentvolle und lebhafte Mensch, zum großen Teil Autodidakt; er las sehr viel [2]), besonders in jungen Jahren. Man konnte ihn oft in die Lektüre eines Buches vertieft finden. Was für Werke er gelesen hat, ist schwer, fast unmöglich zu sagen, da wir darüber nur spärliche Nachrichten besitzen. Joseph selbst hat sich niemand mitgeteilt und die Zeitgenossen bringen nur oberflächliche Daten. Rein wissenschaftlich war seine Beschäftigung jedenfalls nicht, er saß weder stundenlang in Laboratorien, noch in Observatorien oder in Archiven und verkehrte mit keinem einzigen Gelehrten. Es ist charakteristisch, daß er für die Gründung einer Akademie der Wissenschaften kein Geld hergeben wollte. Kunstsinn mangelte ihm völlig und die Literatur gleichwie die schönen Künste — ausgenommen die Musik, die immer ein Lieblingszeitvertreib der Habsburger war — blieben für ihn ein Buch mit sieben Siegeln [3]). Nur die italienischen Dichter kannte er, wobei man bedenken muß, daß wohl die Anwesenheit des seinerzeit berühmten Metastasio am Hofe Maria Theresias viel dazu beigetragen hat; bei der Zusammen-

---

[1]) Arneth: »Geschichte Maria Theresias«, IV, 163—176.

[2]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.«, I, 166: »Au reste, je travaille, lis beaucoup.«

[3]) B. A. Riedesel au Roi le 18 décembre 1779: »Le graveur qui doit former le goût de l'empereur m'a dit qu'il n'a pas la moindre connaissance de la peinture.« Cf. Georgel, »Memoires«, I, 320: »Il se vantait de connaître peu les sciences et belles-lettres; la science du gouvernement, disait-il, est trop étendue et trop essentielle pour qu'un souverain puisse s'occuper d'autres objets.«

kunft mit Friedrich II. in Neisse rezitierte Joseph »eine Anzahl Verse aus Tasso und den ganzen ‚Pastor Fido'« [1]).

Mehr Geschmack fand er offenbar an der Lektüre politischer und nationalökonomischer Werke; dabei galten ihm, entsprechend dem damaligen Zeitgeiste, besonders die Franzosen als Meister; viele seiner Kenntnisse schöpfte er aus den Schriften der Enzyklopädisten und der Physiokraten [2]). Zweifellos kannte er außerdem die Philosophen jener Zeit. Wenn man auch Friedrichs des Großen Brief an Voltaire nur als liebenswürdige Schmeichelei für diesen auffaßt [3]), so kann man doch schwer annehmen, daß Katharina II. so wenig aufrichtig gegen Grimm gewesen sei [4]). Auf seinen Reisen zeigte sich Joseph sehr geneigt, mit den hervorragenden geistigen Vertretern des Jahrhunderts Gespräche zu führen. Voltaire suchte er zum Teil deshalb nicht auf, weil er dem ausdrücklichen Wunsche seiner Mutter gehorchen wollte [5]); mit den anderen Philosophen sprach er aber häufig. Mit Raynal speiste er in Spaa und die damalige Presse folgerte daraus augenblicklich, »der Verfasser der Geschichte beider

---

[1]) Oeuvres de Frédéric le Grand, ed. Preuss, XXII, 169, à Voltaire le 16 sept. 1770.

[2]) Gräffer: »Josephinische Curiosa«, 1850, V, 76: »Bei reiferen Jahren fing er an, aus eigenem Geschmacke und Wissenschaftstriebe Kenntnisse für seinen künftigen Stand zu sammeln. Er las Bücher über militärische Wissenschaften, über die Regierungskunst, Staatsökonomie, über den Zustand und das Verhältnis der europäischen Länder und Staaten. Aus der französischen großen Enzyklopädie und einigen anderen Schriften der sogenannten Ökonomisten, die er einige Zeit hindurch fleißig las, scheint er seine Grundsätze und Anhänglichkeit an das physiokratische System geschöpft zu haben.«

[3]) Oeuvres de Frédéric le Grand, XXII, 169: »N'ayant eu que des maîtres pédants, il a assez de goût pour lire Voltaire et pour en estimer le mérite.«

[4]) Briefe Katharinas II. an Grimm (Sbornik der Russischen Historischen Gesellschaft 1878, Bd. XXIII, 181): »J'ai trouvé le Cte. de Falkenstein fort instruit . . . Nous ne paraissons pas fort dévots et nos lectures ne le sont pas du tout.« Cf. ib. 183: »Mon haut allié a fait dire un service solennel pour le repos de l'âme de Voltaire.«

[5]) Oeuvres de Frédéric le Grand ib. 411: »J'ai appris de bonne part de Vienne que l'Impératrice à défendu à son fils de voir le vieux patriarche de la tolérance.«

Indien erfreue sich der besonderen Gunst des Kaisers«[1]). Außerordentlich viel und häufig verkehrte er zur Zeit seiner ersten Reise nach Frankreich im Jahre 1777 mit den dortigen »Aufklärern«; »mit Turgot plauderte er sehr oft« und er traf in den verschiedenen Salons Gibbon, Marmontel, Beaumont[2]).

Ob diese Männer ihn irgendwie beeinflußten, ist eine andere Frage. Die herrschenden Geister von damals zählten ihn, als sie viele ihrer Ideen in seinem Reiche verwirklicht sahen, hartnäckig, aber nicht begründet, zu den ihrigen. Lanjuinais begrüßte schon 1774 in dem Kaiser »die aufgehende Sonne« und in seinem Buche mit dem überaus schwulstigen Titel[3]) wollte er sich als Mentor des kaiserlichen Telemachs hinstellen. Auch später nannte man den Kaiser den »Philosophen, der seine Schüler aneifere, alle Vorurteile, die zur Zeit der Unwissenheit als Gesetze galten, mit Füßen zu treten«[4]). »Ja, er war ein Philosoph im wahren Sinne des Wortes, er liebte die Menschen und kannte ihren Wert«[5]). Wie würdigte er zum Beispiel Raynal![6]) Helvetius spendete seiner Tätigkeit großes Lob und hieß ihn gar den Nachfolger Friedrichs des Großen, des königlichen Philosophen[7]). Selbst der päpst-

[1]) »Gazette des Gazettes« du 4 mai 1782.

[2]) Über diese Beziehungen siehe: »Mémoires sur la vie de Marie Antoinette etc. par Mme. Campan v. I passim« und »Lettres de la marquise du Deffand à Horace Walpole« v. III.

[3]) »Le Monarque accompli de prodiges de bonté, de savoir et de sagesse qui font l'éloge de S. M. Joseph II et qui rendent cet Auguste Monarque si précieux à l'humanité, discutés au tribunal de la raison et de l'équité par Mr. de Lanjuinais, Principal du Collège de Moudon. A Lausanne 1774, 3, V.«

[4]) Courrier de l'Europe. De Vienne le 19 juillet 1783.

[5]) Briefe eines reisenden Franzosen etc. I, 303.

[6]) Journal historique et politique. De Clèves le 8 août 1781: »C'est sans doute un triomphe bien flatteur pour les lettres et une satisfaction bien consolante pour ceux qui emploient leurs veilles et leurs travaux à les cultiver, que l'estime et la protection dont les honorent aujourd'hui la plupart des souverains de l'Europe — Frédéric II, l'immortelle Catherine, Joseph II.« Und alles das, weil der Kaiser mit Raynal gespeist hatte.

[7]) Hélvétius: »L'homme et ses Facultés.« Préface: »Son estime pour le Roi de Prusse présagea dès la plus tendre jeunesse ce qu'il ferait un jour. On n'a d'estime sentie que pour ses semblables.«

liche Nuntius äußerte sich einmal Noailles gegenüber: »S. M. verlegt sich auf allerlei Neuerungen, weil er selbst gar keine ausgeglichenen Ideen besitzt, sondern solche bei d'Alembert entlehnt«[1]. Es bedurfte des Ernstes und Scharfblicks eines Mirabeau, die wahren Gefühle, die der Kaiser den Vertretern der aufklärenden Literatur entgegenbrachte, zu erraten.

In der Tat verhielt sich Joseph, als er sie kennen lernte, ihnen eher ablehnend gegenüber. Nicht nur suchte er Voltaire nicht auf[2], er verbot auch die Herausgabe seiner Werke in deutscher Sprache, denn er wünschte nicht, dieses philosophische »Gift« unter seine Untertanen zu verbreiten. Linguet würdigte der Kaiser, ungeachtet seiner Verdienste, keiner Audienz, trotzdem er mit dieser Gnade nicht geizte[3], und als Linguet zur belgischen Opposition übergetreten war, klang das Urteil des Monarchen ungemein streng: »Man weiß schon lang«, schreibt er an d'Alton »daß Linguets Feder käuflich ist. Man möge ihm Verachtung bezeigen, ihm nicht antworten und wenn er allzu unverschämt wird, aus meinem Reiche verjagen«[4]. Auch Raynal, obwohl er mit Joseph gespeist hatte, erlebte es nicht, daß seine Werke von der habsburgischen Zensur freigegeben wurden: sie erfuhren dasselbe Los wie die Bücher Voltaires, Humes und Le Maistres.

Die heimischen Philosophen konnten sich ebenfalls keines großen Wohlwollens erfreuen. Sonnenfels, den manchmal sein Eifer fortriß, der Regierung Ratschläge zu erteilen, wurde

---

[1]) P. A. v. 346 f. 425. Noailles à Vergennes le 25 octobre 1783.

[2]) Siehe die merkwürdige Anekdote, die Mme. Campan (Mémoires sur la vie privée de Marie-Antoinette, Reine de France et de Navarre, par Mme Campan, I, 187) mitteilt: »L'empereur en quittant la France passa près du passage de Ferney, et ne trouva pas convenable de s'y arrêter. Il avait conseillé à la Reine de ne pas permettre que Voltaire lui fût présenté. Une femme de la Cour sût l'opinion de l'empereur à ce sujet et lui reprocha son peu d'enthousiasme pour le grand génie du siècle. Il lui répondit qu'il chercherait toujours à profiter pour le bien de ses peuples des lumières dues aux philosophes, mais que son métier de souverain l'empêcherait toujours de se ranger parmi les adeptes de cette secte.«

[3]) Gazette d'Utrecht de Vienne le 1 mars 1785.

[4]) Recueil des lettres originales de l'empereur Joseph II au Général d'Alton. 1790, p. 71, du 9 janvier 1788.

vom Kaiser gar häufig in seiner Eigenliebe am empfindlichsten verletzt [1]). Joseph konnte Leute, die die moderne und zeitgemäße Menschenliebe stets im Munde führten, nicht ausstehen; die Geschäfte sollten nicht nach ihrem Rat, sondern »nach seinen eigenen wohlüberlegten Ideen« [2]) behandelt werden. Das bewies auch seine ganze Wirksamkeit und Breteuil hebt dies sehr richtig hervor [3]).

Großen Einfluß übten auf Joseph die vielfachen Reisen aus, die er unternahm; sie waren sein liebster Zeitvertreib und selten verging ein Jahr, ohne daß er entweder eine seiner entlegenen Provinzen oder das Ausland besucht hätte. Seine Gegner spotteten darüber und sagten, er regiere seine Monarchie vom Postwagen aus (en courant les postes) [4]) und der große Stubenhocker Friedrich II. fragte Riedesel, »ob denn die Interessen des Reiches durch diese häufigen, langen Entfernungen des Kaisers nicht litten« [5]). Josephs Reisen wurden auf das einfachste veranstaltet; der Kaiser verbat sich festliche Empfänge, Bälle oder Theatervorstellungen; ihm lag nur die Arbeit am Herzen; er wollte mit eigenen Augen sehen, wie das Volk lebe, wie die Gutsbesitzer wirtschafteten, wie die politischen, sozialen und Agrikulturverhältnisse im Lande beschaffen seien. Auch im Auslande wurde er diesem Bestreben nicht untreu; überall bewahrte er strengstes Inkognito und nur der Name »Falkenstein« hallte durch das ganze damalige Europa. Das Programm, das er sich vor seiner Reise nach

---

[1]) Siehe zum Beispiel L. Meynert: »Kaiser Joseph II.«, Wien 1862, s. G. Hormayr: »Taschenbuch.« 1841, s. 37. Über Sonnenfels. Insbesondere siehe Kopetzky: »Josef und Franz von Sonnenfels. Das Leben eines edlen Brüderpaares nach den besten Quellen dargestellt.« Wien 1782.

[2]) A. H. Resolution vom 5. August 1783. Im Druck erschienen bei G. Wolf: »Kaiser Joseph II. und die österreichischen Generalseminarien« (Raumer-Riehls, Historisches Taschenbuch, V. Folge, VII. Jahrgang, 1877). Siehe 360.

[3]) P. A. v. 338 f. 18, Breteuil à Vergennes le 3 janvier 1779: »Je doute pourtant que les réflexions philosophiques soient souvent la base des résolutions de sa puissance.« Über diese Frage siehe den schönen Artikel: »Joseph II. und die Philosophie des XVIII. Jahrhunderts« (Historische Rundschau, 1891, Bd. II).

[4]) B. A. Riedesel au Roi le 15 août 1781.

[5]) Ib. le Roi à Riedesel le 13 octobre 1781.

Frankreich zusammenstellte [1]), beweist deutlich, wie zielbewußt er seine Fahrten unternahm. Breteuil meldet Vergennes, daß »der Kaiser seit seiner Rückkehr aus Frankreich nur mehr vom Handel schwärme; er wünsche, daß in den Häfen der Monarchie ein regeres Leben pulsiere, er wolle sogar neue Seehäfen bauen« [2]). Lassen wir die Lobeshymnen beiseite, die ihm die Panegyriker seiner Zeit und später die Historiker aus der Schule Groß-Hoffingers spenden, und halten wir uns nur an die Schilderung seiner Reisen nach Siebenbürgen, wie sie in den Memoiren des Herzogs von Sachsen-Teschen beschrieben sind [3]); wir werden uns dann überzeugen, wie emsig der Kaiser die Wahrheit zu erforschen getrachtet und welch wertvolle Kenntnisse er dabei erworben hat. Wohl kein einziger Monarch, der große Friedrich nicht ausgenommen, kannte so genau alle lokalen Verhältnisse in seinem Reiche und wohl keiner besaß daher eine so gründliche praktische Schulung wie der unermüdliche, rastlose Joseph II. [4])

Eine andere, noch bessere Lehrzeit für den Kaiser war die Mitregentschaft. Im Jahre 1765 starb Franz I. eines plötzlichen Todes und die Kaiserin, die der Schmerz ganz niederbeugte und deren Kräfte nachzulassen begannen, zog ihren fünfundzwanzigjährigen Sohn zur Regierung heran. Ihm kam allerdings nur die Rolle zu, die sein Vater gespielt hatte: eine rein repräsentative und mitberatende Rolle. Franz von Lothringen, der gewiß nicht unbegabt genannt werden konnte, sich in den Geschäften auskannte und die Dinge klar und nüchtern zu beurteilen wußte, fand sich, verschlossen wie er war, mit dieser Stellung ab. Es ist schwer, den Einfluß des Vaters auf den Sohn zu erkennen; jedenfalls aber sprach Joseph von Franz I. nie anders als mit Ehrfurcht und Hochachtung [5]).

---

[1]) Siehe Arneth et Geoffroy: »Marie Antoinette. Correspondance secrète entre Marie Thérèse et le Comte de Mercy-Argenteau«, II, 84.

[2]) P. A. v. 334 f. 15. Breteuil à Vergennes le 3 janvier 1778.

[3]) Op. Cit. Diese Schilderung nimmt beiläufig 200 Seiten in Folio des 3. Bandes ein.

[4]) Über die Bedeutung, die Joseph selbst seinen Reisen beilegte, siehe Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.«, III, 359.

[5]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.«, I, 19—127.

Überhaupt war Joseph ein liebevoller, treuer Sohn; in seinen persönlichen Beziehungen zu seiner Mutter läßt sich, trotz Ungleichheit der Charaktere, auch nicht ein Schatten von Gereiztheit entdecken. Sobald aber nur die Sprache auf Regierungsangelegenheiten kommt, ändert sich dies. Maria Theresia klagte wohl über Ermattung, erklärte, nicht mehr »en vigueur« zu sein und seufzte über die Eitelkeit alles Irdischen; die Zügel der Regierung aber führte sie mit fester Hand und sie trat nicht ein Jota von ihren Souveränitätsrechten ab. Sie beriet sich mit dem Kronprinzen über alles, hörte seine Ansichten und stimmte ihnen auch manchmal bei, aber nur dann, wenn sie ihren Anschauungen entsprachen; andererseits nötigte sie ihn, Verordnungen zu unterschreiben, die er für unnütz, ja sogar für schädlich hielt. Nicht einen Zweig der Verwaltung, nicht einmal die Heeresangelegenheiten überließ sie völlig und ohne Kontrolle dem Gutachten des Kaisers, nichts von irgendwelcher Bedeutung durfte ohne ihre Zustimmung in Angriff genommen werden. Sie weinte wohl ob der Zerstückelung Polens, die ihr das Herz zerriß, aber doch unterzeichnete sie aus freien Stücken den Teilungsvertrag; sie billigte nicht die Kriegserklärung an Preußen im Jahre 1778 und sie schloß, ohne Josephs lauten, erzürnten Widerspruch zu berücksichtigen, aus eigener Machtvollkommenheit den Teschener Frieden. Sie teilte nach wie vor freigebig Ruhegehalte aus, alle ihr genehmen Diener blieben auf ihren Posten; die Administration ging den längst gewohnten Gang. Vieles freilich änderte sich auch, aber nur, wenn sie es nach sorgfältiger Prüfung und Beratung guthieß. Der Kaiser riß ungeduldig an den Zügeln und trachtete, in raschem Tempo die Dinge nach seinem Sinne zu gestalten. Vor dem zähen Widerstande seiner verehrten, liebevollen Mutter aber ließ er die Hände sinken [1]). Manchmal verschärften sich die Gegensätze derart, daß es fast zwischen Mutter und Sohn zum Bruche gekommen wäre; die Kaiserin äußerte in solchen Fällen den Wunsch, ins Kloster zu gehen, der Kaiser hingegen

---

[1]) Siehe Briefwechsel Josephs mit Leopold bei Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« Besonders charakteristisch ist der Brief im 2. Bde., 5.

bat sie, »ihr erster Diener und ehrfurchtsvollster Untertan« bleiben zu dürfen. Durch Vermittlung Kaunitzens, Rosenbergs und Lascys wurde der Streit geschlichtet, aber nie auf lange: bald brachte eine neue Frage beide Teile in scharfen Gegensatz. Diese Zwistigkeiten kamen so häufig vor, daß sie der Aufmerksamkeit der Nachbarn nicht entgingen. Friedrich sah schon im Jahre 1766 derartige Verlegenheiten voraus[1]) und Katharina die Große bespricht die Politik der »Frau Mama« und ihres Thronfolgers in höchst unliebenswürdiger Weise und in der brüsken Art, die ihren vertrauten Briefwechsel kennzeichnet[2]). Die Geschäfte litten natürlich unter diesem Zwiespalt, der sogar schon in den Broschüren erörtert wurde[3]); Maria Theresia selbst klagte dem Grafen Mercy darüber und gab alle Schuld ihren sinkenden Kräften, während Breteuil, mehr als einmal schadenfroh, seinem Minister mitteilt, »daß in der inneren Verwaltung und der obersten Leitung Einigkeit fehle«[4]). Trotz diesen Zwistigkeiten und Mißverständnissen war aber die Zeit der Mitregentschaft Josephs keine verlorene für ihn: sie gab ihm die Möglichkeit, mit allen Zweigen der Staatswirtschaft bekannt zu werden; er bekam Einblick in den Gang der Verwaltung, an der er selbst teilnahm, er erwarb sich alle für seine zukünftige Tätigkeit nötigen Kenntnisse und erweiterte also seinen Horizont. Nur diese lange, vorbereitende Arbeit erklärt es, daß sein Reformwerk, sobald er zur Allein-

---

[1]) Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen XXV, 26: »Je ne doute pas du ménagement que l'Empereur garde encore pour l'Impératrice sa mère; avec cela, cependant, je ne saurais m'imaginer que cette considération sera permanente, quand ce Prince entrera plus qu'il ne le fait encore dans les affaires, où alors je présume que ledit ménagement cessera et qu'ils s'éléveront des discussions et des tracasseries parmi eux.«

[2]) »Briefe der Kaiserin Katharina II. an Grimm«, Sbornik der Russischen Historischen Gesellschaft XXIII, 136. »Jetz geht mit die Leute (sic!) den Krebsgang. Ihre Worte und Werke allem Ansehen nach sind so unterschieden; der eine will das, der andere will das; ein jeder hat sein Schlendrian; aber alles das hilft nichts.«

[3]) »Kaiser Joseph II. Nebst einer Skizze seines Lebens.« Wien und Leipzig. 1790.

[4]) P. A. v. 328, f. 155. Breteuil à Vergennes le 6 octobre 1775. Über Josephs Mitregentschaft siehe ausführlich Arneth: »Geschichte Maria Theresias« v. VII—X; Karajan: »Maria Theresia und Joseph II.« 1867.

herrschaft gelangt war, sogleich einsetzen, so vielseitig sein und nach so fest vorgezeichnetem Plane vor sich gehen konnte. Die mütterlichen Lehren waren vielleicht für ihn bedeutungsvoller als das Leben in Küstrin für den großen Friedrich. Das war auch der Eindruck, den seine Reformen auf die Zeitgenossen hervorriefen [1]), was schließlich nicht zu verwundern ist, da ja, wie wir noch sehen werden, das Programm der Mutter und das des Sohnes sich in den Hauptzügen vollständig deckten.

III.

Einsamkeit Josephs II. und seine Unabhängigkeit von jedem Einfluß. Sein kühles Verhalten gegenüber den Verwandten. Keine »Maitressenwirtschaft«.

Was immer Maria Theresia auch mit Joseph entzweite, sie war doch die einzige in der kaiserlichen Familie, die auf ihn einen Einfluß ausübte. Familientraditionen bedeuteten dem Kaiser nichts; denn ohne Bedenken opferte er sie, sobald er sich einen Vorteil davon versprach, und mochte dieser noch so geringfügig sein [2]). Joseph II. war von Natur aus nichts weniger als sentimental veranlagt, er dachte nur an die Sache, die zu vollbringen war, und sah in den verwandtschaftlichen Banden eher ein Hemmnis als eine Stütze und einen Trost. Wie sehr auch Maria Theresia, die ihre vielen Kinder insgesamt mit gleicher Innigkeit liebte, bemüht war, sich über diese ihrem mütterlichen Herzen so schmerzliche Wahrheit hinwegzutäuschen, sie mußte betrübt zugeben, daß der Kaiser sie auch nicht ein einzigesmal gefragt habe, ob ihr Briefwechsel mit Maria Antoinette fortdauere. Wer einmal das väterliche Haus verließ, den vergaß er und er sehnte sich gar nicht danach,

[1]) Briefe eines reisenden Franzosen, I, 538: »Nun sieht man, was der Kaiser während seiner Mitregentschaft im stillen vorgearbeitet hat. Alle Fremden, die hier sind, staunen, wie ruhig eine der größten und schnellsten Revolutionen bewirkt wird.«

[2]) Siehe Beispiele in dem bekannten Buche Brunners: »Der Humor in der Diplomatie und Regierungskunde des XVIII. Jahrhunderts« II, 5—7. An und für sich ist dieses Werk ein klerikales Pamphlet, aber die Gelehrsamkeit des Verfassers ist erstaunlich und der Text ist nicht entstellt worden.

mehr über ihn zu erfahren, als was in den Zeitungen stand[1]). So verhielt er sich auch seiner Lieblingsschwester gegenüber, die ihm doch als zukünftige Königin Frankreichs besonders wertvoll und schätzenswert sein mußte. Er selbst schrieb ihr ziemlich oft, besonders nach ihrer Thronbesteigung, aber bloß geschäftliche Briefe, die entweder Bitten, Vorwürfe oder offizielle Begrüßungen enthielten. Inniger jedoch war sein Verhältnis zu Leopold, seinem dereinstigen Nachfolger, der ihm im Hinblick auf Alter und Gesinnung nahestand und dessen geistige Veranlagung ihm Achtung einflößte. Er fuhr gern zu ihm in das gesegnete Toscana, um ihm alle seine Kümmernisse und Mißerfolge anzuvertrauen, ebenso wie er ihm alles, was er tat und plante, mitteilte; aber von einem Einflusse Leopolds auf den Bruder kann keine Rede sein. Der Großherzog beklagte sich bitter bei seiner Schwester Marie Christine, daß er eigentlich von des Kaisers Absichten nichts wisse[2]), daß dieser kein Vertrauen zu ihm besitze, daß ihn »Spione aus der Umgebung Seiner Majestät beobachten« und daß er sich daher nicht zu rühren traue, um nicht unangenehme Dinge zu erleben — und was solche bedeuteten, wußte Leopold aus eigener, bitterer Erfahrung[3]). Es gelang ihm zwar in derartigen Fällen, sich irgendwie zu rechtfertigen, aber mit der Zeit wurde er verschlossen und er lehnte es ab, sich direkt oder indirekt in die Wiener Angelegenheiten zu mischen[4]). Im diplomatischen Korps wurde sogar davon gesprochen, Leopold solle zugunsten des Erzherzogs Franz der Nachfolge verlustig erklärt werden[5]).

[1]) Arneth et Geoffroy: »Marie Antoinette. Correspondance secrète entre Marie Thérèse et le comte de Mercy-Argenteau« II, 14.

[2]) Wolf: »Leopold II. und Marie Christine. Ihr Briefwechsel.« Brief Leopolds vom 13. Oktober 1789.

[3]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« I, 141—142; 152—165, u. Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« II, 123—130.

[4]) Brief Leopolds an Marie Christine vom 18. Februar 1790 in Wolfs Monographie.

[5]) D. A. Stutterheim an Pezold den 8. Juli 1782: »Man hat mir neuerdings angezeigt, daß der Kaiser bey dem Erzherzog von Toscana darauf bestehe, daß derselbe der oesterreichischen Succession zum Vorteile seines Erbprinzen entsagen solle.« Daß solche Gerüchte albernes Geschwätz waren, beweist der Briefwechsel Josephs mit Leopold; aber daß sie entstehen konnten, ist kennzeichnend genug.

Wenn Joseph mit dem liebsten Bruder, den er hoch schätzte und der nach ihm den Thron besteigen sollte, derart verfuhr, dann durften die übrigen Familienmitglieder schon gar nicht erwarten, rücksichtsvoll behandelt zu werden. Der Kaiser war sehr geneigt, sie »als nutzlosen Ballast« anzusehen, als teure Luxusgegenstände, die viel brauchten und nichts leisteten. Gleich nach dem Tode seiner Mutter traf er Anstalten, sie aus Wien zu entfernen. Von den zwei älteren Schwestern schickte er die eine nach Klagenfurt, die andere nach Innsbruck. Marie Christine und ihren Gemahl, Herzog Albert, ernannte er zu Statthaltern in den Niederlanden; Ferdinand blieb in Mailand als Generalgouverneur; Maximilian, der Jüngste, ging aus freien Stücken, indem er sich nach Mergentheim, später nach Köln begab; es war ihm klar, daß er es in Wien nicht aushalten könnte. Joseph II. hielt sie insgesamt für unnötige Geschöpfe, an denen er nach Möglichkeit sein Sparsystem übte.

Dem diplomatischen Korps bereitete es kein geringes Vergnügen, daß dieses Auseinanderstieben der kaiserlichen Familie nicht ohne Skandal vor sich ging. »Die Erzherzoginnen Marianne und Elisabeth erklären bei jeder Gelegenheit laut, daß sie den Tag ihrer Abreise kaum erwarten können[1]); sie verkauften ihr Porzellan, ihre chinesischen Nippgegenstände und ihre Raritäten; man sollte glauben, daß die ganze erlauchte Familie sich vorbereite, Hungers zu sterben, so eifrig trachtet sie, alles zu Geld zu machen«[2]). Maximilian sollte gezwungen werden, nach Maria Theresia gerade das Erbe anzutreten, das die größten Verpflichtungen auferlegte und am wenigsten eintrug; außerdem wollte man ihm noch alle Ausgaben abziehen, die seine Wahl zum Koadjutor des kölnischen Kurfürsten der österreichischen Staatskasse verursachte[3]). Das Verhältnis zwischen den beiden Brüdern zeichnete sich auch späterhin nicht durch besondere Herzlichkeit aus; doch Maximilian vergaß nie seiner Pflichten als Mitglied des habsburgischen Hauses und er »unterordnete seine Politik der des

[1]) D. A. Pezold an Stutterheim den 3. März 1781.

[2]) B. A. Riedesel au Roi, le 7 mars 1781.

[3]) P. A. v. 342 f. 70. Breteuil à Vergennes le 11 février 1781.

Kaisers, den er aber mehr verehrte und fürchtete als liebte«[1]). Selbst die Zeitungen sprachen von einer gewissen Spannung zwischen den beiden Höfen. Als der Kurfürst einmal in Wien zu Besuch war, zeigte sich Joseph auf einmal freundlich gegen den Bruder, »den er sonst immer mit einer an Verachtung grenzenden Gleichgültigkeit zu behandeln pflegte«; die Öffentlichkeit merkte aber bald, wie unaufrichtig dieses Verhalten war, der Kaiser brauchte einfach Maximilians Stimme zur bevorstehenden Wahl des »römischen Königs«[2]). Mit Ferdinand kam es niemals zu einem Einvernehmen, denn dieser fürchtete, der Kaiser wolle das Herzogtum Modena, das als persönliches Eigentum der erzherzoglichen Kinder galt, der Monarchie einverleiben. Noch mehr aber kränkte es den Erzherzog, daß ihm bei den Reformen in der Lombardei eine so klägliche, passive Rolle zugeteilt war; dies konnte er niemals vergessen. Die Reformen im Lombardischen wurden ohne Ferdinands Teilnahme, ja gegen seinen Wunsch vollzogen[3]). Alle seine Proteste blieben erfolglos[4]), ja es ging so weit, daß die Diplomaten — und zwar nicht ganz ohne Berechtigung

---

[1]) D. A. Clemens à Stutterheim le 5 juin 1784.

[2]) B. A. Jacobi au Roi le 8 octobre 1785.

[3]) D. A. Clemens an Stutterheim, den 13. November 1782: »Wie man sagt, haben S. M. dadurch, daß sie das Ansehen des Erzherzogs Ferdinand bloß auf die Repräsentation eingeschränkt und alle wirkliche Gewalt in die Hände des Grafen Wilczek übertragen, Dero Herrn Bruder ein Mißvergnügen verursacht, welches auf die öffentlichen Geschäfte im Mailändischen Einfluß haben soll. Außer daß des Kaisers Maj. die Entschließung Dero Frau Mutter, wichtige Gouvernements Prinzen von Dero Hause anzuvertrauen, nie gebilligt haben sollen, so sind sie mit Ihrem Herrn Bruder auch noch deshalb unzufrieden, daß S. K. Hoheit sich gegen Dero Maßregeln in geistlichen Sachen erklärt haben.« Dasselbe sagt auch Podewils (B. A. le 4 novembre 1788): »LL. AA. JJ. de Milan sont fort mécontentes de leur séjour à Vienne. En effet, l'Empereur ne s'en occupe guère et paraît les traiter avec indifférence. Outre cela tout le monde s'aperçoit de la froideur qui régne entre les deux frères depuis les arrangements faits dans le gouvernement de Milan, auxquels l'Archiduc s'est permis de s'opposer.«

[4]) Schlitter: »Briefe und Denkschriften zur Vorgeschichte der belgischen Revolution.« Wien 1900. Siehe den Brief des bevollmächtigten belgischen Ministers Belgiojoso an den Kanzler Crummpipen vom 20. Jänner 1787.

— ihren Ministern meldeten, der Erzherzog sei zur Opposition übergetreten, die sich in den letzten Regierungsjahren Josephs im Lombardischen gebildet hatte [1]). Es waren auch Gerüchte im Umlauf, Ferdinand wolle seinen Posten verlassen [2]), aber wie Clemens boshaft bemerkt, »das Einkommen war ein zu gutes«. Mit Marie Christine, »Mimi« genannt, der Lieblingstochter Maria Theresias, stand Joseph niemals auf gutem Fuße, außer wenn sie ihm behilflich sein sollte, etwas bei der Mutter zu erreichen [3]). Einstimmig bezeugen die Zeitgenossen Josephs, daß er weder seine Schwestern noch deren Männer geliebt habe [4]). Um einen Skandal zu vermeiden, machte er seine Schwäger zu Generalgouverneuren; die Instruktion vom 6. März 1781 jedoch drückt sie zu einfachen Figuranten herab. Als Joseph II. nach Belgien kam, berief er die Minister, um mit ihnen die Einführung der geplanten Reformen zu besprechen; die Statthalter jedoch erhielten keine Einladung, den Konferenzen beizuwohnen [5]). Das »teure Brüderchen« — so nannte Joseph, mit Anspielung auf die große Mitgift Marie Christinens und des kleinen Vermögens ihres Gatten, spöttisch seinen Schwager — kostete den Staat genug. Deshalb wurde den Statthaltern der Gehalt geschmälert und ihnen untersagt, von den belgischen Ständen das gewohnte Don gratuit anzunehmen. Man wollte sogar, nach dem Tode Karls von Lothringen, die Möbel des Schlosses unter den Hammer bringen [6]). Aus diesen

[1]) B. A. Podewils au Roi le 5 février 1790: »On prétend que l'Archiduc Ferdinand fomente lui-même cette fermentation étant par intérêt contraire à des innovations introduites au détriment de l'autorité des gouverneurs.«

[2]) H. A. Depesche Jahns vom 26. Januar 1784: »On dit que l'archiduc veut quitter le gouvernement de Milan.«

[3]) P. A. v. 334 f. 342. Breteuil à Vergennes le 10 mars 1778: »On voit aussi dans les attentions de l'Empereur plus marquées que de coutume pour l'Archiduchesse Marie Christine le besoin qu'il croit avoir du crédit permanent de cette Princesse sur l'Impératrice.«

[4]) B. A. Jacobi au Roi le 26 novembre 1785: »L'Empereur n'aime ni sa soeur, ni son beau-frère« u. P. A. v. 341 f. 148 Barthélemy à Vergennes le 19 avril 1780: »L'Empereur n'aime ni le duc de Saxe ni l'archiduchesse son épouse.« Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« II, 116.

[5]) »Mémoires de ma vie« III, 15.

[6]) B. A. Riedesel au Roi le 21 mars 1781.

Gründen fürchtete, ja haßte Marie Christine den »Gebieter«, wie sie ihren Bruder bezeichnete. Als sie im Sommer des Jahres 1787 — der Unruhen in den Niederlanden halber — nach Wien berufen wurde, kam sie »halb tot vor Angst« in der Residenzstadt an [1]). In ihren offenherzigen Briefen an Leopold beklagte sie sich bitter über die Schikanen, Bedrängnisse und Ungerechtigkeiten, die sie zu erdulden habe [2]). Es wäre am einfachsten gewesen, auf die neue Stelle zu verzichten, und das erzherzogliche Paar dachte auch daran, aber, bemerkt Albert, »die Vorteile sind doch groß« [3]). Die Gewinnsucht überwog die Vernunft; in der Folge, als er in der Verbannung lebte, bedauerte der Herzog mehr als einmal seinen törichten Entschluß; er schob aber alle Schuld auf Joseph, dessen Tyrannei die Niederlande zu offener Empörung getrieben habe. So stand der Kaiser allein, inmitten seiner zahlreichen Verwandtschaft; er liebte niemand und ward von niemand geliebt; ihm kam es nur auf die Sache an, auf das Wohl des Reiches, das nur er zu verstehen meinte.

Noch weniger Einfluß als seine Verwandten hatten Leute auf ihn, die ihm fern standen. Nie vermengte er seine persönlichen Beziehungen mit den geschäftlichen, nie die Freundschaft oder die Liebe mit seinem Beruf. Von Frauen hielt er sich fern; sie waren, seiner Ansicht nach, nur für den häuslichen Herd geschaffen; er warf Marie Antoinetten strenge ihr Betragen am französischen Hofe vor, denn es stimmte nicht mit seinen Begriffen von der Rolle überein, die eine Frau im Staate zu spielen hatte, und wäre diese Frau auch eine Königin [4]). Zweimal verheiratet und zweimal in jungen Jahren

---

[1]) Ib. Podewils au Roi le 28 juillet 1787.

[2]) Wolf op. cit. Marie Christine à Leopold le 12 février 1781. »Enfin de tous côtés on nous ôte et extorque ce que même on nous avait promis.«

[3]) »Mémoires de ma vie« III, 13: »La position matérielle des Gouverneurs-Généraux était brillante.«

[4]) Arneth et Geoffroy, op. cit. II, 364, 365: »De quoi Vous mêlez-Vous, ma chère soeur? De déplacer des ministres, d'en faire envoyer un autre dans ses terres, de faire gagner un procès à l'un, de créer un nouvelle charge dispendieuse à Votre cour, enfin de parler d'affaires? Vous

zum Witwer geworden, wollte Joseph, aller Mahnungen seiner Mutter ungeachtet, keine neue Ehe mehr eingehen. Er war freilich nicht imstande, sein feuriges Temperament zu zügeln; doch wußte er es in dieser heiklen Sache so einzurichten, daß er »die Maitressenwirtschaft« vermied, die ihm als der Gipfelpunkt aller Abscheulichkeiten galt. Seine flüchtigen Liebesverhältnisse übten nicht den geringsten Einfluß auf den Gang der Reichsangelegenheiten aus [1]). Selbst in dem bekannten Kreise der »fünf Fürstinnen«, wo er fast alle seine Abende zubrachte, wurde nie über Politik gesprochen; der Kaiser ruhte dort von der mühsamen Tagesarbeit aus und dankte diesen ihm sympathischen Damen vor seinem Tode in einem rührenden Abschiedsbriefe für ihre Güte, Herzlichkeit und Freundschaft [2]). Er duldete in seiner Umgebung keine Günstlinge und näherte sich — befreundete sich, kann man nicht sagen, denn er besaß keinen Freund — nur solchen Menschen, von denen er glaubte, sie könnten dem Staate nützlich sein. Tatsächlich stand Joseph nicht weniger allein in der Welt als Friedrich der Große; die abstrakte Staatsidee erstickte in beiden alle rein persönlichen Bestrebungen und Gefühle und nur diese Idee hatte Gewalt über sie.

êtes-vous demandée une seule fois par quel droit Vous Vous mêlez des affaires du gouvernement et de la monarchie française? Quelles études avez-vous faites? Quelles connaissances avez-Vous acquises pour imaginer que Votre avis ou opinion doit être bonne à quelque chose, surtout dans des affaires, qui exigent des connaissances aussi étendues? Lisez, occupez-Vous, ornez Votre esprit, donnez-Vous des talents et rendez-Vous propre à trouver des ressources en Vous-même dans un âge plus avancé. Voilà le rôle au bout du compte que chaque femme doit faire dans son ménage.«

[1]) Georgel, Mémoires, I, 321: »On ne lui connaissait ni favoris, ni maîtresses affichées; son coeur ne connaissait pas les attraits de l'amour et de la galanterie, il ne cherchait uniquement que le plaisir des sens.« Cf. P. A. Bericht Durands (v. 326) »Journellement il passait une demi-heure chez la fille de son jardinier, montrant au reste par la brèveté de l'entrevue que l'engagement n'allait pas au delà du besoin.« Derartige Zitate könnte man unzählige anführen.

[2]) Dieser Brief ist im Urtext und in der Übersetzung schon vielfach abgedruckt worden, selbst in den populären Geschichtswerken über Joseph II., zum Beispiel bei Ramshorn: »Kaiser Joseph II. und seine Zeit«, 506.

IV.

Kleinliche Züge Josephs II. Unermüdlicher Fleiß. Abneigung gegen die Etikette; Einfachheit im Verkehr. Mitleid mit den Unglücklichen, Härte und Unbeugsamkeit, Verschlossenheit und Argwohn, Kränklichkeit des Kaisers und ihr Einfluß auf seinen Charakter. Tragisches Ende Josephs II.

Auf dem Gebiete der Staatsverwaltung kannte Josephs Eifer keine Grenzen. Es gibt vielleicht keinen zweiten Herrscher, der sich eine solche Menge, auch unbedeutender, Geschäfte aufgeladen hätte wie Joseph II. Die Anekdotensammlung, die seinen Tatendrang so sehr rühmt, ist in dieser Beziehung eine wertvolle Geschichtsquelle. Wenn man Josephs Verordnungen und Verfügungen liest, staunt man, daß er sich für das neu angekommene Zebra in Schönbrunn interessieren konnte, während eben sein Heer von den Türken geschlagen wurde. Der Pamphletist Grossing weist in einer seiner dem Monarchen gewidmeten Broschüren mit der ihm eigenen Kühnheit auf diesen Zug in Josephs Charakter hin[1]).

Des Kaisers ungeheurer Fleiß erforderte übermenschliche Anstrengungen, unermüdliche Plage. Joseph arbeitete ohne Unterlaß vom frühen Morgen bis zum späten Abend, oft sogar des Nachts, an die achtzehn Stunden im Tage; er gönnte sich höchstens so viel Zeit, um nach den Pferden in der Reitschule — er war ein großer Pferdeliebhaber — zu sehen, ein wenig das Theater zu besuchen oder ein Stündchen bei den »fünf Fürstinnen« plaudernd und musizierend zu verbringen. Daß Joseph diese kurzen Stunden der Erholung widmete, genügte Riedesel schon, um den Kaiser untätiger, leichtsinniger Lebensweise zu zeihen.

»S. M. schlendert halbe Tage lang in der Stadt herum«; meldet er Friedrich II., »ladet Gäste zu Tisch, musiziert und es heißt, er lasse die Arbeiten oft Wochen hindurch auf seinem

[1]) W. A. Polizey Acten v. X. Brief Grossings vom 1. November 1788: »Kein Heuchler, sondern E. M. es sich selbst eingestehen müssen, daß Sie der erste Monarch in der Weltgeschichte sind, der ebenso der größte im Kleinsten, wie der thätigste im Größten, Alles allein thun will und wenn etwas allgemein Gutes wirklich zu Stande gebracht werden soll, immer auch nur selbst und allein thun muß.«

Tische liegen« [1]). Andere Zeitgenossen hingegen konnten über den Fleiß des Monarchen nicht genug staunen. Clemens sprach von »seiner unermüdlichen Tätigkeit« [2]), der unparteiische Noailles berichtete, »des Kaisers Arbeitsfreude sei stets die gleiche, ob er gesund oder krank sei« [3]) und die Journalisten priesen himmelhoch, »wie unermüdlich sein Fleiß sei, wie wenig Ruhe sich der Herrscher gönne« [4]). Die ganze Naturanlage Josephs war der der Österreicher entgegengesetzt, die mehr zur Faulheit, zu behaglichem Lebensgenusse neigen, denen die Arbeit nur als Notwendigkeit, nicht als »frohes Machtgefühl«, als inneres Bedürfnis gilt. In Josephs Adern floß ein anderes Blut — nicht das träge, kalte Blut der Habsburger, sondern das rasche, feurige seiner lothringischen Vorfahren. Jeder Zwang, alles Konventionelle, Äußerliche war ihm in der Seele zuwider; denn das stimmte weder mit seinem Temperament, noch mit der Überzeugung überein, die er hegte, daß jede Minute zur Arbeit ausgenützt werden müsse. Deshalb verwarf er auch gänzlich die strenge Etikette am Wiener Hofe, die der spanischen unter weiland Karl VI. glich. Schon unter der geschäftigen lebensvollen Maria Theresia vereinfachte sich das Hofzeremoniell ungemein; unter ihrem Sohne »befestigte sich endgültig der schädliche Geist der Neuerungen, so daß in kurzer Zeit keine Spur von Ordnung mehr übrig sein wird« [5]), wie der alte Fürst Khevenhüller klagt, der in der Beobachtung des Zeremoniells das Alpha und Omega der Staatsweisheit sah. Betrübt berichtet der ehrwürdige Hofmann über die Abschaffung feierlicher Empfänge, festlicher Diners und Bälle und er gedachte mit innigem Bedauern der weiten spanischen Mantelkleider, die der Person des Herrschers ein so erhabenes Ansehen verliehen hatten. Riedesel rechnet aus, Joseph erspare durch die Vereinfachung

---

[1]) B. A. Riedesel au Roi le 12 mai 1781: Ib. le 4 janvier 1781: »La journée de l'Empereur se passe sans que la lecture et l'étude y aient place« und passim in der ganzen Korrespondenz zwischen 1780 u. 1781.

[2]) D. A. Clemens an Stutterheim am 15. Juni 1782.

[3]) P. A. v. 347, 283.

[4]) Journal de Herve le 23 juillet 1785.

[5]) Wolf: »Aus dem Hofleben Maria Theresias«, 1859, s. 132.

des Hoflebens wenigstens eine Million Gulden jährlich [1]). Die Kavaliere erschienen bei Hofe nur mehr in einfacher Uniform, den Damen wurde es verboten, »Appartements-Kleider« zu tragen; der Monarch war im Verkehr mit allen seinen Untertanen äußerst natürlich und schlicht und der Erlaß vom 4. Jänner 1787 bestimmte, daß den allerhöchsten Herrschaften weder die Hand geküßt, noch vor ihnen das Knie mehr gebeugt werden solle, »denn eine solche Ehrenbezeugung sei mit der menschlichen Würde unvereinbar und gebühre nur Gott allein«. Der Kaiser benahm sich ganz gleich gegen hoch und nieder, gegen die blaublütigen Magnaten und gegen die nicht hochgeborenen amerikanischen Offiziere; man begreift die Bemerkung des sächsischen Gesandten Clemens': »S. M. wünscht offenbar — so lautet sie —, jeden Standesunterschied im öffentlichen Leben zu verwischen« [2]). Gar häufig suchte der Kaiser Leute auf, die nach Hofbegriffen dieser Ehre nicht würdig waren »und die großen Herren murrten darüber«, so meldete der stolze Franzose Breteuil, der es mit den großen Herren hielt [3]). Man konnte den Kaiser jeden Augenblick in einfacher Uniform, ohne Gefolge, ohne Adjutanten in den Straßen und Gärten der Stadt lustwandeln sehen; er mischte sich gern in die bunte Menge und sprach freundlich mit den einen oder den anderen. Da er selbst nicht vergnügungssüchtig war, wollte er, daß auch seine Untertanen so sparsam leben sollten wie er. Er erlaubte im Fasching — in einer Zeit, da die Wiener nur an Belustigungen dachten —, bloß zweimal im Monat Bälle zu veranstalten [4]). Das Leben in der leichtsinnigen und bisher so lebensfrohen Stadt wurde einförmig; die höheren Klassen fürchteten, den Monarchen zu erzürnen, wenn sie seinem Beispiele nicht folgten: »Alle scheuen sich zu zeigen, daß ihnen Zeit genug erübrige, Bälle und Maskeraden zu besuchen«, so bemerkte Riedesel boshaft [5]).

---

[1]) B. A. Riedesel au Roi le 17 février 1781.

[2]) D. A. Clemens an Stutterheim, den 18. Oktober 1782.

[3]) P. A. v. 342 f. 74. Breteuil à Vergennes le 11 février 1781.

[4]) Courrier du Bas-Rhin du 25 mars 1786.

[5]) B. A. Riedesel au Roi le 10 février 1781.

Ihre Angst war nicht unberechtigt. Joseph nahm sich kein Blatt vor den Mund, wenn er ungnädig gelaunt war. Er hatte bei alledem ein gutes Herz[1]); Leid und Unglück seiner Untertanen, für die er bereit war, sein Herzblut zu vergießen, riefen sein innigstes Mitgefühl hervor. Im Jahre 1785 trat die Donau aus den Ufern und überschwemmte die Vorstädte von Wien; Tausende von Menschen verloren dadurch Hab und Gut. Joseph II. erschien wie immer in ähnlichen Fällen als erster auf der Unglücksstätte und weinte, als er die Folgen der Überschwemmung sah; das Volk drängte sich an ihn heran und überschüttete ihn mit Vorwürfen. Es schrie, das sei die Strafe Gottes für das Unrecht, das er der Kirche angetan habe. Der Kaiser schwieg und zuckte bloß die Achseln[2]). Riedesel war Augenzeuge dieser Szene, kommentierte sie aber nicht; Friedrich II. jedoch ließ es sich nicht nehmen, von Potsdam aus ein Urteil darüber abzugeben. »Das Ereignis ist sehr betrübend«, bemerkte er, »aber aufrichtig gestanden, die Tränen des Kaisers haben mich in Erstaunen versetzt. Dieser Monarch hat sich wohl noch nie durch allzu große Rührseligkeit hervorgetan.«

Friedrich hatte recht; Joseph war nicht sehr weicher Gemütsart; die ganze Anlage seines zweifellos blendenden Geistes verleitete ihn stets zu scharfen beißenden Bemerkungen; er hielt es nicht für nötig, des Nächsten Eigenliebe zu schonen. Eine verdiente (sic!) Beleidigung galt ihm nur als der richtige Lohn irgend eines Vergehens und unverdiente Beleidigungen ernst zu nehmen, stünde nicht dafür, es sei denn, daß sie materiellen Schaden brächten. Er verletzte oft Menschen ohne jeden Anlaß zu seinem Vergnügen, um ein hübsches Wort, eine gelungene Bemerkung anzubringen: nicht ohne Grund warf ihm Maria Theresia vor, »er kokettiere mit seinem Geiste«, und sie warnte ihn vor den traurigen Folgen; die Kaiserin zeichnete sich durch Takt und Milde aus und wußte daher,

---

[1]) Politische Korrespondenz XXVI, 239: »Ce prince s'est montré avoir de l'élévation dans l'âme et que son coeur est susceptible d'attachement.«

[2]) B. A. Riedesel au Roi le 3 août 1785.

daß die Menschen für äußere Gunstbezeugungen sehr empfänglich seien[1]).

Aber Maria Theresias Lehren fanden bei ihrem ältesten Sohne keinen Boden; Joseph war und blieb schroff und hart, anspruchsvoll und unerbittlich strenge. Selbst Durand, der zu seinen Anhängern zählte, fand, »er habe ein wenig empfindsames Herz«[2]), »es leite ihn mehr der Verstand als das Gemüt«[3]). Unparteiische Beobachter, wie zum Beispiel der englische Botschafter, Sir Robert Keith, meinten, daß der Kaiser eine große Dosis Härte und Unbeugsamkeit besitze und daß er auf die Vorurteile und Schwächen der Menschen zu wenig Rücksicht nehme[4]). Ihm feindlich gesinnte Zeitgenossen aber erzählen ohne Unterlaß Dinge über Joseph II., die diesen Zug seines Charakters kennzeichnen. Barthélemy nannte ihn »einen eigensinnigen, hochmütigen Herrscher, der zur Lüge und zum Spott neige und gefühllosen Herzens sei«[5]). Alle fürchteten seinen Zorn, seine schroffen Ausfälle, seine galligen Scheltworte: »Es ist augenfällig, daß S. M. den Leuten einen panischen Schrecken einflößt, derart daß, wenn die Vorsehung ihn einst abberufen wird, niemand um ihn trauern dürfte«[6]). Joseph selbst gestand dem Herzog Albert, daß man »die Kaiserin nicht deshalb beweine, weil man sie so sehr geliebt, sondern weil man voll Furcht vor ihm, ihrem Erben, erfüllt sei«[7]). Ermüdet von dem passiven, dumpfen, aber stetigen Widerstand gegen alles, was er unternahm, und gegen sein bestes Wollen, wurde der Kaiser argwöhnisch, zurückhaltend und reizbar. Er fühlte selbst, daß sein Charakter darunter leide, doch suchte er sein Betragen mit dem Hinweis auf die traurigen Verhält-

---

[1]) Arneth: Briefe der Kaiserin Maria Theresia an ihre Kinder und Freunde I, 69. »On ne peut jamais avoir assez de politesse . . . Quel tort avec un mot, une mine, un Prince ne peut-il causer? Quel compte à rendre! Ainsi toujours bride en main.«

[2]) P. A. v. 326, f. 4.

[3]) Ib. f. 6.

[4]) Raumer: Beiträge zur neueren Geschichte. Aus dem britischen und französischen Reichsarchiv 1839, II, 425.

[5]) P. A. v. 343, f. 167. Barthélemy à Vergennes le 3 octobre 1781.

[6]) B. A. Podewils au Roi le 27 mai 1789.

[7]) »Mémoires de ma vie« II. 10.

nisse zu rechtfertigen. »Ich bin so sehr entwöhnt, von den Menschen Gutes zu erwarten«, sagte er Herrn von Hagen, den sein Mißtrauen verletzte, »daß ich nicht einmal meinem eigenen Bruder traue« [1]. Der Argwohn führte von selbst zur Verschlossenheit; selten sprach der Kaiser mit irgend jemand über seine Pläne [2] und verbot auch seiner nächsten Umgebung, etwas darüber verlauten zu lassen [3]. Ja noch mehr, es machte ihm Vergnügen, die Öffentlichkeit irrezuführen, und er streute absichtlich falsche Gerüchte aus, wie zum Beispiel die Nachricht, daß er die württembergische Prinzessin Elisabeth heiraten wolle — alles nur, um die Neugierigen über sein eigentliches Vorhaben zu täuschen.

Mit der Zeit traten diese Charakterzüge immer schärfer und schärfer hervor; was um ihn vorging, war nicht erfreulich und wirkte auf seine Stimmung ebenso nachteilig ein wie seine durch übermäßige Anstrengung zerrüttete Gesundheit. Joseph begann nun beständig zu kränkeln. Nach den allgemeinen Aussagen und nach vielen Porträts zu schließen, war er in der Jugend auffallend schön, prächtig gewachsen; er hatte eiserne Muskeln und bewies auf seinen Reisen, wie viel Strapazen und Entbehrungen er zu ertragen mochte; er fühlte sich noch ganz bei Kräften, wenn seine Begleiter schon völlig erschöpft waren. Aber schon von seinem vierzigsten Lebensjahre an traten bei ihm häufige Krankheitserscheinungen auf. Die preußischen Diplomaten, die voll Tücke auf jedes seiner Worte, auf jeden Zug seines Gesichtes lauerten, berichteten nach Potsdam häufig über ein Unwohlsein des

---

[1]) Mensel op. cit.

[2]) D. A. Clemens an Stutterheim, den 30. Juni 1781: »Der Kaiser ist überhaupt gewohnt, über das, was er vorhat und bey sich beschlossen, nicht eher, als bis es auf den Punkt der Vollziehung steht, etwas zu äußern.« Ib. Pezold an Stutterheim, den 25. März 1780: »Der Kaiser ist gewohnt, das, was er vorhaben ist, bis auf die letzte Stunde verborgen zu halten.«

[3]) D. A. Pezold an Stutterheim, den 27. Mai 1780: »Der Kaiser hat Allen, welche von seiner Seite sind, auf das schärfste untersagt, in ihren Briefen anhero von dem, was seine Reise angehe, das mindeste anzuführen, daher darf auch in den gedruckten Zeitungen keine Erwähnung davon geschehen.«

Kaisers. Im Jahre 1782 litt er an einer derart heftigen Augenentzündung, daß er es fast hätte aufgeben müssen, dem Papste entgegenzufahren; im Juli desselben Jahres wurde er häufig von Schwindel befallen; im November zeigten sich Geschwüre auf dem Kopfe; er wurde ganz kahl und mußte fortan eine Perücke tragen. Solche Zustände wiederholten sich in geringerem oder stärkerem Grade jedes Jahr. Joseph bereitete selbst Katharina II. anläßlich ihrer zweiten Zusammenkunft mit ihm vor, sie werde ihn nicht wieder erkennen, so sehr sei er verändert und »furchtbar gealtert«. Der Feldzug des Jahres 1788 in einer heißen, sumpfigen Gegend warf ihn gänzlich nieder. Während des ganzen Jahres 1789 führte der Kaiser ein jammervolles Dasein. Er verließ kaum das Bett, Malaria und Tuberkulose verursachten ihm unsägliche Qualen und er flehte zum Himmel um baldige Erlösung. Die übermenschliche Anstrengung hatte seinen kräftigen Organismus doch untergraben; wie sehr ihn auch seine Getreuen gewarnt hatten, er hatte auf niemandes Rat gehört. Schon im Jahre 1782 teilte Kaunitz — den die Weisheit seines Alters längst von der Unmöglichkeit, allen Dingen gerecht zu werden, überzeugt hatte — dem Grafen Mercy seine Befürchtungen über des Kaisers Gesundheit mit [1]. Das mütterliche Herz Maria Theresias bangte ebenfalls um den Sohn: »Der Kaiser überanstrengt sich und er wird das bereuen; in ein paar Jahren wird er zusammenbrechen. Anstrengung ist ja ganz recht, aber in der Art, wie er es treibt, heißt das, sich zugrunde richten« [2]. Die Leute jedoch, die den Klatsch liebten, und die preußischen Gesandten, die gierig nach allem häßlichen Geschwätz haschten, wußten der Kränklichkeit Josephs eine andere Deutung zu geben: Riedesel schreibt: »In der Gesellschaft flüstere man einander ins Ohr, daß das Blut S. M. von einer übel verheilten Geschlechtskrankheit verdorben sei« [3]. Es ist gewiß schwer zu sagen, inwieweit diese Gerüchte auf Wahrheit beruhen, doch steht

---

[1]) Siehe Arneth et Flammermont: Correspondance secrète du Comte de Mercy, I, 136.

[2]) Arneth: Briefe der Kaiserin Maria Theresia an ihre Kinder und Freunde, III, 160.

[3]) B. A. Riedesel au Roi, le 13 juillet 1785.

außer Zweifel, daß der Charakter des Monarchen, der so häufig und lange litt, immer schroffer wurde. »Tag für Tag wird er härter und unbeugsamer«, klagten die Beamten der ungarischen Hofkanzlei Riedesel[1]) gegenüber und diese Unbeugsamkeit wirkte auch auf den Gang der Staatsgeschäfte zurück. »Andere wiederum, die über den körperlichen und seelischen Zustand des Kaisers gut unterrichtet sind«, so schreibt der kluge Sachse Clemens, »sehen in seiner Erkrankung einen wichtigen Faktor für die Regierungsangelegenheiten. Diese Leute meinen, daß, wenn seine Gesundheit sich verschlimmere, seine Ungeduld noch heftiger, seine Strenge zur Grausamkeit ausarten und dies auf seine Anordnungen Einfluß nehmen werde«[2]).

So traurig beschloß der österreichische Herrscher, den das Schicksal dazu auserkoren hatte, große Umgestaltungen in seinem Reiche zu vollbringen, sein mühevolles Leben. Alles, was Wert für ihn besessen, mußte er verlieren. Er war lebhaft — und konnte sich nicht rühren; — er verschmachtete ohne Arbeit — und konnte kaum mehr die Feder führen, um Akten zu unterschreiben; er war Despot und an Unterwürfigkeit gewohnt und sah nun Aufruhr und Ungehorsam; er liebte den Ruhm — aber aus Ruhmbegierde hatte er seine Armee geopfert; er wünschte sehnsüchtig, das allgemeine Wohl zu fördern — und fühlte, wie sehr ihn alle haßten. Sein Lager umstanden bloß knechtisch unterwürfige und düster dreinblickende Menschen; vergebens rief er nach dem Lieblingsbruder, nach der stets so zärtlichen Nichte. Der eine antwortete gar nicht, aus Furcht vor der allgemeinen Verwirrung, die andere starb im Wochenbett, ihrem Oheim noch überdies schwere Gewissensbisse hinterlassend; denn das schreckliche, verfallene Aussehen des Kaisers hatte den Tod der jungen Fürstin herbeigeführt. Joseph II. verlebte seine letzten Tage in qualvoller Weise und seine Briefe sind erfüllt von den erschütternden Klagen eines Menschen, den das Geschick unerbittlich verfolgt und der alle Hoffnung auf Erlösung ver-

---

[1]) B. A. Riedesel au Roi, le 17 décembre 1783.

[2]) D. A. Clemens an Stutterheim, den 5. Dezember 1781.

loren hatte[1]). Er war befähigt, energisch, von guten Absichten erfüllt und frei von Einflüssen jeder Art. Er durfte sich einer tüchtigen, praktischen Schulung erfreuen, was alles, da er noch jung war, zu glänzenden Hoffnungen berechtigt hatte. Man prophezeite damals, er werde der bedeutendste Herrscher seiner Zeit werden, »wenn wirklich die Blüte auf die Frucht schließen lasse«. Und was war das Ende? Noailles, der den unglücklichen Kaiser innig bedauert, sagt von ihm, er sei nun ein Mensch, »dessen Körper ganz verfallen sei, dessen Seele aber noch schrecklicher leide«. Der Verfasser aber hat es sich zur Aufgabe gemacht, in den nachstehenden Kapiteln die Ursachen klarzulegen, die ein solches Ende herbeigeführt hatten, und in großen Zügen ein Bild der politischen Tätigkeit Josephs II. zu entwerfen.

---

[1]) Arneth: Joseph II. und Leopold von Toscana, II, 303: »Les nuits je ne peux dormir, et enfoncé dans les tristes réflexions de tous mes malheurs personnels et ceux de l'Etat, avec ma santé qui m'empêche tout soulagement, qui me rend le travail encore plus pénible, je suis, je crois, actuellement le plus malheureux mortel qui existe.«

ZWEITES KAPITEL.

Äußere Politik.

I.

Internationale Politik im XVIII. Jahrhundert. Politische Grundsätze Maria Theresias und deren Anwendung. Josephs II. Einfluß auf seine Mutter. Ansichten der Ausländer über den Kaiser.

Das Ziel aller Mühen und Bestrebungen der Staatslenker des XVIII. Jahrhunderts war, ihr Reich unabhängig und frei von Rivalität und von Bedrängnissen zu gestalten. Es sollten auch alle ethischen Widersprüche und Bedenken aus dem Wege geräumt, jede Gefahr beseitigt, jede Zerstücklung des territorialen Besitzstandes verhütet werden. Je »aufgeklärter« die Herrscher, desto energischer ihr Streben nach diesem Ziel. In der äußeren Politik führte solches Bestreben zur »Abrundung« des Gebietes auf Rechnung der schwachen oder sorglosen Nachbarn und das beste Mittel hiefür boten Krieg und Eroberung. Sobald nur der staatliche Nutzen Gesetz wird, ist auch die Vergrößerung des Staates das Ziel aller Politik. Die Machtidee ist eng mit der Idee der Erweiterung des Staates verknüpft. Diese Gedanken sind so alt wie die menschliche Gesellschaft. In dem Augenblick, da die Menschen sich zu einer Gemeinde zusammenschlossen, entstand zwischen ihnen Kampf, um zu erobern und sich zu schützen. Des Herrschers Stolz war die Eroberung. Montesquieu sagt: »Der Geist der Monarchie ist der Krieg und Gebietserweiterung ist ihr Ziel« [1]). Von einem ideellen Vorwand, wie ihn die

[1]) Sorel: »Europa und die französische Revolution«, Bd. I, Seite 16. Das Zitat ist der russischen Übersetzung Karejews entnommen.

Vorkämpfer des Katholizismus oder des Protestantismus im XVI. und XVII. Jahrhundert gebrauchten, konnte da nicht die Rede sein. Den Staatsmännern jener Zeit war es ganz gleichgültig, gegen wen oder warum sie Krieg führten, mit wem oder gegen wen sie ein Bündnis schlossen; erforderte das Staatswohl Krieg, so führten sie Krieg — erheischte es Frieden, so schlossen sie Frieden — das war nur einer der vielen Wege, auf denen man das allgemeine Beste zu erlangen hoffte. Die ethische Seite der Frage war ebenfalls von keiner Bedeutung. Es handelte sich nicht darum, ob der Krieg edel oder unedel, nur darum, ob er vorteilhaft oder nutzlos für den Staat sei. Der politische Theoretiker Friedrich II. hielt es für unmöglich, in den internationalen Beziehungen ehrlich zu bleiben. »Das Beispiel meines Vaters beweist«, so schreibt er, »daß Einhalten der Verträge und zu große Gewissenhaftigkeit zu nichts führen. Staatsmänner stehen über den Gesetzen, deren Befolgung bloß den Alltagsmenschen zukommt«[1]. Sein letztes Wort war: »Von der Politik sprechen heißt, die menschliche Niedrigkeit und Tücke im reinsten Lichte und in ihren wohltätigen Folgen zeigen«[2]. Wie wir sehen, schonte der König sich selbst nicht, übrigens hielt er es nie für nötig, seine Ansichten verschämt zu verbergen; im Gegenteil, er äußerte sie laut, in dem Bewußtsein seines Geistes und seiner Erfahrung. Mit Macchiavelli verglichen, ist bei ihm gewissermaßen ein Fortschritt zu bemerken; der florentinische Gelehrte war nur objektiv, der preußische Monarch zynisch.

Friedrich bildete keine Ausnahme von der Regel; alle zeitgenössischen Herrscher hielten sich an dieselben Grundsätze, auch die aus dem Hause Habsburg. Ihre ganze Wirksamkeit beweist dies. Wodurch sonst, als durch Gewalt und Krieg — die »vorteilhaften Eheschließungen« abgerechnet — rundeten sie das kleine Erzherzogtum Österreich ab, das mit der Zeit das mächtigste Reich des Festlandes wurde. Die »österreichische Eroberungssucht« war allbekannt und Jahrhunderte lang sahen die Nachbarn ängstlich solchem Treiben zu.

---

[1]) Oeuvres de Frédéric le Grand ed. Preuss. I, 162.

[2]) Ib. XXII, 171.

Freilich mußten auch die Habsburger manches über sich ergehen lassen. Die beiden Kriege zu Anfang der Regierung Maria Theresias — der österreichische Erbfolge- und der Siebenjährige Krieg — waren bloß zur Verteidigung geführt worden. Die Friedensliebe der Kaiserin war ja allen ihren Zeitgenossen bekannt[1]) und sie verleugnete nicht ihre Abneigung gegen den Krieg[2]). Man weiß, wie ungern sie in die erste Teilung Polens willigte und welche aufrichtige Reue sie darüber empfand. Ihr schien diese Teilung ein »Fleck auf ihrer Regierung« und sie fürchtete, deshalb in der anderen Welt zur Rechenschaft gezogen zu werden: »Die Erinnerung daran verfolgte sie und verbitterte ihr den Rest ihrer traurigen Tage«[3]). »Sie weinte, doch nahm sie«, schrieb hierüber Friedrich II., aber wenigstens weinte sie, während der preußische König bloß lachte und es Joseph II. verdroß, daß Rußland seinem Heißhunger Grenzen gesetzt hatte. Ebenso ungern entschloß sich Maria Theresia zur Besitzergreifung Bayerns im Jahre 1778. Sie erkannte, daß Österreichs Ansprüche »veraltet und wenig begründet« seien und war bereit, auf jeden beliebigen Vergleich einzugehen; doch wollte sie um keinen Preis »Waffen und Gewalt gebrauchen, da man auf diese Weise schon von Anfang an alles gegen sich hätte«[4]).

---

[1]) Z. B. P. A. v. 338 f. 315. Vergennes à Breteuil le 4 août 1779: »L'Impératrice-Reine connaît le prix de la paix, et je crois même, d'une conscience tranquille.«

[2]) Zum Beispiel Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.«, II, 196: »Quel vilain métier, celui de la guerre, contre l'humanité et le bonheur.« Siehe ihren Brief an den Herzog von Sachsen-Teschen vom 13. August 1779: »Je préfère une paix mince à une glorieuse guerre qui me prive de mes enfants et de l'élite de mes bons généraux et soldats. C'est penser en vieille femme et mère, mais aussi en souveraine chrétienne et amie de ses amis.« (Adam Wolf: Aus dem Hofleben Maria Theresias, zweite Ausgabe, 373.)

[3]) Arneth: »Briefe der Kaiserin Maria Theresia an ihre Kinder und Freunde«, I, 151.

[4]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.«, II, 171, 172. Siehe P. A. v. 334. f. 44. Breteuil à Vergennes le 10 janvier 1778: »L'Impératrice a gémi sur le malheur de se voir peut-être encore exposée au soutien d'une guerre, quand elle ne songeait qu'à finir sa vie dans la plus parfaite tranquillité.«

Die Grundsätze der Kaiserin waren zweifellos ehrlich gemeint und uneigennützig, aber unhaltbar: Galizien und das Innviertel wurden eben doch der habsburgischen Monarchie einverleibt. Breteuil bemerkt richtig, daß »die Kaiserin der Verführung unmittelbaren Nutzens nicht widerstehen konnte«. Der hauptsächliche Grund hierfür war aber, daß ihr Sohn Joseph, der in der äußeren Politik keine ethischen Erwägungen gelten ließ, auf Maria Theresia einwirkte und ihre »gefühlvollen« Regungen mit aller Kraft unterdrückte. Wie groß auch die beständig wieder auftauchenden Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden waren, wie sehr auch ihre Anschauungen auseinandergingen und wie eifersüchtig Maria Theresia auf ihre Macht war — die Jahre nahmen der kranken, alten Kaiserin die Tatkraft und Josephs jugendliches Feuer nötigte der Mutter die Zustimmung zu Unternehmungen ab, die sie aus tiefster Seele verurteilte und in die sie nur mit größter Selbstüberwindung einwilligte. Sie war sich übrigens, wie wir gesehen haben, selbst nicht klar, was sie vorziehen solle: »den unmittelbaren Nutzen« oder die ehrlichen Grundsätze. Jedenfalls spielte nicht sie, sondern Joseph die Hauptrolle, als es sich um die Besetzung der Bukowina [1]) und um die Einverleibung Galiziens [2]) und eines Teiles von Bayern [3]) handelte, woraus übrigens der Kaiser auch gar kein Hehl machte [4]).

Bei aller Nachgiebigkeit hielt die Kaiserin dennoch die ehrgeizigen Bestrebungen ihres Nachfolgers im Zaum. Erst ihr Hinscheiden im Jahre 1780 machte ihn endgültig frei und

---

[1]) P. A. v. 327. f. 80. Georgel à Vergennes le 18 février 1775: »Je sais de bonne part que c'est l'Empereur qui a éxigé cette direction du cordon en Moldavie.«

[2]) Georgel: »Mémoires« I, 249: »L'Impératrice Reine voulait même de bonne foi empêcher une usurpation aussi criante, mais Joseph II., son fils, ne pensait pas de même.«

[3]) Briefe der Kaiserin Katharina II. an Grimm (Sbornik der kais. russischen Historischen Gesellschaft, Bd. XXIII, f. 113): »Die Frau Mama hat nicht schlucken wollen, der Herr Sohn hat allein großen Appetitt gehabt . . . wodurch denn liebe Mama zur Passivsünde eingeleitet worden ist.«

[4]) Arneth: »Maria Thersia und Joseph II., II«, 175: »Je suis la cheville ouvrière dans tout ceci.«

der Eindruck, den der Todesfall in der Welt hervorrief, kennzeichnet die Erwartungen, die man an den Regierungsantritt des neuen Herrschers knüpfte. In allen europäischen Kabinetten, in denen die pessimistischen Berichte der diplomatischen Agenten in Wien ihre Wirkung getan hatten, wurde sofort Alarm geschlagen. Friedrich II. sah »eine neue Ordnung der Dinge kommen« und bereitete sich vor, den »unheilbringenden Absichten des Cäsaren Joseph« einen Riegel vorzuschieben [1]; Stutterheim befahl Pezold strenge, »seine Wachsamkeit zu verdoppeln«. Vergennes zweifelte nicht, daß die friedliche Politik Österreichs ihr Ende erreicht habe [2]. Joseph mochte noch so viel von seiner Uneigennützigkeit und Redlichkeit erzählen [3] — es glaubte ihm niemand und alle Äußerungen, die ihm gelegentlich entschlüpften, wurden sorgfältig aufgezeichnet [4]; seine fast zehnjährige Regierung ist übrigens ein glänzender Beweis dafür, daß seine Gegner mit ihren Befürchtungen recht hatten.

---

[1]) B. A. Le roi à Finckenstein le 2 déc. 1780: »Voilà un nouvel ordre de choses . . . Il faudra tout vieux que je suis, redoubler d'attention et de vivacité pour l'observer dans toutes ses démarches . . . On peut s'attendre à tout de l'esprit inquiet et entreprenant de l'Empereur.«

[2]) P. A. v. 341 f. 367. Vergennes à Breteuil le 7 décembre 1780: »La mort de l'Impératrice-Reine cause une grande révolution à la Cour de Vienne, et il n'est pas hors de vraisemblance qu'elle en amènera une dans la situation politique de l'Europe; car il n'est guère permis de se flatter que l'Empereur suivra le système pacifique de l'Impératrice.«

[3]) Raumer: Beiträge zur neueren Geschichte aus dem britischen und französischen Reichsarchiv 1839, IV, 537—539. Bericht des englischen Botschafters vom 2. Dezember 1772: »Es würde mich sehr betrüben, wenn die Welt mich als einen Mann von lockeren und regellosen Grundsätzen betrachtete. Ich bin weit davon entfernt. Ich meine, im öffentlichen und im Privatleben ein wahrhaft redlicher Mann zu sein.«

[4]) P. A. v. 327. f. 107. Vergennes à Breteuil le 9 mars 1775: »C'est un grand mot, digne de n'être jamais oublié que celui qui a échappé à l'Empereur. C'est son âme qui s'est exprimée, lorsqu'en causant avec Vous des avantages de l'activité, il Vous a dit, qu'il lui paraissait impossible de n'avoir pas toujours une provision de désirs suffisante pour soutenir l'activité, parce qu'il voyait que tout homme devait toujours vouloir et penser à augmenter son avoir! Voilà une doctrine commode à sa cupidité!«

II.

Josephinische Eroberungspolitik. Scheldestreit mit Holland. Vertrag von Fontainebleau und seine Bedeutung für die internationalen Beziehungen Österreichs.

»Sein Gebiet erweitern« — das »wollte« der Kaiser, danach »strebte« er. Woher er Land nehmen sollte, das war ihm gleich, wenn nur der Einsatz des Spieles wert und das Spiel selbst nicht zu gefährlich war. Jedes politische Abenteuer, sobald es ohne zu großes Wagnis Vorteil versprach, war Joseph II. erwünscht und er ließ sich nicht selten darauf ein. Zu solchen Unternehmungen kann man auch den Versuch zählen, der Schweiz einen Teil Thurgaus, das an Vorderösterreich [1]) grenzte, zu entreißen. Dieser Versuch rief in Zürich Bestürzung [2]) und wiederholte Bestrebungen hervor, »die Grenzlinie richtigzustellen« [3]). Noch ernster war der Streit mit Holland über die Scheldemündungen.

Nach dem Vertrage von Münster hatten sich die holländischen Sieger das Recht ausbedungen, kein Schiff aus Antwerpen aus- und kein Schiff aus dem Meere einlaufen zu lassen, wenn es nicht die holländische Flagge hißte. Das war lediglich aus handelspolitischen Gründen beschlossen worden. Die Holländer meinten damit, der einst reichen Stadt Antwerpen, der Rivalin Amsterdams, einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Und sie erreichten ihr Ziel: Antwerpen fristete ein klägliches Dasein und zählte kaum mehr fünfzigtausend Einwohner. Aber Joseph war nicht der Mann, der dieser Ordnung der Dinge lange zusah. Er duldete keine Einmischung fremder Mächte in seine Angelegenheiten und Nachgiebigkeit »der Nachbarschaft« zuliebe schien ihm gar nicht am Platze [4]).

---

[1]) B. A. Riedesel au Roi le 19 février 1785: »Il a fait réclamer des cantons suisses des parcelles et droits de Thurgau, pays appartenant par droit de conquête à ces Républiques confédérées.«

[2]) Gazette d'Utrecht 1786, Nr. 39: »Depuis un certain temps l'harmonie qui régnait entre le canton de Zürich et la maison d'Autriche, a reçu quelque atteinte.«

[3]) Beer: »Joseph II., Leopold II. und Kaunitz«, 127—129 und 166.

[4]) »Wenn man Einmischungen und Anempfehlungen fremder Herren auch in inneren Angelegenheiten Gehör geben wollte, so hörte man auf,

Joseph hielt die Generalstaaten, die gerade durch den langen Krieg mit England geschwächt waren, für ungefährliche Gegner. Er hatte seine Kraft schon an ihnen erprobt und ihre Willfährigkeit kennen gelernt, als er 1782 den Barriere-traktat umstieß; damals wurden, ohne jeden Widerspruch von irgend einer Seite, die Forts demoliert und die holländischen Garnisonen aus acht belgischen Städten entfernt, in denen die Republik kraft des Vertrages vom 15. November 1715 das Recht hatte, Besatzungen zum Schutze gegen französische Überfälle zu halten. Zur Zeit seiner Reise in Belgien, im Frühling des Jahres 1781, hielt sich der Kaiser in Antwerpen, das seinem Untergange entgegenging, auf und er beschloß damals, »sich von dem verhaßten, empörenden, widernatürlichen Joche, das infolge einer Reihe von unglücklichen Umständen auf ihm lastete, zu befreien« [1]). Ein Anlaß, diesen Plan zur Ausführung zu bringen, fand sich bald. England, das bei seinen damals verwickelten Verhältnissen um Josephs freundschaftlichen Beistand warb, bemühte sich, des Kaisers Groll gegen Holland zu schüren, und trug ihm seine Dienste an; Kaunitz bot seinen ganzen Einfluß auf, um Joseph von diesem lockenden Unternehmen abzubringen [2]). Im darauffolgenden Jahre wendete sich der Kaiser in derselben Angelegenheit nach einer anderen Seite, und zwar wollte er, um mit seinen

---

Herr in seinem Hause zu sein.« (Antwortschreiben Josephs an den Markgrafen von Bayreuth, der sich für den Redakteur der »Erlanger Zeitung« einsetzte. Angeführt bei Meynert: »Kaiser Joseph II.« 1862, 15.) Siehe seine Ansicht betreffend die Sujets mixtes in Galizien: »Die erste Gelegenheit muß ergriffen werden, um den Sujets mixtes einmal ihre Bestimmung zu geben, nämlich, daß sie entweder ganz Gallizier werden oder ganz Pohlen bleiben, weil Gallizien nach dem gegenwärtigen Fuße weder ökonomisch, noch politisch bestehen kann: ökonomisch, weil die Gelder immer außer Land geschickt werden, mithin der dortigen Circulation entgehen; nicht politisch, weil die Besitzer von Gallizien keine patriotische Gesinnungen für Mich und das Land, sondern für die Republik Pohlen hegen.« (W. A. V. B. I. Carton 600. A. h. Resolution vom 17. November 1789, die galizischen Sujets mixtes betreffend.)

[1]) Siehe über diese Frage das vortreffliche, auf Grund archivalischer Forschungen geschriebene Werk Huberts (Hubert: »Le voyage de l'Empereur Joseph II. aux Pays-Bas«, 1900).

[2]) Beer: Joseph II., Leopold II. und Kaunitz. 32—34.

eigenen Worten zu sprechen, »dank dem Einflusse und der Freundschaft der Königin und dem Bündnisse Frankreichs ein hübsches Geschenk erhalten«, das ihn »weder reicher, noch mächtiger, noch furchtbarer« machen werde. Er meinte, der Versailler Hof habe keine triftigen Gründe, seine Bitte, auf Holland einzuwirken, zurückzuweisen; dieses könnte sich durch Nachgiebigkeit gegen das Festland hin sicher stellen und sich ungehindert der Verstärkung seiner Flotte widmen, was mit Rücksicht auf Englands Nebenbuhlerschaft so wichtig sei; der Kaiser hingegen wollte dann als Belohnung für die Vermittlung Frankreichs in dessen Interesse Hollands Partei gegen die Engländer ergreifen. »Das Projekt ist mit Hilfe Frankreichs ganz leicht durchzuführen«, diese Überzeugung teilte der Kaiser seinem Botschafter in Paris, Grafen Mercy, mit [1]).

Im Jahre 1782 bat er noch um Frankreichs Mitwirkung; Ende 1783 forderte er sie schon unter dem Vorwande, daß er in diesem Jahre den Türken nichts genommen, während sich doch Rußland drei ganze Provinzen angeeignet habe [2]). Mercy, dem die unentschlossene Sprache Vergennes' Hoffnung gemacht, glaubte im Juli 1784 der Einwilligung Frankreichs ganz sicher zu sein [3]); noch im Oktober rechnete der Kaiser auf »des Königs Mitwirkung, auf seine Weisheit und vor allem auf seine persönliche Freundschaft für ihn« [4]).

Im Vertrauen auf die Unterstützung Frankreichs und Rußlands, die Preußens Neutralität zur Folge gehabt hätte, ging Joseph frisch ans Werk. Er hatte seine Forderungen nicht im voraus festgestellt und nahm geringfügige Grenzstreitigkeiten zum Vorwand, um auf einen Teil des holländischen Flanderns, darunter auf die Festung Maestricht, Ansprüche zu erheben. In der Konferenz hierüber, die im Herbst 1783 in Brüssel stattfand, weigerten sich die holländischen Bevollmächtigten

---

[1]) Beer, op. cit. 118—120. Dieser Brief findet sich auch bei Arneth-Flammermont, »Correspondance secrète de Mercy-Argenteau«, I, 128—130.

[2]) Arneth-Flammermont: »Correspondance secrète de Mercy-Argenteau«, I, 235.

[3]) Ib. I, 269.

[4]) Arneth: »Maria Antoinette, Joseph II. und Leopold II. Ihr Briefwechsel«, 44.

hartnäckig, des Kaisers Forderungen zu erfüllen; später, im Mai 1784, deckte Joseph seine Karten auf; er erklärte sich bereit, seinen Ansprüchen zu entsagen, wenn seine Schiffe in die Schelde einlaufen dürften. Aber die Holländer gaben auch jetzt nicht nach und Joseph, im Bewußtsein seiner Stärke, ließ durch Belgiojoso, seinen bevollmächtigten Minister in Brüssel, ein Ultimatum stellen, indem er erkärte, daß er jedes weitere Hindernis, das man seinen Schiffen auf dem strittigen Fluß in den Weg legen werde, als Kriegserklärung ansehen wolle. Was geschehen mußte, geschah: als die kaiserliche Brigantine am 6. Oktober ins Meer lief, wurde sie von holländischen Kanonenbooten umringt, beschossen und entwaffnet und es zeigte sich, daß alle Berechnungen Josephs hinfällig gewesen waren.

Nur eine Hoffnung ging in Erfüllung: Preußen mischte sich nicht in »den Krieg um eine Kasserolle«. Davon, daß es Josephs Partei nahm, war natürlich keine Rede; Friedrich hatte wiederholt erklärt, er halte Österreichs Ansprüche für unrechtmäßig [1]), und er brachte dem beleidigten Teile seine Sympathie dadurch zum Ausdruck, daß er den Holländern erlaubte, in seinen Provinzen Soldaten zu werben und sich mit Proviant zu versehen. Darüber hinaus ging er nicht. Die Hoffnungen der holländischen Patrioten auf Preußens kriegerischen und diplomatischen Beistand [2]) erwiesen sich als unbegründet. Friedrich II. war entschlossen, neutral zu bleiben und gab auch den Bitten seiner Lieblingsnichte, deren Gemahl der Statthalter in Holland war, nicht nach; die offizielle Mitteilung von dem Kriege durch den österreichischen Botschafter in Berlin fertigte der König mit einer kurzen, bündigen Antwort ab [3]). England hielt sich auch fern, sah jedoch unwillig dem Treiben

---

[1]) B. A. Correspondance du Roi avec le Baron de Riedesel 1784—1785.

[2]) Gazette d'Utrecht 1784, No. 94: »On assure . . . que la Prusse fournira 30.000 hommes.«

[3]) B. A. Le roi à Finkenstein le 3 nov. 1784: »Vous n'aurez dû à dire en réponse au Cte. de Revitzky que Vous m'avez rendu compte de ce que l'Empereur m'avait fait déclarer et que je fais des voeux pour l'humanité que le repos de l'Europe ne soit pas troublé.«

Josephs zu, denn Antwerpen konnte seinem überseeischen Handel gefährlich werden. Katharina II. machte ebenfalls die auf sie gesetzten Erwartungen zuschanden und erwies sich keineswegs dankbar für Österreichs Dienste. Es gab eine Zeit, da herrschte in den politischen Sphären die Überzeugung, Rußland werde gewiß mit den Waffen für den Kaiser eintreten [1]). Katharina II. begnügte sich aber damit, Joseph ihrer Sympathie zu versichern [2]); leere Worte. Die russische Note, die der Gesandte Kolitschew den Generalstaaten überreichte, beruhigte die Holländer vollständig. Katharina II. sprach zwar darin von ihrer Freundschaft für Joseph und erkannte die Rechtmäßigkeit und Begründung seiner Forderung an, aber sie beschränkte sich darauf, den Rat zu geben, »man möge zu einem Entschlusse gelangen, der mit der Würde der hochvermögenden Mächte« vereinbar und für beide Teile vorteilhaft wäre [3]). Die Holländer antworteten höflich, dankten für die Aufmerksamkeit, wichen aber einer entschiedenen Antwort aus und atmeten auf, als sie sich von der Gefahr, die von Norden her gedroht hatte, befreit sahen.

Fern lag ihnen jedoch, vor Drohungen zu erschrecken. Josephs Ansprüche verletzten ihre vitalsten Interessen; sie fürchteten für ihren Handel und der schroffe, gebieterische Ton des Kaisers empörte die friedliebenden, ruhigen, aber stolzen Republikaner. Alle Parteizwistigkeiten, alle provinziellen Wünsche waren vergessen. Das ganze Land wurde von patriotischer Begeisterung erfaßt und »alle Staatsmänner durchglühte der Wunsch, auf das ruhmreiche Schlachtfeld zu eilen« [4]).

---

[1]) Gazette des Deux-Ponts, 1784, Nr. 100: »On apprend que la Cour de Russie a fait avancer vers la frontière une armée de 75.000 hommes. En outre il y a ordre de tenir prête une flotte pour venir au secours de l'Empereur.«

[2]) Arneth: Joseph II. und Katharina von Rußland, 264.

[3]) Diese Note wurde mehrmals in den Sammlungen diplomatischer Noten und in den neuesten Publikationen abgedruckt. Sie erschien zum erstenmal in der Gazette d'Utrecht, 1785, Nr. 1.

[4]) Die patriotischen Zeitungen machten sich manchmal geradezu lächerlich mit ihrer Prahlerei. Z. B. »Nous attendons l'arrivée de Joseph II et de son armée . . . En effet, il sera bien plus glorieux de braver 100.000 combattants que de triompher maintenant de 12.000 Autrichiens . . . Cependant le Gouvernement de Bruxelles n'aurait sûrement pas eu la même délicatesse« (Gazette d'Utrecht 1784, Nr. 92).

Die Holländer ließen es nicht bei Worten bewenden und brachten jegliches Opfer; so ließen sie alle Schleusen öffnen, wodurch zehn Quadratmeilen fruchtbarer Erde ertränkt wurden. Statt der schüchternen, erschreckten »Käsehändler« sahen die Österreicher eine bewaffnete Nation vor sich, die bereit war, für ihre Ehre und ihren Vorteil in den Tod zu gehen.

Die bitterste Enttäuschung bereitete dem Kaiser das Verhalten Frankreichs. Auf dieses hatte er, wie wir gesehen haben, alle Hoffnungen gesetzt und gerade Frankreich wurde ihnen am wenigsten gerecht. Die öffentliche Meinung dort zeigte sich erregt, forderte augenblicklichen, tätigen Beistand für die Holländer und sah in des Kaisers Unternehmen nur einen neuen Beweis seines Ehrgeizes [1]). Die Korrespondenten der ausländischen Zeitungen in Paris verzeichneten ein Anwachsen von Österreichs Unpopularität in Frankreich [2]). Die Regierung ging Hand in Hand mit der öffentlichen Meinung. In den offiziellen Kreisen verhielt man sich gegen die Ansprüche des Kaisers äußerst ablehnend. Der korrekte, zurückhaltende Noailles gab an allem dem ehrgeizigen, ruhelosen Kaiser [3]) die Schuld. Er sagte einmal, in einem öffentlichen Gespräch mit Kaunitz, so gerade seine Meinung heraus, daß dieser es für notwendig hielt, Noailles gegenüber zu bemerken, »solche Urteile seien im Munde des holländischen Gesandten begreiflich, aber nicht in dem des Vertreters einer verbündeten und befreundeten Macht«.

Im französischen Ministerium war man mit der ganzen Sache ebenfalls unzufrieden, doch fiel es schwer, sich zu entscheidenden Maßregeln zu entschließen; man fürchtete die

---

[1]) Journal de Herve. Tableau politique 1785. Nr. 1: »La France même en conçut des allarmes et elle n'était pas sans crainte que le descendant des anciens Ducs de Bourgogne, de Lorraine et de Bar ne veuille réaliser de vains titres qui le décorent.«

[2]) Die bekannte Broschüre Mirabeaus gab diese Stimmung wieder und ging reißend ab; dafür fand die Arbeit Linguets, der für die Ansprüche des Wiener Hofes eintrat, sehr kühle Aufnahme beim Publikum.

[3]) P. A. v. 347, f. 283, Noailles à Vergennes le 7 mai 1784: »Une affaire qu'on n'aurait pas dû imaginer et entamer, s'il ne fallait pas toujours de quoi occuper l'extrême activité de l'Empereur.«

Ungnade der Königin, den Bruch mit dem Wiener Hofe und die Möglichkeit eines Krieges [1]). Deshalb verschleppte Vergennes die Verhandlungen, hoffend, daß sich beide Parteien noch einigen würden. Erst als im Herbst 1784 die Dinge sich derart zuspitzten, daß der Krieg erklärt wurde, schlug Versailles einen energischen Ton an. Vergennes wollte nicht allein die ganze Verantwortung tragen und sich dem Zorne der Königin überantworten; die Autorität seiner Kollegen sollte ihn schützen, weshalb er die Frage dem königlichen Rate unterbreitete. Hier konnte man nun sehen, wie die leitenden Persönlichkeiten in Frankreich gegen Österreich aufgebracht waren. In der Sitzung, die auf den 11. November 1785 einberufen wurde, überreichte jeder Minister dem König und allen Mitgliedern der Versammlung einen Vortrag zur Begutachtung [2]). Alle stimmten darin überein, daß Frankreich unmöglich das Vorgehen Josephs gegen Holland zugeben dürfe, denn »ließ man das System der Überfälle Wurzel fassen, so war das politische Gleichgewicht Europas in steter Gefahr«.

---

[1]) Im P. A. befindet sich ein interessantes Dokument, das diese Frage behandelt. Es ist ein unvollendeter Entwurf eines Planes, in dem schematisch die Gründe für und wider die Unterstützung der kaiserlichen Absichten niedergelegt sind.

Importance de la question

Négative		Affirmative	
Faire violence aux Hollandais	ou à l'Empereur	à considérer sous trois point de vue	
Confiance anéantie, système d'alliance renversé. Emp. enhardi. France sans considération, sans influence, sans amis.	Rupture de l'alliance et probablement la guerre.	Avantage pour l'Empereur	la France.

Die Methodik des Planes beweist, daß wir es hier mit den Erwägungen des pedantischen Vergennes zu tun haben.

[2]) Diese Vorträge sind im Werke des Professors Tratschewskij »La France et l'Allemagne sous Louis XVI« 1880 und im Anhang — Pièces justificatives, 23—50, abgedruckt. Tratschewskij fand den Text im Nationalarchiv, eine Kopie befindet sich auch im P. A.

Holland würde Englands Beute werden und der französische Handel unbedingt unter der Einschränkung der Durchfuhr durch Holland leiden. Das Ergebnis dieser Sitzung war die berühmte Note des Versailler Hofes vom 20. November 1784, welche durch ganz Europa ging, die ganze diplomatische Welt in Aufregung versetzte und die Österreicher ungemein empörte [1]). In dieser Note, die zwar zurückhaltend im Ton und gemäßigt im Inhalt war, wurden die Rechte Hollands auf die Scheldemündungen als unzweifelhaft anerkannt und deutlich die entschiedene Absicht ausgesprochen, sich der Generalstaaten anzunehmen, wenn nötig, auch mit den Waffen in der Hand. Angesichts dieses hartnäckigen Widerstandes Frankreichs blieb dem Kaiser nichts anderes übrig, als auf den Kompromiß einzugehen, den Ludwig XVI. vorschlug, d. h. auf die Schelde und Maestricht zu verzichten und eine Entschädigung in Geld anzunehmen. Nach langwierigen Unterhandlungen mit beiden Teilen begnügte sich Joseph, nebst einigen unbedeutenden Ländereien, die Holland an ihn abtrat, mit offiziellen Entschuldigungen der Republik und erhielt als »Trinkgeld« — so äußerte sich boshaft Friedrich II. — zehn Millionen Gulden; die Hälfte davon zahlte Frankreich, das um diesen billigen Preis das Bündnis mit Holland erkaufte [2]).

Dagegen kam dem Kaiser die Sache teuer zu stehen. Joseph gab dem Kurier, der ihm die Nachricht vom Frieden von Fontainebleau brachte, ein kostbares Geschenk, denn trotz seinem Mißerfolge hatte er Grund, sich zu freuen; es hätte ja alles noch viel schlimmer für ihn enden können. Sein Ziel, freilich, hatte er nicht erreicht, aber es war doch noch ein Glück, daß ihm wenigstens teilweise die Ausgaben für die Mobilisierung ersetzt worden waren. Eine Zeitung bemerkte damals richtig, »daß die Generalstaaten kraft dieses Friedensschlusses die Gerichtskosten zahlten, daß aber in Wirklichkeit

---

[1]) Siehe zum Beispiel Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana«. I, 247.

[2]) Über diese Frage gibt es ein vortreffliches Werk des Gelehrten Magnette (Magnette: »Joseph II et la liberté de l'Escaut«), das vorzüglich geschrieben und auf Dokumente aufgebaut ist; das darin enthaltene Material kann man erschöpfend nennen.

der Kaiser den Prozeß verloren habe«[1]). Und zwar hatte er ihn vor den Augen Europas verloren und nun erhoben alle Fürsten ihr Haupt und »zeigten Österreich die Zähne«[2]).

III.

Traditionelle Aufgaben der internationalen Politik Habsburgs. Italienische Angelegenheiten unter Joseph II.

Dazu bedurfte es eines Systems, das auf einer durch Traditionen befestigten, durch lange geschichtliche Erfahrung erhärteten Politik beruhte. Die Habsburger befolgten in der Tat ein solches System; es bestand in der Unterwerfung Italiens, in der Hegemonie über Deutschland und in der Erweiterung der Grenzen nach Osten hin. Diese drei Ziele ziehen sich wie ein roter Faden durch die politische Geschichte der habsburgischen Monarchie und Männern wie Ferdinand II. und insbesondere Eugen von Savoyen gelang es, diese Aufgaben, wenn auch nur für eine Zeit und da nur zum Teil, zu lösen. Die Politik Josephs II. war, ebenso wie die seiner Vorfahren — und im Grunde genommen auch seiner Nachfolger —, hauptsächlich von diesen drei Momenten beherrscht, der gelegentlichen Abschweifungen nicht zu gedenken, zu denen Joseph II. durch seine Eroberungssucht verleitet wurde. Doch war es eine äußerst schwierige, fast unmögliche Sache, zugleich nach drei Seiten hin Angriffe zu unternehmen und sich zu verteidigen. Das sah Joseph II. ein, trotz all seiner Entschlossenheit und trotz der hohen Meinung, die er von der Macht und den Mitteln seines Reiches hegte.

---

[1]) »Gazette de Leyde« 1785, Nr. 81.

[2]) Arneth-Flammermont: Correspondance de Mercy, I, 398. Mémoires de ma vie, III, 92: »Le commencement et l'issue de cette affaire ne pouvaient que faire un effet très-désavantageux pour l'Empereur, puisque tandis que le premier confirmait l'idée qu'on se formait déjà dans l'étranger de ses vues ambitieuses, la suite faisait remarquer qu'il pouvait être arrêté dans la poursuite de celle-là par les obstacles qu'on lui opposait.« Vergl. Dohm: »Denkwürdigkeiten meiner Zeit«, II, 241. »Noch richtiger war es, daß durch den bewiesenen Wankelmut seiner Politik Joseph II. in der Achtung der europäischen Mächte herabsank«. . .

Die italienische Frage machte übrigens Joseph zu dieser Zeit wenig zu schaffen. In den dreißiger Jahren des XVIII. Jahrhunderts waren Frankreichs und Österreichs Besitzungen jenseits der Alpen ziemlich gleich verteilt. Österreich gebot über ein ansehnliches Gebiet: die Lombardei und Toscana, und es hatte nach dem Tode des letzten Este Aussicht auf Modena; die Bourbonen hingegen, die durch einen »Pacte de famille« verbunden waren, herrschten in Neapel, Sizilien und Parma. Das übrige Italien zerfiel in lauter kleine, ohnmächtige Staaten, die nur eine verlockende Beute für einen unternehmenden, tatenlustigen Nachbar bildeten. Als solcher galt eben Joseph II. und während seiner ganzen Regierungszeit kam das Gerücht, er wolle die angrenzenden italienischen Gebiete mit der habsburgischen Monarchie vereinigen, nicht zum Schweigen; besonders laut wurde es, sobald die Versuche des Kaisers, seine Besitzungen nach einer anderen Seite hin abzurunden, fehlschlugen. Es ist interessant, in der Korrespondenz der Minister ausländischer Höfe mit ihren Vertretern in Wien und in den damaligen Zeitungen zu verfolgen, mit welcher Bestimmtheit man in den Jahren 1784, 1786 und 1787 davon sprach, daß Verwicklungen auf der apenninischen Halbinsel unvermeidlich seien. Italien war sozusagen das Land, das den geringsten Widerstand leisten konnte; und da kein einziges Kabinett in Europa daran glauben wollte, daß Joseph II. fremdes Gut unangetastet lassen werde, richteten sich aller Augen nach dem Süden. Die preußischen Gesandten hörten nicht auf, von des Kaisers Absichten auf Parma[1]), Venedig[2]) und Ferrara[3]), das damals dem Papste gehörte, zu sprechen; Friedrich II. teilte Jacobi mit, er habe von einem Tausche des mailändischen Gebietes gegen Württemberg gehört[4]); Clemens äußerte sich wiederholt, daß »die Pläne des Kaisers vor allem

---

[1]) B. A. Riedesel au Roi le 3 juillet 1784.

[2]) Ib. le 17 juillet 1784: »L'année prochaine, ce sera le tour de Venise.«

[3]) Ib. Podewils au Roi le 5 avril 1786: »Les Ministres de l'Empereur donnent à entendre que le St. Père était redevable à la modération Impériale de la conservation du Ferrarais: voilà ce qu'on a glissé au Nonce.«

[4]) Ib. Le Roi à Jacobi le 21 février 1786.

auf Italien gerichtet seien«[1]); die Beamten wühlten eifrig in den österreichischen Archiven, um Dokumente zu finden, welche die Besitzergreifung des venezianischen Dalmatien rechtfertigen könnten[2]). Ebenso bestimmt und hartnäckig sprachen die Franzosen die gleichen Befürchtungen aus. Vergennes wies auf Genua[3]), Breteuil und Barthélemy auf Dalmatien[4]) hin. Die Italiener selbst maßen diesen Gerüchten und Vermutungen Wahrheit bei und zitterten für ihre staatliche Existenz[5]); das ganze Land wurde manchmal von Furcht ergriffen und besonders Venedig hatte dazu guten Grund. In dem Projekt, das mit Katharina II. verabredet worden war und die Teilung der Türkei betraf, wurden auch die Drinabucht, die terra ferma am Balkan, Istrien und Dalmatien erwähnt[6]).

Dieser Teilungsplan gelangte jedoch nicht zur Verwirklichung; im Jahre 1788 beschäftigte den Kaiser vollauf die Aufgabe, sein eigenes Land vor den Überfällen der Türken zu schützen; die Furcht vor den Bourbonen, die über ihre Sekundogenitur wachten, hielt Joseph II. ebenfalls entsprechend in Schranken. Als er zum Beispiel Ansprüche auf einen Teil von Parma erhob, stieß er auf den Widerstand der beiden verwandten Höfe. Noailles' Berichte befassen sich in dieser Beziehung eingehend mit Joseph. Er selbst sah die Nutzlosigkeit aller Bemühungen nach dieser Richtung ein und äußerte sich in diesem Sinne offen Katharina II. gegenüber, die ihn zu Erwerbungen in dem »bequem gelegenen und herrlichen Lande« »verführen« wollte[7]).

---

[1]) D. A. Clemens à Stutterheim le 10 mars 1784.

[2]) Ib. den 9. Juli 1783.

[3]) Sorel: »Recueil des instructions données aux Ambassadeurs et Ministres de France«, 1884, I, 467.

[4]) P. A. v. 340 f. 265 u. v. 346 f. 296.

[5]) Sorel: op. cit. 491: »Venise, cernée et pressée de tous les côtés par la puissance autrichienne a tout à craindre de sa prépondérance, et elle n'est pas sans inquiétude concernant les prétentions antiques de l'Empire sur ses possessions de Terre ferme.«

[6]) Arneth: »Joseph II. und Katharina von Rußland«, 173.

[7]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« III, 252»: Je ne dis sérieusement autre chose si non que le Status quo en Italie était une chose qui intéressait vivement tant de puissances, que même les droits depuis Auguste, je ne pourrais les faire valoir.«

IV.

Stellung Josephs II. zum heiligen römischen Reich. Joseph II. und die deutschen Reichsstände nach dem Teschener Frieden. Joseph II. und Friedrich der Große.

Nach Italien zielten also Josephs Absichten schließlich nicht oder, besser gesagt, sie wurden ihm durchkreuzt. Der Kaiser richtete daher sein Augenmerk auf den Norden und Osten, nämlich auf das heilige römische Reich deutscher Nation und die Pforte.

Im Norden verfolgte Joseph dasselbe Ziel, wie seine Vorfahren es getan hatten, und dieses »hohe Ziel«, wie Mirabeau sagt, »war die Unterjochung Deutschlands und die Wiederherstellung des alten römischen Reiches« [1]). Seit dem XV. Jahrhundert waren es stets Habsburger, die zu Kaisern gewählt wurden, wenn man von der kurzen Regierungszeit Karls VII., des Bayern, in den vierziger Jahren absieht; niemals aber waren sie von dem Bewußtsein durchdrungen, daß sie gemeinsame Interessen mit dem Reiche hätten; sie wollten nie gewissenhaft ihren Pflichten nachkommen, noch der Nation, die sie zu ihrem Haupte erwählt hatte, Opfer bringen. Österreich stellte sich schon vom Jahre 1156 an gleichsam ganz abseits von der deutschen Gemeinsamkeit und von deren staatlichen Ordnung; es zahlte keine Reichssteuern und stellte kein Heereskontingent; seine Herzoge waren nicht verpflichtet, den Reichstag zu besuchen, doch genossen sie alle Herrscherrechte »reichsunmittelbarer Fürsten«. Das Reichskammergericht und die Reichsgesetze hatten über die habsburgischen Länder keine Macht; Österreich befand sich, wie Puffendorf sagt, nicht innerhalb des Reiches, sondern stand nur in einer Reihe mit ihm [2]).

Joseph II. war in dieser Hinsicht der würdige Nachkomme seiner Ahnen. Er haßte und verachtete die politische Gestaltung des alten Reiches — haßte sie, weil sie ihm mit ihrer überlebten Einrichtung Fesseln anlegte und nur »den

---

[1]) Mirabeau: »De la Monarchie Prussienne«, 1788, VI, 314.

[2]) Sehr ausführlich und gehaltvoll ist diese Frage bei Perthes ausgearbeitet. (Perthes: »Das deutsche Staatsleben vor der Revolution«, 1845.)

Schein einer angesehenen Macht«[1]) verlieh — und verachtete sie, weil sie kraftlos war und keinen Schutz gegen äußere Feinde gewährte. In seinen jungen Jahren, gleich nach dem Tode Franz I., gab Joseph sich Mühe, dem abgestorbenen Organismus neues Leben einzuhauchen, neuen Wein in alte Schläuche zu gießen, der Bestechlichkeit der alten Reichsbeamten ein Ende zu bereiten und das sprichwörtlich gewordene schleppende Gerichtsverfahren zu beschleunigen. Der französische Chargé d'affaires Durand, der Gelegenheit hatte, Joseph gerade damals kennen zu lernen, schrieb an den Herzog von Aiguillon, der Kaiser habe eine hohe Idee von seinem Berufe und bemühe sich, ihm neuen Glanz zu verleihen[2]). Doch diese Bemühungen förderten keine wesentlichen Ergebnisse zutage und scheiterten an der vollständigen Apathie aller Reichsstände, an ihren separatistischen Bestrebungen und an neidischer, kleinlicher Eifersucht. Joseph verzichtete daher darauf, »ein neues Gebäude aus altem Schutt« zu errichten und »diesen Augiasstall« zu reinigen; nun dachte er nur mehr darüber nach, welchen praktischen Nutzen er für die habsburgischen Erbländer aus seiner angesehenen, aber unfruchtbaren Stellung als Reichsoberhaupt ziehen könnte. Nur einmal rührte sich in dem Kaiser der Stolz als des »größten Herrschers der christlichen Welt«; das war im Jahre 1781, als Katharina II. in einem Bündnisvertrage ihren Namen gleich neben den seinen setzen wollte; damals hätte er eher auf das vorteilhafte Bündnis als auf sein Vorrecht verzichtet, »das nicht er sich selbst geschaffen, sondern das ihm die Kurfürsten verliehen hatten«[3]). Sonst aber »empfand er die Kaiserkrone als eine Last, nicht als Vorteil«[4]) und er entwarf einmal Breteuil ein grelles Bild von den Sorgen und Unan-

---

[1]) Arneth: Joseph II. und Katharina v. Rußland 54: »... le fantôme d'une puissance honorifique.«

[2]) P. A. v. 326 f. 5: »La sensibilité sur les prérogatives du Chef de l'Empire est excessive... Beaucoup de personnes l'ont entendu blâmer la modération de son père dans les affaires de l'Empire et la caractériser de négligeance avilissante.«

[3]) Arneth: »Joseph II. und Katharina von Rußland«, pp. 54—57.

[4]) P. A. v. 357 f. 67. Noailles à Montmorin le 2 juillet 1789.

nehmlichkeiten, die eine unausweichliche Folge seiner Lage sei [1]). Sie brachte ihm außerdem Verluste, da die Ausgaben für Gerichte und Ämter »beiweitem die Einnahmen, die er als Reichsoberhaupt erhielt«, überstiegen [2]).

Diese so nachteilige Stellung hatte jedoch den einen Vorteil, den Reichsfürsten gewaltigen Respekt einzuflößen [3]), und sie verlieh Joseph das Recht, sich um alle Reichsangelegenheiten zu kümmern oder, wie Barthélemy sich ausdrückte, »sie bereitete den Boden für Eroberungen und Ländertausche vor«. Der erste derartige Versuch wurde im Jahre 1778 unternommen, als Joseph vom bayrischen Erbe Niederbayern, das einst Reichslehen gewesen, für sich forderte. Dieser Versuch schlug jedoch, wie bekannt, gänzlich fehl; der Kaiser erlangte durch den Frieden von Teschen nur ein unbedeutendes Stück Land, das sogenannte Innviertel, aber seine Popularität im Reiche erlitt den Todesstoß. Bis zu dieser Zeit hatten die deutschen Reichsstände, Preußen ausgenommen, trotz allen Mißhelligkeiten treu zu Österreich gehalten. Friedrich II. erweckte anfangs überall Argwohn und Haß und wurde mit

[1]) Ib. v. 340 f. 215. Breteuil à Vergennes le 26 mai 1779: »L'Empereur m'a répondu qu'il ne pouvait dire qu'à moi, combien il méprisait les espèces d'affaires que lui donnait sa qualité d'Empereur, que je devais savoir combien peu il était attaché et occupé de cette dégoûtante besogne; que je devais le connaître assez pour ne pas douter qu'il voyait avec l'oeil de la raison des tracasseries toujours renaissantes entre les différentes religions de l'Empire, et cependant les animosités produisant sans cesse des disputes qui revenaient à son tribunal, il éprouvait le malheur que lorsqu'il prononçait en faveur des capucins, dont il ne se soucie d'aucune manière, mais qui lui paraissaient avoir raison, les protestants criaient que l'Empereur ne songeait qu'à les écraser; qu'au contraire, quand il trouvait les réclamations des protestants fondées contre les entreprises des Catholiques, alors les prêtres et les moines criaient partout que le Chef de l'Empire abandonnait la religion et serait volontiers prêt à en changer.«

[2]) Ib. v. 42 f. 215: »Mémoires sur les finances et revenus de l'Autriche, considérée comme puissance.«

[3]) Mirabeau op. cit. VII. 291: »Il est une magie dangereuse dans les noms, dans les dehors, dans les simulacres même des choses anciennes. Ils donnent à celui qui en est décoré une envie démesurée de parvenir à les réaliser; et à ceux qui l'en décorent, une aptitude merveilleuse à s'en laisser éblouir, qui facilite infiniment les desseins du titulaire.«

gutem Grunde zur Zeit des Siebenjährigen Krieges für vogelfrei erklärt. Die Jahrhunderte alten Bande, die der Wiener Hof durch stetige Gebietsabtretungen und Geschenke immer mehr festigte, hatten noch nicht ihre Kraft verloren. Seit dem Westfälischen Frieden fürchteten die Fürsten Österreich nicht mehr, aber die legalen Gefühle für den Gesalbten des Herrn, für das Oberhaupt des Heiligen Reiches waren doch nicht ganz erloschen. Die Schilderung der Begegnung Franz I. mit dem Landgrafen von Hessen im Jahre 1765 ist ein offenkundiger Beweis der Zähigkeit und tief wurzelnden Kraft, die diesen veralteten, rein offiziellen Beziehungen noch immer innewohnte [1]).

Ein ganz anderes Bild zeigt sich nach 1778, als — wie sich der Professor Tratschewskij ausdrückt — Preußen nur durch ein Wunder gerettet wurde, und zwar eben durch Österreich [2]). Dieses behielt wohl noch eine Zeitlang seinen Einfluß auf die deutschen Fürstbischöfe — wurde doch Erzherzog Maximilian widerspruchslos zum Koadjutor von Köln gewählt — und Vergennes sah keine Möglichkeit, mit Österreich auf diesem Felde zu wetteifern [3]); dennoch war die frühere Anhänglichkeit und Loyalität unwiderruflich verloren; Argwohn und Beunruhigung traten an ihre Stelle [4]) und »alle Residenten der Reichsstände hegten die Überzeugung, daß die deutsche Reichsverfassung noch niemals größerer Gefahr ausgesetzt gewesen sei als jetzt, durch die Politik Josephs II.« [5]).

Unausweichlich wären allerdings die Folgen gewesen, wenn sich nicht ein Staat emporgerungen hätte, der der

---

[1]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« I, 58.

[2]) Tratschewskij, op. cit. 28.

[3]) P. A. v. 341 f. 284. Vergennes à Breteuil le 9 septembre 1780: »Il nous est impossible d'acquérir, je ne veux pas dire la prépondérance, mais même l'égalité avec la Cour de Vienne pour influencer les Chanoines d'Allemagne, quand même le Roi, ce qui serait difficile, serait prodigue en bénéfices et en pensions.«

[4]) Ib. v. 340 f. 456. Barthélemy à Vergennes le 24 décembre 1779: »Je remarque dans les agents et Ministres des Princes de l'Empire qui sont accrédités ici une grande inquiétude sur les vues de l'Empereur et une grande défiance de ses principes.«

[5]) Ib. v. 345 f. 295. Barthélemy à Vergennes le 1 août 1783.

österreichischen Macht das Gegengewicht zu halten imstande war: Preußen unter Friedrich II. Bekanntlich nahmen die Beziehungen zwischen dem König und Maria Theresia, die beide fast gleichzeitig den Thron bestiegen hatten, schon zu Beginn einen feindlichen Charakter an. Der Kampf endete zum Vorteile des jungen preußischen Staates, der Schlesien gewann. Die strenge preußische Disziplin, die Anspannung aller Kräfte der kleinen Monarchie und nicht zum mindesten der Genius Friedrichs machten es diesem König möglich, in der internationalen Politik und im deutschen Reich eine Stellung zu erringen, die ihn in die Lage versetzte, den Habsburgern den Rang streitig zu machen. Der Siebenjährige Krieg änderte nichts an dem Kräfteverhältnis der beiden Staaten; sie standen sich auch weiter feindlich gegenüber, auf den günstigen Augenblick wartend, da einer dem anderen einen entscheidenden Schlag versetzen könnte. Wir unterlassen es, Zeugen des Hasses und der Nebenbuhlerschaft beider Staaten anzuführen; das hieße eine längst klargelegte Wahrheit beweisen wollen. Umsonst versicherte Kaunitz den König bei der Zusammenkunft in Neustadt: »Schlesien sei eine vernarbte Wunde und bedürfe keiner Schonung mehr«; in Wirklichkeit blutete sie nach wie vor. Maria Theresia konnte den Verlust Schlesiens bis an ihr Lebensende dem »bösen Menschen, dem Ungeheuer nicht verzeihen« und sie stellte sich den König häufig als einen bösen Geist vor, der auf alle möglichen Mittel sinne, das Menschengeschlecht zu vertilgen [1]). Friedrich zahlte der Kaiserin mit gleicher Münze zurück und war derart »erzürnt über diese österreichische Ausgeburt, daß er sein Leben hergegeben hätte, sich an ihr zu rächen« [2]).

Mit dem Auftreten Josephs auf dem politischen Schauplatz schien sich der Horizont aufhellen zu wollen. Friedrich überschüttete in seinen Depeschen, die — wie alle genau wußten — interzipiert wurden, den jungen Kaiser mit Lobsprüchen und gab der Hoffnung Ausdruck, mit ihm in gutem Einvernehmen bleiben zu können, »worüber er sich sehr freuen würde, da

---

[1]) Zum Beispiel Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« II, 269.
[2]) Oeuvres de Frédéric le Grand, XXVI, 476.

persönliche Voreingenommenheit mehr als alles übrige den Geschäften schade«[1]). Joseph aber wünschte lebhaft, seinen berühmten Nachbarn kennen zu lernen; die beiden Herrscher begegneten einander auch wirklich zweimal — in Neisse und in Neustadt. Doch hatten diese Zusammenkünfte, die eine Annäherung zwischen beiden Monarchen hätten zustande bringen sollen, eher das entgegengesetzte Resultat[2]). Friedrich II. gewann den Eindruck, »es vergehe der Kaiser vor Ehrgeiz, er hege große Pläne und trage ungeduldig das Joch, das seine Mutter ihm auferlege«[3]). Joseph hingegen, der schon mit Vorurteilen nach Neisse gekommen war[4]), äußerte sich sehr kühl über den König[5]) und hielt es für nötig, ihm gegenüber auch in Kleinigkeiten auf der Hut zu sein[6]); dem Genius Friedrichs des Großen ließ er übrigens volle Gerechtigkeit widerfahren[7]). Die Teilnehmer dieser Zusammenkunft kamen zu der Überzeugung, daß alles beim alten bleiben werde[8]). Joseph wehrte sich später sehr energisch gegen die Behauptung, daß Friedrich ihn begeistert und ihm imponiert habe. Er wollte dem König gegenüber nie etwas anderes empfunden haben als Bewunderung für seine militärischen Talente und habe infolgedessen den Wunsch gehegt, einen so berühmten Heerführer von Angesicht zu Angesicht zu sehen[9]). Die Ereignisse der Jahre 1778 und 1779 vermochten die beiderseitige Feindschaft nur zu vermehren. Wir wissen, welche Befürchtungen der König bei der Thronbesteigung Josephs ausgesprochen hatte,

---

[1]) Politische Korrespondenz XXV, 76.

[2]) Arneth: Maria Theresia und Joseph II., I, 181: »Un homme que je ne puis nier piquer terriblement ma curiosité.«

[3]) B. A. Le Roi à Finckenstein le 29 août 1769.

[4]) Arneth: Maria Theresia und Joseph II. I, 187.

[5]) Ib. I, 307.

[6]) Ib. I, 300—308.

[7]) Ib. I, 308.

[8]) Mémoires de ma vie II, 78: »Nous nous séparâmes de nos hôtes prévenants non sans bien des embrassades et des assurances d'amitié réitérées, non sans penser chacun en son particulier que ces démonstrations n'empêcheraient pas qu'un jour ou l'autre nous pourrions nous prendre déréchef mutuellement par les côtes.«

[9]) P. A. v. 334 f. 219. Breteuil à Vergennes le 18 février 1778.

der seinerseits in Ausdrücken seines Hasses[1]) und seines Mißtrauens[2]) gegen Friedrich nicht wählerisch war. Als der preußische König hochbetagt im Jahre 1786 verschied, äußerte der Kaiser nur aufrichtiges Bedauern darüber, »daß er so lange am Leben geblieben sei«[3]). Die kühle Überlegung eines Leopolds und die erschütternden Ereignisse der französischen Revolution brachten es erst zuwege, daß die Habsburger und die Hohenzollern ihre Feindschaft für eine Zeit vergaßen.

V.

Bündnis von 1756 mit Frankreich, sein Zweck. Haltung Vergennes' und die öffentliche Meinung in Frankreich. Joseph II. und Frankreich. Maria Antoinette. Frankreich und Preußen.

Mit Haß und Ärger allein war jedoch noch nichts getan. Maria Theresia und ihr Sohn beschränkten sich denn auch nicht auf das Gebiet der Empfindungen: sie suchten nach einem Ausweg aus ihrer schwierigen Lage und nach einem wirksamen Mittel, ihren Feind zu vernichten, um die verlorene und so heiß ersehnte Hegemonie im deutschen Reiche wieder zu erlangen. Ein solches Mittel sahen sie im politischen Frontwechsel und in der Verzichtleistung auf die frühere dynastische Politik, mit einem Worte: in einem Bündnisse mit Frankreich. Das war »ein politisches Phänomen«, wie Vergennes schrieb, »ein ungeheuerliches System«, wie der erzürnte Soulavie sich ausdrückte. Die Zeitgenossen staunten über dieses Ereignis: »Die jahrhundertelange Feindschaft verwandelte sich plötzlich in Freundschaft, deren Dauerhaftigkeit eine achtzehnjährige Erfahrung bewies« — so rief 1774 Vergennes aus[4]). In der

---

[1]) D. A. Clemens an Stutterheim den 13. März 1782: »Man könne sich keine heftigere Feindschaft von einem Particulier gegen den anderen gedenken, als diejenige sey, welche der Kaiser gegen den König von Preußen habe.«

[2]) B. A. Jacobi au Roi le 27 août 1786: »Il considérait toujours le défunt Roi comme le plus grand ennemi de la Maison d'Autriche et avec lequel il ne serait jamais possible de vivre en bonne harmonie.«

[3]) Arneth: Joseph II. und Leopold etc. II, 34. Cf. Beer, op. cit. 240.

[4]) Sorel: »Recueil des instructions« I, 481.

Tat findet man die allgemeine Verwunderung begreiflich, wenn man bedenkt, welche Beziehungen vorher zwischen beiden Mächten geherrscht hatten. Das XVI., XVII. und das XVIII. Jahrhundert vergingen in unaufhörlichen Kämpfen zwischen den Habsburgern und den Bourbonen. Noch in den dreißiger Jahren des XVIII. Jahrhunderts schlugen sich die Franzosen mit den Österreichern um die Vorherrschaft in Italien und in den vierziger Jahren hätten sie sich wegen der Erbländer, die an Maria Theresia gefallen waren, bald in Stücke gerissen. Und acht Jahre später verwandelte sich dieser Haß wenn auch nicht in Freundschaft, wie Vergennes sagt, so doch wenigstens in ein Bündnis, das ganze 35 Jahre hindurch, ungeachtet aller Schwankungen und Mißverständnisse, fortdauerte.

Wie sonderbar, wie »widernatürlich« dieses Bündnis auch scheinen mochte, es entsprach doch völlig den gegebenen Verhältnissen. Läßt man die Biographien und Anekdoten beiseite, die nur zu viel dazu beigetragen hatten, den Wert des Bündnisses und seine Entstehung falsch zu beurteilen, so tritt vor allem eines klar und deutlich hervor: Frankreich traf das Übereinkommen von 1756 gegen England, Österreich gegen Preußen. Vergennes kam bei seiner Vorliebe für die Wiederholung von Gemeinplätzen oft auf folgenden Ausspruch zurück: »Jedes Bündnis«, so schrieb er, »hat den Vorteil beider Teile zum Zweck«, und Frankreich und Österreich fanden solche Vorteile in dem Versailler Vertrag von 1756. »Der Wiener Hof« — so charakterisiert Vergennes in einer Weisung an Breteuil in seiner pedantischen Art diesen Traktat — »kann über Italien und die Niederlande beruhigt sein; er braucht Frankreichs Bestrebungen, die stets seinem Einfluß im deutschen Reiche entgegenwirkten, nicht mehr zu fürchten; nun kann er alle seine Kräfte gegen Preußen und die Pforte richten; man kann nun endlich in Wien hoffen, daß Österreich die herrschende Macht auf dem Festlande sein werde, sobald es Frankreich und England zwinge, die ganze Aufmerksamkeit der Verstärkung der Flotte zuzuwenden. Für Frankreich besteht der Vorteil dieses Bündnisses darin, daß es sich gegen das Festland gesichert weiß und daher seine

Armee, die ihm so teuer zu stehen kommt, verringern kann; es trachtet nun bloß danach, seine Flotte zu verstärken, um England in Schach zu halten« [1]). Die Kolonialmacht Englands hatte allerdings im XVIII. Jahrhundert in demselben Grade zugenommen, als diejenige Frankreichs gesunken war; die englische Hegemonie zur See drohte eine fertige Tatsache zu werden und wenn Frankreich seine Stellung als See- und Handelsmacht aufrecht erhalten wollte, mußte es notgedrungen die traurige Sachlage ändern, welche die unglückliche Politik zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts geschaffen hatte. Auch die ehrgeizigen Pläne Friedrichs II. waren für niemand ein Geheimnis; die Besitzergreifung Schlesiens kennzeichnete sie deutlich genug und Österreich war bereit, seiner traditionellen Politik zu entsagen, um sich nur nur vor einer neuen Gefahr im Norden zu schützen. Der erste Versuch, das neue Bündnis praktisch zu erproben, endete traurig: Frankreich »verlor in Deutschland Kanada« und Friedrich verleibte Schlesien seinem Hause für ewige Zeiten ein. Aber in der Folge bewährte sich die Freundschaft der beiden Höfe. Österreich durfte sich ruhig den Umgestaltungen im Innern seines Reiches widmen, und ohne die Bourbonen zu fürchten, seine Grenzen auf Kosten Polens, der Türkei und Bayerns erweitern; Frankreich ging zum ersten- und letztenmal aus dem Kampfe mit England um die Vorherrschaft auf dem Meere als Sieger hervor.

Bei beiden Regierungen gab es jedoch neben den Punkten, in denen sich ihre Interessen vereinigten, solche, die sie trennten. Wie groß die gegenseitigen Vorteile dieses Bündnisses auch sein mochten, wie sehr bemüht man auch war, es durch Familienbande zu befestigen, indem man Ludwig XVI. mit Maria Antoinette vermählte, der eingewurzelte Haß war zu lebendig, die politischen und nationalen Bestrebungen gingen zu sehr auseinander, als daß dem Bündnisse nicht stets Gefahr gedroht hätte; den Grund hierfür gab immer

---

[1]) Sorel: »Recueil des instructions« Autriche. I, 484. Die gleiche Ansicht Kaunitzens bei Arneth-Flammermont: »Correspondance de Mercy« I, 237.

Österreich, niemals Frankreich, das unter der Regierung Ludwigs XVI. wohl die friedliebendste Macht Europas war. Die Zeit war lang vorüber, da die Ruhmbegierde des »Sonnenkönigs« Frankreich die Hegemonie in Europa zu verschaffen drohte; das stürmische Vordringen der revolutionären Bewegung sowie die gewaltigen Unternehmungen Napoleons I. konnte damals noch niemand voraussehen. Frankreich war zu sehr mit fruchtlosen Veränderungen an seinem staatlichen und gesellschaftlichen Gebäude beschäftigt, als daß es an Eroberungen gedacht hätte, und es strebte in seiner äußeren Politik nur danach, ein wenig sein internationales Prestige zu heben, das während der trägen, schändlichen Regierung Ludwigs XV. sehr gesunken war.

In solchem Geiste leitete auch Graf Vergennes, der durch volle dreizehn Jahre, bis zu seinem Tode, Minister des Äußern war, die Geschäfte. Seinem Charakter und seinen Grundsätzen widerstrebte »die Politik der Abrundung und der Kompensationen«, die im XVIII. Jahrhundert üblich war[1]). Im vollsten Sinne des Wortes ein Ehrenmann, wollte er dies auch auf dem Felde seiner Tätigkeit bleiben, was ihn oft naiv und pedantisch erscheinen ließ. Er freute sich aufrichtig, daß Frankreich es nicht nötig hatte, sich auf Kosten seiner Nachbarn zu bereichern und daß das Bündnis mit Österreich Eroberungspläne hinderte: »ein kriegerischer König würde eine derartige Sachlage bedauern, aber ein König, der sich als Staatsbürger fühlt, freut sich, daß die Umstände seine heilbringenden Grundsätze begünstigen«[2]). Und doch, gerade unter diesem so friedliebenden Minister fanden häufiger als unter allen anderen Reibungen mit Joseph II. statt; das Bündnis geriet oft bedenklich ins Schwanken. Daran trug aber nicht Vergennes, sondern der Kaiser die Schuld, der immer gerade das wollte, was das Versailler Kabinett unmöglich zugeben konnte, und der »stets fürs Nehmen, nie fürs Geben« war. Aus diesem Grunde brachte Vergennes der Politik des Kaisers großes

---

[1]) P. A. v. 327 f. 37: »Le principe aussi dangereux qu'illusoire de l'égalité d'accroissement.«

[2]) Sorel: »Recueil des instructions« I, 487.

Mißtrauen entgegen. Er zweifelte nicht an dessen redlichen Absichten[1]), er fand aber, daß Joseph II. einen »romantisch angelegten Charakter« habe, und daß »ein solcher Mann sich in der Wahl der Mittel keinen Zwang auferlege«[2]); er prophezeite dem Kaiser »eine unruhige Regierung und ein trauriges Ende«, wenn er nicht beizeiten »seine ländergierigen rastlosen Neigungen« unterdrücke[3]).

Im Grunde genommen sprach Vergennes nur aus, was die Mehrzahl der französichen Nation von dem Bündnisse mit Österreich hielt. Das Bündnis war beim größten Teil der Gesellschaft unpopulär. Schon unter Ludwig XV. wirkte man ihm entgegen und, wie Professor Tratschewsky sich ausdrückt, gab sich diese Stimmung durch das »Geheimnis des Königs« auch in offiziellen Kreisen kund. Unter Ludwig XVI. erlosch der Haß nicht, er nahm »eher zu, und wenn je den Thron der Bourbonen eine unbeliebte Königin eingenommen hatte, so war es Maria Antoinette, die ‚verhaßte Österreicherin'«. In den politischen Kreisen Frankreichs brachte man Joseph II. weder Vertrauen noch Sympathie entgegen, trotzdem manche Leute seine Fähigkeiten, seine Sorge für das allgemeine Wohl und die Einfachheit seiner Lebensweise bewunderten. Die französische Presse, die offizielle »Gazette de France« ausgenommen, trug bei jedem Mißerfolg Josephs unumwunden ihre Freude zur Schau und bemühte sich, die öffentliche Meinung gegen ihn aufzuwiegeln[4]); diese Stimmung war in Österreich bekannt und der Kaiser gab selbst zu, daß in Frankreich ein starkes Vorurteil gegen ihn herrsche[5]). Doch nahmen die Staatsmänner jener Zeit gewöhnlich von der öffentlichen Meinung wenig Notiz, und Vergennes sowohl wie Ludwig XVI.

---

[1]) P. A. v. 338 f. 49, le 13 janvier 1779: Vergennes à Breteuil le 13 janvier 1779: »S'il ne prend pas sur lui de combattre et de vaincre ses passions, il est bien à craindre qu'il ne finisse par devenir l'objet de la terreur de l'Europe et par conséquent le fléau contre lequel un chacun se trouvera interessé à se prémunir.«

[2]) Brief Vergennes' an Ludwig XVI. siehe Tratschewsky op. cit. 26.

[3]) P. A. v. 334 f. 235, Vergennes à Breteuil le 21 février 1778.

[4]) Arneth-Flammermont: Correspondance de Mercy II, 322, I, 404.

[5]) Arneth: Joseph II. und Leopold von Toscana, I, 2.

hielten es trotz aller Abneigung gegen Österreich für unmöglich, das mit ihm geschlossene Bündnis zu lösen.

Andrerseits konnte in Österreich von einem Bruche mit Frankreich nicht die Rede sein, so lange noch Maria Theresia lebte. Sie wünschte, als sie das Ende ihrer Tage herannahen fühlte, nichts so sehr als Frieden um jeden Preis; zärtlich liebte sie ihre jüngste Tochter und in dem Bündnisse mit Frankreich sah sie das Unterpfand für das Wohl Österreichs und die Ruhe Europas.

Österreichs Teilnahme an der ersten Teilung Polens, die Besetzung der Bukowina und der österreichische Erbfolgekrieg riefen allerdings in Frankreich lebhaften Unwillen hervor. Breteuil, der im allgemeinen an die Aufrichtigkeit des Wiener Kabinetts wenig glaubte, versicherte Vergennes häufig, Maria Theresia und Kaunitz seien wohl die einzigen, aber zum mindesten wahre Freunde des Versailler Hofes[1]).

Anders mußten sich die Beziehungen nach der Thronbesteigung Josephs II. gestalten, der ein ruhmliebender Herrscher war und in der Befestigung und »Abrundung« der Monarchie, in der »Regelung« ihrer Grenzen das Hauptziel seiner politischen Tätigkeit sah. Joseph liebte die Franzosen nicht — das war die allgemeine Ansicht. — Der boshafte Soulavie versicherte, daß der Anblick der blühenden südlichen Provinzen des Kaisers Seele mit Neid gegen den Wohlstand Frankreichs erfülle. Zu Friedrich II. gelangten zuverlässige Nachrichten, daß die Hebung des französischen Handels Joseph II. nicht schlafen lasse[2]). Der Graf Podewils kam zu der Überzeugung, daß »das Bündnis mit Frankreich dem österreichischen Monarchen, der dem Versailler Kabinett seit dem Teschner Frieden gram war, lästig sei«. In solcher Weise sprachen Österreichs Feinde; aber auch seinem erklärten Freund, Grafen Baschow, der durch einunddreißig Jahre dänischer Gesandter in Wien war, entging Josephs feindselige Stimmung nicht; er schob jedoch alle Schuld auf das treulose Betragen des königlichen

---

[1]) P. A. v. 334 f. 201. Breteuil à Vergennes le 3 janvier 1778: »Nous n'avons d'amis dans ce pays que l'Impératrice et Mr. de Kaunitz.«

[2]) Oeuvres de Frédéric le Grand, VI, 125.

Hofes [1]). Die Korrespondenz des Kaisers bestätigt vollauf die Beobachtungen der fremden Zeugen. Wir finden in ihr keine Spur von Sympathie für die verbündete Macht; im Gegenteil, Joseph benützt jeden Anlaß, um seine tiefste Verachtung gegen die Franzosen und ihre Regierung zum Ausdruck zu bringen. Von seiner Reise im Jahre 1777 brachte er die Überzeugung heim, daß die Franzosen in ihrer maßlosen Eitelkeit alles nur dem Schein zuliebe täten und daß man eigentlich in diesem Babylon »weder die Gesetze der Natur noch die des Gemeinwesens anerkenne« [2]). Die Regierung in diesem gottgesegneten Lande flößte ihm nicht die geringste Achtung ein. Den König hielt er, wenn auch nicht für ganz beschränkt, so doch für sehr wenig aufgeweckt und außerdem für apathisch [3]). Die ganze Macht befände sich in den Händen der Beamten, die nur an sich, nicht an das Wohl des Staates dächten [4]). Immer schärfer und schärfer lauteten die Urteile des Kaisers über Frankreich, je mehr es sich seinen politischen Plänen widersetzte. Im Jahre 1778 erwartete er keine Hilfe mehr von ihm, »denn die Schwäche des Königs und seiner Minister und der Verfall der Monarchie benahmen ihm alle Hoffnungen auf eine werktätige Hilfe des Königreiches« [5]). Als Frankreich zum Kriege mit England rüstete, zweifelte Joseph II. nicht, daß England siegreich aus dem Kampfe hervorgehen werde; er spottete über das unverständige, träge Vorgehen Frankreichs [6]) und sah die Ursache hierfür in dem völligen Mangel an Tatkraft [7]).

[1]) Archiv für österreichische Geschichte XXXVII, 466: »Il est de notoriété publique que l'Empereur et ceux qui sont particulièrement attachés à Sa personne ont été de tout temps peu portés pour une alliance intime avec la France.«

[2]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« II, 132, 133.

[3]) Ib. II, 139: »Cet homme est un peu faible, mais point imbécile; il a des notions, il a du jugement, mais c'est une apathie de corps comme d'esprit. Il fait des conversations raisonnables, il n'a aucun goût de s'instruire, ni curiosité; le ‚fiat lux' n'est pas venu, la matière est encore en globe.«

[4]) Ib. II, 133.

[5]) Ib. III, 154.

[6]) Arneth: Joseph II. und Katharina v. Rußland« 15, 16.

[7]) Ib. 16: »C'est le défaut de l'ensemble, celui des résolutions vigoureuses, éxécutées avec secret et hardiesse, celui de la combinaison et de la réunion de tous les moyens à un seul objet qui me font juger

Mochte er aber gegen Frankreich noch so feindselig gesinnt sein, mochte er die Regierung dort noch so sehr verachten, an dem Bündnisse hielt er dennoch fest. Die Vorteile, die es brachte, waren zu augenfällig. Kaunitz konnte daher mit ruhigem Gewissen Mercy versichern, der junge Kaiser sei »grundsätzlich für das Bündnis«. Nicht nur in seinen offiziellen Briefen an Ludwig XVI. versicherte Joseph dem Schwager, er werde in die Fußstapfen weiland der Kaiserin treten [1]), sondern auch in seinen vertrauteren Mitteilungen an Maria Antoinette sprach er die feste Absicht aus, das Bündnis nicht zu lösen. Wie ernst er diese dynastischen und politischen Bande nahm, beweist seine ungeheuchelte Freude bei der Geburt des Dauphins. Das kurze Schreiben, das er bei diesem Anlaß an Kaunitz richtete, atmet lebhaftes Entzücken [2]), und das neidische Auge Riedesels bemerkt sofort den Eindruck, den dieses Ereignis hervorgebracht hatte [3]). Es handelte sich dabei für Joseph nicht um ein Familienfest, um einen Glückwunsch an die Schwester, die er zwar wenig, aber immerhin doch liebte, sondern hauptsächlich darum, daß sich Maria Antoinettes Stellung und Einfluß bei Hofe durch die Geburt eines Sohnes befestigte und ihr mehr Möglichkeit und Spielraum bot, für Österreichs Interessen zu wirken.

Die Königin war in der Tat ein wichtiges Bindeglied wenn nicht zwischen den beiden Völkern, so doch zwischen den Höfen, mit anderen Worten auch zwischen den Staaten, wenn man die damaligen Verhältnisse in Betracht zieht. Das Ausland sah ebenfalls in der Eheschließung Ludwigs XVI.

---

que ce n'est pas d'une tête qui voit tout, qui combine tout, qui peut tout et qui ne désire que le bien et qui ne craint que pour l'État l'issue des événements, que les dispositions molles et lentes de cette guerre proviennent.«

[1]) Arneth: »Maria Antoinette« etc. 23, 24.

[2]) Beer, op. cit. 109.

[3]) B. A. Riedesel au Roi le 3 novembre 1781: »On dirait que la naissance du Dauphin a donné une nouvelle existence à la Monarchie autrichienne. L'Empereur a fait ouvrir tous les spectacles gratis pendant un jour. Il a même dit que cette nouvelle lui avait fait autant de plaisir que s'il avait gagné une bataille en personne.«

mit Maria Antoinette ein Unterpfand der gegenseitigen Freundschaft und überschätzte auch manchmal die Bedeutung dieser Heirat. Riedesel hielt einen Bruch zwischen Frankreich und Österreich für unmöglich, so lange die Königin lebte[1]; Friedrich II. fürchtete ihren zu großen Einfluß auf den Gatten[2]; Stutterheim erhielt aus Paris verzweifelte Nachrichten darüber, daß der Kredit der Königin wachse und sich befestige[3]. Diese Befürchtungen waren insofern begründet, als Maria Antoinette zweifellos den Wunsch hegte, ihrem Bruder bei seinen Unternehmungen behilflich zu sein. Von Kindheit auf war sie zufolge des großen Altersunterschiedes gewöhnt, ihn als ihren Vater, als das Haupt der früh verwaisten Familie anzusehen; auch als Gemahlin des Königs von Frankreich bewahrte sie ihre pietätvollen Gesinnungen und verleugnete niemals ihr Blut. Auf dem Throne der Bourbonen blieb sie immerdar »die Österreicherin«. Ihre Anhänglichkeit an das österreichisch-französische Bündnis kannte keine Grenzen: sie sah darin das Unterpfand ihres Glückes und Friedens und hielt es für ihre Pflicht, sobald Joseph die Unterstützung oder Neutralität des Versailler Hofes benötigte, mit Bitten und Schmeicheleien bei ihrem Gemahl, mit Drohungen bei den Ministern für den Wunsch des Bruders zu wirken. So sah man in Frankreich sehr ungern Josephs Bündnis mit Rußland. Die Königin aber trachtete danach, diesen »Unwillen abzuschwächen«[4], indem sie dem Grafen Sjewernij im Jahre 1782 einen sehr liebenswürdigen Empfang bereitete, während der Held des Siebenjährigen Krieges, Prinz Heinrich von Preußen, als er in Paris

---

[1]) B. A. Riedesel au Roi le 23 juillet 1783: »La France, vu ses dettes et la partialité mal raisonnée sans doute, mais très-forte de la Reine pour l'Empereur son frère et pour son crédit dans le Cabinet, ne peut songer à changer de système politique et à rompre l'alliance avec l'Autriche.«

[2]) B. A. Le Roi à Riedesel le 13 juillet 1784: ». . . Le parti de la Reine est trop bien affermi.«

[3]) D. A. Stutterheim an Clemens, den 19. März 1783: »Man sieht auch allhier, daß der Einfluß dieser Prinzessin in den Geschäften . . . merklicher wird und führt als einen Beweis dabey die Ernennung des Baron (sic!) von Adhemar zu dem wichtigen Posten in London.«

[4]) Arneth-Flammermont: »Correspondance de Mercy« I, 66.

anlangte, zu fühlen bekam, daß auch hier Schlesien noch nicht vergessen sei [1]). Die unfreundliche Note des französischen Ministeriums über die Wegnahme der Krim durch Rußland fand sie »unanständig« (malhonnête). Niemand bemühte sich so eifrig wie die Königin für die Freigebung der Scheldemündungen; in den Holländern sah sie ihre persönlichen Feinde, weshalb sie deren Beschützer, Vergennes, zu hassen begann [2]); ihrer Überzeugung nach war ihr Bruder völlig im Recht, über das Betragen »dieses Landes«, nämlich desselben Landes, dessen Königin sie war, Klage zu führen. Joseph II. kannte die Gesinnung der Schwester und wandte sich daher immer an sie um Beistand; niemals erlebte er hierin eine Enttäuschung und sie antwortete ihm stets ohne Umschweife, »ihr Eifer und ihre Bemühungen würden immer die gleichen bleiben«.

Der Königin Eifer war in der Tat groß, aber das Ergebnis entsprach selten ihren Bemühungen. Leopold von Toscana, der alles, was sich in Frankreich ereignete, im schwärzesten Lichte sah, hatte längst aufgehört, von dieser Seite Gutes zu erwarten [3]). Mercy, der den Geschäften am nächsten stand und kraft seines Berufes den König für die Interessen Österreichs gewinnen wollte, gestand verdrießlich, daß seine Bemühungen fruchtlos geblieben seien. »Der König — so schrieb er — schien zuerst mit seiner Gemahlin übereinzustimmen, schließlich aber schenkte er doch seinen Ministern Gehör« [4]). Kaunitz versuchte, mit der philosophischen Resignation des alten, verständigen, lebensklugen Mannes, seinen »armen Freund« zu trösten und zu überreden, »er möge sich wegen einer Sache, die sich ja doch nicht ändern lasse, nicht zu sehr

---

[1]) Arneth: »Maria Antoinette etc.« 46. »Le Prince Henri doit partir en deux jours et j'en suis d'autant plus aise qu'il s'occupe d'intrigues et d'échauffer les esprits.«

[2]) Ib. 51: »Sa conduite est un tissu de fausseté, de faiblesse, et de craintes des propos de ce pays-ci.«

[3]) Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« I, 265: »Je vois bien que la Reine fait ce qu'elle peut, mais elle ne peut pas beaucoup, son crédit même sur le Roi ne fait pas d'effet, vu le peu de capacité, de fermeté et de volonté du Roi.«

[4]) Arneth-Flammermont: »Correspondance de Mercy« I, 347.

aufregen, oder gar krank machen«[1]). Joseph II. gab sich nach dieser Richtung auch keinen Hoffnungen hin; er wendete sich mehr zur Beruhigung seines Gewissens an Maria Antoinette und begriff sehr gut, daß nicht bei ihr, sondern bei den Ministern die Hauptstütze zu suchen sei. Der Kaiser hielt Vergennes für allmächtig auf dem Gebiete der auswärtigen Politik[2]). Die Königin sah ihre Ohnmacht mitunter ein[3]) und beklagte sich darüber in bitteren Worten bei ihrem Bruder, den sie gleichzeitig wegen der Nutzlosigkeit ihrer Vermittlung um Verzeihung bat. Sie schob die Schuld auf die Tücke des Grafen Vergennes und auf den verschlossenen, schweigsamen, eigensinnigen Charakter des Königs.

Maria Antoinette sprach in vieler, aber nicht in jeder Beziehung die Wahrheit. Leopold sowohl wie Joseph und Mercy erkannten, daß Ludwig XVI. schwer zu behandeln, daß es unmöglich sei, von ihm eine offene, entschiedene Antwort zu erhalten; doch schrieben sie auch der Königin einen großen Teil der Schuld zu. Bei aller Liebe zur Schwester erkannte der Kaiser ihre Fehler und fand, daß bei ihrer Leichtlebigkeit, Sorglosigkeit, ihrem Mangel an Takt und ihrem Unvermögen, den König zu behandeln — ihre Bemühungen zu keinem Ziele führen könnten[4]). Mercy geriet in Verzweiflung über seine »Schülerin«, verwünschte oft seine Stellung als »Vizekönig«, wie ihn Friedrich II. nannte, und wußte nicht, wo er die Sache anpacken solle. Wie dem auch sei, Joseph durfte von dieser Seite nicht viel erwarten; Maria Antoinette konnte nur einen endgültigen Bruch verhindern, sie war aber nicht in der Lage, werktätige Hilfe zu leisten. Der Kaiser mußte sich bei der Ausführung seiner Pläne auf seine eigenen Kräfte beschränken und durfte in Frankreich nicht einen

[1]) Ib. II, 85: »Ne comptons jamais sur rien de sa part et contentons-nous d'en tirer comme d'un mauvais payeur tout ce que nous pourrons. Je conviendrai avec Vous, mon bon ami, si Vous voulez, que ça fait d'assez tristes consolations; mais que faire? Quand on ne peut pas tout ce qu'on voudrait, il faut savoir se contenter de ce qui est possible.«

[2]) Beer: op. cit. 191.

[3]) Arneth: »Maria Antoinette etc.« 39: »Je ne m'aveugle pas sur mon crédit, je sais que je n'ai pas grand ascendant sur l'esprit... du Roi.«

[4]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« II, 134.

Verbündeten sehen, sondern im besten Fall eine neutrale Macht — im schlimmsten aber einen Gegner und Feind.

Auf eines nur konnte er sich doch immer verlassen: darauf, daß Frankreich mit dem verhaßten Preußen kein Bündnis eingehen werde, trotzdem man es in Wien nicht wenig befürchtete; man wußte dort, daß Friedrich II. alles daran setzen werde, um diese Idee zu verwirklichen und das österreichisch-französische Bündnis zu spalten. Wiederholt bat der Kaiser seinen Schwager und seine Schwester, den Verleumdungen des preußischen Königs keinen Glauben beizumessen, da dieser Fürst stets bereit sei, Joseph alle erdenklichen, unheilschwangeren Absichten anzudichten, nur um ihn mit dem Verbündeten zu entzweien [1]. Der Kaiser klagte dies auch Katharina II. [2] Wie man in Frankreich jeden Annäherungsversuch Josephs an England argwöhnisch beobachtete, so wachte man hinwieder in Wien eifersüchtig über die Beziehungen, die Preußen zum Versailler Hofe unterhielt. Maria Theresia, die so sehr an dem Bündnisse festgehalten, wäre bereit gewesen, davon zurückzutreten, wenn die beiden Kabinette sich einander genähert hätten. Kaunitz schrieb an Mercy, »der Kaiser mißbillige das Liebäugeln Frankreichs mit Preußen noch mehr, als die gute, selige Kaiserin es getan habe« [3]. Und während Friedrich II. mit allen Kräften darauf hinwirkte, Ludwig XVI. mit Joseph II. zu entzweien, dachte man in Wien nur daran, jeder Annäherung der Höfe Versailles und Potsdam entgegenzuwirken. Breteuil erriet die geheimen Absichten des Wiener Hofes: »Dort«, so schrieb er an Vergennes, »will man durchaus von uns Drohungen gegen den preußischen König hören und uns zum Schreckgespenst Preußens machen« [4]. Da ein solcher Plan durchaus nicht gelingen wollte, waren die Österreicher auf das Schlimmste gefaßt. Besonders hartnäckig lauteten die unheilverkündenden Gerüchte zur Zeit der Zwistigkeiten mit Holland; der Korrespondent der Gazette

---

[1]) Arneth: »Maria Antoinette etc.« 24.

[2]) Arneth: »Joseph und Katharina von Rußland« 123.

[3]) Arneth-Flammermont: »Correspondance de Mercy« I, 31.

[4]) P. A. v. 334 f. 94.

de Leyde [1]) schreibt aus Paris, daß »zwischen Frankreich und Preußen schon Unterhandlungen stattfänden« [2]); dasselbe wurde in Wien und Lüttich veröffentlicht [3]). Selbst Maria Antoinette leugnet, obgleich sie ihren Bruder tröstet, »Goltz und sein Gebieter hätten in den Augen des Königs sehr verloren« [4]), doch nicht so ganz den preußischen Einfluß; daran zweifelte übrigens Joseph nicht, wie aus seinen Briefen erhellt, die in gereiztem Tone gehalten waren [5]).

Die Österreicher waren nicht ganz im Unrecht mit ihrem Argwohn; in Frankreich gab es wirklich eine preußenfreundliche Partei, und zwar eine sehr mächtige; Friedrich II., »der große Held«, war jedenfalls beliebter als Joseph und selbst Maria Theresia; im Ministerium sogar hatte Preußen entschiedene Parteigänger, u. a. Ségur und de Castries. Aber im allgemeinen verhielt sich die französische Regierung dennoch kühl und zurückhaltend gegenüber dem preußischen Staat. Vergennes hielt es allerdings in vieler Hinsicht für nötig, Friedrich II. rücksichtsvoll zu behandeln und ihm »mit der Geneigtheit zu begegnen, die zwischen weltkundigen Herrschern geboten ist«; der Minister wünschte dies hauptsächlich deshalb, weil er die Gefahr eines Bündnisses Preußens mit England abwenden und auch verhindern wollte, daß Friedrich Schweden vor den Eingriffen Rußlands schütze [6]). Damit war Vergennes aber nicht zu Ende; es gab noch einen anderen Grund und vielleicht war dieser der wichtigste: Preußen war Frankreich teuer, weil es die einzige Macht war, die im deutschen Reiche

---

[1]) Gazette de Leyde, 1784, Nr. 104.

[2]) Journal historique et politique le 30 octobre 1784: »On parle encore, quoique confusément de la France, de la Russie, de la Suède qui doivent se réunir comme garantes du traité de Munster.«

[3]) Esprit des Gazettes le 22 avril 1785: »On a beaucoup parlé dans le temps de l'alliance formée ou prête à se former d'une manière plus étroite entre la Cour de Versailles et celle de Berlin.«

[4]) Arneth: »Maria et Antoinette etc.« 87.

[5]) Ib. 31: »La France a prêté très-souvent l'oreille aux calomnies prussiennes et n'a jamais abandonné un instant de se ménager par toutes sortes de cajoleries cet ennemi conjuré et enragé, l'on peut le nommer ainsi, de l'Autriche.«

[6]) P. A. v. 331 f. 146. Vergennes à Breteuil le 30 août 1777.

ein Gegengewicht gegen Österreich bilden konnte[1]). Deshalb hätte es der Politik der französischen Staatsmänner gar nicht behagt, wenn die beiden Rivalen sich versöhnt und ihre Feindschaft vergessen hätten; das wäre auf Kosten des französischen Einflusses in Deutschland geschehen. An diese Anschauung hielt sich Barthélemy[2]) und Vergennes atmete auf, als die Begeisterung des jungen Kaisers für Friedrich II. so rasch verflogen war[3]). Der Versailler Hof brauchte den preußischen König als ultima ratio, als Drohungsmittel gegen Österreich, sobald dessen Absichten Frankreich gefährlich wurden. Breteuil scheute sich auch nicht, dieses Mittel möglichst oft anzuwenden[4]).

Von derartigen praktischen Anschauungen bis zu einer Hinneigung zu Preußen war aber noch ein weiter Weg. Vergennes mochte Friedrich geradezu nicht leiden; des Königs kühnes, rücksichtsloses Vorgehen stimmte nicht mit den pedantisch-ehrenhaften Grundsätzen des Ministers überein; dieser würdigte zwar Friedrichs hohe Begabung und Verdienste um Preußen, er hütete sich aber vor jeder Annäherung an ihn, »da der persönliche Charakter des Königs und die Grundsätze, nach denen er handelte, es nicht erlaubten, mit ihm Beziehungen zu unterhalten, wie sie bei der Stellung beider Höfe zu einander bestehen könnten«[5]). Er verurteilte streng das Bestreben des Berliner Hofes, die Freundschaft

---

[1]) Sorel: op. cit. I, 495 und Tratschewsky, op. cit. 48: »Pièces justificatives.«

[2]) P. A. v. 343 f. 149. Barthélemy à Vergennes le 25 septembre 1781: »Il me semble, Monseigneur, que nous ne devons point désirer que cette division entre les Cours de Vienne et de Berlin cesse et fasse place à un conceart plus intime.«

[3]) Ib. v. 328 f. 328. Vergennes à Breteuil le 21 décembre 1778: »S. M. a remarqué avec plaisir... que l'engouement de l'Empereur pour le Roi de Prusse, s'il existe, est considérablement diminué.«

[4]) Ib. v. 328 f. 23. Breteuil à Vergennes le 26 juillet 1775: »J'ai dit à l'Impératrice qu'il fallait prendre garde que de petites jalousies manifestées entre nous ne donnassent lieu au Roi de Prusse d'acquérir à nos dépens une influence, dont la force seule de notre mutuelle confiance peut l'exclure...«

[5]) Sorel: op. cit. I, 494.

zwischen Österreich und Frankreich zu zerstören, und er hielt sich bloß »aus Respekt« davor zurück, das Betragen des Königs näher zu bezeichnen; er war zu dem Schlusse gelangt, daß »jedes Bündnis mit dieser Macht unmöglich sei, wenn man nicht alle Rechtlichkeit und alle menschlichen Gefühle beiseite setzen wolle«[1]. Vergennes wehrte sich hartnäckig gegen die Behauptung, er sei ein Anhänger Preußens; »ich bin weder Österreicher, noch Preuße«, so erklärte er stolz; »ich bin Franzose«[2]; an diesem Gesichtspunkte hielt er auch in der Politik fest und blieb daher dem Bündnisse mit Österreich treu, ohne jedoch Preußen Anlaß zur Unzufriedenheit zu geben.

VI.

Verhalten Josephs zu England.

Gleichsam als Entlohnung befolgte Österreich dieselbe Politik gegenüber England. Auch hier stiegen häufig Wolken auf dem politischen Horizont auf, auch hier behielten eigentlich die Beweggründe zum Bündnis vom Jahre 1756 die Oberhand. Es fehlte nicht an Gerüchten und Vermutungen, die Österreich ungünstig waren. Es wurde vom Ausland für den heimlichen Freund und erklärten Gönner Englands gehalten. Von Maria Theresia glaubte man noch, daß sie im amerikanischen Kriege, aus Liebe zu ihrer Tochter, neutral bleiben werde, aber von Joseph wurde behauptet, er hege große Vorliebe für Großbritannien[3]. Stutterheim merkt schon im Jahre 1780, daß die »Beziehungen zwischen den beiden Höfen sich zusehends besseren«[4].

Als Riedesel wieder einmal häßliche Gerüchte über Joseph mitteilte, warf er diesem doppelzüngige, hinterlistige Politik vor und versicherte ernsthaft, der Kaiser und Kaunitz seien bereit, Frankreich für einige Millionen Gulden an England zu

---

[1]) Ib. 495.

[2]) P. A. v. 349 f. 175. Vergennes à Noailles le 11 mars 1785.

[3]) D. A. Pezold an Stutterheim den 2. Februar 1780: »Jeder glaubt, daß der Kaiser determinierte Vorliebe für Engelland hege.«

[4]) D. A. Stutterheim an Pezold den 26. Juli 1780.

verkaufen[1]) In Versailles glaubte man diesen Ausstreuungen und »verdächtigte den Kaiser der Sympathie für Großbritannien«[2]). Vergennes beobachtete dieses Verhältnis auf das schärfste und kam zu der Überzeugung, »in Wien behalte man eine Annäherung an England im Auge für den Fall, als Umstände dazu zwingen würden, das Bündnis mit dem König zu lösen«[3]). Breteuil äußerte sich nach dieser Richtung in seinen vertraulichen Briefen sehr abfällig[4]) und sprach selbst in seinen Berichten an Ludwig XVI. sehr klar darüber seine Meinung aus[5]). Die unerfreulichen Meldungen der Gesandten bestärkten die Befürchtungen des Ministers. Breteuil hielt eine Erneuerung des traditionellen englisch-österreichischen Bündnisses für sehr möglich[6]). Barthélemy, der wie gewöhnlich übertrieb, ging so weit, zu behaupten, »S. M. vermenge im Grunde seines Herzens die Interessen seines Volkes mit denen des britischen Hofes«[7]) und er prophezeite dem Versailler Vertrage ein baldiges Ende[8]). Diese Gerüchte und

---

[1]) B. A. Riedesel au Roi le 8 mars 1780: »Le Prince de Kaunitz tâchera d'échauffer le zèle de Mr. Keith (englischer Botschafter in Wien) autant que possible, et s'il pouvait parvenir à obtenir de l'Angleterre, ne fût-ce que 2 à 3 millions de florins de subsides annuels et continués après la paix, je ne doute pas qu'on n'immole le traité de Versailles à une somme si propre pour construire les forteresses et remplir les autres plans qui roulent dans la tête de l'Empereur.«

[2]) D. A. Stutterheim an Pezold den 22. März 1782.

[3]) Sorel, op. cit. I, 464.

[4]) P. A. v. 342 f. 99. Vergennes à Breteuil le 4 mars 1781: »Nous n'avons pas été étonnés des sentiments que l'on a affecté d'exprimer à Vienne à l'occasion de la rupture, survenue entre l'Angleterre et la Hollande. L'anglomanie est le ton prédominant à la Cour Impériale et tout ce qui peut nuire à la Grande-Bretagne y est regardé comme un malheur, surtout lorsqu'il en peut résulter quelque avantage pour la France.«

[5]) Tratschewsky, op. cit. Pièces justificatives, 28.

[6]) P. A. Breteuil à Vergennes le 10 janvier 1778 (v. 334 f. 42): »Je présume que le Ministère d'Angleterre pourrait bien regarder l'évènement de la Bavière comme un moyen de rappeller l'ancien système de sa Cour et de celle-ci.«

[7]) Ib. v. 340 f. 435. Barthélemy à Vergennes le 24 décembre 1779.

[8]) Ib. f. 445. Barthélemy à Vergennes le 24 décembre 1779: »Si l'Empereur en devenant le maître trouvait l'Angleterre dans une position un peu respectable, je crois que le traité de 1756 serait sacrifié.«

Befürchtungen entbehrten jeder Begründung. Joseph empfand wohl gegen England nicht, wie gegen Frankreich, Haß oder auch nur Abneigung, wenigstens nicht zu Beginn seiner Regierung; er sympathisierte eher mit diesem Staat. Sowohl er als auch Kaunitz sahen in England das notwendige Gegengewicht gegen die Übermacht Frankreichs [1]), ebenso wie man in Versailles über die Beziehungen zu Österreich und Preußen dachte. Der Kaiser hatte im Jahre 1774 ernstlich die Absicht gehegt, England zu besuchen, und nur die Furcht, Frankreich allzusehr zu verstimmen, hatte ihn davon zurückgehalten [2]).

Der tatsächliche Nutzen stand ihm eben doch weit höher als die Befriedigung seiner, wenn auch durchaus nicht müßigen, Neugierde. Dem Kaiser lag daran, den Argwohn des französischen Hofes, der ihm aus aufgefangenen Depeschen, aus Berichten Mercys und aus Zeitungsartikeln bekannt war, zu beschwichtigen. Er redete seinem Schwager zu, »nicht auf die Dummheiten zu hören, die sein lieber Nachbar Friedrich über seine Hinneigung zu England verbreite« [3]), und zwar waren dies nicht bloß offizielle Versicherungen; Joseph schrieb auch seinem Gesandten in Holland, Baron Reischach, daß »er aus Sympathie und Überzeugung für das Bündnis mit Frankreich sei«, daß »ihn nichts an England feßle«, und daß »er immer diesen Grundsätzen gemäß vorgehen werde« [4]). Er wollte sogar »gern die unverschämten Engländer ein wenig demütigen« [5]). Diese Erklärungen waren um so glaubwürdiger, als sie nicht dem Gefühle, sondern dem Verstande entsprangen; der Kaiser hielt ein Bündnis mit Frankreich für vorteilhafter als ein solches mit England [6]). Als nun gar der amerikanische Krieg gegen

---

[1]) Schlitter: »Kaunitz, Philipp v. Cobenzl und Spielmann.« Ihr Briefwechsel. 1899, p. 48.

[2]) Calvi: »Curiosità, storiche e diplomatiche del secolo decimo ottavo« 1878, 419: »Faites-moi, mon cher Comte, un projet, comment Vous croiriez que je pourrais voir l'Angleterre.«

[3]) Arneth: »Maria Antoinette etc.« 24.

[4]) Arneth-Flammermont: »Correspondance de Mercy« I, 129.

[5]) Ib. II, 550: »Je voudrais que l'impertinence anglaise soit un peu rabaissée.«

[6]) Ib. I, 27: »Même s'il y avait dans mon coeur ou dans ma raison ce désir, l'époque ne serait pas bien favorable pour sa réalisation.«

alle Erwartung und zur Verwunderung der ganzen Welt die Überlegenheit der französischen Flotte über die englische bewies, regte sich in Joseph II. tiefste Verachtung gegen Großbritannien. Er nannte die englischen Minister, die mehr intrigierten als arbeiteten, »Spitzbuben« und prophezeite, England werde an seinem auf Bestechung [1]) beruhenden parlamentarischen Regime zugrunde gehen. Der Friede vom Jahre 1783 besiegelte in seinen Augen den Verfall des stolzen Albion und erniedrigte es zu einer Macht zweiten Ranges. »Leb' wohl, Reichtum und Bedeutung Englands«, schrieb Joseph an seinen Bruder Leopold [2]). Man konnte an Großbritanniens Beispiel lernen, wie man die Dinge n i c h t machen sollte [3]), und Joseph II. war nicht danach geartet, ein Bündnis mit dem Schwachen einem solchen mit dem Starken vorzuziehen. Er zeigte auch durch seine Taten dem Londoner Kabinett, wie wenig ihm dessen Geneigtheit gelte. Ohne Schwanken bekannte er sich, um Katharina II. zu gefallen, zur bewaffneten Neutralität; während des amerikanischen Krieges stand er England weder mit Geld bei, noch intervenierte er zu dessen Gunsten; nach Möglichkeit nützte er die Vorteile seiner Lage aus, indem er die neutralen belgischen Häfen vergrößerte. Man kann im großen und ganzen sagen, daß Österreich seine Bundespflichten zur Zeit der Thronbesteigung Josephs II. gewissenhaft erfüllt hat; es erntete aber auch die Früchte seiner Politik: seine linke Flanke war geschützt.

VII.

Josephs II. Verhalten gegen Polen.

Daran lag aber dem Kaiser wenig; auch von der rechten Seite her drohte Gefahr, besonders wenn es im Südosten unruhig zu werden begann. Man meinte in Wien, es sei genug an e i n e m solchen Feinde wie Friedrich, und man strebte mit allen Kräften danach, ihn gänzlich zu isolieren. Es handelt sich hier durchaus nicht um Polen. Die polnische Frage,

---

[1]) Calvi: op. cit. Nr. 436: «Dites-moi, je Vous prie, lequel des deux ministres est le plus fripon?«

[2]) Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« I, 149.

[3]) Arneth: »Joseph II. und Katharina von Rußland« 195.

die Österreichs Aufmerksamkeit in den siebziger Jahren des XVIII. Jahrhunderts, zur Zeit der ersten Teilung, ganz in Anspruch genommen hatte, trat völlig in den Hintergrund, als Joseph II. den Thron bestieg. Wie sehr man auch überall die ehrgeizigen Pläne des Kaisers fürchtete, so waren doch alle ernsten Politiker überzeugt, daß in der nächsten Zukunft eine zweite Teilung nicht zu erwarten stehe. In die Zeitungen schlichen sich wohl manchmal Bemerkungen über die Möglichkeit eines solchen Ereignisses ein, aber nicht einmal die Redakteure maßen ihnen Bedeutung bei, sie sagten selbst, »sie entbehrten jeder Begründung«[1]), und entschuldigten ihre Veröffentlichung damit, daß man aus Mangel an pikanten und interessanten Neuigkeiten mit dem ersten besten Klatsch vorlieb nehmen müsse. Von den Diplomaten ließ sich bloß Stutterheim[2]) verleiten, Clemens darauf aufmerksam zu machen, daß »man bald auch Polen einstecken« werde, aber er schämte sich gar bald seiner Leichtgläubigkeit und nahm in der darauffolgenden Depesche diese Behauptung zurück. Die französischen Gesandten, die ein scharfes Auge für die Ereignisse in Polen hatten, konnten nichts Verdächtiges bemerken; sie beschränkten sich darauf, sorgfältig und eifrig alle Unbill, die den Galiziern widerfuhr, zu notieren. Überhaupt hatte sich die französische Regierung, nachdem der erste Ärger über die Teilung im Jahre 1772 verflogen war, mit der vollbrachten Tatsache ausgesöhnt und verhielt sich ganz gleichgültig gegen ihren einstigen Bundesgenossen. Schon Ludwig XV. begnügte sich in seiner maßvollen Art mit der Erklärung, daß er es nicht für möglich halte, einen Artikel über den Schutz der neuerlich mit Österreich[3]) vereinten polnischen Ländereien in den Bündnisvertrag einzubeziehen; Vergennes fand sogar die Teilung für Frankreich vorteilhaft, »weil dadurch Uneinigkeit und Mißgunst unter denen entstünde, die an diesem politischen Raube beteiligt seien«[4]). Ja noch mehr, als die

---

[1]) Journal Général de l'Europe le 3 mars 1787.

[2]) D. A. Stutterheim à Clemens le 15 mars 1784.

[3]) Sorel: op. cit. I, 486.

[4]) Ib. 487. Dieses Urteil Vergennes' ist typisch und charakteristisch für seine politische Persönlichkeit.

»Räuber« Österreich und Rußland im Jahre 1788 anläßlich des Abschlusses der Quadrupelallianz als conditio sine qua non von Frankreich verlangten, es solle für die Unantastbarkeit der in die Teilung nicht einbezogenen Gebiete Polens, auf die Preußen ein Auge geworfen hatte, die Bürgschaft übernehmen, bildete diese Forderung einen Stein des Anstoßes bei den Verhandlungen.

Das Versailler Kabinett konnte übrigens ruhig sein: Joseph wünschte aufrichtig, Polen in dem Zustand, in dem es sich eben befand, zu erhalten, und das feierliche Versprechen, das er Stanislaus Poniatowski in Korsun gegeben, »er werde an keinen Baum in Polen rühren« [1]), war keine Phrase. Einer der Artikel des mit Rußland am 21. Mai 1781 abgeschlossenen Vertrages enthielt die Bedingung, die Ordnung und Ruhe im polnischen Staate müsse aufrechterhalten, die Verfassung vom Jahre 1773 und die Unantastbarkeit der Grenzen der Republik müßten garantiert werden [2]). Diese Mäßigkeit Josephs, die von der ganzen damaligen Presse gerühmt wurde, erklärt sich aus sehr einfachen Gründen: der Kaiser meinte ganz richtig, eine neue Teilung, die abermals zwischen denselben drei Mächten stattfinden würde, müsse für Preußen viel vorteilhafter als für Österreich sein. Daher wies er mit einer selbst für ihn ungewöhnlichen Schroffheit alle dahin zielenden Kombinationen zurück [3]). Von dieser Seite war also Joseph vor allen Mißverständnissen sicher, um so mehr, als Polen vollständig geschwächt war.

---

[1]) Beer: op. cit. 260.

[2]) Arneth: Joseph II. und Katharina von Rußland, 76, 85.

[3]) Arneth-Flammermont: »Correspondance de Mercy« II, 151: »Je suis bien éloigné de jamais souscrire à de pareilles conditions; je suis plutôt résolu à faire la guerre à toute outrance que de faire avoir à la Prusse un . . . seul village, puisque dans l'état actuel des choses je ne puis regarder le Roi de Prusse que comme l'ennemi irréconciliable de ma Maison, et la moindre augmentation de sa part que comme un préjudice qui m'en reviendrait. Je n'y acquiescerai donc jamais, devrais-je pour l'en empêcher y employer mon dernier sol et mon dernier homme.« Dasselbe versichert auch Noailles: »L'Empereur renoncerait à tout l'Empire ottoman plutôt que de laisser le Roi de Prusse conquérir un village de plus en Pologne.« (P. A. v. 354 f. 283, 284. Noailles à Montmorin le 16 avril 1778.) Vergl. über diese Frage die Ausführungen Vergennes', wonach die erste Teilung für Preußen viel vorteilhafter war als für Österreich. Sorel, op. cit., I. 462 ff.

VIII.

Orientpolitik unter Maria Theresia. Verhalten Josephs gegenüber Rußland. Bündnis von 1781. Vorteilhafte internationale Stellung Österreichs bei der Thronbesteigung Josephs II.

Anders standen die Dinge in Rußland. Hier hatte der Kaiser mit einer Macht zu tun, von deren Stärke sich halb Europa durch bittere Erfahrungen überzeugt hatte und deren aggressive Bestrebungen nicht dem leisesten Zweifel unterlagen. Mit gewohntem Scharfblick erkannte Friedrich als erster die Notwendigkeit, die neue Kaiserin auf seine Seite zu ziehen, und das Bündnis vom 23. April 1767 war eine Folge dieser Berechnungen. Es war für Rußland nötig, damit Österreich sich nicht in die polnischen Angelegenheiten mische, die damals schon eine kritische Wendung genommen hatten. Preußen hingegen brauchte es, um nicht ganz isoliert in Europa dazustehen [1]). Für Friedrich mußte das Bündnis deshalb wichtiger sein als für Rußland, weil es für seine Monarchie gleichsam eine Daseinsfrage bedeutete. Der Kaiserin hingegen handelte es sich bloß um Erweiterung der Grenzen ihres Reiches. Zum ersten Male mußte der in Intrigen ergraute König mehr geben als nehmen; mit bangem Herzen zahlte er zur Zeit des Türkenkrieges 500.000 Taler jährlicher Subsidien für eine Sache, die ihm selbst große Befürchtungen einflößte. Er erging sich bei der Zusammenkunft in Neiße in Klagen und Insinuationen gegen seine »gute Schwester«, gab aber schließlich zu, daß er die Russen ebenso fürchte, wie er er sie brauche [2]). Nichts verabscheute er mehr als ein russisch-österreichisches Bündnis und war stets bemüht, indem er Verleumdungen nach der einen und nach der anderen Seite hin ausstreute, Haß und Feindschaft zwischen den beiden Staaten zu säen. Die Russen erschreckte er mit den Absichten

---

[1]) »Oeuvres de Frédéric le Grand« VI, 17.

[2]) Arneth: Maria Theresia und Joseph II., I, 305. Cf. Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen, XXV, 187: »Je commence à me lasser furieusement du joug qu'on prétend m'imposer. Je me ferai un plaisir d'être l'allié des Russes, mais tant que mes yeux seront ouverts, je ne serai pas leur esclave.«

Österreichs auf die Donaufürstentümer, die Österreicher mit der Anhänglichkeit der orthodoxen Untertanen des habsburgischen Hauses an die griechisch-russische Kaiserin [1]). Es handelte sich um ein »Palladium gegen Joseph II.«, wie Riedesel sich ausdrückt [2]), der voll Überzeugung hinzufügt, »man müsse stets auf ein Liebäugeln dieses Monarchen mit Rußland gefaßt sein«.

Riedesel behielt recht; ein Bündnis mit Katharina wurde zum pium desiderium Josephs. So lange Maria Theresia regierte, war wenig Hoffnung auf deren Zustimmung. Nach der allgemeinen Ansicht haßten die beiden Kaiserinnen einander [3]), natürlich zur unbeschreiblichen Freude Friedrichs II. [4]) Man braucht nur einige Briefe Katharinas durchzulesen, um sich von der tiefen Verachtung zu überzeugen, welche die »nordische Semiramis«, die alles, was sie tat, ohne Scheu, dafür aber auch ohne Hinterhalt tat, gegen Maria Theresia hegte, die so frommen, so sittenreinen Grundsätzen huldigte und doch dieselbe Politik wie die russische Kaiserin befolgte [5]).

---

[1]) Arneth: Maria Theresia und Joseph II., I, 302, 303.

[2]) B. A. Riedesel au Roi le 4 janvier 1781.

[3]) Hierüber gäbe es vieles anzuführen, zum Beispiel: P. A. v. 330 f. 5. Breteuil à Vergennes le 5 juillet 1776: »Catherine II ne sera jamais l'amie de Marie-Thérèse. La jalousie particulière et l'amour propre de la première lui commanderont toujours de se tenir dans une mesure d'opposition avec l'Impératrice-Reine, qui ne permet pas à l'Europe de croire que la Cour de Vienne donne le mouvement aux vues de Pétersbourg«; und ib. v. 331 f. 229. Le même au même le 2 mai 1777: »L'Impératrice-Reine m'a bien articulé ... que jamais elle n'entrerait dans aucune des vues de Catherine II et que sûrement la Czarine ne pourrait dans aucun temps ni sous aucun prétexte l'entraîner dans un système d'avidité ... L'Impératrice à ajouté qu'elle était corrigée pour sa vie de partager avec la Czarine et le Roi de Prusse.« (In deutscher Übersetzung abgedruckt bei Raumer, op. cit. IV, 541.)

[4]) Politische Korrespondenz etc. XXVI, 134: »L'Impératrice de Russie et l'Imperatrice-Reine ont conçu réciproquement une haine violente l'une contre l'autre; s'il était possible de les voir combattre dans l'arène, il serait amusant de voir ces princesses se décoiffer et s'entredéchirer. Je ne les troublerai pas dans leur animosité, c'est elle qui cimente notre sûreté.«

[5]) Briefe der Kaiserin Katharina II. an Grimm, siehe besonders S. 108, 113, 131.

Doch schon unter Maria Theresia vermochten scharfe Beobachter sehr deutliche Zeichen der Annäherung zu bemerken. Noch im Jahre 1777 hielt der kluge Barthélemy eine solche Kombination für mehr als möglich und er meinte, »dabei vereinige sich dies Entgegenkommen des Wiener Hofes mit dem Streben nach Erweiterung der Grenzen« [1]; im Jahre 1780 sagte er dasselbe, nur mit anderen Worten, indem er bedauerte, daß »Österreich nur Rußland gegenüber liebenswürdig und zuvorkommend sei« [2]. Und wirklich gab Maria Theresia im Jahre 1780 ihre Einwilligung zu einer Reise ihres Sohnes nach Mohilew und Petersburg. Freilich nur die Einwilligung. Die Reise selbst hatte der Kaiser ausgedacht und er bestand hartnäckig darauf, sie zu vollführen. Ihm schien das Bündnis mit Katharina unentbehrlich. »Man kann es als Axiom gelten lassen«, schrieb er an Cobenzl, »daß Rußland mit uns und wir mit Rußland viel Nützliches bewirken und wesentliche Vorteile erringen können; einer von uns beiden wird dies kaum imstande sein. Wiederholen Sie diese Wahrheit nach Möglichkeit oft und bemühen Sie sich, sie den am Brett Sitzenden beizubringen« [3].

Dieses »Wesentliche und Notwendige« war vor allem die Schwächung und Isolierung Preußens, und mit Schadenfreude dachte Joseph II. an den Ärger, den Friedrich II. über den Abschluß eines österreichisch-russischen Bündnisses empfinden werde [4].

Ein zweiter Grund hiefür war eine Teilung der Türkei, deren nördliche Provinzen dem Wiener Kabinett von jeher sehr verlockend erschienen waren. Im Jahre 1770 hoffte es, sie zu erwerben, als es für die Türkei Partei ergriff und mit ihr ein Bündnis schloß [5]; der Kaiser wünschte hartnäckig die Eröffnung der Feindseligkeiten, aber Maria Theresia weigerte sich, die Waffen zu ergreifen, sei es für, sei es gegen die

---

[1] P. A. v. 331 f. 61. Barthélemy à Vergennes le 1 février 1777.

[2] Ib. v. 341 f. 110, le 18 mars 1780.

[3] Beer: op. cit. 26.

[4] Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana«, I, 38.

[5] Siehe über diese Frage Sorel: »La question d'Orient au 18me siècle.«

Türken [1]). Der Vertrag wurde denn auch nicht eingehalten; Österreich behielt sich nur das Geld, das ihm die Pforte als Subsidium gegeben hatte, und nahm an dem Kongresse von Fokschanach teil, bei dem der Bevollmächtigte des Wiener Hofes nicht allzuviel für die Osmanen auswirkte. Was durch Krieg nicht zu erreichen war, meinte Joseph, da er sich durch die Einverleibung Galiziens und Lodomeriens sicher fühlte — auf friedlichem Wege, das ist einfach durch Besitzergreifung zu gewinnen. Die Hoffnung, Glatz und Neiße zurückzuerhalten, was »militariter, politice und cameraliter« am vorteilhaftesten gewesen wäre, hegte er nicht mehr und so richtete er seine ganze Aufmerksamkeit auf Belgrad und einen Teil Bosniens bis zur Drinabucht: »das wären die allerbesten Errungenschaften« [2]). Er träumte davon, »daß die Pforte mit ihrem falschen Vorgehen einen gerechtfertigten Anlaß dazu geben werde, sich beim Friedensschlusse in die Angelegenheit zu mischen, und daß man dann vielleicht im darauffolgenden Jahre Belgrad und einen Teil Bosniens werde einstecken können, ähnlich wie man es in diesem Jahre mit den polnischen Woiwodschaften gemacht hatte« [3]). Diese glänzenden Erwartungen mußte man für diesesmal fallen lassen; erst im Jahre 1775 gelang es, die Bukowina zu erwerben.

Joseph beabsichtigte nicht, dabei stehen zu bleiben, seine Pläne gingen, wie wir gesehen haben, viel weiter; dafür benötigte er aber wieder Rußlands Hilfe. Von der Macht dieses Staates hielt der Kaiser ungemein viel, wobei er auch ein wenig übertrieb: »S. M. äußert stets die größte Bewunderung für die vorteilhafte geographische Lage der russischen Monarchie. Erst vor einigen Tagen sagte S. M., daß Rußland nach allen Richtungen hin Angriffskriege unternehmen könne, ohne der Gefahr feindlicher Überfälle ausgesetzt zu sein« [4]). Als der Kaiser in der Krim weilte und sich mit Ségur in den sumpfigen Gegenden erging, entwarf er, nicht ohne ein gut Teil Neid,

---

[1]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« Briefwechsel aus dem Jahre 1770.

[2]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« I, 361.

[3]) Ib. I, 367.

[4]) D. A. Clemens an Stutterheim, den 15. Januar 1782.

ein Bild von der Macht der russischen Selbstherrscherin. »Die Kaiserin«, so sagte er, »ist der einzige wahrhaft reiche Monarch in Europa. Sie gibt viel aus und ist doch niemand je etwas schuldig; ihre Banknoten gelten so viel, als sie befiehlt; wenn ihr der Einfall käme, ledernes Geld auszugeben, könnte sie es tun . . . und ich bin kaum imstande, die zwei Enden zusammenzuhalten . . . Soldaten, Bauern im Zustande der Sklaverei, das ist eine Waffe, mit der man alles, was man will, verrichten kann; dem gedemütigten Adel gelten die Befehle seiner Herrscherin als Gesetz und er sieht in der Erreichung ihrer Gunst sein Lebensziel. Sie braucht es nur zu wünschen und die Armee ist da und die Schiffe laufen aus. Jedem noch so eigenwilligen Gebote folgt in Rußland sofort die Ausführung. Wenn an der Spitze dieser Nation ein Mann vom Schlage Karls XII. stünde, so würde er mit sechshunderttausend Soldaten ganz Europa unterjochen.« »Man kann daraus mit Leichtigkeit folgern«, fügt der kluge Diplomat (Ségur) hinzu, »daß der Kaiser in dieser Stimmung Katharina nicht allzu hartnäckigen Widerstand leisten werde« [1]).

Dieses Gespräch fand im Jahre 1787 statt, aber Ségurs Schlußfolgerung bezog sich auch auf die vorhergehende Zeit. Bei seiner ersten Reise im Jahre 1780 schmeichelte Joseph der Kaiserin ungemein und erreichte sein Ziel — er gefiel sogar sehr [2]), trotz der übelwollenden Vorhersagungen der Preußen, Joseph werde von der Reise nichts als Schande heimtragen [3]), und trotz der boshaften Andeutungen der

---

[1]) Ségur: »Mémoires ou souvenirs et anecdotes«, III, 118—120.

[2]) Brief der Kaiserin Katharina II. an Grimm, 181: »J'ai trouvé le C—te de Falckenstein très-instruit; il aime à parler et parle très-bien... Il m'a dit des choses dignes d'être imprimées et pensées profondément et qui assurément lui feront un honneur infinie, s'il les met en pratique.« Cf. ib. Brief vom 24. Juli 1780 (S. 183) und besonders vom 23. September (S. 190), in welchem die unnachahmliche maëstria Katharinas in der Charakteristik zutage tritt.

[3]) B. A. Siehe den Briefwechsel Friedrichs mit Riedesel von Mai bis August 1780 z. B.: »Je souhaite que l'Empereur persiste à vouloir voir Moscou; il n'a qu'à en faire la propostion à l'Impératrice pour perdre tout le fruit qu'il se promet de son entrevue avec elle.« (Le Roi à Riedesel le 13 juin 1780.)

Franzosen, die voll Ärger das Gerücht verbreiteten, »der Kaiser habe es für möglich erachtet, seine Würde und die Erhabenheit seines Berufes zu vergessen, um Katharina II. mit Gewalt vom preußischen Könige loszureißen«[1]. Von welchen Gefühlen Joseph selbst beherrscht war, ist eine andere Frage. In seiner Bewunderung für Rußland mischte sich nicht nur Neid, sondern auch eine kleine Dosis Ärger und Gereiztheit über das Selbstbewußtsein, die Eitelkeit und die maßlose Gier nach Schmeicheleien, die er an Katharina bemerkte. Auch er ließ es an solchen nicht fehlen[2], doch manchmal konnte er sich nicht zurückhalten und äußerte sich in seinen intimen Briefen durchaus nicht wohlwollend über die Zarin[3]; die ausländischen Gesandten am Wiener Hofe melden darüber manchmal recht pikante Dinge[4]. Da aber Joseph Rußland brauchte, war er bereit, seine eigenen Gefühle dem Wohle des Staates unterzuordnen, wenn er nur das ersehnte Bündnis erreichte.

Tatsächlich gelang ihm dies auch, freilich in ganz ungewohnter Form, da die Kaiserin unbedingt Alternativen forderte. Die Frage wurde auf folgende Weise behandelt: Die beiden Vertragsmächte wechselten Briefe, in denen die gegenseitigen

---

[1]) Sorel: op. cit. I, 525.

[2]) Siehe den ganzen von Arneth herausgegebenen Briefwechsel Josephs mit Katharina.

[3]) Zum Beispiel Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana«, I, 153. und Beer: op. cit. 31.

[4]) P. A. v. 343 f. 254. Breteuil à Vergennes le 20 novembre 1784. In seinem Gespräche mit Breteuil besprach Joseph die Möglichke daß die Kaiserin während der Abwesenheit des Grafen Sjewernij sterben könne und daß dann Orlow und Potemkin Paul Petrowitsch nicht den Thron besteigen lassen würden. »L'Empereur me présentait cet événement avec satisfaction. Il pensait avec plaisir que personne ne se croirait intéressé à prendre le parti du Grand Duc, mais bien plutôt à voir la confusion s'établir dans le vaste Empire Russe. Il est assez piquant, Mr., de recueillir les réflexions d'un Souverain, d'un Empereur des Romains qu'on voit en même temps prodiguer tant d'égards et même d'hommages à la personne dont il envisage si gailement le renversement possible.« Solche Nachrichten überliefert auch Clemens. Siehe die Ansicht Nolckens, des schwedischen Gesandten am Petersburger Hofe. (»Russisches Altertum« XL, 311.)

Verpflichtungen ausgesprochen wurden. Zufolge der darin enthaltenen Bedingungen versprachen beide Teile, die Artikel des Vertrages vom 15. Juli 1772 betreffend Polen — und den Teschener Frieden vom Jahre 1779 betreffend Deutschland — einzuhalten; ferner sollten sie einander im Falle eines Angriffs- oder Verteidigungskrieges gegenseitige diplomatische, finanzielle und militärische Unterstützung — diese bis zu 12.000 Mann — leisten und endlich verpflichteten sie sich, mit dem Feinde keinen Separatfrieden einzugehen. Der Bundesvertrag war von 1781 angefangen acht Jahre gültig. Diesen Artikeln [1]) wurden in einem Separatschreiben [2]) andere, geheimere beigefügt. Sie bezogen sich auf die Türkei und verfolgten den Zweck, die beiderseitigen Ländergebiete vor Überfällen zu schützen; im Notfalle sollte ein gemeinsames militärisches Einschreiten stattfinden, wobei beide Teile ein gleich großes Kontingent zu stellen und die Verpflichtung zu übernehmen hatten, keinen Separatfrieden zu schließen. Da man auch die Möglichkeit der Einmischung einer dritten Macht ins Auge faßte, wurde bestimmt, daß man es in diesem Falle mit einem gemeinsamen Feinde zu tun habe. Man dachte dabei an Preußen, das nach seiner geographischen Lage und infolge seiner politischen Feindschaft gegen Österreich vor allen anderen eine Diversion herbeiführen konnte.

Um das Bündnis noch fester zu knüpfen, sorgte Joseph auch für dynastische Bande zwischen den beiden kaiserlichen Häusern. Als Graf Sjewernij und dessen Gemahlin im Jahre 1781 durch Wien reisten, huldigte der Kaiser lebhaft dem russischen Kronprinzen und noch mehr der Kronprinzessin, die ihm sehr gefiel [3]) und die er für tatkräftiger und klüger hielt als ihren Gatten [4]). Für das beste Mittel, ihre Gunst und ihren Beistand zu gewinnen, hielt Joseph die Versorgung der zahlreichen, dabei armen württembergischen Familie, aus der Maria Feodorowna stammte. Zu diesem Zweck beschloß er, seinen Neffen Franz, den künftigen Thronerben, mit Prinzessin

---

[1]) Arneth: »Joseph II. und Katharina von Rußland.« 72—78 u. 81—87.
[2]) Ib. 78—81 und 87—90.
[3]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« III, 280.
[4]) Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana«, I, 9—10.

Elisabeth, der Schwester der Kronprinzessin, zu verheiraten. Man brachte das dreizehnjährige Mädchen nach Wien, wo es zum Katholizismus übertrat, unter kluger Aufsicht erzogen wurde und sich in der Tat im Jahre 1788 mit Franz vermählte. Katharina interessierte sich lebhaft für dieses Projekt, das sie, wie der Kaiser richtig berechnet hatte, sehr für ihn einnahm. Seine Wahl war übrigens eine glückliche. Die junge Prinzessin, die immer zwischen vier Mauern eingesperrt saß, faßte tiefe Zuneigung zu ihrem neuen Oheim, der sie oft besuchte, und dieser wieder gewann das zärtliche, harmlose Geschöpf sehr lieb; Elisabeth mußte früh zu Grabe getragen werden, doch hatte sie des Kaisers letzte, freudlose Jahre verschönt. Er trug seine Zuneigung so offen zur Schau, daß nicht nur die geschäftigen Diplomaten, sondern auch der nüchterne, vernünftige Kaunitz davon sprachen, er selbst werde die Prinzessin heiraten [1]).

Im übrigen befand sich Joseph, dank der vorbereitenden Arbeit Maria Theresias, den Verdiensten Kaunitz' und der eigenen verständnisvollen Tatkraft, zu Anfang seiner Regierung in einer äußerst vorteilhaften politischen Lage. Die zwei mächtigsten kontinentalen Staaten — Frankreich und Rußland — waren, allem Antagonismus zum Trotz, seine Bundesgenossen; die übrigen Mächte verhielten sich neutral und der verhaßte Feind Friedrich stand vollständig isoliert da. Von einer solchen Konstellation durfte Joseph glänzende Resultate erwarten; und dennoch befand sich im letzten Lebensjahr Josephs II. die Monarchie, die nicht einmal einem gefährlichen Kriege ausgesetzt worden war, am Rande des Verderbens und daran trug niemand anderer die Schuld als der Kaiser selbst.

IX.

Reichspolitik Josephs II. Panis-Briefe. Der Plan, Belgien gegen Bayern einzutauschen. Verhalten Rußlands, Frankreichs und Preußens dagegen; das Projekt mißglückt. Was für Joseph daraus folgt.

Im Vertrauen auf seine Kraft und auf seine Verbündeten richtete Joseph seine Angriffe gegen Deutschland und gegen die Pforte. Im deutschen Reiche begannen die Reibungen mit

[1]) Beer: op. cit. 94.

Kleinigkeiten, zuerst mit der Herausgabe der sogenannten »Panis-Briefe«. Diese hatten seinerzeit dem römischen Kaiser das Recht verliehen, von den Einkünften aller reichsunmittelbaren geistlichen Fürsten eine gewisse Summe für den Unterhalt ihrer Untergebenen auszuscheiden. Man nannte diese Summe »die Laienpfründe«. Jenes Recht war nun schon längst in Vergessenheit geraten, da kam Joseph und erneuerte es nicht nur, sondern erstreckte es auch auf die Klöster, die den Reichsfürsten untertan waren; den Nutzen dieser Neueinführung ließ aber der Kaiser nicht dem Reichskammergericht oder dem Reichshofrate zukommen, sondern den österreichischen Beamten, denen er aus eigenen Mitteln keine Pensionen geben wollte. Sechzigtausend Assignationen waren schon ausgeteilt, da stieß Joseph auf heftigen Widerstand. Sein Vorgehen war zu eigenmächtig, die selbstherrlichen Tendenzen zu augenfällig, der dem Reiche zugedachte Verlust zu ungesetzlich und empörend, als daß die deutschen Fürsten sich nicht wie ein Mann gegen diese Verfügung erhoben hätten. Den ersten Pfeil schoß, wie begreiflich, Friedrich II. ab. Er verbot den Mönchen zu Aschersleben, auch nur einen Groschen herzugeben, und befahl den Beamten in Halberstadt, streng auf die Erfüllung seines Geheißes zu sehen; das betreffende königliche Reskript vom 3. Mai 1783 nannte des Kaisers Ansprüche »unerhört, empörend und unbegründet«. Friedrich wünschte so sehr diese für Österreich unangenehme Angelegenheit laut werden zu lassen, daß er den dichten Schleier des Amtsgeheimnisses, der in Preußen über alle Vorkommnisse gebreitet wurde, lüftete und den Zeitungen die Erlaubnis erteilte, seine Verordnung zu veröffentlichen[1]). Das Beispiel des preußischen Königs machte allen Mut; zuerst folgte ihm der Herzog von Württemberg und endlich alle Kurfürsten, sogar der bayrische »ungeachtet seiner Untertänigkeit gegen den Wiener Hof«[2]).

Die ganze Angelegenheit war gewiß von geringer Bedeutung; sie kennzeichnet aber den Standpunkt, von dem aus Joseph II. das deutsche Reich betrachtete, kennzeichnet, was

[1]) Abgedruckt in den »Staats-Anzeigen« Schlözers. V, 114.

[2]) D. A. Stutterheim à Clemens le 29 août 1783.

er von ihm wollte und wie sich die Reichsstände zu seinen Ansprüchen und zu dem Oberhaupte des habsburgischen Hauses verhielten. Dieses geringfügige Ereignis war gleichsam das Vorspiel des herzhaften Widerstandes, mit dem Joseph zu rechnen hatte, als er an die Ausführung eines Wunsches schritt, der den Habsburgern besonders am Herzen lag, nämlich als er »den Stier bei den Hörnern fassen«, das heißt Bayern erwerben wollte.

Zu diesem Zwecke waren schon wiederholt Versuche unternommen worden, zuletzt im Jahre 1778. Damals wäre die Sache beinahe geglückt; der Kurfürst Karl Theodor war dem Wiener Hofe mit Leib und Seele ergeben und verkaufte sein Land für ein Linsengericht — für den Orden des Goldenen Vließes und für die materielle Versorgung seiner illegitimen Kinder. Die österreichischen Truppen besetzten Bayern, ohne Widerstand zu finden und die Frage schien endgültig zugunsten der Habsburger gelöst zu sein. Da erfolgte plötzlich die Verzichtleistung des Herzogs von Zweibrücken, Karl Theodors Erben, und der sächsische Kurfürst machte als Verwandter aus der männlichen Linie des Wittelsbachschen Hauses seine Ansprüche geltend. Das gab Preußen Anlaß, sich in die Angelegenheit zu mischen. Friedrich II. griff, wie bekannt, ohne weiters zu den Waffen; der sogenannte »Kartoffelkrieg« führte zwar zu keiner entscheidenden Schlacht, aber Österreich mußte vor dem Ansturm um so mehr zurückweichen, als Katharina II., die damals noch Friedrichs Verbündete war, die ernste Absicht kundgab, Preußen tätige Hilfe zu leisten. Gegen zwei so gewaltige Mächte wollte selbst ein Joseph nicht in den Kampf ziehen; er gab schweren Herzens nach und unterordnete sich der friedensliebenden Politik Maria Theresias. Man muß den Teschner Frieden eine große diplomatische Niederlage Österreichs nennen; er raubte der Monarchie die letzte Gelegenheit, sich die bayrischen Lande kostenlos einzuverleiben.

Es blieb jedoch nach wie vor der Traum des Kaisers, das Wittelsbachsche Erbe zu erlangen [1]. Ein Weg, dieses Ziel zu er-

---

[1]) Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« I, 166: »Je veux conserver tous mes alliés et ma tranquillité, hors que je ne vois un grand coup à faire et une acquisition à me procurer qui vaille les frais

reichen, stand noch offen: man konnte Bayern durch friedliches Übereinkommen oder im Tauschwege erwerben. Diese Hoffnung faßte so feste Wurzel bei Joseph, daß Noailles meinte, »nichts anderes liege ihm derartig auf dem Herzen«. Belgien hätte für einen solchen Tausch am besten gepaßt, doch sprach man eine Zeitlang auch von der Lombardei, von den württembergischen Lehen und von Vorderösterreich; aber das wäre alles zu gering als Kompensation für das schöne, fruchtbare angrenzende Herzogtum gewesen. Auch in Wien begriff man, daß es wohl dafür stände, Bayern gegen die Niederlande einzutauschen. Die belgischen Provinzen waren wohl auch reich, dicht bevölkert und der Dynastie ergeben, aber sie befanden sich zu weit ab vom Zentrum der Monarchie, waren sehr zerstückelt und in beständiger Gefahr vor französischen Überfällen. Übrigens war der Gedanke an einen solchen Tausch durchaus nicht neu; schon beim Utrechter Friedensschlusse trat Österreich mit einem derartigen Plane hervor [1]) und es fanden ernste Verhandlungen darüber statt. Im Jahre 1778 schickte der Wiener Hof den »fleißigen, klugen Lehrbach« nach München; »er solle dort nach Dokumenten suchen, die den Tauschhandel erleichtern könnten und gleichzeitig trachten, auch solcher Schriften habhaft zu werden, die nicht im Sinne Österreichs verfaßt seien« [2]). Das Projekt zerschlug sich jedoch; denn alle Mächte, darunter auch das verbündete Frankreich, waren dagegen: »für uns«, so meinte Vergennes, »ist es vorteilhafter, ganze Provinzen zu verlieren, als in diesen Tausch zu willigen« [3]); ferner lag es keineswegs in der Absicht Maria Theresias, »die guten niederländischen Provinzen für die tölpelhaften Bayern« zu opfern, oder, ins

---

et hasards d'une guerre. Vous sentez bien que c'est d'un autre côté que je parle. Je le guette et la première bonne occasion; je veux l'avoir englouti avant qu'on en sache seulement l'entreprise. Alors cela fait une belle différence de défendre seulement ce qu'on a déjà pris, ou d'aller le conquérir à grandes peines.«

[1]) P. A. v. 348 f. 4. Ob. »Rapport et avis présenté à Mgr. le Duc des Deux-Ponts.«

[2]) Ib. v. 334 f. 342. Breteuil à Vergennes le 10 mars 1778.

[3]) Ib. v. 336 f. 285. Vergennes à Breteuil le 11 juillet 1778.

Praktische übersetzt, sie wollte nicht »zwei Millionen Einkünfte jährlich« — das wäre das wenigste gewesen — verlieren [1]).

Im Jahre 1783 tauchten abermals mit erneuter Stärke Gerüchte über einen Ländertausch auf. Stutterheim erfuhr, »der kaiserliche Hof denke an eine Abrundung nach dieser (der bayrischen) Seite hin«; der Minister erwähnt gleichzeitig, er halte eine Mitwirkung Frankreichs hierbei nicht für unmöglich [2]) und Clemens bestätigt diese Vermutung durch die Meldung, Breteuil habe den Auftrag erhalten, seine Fahrt nach Paris zu unterbrechen und dem Herzog von Zweibrücken einen Besuch abzustatten, um ihm die Einwilligung zum Tausche abzunötigen [3]). In der Hauptsache irrten die sächsischen Diplomaten nicht; das Projekt bestand seit langer Zeit, aber die von ihnen Breteuil sowohl wie dem Hofe von Versailles zugeschriebenen Absichten lagen diesen vollkommen fern. Breteuil, im Gegenteil, sah nach wie vor in jenem Plan ein Zeichen von Josephs Ehrgeiz.

Erst im Jahre 1784 wurde der Wiener Hof mit seinen Berechnungen über das Verhältnis der Einkünfte der beiden in Frage stehenden Länder fertig und im August desselben Jahres machte Lehrbach, der österreichische Gesandte in München, dem Kurfürsten neue Vorschläge. Es entstand nun ein langwieriges Feilschen. Joseph, der stets knauserte, wollte sich Belgiens nicht völlig begeben; er dachte daran, sich einen Teil zu behalten, um dafür Salzburg einzutauschen; außerdem forderte der Kaiser das Recht, im neuen burgundischen Königreiche Soldaten zu werben; die bayrischen Kronschulden sollten auf den neuen Herrscher der Niederlande übertragen und der österreichischen Armee sechs wallonische Artillerieregimenter angegliedert werden. Karl Theodor wollte zwar sämtliche belgischen Provinzen erwerben —

---

[1]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« II, 296, 297.

[2]) D. A. Stutterheim an Pezold den 28. April 1783: »Im übrigen hält man sich in Bayern immer überzeugt, daß der Kaiser Absichten auf dieses Herzogtum hege, und daß die Krone Frankreich sich nach älteren Verbindungen einem Umtausch sich nicht wohl widersetzen könne.«

[3]) Ib. Clemens an Stutterheim den 16. April 1783.

aber eine Million Gulden mehr im Jahre, die Königskrone und Brüssel als Residenz statt des verhaßten München lockten ihn doch zu sehr; er willigte daher im Prinzip ein und überließ es nun dem Wiener Hofe, mit dem Herzog von Zweibrücken zu unterhandeln, dessen Zustimmung, als Erbe des bayrischen Thrones, unumgänglich nötig war. Niemals vielleicht hatte sich das Verhältnis, in welchem die Staatslenker des XVIII. Jahrhunderts zu den Untertanen standen, in grellerem Lichte gezeigt. Sie waren für die Fürsten nur Gegenstände des Verkaufes, Kaufes oder Tausches, mit einem Wort Material für staatliche Übereinkünfte; um die Sympathien und Wünsche der Untertanen, geschweige denn um ihre Forderungen und Proteste fragte niemand; sie hatten einfach dem zu gehorchen, der sie erwarb.

Dagegen mußte die Einwilligung Fremder erbeten werden, das heißt der benachbarten Herrscher. Ohne Rücksprache mit diesen konnte nicht einmal das mächtige Österreich auch nur einen Fußbreit Erde erhalten. Nach der damaligen Lage der Dinge kamen für Joseph in Betracht: Rußland, Frankreich und Preußen, die nicht nur den Teschner Frieden garantiert hatten, sondern unmittelbar an dem Wachstum oder der Schwäche Österreichs interessiert waren. Von Rußland brauchte man Schwierigkeiten nicht zu gewärtigen und es legte auch tatsächlich keine in den Weg. Katharina war die erste, der Joseph seine Absicht noch im Mai des Jahres 1784 enthüllte und die er um ihre Mitwirkung und um ihren Beistand bat, alles aber unter dem Siegel der Verschwiegenheit und mit dem Hinweis darauf, daß eine Bereicherung der Monarchie durch Bayern dem Kaiser »die Möglichkeit bieten würde, seine ganzen Kräfte dem Bündnisse zu widmen« [1]. Katharina antwortete ungesäumt in der herzlichsten und liebenswürdigsten Weise und versprach, Österreich sowohl eine treue Bundesgenossin zu bleiben, als auch das ihr anvertraute Geheimnis streng zu wahren [2]; sie gab Joseph recht, daß eine Konzentration der habsburgischen Besitzungen für beide Staaten

[1] Arneth: »Joseph II. und Katharina von Rußland« 224—226.
[2] Ib. 229—231.

vorteilhaft sei, und teilte ihm mit, sie habe ihren Residenten in Frankfurt, den Grafen Rumjanzew, beauftragt, den Herzog von Zweibrücken für Österreich günstig zu stimmen. Rumjanzew tat mehr als das, er spielte sogar den Vermittler, der dem Herzog Josephs Vorschläge überbrachte. Dieser aber stand unter dem Einflusse seines klugen Ministers Hohenfels, der schon im Jahre 1778 bewiesen hatte, daß er Preußen völlig ergeben sei; die begehrte Einwilligung wurde daher schroff verweigert, trotz der schreienden Geldnot des Herzogs und der schönsten Versprechungen des Wiener Hofes. Der Herzog wußte schon, von wo er Unterstützung erwarten dürfe, und er täuschte sich nicht. Sie kam ihm aus Versailles und Potsdam.

Darauf war der Kaiser nicht gefaßt. Er hatte sehr auf Frankreichs Mitwirkung gehofft und den Herbst 1784 für den geeignetsten Zeitpunkt gehalten, um dem Versailler Hofe seinen Plan zu eröffnen. Der Streit mit Holland zog sich in die Länge; die Hoffnung auf den Beistand des Bundesgenossen zur Erwerbung der Scheldemündungen erwies sich als trügerisch; der Kaiser »wollte zeigen, daß er nicht das geringste Verlangen trage, sein Gebiet gegen Holland hin zu erweitern« [1]). Mit anderen Worten, er wollte sich der Mitwirkung Frankreichs, gleichsam als Entschädigung für dessen ablehnendes Verhalten in der Scheldefrage, versichern [2]); darum brachte er seinen Vorschlag betreffend den Ländertausch eben jetzt vor und bat den Schwager und die Schwester, sein Projekt zu unterstützen. Joseph glaubte diesmal einen Trumpf auszuspielen und er zweifelte gar nicht an der Einwilligung Frankreichs, die er nicht umgehen zu können meinte; er wußte ja, daß Preußen und der Herzog von Zweibrücken ihm Widerstand leisten würden, sowie auch, daß der Herzog materiell ganz von Versailles abhing. »Es kommt alles auf Frankreich an«, schrieb er an seinen Bruder Leopold. Er wünschte nur eines: »daß Frankreich selbst den Tausch dem Herzog vorschlagen

---

[1]) Arneth: Maria Antoinette etc. 47.

[2]) Siehe Arneth: »Joseph II. und Katharina von Rußland« 241: »C'est aussi dans cette vue seule que j'ai entretenu toute la querelle avec la Hollande.«

möge. Das wäre ein großer Wendepunkt in der Politik, denn wenn Versailles zurücktritt, muß der Gedanke ganz aufgegeben werden« [1]). Der Kaiser hoffte seinen Verbündeten nicht nur dadurch zu gewinnen, daß ja jetzt den Holländern auf die einfachste Weise gedient sei, sondern er bot noch andere Vorteile. Und zwar wollte er das von Frankreich heiß ersehnte Luxemburg in Vorschlag bringen. In einem Schreiben an Mercy, bei dessen Abfassung man von der Hoffnung geleitet war, es werde interzipiert werden, entwirft der Kaiser eine für Frankreich verlockende Perspektive; er spricht von einem Bündnisse mit Holland und von Frankreichs unbestreitbarem ausschließlichen Einflusse auf das neue burgundische Königreich; auch würde Frankreich statt des mächtigen Österreich einen schwachen und gehorsamen Schützling zum Nachbar erhalten [2]). Kaunitz sah die Sache zwar weniger optimistisch an [3]), meinte aber doch, Frankreich könne nach reiflicher Überlegung nur zu dem Schlusse gelangen, »daß die Vorteile des Verbündeten auch seine eigenen seien«. Die Feinde Frankreichs ließen sich aber mit solchen Aussichten nicht einlullen [4]). Ihre Ahnungen erfüllten sich glänzend: das Versailler Kabinett verweigerte Joseph nach langem Schwanken die Mitwirkung. Vergennes hatte dies viele Mühe gekostet.

Noch im Jahre 1778 hatte sich der Minister entschieden gegen das erwähnte Projekt ausgesprochen [5]) und doch, in seinem Berichte vom 28. Dezember 1784, der in der Sitzung des königlichen Rates vom 2. Jänner 1785 [6]) verlesen wurde,

---

[1]) Beer: op. cit. 192.

[2]) Arneth-Flammermont: Correspondance de Mercy etc. I, 301. Cp. Beer: op. cit. 176.

[3]) Beer: op. cit. 181.

[4]) Zum Beispiel der Brief Leopolds von Toscana vom 24. November 1784. (Arneth: op. cit. I, 233.)

[5]) P. A. v. 334 f. 325. Vergennes à Breteuil le 21 février 1778: »Je vois dans l'envahissement de la Bavière un armement qui ne menace pas moins la France et l'Italie que l'Allemagne même.«

[6]) Die Berichte der Minister sind bei Tratschewsky (op. cit. Pièces justificatives 50—82) nach den Abschriften, die sich in dem Nationalarchiv befinden, abgedruckt. Eine Kopie hinterliegt auch im P. A. v. v. 348, 349.

erklärte er sich plötzlich für den Vorschlag des Kaisers. In diesem Schriftstück, das Vergennes, wie immer, sehr wortreich, aber streng logisch verfaßt hatte, bemühte er sich, die Vorteile, die sich für Frankreich aus dem bayrischen Projekt ergäben, zu beleuchten. Als Nacheile wurden folgende Gründe angeführt: 1. Österreich erringe durch den Besitz Bayerns eine vorzügliche strategische Stellung in Deutschland, was wegen Elsaß gefährlich sei. 2. Das Gleichgewicht, das bisher zwischen Österreich und Preußen bestanden habe, würde gestört werden und Frankreich dann mehr denn je in Abhängigkeit vom Wiener Hofe geraten; außerdem verlöre es in den österreichischen Niederlanden das einzige Unterpfand. Diese Folgerungen waren wichtig und überzeugend. Doch Vergennes bemühte sich, noch kräftigere und wichtigere zugunsten des Projekts ins Treffen zu führen. Er sagte: »Seinerzeit sei der pfälzische Kurfürst Österreich völlig ergeben gewesen, derart, daß man auf seinen Beistand nicht im geringsten habe rechnen dürfen; was sei aber seine Macht und die aller deutschen Fürsten zusammengenommen im Vergleich zu der des Kaisers? Andrerseits dürfe man den Wert, den die belgischen Gebiete für Österreich haben, nicht zu gering veranschlagen; sie brächten große Einkünfte und lieferten brave Soldaten; Frankreich hingegen sei durch die Furcht vor einem Überfall von dieser Seite her gezwungen, an seinen nordöstlichen Grenzen beständig ein großes Heer zu halten. Wenn man nun bedenke, daß die Engländer stets in Belgien zu landen pflegten, so gehe deutlich hervor, was für eine Gefahr dieses Land für Frankreich werden könne; ein Pfand im Falle eines Krieges vermöge es nie zu werden; weder England noch Holland würden jemals dulden, daß Frankreich sich an den Ufern der Schelde festsetze. Wenn die Niederlande in den Besitz des Kurfürsten übergingen, so würde dieser stets unter dem Einflusse Frankreichs stehen, das nach dieser Front hin weder ein großes Heer zu halten, noch Festungen zu bauen brauchte. Holland würde noch mehr zu Frankreich halten, England, überzeugt, daß der Versailler Hof endgültig allen Ansprüchen auf die Niederungen am Rhein entsage, seine von alters her bestehende Feindschaft ver-

gessen.« Vergennes schloß aus alledem, »der König verliere nichts, wenn er das Projekt des bayrischen Ländertausches unterstütze, sondern er würde vielmehr bedeutende Vorteile erlangen«.

Die Kollegen Vergennes' jedoch traten seiner Anschauung einstimmig und auf das entschiedenste entgegen. Sie, und zwar vor allem der Marineminister de Castries, meinten, die beiden Hauptziele der französischen Politik — das Prestige auf dem Festland und der Kampf mit England — würden, wenn Bayern in den Besitz des Kaisers überginge, gefährdet werden. Die Verwirklichung dieses Planes hätte eine große Machterweiterung Österreichs in der Richtung gegen Elsaß und Italien zur Folge. Frankreich müßte daher seine ganze Aufmerksamkeit seinen Landesgrenzen zuwenden; die umliegenden kleineren Staaten jedoch — die zwischen den beiden Großmächten die natürlichen Vorposten bildeten — würden unausweichlich und völlig Österreichs Einflüssen verfallen und damit wäre die rühmliche Rolle Frankreichs, als Beschützers der Schwachen, für immer dahin. Das Ergebnis war, daß alle Minister den Rat gaben, Joseph eine entschiedene Antwort zu verweigern und Frankreichs Zustimmung von der des preußischen Königs abhängig zu machen.

Vergennes war nicht nur mit seinen Kollegen, sondern mit sich selbst in Widerspruch geraten. Er hatte nämlich am Tage, bevor er seinen Bericht vom 27. Dezember 1784 verlas, dem König anempfohlen, mit Friedrich II. wegen der Angelegenheit zu verhandeln [1]). Alle Minister staunten nun über diesen plötzlichen Umschwung seiner Ansichten; ebenso verwundert waren darüber auch die Historiker, die sich mit dieser Frage beschäftigten [2]).

---

[1]) Arneth-Flammermont: »Correspondance de Mercy« I, 366.

[2]) Nur einer von ihnen, Dohm (op. cit III, 36), erriet einen Teil der Wahrheit. Er sagte unter anderem: »Vergennes habe in dieser Angelegenheit eine passive Rolle gespielt, mehr aus Furcht vor der Königin und um seinen Posten nicht zu verlieren, als weil er meinte, den politischen Interessen seines Vaterlandes damit zu dienen.« Erst in den letzten Dezennien, nachdem Arneth und Flammermont die offizielle und geheime Korrespondenz Mercys mit Joseph II. und Kaunitz herausgegeben hatten, wurde es möglich, diese bisher dunkle Frage zu erhellen.

Vergennes kam allerdings eine Zeitlang von seiner Überzeugung ab, doch nur aus Furcht vor Maria Antoinette. Wir wissen, wie warm die Königin sich der Interessen ihres Bruders annahm; und als sie aus seinem Briefe erfuhr, wie wichtig ihm die Sache sei, beschloß sie, alle Mittel anzuwenden, um dem Kaiser zur Verwirklichung seiner Pläne zu verhelfen [1]). Sie fing damit an, ihren Gemahl zu überreden. Das geschah am 26. Dezember 1784. Doch gelang es ihr nicht, eine Entscheidung von ihm zu erhalten. Nun versuchte sie, unmittelbar auf den Minister einzuwirken; sie ließ ihn zu sich kommen und zählte ihm in Anwesenheit des Königs alle Vorteile, die Frankreich aus dem Ländertausche ziehen könnte, auf. Vergennes antwortete ausweichend, wies auf die Notwendigkeit hin, vorher mit Friedrich II. zu unterhandeln und machte auf die Gefahr aufmerksam, die Frankreich in der Zukunft durch eine übermäßige Machtentfaltung des habsburgischen Hauses drohen würde.

Die Königin geriet über diesen zähen Widerstand in heftigen Zorn. Sie überschüttete den Minister mit Vorwürfen: er sei verlogen, unaufrichtig, wiegle die übrigen Mitglieder des Kabinetts gegen Österreich auf und lasse sich seine Person durch sie decken. Beleidigt und zugleich bestürzt über diesen unerwarteten Ausfall, erklärte Vergennes, um seine Enthebung vom Amt ersuchen zu müssen. Da antwortete aber die Königin, so einfach sei die Sache keineswegs abgetan; nochmals kam sie auf die Beziehungen der beiden Mächte zurück, indem sie zu beweisen suchte, daß alle Vorteile des Bündnisses auf seiten Frankreichs lägen, wogegen dieses niemals etwas für seinen Bundesgenossen tun wolle; sie schloß mit der neuerlichen Forderung, es möge Vergennes dem Tauschprojekt als einem Entgelt für die Kränkung zustimmen, die Österreich in der holländischen Sache widerfahren sei. Bald wurde Vergennes, nachdem er sich ein wenig von seiner Erregung erholt hatte, gewahr, daß nur die Königin schrie und lärmte, der König aber hartnäckig schwieg; in seinem Innern sagte er sich, noch sei nicht alles verloren, und versicherte Maria Antoinette, er sei dem Bünd-

---

[1]) Arneth: »Maria Antoinette« etc. 51—54 und 62—65.

nisse sehr ergeben und persönlich für das Projekt des Kaisers, doch müsse in einer so wichtigen Frage die Ansicht des königlichen Rates eingeholt werden [1]).

Was blieb Vergennes nun zu tun übrig? Wenn er sich im Konseil den österreichischen Plänen entgegengestellt hätte, wäre er unbedingt seiner Stellung verlustig geworden, das Projekt aber zweifellos durchgegangen; denn St. Priest oder Choiseul Gouffieu hätten seinen Posten erhalten. Beide gehörten der österreichischen Partei an und niemand geringerer als die Königin selbst hätte sich, auf Mercys Anempfehlung, für sie verwendet. Blieb er hingegen, wie er voraussah, mit seiner Meinung allein im Konseil, so hätte er der Königin seine Treue bewiesen, sein Versprechen erfüllt und Österreich trotzdem nicht zum Sieg verholfen.

Und so geschah es auch. Am folgenden Tage — am 28. Dezember 1784 — übergab Vergennes seinen Bericht, in dem er sich zwar für das Projekt aussprach, aber auch eine Menge von Gegengründen vorbrachte. Maria Antoinette war ziemlich zufrieden mit ihm und schrieb an ihren Bruder, Vergennes' Bericht sei friedfertiger, konzilianter gehalten, als dies von der Meinung der übrigen Minister gesagt werden könne [2]). Diese hatten sich allerdings, wie wir gesehen haben, in der Sitzung vom 2. Jänner 1785 sehr feindselig gegen Österreich verhalten; Vergennes schien geschlagen, ging aber in Wirklichkeit als Sieger aus dem Kampfe hervor. Natürlich fiel es ihm nicht ein, auf seiner Meinung zu beharren; im Gegenteil, er beeilte sich, der Mehrheit nachzugeben; Ludwig jedoch, der nicht das geringste Verlangen trug, seinen ehrgeizigen Schwager als Bayerns Herrscher zu sehen, berief sich Maria Antoinette gegenüber, gleichwie Vergennes es tat, auf den einstimmigen Beschluß des Konseils. Schon am 6. Jänner 1785 antwortete er Joseph höflich, aber bestimmt, er müsse vor allem den preußischen König befragen, »damit man allen Schwierigkeiten und Widersprüchen vorbeuge« [3]). Der sanfte,

---

[1]) Arneth-Flammermont: »Correspondance de Mercy« etc. I, 365—367.
[2]) Arneth: Maria Antoinette etc. 65.
[3]) Ib. 66.

schüchterne, doch verschlagene Minister Vergennes hatte einen glänzenden Sieg bei Hofe und in der Diplomatie davongetragen: er blieb in seiner Stellung, allem Hasse der Königin zum Trotz, ohne das Bündnis zu lösen und ohne die Dinge durch offenen Widerstand zum äußersten zu treiben; den Bemühungen Österreichs, in dem er einen gefährlichen Feind seines Vaterlandes sah, war er aber dennoch hindernd in den Weg getreten.

Das bayrische Austauschprojekt war hinfällig geworden, indem man Preußens Meinung einholen wollte. Das wußten Vergennes, die übrigen französischen Minister und selbst der König, der nach diesem Vorwande haschte; auch Maria Antoinette, die den Vorschlag als eine mauvaise excuse bezeichnete, begriff es gar wohl, ebenso Joseph II., der jenen Rat »tückisch« fand. Gab es doch in ganz Europa keinen schlimmeren Feind Österreichs, als den »alten Fritz«, der Joseph schon 1779 Bayern entrissen hatte. Dem Kaiser war es klar, daß nun, da ihm der Herzog von Zweibrücken eine ablehnende Antwort zuteil werden ließ und Frankreich sich zurückzog, indem es die Entscheidung Preußen anheimstellte, sein ganzer Plan gescheitert war. Er erriet, wessen Einfluß so mächtig auf Zweibrücken eingewirkt hatte und der Zorn, den er dem Herzog zeigte, galt vor allem dem Berliner Hofe[1]).

Sein Zorn war jedoch machtlos: »Der Tausch gelang nicht«, wie sich der Kaiser kurz gefaßt über seinen Mißerfolg aussprach[2]), und die verhandelnden Parteien trachteten nun, die unangenehme Begebenheit möglichst rasch zu vertuschen. In Wien schwieg man hartnäckig darüber und gab sich Mühe, glauben zu machen, man habe nie an einen Tausch gedacht; in diesem Sinne sprachen auch die österreichischen Agenten im Auslande[3]); Karl Theodor hielt es sogar — am

---

[1]) Arneth: »Joseph II. und Katharina von Rußland« 243, und Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« I, 261.

[2]) Beer: op. cit. 194.

[3]) D. A. Stutterheim à Clemens: »Tout comme des personnes de marque à Vienne donnent à entendre qu'il n'a jamais été question de l'échange de la Bavière, Mr. de Mercy tient le même langage, prétendant

13. Februar 1785 — für nötig, alles zu leugnen, und das Dementi wurde im Original und in Übersetzungen in allen Zeitungen abgedruckt [1]).

Die deutschen Reichsfürsten hielten indessen wenig von diesem Leugnen und während der ganzen Regierungszeit Josephs herrschte in den politischen Kreisen die Überzeugung, daß Bayern nach wie vor den Wiener Hof beschäftige. Noailles schwor, »er werde diese Angelegenheit nicht aus den Augen verlieren, solange er die Ehre habe, sich in des Königs Diensten zu befinden« [2]), und er kam immer wieder darauf zurück, indem er versicherte, die Intrigen Österreichs nähmen kein Ende [3]). Hertzberg gab Podewils den Auftrag, möglichst umsichtig zu sein [4]), und Stutterheim teilte Schoenfeld fast in jeder Depesche allerlei Gerüchte und Vermutungen über diesen Gegenstand mit. Von der periodischen Presse sprechen wir gar nicht; der bayrische Tauschhandel war ein Lieblingsthema für die Tiraden der antiösterreichisch ge-

---

même que l'éxécution d'un pareil plan serait évidemment désavantageux aux intérêts de l'Empereur et ne compenserait pas la perte qu'il ferait. J'avoue que je ne comprends rien à cette politique de se compremettre au point de nier une chose dont l'existence est on ne peut plus évidemment prouvée.« (Le 12 mars 1785.)

[1]) Hier zum Beispiel der Text aus der »Gazette d'Utrecht« 1785, Nr. 20: »Aimés et féaux! Nous nous sommes faits rapporter ce que Vous nous avez représenté concernant un échange dont Nous serions convenus avec la Cour Impériale et qui aurait été signé le 3 janvier. Comme le bruit qui est né à ce sujet et qui a été répandu par les feuilles publiques est sans fondement, la convention conclue le 31 août de l'année dernière avec la Cour Impériale, ratifiée et signée de notre part le 3 janvier dernier, n'a concerné que les contestations relatives aux frontières entre la Bavière et la partie de l'Inn et pour autant qu'elle a du rapport à ce qui Vous regarde, elle Vous a été déjà communiqué par extrait le 1er de ce mois, ce que nous Vous communiquons pour Vous tranquilliser.«

[2]) P. A. Noailles à Vergennes le 22 mars 1785.

[3]) Ib. Noailles à Montmorin le 5 décembre 1787: »Il n'est pas hors de vraisemblance que dans ce moment la Cour de Vienne tâte de toutes les manières celle de Berlin et que pour parvenir à l'échange de la Bavière on ne mette tout en oeuvre.«

[4]) B. A. Le Roi à Podewils le 22 janvier 1787.

sinnten Blätter und die gemäßigteren unter ihnen sprachen noch im Jahre 1789 von der Möglichkeit eines solchen Ereignisses [1]).

X.

Die an der Sache interessierten Persönlichkeiten hegten starke Befürchtungen; ganz Deutschland war in Erregung und gierig wurden dort die Gerüchte, welche die ehrgeizigen Pläne Josephs betrafen, aufgefangen. Alle fürchteten für ihre politische Existenz und als daher Friedrich II. mit dem Plane hervortrat, einen »Fürstenbund« ins Leben zu rufen, fiel dieser Gedanke auf einen fruchtbaren Boden [2]). Seiner Anregung zufolge schlossen die Kurfürsten von Brandenburg, Hannover und Sachsen ein Übereinkommen, dessen Inhalt und Zweck Stutterheim in seiner offiziellen Depesche glänzend charakterisierte [3]). Es war, als ob die Reichsstände nur auf diesen Wink

---

[1]) »Courrier de l'Europe« 1789, Nr. 23: »Au nombre des bruits rechauffées, sujets à caution, est celui de l'échange de la Bavière contre les Pays-Bas qui se renouvelle. On dit même que l'Empereur se rendra dans 15 jours à Munich pour traiter cet échange.«

[2]) Der Fürstenbund bildete oft den Gegenstand geschichtlicher Untersuchungen; die bedeutendsten sind: Johann Müller: »Darstellung des Fürstenbundes«; Ranke: »Der Fürstenbund und die deutschen Mächte«, 1871, ein Buch, das auch heute noch klassisch genannt werden kann; Tratschewsky: »Der Fürstenbund«, 1877; für dieses Werk wurde bisher unbekanntes archivalisches Material benützt.

[3]) D. A. Stutterheim à Clemens le 15 août 1785: »Il y déjà quelque temps qu'il y a été question d'une Association de Princes germaniques et il s'en est répandu dans le public des bruits plus ou moins conformes à la vérité. Maintenant que les fondements en sont jetés, il est à propos que je Vous instruise, Mr., de ce qui en est. S. M. Prussienne comme Électeur de Brandenbourg, ayant proposé à notre Auguste Maître de former une association pour le maintien des lois et constitutions germaniques, et S. M. Britannique comme Électeur de Brounswick-Lüneburg, s'étant déclaré prête à y accéder, S. A. El. animée des mêmes sentiments patriotiques et considérant d'un côté l'utilité et l'innocence d'une pareille union, et de l'autre le droit incontestable des Princes d'Allemagne de s'unir à cet effet en tout temps, n'a pas voulu se dispenser de concourrir à un but si salutaire. Les Plénipotentiaires des trois Cours Électorales étant par conséquent entrés sur cet objet en conférence à Berlin, il a été conclu le 23 du passé un traité d'union, qui a pour base

gewartet hätten. Der Vorschlag der schon verbündeten Höfe, sich ihnen anzuschließen, fand überall die günstigste Aufnahme. Die preußischen und österreichischen Emissäre reisten in ganz Deutschland herum, die einen, um Fürsten und Minister zum Beitritt zu überreden, die anderen, um sie von jeder dahinzielenden Absicht abzubringen; in diesem Kampfe um die öffentliche Meinung — denn ein solcher war er, da ja ein bewaffneter Zusammenstoß nirgends stattfand — behielt der Berliner Hof entschieden die Oberhand über das Wiener Kabinett. Nur Köln, Trier, Oldenburg, Württemberg und Hessen-Darmstadt blieben den uralten Banden treu, die sie an Österreich knüpften; doch bewirkten dies eher dynastische als politische Erwägungen [1]). Auch die Publizisten mischten sich

---

et but unique de maintenir par des moyens constitutionnels dans leur essence les loix et constitutions tant générales que particulières de l'Empire, ainsi que les droits et prérogatives de ses États et de prévenir que par leur infraction le repos en soit troublé en Allemagne. Par conséquent cette Association, fondée sur les loix mêmes, ne tend à offenser personne, moins encore à toucher d'aucune manière à la dignité, au droit et aux prérogatives du Chef de l'Empire. Au reste, l'Électeur, fidèle à ses principes et conséquent dans sa conduite, est résolu comme par le passé de garder la neutralité dans tous les cas qui ne concernent ni la sûreté de ses États, ni la conversation de la liberté et constitutions germanique. Voilà, Mr., ce que j'ai à Vous dire à ce sujet, non pour que Vous en parliez de Vous-même ou en fassiez l'objet d'une déclaration, mais afin que Vous soyez en état de Vous expliquer conformément à ces notions fondées sur la plus exacte vérité, dès qu'il Vous en sera touché quelque chose soit par le ministère soit par des membres du Corps diplomatiques, soit par telle autre personne que ce puisse être.« In dieser Depesche, die sich nirgends abgedruckt findet, sind die Hauptgründe des Bundes klargelegt. Wenn in ihnen auch nicht von den »geheimsten Artikeln« gesprochen wird, in welchen die verhandelnden Parteien einander im Falle eines Überfalles auf Bayern oder einer Besitzergreifung dieses Landes bewaffnete Unterstützung versprachen, so geschah dies deshalb nicht, weil den Verbündeten ein scharfer Konflikt höchst unerwünscht gewesen wäre.

[1]) Ein typisches Beispiel der Fürstenpolitik dieser Zeit war das Verhalten des Darmstädter Landgrafen zum Fürstenbunde. Seine Minister gingen auf den Vorschlag des preußischen Emissärs vollständig ein und führten folgende Gründe hierfür an: »Die Grundsätze, die bisher zu der Erweiterung des Wiener Hofes aufgestellt worden, können die Überzeugung darlegen, auf was für eine willkürliche Weise Verträge und

in die Angelegenheit; sie überschwemmten Deutschland mit ihren Broschüren, deren Inhalt bald offiziell, bald offiziös, bald privat gehalten war. Will man unparteiisch sein, so muß man zugeben, daß die Anhänger Preußens zahlreicher und begabter als die Österreichs waren und sich auch größerer Sympathien bei den Lesern erfreuten; in allen diesen mitunter ziemlich weitschweifigen Schriften wurden Bedenken geäußert, auf die schon Mirabeau mit genialem Spürsinn gekommen

---

Friedensschlüsse bisher behandelt worden seyen. Bey der wegen der Schelde-Streitigkeiten gegebenen K. Deklaration ist ganz geradezu behauptet worden, wegen der Barrière-Tractat sich die Umstände in dem Maaße verändert hätten, wornach nunmehr gleichsam andere rechtliche Verhältnisse, folglich die aus solchen Bündnissen erwachsende Rechte und Befugnisse bloß nach der Convenienz behandelt und so lange für gültig angesehen werden, als sie sich auf Zeiten und Umstände anfassen lassen. Eben diese gefährlichen Grundsätze haben sich in den Passauer- und Salzburgischen Händeln und Streitigkeiten durch recht niedrige und gewaltsame Proceduren geäußert, und wir berühren diese Fälle nur in der Absicht, um daraus überzeugend darzuthun, daß nach eben dieser Handlungsweise und im festen Gang der nämlichen Grundsätze der Tausch mit Bayern in Proposition gebracht worden ist. Aus diesem sich beständig ähnlich bleibenden Gang der österreichischen Vergrößerungsprojecte ist allerdings zu befürchten, daß solche immer weiter greifen, und der reichsständischen Freyheit und denen Gerechtsamen der Stände immer gefährlicher werden dürften. Besonders sind die Folgen des Länder-Tausches, wenn er noch vor sich gehen wollte, für die Sicherheit des Teutschen Reiches furchtbar auffallend. Bayern ist bekanntlich die einzige bisherige Barriere und Vormauer für die Sicherheit der angrenzenden mindermächtigen Stände gegen die oest. Übermacht, und wenn diese Wehr zertrümmert ist, so müssen die Angrenzenden, die keinen Widerstand thun können, sich dem Willen des übermächtigen Nachbarn fügen, von ihm Rath und Vorschrift annehmen, und sich solche gefallen lassen. Der Kaiser würde dadurch der Hauptflüsse Deutschlands — der Donau sowie des Rheines und Mayn — Herr und Meister, deßgleichen von den benachbarten Kreisen, in die er durch seine Übermacht zum Nachtheil der Stände einwirken würde und könne sodann im Herzen von Teutschland nach Gefallen solche Verfügungen und Vorkehrungen treffen, welche die Kreisverfassung der Stände benachtheiligen und ihre Gerechtsame nach und nach so beschneiden dürften, welches denen minder mächtigen zu hindern unmöglich fallen müsste. Wegen dieser aller und mehrerer für Teutschland so gefährlichen Folgen, hat sich der König von Preußen mit den Kurhöfen Sachsen und Braunschweig dem vorseyenden Tausch mit so vielem Mut widersetzt, und sucht zugleich

war und die er in wenigen Zeilen auszudrücken verstanden hatte [1]).

Joseph II. verlebte schwere Stunden. Er verbarg seine Enttäuschung, indem er Gleichmut zur Schau trug und vor Fremden Verwunderung über die Dummheit und Kurzsichtigkeit der Menschen heuchelte [2]); aber groß war sein Ärger — das kam in dem Zirkular zum Ausdruck, das am 13. April 1785 an alle Vertreter Österreichs bei den Reichsfürsten gesandt

---

durch das vorgeschlagene Bündniß mit den Ständen einen sicheren Damm dem aufschwellenden Strom entgegen zu setzen, damit diese allgemeine Überschwemmung verhütet würde. Der König sucht durch diese Union der österr. Übermacht das Gegengewicht zu halten; durch den König und durch dieses Bündniß besteht die Aufrechthaltung des teutschen Reichssystems und die Wohlfahrt jeder einzelnen Reichsstände, die vielleicht großer Gefahr ausgesetzt werden würde, wenn die Macht des Königs zu schwach seyn und durch die Association unterstützt werden sollte. Mit der Erhaltung des Ansehens des Königs steht die allgemeine und besondere Sicherheit des Reiches in der genauesten Verbindung und das eigene Interesse der Stände kann von dem Interesse des Königs nicht getrennt werden, wenn auch gleich die Selbsterhaltung des Königs die erste und vornehmste Bewegursache des Bündnisses seyn sollte . . . Derjenige Stand, der sich in der fatalen Lage der Neutralität halten will, hat zu besorgen, daß er von allen Seiten verlassen und bloßgestellt und gegen Bedrückungen von keinem Theil gesichert wird...« (H. A. Convolut. 40. Reichs-Kriegs- und Friedenssachen. A. u. Bericht vom 15. November 1782.) Aber der Herzog, der von alters her den Habsburgern ergeben und anderer Meinung war, schalt seine Minister mit jener Grobheit, die den Machthabern auch des »aufgeklärten Jahrhunderts« eigen war: »Ich wundere mich, daß die Herren Geheimräthe in meine einmal genommene Entschliessung so wenig Ernst und Standhaftigkeit setzen, daß sie mit dieser gar nicht begehrten Meynung neuerdings auftretten.« (Ib. eigenhändige Bemerkung des Landgrafen Georg auf dem Rande des Berichtes.)

[1]) Mirabeau: »De la Monarchie Prussienne« VII, 293: »Si cette Maison acquiert la Bavière . . . la balance tombe si pleinement de son côté en Allemagne, que l'Empire sera infailliblement soumis à ses volontés. Tous les faibles se rangeront par crainte de son parti, et ils entraîreront les forts. Alors la constitution germanique, la paix de Westphalie, la capitulation qu'on fait signer à chaque Empereur seront des réseaux que la Maison d'Autriche brisera à volonté, malgré les réclamations, sans les craindre. Elle englobera un fief de l'Empire, une province après l'autre, jusqu'à ce qu'elle ait su se procurer un pouvoir absolument irrestible.«

[2]) Arneth: »Joseph II. und Katharina von Rußland« 262. Cf. ib. 265.

wurde. Es läßt sich in der ganzen diplomatischen Geschichte wohl schwer ein Dokument finden, das an Derbheit und Schärfe des Tones diesem Rundschreiben gleichkäme[1]). Es war dies für den Kaiser »ein sehr unangenehmer Fall«, wie sich der vorsichtige Leopold ausdrückt[2]).

Der Fall war um so unangenehmer, als er die internationale Bedeutung Österreichs gar arg geschädigt hatte. Das Bündnis mit Rußland hielt sich noch; die Kaiserin schalt den Herzog von Zweibrücken in einem eigenhändigen Schreiben tüchtig aus, glaubte aber selbst nicht, daß sie dadurch etwas erreichen werde[3]). In Österreich fand man trotzdem, sie habe wenig

---

[1]) P. A. Autriche. Supplement. 1775—1791, f. 79: »Il nous est revenu et confirmé itérativement par différents rapports dignes de foi que la Cour de Berlin a conçu le dessein d'attirer le plus grand nombre possible des États du Corps germanique dans une ligne formelle pour garantir l'Empire des prétendus projets violents d'échange, de sécularisation et d'autres vues pareilles, tendant au bouleversement entier de la constitution germanique. On n'articule pas à la vérité contre quelle Cour cette confédération doit être dirigée, mais la seule circonstance que l'idée en vient de Berlin et que le Baron de Seckendorf, nouveau ministre prussien du cercle de Franconie, est chargé du soin de la faire réaliser, ne laisse pas le moindre doute que c'est uniquement la Cour Impériale qu'on a eu vue.

Toute personne impartiale en considérant ce plan de confédération, ne manquera pas de s'apercevoir au premier abord, que tandis que d'un côté son but principal tend à rendre S. M. J. le sujet de l'inquiétude, des soupçons, de la défiance et de la haine générale, en fait de l'autre côté l'honneur à tous les États du Corps Germanique de les croire capables d'un tel degré d'animosité qui a en tout temps fait l'objet de la politique prussienne, qu'ils se déterminent à se lier ensemble pour aller comme de nouveaux chevaliers errants à la poursuite de prétendus fantômes qui n'existent nulle part, n'ont jamais existé et dont la realité n'est supposée que dans les assertions des calomniateurs.

Après avoir dévoilé ainsi le véritable état de choses, nous sommes bien éloignés de soupçonner même la possibilité que de pareilles manoeuvres odieuses puissent jamais trouver quelque croyance ou acceuil quelconque. Néaumoins, Vous voudrez bien, Monsieur, veiller avec attention à tous les moments qui y peuvent avoir quelque rapport et me rendre un compte exact de toutes les notions que Vous serez dans le cas de receuillir à ce sujet.« (Lettre circulaire datée de Vienne le 13 avril 1785.)

[2]) Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana.« I, 265.

[3]) Arneth: »Joseph II. und Katharina von Rußland« 47.

geleistet [1]). Die Beziehungen zu Frankreich waren endgültig verdorben und besserten sich nie mehr. In seinem offiziellen Schreiben an Ludwig XVI. vom 21. Februar 1785 konnte sich Joseph nicht zurückhalten, scharfe Ausdrücke zu gebrauchen und dem Ärger, der an ihm zehrte, freien Lauf zu lassen; nur durch Ludwigs Unliebenswürdigkeit sei des Kaisers Plan, der niemandem geschadet hätte, zum Scheitern gebracht worden. Der König habe sich weder als Verwandter, noch als Verbündeter erwiesen. Joseph verglich das Benehmen des Königs mit dem Katharinas, »der einzig wahren Freundin« [2]). Insbesondere mit dieser Bemerkung wollte er den König treffen, der das österreichisch-russische Bündnis stets ungern sah, weil es gegen die Türkei gerichtet war. Noch heftiger äußerte sich der Kaiser seinem Bruder Leopold gegenüber; er drohte in ohnmächtiger Wut, Frankreich diesen Mißerfolg vergelten zu wollen [3]). Kaunitz bewahrte zwar auch diesmal, wie immer im Unglück, seine unerschütterliche Ruhe; dennoch versäumte er nicht, Vergennes auf den Unterschied aufmerksam zu machen, der zwischen dem Verhalten des Königs, des Verwandten und Verbündeten Josephs, und dem Betragen Katharinas II. bestand [4]). Leopold aber ergriff den Anlaß, in seinen Briefen an Joseph II. den feindseligen Gesinnungen Luft zu machen, die ihn gegen Frankreich erfüllten [5]). Sie waren berechtigt, denn das französische Ministerium sprach sich entschieden für den Fürstenbund aus [6]).

---

[1]) Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« I, 258.

[2]) Arneth: »Maria Antoinette« etc. 81.

[3]) Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« I, 254.

[4]) Arneth-Flammermont: »Correspondance de Mercy« I, 386.

[5]) Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« (Briefe Leopolds nach der ersten Hälfte des Jahres 1785) zum Beispiel I, 278.

[6]) Nous ne sommes pas étonnés, Mr., de la sensation qu'a produit à Vienne le projet d'association dont s'occupe le Roi de Prusse. Nous avons prévus, dès le principe, que l'Empereur serait affecté de la chose en elle-même et plus encore des motifs qu'employeraient les agents prussiens pour réussir. En effet, Joseph II. ne saurait voir avec indifférence une association qui a essentiellement pour objet de préserver l'Allemagne contre les abus possibles de la prérogative Impériale et ce Prince doit surtout être-blessé des soupçons qui servent de base aux insinuations que le Roi de Prusse fait aux Princes, qu'il veut attacher à son système.

Über Preußen ist wenig zu sagen. Der gefährliche Feind, der sich diesesmal in seiner vollen Wahrheit gezeigt, hatte

---

Il faut Mr., que ces deux considérations aient bien vivement frappé l'Empereur, car il vient de faire écrire à ses Ministres dans l'Empire deux Lettres circulaires, dont je joins ici la copie, non seulement pour démentir comme calomnieuses les imputations que lui fait le Roi de Prusse, mais aussi pour offrir de son côté aux État de l'Empire une association dont l'objet serait le maintien invariable de la constitution légale de l'Allemagne. Mr. de Mercy vient de nous communiquer ces Lettres circulaires en nous invitant à en adopter les principes. J'en ai rendu compte au Roy et S. M. en a envisagé l'objet sous le point de vue suivant.

Il est dans la nature des choses que l'Empereur cherche à étendre son autorité et que les États de l'Empire cherchent de leur côté à s'en garantir. Ceux-ci ont d'autant plus de raisons de se tenir sur leurs gardes et de se fortifier les uns par les autres que l'Empereur a à leur égard une prépotence hors de toute proportion et que leur existence isolée les met nécessairement à la discrétion de ce Monarque.

Cette reflexion, Mr., est surtout applicable au Roi de Prusse. Ce Prince n'a pas la moitié ni des domaines, ni des revenus, ni par conséquence de la puissance de la Maison d'Autriche. Il avait un seul allié qui faisait sa sûreté et son point d'appui (d. h. Rußland). L'Empereur le lui a enlevé et l'on ne suppose jamais sans objet grave une révolution de telle importance. Le Roi de Prusse, isolé de toutes parts par le fait de l'Empereur, a dû en concevoir un ressentiment profond, et ce Prince, hors d'état de se soutenir par lui-même, a dû mettre tout en oeuvre pour remplacer l'allié qu'on venait de lui arracher. Quelle est la Puissance qui n'en agirait pas ainsi en pareille conjoncture?

Frédéric II, ne pouvant briser les liens qui unissent le Roi à l'Empereur, et jugeant ne pas devoir mettre une confiance entière dans les principes de justice et dans les sentiments pacifiques qui dirigent la politique du Roi, ce Prince supposant d'ailleurs qu'une partie de ses domaines est un objet de convoitise perpétuelle pour la Cour de Vienne, a pensé n'avoir d'autre moyen pour mettre un obstacle quelconque aux vues qu'il suppose à l'Empereur, que celui de s'associer aux principaux États de l'Empire, et de prendre pour base de cette association la garantie de leurs possessions et de leurs droits, et le maintien de la Constitution germanique. Le plan du Roi de Prusse, Mr., doit être envisagé sous deux points de vue; l'un est relatif au Roi, l'autre concerne l'Empereur comme Souverain et comme Chef du Corps Germanique. Le Roi est garant des traités qui assurent la liberté de l'Allemagne et cette garantie est d'autant plus sacrée que si la constitution actuelle de l'Empire éprouvait la plus légère altération en faveur de l'autorité Impériale, la France serait la première à en éprouver le contrecoup. Ainsi,

dem Kaiser eine diplomatische Niederlage beigebracht, die einer verlorenen Schlacht glich. Daher haßte jetzt Österreich

---

Mr., nous avons un intérêt majeur au maintien de cette même constitution, ainsi nous devons applaudir au moins tacitement à toutes les précautions propres à remplir un objet aussi important.

Il en est tout autrement, Mr., de l'Empereur. Ce Prince soit comme chef de l'Empire, soit comme Souverain, doit naturellement voir avec peine tout ce qui peut le gêner ou le contenir. Il doit donc être blessé de tout ce que le Roi de Prusse fait pour remplir ce double but et employer toute son influence pour faire avorter le plan de ce Monarque.

Mais convient-il au Roi de seconder les démarches de S. M. J. Les détails dans les quels je viens d'entrer prouvent invinciblement qu'en le faisant le Roi agirait contre son intérêt le plus essentiel. D'ailleurs, S. M. détruirait de fond en comble la considération qu'Elle a recouvrée avec beaucoup de peine et de soins parmi les Princes de l'Empire et cette considération est d'un prix que rien ne peut remplacer. Ces importantes vérités, Mr., forcent le Roi d'éviter toute démarche qui aurait pour objet de détourner les États de l'Empire de l'association qui leur est proposées par le Roi de Prusse. Cette circonspection est d'autant plus nécessaire qu'en s'en écartant, S. M. serait dans l'impossibilité de justifier sa conduite. Car elle n'aurait pour base ni le besoin, ni la convenance. On ne la considérerait que comme un acte de condescendance que l'on appellerait faiblesse ou inconséquence et comme un sacrifice gratuit des plus précieux intérêts de la France. Je ne dis rien du Roi de Prusse, dont la conservation est intimement liée avec notre conversation propre et qui aurait droit de censurer hautement notre conduite qu'il regarderait comme un abandon tant à son égard, qu'à l'égard de tout l'Empire. Ce Prince crierait dans tous les coins de l'Europe que nous sacrifions tout à notre liaison avec la Maison d'Autriche. Cette inculpation ne serait que trop fondée, et la sensation qu'elle ferait, serait d'autant plus vive que nous n'avons cessé et que nous ne cessons de dire, que le maintien de la Constitution germanique est la base de nos engagements politiques avec la Cour de Vienne.

Tout ce que le Roi juge pouvoir faire, Mr., en faveur de son allié est de tranquilliser les États de l'Empire sur les vues qu'on lui a imputées. Cette démarche qui devra être faite avec le plus grand ménagement, produira ce qu'elle pourra en faveur de l'Empereur. Nous devons laisser à ce Prince le soin de la faire valoir, dans la supposition toutefois qu'il ne lui donnera pas une extension et un sens contraire aux intentions de S. M. Ce sera au Roi de Prusse d'agir pour rendre infructueuses les démarches de S. M. I. et à faire triompher son projet. Nous ne l'attaquerons ni ne le contiendront. C'est là, Mr., tout ce que la Cour de Vienne peut raisonnablement exiger de S. M.« — P. A. ib. f. 84—86. Vergennes à Noailles le 27 mai 1785.

Preußen mehr denn je. Das Wiener Kabinett schrieb dem Berliner Hofe alle seine Mißerfoge zu[1]). »Die Verstimmung zwischen den beiden Mächten wird immer größer« durften sogar die Zeitungen melden[2]) und Friedrich II. konnte sich gar nicht vorstellen, »auf welche Weise eine Annäherung stattfinden könnte«[3]).

Der Tod des alten Königs änderte nichts an der Sachlage. Eine Zeit war das Gerücht im Umlauf, Friedrich Wilhelm II. sei nicht abgeneigt, eine friedliche Ära einzuleiten; schon besangen diensteifrige »Philosophen« das aufgehende Reich seligen Friedens[4]). Ganz ohne Begründung waren diese Gerüchte nicht. Kaunitz selbst sprach Podewils gegenüber die Hoffnung aus, »die Regierung des neuen Königs werde eine Übereinstimmung und ein freundschaftliches Zusammengehen der beiden Höfe erleichtern«[5]). Man »schmeichelte« in Wien dem preußischen Gesandten und »der Kaiser gab ihm derartige Zeichen seiner Gunst, daß sowohl die Öffentlichkeit wie die Diplomaten darüber in Staunen gerieten«[6]). Doch alles das verblendete den vorsichtigen Preußen nicht; im Gegenteil, »er verdoppelte seine Aufmerksamkeit und bemühte sich, mehr denn je in die Absichten des Kaisers und seines Kabinetts einzudringen«. »Seiner bescheidenen Vermutung nach« wollte Joseph den Feind nur einlullen, um ihn in seine türkischen

---

[1]) D. A. Clemens à Stutterheim le 3 septembre 1785.

[2]) »Journal de Herve« le 4 octobre 1785.

[3]) B. A. Le Roi à Podewils le 1 avril 1786.

[4]) »Courrier du Bas-Rhin« 1786, Nr. 95: »Quelle gloire pour ce siècle philosophique, si le désir de la paix et du bonheur de l'humanité faisait oublier à des monarques puissants d'anciens motifs de rivalité et les rapprochait par des liens qui assurassent pour plusieurs générations la tranquillité de notre continent.« Ähnliche Artikel erschienen im »Journal de Herve« (le 28 décembre 1786), im »Esprit des Gazettes« (le 4 novembre 1786) und in der Frankfurter handschriftlich geschriebenen »Gazette secrète« (20 septembre 1786). Im »Courrier de l'Escaut« (1786, Nr. 73) erlaubte sich der Korrespondent sogar die Nachricht mitzuteilen, Joseph habe dem König vorgeschlagen, die Armee beider Staaten auf je zehn Regimenter zu beschränken.

[5]) B. A. Podewils au Roi le 27 août 1786.

[6]) Ib. Über den Versöhnungsversuch mit Preußen siehe Ranke: »Die deutschen Mächte« II, 298—308.

Pläne zu verwickeln. Friedrich Wilhelm verhielt sich den österreichischen Annäherungsversuchen gegenüber ebenso mißtrauisch wie sein Minister. Er war geneigt, »ein möglichst gutes Einvernehmen herzustellen, soweit dies die vom kaiserlichen Hofe zur Schau getragenen Gefühle zuließen« [1]), zugleich aber gab er seinem Gesandten recht, »es könnten sich hinter den Herzensergüssen Josephs andere Pläne verbergen« [2]). Wie übertrieben die Aussöhnungsgerüchte waren, erhellt aus dem Urteil, das der Kaiser über den preußischen Nachbar fällte: »Der Tod des preußischen Königs ändert nichts an dem Kern der Sache«, so schrieb er an Leopold, »sein Nachfolger wird, entweder aus eigener Überzeugung oder weil seine Umgebung es ihm rät, in gleichem Geiste handeln« [3]). Die vielgerühmte Annäherung ergab als einziges Resultat, daß den Offizieren beider Armeen gestattet wurde, das nachbarliche Gebiet zu betreten (was früher verboten war). Wie konnte es auch anders sein? Bis 1790 hielt Graf Hertzberg die Fäden der preußischen Politik in der Hand — ein feuriger, eifriger, jedoch nicht sehr glücklicher Schüler Friedrichs des Großen. Joseph bemerkt ganz richtig, der preußische Minister »suche Österreich mit allen Mitteln zu schaden, auch mit den kleinlichsten, wenn sich keine anderen fänden« [4]). Die Feindschaft wurde bald offenkundig, und zwar gab hierzu die verwickelte Orientfrage Anlaß, die zu Ende der josephinischen Regierungszeit einen scharfen, kritischen Charakter annahm

XI.

Haltung Josephs II. im russisch-türkischen Konflikt 1783. Der Krieg von 1788—1790. Mißglückte Orientpolitik des Kaisers.

Schon zu Anfang der achtziger Jahre begann die Politik des Kaisers in der Türkei aggressiv zu werden. Die argwöhnischen Diplomaten und die aus Beruf neugierigen Jour-

---

[1]) B. A. Le Roi à Podewils le 4 septembre 1786.
[2]) Ib. le 14 octobre 1786.
[3]) Arneth: op. cit. II, 18.
[4]) Arneth: »Joseph II. und Leopold« etc. II, 35. Cf. Beer: op. cit. 241.

nalisten versäumten nicht, Josephs Abschwenken von dem ziemlich friedfertigen Verhalten Maria Theresias zu bemerken. Zu Beginn des Jahres 1781 machte Stutterheim den nichts ahnenden Pezold darauf aufmerksam, »daß die Absichten auf eine Grenzregulierung immer weiter zielten; es handle sich um einige Landstriche in Bosnien und um einen Teil der Wallachei« [1]). Während seines Aufenthaltes in Wien sammelte auch Clemens Nachrichten darüber und schwor, daß sie »von verläßlichen Leuten für wahr gehalten würden« [2]). Als nun 1782 die Unruhen in der Krim ausbrachen und das russische Heer Taurien besetzte, erwartete man in Europa stündlich den Ausbruch des Krieges [3]). Preußen insbesondere legte Unruhe an den Tag, denn es fürchtete den Sieg Österreichs und die daraus folgende Machtvergrößerung des verhaßten Feindes. Während der zweiten Hälfte des Jahres 1783 sandte Riedesel Depesche auf Depesche nach Wien, mit der steten Behauptung, »die kriegerischen Vorbereitungen dauerten fort und die Armee sammle sich für den Feldzug« [4]). Diese Mitteilungen waren nicht etwa bloß erfunden; in der Türkei gab es in der Tat eine starke Kriegspartei; der Diwan mußte fast einen Volksaufstand befürchten, wenn er die Tataren ohne Hilfe ließ. Katharina war durchaus nicht von einem friedlichen Ausgang des Konfliktes überzeugt [5]) und Joseph »als treuer Verbündeter und Freund« bereitete sich für alle Zufälligkeiten vor [6]). Seine

---

[1]) D. A. Stutterheim an Pezold den 22. Januar 1781.

[2]) Ib. Clemens an Stutterheim den 6. Februar 1782.

[3]) »Gazette de Leyde« 1783, Nr. 81: »Il n'y a presque plus lieu de douter que notre Cour prendra part à la Guerre contre les Ottomans et qu'on a même le dessein de faire une campagne d'hiver.« Cf. »Esprit des Gazettes«, le 17 décembre 1782: »On parle ici toujours d'une guerre prochaine avec la Porte.«

[4]) B. A. Riedesel au Roi le 11 juin 1783.

[5]) Arneth: »Joseph II. und Katharina etc.« Briefwechsel aus dem Jahre 1783, 205. Brief vom 8. Juni 1873.

[6]) Siehe den geheimen Befehl an den ungarischen Kanzler schon vom 21. November 1782: »Lieber Graf Eszterházy! Die Umstände an den benachbarten Grenzen sowohl als die heuer mißrathene Ernte und die hieraus sich folgende eigene Bedürfniß erfordern den Verkauf der Kammerfrüchte und nebst diesen den auswärtigen Verkauf oder die

Mitwirkung war übrigens gewiß nicht uneigennützig; nach dem ersten — dem bekannten griechischen Projekt — sollten Österreich nach dem Tode »des kranken Mannes« die Gebiete im Norden der Linie zufallen, die von der Herzegowina nach Belgrad und dem Adriatischen Meere führt[1]), nur dann allerdings, wenn es Rußland half, dem Sterbenden die Kissen unter dem Kopfe wegzuziehen. Aber nach reiflicher Überlegung wollte Joseph doch nicht so weit gehen; er dachte daran, sich mit der österreichischen Wallachei, den beiden Saveufern und dem Niederreißen der Festungswerke in Belgrad und Orschowa zu begnügen[2]).

Joseph wünschte nämlich damals nicht, einen langwierigen Krieg mit der Pforte zu führen, weil ihn das bayrische Projekt in Anspruch nahm und er daher »einen anderen Augenblick abwarten konnte und mußte«[3]). Trotz dringenden Mahnungen des Kanzlers Kaunitz, den Krieg sofort zu beginnen, beschränkte sich der Kaiser doch nur auf eine Vermittlung auf friedlichen Wege. Die Furcht vor einer preußischen Diversion spielte dabei zweifellos eine wichtige Rolle. Riedesel schmeichelte seinem Gebieter mit der Versicherung, in Wien »fürchte man bei dem bevorstehenden Kampfe mit dem ottomanischen Reiche« niemand so sehr als S. M. »Wenn S. M.«, fügte der diensteifrige Agent hinzu, »drohen oder als Entgelt von

---

Ausfuhr von Früchten aus den Ungarisch- und Siebenbürgischen Ländern in fremde Gebiete zu verbieten, um auf allen nötigen Fall mit der Truppenverpflegung nicht aufzuliegen, wenn man in dem Königreiche Ungarn eine Observations-Armee zur Beschützung des Landes zu versammeln in dem Falle wäre, worüber Sie also das erforderliche auf das schleunigste anordnen werden. Ich gebe Ihnen diesen Auftrag in Ansehung der Observationsarmee und was dem anhängig ist, im größten Vertrauen mit, in der Hoffnung, daß Sie solche mit der genauesten Verschwiegenheit in Ausübung zu setzen trachten werden. Auch ist das Verbot der Frucht-Ausfuhr in dieser Rücksicht bloß unter dem Vorwande der mißrathenen Ernte zu veranlassen.« (U. A. Kanzley-Archiv Nr. 1424.)

[1]) Arneth: »Joseph II. und Katharina.« 173. Von den Forderungen und Wünschen Katharinas siehe 143—156.

[2]) Beer: op. cit. 137.

[3]) Arneth: »Joseph II. und Leopold etc.« I, 164—166. Cf. Beer: op. cit. 130—132.

beiden Höfen eine Gebietserweiterung fordern wollten, würde man dem keinen Widerstand entgegensetzen«[1]).

Riedesel irrte wohl ein wenig; es handelte sich nicht allein um Preußen; auch Frankreich nahm eine drohende Haltung an, denn es hatte immer in dem Bestande des ottomanischen Reiches sein eigenes Interesse gesehen. Uralte Freundschaft verband die beiden Höfe; Franz I. hatte sie begründet zur Zeit, da die französischen Könige zum erstenmal daran dachten, in Stambul ein Gegengewicht gegen die Habsburger zu suchen. Über das Bündnis vom Jahre 1756 wurde die alte Freundschaft mit der Türkei ebenso wenig vergessen, wie die Feindschaft gegen Österreich. Trotz ihres Verfalles blieb die Pforte ein wertvolles Hilfsmittel gegen die Macht des jungen russischen Staates, denn sie war ein wichtiges Glied in der Kette, die ein Vordringen Rußlands nach dem Westen abhalten sollte. Dazu gesellten sich noch Handelsinteressen, die so wichtig waren, daß Choiseul Gouffier ausrufen konnte: »Dank dem großherzigen Tribut, den die Türkei dem französischen Gewerbe liefert, ist sie für unseren Staat wertvoller als jede Kolonie«[2]). Das griechische Projekt, dessen Verwirklichung Rußland und Österreich stärker gemacht hätte, war daher dem Versailler Kabinett nichts weniger als angenehm. Joseph dachte eine Zeitlang daran, die Franzosen mit dem Angebote Ägyptens zu beschwichtigen, womit er sogar Napoleons Plänen zuvorgekommen wäre[3]). Aber mit diesem Köder war Vergennes schwer zu fangen und der Minister sandte eine in den schärfsten Ausdrücken gehaltene Note nach Wien[4]). Sie begann damit, Österreich wohlmeinend an die Gefahr zu mahnen, die ihm eine Nachbarschaft Rußlands

---

[1]) B. A. Riedesel au Roi le 2 juillet 1783. In seiner letzten Depesche (vom 18. August 1783) setzte Riedesel die Abrundungsgebiete fest, auf die Preußen Anspruch erheben könnte; das war entweder Danzig oder ein Teil Kurlands.

[2]) P. A. v. 359 f. 87, Choiseul à Montmorin le 7 février 1790.

[3]) B. A. Riedesel au Roi le 19 avril 1783: »La France prendrait l'Egypte pour elle et se rendrait maîtresse des Indes Orientales au moyen de cette possession.«

[4]) P. A. Autriche. Supplément, f. f. 17, 18. Bei Arneth-Flammermont: »Correspondance de Mercy etc.« I, 202, 203.

brächte, sobald es daran denke, »sich auf Kosten einer dritten, unschuldigen Macht zu bereichern«. Würde doch ganz Europa gegen ein so ungeheuerliches politisches System Stellung nehmen! Auch wurde der Kaiser »an seine Pflichten gegen den verwandten und verbündeten Hof« erinnert. Die Note schloß mit einer vielsagenden Warnung: »Der König«, so lautete sie, »werde sich, wenn seine Worte ungehört bleiben sollten, gezwungen sehen, an das allgemeine Beste zu denken«, wobei ohne Umschweife auf »das Konzert mit Preußen als auf ein Mittel zur Abwendung des Unheils, das Europa bedrohe«, hingewiesen wurde. Joseph fand diese Note »frech« und in einem »unerträglichen Ton« gehalten. Er antwortete mit einem schroffen Brief an das Königspaar, worin er alle Verletzungen aufzählte, die Frankreich dem Bündnisse zugefügt habe. Zum Schlusse verzichtete er aber doch auf jede Gebietserweiterung, wobei er nicht versäumte, seine Uneigennützigkeit zu rühmen [1]).

Die an der südlichen Grenze mobilisierten Truppen rückten zwar nicht in die Türkei ein, doch versicherte der kaiserliche Internuntius in Stambul, Herbert, seinem russischen Kollegen Bulgakow, daß die Sache der russischen Kaiserin auch die seines Gebieters sei. Die Pforte beugte sich vor der drohenden Gefahr und trat am 8. Jänner 1784 vertragsmäßig die Krim, Taurien und das Kubanskische Gebiet ab. Diese Erwerbung war für Rußland äußerst wichtig; wäre Frankreich nicht von dem eben beendigten Kriege mit England erschöpft gewesen, es hätte wohl niemals diese Machterweiterung Rußlands an den Ufern des Schwarzen Meeres zugegeben.

Katharina konnte mit ihrem unblutigen Siege zufrieden sein; was aber hatte der Kaiser erreicht? Nichts, oder so viel wie nichts; bloß einige Handelsvorteile auf der Donau und dem Schwarzen Meere. Zuerst wollte man in Europa an eine so unerwartete Selbstlosigkeit Josephs nicht glauben, denn jeder seiner Schritte hatte stets nur Furcht erzeugt. In den Zeitungen wimmelte es von abenteuerlichen Vermutungen —

---

[1]) Arneth: »Marie Antoinette etc.« 30—34.

fast glaubte man schon an eine Eroberung Jerusalems — und während des ganzen Jahres 1783, bis in die Hälfte des Jahres 1784 hinein, fragte Stutterheim ungeduldig den ahnungslosen Clemens, was denn eigentlich Österreich gewonnen habe, da doch so viel Geld und Mühen auf die Mobilisierung verwendet worden seien? Als man endlich erfuhr, daß Joseph wirklich nichts Wesentliches erhalten habe, meinten alle, die schlaue Katharina habe ihren Verbündeten hintergangen, alle Vorteile nur sich zugewendet und ihm nur die Anstrengungen überlassen. »Einen prächtigen Nasenstüber hat man S. k. M. versetzt«, meldete schadenfroh Riedesel; »er hat von der türkischen Pastete nur ein winziges Stückchen wegbekommen. Wenigstens spricht in Wien alles davon und sogar die Öffentlichkeit spottet darüber, wie geschickt Rußland den Kaiser angeführt habe« [1]).

Joseph selbst war hingegen anderer Meinung; er glaubte, für die Zukunft vorgearbeitet zu haben. So sagte er zu Ségur, die Besitzergreifung der Krim durch die Russen bereite ihm gar keine Unbequemlichkeit; vor allem seien die Türken dadurch friedfertiger geworden, da sie die Möglichkeit zu einem Angriffskriege verloren hätten. Doch noch andere große Vorteile brächte dieses Ereignis für Österreich mit sich; seine Gebiete seien nun vor jedem Überfall der Osmanen gesichert, da die russische Armee und Flotte in der Krim die Türken stets in Furcht erhalte; der Petersburger Hof müsse sich nun endgültig von Preußen abwenden, das dadurch einen mächtigen Verbündeten einbüße [2]). Damit war der Kaiser noch nicht zu Ende; er forderte geradezu Rußlands Beistand für den bevorstehenden bayrischen Ländertausch, indem er Katharina demonstrativ an seine ihr erwiesenen Dienste erinnerte [3]). Der Berliner Diplomat behielt aber zum Schlusse doch recht; Joseph hatte einen »Nasenstüber« erhalten. Die Einmischung Rußlands in die bayrische Angelegenheit übte gar keinen Einfluß auf den Herzog von Zweibrücken aus; die Holländer kehrten sich

---

1) B. A. Riedesel au Roi le 28 janvier 1784.
2) Ségur: »Mémoires etc.« III, 115.
3) Arneth: »Joseph II. und Katharina etc.« 203, 204.

ebenso wenig an Katharina und die Türken begannen zur großen Überraschung aller und zur größten des Kaisers im Jahre 1788 einen Angriffskrieg.

Er kam Joseph II. derart unerwünscht, daß er zuerst am liebsten abgelehnt hätte, als er von Katharina während ihres herausfordernden Siegeszuges durch Taurien zu einer Zusammenkunft eingeladen worden war. Mochte er das römische Kaisertum deutscher Nation noch so gering einschätzen, seine Stellung als Kaiser galt ihm doch, wie wir gesehen haben, sehr viel und der etwas geringschätzige Ton der »katharinisierten zerbstischen Prinzessin«, die nicht einen Augenblick daran zweifelte, ihr Verbündeter werde ihr bis in die Tiefen tatarischer Steppen nachstürzen, verletzte ihn tief[1]. Kaunitz erschrak heftig[2]) und fürchtete, der Kaiser werde nun der Zarin allerlei unangenehme Dinge schreiben und die durch das Glück allzu verwöhnte Monarchin[3]), die an ihren Ideen eigensinnig festhielt, erzürnen. Der Minister beschwor Joseph II., dies zu vermeiden; nur seiner Überredungskunst war es zu danken, daß der Kaiser auf Katharinas Wunsch, und zwar äußerst liebenswürdig, einging.

Josephs Reise nach der Krim endete nicht, wie ganz Europa geglaubt hatte, mit einer Kriegserklärung Rußlands und Österreichs an die Pforte; die Osmanen waren es vielmehr, die zuerst die diplomatischen Beziehungen abbrachen, indem sie Bulgakow in dem Schlosse mit den sieben Türmen einkerkerten, wobei sie ihm jedoch nichtsdestoweniger alle Ehrenbezeigungen erwiesen. Die beiden Verbündeten hatten, so sehr ihnen auch die Abrundung ihrer Gebiete am Herzen lag, im Herbst 1787 triftige Gründe, den plötzlichen Ausbruch eines Krieges nicht zu wünschen. Rußland war auf einen solchen gar nicht vorbereitet. Es hatte an der südlichen Grenze nur eine kleine Heeresabteilung aufgestellt; außerdem herrschte im Lande Mißernte und auch die Flotte war erst im Werden begriffen; dazu kam, daß Katharina eine Einmischung Schwedens

---

[1]) Arneth: »Joseph II. und Katharina etc.« 277, 278. Vollständig und mit Beibehaltung der Orthographie abgedruckt bei Beer, op. cit. 242, 243.

[2]) Beer: op. cit. 244.

[3]) Arneth: »Joseph II. und Leopold etc.« II, 43.

und Preußens besorgte. Joseph dagegen war äußerst erregt und beunruhigt über die Nachrichten, die er aus den Niederlanden erhielt; ihm bangte vor einer allzu großen Machtvergrößerung Rußlands und vor einer Diversion Preußens, weshalb er nichts so sehr als die Erhaltung des Friedens wünschte [1]. Der Berliner Hof war zwar von der Friedensliebe [2] des Kaisers überzeugt, in seinem beständigen Mißtrauen jedoch erklärte er sich diese damit, daß Joseph freie Hand in der bayrischen Angelegenheit haben wolle [3]. Auch Frankreich ließ durch Noailles dem Kaiser die Anerkennung für die Bemühungen um den Frieden zum Ausdruck bringen. Sobald aber einmal der Krieg erklärt war, mußte er auch geführt werden. Joseph war durch seinen Vertrag gebunden und folglich gezwungen [4], die Forderung der Kaiserin — wenn auch nur schweren Herzens — zu erfüllen und die verabredete Hilfe zu leisten [5]. Die Türken hingegen, von den englischen und preußischen Residenten aufgewiegelt, merkten, daß sich ihnen ein günstigerer Augenblick kaum mehr bieten würde und sie warfen sich daher mit der ganzen Kraft eines religiösen und nationalen Fanatismus auf den Feind.

Wie Joseph vorausgesehen, mußte sich Österreich die ersten Schläge gefallen lassen. Im Frühling des Jahres 1788 stellte sich der Kaiser selbst an die Spitze eines zweihunderttausend Mann starken Heeres, das, nach dem Plane des Marschalls Lascy, in einem langen Kordon an der ganzen südlichen Grenze aufgestellt wurde. Anfangs glückten den Österreichern kleine Erfolge und sie nahmen einige unbedeutende Festungen ein; als aber die Nachricht kam, der Groß-

---

[1]) Ségur l'Aîné: Tableau historique et politique de l'Europe 1810. I, 93.

[2]) B. A. Le Roi à Podewils le 30 avril 1787.

[3]) Ib. Podewils au Roi le 17 mars 1787: »L'Empereur ne désire nullement de se voir en guerre avec les Turcs.«

[4]) Arneth: »Joseph II. und Leopold etc.« II, 115: »Voilà-t-il pas un bien autre embarras, une guerre à faire dans ces maudits pays et avec toutes les maladies, la peste, la faim; et pour peu gagner.«

[5]) Arneth-Flammermont: »Correspondance de Mercy« II, 117: »Cette aggression me met absolument dans le casus foederis. Je ne puis me dispenser quoique fâché que j'en sois d'agir de mon côté contre les Turcs.« Cf. Arneth: Maria Antoinette etc.« 110.

vezier rücke mit einem mächtigen Heere heran, stellten sie ihre Angriffe ein. In den heißen, sumpfigen Donauniederungen schmolz die Armee infolge des Fiebers zusammen wie Wachs in der Sonne; die Hälfte der Soldaten lag in den Spitälern; die siegreichen Türken durchbrachen den nun sehr gelichteten österreichischen Kordon und griffen Joseph von der Flanke her an. Joseph mußte rasch zurückweichen und das blühende Banat der Plünderung der Baschibusukschen Horden überlassen. Es kam aber noch schlimmer. Bei dem eiligen Rückzug nach Karansebes bemächtigte sich der Truppen eine Panik, durch die sowohl Franz von Toscana wie Joseph selbst beinahe ums Leben gekommen wären. Der Feldzug vom Jahre 1788 war vollständig verunglückt und 1789 zogen sich die Kriegsoperationen in die Länge; erst spät im Sommer gelang es Coburg im Vereine mit Suwaroff, die Türken bei Fokschanach und Rimnik zu schlagen, und im Herbst eroberte Laudon Belgrad. Rußland leistete nur schwachen Beistand; sein Heer war ebenfalls klein und der Überfall des schwedischen Königs zwang es, seine Kräfte nach dem Norden zu verlegen. Joseph beschwerte sich oft über seine Verbündeten: »Die Russen wollen, alles sollen andere für sie tun«[1]; von Potemkin, über dessen Tätigkeit ihm sein General, Fürst von Ligne, berichtete, sprach der Kaiser voll Geringschätzung und in sehr gereiztem Tone[2]. Die »nordische Semiramis« hatte in der Tat ihren mächtigen Freund überlistet. Wie im Jahre 1784 fielen ihr auch diesmal wieder alle Vorteile zu, wogegen Joseph die Schäden des Krieges und die Schmach der Niederlagen allein auf sich nehmen mußte. Die Russen, die durch ihre weiten Steppen von dem Feinde getrennt waren, kämpften indessen ohne Verluste in fremdem Lande und zogen nur Nutzen daraus, daß die Osmanen von Österreich in Anspruch genommen waren. In Rußland betrachtete man denn auch den Kaiser als »Statthalter und General« Katharinas und nicht

---

[1]) Arneth: »Joseph II. und Leopold etc.« II, 177.

[2]) Arneth: »Joseph II. und Leopold etc.« II, 146: »Ce Prince Potemkin, tant qu'il sera chargé de cette besogne, on n'en pourra rien espérer. Sans talents que pour l'intrigue, et sans courage personnel, on ne fait pas de grandes choses à la guerre.«

ohne Grund regte sich der alte Rasumowsky auf, als er von der Erkrankung des treuen und gehorsamen Verbündeten hörte. »Nur eines betrübt mich sehr in Deinem Briefe«, schreibt er seinem Sohne Andrej Kirillowitsch [1]), »daß der Kaiser gefährlich krank ist. Gott lasse uns diesen Freund nicht verlieren; einen zweiten solchen wird Rußland kaum wieder finden!« Der Tod des »Cäsars« veranlaßte die Moskauer Staatsmänner zu den traurigsten Erwägungen: »Ganz Moskau spricht von dem Hinscheiden des Kaisers und alle bedauern ihn. Der Tod hat seinen Untertanen einen Herrscher, unserer Kaiserin einen Freund und Rußland einen guten Verbündeten entrissen: so vergeht, wie ein Schatten, der Ruhm dieser Welt« [2]).

Das waren durchaus keine leeren Worte. Mit der Thronbesteigung Leopolds erfüllte sich die Weissagung des klugen Besborodko: »Der ungarische König wird in Hinkunft nicht mehr so gern und blind auf unsere Pläne eingehen wie der Verstorbene« [3]). Österreich beeilte sich in der Tat, mit den Türken auf Grund des status quo Frieden zu schließen; so waren alle Opfer und Erniedrigungen vergeblich gewesen, alles Blut umsonst geflossen. Josephs politische Kombination war verfehlt, sie mußte unausweichlich mißglücken.

Das Bündnis mit Elisabeth vom Jahre 1785 hatte seine Berechtigung: beide Mächte konnten damals in Deutschland nicht rivalisieren; wenn Österreich Schlesien behielt und Rußland Ostpreußen gewann, so berührte das keinerlei vitale Interessen der beiden Staaten. Anders stand es mit der Balkanhalbinsel: Wenn »Großösterreich« sich bis Salonichi erstreckte, so schloß dies die Wiederherstellung »eines oströmischen Reiches« vollständig aus. Darüber war es schon zwischen Joseph und Katharina zu Meinungsverschiedenheiten gekommen; die Kaiserin wehrte sich entschieden dagegen, daß den Venezianern Morea, Kreta und Zypern für einen Teil des venezianischen Dalmatien abgetreten werde; sie meinte, »man dürfe dem griechischen Reiche nicht allzu enge Grenzen

---

[1]) Wassiltschikow: »Die Familie Rasumowsky« 1880, I, 413.

[2]) Ib. I, 418.

[3]) Grigorowitsch: »Kanzler Fürst Besborodko« II, 72. (Sbornik der Russ. Kais. Hist. Gesellschaft. XXIX.)

ziehen« [1]). Die folgenden Ereignisse zeigten, wie wenig begründet Josephs Berechnungen waren. Gerade auf der Balkanhalbinsel stießen und stoßen noch heute die Interessen der beiden Staaten auf einander; früher oder später werden jedenfalls die türkischen Gebiete von einst und jetzt den Kampfplatz der zwei Rassen — der germanischen und der slawischen — bilden. Joseph mußte einen teuren Preis dafür bezahlen, daß er den geschichtlichen Lauf der Ereignisse nicht verstand. Maria Theresia schon hatte sich zu demselben Fehler bekannt und das hätte ihren Nachfolgern zur Lehre dienen sollen.

XII.

Errichtung des Fürstenbundes; Verhalten Josephs und seiner Verbündeten. Wachsende Mißstimmung gegen Preußen.

Von Osten brachte also das österreichisch-russische Bündnis nur Verluste und Enttäuschungen. Im Westen endigten die Versuche einer neuerlichen Annäherung an Frankreich, zu dem man seit 1785 in kühlen Beziehungen stand, mit einem ausgesprochenen Mißerfolge. Wie sonderbar es auch auf den ersten Blick scheinen mag, so begann doch Frankreich im Herbst 1787 sich den kaiserlichen Kabinetten zuzuwenden und es überließ seine uralte Verbündete, die Pforte, ihrem Schicksal. Das war ein plötzlicher Frontwechsel und nur die wichtigen Ereignisse, die im Norden Europas im Jahre 1787 vor sich gingen, konnten ihn hervorgerufen haben; dies waren: die Besetzung Hollands durch Preußen, die Niederlage der französisch gesinnten »Patriotenpartei« und die mit Grund sich verbreitenden Gerüchte eines englisch-preußischen Bündnisses. Der Versailler Hof fühlte sich isoliert und begann sich nach einer anderen Seite um Kompensationen umzusehen. Am 2. Oktober 1787 wurde Ségur der Befehl erteilt, eine Annäherung Frankreichs an die Kabinette von Wien und Petersburg zu bewerkstelligen. Der Zweck einer solchen Annäherung war, sich gegen Berlin und London zu sichern und für Frankreich Landerwerb auszubedingen, der dem gleich käme, den die

[1]) Arneth: »Joseph II. und Katharina etc.« 182—191.

beiden Mächte vielleicht erlangen würden. Diese Forderung jedoch war nur im äußersten Falle zu stellen. Der neue Minister für auswärtige Angelegenheiten, Montmorin, wollte keine Teilung der Türkei; es handelte sich ihm vielmehr darum — wenn das Bündnis zustande kam — daß man, »indem man Frankreichs Interessen wahrte, gleichzeitig nach Möglichkeit die der Pforte schütze« [1]. In Versailles hegte man den Wunsch, »daß die Mächte weder von gemäßigten Grundsätzen abwichen, noch auf Erwerbungen bestünden, die Befürchtungen einflößen könnten« [2]. Anfangs schien alles vortrefflich zu gehen. Ségur berichtete, Besborodko und Ostermann hätten sofort seinen Anschauungen beigepflichtet; er erklärte dies damit, daß Katharina mit England und Preußen unzufrieden sei, weil diese beiden Staaten die Türken zur Kriegserklärung getrieben hätten und in Polen sowohl wie in Schweden die russenfeindliche Stimmung nährten; die Kaiserin habe sich daher gern mit den minimalsten Forderungen zufrieden gegeben, wobei es ihr vornehmlich darauf angekommen sei, die englischen Schiffe in den russischen Häfen mit Beschlag zu belegen [3]. Auch in Wien nahm man die französischen Vorschläge gut auf; Joseph schrieb an Mercy, »er werde dieses Bündnis mit Vergnügen schließen« [4]. Kaunitz berührte es wohl unangenehm, daß der Versailler Hof sich Rußland, ohne seine Vermittlung, genähert hatte; doch fand auch er, »daß das von Ségur vorgeschlagene Bündnis Österreich gelegen sei«, und er war bereit, nach Kräften dafür zu wirken [5]. Zu allem Überflusse wollte noch Joseph seine Forderungen bedeutend einschränken und sich mit der Rückgabe der Gebiete begnügen, die Österreich im Frieden von Passarowitz erhalten hatte, das heißt mit einem Teil der Wallachei und Serbiens samt Belgrad, woran er noch Bosnien und die Herzegowina angliedern wollte [6].

---

[1]) P. A. v. 355 f. 62. Montmorin au Roi le 12 juin 1788.

[2]) Ib. v. 354 f. 321. Montmorin à Noailles le 29 avril 1788.

[3]) Ségur: op. cit. in seinen Depeschen an Montmorin vom Oktober 1787 (P. A. Supplément. Autriche).

[4]) Arneth: op. cit. II, 143.

[5]) Ib. II, 146.

[6]) Ib. II, 163.

Alle drei interessierten Mächte waren also im Prinzip einig und dennoch wurde das Bündnis nicht geschlossen. In erster Linie zeigte Spanien nicht die geringste Lust, mit den kaiserlichen Höfen über eine ihm gänzlich fern liegende Sache ein Übereinkommen zu treffen. Sein Herrscher stand aber, von allen, die durch den pacte de famille mit den Bourbonen verbunden waren, Frankreich am nächsten und der Versailler Hof wollte sich, Katharina zuliebe, der spanischen Verbindung nicht begeben [1]). Die Hauptsache war aber, daß Frankreich große Forderungen stellte, selbst jedoch sehr wenig bieten wollte. Es verlangte, daß die Zarin endgültig mit England breche, wo doch gerade der Handel mit dieser Macht das Budget Rußlands deckte. Ein solches Opfe berechtigte Katharina, mehr als bloße Neutralität von Versailles zu erwarten, wie dies auch Ségur zugab [2]); zu einem Kriege mit der Türkei konnte sich aber Frankreich nicht entschließen; es war zu geschwächt und ein feindseliges Vorgehen gegen die Pforte hätte diese gänzlich an England ausgeliefert. Joseph II. hingegen stellte als Hauptbedingung für das Bündnis auf, daß Polen, auf das Preußen ein Auge hatte [3]), unangetastet bleibe. Darauf wollte wieder Frankreich nicht eingehen [4]). Der Versailler Hof suchte das Wiener Kabinett zu überzeugen, daß das Bündnis auch ohne diese Bedingungen für Österreich vorteilhaft wäre, da es sich dadurch von der unangenehmen Lage befreit sähe, die Verbündete zweier Mächte zu bleiben, deren politisches System dem österreichischen diametral entgegengesetzt sei« [5]). Ségur schlug wohl selbst diesen Vorteil äußerst gering an, und auch Montmorin teilte seine Ansicht hierüber; doch waren

---

[1]) P. A. v. 355 f. 428. Montmorin à Noailles le 4 décembre 1787: »Nous ne saurions garder trop de ménagements envers l'Espagne, parce qu'elle ne regarde pas absolument du même oeil que nous nos prochaines liaisons avec la Russie.«

[2]) P. A. v. 355 f. 238. Ségur à Montmorin le 12 septembre 1788: »Jamais la Russie qui tient à son commerce anglais ne s'engagera à se déclarer contre eux, à moins que nous ne renoncions à notre neutralité dans la guerre de la Turquie.«

[3]) Arneth-Flammermont: »Correspondance de Mercy etc.« II, 151

[4]) Arneth: »Maria Antoinette etc.« 117.

[5]) P. A. v. 355 f. 237. Ségur à Noailles le 12 septembre 1788.

ihnen beiden die Hände gebunden: Loménie de Brienne, der den größten Einfluß im Ministerium besaß, hieß das neue Projekt nicht gut, da es im Kriegsfall übermäßige Ausgaben zur Folge gehabt hätte. Als er aber seine Rolle ausgespielt und Montmorin im Dezember 1788 prinzipiell seine Einwilligung zur Garantie Polens gegeben hatte [1]), war es schon zu spät. Weder die Türken noch internationale politische Kombinationen überhaupt lagen Frankreich am Herzen; der Krieg war entbrannt und konnte nicht mehr aufgehalten werden. Die Bündnisverhandlungen dauerten fort und zogen sich endlos in die Länge. Frankreich nahm für einige Zeit an der Politik Europas keinen tätigen Anteil mehr. Montmorin gab selbst zu, daß die neue Ordnung der Dinge, die mit der Berufung der Generalstaaten begann, dem Bündnisse von 1756 den Todesstoß versetzt habe [2]).

Für Joseph hatte dieses Bündnis ebenfalls so gut wie aufgehört und er wollte nicht länger damit rechnen. Frankreich konnte nunmehr weder Nutzen noch Schaden bringen und Joseph sah daher diese Macht nicht mehr als politischen Faktor an. Der Kaiser äußerte sich in den Jahren 1787—89 äußerst geringschätzig über den französischen Alliierten. Schon 1787, als zum erstenmal die Versammlung der Notabeln stattfand, »zuckte er bloß mit den Achseln« und bemerkte, »diese Posse hätten die Minister mit dem Generalkontrollor in Szene gesetzt, um sich den Anschein zu geben, als stützten sie sich auf die öffentliche Meinung« [3]). Von dem Kaiser konnte man kein anderes Urteil erwarten. Als Realpolitiker verachtete er die Halbheit dieser Maßregel und als echter Monarchist, der die Fahne des Absolutismus schwenkte, konnte er nicht mit einer Versammlung sympathisieren, die

---

[1]) Ségur, op. cit. v. I. Chap. 5.

[2]) P. A. v. 359 f. 37. Montmorin à Noailles le 22 janvier 1790: »Indépendamment des circonstances dans lesquelles nous nous trouvons qui ne sont rien moins que favorables à aucun effort de notre côté, les dispositions de l'Assemblée Nationale et de la nation en général sont si contraires à l'alliance avec la Cour de Vienne, que je ne sais comment nous pourrions nous y prendre pour en remplir les conditions.«

[3]) Arneth-Flammermont: »Correspondance de Mercy etc.« II, 70.

Frankreich in ein zweites England zu verwandeln drohte, wo der König nur solche Minister haben durfte, welche der Opposition genehm waren [1]). Mit Stolz wies der Kaiser darauf hin, er habe bereits einen großen Teil der Projekte verwirklicht, die von den Notabeln vorgeschlagen worden seien. Die kommenden Ereignisse vermochten die schlechte Meinung nicht zu ändern, die Joseph über Frankreich hegte. Er machte kein Hehl aus seinem Abscheu und Zorn über das, was in Frankreich vorging. Die Erstürmung der Bastille drückte ihn ganz nieder, denn ihm bedeutete sie »den Sieg der Straße über die souveräne monarchische Macht«. Die Oktobertage ließen ihn für das Leben und die Ehre der Schwester zittern; er konnte sich gar nicht vorstellen, daß diese »Pariser Kanaille nun despotisch über Frankreich herrschen könne« [2]). Vor allem aber empfand er Verachtung. Angewidert wandte er sich von den revolutionären Bestrebungen ab: »mit Frechlingen und Wüterichen ließe sich ja doch nichts anfangen«. In der Stimmung des französischen Volkes und in den Begebenheiten, die sich in Paris zutrugen, sah er nur Phrasengedresche [3]) und es gelüstete ihn wahrhaftig nicht, seine ohnedies untergrabene Gesundheit noch mehr durch eine Sache verderben zu lassen, die sich in fremdem Land abspielte [4]). Das Bündnis von 1756 war für Joseph abgetan und er erwartete sich nichts mehr davon. Nur als es ihm im Jahre 1788 übel erging, haschte er noch einmal danach wie ein Ertrinkender nach einem Strohhalm [5]). Im großen und ganzen sah er aber ein, daß die Lage in Frankreich für ihn nicht günstig sei. Er kannte ja die antiösterreichische Gesinnung der Nationalversammlung [6]). Jetzt erblickte er in dem »demokratisch« regierten Königreiche nicht bloß einen unverläßlichen Bundesgenossen, sondern sogar einen schlimmen Feind, aber

[1]) Ib. II, 92.

[2]) Arneth: »Joseph II. und Leopold«. II, 281.

[3]) Beer: op. cit. 336.

[4]) Arneth: »Joseph II. und Katharina etc.« 339.

[5]) Ib. 319.

[6]) Arneth-Flammermont: »Corrrespondance de Mercy etc.« II, 264—266.

trotz der früheren Reibungen war ihm um das einstige Verhältnis dennoch leid; er verlor dadurch alle Vorteile, die das Zusammengehen mit Frankreich ihm gebracht, und zwar gerade zu einer Zeit, da Preußen zum Kriege rüstete; ferner fürchtete er für Belgien und schließlich glaubte er ein Bündnis der neuen Regierung mit Preußen voraussetzen zu müssen [1].

Josephs Ahnungen erfüllten sich nicht: das Bündnis wurde nicht von der Nationalversammlung gelöst, sondern starb eines natürlichen Todes, wie dies immer zu geschehen pflegt, sobald eine der Vertragsmächte die übernommenen Pflichten weder erfüllen kann, noch erfüllen will. Im Grunde genommen brauchte der Kaiser nichts zu bedauern. Nicht einmal, als Frankreich imstande gewesen wäre, ihm zu helfen, hatte es ihm besondere Dienste geleistet. Nur einmal stand der Versailler Hof vollkommen auf Josephs Seite, damals, als der Barrièrentraktat aufgehoben wurde. Sonst war der Kaiser immer und überall dem energischen Widerspruch seines Verbündeten begegnet: so bei dem Scheldestreit, bei der Errichtung des Fürstenbundes und im Türkenkrieg. Das brachte eben die internationale Lage sowohl wie die politische Tradition der beiden Staaten mit sich, deren Interessen sich nach allen Richtungen hin durchkreuzten. Es war nur möglich, gute Beziehungen zu pflegen, wenn es sich um eine defensive Haltung gegen England und gegen Preußen handelte; sobald aber eine der verbündeten Mächte einen Angriff unternahm — wie zum Beispiel, als Frankreich sich Korsika, Österreich aber sich Galizien einverleibte —, öffnete sich ein Abgrund zwischen ihnen; es regte sich Mißtrauen, über das weder dynastische Bande noch der aufrichtige Wunsch des Versailler Hofes, den Frieden zu erhalten, noch das Festhalten Kaunitzens an dem von ihm geschaffenen System hinweghelfen konnten. Das österreichisch-französische Bündnis war in einer friedlichen Epoche entstanden, den aggressiven Tendenzen des Kaisers sowie der unruhigen Stimmung Europas in den achtziger

---

[1]) Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana«. Brief aus dem Jahre 1789.

Jahren des XVIII. Jahrhunderts jedoch nicht gewachsen. Als das drohende Gewitter über Frankreich aufstieg, war der Bruch unvermeidlich; Leopold hegte gegen den alten Nebenbuhler der Habsburger stets feindliche Gefühle und unter ihm waren die Beziehungen mehr als gespannt. Das kam in der Deklaration von Pillnitz deutlich zum Ausdruck. Unter Franz II. gar begann der große Kampf, mit dem verglichen selbst die Kriege Ludwigs XIV. an Bedeutung verlieren. Dieses Ringen bildet den Inhalt des gewaltigen Epos, das die revolutionäre und napoleonische Periode umfaßt.

XIII.

Verschärfung der österreichisch-preußischen Gegensätze 1789/90. Feindselige Stellung der europäischen Mächte zu Joseph II. beim Ausgang seiner Regierung. Gefahrvolle Lage Österreichs als Ergebnis der auswärtigen Politik Josephs II. Wiederherstellung des internationalen Ansehens Österreichs durch Leopold II.

Die Verbündeten zogen sich von Joseph II. zurück oder bereiteten ihm schwere Verlegenheiten; sein Todfeind Preußen aber machte sich im Norden drohend bemerkbar. In Berlin freute man sich aufrichtig über den türkischen Krieg, den ja in erster Linie die preußischen Emissäre in Konstantinopel herbeigeführt hatten. »Wie auch immer sein Ausgang sein möge«, so führte Jakobi an, »für die preußische Monarchie ist der Krieg ungemein vorteilhaft. Ihre beiden mächtigen Nachbarn werden geschwächt und es wird ihnen lange Zeit unmöglich sein, etwas gegen Preußen zu unternehmen«[1]). Während sich die Quadrupelallianz zerschlug, wußte das Berliner Kabinett England und Polen durch sein entschiedenes Auftreten zu gewinnen. Im Jahre 1788 glaubte man den Ausbruch eines Krieges befürchten zu müssen. Friedrich Wilhelm II. mobilisierte seine Truppen zu einer Zeit, da Österreichs beste Kräfte an der Donau festgehalten waren. In den Jahren 1789 und 1790 erwartete man stündlich die Eröffnung der Feind-

---

[1]) B. A. Jacobi au Roi le 12 avril 1789.

seligkeiten [1]). Der Kaiser sah die Unmöglichkeit ein, nach zwei Fronten hin zu kämpfen, und vor seinen Augen erstand das schreckliche Gespenst »des unausweichlichen Unterganges der Monarchie« [2]). Nun dachte Joseph an nichts anderes mehr als daran, mit den Türken Frieden zu schließen und sich die Hände frei zu machen [3]). Um seine Verpflichtungen gegen Rußland kümmerte er sich nicht mehr. Er beschloß, »lieber dem Bündnisse angesichts der ganzen Welt zu entsagen, als die Monarchie in einen Doppelkrieg zu verwickeln, der sie vernichtet hätte« [4]).

Als auch die Hoffnung auf einen Sonderfrieden mit der Türkei schwand, verlor der sterbende Monarch allen Mut. »Im Frühling wird wahrscheinlich ein Krieg mit den Polen und Preußen losbrechen; denken Sie nun an Frankreichs Ohnmacht und Mißgunst, an die Erschöpfung Rußlands, an den Aufstand der Niederlande, an einen ebensolchen aufrührerischen Geist in Galizien und selbst in Ungarn, endlich an unsere eigene Erschöpfung! Ein Schauder überläuft einen und wir werden es nur einem Wunder zu verdanken haben, wenn wir mit heiler Haut davonkommen sollten« [5]). Selbst das neutrale Spanien verhielt sich feindlich gegen die Habsburger [6]). Dazu gesellte sich noch folgendes: die argwöhnische Stimmung in der Schweiz und in den italienischen Fürstentümern; die entschieden feindselige Gesinnung der päpstlichen Kurie, die die Kirchenreform in Österreich erzürnt, und die Mißgunst in fast ganz Deutschland, das sich zum Fürstenbunde vereinigt hatte; der versteckte Groll Dänemarks, das nie vergessen konnte, man habe ihm die Nikobaren entreißen wollen; der Übertritt Hollands zu England und Preußen und der Krieg Schwedens mit Rußland, der dieses Reich erschöpfte.

---

[1]) D. A. Schoenfeldt à Loss le 3 février 1780: »L'opinion de la guerre inévitable avec la Prusse ne fait que s'accroître.«

[2]) Beer op. cit. s. 318, 319. Cf. Ib. s. 306.

[3]) Ib. s. 309. D. Wolf: »Josefine« 1890; s. 114.

[4]) Ib. s. 327.

[5]) Arneth: »Joseph II. und Leopold etc.« II, 293.

[6]) Ib. II, 299.

Österreich war zu geschwächt, zu sehr von seinen inneren Angelegenheiten in Anspruch genommen, um darauf rechnen zu können, daß irgend eine Macht bereit sein werde, ihm Beistand zu leisten. Preußen wußte dies sehr gut und hatte daraufhin seine Chancen auf Erfolg berechnet [1]). Die Lage war ja immerhin kritisch. Die trüben, schweren Zeiten, die ein halbes Jahrhundert früher geherrscht, schienen wieder gekommen zu sein; doch wurde jetzt, wie damals, die habsburgische Monarchie durch die kluge Nachgiebigkeit der österreichischen Regierung einerseits und durch die Uneinigkeit zwischen den Verbündeten andererseits gerettet. Gleich nach seiner Thronbesteigung gab Leopold zu verstehen, sein einziger Wunsch sei, mit allen in Frieden zu leben; er brauche keine neuen Ländereien. England, das ja nur deshalb ein Bündnis mit Preußen angestrebt, weil es eine Niederlage und Teilung der Türkei gefürchtet hatte, wünschte nicht im geringsten, sich in einen Krieg zu verwickeln; es war schon durch den Streit zwischen Spanien und Frankreich wegen Kalifornien beunruhigt. Großbritannien also schloß sich entschieden der friedlichen Politik Österreichs an. Dadurch verlor aber Hertzberg die beste Chance für einen Erfolg seiner Berechnungen, die ja dahin gingen, Danzig und Thorn für Preußen zu gewinnen, wogegen Galizien den Polen zurückgegeben werden sollte. Österreich hätte man mit der Moldau und Wallachei beschwichtigt. Ohne Krieg war ein solches Vorhaben freilich nicht auszuführen; ein Bündnis — wie Hertzberg selbst zugab — »mit so schwachen und unzuverlässigen Staaten«, wie die Schweiz, die Türkei und Polen es waren, reichte aber nicht aus, um es mit zwei »so furchtbaren Mächten« aufnehmen zu können. Indessen schrieb Leopold eigenhändig an den König und wußte so aufrichtig seine Friedensliebe zu betonen, daß der ohnehin schon schwankende Preußenkönig einen großen Eindruck davon empfing. Friedrich Wilhelm

---

[1]) B. A. Podewils au Roi le 23 mai 1789: »On peut dire sans exagération que dans la dégradation où se trouve actuellement l'Autriche, elle ne pourra faire un lever de boucliers vis-à-vis d'une puissance qui lui est supérieure en moyens et de pousser une guerre avec vigueur sans courir le risque de voir sa monarchie démembrée.«

hatte überdies die wohlbegründete Nachricht erhalten, daß Polen nicht bereit sei, gutwillig seine Seestädte abzutreten, und daß die Türkei sich mit allen Kräften gegen eine Besitzergreifung der Donaufürstentümer wehren wolle. Der König entschied daher, »das Verharren im status quo sei nicht nur das anständigste, sondern auch das vorteilhafteste Auskunftsmittel«. Hertzberg aber teilte schon deshalb diese Anschauung nicht, weil er wußte, daß ein Scheitern seines Planes ihn die Stellung kosten würde. Er war aber gezwungen, sich dem Willen seines Königs unterzuordnen; hatte ihn doch dieser daran erinnert, daß »die erste Pflicht des Ministers Gehorsam gegen den Gebieter sei«. So unterschrieb Hertzberg am 27. Juli 1790 mit dem österreichischen Bevollmächtigten Spielmann den Reichenbacher Traktat. Dieser bestimmte, daß Österreich, Preußen, die Türkei und Polen ihre früheren Grenzen behalten sollten; Leopold bedang noch für sich das Recht aus, in den Niederlanden die Regierungsform einzuführen, die dort vor 1787 bestanden habe.

Dieser Vertrag, der damals in ganz Europa »der Reichenbacher Puff« genannt wurde, war ein Puff für Preußen, das mit so gewaltigen Forderungen aufgetreten war und sich nun auf der ganzen Linie geschlagen sah. Österreich hingegen trug in Anbetracht seiner kritischen Lage einen entschiedenen und unverhofften diplomatischen Sieg davon, den es völlig der klugen Überlegung und dem Takte seines neuen Herrschers verdankte. Leopold begriff, daß Österreichs Politik von jeher darauf gerichtet sein mußte, die Ereignisse mit zäher Geduld abzuwarten und daß es nur dadurch seine großen Erfolge erzielt habe. Die nach allen Seiten hin aggressive Politik Josephs II. hätte die habsburgische Monarchie unfehlbar dem Untergange zugeführt; denn der Kaiser besaß zu viel Selbstvertrauen und berechnete zu wenig seine eigenen Kräfte sowie die Möglichkeit des Widerstandes seiner Feinde. Beunruhigt und geängstigt, stellte sich Europa seiner »revolutionären Politik« überall entgegen und Österreich konnte noch dem Geschick und dem neuen Monarchen dankbar sein, daß es ohne Verluste aus der verwickelten Lage, in die Joseph es versetzt hatte, gerettet wurde.

XIV.

Feindseliges Verhalten der Öffentlichkeit in Österreich gegen das Bündnis vom Jahre 1756. Englische Sympathien. Die öffentliche Meinung gegen Rußland.

Joseph war mehr als ein absoluter Herrscher, er war — Despot. Die öffentliche Meinung spielte bei dem bureaukratischen und zentralistischen Regime eine unbedeutende und klägliche Rolle; die Fremden staunten über das apathische, teilnahmslose Verhalten der Wiener dem politischen Leben gegenüber[1]). Aber die Zeit tat doch das ihre; auf die eine oder die andere Weise, in Pamphleten, öffentlichen Anschlägen, im Salon, in Soireen, im dienstlichen oder im privaten Leben äußerte die Öffentlichkeit Zustimmung oder Unzufriedenheit und brachte der Politik des Kaisers einen dumpfen, passiven, manchmal auch einen offenen Widerstand entgegen.

Man kann sagen, daß im allgemeinen das politische System Josephs II. höchst unbeliebt war. Ihr Brennpunkt lag, wie wir wissen, in dem Bündnis von 1756. Aber dieses Bündnis, das Höfe und Minister geschlossen, vermochte nicht, aus dem Gedächtnis des Volkes die Erinnerung wegzuwischen, daß Frankreich stets der Erbfeind Österreichs gewesen und daß erst vor vierzig Jahren die »Gallier« sogar Prag eingenommen hatten. Ebensowenig wie an der Seine war das Bündnis an der Donau populär. Die französischen Botschafter klagten beständig über ihre schwierige Stellung in einem Lande, wo man Frankreich geradezu hasse[2]); auch Maria Theresia, der sehr viel an dem Bündnisse lag,

---

[1]) P. A. v. 336 f. 389. Breteuil à Vergennes le 29 juillet 1778: »Je donnerais moins de valeur à l'opinion des Autrichiens contre la France, si l'on était ici aussi bavard en nouvelles, aussi frondeurs et aussi légèrement hardi dans les prononcées qu'on l'est en France, mais je ne connais pas de pays où l'on se permet en général moins de raisonnements en politique que dans celui-ci.«

[2]) P. A. v. 340 f. 435. Barthélemy à Vergennes le 24 décembre 1779: »Je me suis fait une habitude de remarquer les demonstrations de haine sans peine et même sans mépris, je ne regarde pas avec la même indifférence l'appui qu'elle trouve peut-être auprès du gouvernement.«

empfand Unwillen über die unvorsichtigen Äußerungen in der Gesellschaft [1]).

Es versteht sich von selbst, daß man dafür des Feindes Feinde als Freunde betrachtete, weshalb in Wien den Engländern sehr geschmeichelt wurde, denn man gedachte der alten Bande und befürchtete zugleich eine Unterbrechung der Handelsbeziehungen mit Großbritannien. Besonders stark zeigte sich diese Stimmung während des amerikanischen Freiheitskampfes; in der Wiener Gesellschaft wurde jeder Sieg der Franzosen mit Betrübnis aufgenommen, mit Freude hingegen jeder Erfolg ihrer Gegner begrüßt. Die Mitglieder der französischen Botschaft berichteten Vergennes fünf Jahre hindurch über die demonstrative Vorliebe, die die Wiener den Engländern gegenüber an den Tag legten [2]). Riedesel freute dies begreiflicherweise und er teilte seine Beobachtungen wiederholt Friedrich II. mit [3]). Pezold versicherte, »die Zahl der Anhänger Englands wachse mit jedem Tage« [4]); es gab unter ihnen auch hohe Würdenträger, die ohne Scheu ihre Freude äußerten, sobald die Nachricht von einem englischen Siege einlief [5]). Pezold verkehrte allerdings bloß in den höchsten Kreisen und konnte wahrheitsgemäß nur berichten, welche Stimmung dort herrsche; aber auch die Korrespondenten der Zeitungen, die den niederen Klassen nahe standen, sprachen von den englischen Sympathien der Österreicher [6])

---

[1]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« II, 314: »On parle ici, et on dit à l'armée aussi, très-imprudemment des Français.«

[2]) P. A. Depeschen Breteuils und Barthélemys aus den Jahren 1778—1782.

[3]) B. A. Riedesel au Roi 1780—1782.

[4]) D. A. Pezold an Stutterheim den 14. Juni 1780.

[5]) Ib. den 8. Juni 1782: »Wegen der von den Engelländern über die französische Flotte gewonnene Seebataille können die vielen Freunde, so erste unter der großen Noblesse haben, nicht genugsam Freude zu erkennen geben.«

[6]) »Journal Politique des Deux-Ponts« 1781, Nr. 22. »Il n'est personne à Vienne qui ne s'intéresse pour une nation qui déploie une énergie aussi peu commune; sa réaction, son audace, sa témérité envers tant d'ennemis réunis lui attirent l'admiration des Autrichiens; ils admirent ces fiers insulaires de tenir tête à la moitié de l'Europe.«

und setzten manchmal sehr geistreich die Gründe hierfür auseinander [1]).

Der gleichen Unbeliebtheit wie das französische Bündnis begegnete die Annäherung an Rußland. Auch diese war nur durch einen offiziellen, von der Regierung geschlossenen Vertrag dem Volke gegen seine Überzeugung und Neigung aufgedrängt worden. Schon Josephs erste Reise zu Katharinen im Jahre 1780 rief allgemeinen Unwillen hervor [2]). Als nun der Abschluß des Bündnisses bekannt wurde, kritisierten dies alle, die sich für Politik interessierten, auf die schärfste Weise. Man meinte, Österreich könne dabei nur verlieren, denn es stünden ihm, bei dem ruhmsüchtigen Charakter der Kaiserin, unausweichlich schwere politische Verwicklungen bevor; der Bund zweier Mächte, die beide dasselbe Ziel — die Eroberung der türkischen Provinzen — verfolgten, erschien allen »widernatürlich« und man hielt Handelsbeziehungen mit der Türkei für zweifellos vorteilhafter als solche mit Rußland. Und nun »opferte diesem Staat zuliebe das Kabinett Josephs II. die richtigen und gesunden politischen Grundsätze« [3]). Die Antipathie gegen die Verbündeten kam in dem kalten Empfange, der der jungen württembergischen Prinzessin Elisabeth bereitet wurde, zum Ausdruck. Nach der Aussage Breteuils, der von Herzen mit den stolzen Aristokraten fühlte, »konnte man sich schwer eine Vorstellung davon machen, in wie hohem Grade die geplante

---

[1]) »Gazette des Gazettes« le 10 juillet 1782: »Depuis la bataille du 12 avril le café a diminué de prix, ce qui met le matin les femmes du côté des Anglais et les hommes l'après-midi. Rodney est le héros des Autrichiens, comme il l'est des Anglais. Le cas qu'on fait de lui passe l'enthousiasme.«

[2]) P. A. v. 341 f. 141. Barthélemy à Vergennes le 19 avril 1780: »L'Impératrice, la Cour, la ville, toute la nation est contraire au voyage de l'Empereur.« Cf. B. A. Riedesel au Roi le 10 mai 1780: »Il n'y a plus qu'une voix ici et le public crie et blâme le voyage de l'Empereur.«

[3]) »Fatale célébrité du mois de septembre depuis plus de 20 siècles avec des réfléxions analogues à la crise de l'Europe, spécialement à celle de Belges, des Français, des Polonais, des Autrichiens et des Turcs.« (Recueil Bleu Nr. 15.)

Ehe den ersten Persönlichkeiten in der Gesellschaft widerstand und wie unfreundlich sich die Öffentlichkeit dagegen verhielt« [1]).

XV.

Unpopularität des holländischen Krieges in Österreich. Unwillen der belgischen Provinzen über den Frieden von Fontainebleau und das Austauschprojekt.

Hatte schon das politische System des Kaisers den Tadel seiner Untertanen hervorgerufen, so gaben die greifbaren Mißerfolge, die es nach sich zog, der Popularität Josephs II. den Rest. Man sah in dem Scheldestreit nur ein unüberlegtes und gefahrvolles Abenteuer. Noailles schilderte Vergennes mit gewohnter Genauigkeit seine Eindrücke, von Gesprächen mit Personen, die dem Throne nahe standen. »Ich vermag kühn zu behaupten«, so schreibt er, »daß eine allgemeine Niedergeschlagenheit Platz gegriffen hat. Sie hat nicht nur die bürgerlichen Kreise erfaßt, sondern auch das Militär, das doch immer bestrebt ist, sich im Kriege auszuzeichnen. Nicht selten hört man die angesehensten Persönlichkeiten sagen, die Unternehmungen des Kaisers seien sehr unbedacht . . . Einige begründen diese Ansicht damit, daß im Falle eines Krieges, der nach der jetzigen Lage der Dinge unausweichlich scheine, endlose Wirren aus den Unruhen im Reiche hervorgehen müßten. Dieselben Leute behaupten, der erste Feldzug werde die Finanzen völlig erschöpfen, denn die Ersparnisse des Kaisers reichten kaum für sechs Monate aus« [2]). Man begreift daher, daß bei solcher Stimmung und so pessimistischer Auffassung der Dinge die Nachricht vom Frieden zu Fontainebleau »närrische Freude in Wien hervorrief« [3]).

Anders, aber ebenso unangenehm für den Kaiser waren die Gefühle, die seine belgischen Untertanen beherrschten.

[1]) P. A. v. 343 f. 255. Breteuil à Vergennes le 20 novembre 1781. Cf. H. A. »Gazette secrète«, den 12. Januar 1708: »Nach dem Anschein zu urteilen, war die Freude des Volkes über die Vermählung des Erzherzogs nicht sehr groß.«

[2]) P. A. v. 348 f. 307. Noailles à Vergennes le 18 décembre 1784.

[3]) B. A. Jacobi au Roi le 1 octobre 1785.

Zuerst erweckte sein Plan große Hoffnungen. »Die Vorsehung hat uns Joseph — den Herrscher, dessen einzige Sorge das Wohl seiner Völker ist — gesendet, damit er uns von dem Joche der nördlichen Republik befreie, die unseren Handel vernichten will. Der Kaiser wird ihn wieder heben, wird uns glücklich machen« [1]. Im Jahre 1784 verteidigten die belgischen Pamphletisten des Kaisers Ansprüche, indem sie behaupteten, »dieser Held sei gerecht und erleuchtet, und verlange nicht einen Strich Erde, der nicht ihm gehöre«. Zugleich stellten sie an die Holländer die herausfordernde Frage, »was sie auf die von achtzigtausend Menschen unterzeichnete Eingabe zu erwidern hätten«? Ein solches »Dokument« erschien ihnen »überzeugend genug und konnte nicht Gegenstand müßiger Erwägungen sein« [2]. Linguet wurde mit einemmal der populärste Mann in Belgien.

Einen je höheren Flug aber die Hoffnungen nahmen, desto bitterer war nachher die Enttäuschung. Die Belgier hatten begeistert zum Kriege gerüstet [3], und nun kam die Nachricht, man habe sie für »zehn Millionen Silberlinge« verkauft. In der Zeit der Agitation von 1787 bis 1789 hörten die oppositionellen Pamphlete nicht auf, Joseph den schmachvoll erkauften Frieden vorzuwerfen; als die Belgier nun auch noch bei den Holländern Unterstützung fanden, gingen ihre Sympathien vollends von dem Kaiser auf Holland über [4].

Einen noch schlimmeren Eindruck machte das bayrische Austauschprojekt. In Österreich selbst sprach man darüber wenig; die Einzelheiten verschwieg die Regierung und so drangen sie nicht in die Öffentlichkeit; da man keine neuen Steuern auferlegte und keine Rekruten warb, blieb das Wiener Publikum gleichgültig und sprach nur selten und heimlich in

[1]) »Coup d'oeil sur ma patrie par un citoyen Anversois.« A Londres 1781, p. 5. (Recueil Bleu v. 56 Nr. 1.)

[2]) Les sept Provinces Unies à louer ou à vendre présentement. Traduction libre. 1784, p. 59. (Ib. v. 117, Nr. 9.)

[3]) »Das ist nicht Gewalttat, es wollen sich nur uralte Rechte geltend machen; es ist die Erfüllung einer Pflicht, die S. K. M. als Herrscher obliegt.« (Recueil Bleu X, Nr. 1. »Précis politique sur les différends qui se sont élevés entre l'Empereur et les États Généraux« 1785.)

[4]) Anonymes Pamphlet ohne Titelblatt (Recueil Bleu XIX, Nr. 37).

den Kaffeehäusern davon, »wie unbegreiflich hastig und leichtsinnig S. K. M. vorgehe«. Nicht so Belgien; dort wußte und beobachtete man alles mit bangem Interesse; handelte es sich doch um das Schicksal des ganzen Landes. Belgien befand sich nicht zum erstenmal in der gleichen Lage; seine äußere Geschichte bestand nur darin, daß es von einer Hand in die andere überging. Sogar die »Landesmutter« Maria Theresia wollte Geldern und Limburg gegen Schlesien, Brabant und den Hennegau gegen Parma eintauschen. Noch nie aber war ein derartiger Versuch so öffentlich betrieben worden wie unter Joseph II. und noch niemand hatte, wie er, so viel Geringschätzung gegen die Empfindungen seiner Untertanen zur Schau getragen. Der Kaiser scheute sich nicht im geringsten, den belgischeu Deputierten gegenüber, die im August 1787 nach Wien kamen, Bedauern über das Scheitern seines Planes zu äußern [1]). Man kann sich den Eindruck vorstellen, den die stolzen Belgier von einem solchen Projekte und derartigen Reden empfingen; niemals konnten sie Joseph II. ihre Demütigung verzeihen. »Man will mit unserem Volke schachern«, riefen sie aus, »man will es verkaufen, anderen in die Tasche stecken, es gegen die eine oder andere Provinz eintauschen; man streitet sich um uns, denkt aber gar nicht daran, nach unserer Meinung zu fragen« [2]).

---

[1]) »Ich muß zugeben, daß ich ernstlich daran dachte, Belgien gegen Bayern einzutauschen; nicht weil ich die Belgier nicht liebe, sondern weil das Wohl der Monarchie eine solche Maßregel erheischt hätte und ich als ihr erster Diener um ihr Gedeihen besorgt sein muß. Unglücklicherweise ist dieses Projekt nicht zur Ausführung gelangt.« (Rapport adressé aux États de Flandre par leurs députés à Vienne. Messager Historique 1843.) Diese Worte werden auch durch das Manifest der Hennegauischen Staaten bestätigt, die schweigend die Kränkung hinnahmen, sie aber nicht vergaßen.

[2]) Discours prononcé par Mr. le Comte de ** dans l'Assemblée Générale du Duché de Brabant le 16 avril 1787 (Recueil des Représentations I, XVII—XXII). Derartige Erklärungen finden sich dutzendweise; cf. sogar die Ansicht der loyalsten Zeitung: »A quoi cependant cette question devrait-elle se réduire en dernière analyse? N'est-ce pas uniquement de savoir d'une part si les peuples de la Bavière consentent à reconnaître pour leur Monarque l'auguste Chef de la Maison d'Autriche et de l'autre, si les nations des Pays-Bas ne se refusent point à avoir pour chefs les princes de la Maison Palatine?« (Journal Général de l'Europe du 8 décembre 1785.)

XVI.

Unpopularität des Türkenkrieges in Österreich und in Ungarn. Beschwerden über die Lasten, die er zur Folge hatte.

Während die Belgier sich vor allem für die westlichen Angelegenheiten interessierten, richtete sich die Aufmerksamkeit der Österreicher auf den nahen Osten. Für sie war der Krieg mit den Türken eine Sache, von der ihre Ruhe und ihr Wohlstand abhing. Die Untertanen Josephs waren mit den inneren Reformen beschäftigt und brachten den Russen keineswegs Sympathie entgegen; ein Krieg war ihnen daher sehr unwillkommen. Die Gerüchte und die Kriegsrüstungen von 1783 regten die öffentliche Meinung im höchsten Grade auf; man warf dem Kaiser unsteten Ehrgeiz, schamlose Habgier vor. »Es ist unmöglich wiederzugeben, wie ablehnend sich die Gesellschaft gegen alle Grundsätze des Kaisers verhält. Der Unwille geht so weit, daß man fast den türkischen Waffen Erfolg wünscht« [1]).

In Ungarn, das dem osmanischen Reiche am nächsten lag, herrschte eine noch erregtere Stimmung; dort war die Frage insofern verwickelter, als außer den Kriegsschäden politische Unterjochung drohte. »Die Ungarn haben Grund genug, zu glauben, daß der Kaiser nur einen günstigen Anlaß abwarte, um ihnen ihre alten Privilegien zu rauben; darum sehen sie nur ungern die Kriegsvorbereitungen ihres Monarchen; sie sind überzeugt, er werde seine Waffen gegen sie kehren, sobald er mit den Türken fertig geworden sei, und sie bemühen sich daher mit allen Mitteln, die ihnen die Verfassung gewährt, eine Vergrößerung der kaiserlichen Besitzungen zu verhindern« [2]).

Im Jahre 1783 ging das Gewitter vorüber, nachdem der nahe Donner die Gemüter bloß erschreckt hatte; nur den Grenzern ließ es eine unangenehme Erinnerung zurück, da die Regierung von ihnen Weizen für den bevorstehenden Krieg eingefordert hatte; diese Vorräte wurden dann um teures Geld

---

[1]) P. A. v. 346 f. 203. Barthélemy à Vergennes le 27 mai 1783.
[2]) Ib. f. 202.

in Triest und Fiume verkauft. Die Grenzer fühlten sich dadurch sehr verletzt und fast wäre es zu einem Aufstand gekommen [1]). Als nun im Jahre 1788, gegen des Kaisers Absicht, der Krieg ausbrach, der einzig und allein Rußlands halber geführt werden sollte, als eine Niederlage der andern folgte, wurde die Empörung allgemein. Die ausländischen Gesandten bezeugten einstimmig die Unpopularität des Feldzuges. »Der Pöbel legte sogar eine wahre Freude über die österreichischen Mißerfolge an den Tag« [2]). »Man gibt sich in Wien völlig der Verzweiflung hin; der Krieg, der Rußland zuliebe geführt werden muß, ist ein schlechtes Geschenk. Noch größer ist der Ärger darüber, daß die Russen nicht eingriffen und der Kaiser allein alle Lasten trug« [3]). »Die Patrioten murren, denn es ist nichts dabei zu gewinnen« [4]). Gleich trostlose Nachrichten brachten auch die Zeitungen: »Man schmäht die Untätigkeit der Armee; man spricht von verschiedenen Verwicklungen, die sich schon zu Anfang des Krieges offenbarten, von großen Verlusten, endlich von der Unmöglichkeit, selbst als Sieger Vorteile zu erringen« [5]).

In der Privatkorrespondenz jener Zeit äußert sich ebenfalls Unzufriedenheit und strenger Tadel ob des unvernünftigen Unternehmens. »Man betet lieber für die Türken, als für Joseph II. Dieser Krieg ist ungerecht und er beweist die Undankbarkeit Österreichs, die man ihm auch nie vergessen wird. Noch ist nichts geleistet worden und doch — wie viel Menschenleben sind schon zugrunde gegangen! Wie viele aber wird noch das ungesunde Klima dahinraffen, das schlechte Wasser, Epidemien und türkische Säbel! Bald, nur zu bald, wird der Kaiser diesen Schritt bereuen und die Graecam fidem seiner Verbündeten erfahren! Die Unsterblichkeit wäre ihm sicher geworden, hätte er nur den zehnten Teil der Kriegskosten zur Hebung seiner ererbten Gebiete verwendet. Ich

---

[1]) D. A. Clemens à Stutterheim le 4 décembre 1784.

[2]) B. A. Podewils au Roi le 17 mai 1788.

[3]) P. A. v. 354 f. 154. Noailles à Montmorin le 23 février 1788.

[4]) H. A. Schreiben und Berichte von dem Legationsrat von Jan zu Wien den 19. Dezember 1787.

[5]) »Gazette de Leyde« 1788, Nr. 45.

kann mich der Tränen nicht enthalten, so oft ich daran denke« [1]).

Die gleiche Gesinnung spricht sich in noch heftigerem Ton in den unzähligen Pamphleten und Broschüren aus, die an allen Enden der Monarchie auftauchten. »Man muß zugeben«, schrieb zum Beispiel einer der rührigsten Verfasser, »daß der Kaiser gar kein Recht hatte, über die Türken herzufallen. Seine Politik ist Macchiavellis würdig und sein Eindringen in die Türkei ist ein Beispiel krassesten Unrechtes und schwärzesten Undanks« [2]). Wie unterwürfig auch die Lombarden stets gewesen sein mochten, sie ließen doch zum Schlusse ihrer Zunge freien Lauf. Der Mailänder Polizeidirektor teilt darüber der Regierung sehr merkwürdige und unliebsame Dinge mit: »In den Wirtshäusern kritisiert und verurteilt man des Kaisers Verfügungen in der schamlosesten Weise. In der Stadt zirkuliert das Gerücht, daß einige Leute eine Wette um 300 Gulden darüber eingingen, daß die Lombardei im Jahre 1788 von den Spaniern erobert würde. In Mailand gibt es ein Kaffeehaus, wo sich ein Haufen welscher Tagediebe aus allen Ständen versammelt, die jeden Eintretenden fragen, ob er für die Türken sei und daher zu ihrer Partei gehöre« [3]).

Am heftigsten regte sich die öffentliche Meinung in Ungarn. Schon lange klagten die Magyaren, man wende den Interessen ihres Vaterlandes gar keine Aufmerksamkeit zu [4]). Sie meinten, schon unter Maria Theresia sei der Nation

---

[1]) Angeführt bei Meusel: »Vorlesungen über Josephs II. Leben und Regierung« 67, 68. Brief vom 5. April 1788.

[2]) »Choix des Lettres paternelles de Joseph Néron second du nom à R. d'Alton, son assassin en chef aux Pay-Bas avec quelques observations instructives par un intéressé.« (Recueil Bleu XIII, Nr. 1.)

[3]) W. A. Polizey-Acten v. X. Der Bericht des Mailänder Polizeiministers, Grafen Pergen, vom 19. April 1788.

[4]) »Quod deinde Res belli et pacis agitentur, tractentur, concludantur sine Regno. Ignotae passim saepe praejudiciolae, semper autem contumeliosae sint, veluti despecto et servili Regno. Amicitia, Societas, Aliantia (sic!), Foedera vicinorum Principum et Aularum abscondantur a Regno. Legati aut oratores nullibi ulli deputati exstent pro Natione et Regno.« (Hungaria graviter aegra a successore Coronae et Statibus atque Ordinibus Regni in Comitiis anni 1790 curam postulans. Oratore Angelo pacis 1790.)

dadurch ein Verlust zugefügt worden, daß man Galizien nicht dem Marianischen Königreiche einverleibt habe, da doch Ungarn allein das Recht besäße, Anspruch darauf zu erheben[1]). Im Jahre 1788 habe man einen Krieg ohne die Einwilligung Ungarns und »entgegen den klaren und bestimmten Gesetzen des Landes eröffnet« [2]). So hieß es fast in allen Komitaten. Daher beschloß der ungarische Adel, »nicht ein Korn Weizen, nicht einen Groschen Geld, nicht einen einzigen Rekruten zu bewilligen«. »Während Belgrad den Schwaben in die Hände fiel und das Volk laut darüber jubelte, saßen die Herren Magnaten in ihren heimatlichen Nestern, seufzten und knirschten mit den Zähnen, hüllten sich in Tabakdampf ein und tranken Punsch: sie jammerten über das Unglück, das dem hunnischen Vaterlande widerfahren sei, und dachten voll Schrecken an eine mögliche Vernichtung ihrer kannibalischen Freiheit« [3]). Wenn man auch von den Übertriebenheiten absieht, die sich der Autor dieses Pamphletes, ein eifriger Anhänger Josephs, erlaubt, so bleibt doch der Eindruck zurück, daß der türkische Krieg den Ungarn sehr mißfiel. Das bestätigen auch die Regierungsorgane: »Sogar der Dankgottesdienst anläßlich der Einnahme Belgrads ging in Pest sehr kläglich vor sich« [4]). Joseph fand bei seinem Volke keine Sympathie für sein Unternehmen; die schmachvollen Niederlagen hatten ihn ganz geschwächt, ihn Zeit und viele Opfer

---

[1]) Nihil ego nunc dicam, justum ne fuerit, Gallicam jure Hungarico revendicatam legibus Austriacis. (»Josephus II in Campis Elysiis«, 1790, p. 43.)

[2]) Zum Beispiel: Repraesentatio Comitatus Pestiensis de dato 28-ma Januarii 1790: »Dolomus in bello hoc contra positivas Patriae Leges et alias inconsultis Statibus suspecto« . . . (Collectio Repraesentationum I, 7, 8); Prothocolum Congregationis Comaromiensis anno 1790 10-ma Februarii § XXVII: »Portae Ottomanicae absque influxu et Consilio Hungarorum bellii denunciatio.« (Ib. 37.) Humilissimi perpetuo que fideles subditi Universitatis Comitatus Gömör cum Kis-Honth uniti die 2 Mensis Martii 1790: »Eo monemur, quod Belli Pacisque Jura, Regno Regique communia, communem utriusque consultationem exegerint.« (Ib. 93 etc.)

[3]) »Ninive« 1790, 26. Cf. Josephus II. in Campis Elysiis V; 131. »Bellum inchoasti non laesus; arma strinxisti contra amicos, non hostes; sanguinem humanem fudistisine causa.«

[4]) W. A. Polizey-Acten v. X. Auszug aus einem perlustrierten Privatbriefe vom 4. November 1789.

gekostet und alles das erweckte geradezu Haß gegen den Kaiser.

Seine Untertanen hatten übrigens wirklich Grund zur Unzufriedenheit. Der Krieg lastete schwer auf der ganzen Bevölkerung und erforderte ungeheure Opfer an Geld und Menschen. Wir werden noch einmal Gelegenheit haben, den unangenehmen Eindruck zu schildern, den die gewaltsame Rekrutenaushebung in den Jahren 1788 und 1789 hervorgerufen hat. Doch gab es noch andere Beschwerdepunkte. Eine 30.000 Mann starke Armee wollte auch erhalten werden und die Regierung griff ungesäumt zum Requisitionsverfahren und zu zwangsweisen Auflagen. Sie rechnete auf Überfluß und Billigkeit der Waren in den südlichen Provinzen, besonders in Ungarn, und dachte, in einem fruchtbaren, von allem Verkehr abgeschnittenen Lande müsse es unerschöpfliche Vorräte geben; noch im Winter 1787 und vor Eröffnung der Feindseligkeiten wurden alle Getreidegeschäfte für ungültig erklärt und alle privaten Lieferungen beschlagnahmt; das Korn wanderte daher in die Kriegsmagazine — allerdings gegen entsprechende Bezahlung[1]). Nach der Berechnung des gut unterrichteten Jacobi gab der Kaiser für Verpflegszwecke schier eine Million Gulden aus[2]). Den Ständen und Städten wurde befohlen, »die Gutsbesitzer und alle Untertanen anzueifern, ihr Korn möglichst rasch dreschen und den in Vorratskammern liegenden Weizen sieben zu lassen«[3]). Die Ausfuhr jeder Art von Nahrungsmitteln war streng verboten, die Einfuhr jedoch durch die Aufhebung aller Zoll- und Steuergebühren erleichtert[4]). Die Regierung erklärte ohne Scheu die Gründe, die sie zu einem solchen Vorgehen bestimmten; sie wünschte, daß »die Vorräte nicht ausgingen und die Armee ohne Schwierigkeiten verköstigt werden könne«[5]). Noch in den Jahren 1788 und 1790 unterlag das wirtschaftliche Leben des Landes großen Bedrängnissen. Nicht ein Körnchen

---

[1]) U. A. Zirkular vom 24. November 1787.

[2]) B. A. Jacobi au Roi le 30 décembre 1787.

[3]) U. A. Zirkular vom 20. Oktober 1787.

[4]) U. A. Zirkular vom 13. Dezember 1787.

[5]) Ib. Zirkular vom 27. Januar 1789.

Weizen durfte ins Ausland abgeführt werden: alles kauften die Intendanten oder besonders dazu bestellte Offiziere nahmen es gegen Garantiescheine ab. Als die Staatskasse sich zu leeren begann, griff man 1789 zum letzten Auskunftsmittel; ein Zirkular vom 7. Dezember verbot, Proviant oder Fourage in barem Gelde zu bezahlen. Die Gutsbesitzer mußten darauf achten, daß die Bauern fleißig ihre Felder bearbeiteten und das Getreide einbrächten [1]); an alle »getreuen und wohlgesinnten Bürger« erging die Aufforderung, »die Vermehrung ihrer Vorräte zu betreiben, um die Bedürfnisse des Reiches zu decken«; der Monarch sprach in dem Zirkulare »die Überzeugung aus, es werde sich wohl niemand auf Kosten der Staatskasse bereichern wollen« und er fügte die Drohung hinzu, daß »alle Wucherspekulanten strenge Strafe ereilen würde« [2]).

Diese Drohungen waren in der Tat sehr nötig; die Steuern liefen langsam ein, das Heer lichtete sich, die Bevölkerung war unzufrieden. Im Jahre 1787 brach eine Mißernte aus, in den Dörfern wütete der Hungertyphus; doch darauf nahm die Regierung keine Rücksicht. Sie fand, »die Not sei nicht eine Folge des Mangels an Nahrungsmitteln, sondern vielmehr eine Folge angeborener Faulheit und Sittenverderbtheit der Bevölkerung, die den bösen Willen gehabt habe, auf Rechnung der Staatskasse satt zu werden«. Deshalb wurde allen denen, die »grundlos über Armut klagten«, gedroht, »man werde Rückstände bei ihnen einfordern, ihre Güter konfiszieren, sie selbst aber ins Gefängnis werfen« [3]).

Die Stände sahen die Dinge ganz anders an. Sie rechneten mit den Tatsachen und eine solche war, daß alle Getreidevorräte schon im Jahre 1788 im Preise gestiegen waren; oft konnte man sie selbst um teures Geld nicht erstehen und Noailles prophezeite, daß dem Kaiser große Schwierigkeiten erwachsen würden [4]). Bald fingen auch schon die Klagen an. In Steiermark wies man auf die Teuerung

---

[1]) Ib. Zirkular vom 14. März 1788.

[2]) U. A. Zirkular vom 29. Februar 1788.

[3]) Ib. Zirkular vom 9. Oktober 1787.

[4]) P. A. Noailles à Montmorin le 12 janvier 1788.

der Fourage und des Kornes hin — eine Maß Weizen kostete $3^1/_2$ Gulden, Hafer 2 Gulden, also dreimal so viel als gewöhnlich; die Ursachen hierfür erblickten die Stände in den ungeheuren Lieferungen, die an die kroatische Armee abgegeben werden mußten. Dafür zahlte die Staatskasse einen viel geringeren Preis und noch dazu nur in Scheinen. »Man konnte leicht die Verluste berechnen, die Grundbesitzer und Bauern dabei erlitten«[1]). In Ungarn ging es ebenso. Die Komitatskassen, die den Lieferanten in klingender Münze zahlten und selbst nur Scheine erhielten, leerten sich in kürzester Zeit. Wenn aber die Intendanz selbst kaufte, so bot sie weitaus geringere Preise; freilich überstiegen auch diese noch viermal das Normale, aber die Gutsbesitzer behaupteten, auf dem Markte hätten sie ihr Heu und ihren Hafer noch besser verkauft[2]). Auch die zahllosen Fuhrleute, die die Vorräte in die Magazine abzuführen hatten, waren unzufrieden; sie mußten oft tagelang warten, ehe an sie die Reihe zum Abladen kam. Der Regierung selbst leuchtete es ein, daß »derartige Mißbräuche sehr lästig für die armen Untertanen seien«[3]), und daß »die dem Fuhrwesen zugeteilten Leute sich verschiedene Exzesse erlaubten«[4]). Doch wenn auch die beste Ordnung geherrscht hätte, die Überführung des Proviants blieb doch immer eine schwere Last für die Bauern. Sie erhielten, und wenn sie auch aus den entlegensten Komitaten des Banats kamen, nur zwei Kreuzer für den Zentner als Entlohnung; die Pferde gingen in Massen zugrunde, da die Wege ganz unfahrbar waren; »der Ackersmann versäumte die Feldarbeiten, weil er seine Zeit auf der Reise fruchtlos vergeuden mußte«[5]). Das Biharer Komitat klagt, »es sei unmöglich, die Verluste, die durch den Transport der unglück-

---

[1]) St. A. Recens $a/_1$ 1016. Beilage B. f. 51.

[2]) »Politisch-kirchliches Manch-Hermaeon« 1790, 220. Cf. Prothocollum Congregationis Comaromiensis § XXXI. »Fruges et alia oeconomica producta omni hostilitatis genera citra pactati pretii persolutionem jam a biennio extorta.« (Collectio Repraes. I, 38.)

[3]) Zirkular vom 30. Oktober 1788. (U. A.)

[4]) Zirkular vom 17. Februar 1789. (Ib.)

[5]) »Josephus II. in Campis Elysiis« 133.

seligen Steuerablieferungen verursacht würden, aufzuzählen«. Mit großem Pathos wurde geschildert, wie »der arme Mehlhändler sich mit seinen paar Pferden durch tiefen Schnee und unerträgliche Kälte hindurcharbeiten und über Flüsse, Sümpfe und Berge hinübersetzen mußte«[1]. Die Lieferungen erfolgten daher sehr unpünktlich und die Regierung war mehr als einmal gezwungen, den Komitaten Verweise wegen Saumseligkeit zukommen zu lassen[2]. Die unbeteiligten Leute wußten noch Schlimmeres zu erzählen. »Der Marschall Hadik«, so meldet Schönfeldt, »klagt über die Unlust, mit welcher die Ungarn den Proviant abgeben. Und doch besitzen sie davon genug; sie verbergen ihn nur aus Zorn und auch, um höhere Preise zu erzielen. S. M. ist gegen seinen Willen gezwungen, Gewalt anzuwenden und Requisitionen vorzunehmen«[3]. Jacobi schrieb dasselbe, nur in entschiedenerem Tone: »Es gibt Komitate«, teilt er mit, »die von Feldfrüchten aller Art geradezu überschwemmt sind; doch werden diese von den Grundbesitzern sorgfältig versteckt, da man fürchtet, nur in Scheinen gezahlt zu werden«[4]. Die Ungarn beriefen sich auf die Mißernte, auf die ungewöhnlich schweren Zeiten und darauf, daß die Vorräte erschöpft seien; trotz Warnungen der Regierung, »man werde alle Proteste unberücksichtigt lassen«[5],

---

[1]) U. A. Kanzley-Archiv. Nr. 13821. Prothocollum Comitatus Bihariensis de die 20. Octobris 1789.

[2]) U. A. Zirkular vom 18. Jänner 1788: »Es ist dieser Landesstelle angezeigt worden, daß die in Magazine abgelieferten Cameral- und Landeslieferungsfrüchte sehr unrein, auch von so schlechter Beschaffenheit wären, daß sie, ohne in den Magazinen nochmalen geläutert zu werden, in die Vermahlung durchaus nicht abgegeben werden können.« Cf. Zirkular vom 29. Jänner 1788: »Es wird hierorts bemerkt, daß in der Beförderung dieses so außerordentlich dringenden Geschäfts so langsam als unwirksam zur Sache geschritten wird, daß bisher außer der Stadt Pest von keiner anderen Behörde vollkommen sichergestelltes Anbieten anher angezeigt worden wäre.«

[3]) D. A. Schönfeldt à Stutterheim le 27 mai 1788.

[4]) B. A. Jacobi au Roi le 6 mai 1789.

[5]) U. A. Zirkular vom 16. Dezember 1787: »Alle Gegenvorstellungen sind um so mehr zu vermeiden, als S. M. ohnehin durch Verwilligung höherer Akzeptationspreise der Naturalien . . . hierauf allergnädigsten Bedacht zu nehmen geruhen.«

wurden diese nicht eingestellt. Die Stände suchten zu beweisen, daß »die ganze Nation« sich in Aufruhr befinde, weil man »den armen Untertanen Kosten auferlege, die nicht durch die Verfassung gerechtfertigt seien«; auch forderten sie die Einberufung des Reichstages, die Einwilligung der Deputierten und die Beratung der wirtschaftlichen Fragen in beiden Tafeln [1]). Nach der Aussage der Stände war das Volk gänzlich verarmt: »In vielen Ortschaften reißt man den Armen, den Witwen und Waisen das letzte Stückchen Brot aus dem Munde; die Dörfer widerhallen vom Seufzen und Wehklagen, die Leute sterben Hungers oder greifen zur Waffe, um ihrem Leben freiwillig ein Ende zu bereiten« [2]).

Inwieweit diesen Schilderungen Wahrheit zugesprochen werden kann, ist eine andere Frage; den Ständen war es jedenfalls nicht so sehr um das Schicksal »der Armen, Witwen und Waisen« zu tun, als um sich selbst; ihnen riß man zwar nicht »das letzte Stückchen Brot aus dem Munde«, doch ihre Scheunen waren leer. Es steht auch außer Zweifel, daß die materiellen Kräfte des Landes bis aufs äußerste ausgenützt wurden. Der Krieg erforderte nicht nur Rekruten und Proviant, sondern auch Geld; der Reichstag hatte Joseph einigemal ein don gratuit angeboten, der Kaiser aber das gratuit mit der Begründung zurückgewiesen, daß es nicht mit seinen politischen Grundsätzen übereinstimme; auch wollte er den Ungarn keinen Dank schulden [3]). Der Kaiser zog es vor, nach dem gewohnten Auskunftsmittel zu greifen, nämlich die Rückstände einzufordern und die Steuern zu erhöhen. Die Verordnung vom 21. Oktober 1788 erklärte: »Niemals ist eine pünktliche Zahlung der Kontributionen so unumgänglich nötig

---

[1]) Siehe zum Beispiel: Repraesentatio Congregationis Bihariensis de die 26. Octobris 1789: »De subsidiis deliberandi atque decernendi potestas universis Regni Statibus et Ordinibus Generalia Comitia habentibus reservata sit, atque maneat«. (Collectio Repraes. I, 254.)

[2]) Cf. Ib. I, 264: »Regnum quantum nobis constat, in omnibus partibus ita frumenti exinanitum est, ut ad sementem autumnalem et vernalem faciendam, ad alendum usque futuram messem populum vix sufficere possit, quodadhuc intra Regnum reperitur frumenti. In casu illo, si non sufficert, quomodo fami publicae occurendum sit?«

[3]) P. A. v. 355 f. 468. Noailles à Montmorin le 8 décembre 1788.

gewesen, wie eben jetzt, da das Reich mit übermäßigen Ausgaben belastet ist«; dementsprechend wurden die Auflagen mit unerbittlicher Strenge behoben. Im Oktober 1789 schritt man zu einer entscheidenden Maßregel: man erhöhte den Zoll für je ein Pfund Salz um einen ganzen Kreuzer. Salz brauchten aber nicht nur die Menschen, sondern brauchte auch das Vieh, das herdenweise umkam, weil ihm das gewohnte Nahrungsmittel fehlte. Das Biharer Komitat berechnete, daß dieser so dringend notwendige Gegenstand der Regierung zwei Millonen jährlichen Überschuß eintrug [1]).

Ungarn litt freilich am meisten, da es dem Kriegsschauplatze am nächsten lag. Aber es litt nicht allein. Ein bedeutender Teil der Kriegslasten, hauptsächlich an Geld, fiel auch den anderen Provinzen zu. Diese trugen sonst wenig zur Füllung der Kassen bei und die Regierung führte daher mit dem 1. November 1788 eine neue Kriegstaxe ein; denn »sie mußte für den Unterhalt und die Kriegsbereitschaft der Truppen sorgen, weshalb sie es für nötig erachtete, sich nach außerordentlichen Einkunftsquellen umzusehen«. Wie groß diese neue Belastung war, erhellt daraus, daß die Grundbesitzer um 60%, die Hauseigentümer um 50%, die Bauern um 30% mehr zu zahlen hatten. Die Gewerbetreibenden mußten ihr jährliches Einkommen erklären und 12% davon abgeben. Nur das Militär und solche, die nicht über hundert Gulden jährlich aufzuweisen hatten, waren von diesen Zahlungspflichten befreit [2]). Überall machte sich daher Unzufriedenheit geltend. In den höchsten Klassen, die am meisten getroffen waren, äußerte man so lautes Mißfallen, »daß es für die Mitglieder des diplomatischen Korps oft recht peinlich wurde« [3]). Man klagte nicht nur über die Größe der neuen Auflagen, sondern auch über deren ungerechte Verteilung, durch welche »viele Leute, die stets in geordneten Verhältnissen gelebt, dem Ruin nahe gebracht wurden« [4]). Abgestrichen wurden weder die Schulden, die auf den Gütern lasteten,

---

[1]) Ib. op. cit.

[2]) Patent vom 13. November 1788.

[3]) D. A. Schönfeldt à Stutterheim le 10 décembre 1788.

[4]) »Gazette de France« 1790, Nr. 1.

noch die Gehaltsabzüge der Beamten, die nicht von ihrem wirklichen, sondern von ihrem nominellen Einkommen Prozente zahlen mußten [1]). In Böhmen gerieten, wie ausländische Zeitungen berichteten, die Bauern und die kleinen Kaufleute in höchste Aufregung [2]) und in Mailand nahm die städtische Bevölkerung eine so drohende Haltung an, daß sich die Regierung gezwungen sah, ihre Verordnung aufzuheben [3]).

Die Erhöhung der Steuer kam um so ungelegener, als der Mangel an Nahrungsmitteln und Geld in den südlichen Provinzen eine Teuerung hervorrief, wie man sie noch niemals erlebt hatte. Die ausländischen Diplomaten legten auf solche Dinge sonst wenig Gewicht, aber diesesmal fanden sie es für nötig, darauf aufmerksam zu machen [4]). Auch die Zeitungen äußerten größten Unwillen, da ja die Börsen der Korrespondenten schlecht dabei wegkamen [5]). Die Gouverneure der Provinzen ersuchten die Regierung, Weizen aus Ungarn einführen zu dürfen, denn, wie sich die Gouvernementsverwaltung »Innerösterreichs« ausdrückt, »hatte die Abführung des Kornes an die Armen alle Provinzen in eine sehr schwierige Lage versetzt« [6]). Indessen meldet Graf Brigido aus Galizien, daß das Verbot der Weizenausfuhr nach dem Auslande »alle Möglichkeiten eines Absatzes ausschließe« [7]). Angesichts dieser traurigen Verhältnisse versteckten alle nicht nur ihre Mundvorräte, sondern auch ihr Geld — nach dem Beispiel der Regierung; denn diese weigerte sich schon zu Anfang des Jahres 1788, ihre Geldscheine einzulösen, die infolgedessen um neun Prozent fielen. »Eine so große Geldnot machte einen ungemein starken Eindruck und beeinflußte die solidesten

---

[1]) Ib. le 29 novembre 1788.

[2]) P. A. v. 355 f. 468, Noailles à Montmorin le 8 décembre 1788.

[3]) »Gazette de Leyde« 1790, Nr. 9.

[4]) Zum Beispiel: H. A. Relation von Jahn, den 1. Oktober 1787: »Die Theuerung der Früchte nimmt in hiesigen Gegenden schnell zu« und D. A. Schoenfeldt à Stutterheim le 16 mai 1789.

[5]) Courrier de l'Escaut 1788, Nr. 73: »Le public n'est guères à son aise, car il vaut autant laisser les boucheries fermées que de n'y rien trouver.«

[6]) W. A. V. G. 7. Carton 2945. Bericht vom 20. November 1788.

[7]) W. A. IV. H. 2. Carton 524. Bericht vom 26. Januar 1790.

Bankhäuser, die ihre Papiere nicht verwerten konnten und nahe daran waren, ihre Zahlungen einstellen zu müssen«[1]). Die Staatskasse sog wie ein Schwamm alle Reichtümer des Landes auf, um dann an den fernen Grenzen einen Goldregen hernieder zu senden; den Provinzen blieb nichts. Wer begreift nicht, daß das Volk unter solchen Umständen Frieden um jeden Preis wünschte?[2]) Es hörte doch immer nur von Niederlagen, war stets gegen diesen Krieg gewesen und hegte feindliche Gefühle gegen die Bundesgenossen; dazu kam, daß die Steuern das Volk zugrunde richteten, es der Armut, dem Hunger und Elend preisgaben[3]). Und der Urheber dieser vielen Leiden war der Kaiser selbst; er hatte alles hervorgerufen, ihn allein traf alle Verantwortung. Die Erregung gegen ihn wuchs daher von Tag zu Tag. Der Türkenkrieg raubte Joseph den letzten Rest der Beliebtheit, deren er sich einst so sehr erfreut hatte. Als er 1788 nach Wien zurückkehrte, wurde ihm dort ein kalter Empfang zuteil. Dies zeigte sich bei seinem Erscheinen im Theater[4]). Schönfeldt schickte nach Dresden eine Abschrift der Plakate, die damals alle Mauern und Pfähle Wiens verunzierten[5]).

---

[1]) D. A. Schoenfeldt à Stutterheim le 9 février 1788.

[2]) »Gazette de France« 1789, Nr. 52: »Les nouvelles qu'on a reçu de Trieste sont affligeantes. Plusieurs maisons ont manqué et ont fait monter leurs banqueroutes à plusieurs millions.«

[3]) P. A. v. 355 f. 413. Noailles à Montmorin le 22 novembre 1788: »On souhaiterait la paix n'importe par qui, ni comment elle vint.« Cf. B. A. Berichte aus den Jahren 1788—1790.

[4]) B. A. Podewils au Roi le 20 décembre 1788. Cf. D. A. Schoenfeldt à Stutterheim le 17 décembre 1788: »S. M. a paru pour la première fois au théâtre national, où Elle ne fut reçue que très-froidement par le public. Aussi n'y est-Elle restée qu'un instant.«

[5]) D. A. Schoenfeldt à Stutterheim le 6 décembre 1788. Zum Beispiel: »Défense à nos fidèles sujets d'ériger des arcs de triomphe« oder: »Seigneur! Délivrez-nous de la guerre et de la misère par la mort de Joseph II.« Cf. angeführt bei Brunner, »Der Humor in der Diplomatie«. II, 316: »Wie wird es werden mit unserem Heere? Kommt zurück aus dem Feld, Und hat kein Gesund, noch Geld. Ist's Mehl und Brod a so theuer, Verlangt das Saprament a no Kriegssteuer. Man sieht's schon, er kann nicht regieren. Man muß ihn halt jubilieren. Ja! aber wie steht's mit der Pension? Dient erst neun Jahr und hat kein Prätension!«

XVII.

Einfluß der äußeren Politik Josephs auf seine Reformen im Innern. Agitation Preußens in Ungarn und in Galizien. Die Fremdmächte und die belgische Revolution.

Dieser vollständige Mißerfolg in der äußeren Politik wirkte gewaltig auf das innere Reformwerk Josephs zurück. Die Furcht vor einer Agitation der fremden Mächte und vor ihrer Einmischung in die inneren Angelegenheiten seiner Monarchie, die Furcht vor einem fremden Überfall, der die Kräfte der Regierung in Anspruch genommen hätte, hinderte Joseph beständig in seiner reformatorischen Tätigkeit. Friedrich II. erkannte mit gewohntem Scharfblick, daß in Ungarn die größte Schwierigkeit liege. »Die Aufhebung der Privilegien«, schreibt er an Podewils, »erbittert die Gemüter und das kann im Falle eines Krieges gefährlich werden. Es ist überhaupt unvernünftig, ein Volk zu reizen, das an Freiheit gewöhnt ist, doppelt unvernünftig wäre dies aber, wenn der Kaiser ernstliche Absichten auf die Türkei hätte«[1]. Jacobi, der sich besonders mit den ungarischen Angelegenheiten befaßte, entwarf Friedrich Wilhelm II. Perspektiven, die für Preußen sehr erfreulich waren. »Das Feuer der Empörung glüht unter der Asche«, berichtet er, »und die Unzufriedenen warten nur eine günstige Gelegenheit ab, um einen Aufruhr zu veranstalten. Der Kaiser wird daher, im Falle eines Krieges mit den Türken, ein großes Heer in Ungarn selbst aufstellen und noch dazu den Gedanken aufgeben müssen, Geld, Rekruten oder Fourage von einer Nation zu erhalten, die seinen Vorfahren stets so bereitwillig beigestanden hatte«[2]. Clemens zweifelte ebenfalls nicht, daß »der Sturm, beim ersten Anzeichen fremder Einmischung und gleich nach Beginn des Krieges, losbrechen werde«[3]. Wie sehr die Ungarn selbst sich mit den Türken eins fühlten, beweist folgender Umstand: Als im Jahre 1786 die Nachricht von der Unterdrückung des Mameluckenaufstandes in Ägypten einlangte, »erlaubte

---

[1]) B. A. Le Roi à Podewils le 27 mai 1786.

[2]) Ib. Jacobi au Roi le 5 décembre 1786.

[3]) D. A. Clemens à Stutterheim le 19 février 1785.

sich die ungarische Nation, die Stimme zu erheben und gegen die Mißachtung ihrer Verfassung und die, wie sie meinten, despotischen Unternehmungen des Monarchen zu protestieren« [1]). Noch lauter machten sich diese Stimmen in den folgenden drei Jahren, während des Krieges, geltend. Wir haben gesehen, wie offen man gegen Joseph Stellung nahm, wie unaufhaltsam die Proteste sich erhoben und welchen scharfen Ton sie anschlugen; sie legen Zeugnis dafür ab, wie mit der Furcht vor dem Monarchen auch das Vertrauen zu ihm dahinschwand. Man hört aus diesen Protesten Aufrufe zur Empörung und zum Aufstande, zur Abschaffung des verhaßten Regimes heraus; auch mahnen sie daran, man solle die fremden Parasiten aus dem Lande verjagen. Nicht der Krieg, so unpopulär er auch war, bildete den Hauptgrund der Unzufriedenheit; er versetzte nur die Regierung in eine schwierige Lage, schwächte ihre Armee und machte sie, dank ihren Geldverlegenheiten und der Not an Nahrungsmitteln, von der Bevölkerung abhängig. Die Ungarn fühlten nun ebensosehr ihre Überlegenheit wie des Gegners Ohnmacht und traten daher kühn mit ihren Protesten hervor; die Mißerfolge in der Orientpolitik wirkten zweifellos auf die inneren Verhältnisse des Landes zurück.

Ebensoviele, wenn nicht mehr Schwierigkeiten bereitete Joseph seine Feindschaft mit Preußen. Die Hohenzollern hielten zwar bei sich zu Hause auf strenge Disziplin, aber die Entrüstung im Reiche ihres Feindes zu schüren, waren sie durchaus nicht abgeneigt. In dieser Hinsicht befolgten sie die Politik aller Staatsmänner des XVIII. Jahrhunderts. In der diplomatischen Sprache nannte man dieses Manöver »Diversion im Innern«. Gab doch auch Breteuil den Rat, möglichst viel Gold nach Rußland zu senden, um einen Putsch zu veranstalten, Katharina vom Throne zu stürzen und das ganze Land in kleine Monarchien und Kosakenrepubliken zu zerstückeln!

An Rußland dachte Preußen gar nicht, aber eine Zerstückelung der habsburgischen Monarchie wäre ihm sehr erwünscht gewesen. Es lohnte sich, in dieser Richtung etwas

---

[1]) B. A. Jacobi au Roi le 1 novembre 1786.

zu tun, und das Berliner Kabinett erkannte sehr richtig, daß gerade in Ungarn der geeignete Boden für seine Ränke sei. Auch den geeigneten Mann hatte der preußische Staat in dem schlauen, klugen Jacobi gefunden; dieser verstand es ausgezeichnet, den Emissären, die in allen Komitaten umherschnüffelten, nachzuspüren, und es war allgemein bekannt, wie sehr er bei den Unruhen in Ungarn die Hand im Spiele hatte; davon wußte nicht nur die Regierung, die die preußischen Diplomaten auf das sorgfältigste überwachte [1]), sondern auch das große Publikum, so daß der Aufenthalt in Wien geradezu gefährlich für ihn wurde [2]). Übrigens prahlten ja die Preußen damit, daß die Ungarn ohne sie niemals eine Nachgiebigkeit Josephs erfahren hätten [3]). Die von alters her bestehenden Sympathien zwischen Preußen und Ungarn führten zwischen 1788—1790 fast zur politischen Union und man hätte in Ungarn sehr gern einen Hohenzollern auf dem Throne »der apostolischen Könige« gesehen [4]). Eine solche

---

[1]) Die Korrespondenz, die diese Frage betrifft, hinterliegt im W. A. Polizey-Akten 1780—93 v. v. XIII—XIV. Man kann aus ihr ersehen, daß Spione als Lakaien angestellt wurden; diese schrieben Chiffren ab und stellten aus zerrissenen, in den Papierkorb geworfenen Konzepten die Depeschen wieder her; jedem Gespräch wurde aufgelauert, jeder Schritt, den der Resident aus dem Hause tat, wurde ausführlich besprochen und gehässig kommentiert. Personen, die mit den preußischen Diplomaten verkehrten, erschienen verdächtig und wurden verhaftet. Joseph verlangte hierüber von Pergen selbst persönliche Berichterstattung.

[2]) D. A. Schoenfeldt à Loss le 27 février 1790: »Le public se confirme par l'aveu même de plusieurs Hongrois de marque à quel degré le M—ère Prussien a trempé dans ces soulèvements et l'on ne cache point son mécontentement contre le Baron de Jacobi, qu'on suppose avoir été l'instrument principal, dont S. M. Prussienne s'est servie pour attiser le feu qui convait sous les cendres. Aussi ce ministre se fait-il une loi depuis plusieurs semaines de vivre sous prétexte d'indisposition dans la plus grande retraite pour se soustraire aux désagréments que la populace irritée d'ici pourrait bientôt être capable de lui faire éprouver à la première occasion.«

[3]) B. A. Podewils au Roi le 10 février 1790: »La Nation hongroise dit que c'est à V. M. que ce Royaume doit le changement qui vient d'arriver; que sans a peur que l'Empereur a des Prussiens, cela n'aurait jamais eu lieu.«

[4]) Siehe darüber Marczali: »Preußisch-ungarische Verhältnisse 1789—90« (in den »Literarischen Berichten aus Ungarn, herausgeg. von Hunfalvy«

Union wäre mit dem Untergange der habsburgischen Monarchie gleichbedeutend gewesen, die sich dann zwischen zwei Feuern befunden hätte.

Die Kombination erscheint auf den ersten Blick phantastisch, aber sie war damals durchaus nicht unmöglich. »Großdeutschland« hätte sich auf diese Weise mit Hilfe der Magyaren gebildet, die die erbittertsten Feinde der Germanisierung sind!

Auch in Galizien bereitete Preußen Joseph große Verlegenheiten. Nur wenige Jahre waren verflossen, seit die Polen »gewaltsam zu Galiziern gemacht« worden waren, wie ein Anonymus klagend ausruft. Sie hatten die alten Bande nicht vergessen und die Aussicht, wieder zu ihrem früheren Staatsleben und zur »goldenen Freiheit« zu gelangen, lockte die Schlachzizen gar sehr, besonders, da ihnen das barsche, demokratische Regime Josephs mißfiel. Hertzbergs Projekt, Galizien mit dem Mutterlande wieder zu vereinigen, fand daher bei den Polen die günstigste Aufnahme; die preußischen und polnischen Emissäre unterstützten diese Neigungen eifrigst, die an dem Nationalhaß gegen die Deutschen und dem Widerwillen gegen die administrativen, kirchlichen, Finanz- und Ständereformen Josephs reichliche Nahrung fanden. Ende 1789 mußte man einen offenen Aufstand und den Abfall Galiziens befürchten. Der Gouverneur Graf Brigido war auf das schlimmste gefaßt und mahnte seinen Gebieter, vor fremder Einmischung auf der Hut zu sein[1]).

1878, II, 1). Wertheimer: »Baron Hompesch und Joseph II.« (abgedruckt in »Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung« 649—682).

[1]) W. A. IV. H. 2. Karton 542. Galizien 1790—1826. Bericht des Grafen Brigido vom 26. Januar 1790: »Aus allen vorhergesagten folgt nun durch alle Classen eine allgemeine Unzufriedenheit; ich bin zwar unvermögend dieser herrschenden Unzufriedenheit den oder jenen im Einzelnen einiger für den Staat nachtheiligen Absichten zu beschuldigen, weder ließ sich bisher die geringste widrige Drohung bemerken, aber eben von darum ist dieses stille Unvergnügen desto auffallender und gefährlicher, mithin auch umso schwerer, dessen Ausbrüche im Allgemeinen vorzubeugen. Kriegsvölker können zur Züchtigung einzelner Wider-

Joseph dachte selbst mit Schrecken an die Agitation der preußischen und polnischen Agenten[1]) und Leopold, getreu seiner maßvollen Politik, riet zur Nachgiebigkeit, um die Ränke und Kniffe der Preußen und Polen zunichte zu machen[2]).

Auch auf die fernen Niederlande übten die internationalen politischen Ereignisse eine Wirkung aus, die nicht zu des

---

spenstigkeit gar wohl angeordnet werden; sie sind aber niemals von einer Ausgiebigkeit, wenn es sich handelt, aufrührisch gemachte Nationen zu überwältigen. Wäre aber auch dieses, so muß immer ein Vaterherz bluten, wenn es den tödtenden Dolch in seinen eigenen Eingeweid, nämlich unter seinen eingebohrenen Kindern wüthen zu lassen sich gezwungen sieht. Indessen so lange das Bündniß, das zwischen Preußen und Polen im Werke sein soll, nicht geschlossen ist, so lange getraue mich zu verbürgen, daß es zu keinem öffentlichen Ausbruche kommen dürfte: wird aber ersteres zustand gebracht und etwa eine Kriegserklärung von beiden diesen vereinten Staaten gegen E. M. davon die Folge seyn, und sollte alsdann die Kriegsflamme auch dieses Königreich ergreifen, in solchem Falle können E. M. nun ganz sicher rechnen, einen dritten Feind in diesem Lande selbsten bestreiten zu müssen. Schauderhaft ist die Aussicht in eine solche schreckbare Zukunft; allein unverantwortlich und sträflich wäre es meinerseits die Lage der Sachen anders, als sie es sind höchstdenenselben vorstellen zu wollen. Ich habe ein Alter erlebt, welches mich über alle egoistischen Absichten, es sey von der Seite des Ruhmes oder des Güterglückes gleichgiltig hinaussetzt; ich habe hierlands keine Verwandte, keine eigentümliche, keine erbpächtige Besitzung; gegen mich kann folgbar kein Verdacht ‚Cicero pro domo sua' entstehen. Pflicht für den Staat, für den Landesfürsten leiten einzig meine Feder.« Dieser Bericht ist die Antwort auf eine Anfrage der Regierung betreffend eine anonyme Klagschrift, in der der Verfasser alle Kränkungen aufzählt, die dem Lande widerfahren sind und mit der Drohung schließt, es werde abfallen: »Consule, Augustissime Caesar, antequam res ad extremum praecipitabantur. Nam si Majestas patientiae Galicianorum justam denegabit aurem haec in Furorem degenerabit. Tunc, quod Deos avertat, Galicianos ad prospiciendum saluti propriae violenter compulsos Majestas à Ministris male informata intuebitur ut Rebelles, et sanguis Galicianorum cum eadem effundet crudelitate, quae nunc Brabántinos prosequitur. Sed Deus qui est supra Reges et Caesares inter Justitiam et injustitiam judicabit. Deum testo, quod verum annuntio M—i V—ae et quod nisi fidelitas erga Principem et Zelus erga Patriam ad haec scribenda me compulent.« (Ib. Sacratissimae M[i] V[ae] subditus fidelis Z. nobilis possessionatus ex circulo Z. 15. dec. 1789.)

[1]) Siehe Arneth: »Joseph II. und Leopold etc.« II, 293, 308.

[2]) Ib. II, 301.

Kaisers Vorteil gereichte; der fremde Einfluß spielte in der belgischen Opposition ebenfalls eine bedeutende Rolle. Mochte der türkische Krieg noch so unpopulär sein, den Unzufriedenen kam er sehr gelegen. »Zum Glück«, bemerkt der Verfasser eines der geistreichsten Pamphlete aus jener Zeit, »haßt eine gewisse große Kaiserin eine gewisse südliche Nation und dadurch wird die Ruhe im Norden bald wieder hergestellt sein. Es gibt Dinge in der Welt, die manchmal eine sonderbare Wendung nehmen. So auch im gegebenen Falle; ist es nicht komisch, daß Mohammed die Bärte unserer Kapuziner in Schutz nimmt?« [1]) Noch 1787 vermutet Herzog Albert, der bevorstehende türkische Krieg werde die Regierung hindern, energische Maßregeln gegen die Opposition zu ergreifen. In der Tat schrieb Joseph 1789 an d'Alton, er möge nur auf seine eigenen Kräfte zählen; von der böhmischen und der Donauarmee dürfe man nicht einen Soldaten nehmen. Die schwierige Lage, in der sich der Kaiser befand, ermutigte die oppositionellen Elemente sichtlich und man scheute sich nicht, das Ausland um Hilfe anzugehen [2]). Man plante die Errichtung eines nationalen Reiches und rechnete dabei auf England, Preußen und Holland. Schon 1787 forderten die brabantischen Stände [3]) die übrigen Provinzen zu gemeinsamem Vorgehen gegen den Despotismus Österreichs auf und wollten jene Höfe, die im Utrechter Frieden Belgiens Verfassung garantiert hatten, in ihre Angelegenheiten hineinziehen. Später, als die Erbitterung den höchsten Grad erreicht hatte und die Belgier daran verzweifelten, sich je aus den eisernen Klammern befreien zu können, in denen Österreich sie umspannt hielt, griffen sie nach der fremden Hilfe, wie der Ertrinkende nach einem Strohhalm. Sie dachten, politische Berechnung, der Wunsch, das mächtige Österreich zu schwächen, der Durst nach Rache für so viele erlittene Kränkungen, all dies würde die Mächte veranlassen, entweder neutral zu bleiben oder

---

[1]) »La Bohémienne ou prophétesse du Diable en Brabant. De l'Imprimerie de Lucifer. 1787.«

[2]) La Liberté. Poème. Notes de l'éditeur.

[3]) Lettre des États de Brabant, adressée aux États des autres provinces. 11 juillet 1787. (Recueil des Repr. XIV, p. 178.)

sich der unterdrückten Niederlande anzunehmen [1]). Sogar eine Kandidatur fremder Fürsten auf den belgischen Thron wurde in Erwägung gezogen, und zwar der Herzog von Braunschweig im Falle von Preußens Unterstützung, der Landgraf von Hessen als Kandidat Hollands und der Herzog von Orleans, weil er auf Frankreich zählen konnte [2]). Die Opposition zweifelte nicht im geringsten an dem Erfolg, den eine Intervention der Fremdstaaten herbeiführen könnte, da sie ja die traurige Lage Österreichs in den letzten Monaten der Regierungszeit Josephs II. kannte. Voll Schadenfreude bemühte sie sich, die Sache noch ärger darzustellen, indem sie auf die Gefahren hinwies, die dem Habsburger von den inneren und äußeren Feinden drohte [3]). Als die Brabanter Joseph II. des Thrones verlustig erklärten, hielten sie es für nötig, dies durch ein Manifest vor den europäischen Höfen zu rechtfertigen [4]). Man sieht daraus, wie wichtig ihnen der Beistand des Auslandes erschien. In vielen Dingen hatte die Opposition recht, aber ihre Hoffnungen erwiesen sich doch als eitel. So waren die Staatsmänner des alten Regimes nicht beschaffen, daß sie einen Krieg ohne greifbare Vorteile für sich selbst anzettelten, bloß um dem benachbarten Volke die ersehnte Freiheit zu geben. Sie waren gern bereit, Joseph II. noch ein paar Verlegenheiten mehr zu bereiten. Die belgische Revolution kam ihnen sehr gelegen, an eine werktätige Hilfeleistung gegen den Kaiser dachten sie jedoch keineswegs. Nichtsdestoweniger versetzte die Einmischung der Fremdmächte die österreichischen Staatsmänner in die größte Unruhe. Kaunitz, der Herzog Albert von Sachsen-Teschen und Murray berechneten ängstlich die Chancen der Belgier und Trauttmansdorff war überzeugt, daß

---

[1]) Mémoires pour la nation belgique qui devait être présenté au gouvernement lorsque le massacre de Malines et d'Anvers ont consommé l'oppression et étouffé la voix de tous les vrais citoyens. (Rec. des Repr. XIII, 231.)

[2]) Extrait d'une lettre d'Allemagne, inséré dans le Journal de la ville de Paris le 7 octobre 1789.

[3]) »Lettre patriotique à Mrs. du comité de Gand du 5. décembre 1789.« (Recueil Bleu, CVII, Nr. 20.)

[4]) »Plaintes de la Nation Belgique, adressées à toutes les cours et à tous les peuples de l'Europe. 1790.« (Recueil Bleu, LXXXI, Nr. 3.)

»sie bereit seien, sich jeder Macht in die Arme zu werfen, die ihnen die Aufrechterhaltung der Verfassung garantieren würde«[1]).

Es nahm sie aber niemand in seinen Schutz. Die Befürchtungen der Regierung waren überflüssig. Der Führer der Opposition, Van der Noot, spielte im Auslande, wohin er sich 1789 geflüchtet hatte, eine äußerst klägliche Rolle. Ohne Erfolge wanderte er von London nach Haag, von Haag nach Berlin, doch erreichte er nirgends etwas und führte den Insurgenten nicht eine einzige Rotte Soldaten, ja nicht einmal einen Groschen Geld zu; er begegnete überall nur Enttäuschungen und log nun seinerseits den Emigranten etwas vor, indem er ihnen ein Märchen von einer herannahenden preußischen Armee erzählte. Und doch war die öffentliche Meinung von ganz Europa für die Belgier; in Frankreich drohte diese moralische Stütze sogar eine reale werden zu wollen. Eine Zeitlang besorgte Joseph, durch seinen bevollmächtigten Minister Belgiojoso ängstlich gemacht, sehr, daß seine rebellischen Untertanen an den Nachbarn eine Stütze finden könnten; erst als Noailles feierlich erklärte, »der König sei durch die Gerüchte verletzt, die in den Niederlanden über seinen Anteil an den dortigen Wirren verbreitet würden«[2]), und als nachher Mercy versicherte, »es liege kein innerer Grund vor, Frankreichs Vorgehen und Absichten zu verdächtigen«[3]), kam Joseph von seiner Meinung ab[4]). In der Tat hielt sich Frankreich gleich zu Anfang der Unruhen von der ganzen Sache fern, trotzdem die höheren und die höchsten Kreise mit den Unzufriedenen sympathisierten[5]).

Mit mehr Grund konnte der Kaiser im Sommer und Herbst des Jahres 1789 über Frankreich klagen, als sich die

---

[1]) Briefentwürfe Trauttmansdorffs an Joseph II. vom 20. August 1788. (Le cabinet de Vienne dévoilé. Trouvé dans les papiers du Gouvernement. Bruxelles 1790. Ib. t. XVI, Nr. 3.)

[2]) Beer: op. cit. p. 275.

[3]) Arneth-Flammermont: »Correspondance de Mercy« etc. II, 104.

[4]) Ib. II, 107.

[5]) P. A. v. 353 f. 29. Noailles à Montmorin le 14 juillet 1787: »L'archevêque de Malines est venu me trouver; il m'a dit en homme honnête et vertueux que sa position devait inspirer quelque pitié.«

Ereignisse in Paris und Belgien aufs äußerste zuspitzten. Zwar unterstützte auch damals die Regierung die Aufständischen nicht offiziell; der Minister Montmorin nahm das Manifest Van der Noots nicht an, sondern schickte es uneröffnet dem »belgischen bevollmächtigten Agenten« zurück [1]). Montmorin war weit davon entfernt, den Revolutionären Erfolg zu wünschen; ihm schien es »in Frankreichs Interesse zu liegen, daß die Niederlande den Österreichern verblieben« [2]). Auch Noailles war als loyaler Monarchist im Jahre 1789 gegen die Unruhestifter [3]). Es hatte jedoch wenig zu bedeuten, was das französische Ministerium für eine Gesinnung hegte. Die Macht war ja seinen Händen schon entglitten und auf die Nationalversammlung und die Pariser Klubs übergegangen. Man bedenke, daß Desmoulins Organ »Révolutions de France et de Brabant« hieß und lese einige Nummern dieses Blattes, dann wird man begreifen, warum in Wien so viel und oft über die Aufwiegelung der Belgier durch unruhige Nachbarn geklagt wurde [4]) und warum d'Alton von »dem schlechten Beispiel« spricht, »das dem Gesindel im Auslande gegeben werde«. Noailles litt oft schwer unter der feindseligen Stimmung, die sich selbst in Regierungskreisen offenbarte [5]), und der stets so besonnene Graf Mercy konnte nicht umhin, über »die Ränke der Teufelsclique« Klage zu führen. Diese »Ränke« trugen jedoch den Sieg davon. Im Jahre 1789 richteten sich die Blicke der Belgier erwartungsvoll auf Frankreich, wo die Revolution immer mehr Boden gewann. Nach der Erstürmung der Bastille verteilte die radikale Oppositionspartei überall

---

[1]) Ib. v. 358 f. 250. Montmorin au Président de l'Assemblée Nationale: »S. M. a jugé qu'il n'était ni de sa justice, ni de sa dignité, ni de sa prudence d'accueillir une semblable déclaration. Elle a pensé que le seul parti à prendre était de renvoyer au Sieur Van-der-Noot le paquet sans l'avoir ouvert et c'est ce que j'ai fait et éxécuté à ses ordres.«

[2]) Ib. v. 359 f. 401. Montmorin à Noailles le 22 janvier 1790.

[3]) P. A. v. 358 f. 246. Noailles à Montmorin le 5 décembre 1789.

[4]) Arneth: »Joseph II. und Leopold etc.« Briefwechsel aus dem Jahre 1789.

[5]) P. A. v. 347 f. 283. Noailles à Montmorin le 12 août 1789: »Tout ce qui tient au cabinet est ulcéré au dernier point. Le Prince Colloredo trouve notre voisinage dangereux dans ce moment-ci.«

Proklamationen mit dem Ausrufe: »Bei uns soll es sein wie in Paris!« Die Pamphletisten rühmten ohne Unterlaß den tapferen Nachbar und bald hielt jeder Publizist, der nur die geringste Selbstachtung besaß, dies sogar für seine Pflicht. »Wollt ihr, daß ich auf Beispiele verweise?« so rief einer der hitzigsten Führer aus[1]. »Blicket auf Frankreich, auf seine Generalstaaten, auf Paris, wo innerhalb 24 Stunden die ganze Nation zu neuem Leben erwacht ist! Das österreichische Blut hat es niedergehalten, wie bei uns; in Frankreich gibt es aber wenigstens ein paar redlicher Minister, während bei uns alle Furien der Hölle sind, wie ihr Gebieter . . . Blicket also auf euren Nachbarn, staunet und klatschet seinem Mannesmut Beifall! Glückliches Paris, Befreierin Frankreichs!« Die Josephinianer hatten vielleicht recht, wenn sie behaupteten, die Belgier verstünden die wahren Ursachen der französischen Revolution nicht. Aber wahr ist's: diese gab den Niederländern das Beispiel und den Mut zur Empörung.

XVIII.

Einfluß der inneren Politik auf die äußere.

Fassen wir nun die Ursachen der Mißerfolge zusammen, die Josephs äußere Politik erlitt. Wie wir sahen, hatte sie durch ihr aggressives Vorgehen alle fremden Mächte, selbst die verbündeten, gegen den Kaiser aufgebracht; auch war sie zu vielseitig und das schwächte ihre Wirksamkeit ab; ihre antinationalen Tendenzen verletzten das Volk; der unglückliche Ausgang in Ungarn drückte das Ansehen des Staates herab und flößte Mißtrauen gegen die Kräfte der Regierung ein; die Kriegssteuern erbitterten die Bevölkerung, die dem Kaiser ihre Mithilfe versagte, und die Agitation des Auslandes vernichtete jedes patriotische Gefühl. Dennoch wäre Joseph niemals in diese schwierige Lage geraten, wenn nicht seine Tätigkeit im Innern des Reiches die Untertanen von ihm abgewendet hätte. Die politischen Pläne des unbeliebten Kaisers mochten noch so zweckmäßig und segensreich sein, sie riefen

[1] »Trompette autrichienne.« (Recueil Bleu v. XXXII, Nr. 17.)

immer wieder Tadel hervor und dies nur, weil der Kaiser samt seinem System verhaßt war. Ein auffallendes Beispiel hierfür ist der Wechsel der öffentlichen Meinung, der nach der Aufhebung des Barrièrentraktats in Belgien vor sich ging. Zuerst begrüßte man dieses Ereignis mit Jubel; es hatte ja etwas Verletzendes für den nationalen Stolz, daß im Herzen des Landes ein, noch dazu protestantisches, Heer gehalten wurde. Joseph II. erhielt aus diesem Anlasse sogar Dankadressen. Aber in den Jahren 1789 und 1790 änderten sich mit der Gesinnung auch die Urteile der Belgier. Man begann den Verdacht zu hegen, daß sich der Kaiser mit den schwärzesten Plänen trage. Die einen schoben ihm die Absicht zu, die Zahl der Truppen zu vermindern, die in den Garnisonen Belgiens lagen, um dabei jährlich sieben Millionen Gulden in seine Tasche fließen zu lassen [1]). Die anderen vermuteten, die Schleifung der Festungen sei ein seit langer Zeit vorbedachter Plan und der erste Schritt zur Unterjochung der Nation gewesen [2]). Dieselbe Beschuldigung wiederholten allen Ernstes die offiziellen Dokumente, wie z. B. die Manifeste der Stände von Hennegau und Tournai. Derartige Behauptungen waren selbstverständlich sinnlos, sie bewiesen aber die heftige Erbitterung gegen Joseph II.

Selbst die loyalen Tiroler nahmen die Nachrichten von den Siegen der österreichischen Waffen sehr kühl auf. »Mit widerstreitenden Gefühlen nahen sich die Verordneten der Tiroler Stände den Stufen des erhabenen Thrones Eurer Majestät. Der kaiserliche Adler hat seine Flügel über den Türmen Belgrads ausgespannt, der Wallach umarmt brüderlich den Österreicher, der stolze Muselmann ist gedemütigt, unsere Heere sind überall siegreich, wo sie sich zeigen. Nie hatten wir so viel Grund uns zu freuen, wie eben jetzt und doch haben wir uns nie so machtlos in unserem Bestreben gefühlt, dem Vaterlande die Dienste zu leisten, die es für seine schwierige Lage braucht« [3]).

---

[1]) »Réflexions sur la révolution belgique« 1790. (Recueil Bleu XI.)

[2]) »La Liberté. Poème adressé aux Belges. 1790.« (Recueil Bleu XLVII, Nr. 11.)

[3]) W. A. IV. H..3. Carton 680. Tyrol. Landespostulata, den 26. Dezember 1789.

Die Tiroler Stände hatten ein richtiges Bild von der Lage der Dinge entworfen. Das Vaterland befand sich wirklich in einer schwierigen Lage, aber nicht so sehr infolge des mühseligen, zerstörenden Krieges als infolge der inneren Wirren, die die Grundlagen des Reiches ins Schwanken brachten. Alle Gemüter waren erregt und in manchen Ortschaften zeigte sich dies durch die Tat. Das war das Ergebnis der einschneidenden inneren Reformen Josephs, die die habsburgische Monarchie an den Rand des Abgrundes führten.

DRITTES KAPITEL.

Die administrative Reform.

I.

Absolutismus Josephs II. Feindliches Verhalten gegen freiheitliche Regungen jeder Art.

Wenn Joseph in seiner äußeren Politik ein typischer Vertreter der Ideen seiner Zeit genannt werden kann, so unterschied sich auch seine innere Verwaltung wenig von der seiner Nachbarn. Das Wohl des Reiches war das Ziel, der Despotismus das Mittel, es zu erreichen. Von seinen souveränen Herrscherrechten hatte Joseph II. eine sehr hohe Meinung. Man weiß nicht, inwieweit die Anekdote Glauben verdient, die erzählt, Joseph habe bei der Erhebung der amerikanischen Staaten die scharfe Bemerkung getan, »sein Handwerk verlange, daß er zu den Royalisten halte«; diese Worte kennzeichnen aber jedenfalls seine politische Richtung: »Seine Majestät äußerte sich über die belgischen Angelegenheiten in sehr erhobenem Tone; er sagte, seine Autorität sei untergraben und dies müsse allen regierenden Häuptern nahegehen« [1]. »Die Monarchen«, so schreibt Friedrich II., »geben der äußeren und inneren Politik die Richtung an; alle Befehle, Verordnungen und Bestimmungen ergehen in ihrem Namen, sie vereinigen in ihrer Person die Agenden des Justitz-, Kriegs- und Finanzministers, mit einem Wort, sie befassen sich mit allem, was das staatliche Leben betrifft« [2]. Der österreichische Monarch hatte kein Sans-Souci, um dort in

---

[1] P. A. v. 353 f. 61. Noailles à Montmorin le 8 août 1787.

[2] Oeuvres de Frédéric le Grand VIII, 273.

Mußestunden zu philosophieren, er zog es vor, seine Ansichten trocken und sachlich in seinem bürgerlichen Gesetzbuche vom 1. November 1786 zum Ausdruck zu bringen [1]). Dort kann man in den zwei ersten, kurzen Paragraphen die Quintessenz seiner Anschauungen über die Beziehungen zwischen Herrscher und Untertan finden. »Jeder Untertan erwartet von seinem Herrn Schutz und Sicherheit. Darum obliegt es dem Monarchen, die Rechte seiner Untertanen festzusetzen und ihre Handlungen so zu leiten, daß sie dem allgemeinen Wohle und dem der einzelnen zum Besten gereichen.« Schon hier sind die Rechte als ein Geschenk des Monarchen verstanden, das den Untertanen nicht von Haus aus zukommt, und es ist keine Rede davon, sie ihnen zu garantieren; der folgende Paragraph beseitigt noch entschiedener jedes Mißverständnis hierüber: »Die oberste Gewalt, die dem Monarchen zukommt, drückt allen Bestimmungen, die im Wege von Verordnungen herausgegeben werden, den Stempel der Verpflichtung auf.« Mit anderen Worten, der Monarch ist der einzige Ausgangspunkt der gesetzgebenden Gewalt, ja nicht bloß dieser, sondern auch der ausübenden Gewalt. »Es ist besser, die Öffentlichkeit auf einmal von seinen Absichten in Kenntnis zu setzen und, sobald man einen Entschluß gefaßt hat, keine Erwiderung zu dulden, vielmehr fest auf der Durchführung dessen zu bestehen, was man für gut befunden hat. Alle die, die nur Bruchstücke und nicht das Ganze sehen, können und sollen auch nicht darüber räsonnieren. Den Blick auf das Ganze gerichtet zu haben, ist Zweck einer jeden Verordnung, denn jede Handlung muß von einem allgemeinen Gesichtspunkt ausgehen, den der Souverän sowohl wie seine getreuesten Diener kennen und stets im Auge behalten sollen« [2]). »In diesem Lande — so charakterisiert Noailles das josephinische Regime — ist der Wille eines einzigen oberstes Gesetz; hier gibt es weder Rats- noch Ständeversammlungen noch irgendwelche Behörden, die der Krone nützliche Rat-

---

[1]) I. Hauptstück, §§ 1, 2.

[2]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« III, 360, 361. »Denkschrift des Kaisers Joseph über den Zustand der österreichischen Monarchie.«

schläge erteilen könnten«[1]). Der französische Botschafter übertrieb allerdings: in der habsburgischen Monarchie gab es Provinzialstände, die mit Protesten nicht geizten; nur spielten sie in der Verwaltung keine wesentliche Rolle und ihre Vorstellungen fanden daher keine besondere Beachtung.

Alles, was sich auch nur im geringsten der vollen Ausübung der souveränen Macht in den Weg stellen konnte, wurde entweder ganz und gar abgeschafft oder in seinem Wirkungskreise beschränkt. Joseph II. verfolgte dabei zwar keine schlimme Absicht, nur ließ sein absolutistisches Regierungsprinzip keine Spur von Selbstverwaltung zu, da der korporative Geist dem ausgleichenden System widersprach. Abgesehen von den Zünften, auf die wir noch zurückkommen werden, fanden nicht einmal so unschuldige Verbände, wie der der Ackerbauer es war, Gnade vor dem Kaiser: so wurde am 31. Januar 1781 der Krainer Verband aufgehoben und sein Kapital für Schulzwecke verwendet; der Prager Verein jedoch, dessen Protektor der oberste Burggraf war, stand unter der strengen Aufsicht der Regierung. Der Vorsitzende dieser Korporation sowohl wie deren Mitglieder wurden von der Verwaltungsbehörde gewählt. Die Statuten schrieben ferner die Anzahl der Beamten vor, die zu Mitgliedern normiert werden mußten. Dafür erhielt der Verein den Titel: »K. k. ökonomisch-patriotische Gesellschaft« und er durfte in seinem Siegel den Doppeladler führen. »Allen und jedem wurde anbefohlen, diesen Titel anzuerkennen«, und zwar, »um dem Vereine eine bestimmte Richtung zu geben und seinen Wirkungskreis zu erweitern«[2]). »Das allerhöchste Mißfallen S. M.« zog sich der ungarische Adel zu, als er im Winter des Jahres 1784, zur Zeit von Chorjas Aufstande, eine Art von Selbsthilfe organisierte, indem er seine Dienerschaft bewaffnete, in sogenannte Banderien einteilte und gegen die

[1]) P. A. Noailles à Vergennes le 20 décembre 1786. Siehe die ganz gleiche Ansicht Maria Theresias: »Nous n'avons à rendre compte à personne qu'à celui qui nous a mis dans cette place (d. h. Gott) pour gouverner les Peuples selon sa Sainte Loi, que nous devons chérir et soutenir contre tous.«

[2]) Hofdekret vom 1. Oktober 1788.

Wallachen ausschickte, die Schlösser und Burgen verbrannten und plünderten [1]).

Bei einem ähnlichen Anlasse sprach Joseph II. in einem seiner Briefe an d'Alton seine Anschauung hierüber sehr bestimmt aus [2]). In den belgischen Städten wollte nämlich die Bürgerschaft infolge des Räuberunwesens, das sich in jenen unruhigen Tagen überall bemerkbar machte, Schutzvereine ins Leben rufen, um sich zu verteidigen. »Trachten Sie möglichst rasch«, schrieb der Kaiser, »diese freiwilligen Verbrüderungen aufzulösen, die Gefahr des Plünderns ist vorbei und es gibt nichts Gefährlicheres, als den Bürgern zu erlauben, Waffen zu tragen. Als Soldaten taugen sie nichts und im Falle eines Aufstandes könnte die Sache sehr bedenklich werden.« Die Zeitungen sagten sehr richtig, daß für die Korporationen eine verhängnisvolle Zeit angebrochen sei, und zwar für alle — von den kaufmännischen Vereinen angefangen bis zu denen, über die man lieber vorsichtiges Schweigen bewahre. Der Kaiser scheine allem, »was einen Staat im Staate bildet«, mitleidslos den Krieg erklärt zu haben [3]).

Begreiflich war es daher, daß solchen Einrichtungen, die es den Untertanen ermöglichten, ihrem Herrscher den Gehorsam zu versagen, die Auflösung drohte, wie es zum Beispiel bei der ungarischen und brabantischen Konstitution der Fall war. Von seinem Machtgefühl durchdrungen, verhielt sich Joseph II. gegen das Aufflammen nationalen Gefühles äußerst hart und streng. In seinen Augen war der Korse Paoli, der sein Vaterland gegen die Franzosen verteidigte, »der Rädelsführer von Aufständischen, der dadurch berühmt geworden sei, daß er der Nation, mittels falscher Ideen, Begeisterung und Fanatismus eingeflößt habe, wobei noch mehr ins Gewicht falle, daß seine Gegner so wenig energisch gegen ihn aufgetreten seien« [4]). Die Erstürmung der Bastille hielt der Kaiser für »eine Schande

---

[1]) »Verbesserungsanstalten für das Königreich Ungarn. Munkácser Bezirk, § 6.« Cf. Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« I, 242.

[2]) 20. September 1789: »Recueil des lettres originales de l'Empereur Joseph II. au général d'Alton« 1790.

[3]) »Courrier de l'Europe« 1783, Nr. 7.

[4]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« I, 292.

und Erniedrigung seiner Schwester« [1]), und nach den Oktobertagen kränkte es ihn tief, daß »die Pariser Kanaille Frankreichs Despot« [2]) werden sollte. Über die Vorkommnisse in seinen eigenen Staaten urteilte er noch strenger; er freute sich seiner »Charakterfestigkeit« gegenüber den Ungarn, als diese anläßlich der Einführung der Konskription in Erregung geraten waren; hätte doch im andern Falle »die Autorität der Krone ihr Ende erreicht, während er jetzt gezeigt hatte, daß die anderen nachgeben mußten« [3]). Als auch den Belgiern »der wahnsinnige Gedanke der Freiheit« [4]) kam, gab es für den erzürnten und beleidigten Monarchen keine Grenzen der Strenge und Härte. »Entweder sie unterjochen oder selbst zugrunde gehen«, so entschied er, als er die erste Nachricht von den Unruhen in den Niederlanden vernahm [5]), und um den Aufstand niederzuschlagen, sandte er seine Regimenter hin »als das sicherste Mittel, die Deputierten zur Erfüllung ihrer Pflichten zu zwingen« [6]). »Man muß sie zum Gehorsam bringen, ungeachtet ihrer prahlerischen Reden.« »Schießet auf das Gesindel«, »strafet die Missetäter, die Aufstifter«, »hängt Van der Meersch in effigie, solange ihr nicht das Vergnügen haben könnt, ihn in Wirklichkeit zu hängen«, so lauteten die Befehle, die er d'Alton erteilte. Was Joseph von »guten Untertanen« vor allem forderte, war, daß sie »blind zu gehorchen und alles von dem Gesichtspunkte zu betrachten hatten, den der Herrscher einnahm« [7]).

II.

Die Stände in der habsburgischen Monarchie. Kompetenz unter Maria Theresia; Beschränkungen ständischer Selbstverwaltung unter Joseph II. in den deutschen Erblanden, in Ungarn und in Belgien. Städtische Magistrate; Bauernstand.

Dieser Gesichtspunkt sollte auch für die Korporationen gelten, die der oben genannte Korrespondent zu benennen

[1]) Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« II, 263.
[2]) Ib. II, 281.
[3]) Ib. I, 240.
[4]) Ib. II, 293. »Cette folie de liberté.«
[5]) Ib. II, 84.
[6]) Ib. II, 108.
[7]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« III, 352.

fürchtete: für die Stände. In allen Teilen der habsburgischen Monarchie hatten sie, wie im übrigen westlichen Europa, ihre Zeit des Glanzes und Gedeihens gehabt. Die monarchische Gewalt beugte sich vor ihnen, hing von ihnen ab und befand sich unter ihrer Kontrolle. So war es in dem goldenen Zeitalter ständischer Selbstverwaltung gewesen, die — einstmals berechtigt — mit dem Fortschreiten der Kultur zu einem Anachronismus geworden war. Sie hemmte die allmähliche Nivellierung der Gesellschaft und das Streben der absoluten Herrschermacht. So wurden denn die Stände von drei Seiten angegriffen. Die moderne Wissenschaft, die in der Philosophie des XVIII. Jahrhunderts ihren Ausdruck fand, sah sie als eine »gotische« Einrichtung an, die dem natürlichen Gesetz widerstreite; das Volk murrte über die Opfer, die es den Ständen zuliebe bringen mußte; die absoluten Herrscher sahen in den Ständen die Gegner ihres politischen und humanitären Reformwerkes. In der Tat wurden es die Stände, als der Kreuzzug gegen das politische Übergewicht der Privilegierten begann.

In diesem Kreuzzuge war Joseph II. einer der letzten, aber auch einer der hitzigsten Kämpfer. Vornehmlich trachtete er, die Grundlage der privilegierten Klassen umzustoßen — und das waren eben die Stände. Allerdings hatten schon seine Vorgänger in gleichem Sinne gewirkt. Vom XVII. Jahrhundert an wurde in den deutschen Erblanden der Einfluß der Stände immer mehr geschwächt. Die Regierung Ferdinands II. bedeutete in dieser Beziehung einen Wendepunkt. Der stolze Adel wurde damals in der ganzen Monarchie entweder niedergeworfen oder verjagt; an seine Stelle traten entweder Ausländer oder unterwürfige Diener der Dynastie [1]). »Das Jahr 1619 war verhängnisvoll und bildete den Anfang der traurigen Epoche, in der die Rechte und die Bedeutung der Stände auf das geringste Maß herabgedrückt

---

[1]) Es ist interessant, die Namen der hervorragenden Familien in der habsburgischen Monarchie vor und nach dem Dreißigjährigen Kriege miteinander zu vergleichen. Namen wie Colloredo, Piccolomini, O'Donnel, Goja kann man nicht für autochthon halten.

waren«[1]. Hatten aber auch die Stände an politischer und autonomer Macht Einbuße erlitten, so blieb ihnen immerhin noch ein wichtiger Anteil an der Regierung erhalten; denn ihre durch die Landtage erwählten Beamten versahen die Finanzverwaltung sowie beinahe das ganze Gerichtswesen und die lokale Administration. Welcher Wert einer solchen Verwaltung zukam, bewies der österreichische Erbfolgekrieg (1741—1748), der Maria Theresia schier an den Rand des Abgrundes brachte. Die junge Kaiserin mußte nicht nur gegen die äußeren Feinde, sondern auch gegen die Trägheit und vollkommene Hilflosigkeit ihrer Regierungsorgane in den Provinzen Krieg führen. Geschah überhaupt etwas, so wurde es entweder nicht rechtzeitig oder nicht in entsprechender Weise durchgeführt. Hart war die Lehre, aber von Erfolg, und das untaugliche Werkzeug sollte fortan durch ein neues ersetzt werden, das zugleich praktischer war.

Unter Maria Theresia befanden sich zwar die wichtigsten Agenden der Staatsverwaltungen in den Händen der königlichen Beamten, aber formell fristeten die Stände noch weiter ihr Dasein. Sie versammelten sich alljährlich, um die Wünsche der Regierung zu hören, aber man »befahl ihnen, gutwillig den an sie gestellten Forderungen gerecht zu werden«. Diese Versammlungen hatten einen streng ständischen und aristokratischen Charakter. Es gab nicht, wie in Frankreich, drei, sondern vier Stände: Prälaten (Bischöfe und Äbte), Herren (adelige Großgrundbesitzer), Ritter (Landwirte aus dem adeligen Mittelstand) und landesfürstliche Städte und Märkte. Deren reichsunmittelbarem Herrn, dem Haupt der habsburgischen Monarchie, kamen die entsprechenden Titel zu wie König von Böhmen, Markgraf von Mähren, Erzherzog von Österreich etc. In Tirol bildeten die Vertreter der Bauern, der »Gerichte«, den vierten Stand. Den Ständen legte die Regierung große Steuerlasten und schwierige dienstliche Verpflichtungen auf, um sich

---

[1]) W. A. IV. H. 2. Carton 517. An S. M. Bericht der treugehorsamsten böhmischen Stände mit den gnädigst geforderten Vorschlägen, wie die bestandene ständische Verfassung und ihre Wirksamkeit rücksichtlich auf die gegenwärtigen Umstände und auf die zweckmäßigste Art wiederhergestellt werden könne. 4. September 1790.

selbst von einigen Verwaltungsgeschäften freizumachen. Dazu gehörten: Einquartierung der Truppen, Einhebung der Zinsen von Staatsanleihen, Erhaltung von Brücken und Fahrstraßen, Führung des Grundbuchs, Vergütung für Schäden, die durch Elementarereignisse oder Kriege entstanden waren, Vorschreibung der Steuern, Einhebung direkter und indirekter Abgaben, Wohlfahrtseinrichtungen, Nominierung der Schüler, die für Stipendien in Betracht kamen, Vormundschaftsangelegenheiten, Führung der Adelsmatrikeln, Vermögensverwaltung der freien Städte. Alles, was sich auf diese Gegenstände bezog, wurde in den allgemeinen Versammlungen beraten, die gewöhnlich nur wenige Tage währten; im übrigen ruhte die ständische Verwaltung in den Händen eines Ausschusses, den der Landtag bestellte. Dieser Landesausschuß (in Niederösterreich »Verordnete«) hatte in der Regel eine bestimmte Anzahl Glieder aus jedem der vier Stände und gebot über ein förmliches Heer von Beamten. So spielten die Stände, trotzdem sie unter Maria Theresia jede politische Bedeutung verloren hatten, immerhin noch eine ansehnliche Rolle im Staats- und Gesellschaftsleben.

Ihr gänzlicher Zusammenbruch erfolgte erst, als Joseph II. die Regierung antrat. »Maria Theresia«, berichtet Noailles, »hegte die Absicht, in allen Provinzen die Privilegien zu vernichten, die ihre Macht einschränkten; doch ging sie nicht gewalttätig vor, da sie meinte, Zeit und Verführungskünste würden ihr schon zum Ziele verhelfen« [1]. Ihr Sohn brachte energischere Faktoren in Anwendung: Gewalt und unerbittliche Strenge.

Die Verordnung vom 1. Oktober 1788 schränkte das Recht der Landtagsversammlungen ein: sie konnten bloß mit besonderer Genehmigung des Herrschers stattfinden und es durften von ihnen nur mehr Regierungsvorlagen beraten werden; aber man kümmerte sich wenig darum, ob sie zustimmten oder nicht. Man änderte sogar nach Gutdünken die Zahl der Wähler oder beschränkte die der Landtagsmitglieder. Der empfindlichste Schlag war der provinzialen Selbstverwaltung schon

---

[1]) P. A. Noailles à Vergennes le 22 décembre 1783.

früher durch die Verordnung vom 4. April 1784 versetzt worden, kraft welcher die Landesausschüsse oder Verordneten aufgehoben und durch die »ständische Repräsentation« ersetzt wurden, die man der Landesregierung (Gubernium) beigab. Die »ständische Repräsentation« bestand bloß aus zwei ständischen Abgeordneten; sie hießen Gubernialräte und hatten Sitz und Stimme im Gubernium. Den Ständen kam bloß zu, ihnen den Gehalt aus den Provinzialkassen auszufolgen. Die Regierung sah diese Persönlichkeiten als ihre Beamten an, die sich durch nichts von den übrigen Staatsdienern unterschieden. »Früher« — so berichtet der oberste Kanzler Kolowrat — »besaßen die Mitglieder der Provinzialbehörden gar kein Recht auf eine Pension; die Stände wählten sie auf eine bestimmte Zeit, sie versahen nur die Geschäfte der Stände und dienten nur diesen. Jetzt werden die Angelegenheiten der Regierung und der Stände von denselben Behörden geleitet...« [1]) Auch die »Marschälle« und »Vizemarschälle«, die »Präsidenten des Ritterstandes« und die »Provinzialhauptleute« verschwanden vom Schauplatze, mit einem Wort alle angesehenen Persönlichkeiten, die »Landesoffiziere« hießen. Nur die »Buchhaltereien« bestanden fort; sie wurden sogar vermehrt; man fürchtete mit der Abschaffung dieser Institution die Gläubiger zu erschrecken, die zu den Ständen — auf deren Bürgschaft hin sie ihr Geld geliehen — mehr Zutrauen hatten als zur Staatsverwaltung. Die Reform war eingreifend und machte auf die Fremden den Eindruck, »als wolle der Kaiser die Stände gänzlich vernichten, denen ja ohnehin nur ein Schatten der Bedeutung verblieben war, die sie einstens besessen hatten« [2]).

In Galizien befolgte die Regierung die gleiche Politik. Dort versammelten sich die Stände jedes zweite Jahr, doch »hatten sie gar keinen Einflnß auf die allgemeinen Angelegenheiten und befaßten sich nur mit den Landtagswahlen und der Aufnahme neuer Adelsmitglieder«; diese Einschränkungen wurden damit gerechtfertigt, »daß die gewohnte Berufung

[1]) W. A. IV. H. 4 Karton 701. A. u. Vortrag des Obristen Hof-Kanzlers Grafen von Kolowrat vom 1. Dezember 1785.

[2]) B. A. Podewils au Roi le 24 juin 1786.

des Landtages bei der gefährlichen Stimmung, die in Galizien herrsche, zu Unruhen Anlaß geben könnte«[1]).

Alle diese im Zentrum der Monarchie vorgenommenen Maßregeln waren aber nichts im Vergleich mit den Veränderungen, die in der ständischen Selbstverwaltung Ungarns vorgenommen wurden. Dort riß der Kaiser ein Stück lebendigen Fleisches aus einem zwar absterbenden, aber noch immer empfindlichen Organismus heraus.

In Ungarn spielten die sogenannten Komitatskongregationen eine ungemein große Rolle. Man war dort noch nicht gewöhnt, sich widerstandslos den Verordnungen, die aus Wien kamen, zu fügen. Außer den zentralen Behörden beruhte die ganze Verwaltung stets und immer auf dem Wahlsystem, von den obersten Grafen angefangen bis zum letzten Notär, dem Sekretär des Komitats. Administration und Gerichtswesen lagen fast gänzlich in den Händen der Privilegierten. Sie hatten das Recht, dem König alle Arten von Vorstellungen und Protesten einzusenden — dies hielt die gesetzgeberische Tätigkeit des Monarchen in Schranken. Überdies gab es in Ungarn auch einen Reichstag, der zur Zeit seiner Berufung die ganze Nation repräsentierte. Keine Bestimmung des Königs, keine Steuer, keine Neueinführung konnte ohne Zustimmung des Reichstags als gesetzlich angesehen werden.

Maria Theresia überzeugte sich durch bittere Erfahrungen, wie stark der Widerstand war, den der Reichstag zu bieten vermochte; der begeisterte Ausruf »moriamur pro rege nostro« ließ sie daher doch niemals vergessen, zu welchen Konzessionen die stolzen Magnaten sie gezwungen hatten. Trotzdem sie den Ungarn aufrichtig wohlgeneigt war, berief sie den Reichstag während ihrer vierzigjährigen Regierungszeit bloß dreimal: 1741, 1751 und 1763, und auch da hatte sie einen schweren Kampf mit den separatistischen und aristokratischen Tendenzen aller Reichstagsmitglieder zu bestehen. Nachdem sie jede Hoffnung verloren hatte, daß sie für ihre Reformen den Beifall des Reichstages finden würde, führte sie fünfzehn

---

[1]) W. A. V. B. 1. Karton 600: »Protokoll über die wegen Herstellung der normalen Steuer- und Urbarial-Verfassung in Galizien den 30. April 1790 bei der vereinigten Hofstelle gehaltenen Zusammentretung.«

Jahre hindurch ein absolutistisches Regime. Nur den Komitatsversammlungen erlaubte sie, manchmal ihrem Ärger über die neue Ordnung Luft zu machen; bei alledem wußte sie es mit ihrer sanften Art zu vermeiden, irgend jemand ernstlich zu erzürnen.

Ihr Sohn war natürlich durchaus nicht gesonnen, an der Politik des absolutistischen Regimes etwas zu ändern. Er ging darin noch weiter. Seine Anschauungen hierüber waren für niemand ein Geheimnis. Noch zur Zeit seiner Mitregentschaft hatte er oft Grundsätze und Absichten geäußert, die Ungarn in die größte Sorge versetzen mußten [1]). Nicht ein einzigesmal berief er den Reichstag ein; die Komitatskongregationen hingegen wurden auf ein Nichts herabgedrückt. Der Kaiser war mit ihrer Tätigkeit sehr unzufrieden; er fand sie nachlässig und unverständig [2]). »Im Interesse einer besseren Ordnung, rascheren Handelns und überhaupt dem allgemeinen Wohle zuliebe« sollten daher die Versammlungen nur einmal im Jahr stattfinden und den Zeitpunkt hierfür hatte der königliche Kommissär zu bestimmen. Bisher hatten alle Adeligen in den Komitatsversammlungen über Kriminalsachen zu Gericht gesessen — nun durften sie es nicht mehr; die Akten wurden den neuen Gerichten übergeben, die unmittelbaren Beziehungen zur ungarischen Kanzlei aufgehoben. Es erfolgte die Einteilung Ungarns in Distrikte, denen je ein königlicher Kommissär zur Einführung der neuen Organisation vorgesetzt war; die Vizegespane behielten zwar ihren Titel bei, bildeten aber eine Art von Kreishauptleuten. Auch die Beziehungen der Komitate untereinander

---

[1]) P. A. v. 337 f. 119. Breteuil à Vergennes le 12 septembre 1778. Cf. Ib. le 22 octobre: »L'Empereur ne voit qu'avec l'aigreur et la jalousie de l'orgueil une nation sur laquelle il règnera; il se croit autant en droit de modifier les secours et les ressources qu'il voudrait en exiger qu'elle est en état d'en fournir de très-considérables.«

[2]) U. A. Circulare Impressum de die 2 Mensis Martii 1785 § 2: »Experientia testatum reddidit, Generales Comitatuum Congregationes nonnisi inutili rerum protractione ac persaepe minus rectae altiorum ordinum interpretationi ansam praebuisse, imo cum cuncta Negotia ad illas relegata erant, quod inrite constitua Republica nunquam fieri oportet, a Negotiorum tractatione per intercalare congregationum tempus cessatum fuisse.«

mußten aufhören; denn man wollte bemerkt haben, »daß die Unbefangenheit des Urteils durch fremden Einfluß und vorher gefaßte Meinung litt«. Der hochtrabende Titel: »Nos Universitas Comitatus« wurde kassiert. Ferner bestimmte die Verordnung vom 1. August 1786, daß man den Komitaten ihr früheres Siegel mit dem entsprechenden Komitatswappen nehmen solle; dafür erhielten sie ein gleichförmiges Siegel, mit dem königlichen Wappen in der Mitte und mit dem Namen jedes Komitates rundherum. Den Todesstoß versetzte aber den ungarischen Ständen die Verordnung vom 27. Februar 1787, die ihre Kassen der Kontrolle der Regierung unterstellte. »Die durch Jahrhunderte geheiligte Verfassung« wurde von der absoluten Herrschaft Josephs II. abgelöst.

Am schärfsten trat dieser Absolutismus in der administrativen Reform zutage, die der Kaiser 1787 in den Niederlanden unternahm. Bis dahin hatte Belgien, trotzdem es durch dynastische Bande mit den übrigen Gebieten der habsburgischen Monarchie vereinigt war, viele lokale Rechte und Privilegien bewahrt. An der Spitze der Verwaltung stand, als Statthalter des Kaisers, der Generalgouverneur; das Amt eines solchen wurde immer nur Mitgliedern des Kaiserhauses verliehen. Der Generalgouverneur hatte das Recht, Verordnungen zu erlassen, Beamte zu ernennen und die Stände zu berufen; auch war er Befehlshaber der lokalen Truppen — mit einem Wort, er war das Haupt der Administration. Die zweite Stelle nahm der bevollmächtigte Minister ein, gleichsam der Vertreter des Wiener Hofes, locum tenens des Statthalters, wenn dieser nicht im Lande weilte. Tatsächlich lag alle Gewalt in seinen Händen; die Statthalter repräsentierten bloß. Die drei Konseils: Staats-, geheimer und Finanzrat, die sich aus königlichen Beamten zusammensetzten, vertraten die Zentralgewalt. Neben diesen königlichen Behörden bestand die Selbstverwaltung im weitesten Ausmaße fort. Jede Provinz hatte ihre repräsentative Behörde, deren Mitglieder dem Klerus, dem Adel und dem sogenannten dritten Stand angehörten. Die Stände wurden zweimal im Jahr einberufen; in der Zwischenzeit führte ein ständischer Ausschuß die Verwaltung. Ohne Zustimmung der Stände hatte keine Verordnung gesetz-

liche Kraft. Die niedrigeren administrativen Ämter wurden gleichfalls durch Wahl besetzt. Die provinzialen Rechte fanden sich in alten Urkunden und Verträgen erläutert und mußten von jedem Monarchen bei der Thronbesteigung beschworen werden. Allen Verfassungen voran stand die des Herzogtums Brabant, die »Joyeuse-Entrée«. Sie enthielt 59 Paragraphe, von denen einige der Freiheit des Volkes den weitesten Spielraum eröffneten. Der letzte Artikel der Joyeuse-Entrée spricht den Untertanen das Recht zu, dem Monarchen Dienst und Gehorsam zu versagen, sobald er die Verfassung verletze [1]). Das waren noch rein feudale Reminiszenzen, wie wir sie auch im alten ungarischen, polnischen und böhmischen Reiche finden.

Viele mittelalterliche Züge hafteten dieser Ordnung der Dinge an; sie war schwerfällig, unsystematisch und ihre Mängel wurden nicht bloß von der Regierung, sondern auch von den Belgiern selbst erkannt. Die Regierung trachtete daher schon längst nach einer Umgestaltung der Verwaltung, wobei sie aber nicht nur das allgemeine Wohl, sondern auch selbstische Zwecke im Auge hatte. Die Verfassungen und Privilegien der belgischen Provinzen widersprachen dem absolutistischen Regime; sie kannten weder Polizeistaat noch bureaukratische Zentralisation. Maria Theresia dachte daran, auch in Belgien die Reformen einzuführen, »mit denen sie in den österreichischen Erbländern so viele Erfolge erzielt hatte«. Es wurde auch wirklich nach dieser Richtung hin gearbeitet; die flandrischen Stände ließen sich sogar zur Zahlung eines jährlichen, ein für allemal festgesetzten Subsidiums bewegen. Karl von Lothringen entwarf ein Projekt, das sich in der Wiener Albertina befindet, wonach das ganze Land nach französischem Muster in vier Intendanzen eingeteilt werden sollte. Man müsse — so bemerkte der Herzog — sich in der Tat wundern, daß eine Führung der Geschäfte überhaupt möglich gewesen sei. Doch riet er, nicht allzu hastig vorzugehen. »Ich kann E. M. versichern, daß dieses Land sehr leicht zu

[1]) Bei Legrand: »Révolution Brabançonne 1843« ist die »Joyeuse-Entrée« sehr ausführlich mit allen Anhängseln und Verbesserungen angeführt und erläutert.

verwalten ist; man kann hier mit Milde alles erreichen. Es hält mit einer an Unzurechnungsfähigkeit grenzenden Hartnäckigkeit an seinen Privilegien fest, doch da läßt sich nichts machen; es ist so erzogen und an diese Saite zu rühren brächte Gefahr« [1]). Auch Kaunitzens Ratschläge lauten ähnlich: »il ne faut pas trop embrasser à la fois«, sagt er in einem Bericht an die Kaiserin; man sollte zu überzeugen suchen, zu persönlicher Mitwirkung aneifern, Auszeichnungen und Orden austeilen; das hielt er für die »einzig mögliche Politik, angesichts des Mißtrauens, das die Stände dem Volke gegen jede von der Regierung getroffene Maßregel einzuflößen wußten« [2]).

Ganz anders benahm sich Joseph II. Er ging gleich scharf ins Zeug, rührte an die brennendsten Fragen und kümmerte sich nicht darum, was man zu seinen Maßregeln sagte. Von jeher ein überzeugter Anhänger der Bureaukratie, dachte er nach 1781, als ihm so viele Klagschriften zukamen, ernstlich daran, alten Mißbräuchen zu steuern. Er meinte, dies mittels einer kräftigen, konzentrierten Administration erreichen zu können; die aristokratische, von der zentralen Macht unabhängige Verwaltung der Stände sowohl wie der Ausschüsse und Magistrate stimmte keineswegs mit seinen Plänen überein. Die Verordnungen vom 1. Jänner und 12. März 1787 versetzten der Selbstverwaltung der Stände einen entscheidenden Schlag. Zwar durften sie sich nach wie vor versammeln, aber nur, um die Vorschläge und Bestimmungen der Regierung anzuhören und anzunehmen. Die Kompetenz der ständischen Ausschüsse schrumpfte zu einem Minimum zusammen, seitdem die administrativen Angelegenheiten den königlichen Beamten übertragen worden waren. Ihre Mitglieder mußten von der Regierung bestätigt werden und hatten bei den Sitzungen des obersten Rates nur eine beratende Stimme; auch wurde ihre Zahl auf sechs für das ganze Land

[1]) Ein kurzes Resumee dieses Berichtes siehe bei Arneth: »Geschichte Maria Theresias« X, 199.

[2]) Rapport de Mr. le comte de Kaunitz joint à la dépêche secrète de S. M. l'Impératrice Marie Thérèse du 25 juin 1763 pour le régime des affaires des Pays-Bas. (Recueil Bleu XCVI, Nr. 3.)

herabgesetzt. Die belgischen Stände hatten in den Augen des Kaisers trotz aller Verträge und Konstitutionen nicht mehr Daseinsberechtigung als die übrigen Teile der Monarchie.

Dasselbe Los ereilte die städtische Verwaltung. Man muß zugeben, daß sie in Ungarn und in den deutschen Provinzen sich weder durch Fleiß noch durch Selbständigkeit auszeichnete: Die Städte führten ein abgeschlossenes Leben hatten sich aber bis zu Maria Theresias Zeit patriarchalische Traditionen und Lokalpatriotismus bewahrt. Jeder einzelne kannte seine Mitbürger persönlich und nahm daher ziemlich tätigen Anteil an der Gemeindeverwaltung. Doch schon im Jahre 1749, als das große Reformwerk begann ließ die Kaiserin, fiskalischen und administrativen Zwecken zuliebe, die Städte ihre Hand fühlen; 1749 erschien die Verordnung, nach welcher die Regierung die erwählten Bürgermeister, Syndikate und Schreiber in ihrer Würde zu bestätigen hatte; — 1750 und 1751 kam ein zweiter Erlaß heraus, der die Marktaufseher und die ganze Administration unter Kontrolle stellte; — 1754 ein dritter, der Protokolle über alle »politischen« Angelegenheiten einführte; — 1770 ein vierter, der den Stadtobersten verbot, historische Festgewänder zu tragen [1]).

Joseph führte nur das Werk seiner Mutter zu Ende. Unter ihm wurden die Bürgermeister und Mitglieder der Stadtverwaltung wie früher für vier Jahre gewählt, doch mußten sie vom Gouverneur bestätigt werden und eine juridische Prüfung bei den Appellationsgerichten bestehen. Die Wahlen selbst gingen auf zweierlei Art vor sich: die Gemeinde wählte eine Kommission von zwanzig Personen, die aus ihrer Mitte die Verwaltungsbeamten ernannten; alles dies geschah in Gegenwart der Distriktschefs. Der Kaiser konnte daher die Magistratspersonen als seine Beamten ansehen. Bei ihrem Amtsantritte mußten sie die allen Beamten auferlegten Taxen zahlen [2]) und von ihrem Gehalt wurde monatlich

---

[1]) Siehe die ausführliche Geschichte dieser Frage bei Beidtel: »Über österreichische Zustände in den Jahren 1740—1780.« Sitzungsberichte der Wiener Akademie der Wissenschaften, 1851. Der Artikel ist auf Grund archivalischer Quellen verfaßt.

[2]) Hofdekret vom 4. Mai 1781.

eine bestimmte Summe abgezogen [1]). Gefielen dem Kaiser die Wahlen aus irgendeinem Grunde nicht, so kassierte er sie und bestimmte aus eigener Machtvollkommenheit die Mitglieder der Verwaltung [2]). Den ungarischen Städten wurde anbefohlen, die Privilegienurkunden an die Statthalterei einzusenden, damit die Regierung entscheiden könne, »ob diese oder jene Rechte den Zeitumständen entsprächen und ob sie mit den gegenwärtigen Verordnungen des Königs vereinbar seien«. »Die Zeitumstände« und »die Verordnungen des Königs« waren so geartet, daß die Städte unter die Aufsicht von Beamten gestellt wurden.

Den Magistraten verblieb allerdings die Pflicht, für die sanitären Bedürfnisse, die öffentliche Sicherheit, die regelmäßige Steuerverteilung, die Ausführung der durch Kommissäre versandten Befehle und für Handel und Gewerbe zu sorgen; doch handelten sie nicht mehr als selbständige Herren, sondern als »Beamte, die unmittelbar vom Komitate abhingen, als Vorsitzende, die dem Vizegespan untergeordnet waren«. Die Sitzungsberichte wurden diesem allwöchentlich eingeschickt; er konnte jederzeit den Versammlungen beiwohnen oder den Vorsitz führen, »um zu sehen, ob die Geschäfte ordentlich und eifrig geführt würden«. Und da »die Erfahrung lehrte, daß Polizeimaßregeln niemals oder nur sehr selten angewendet wurden«, so kam es »den Vizegespanen in solchen Fällen zu, die Magistrate zur Verantwortung zu ziehen und — wenn nötig — selbst die entsprechenden Maßregeln zu ergreifen« [3]). Ein Ablenken von der hierarchischen Rangordnung kam nicht vor und daher hörte jede direkte Korrespondenz mit der Statthalterei auf. Die gleiche Weisung erteilte die Gouvernementsbehörde auch den deutschen Provinzen, nur

---

[1]) Hofdekret vom 17. Mai 1784: »Die ständischen und städtischen Beamten sind wie andere k. k. Diener mit Arrhen und Taxen ohne Ausnahme belegt.«

[2]) Siehe zum Beispiel Meynert: »Kaiser Joseph II.« 204, ein parteiisches Werk, das Joseph vom Standpunkte des doktrinären Liberalismus rühmt, immerhin aber eine Menge wertvoller Aktenauszüge enthält, die übrigens manchmal verkürzt und verstümmelt sind.

[3]) »Instruction für die Komitate über die denselben in Bezug auf die in den Freystädten vorkommenden Agenda in publico politico einzuräumende Wirksamkeit« 1784.

mit dem Unterschiede, daß die Magistratspersonen dort vom Kreishauptmann ernannt wurden [1]).

Die Kontrolle der Regierung wurde strenge geführt und erstreckte sich auf alle Zweige der städtischen Verwaltung [2]), die allerdings genug schlecht war, um solche Maßregeln zu rechtfertigen. Wir finden in der oben erwähnten Weisung wenig schmeichelhafte Äußerungen über die städtischen Einrichtungen. Die Verwaltungsbehörde war eine Sammelstelle für ränkesüchtige und bestechliche Leute; die sanitäre und polizeiliche Fürsorge wurde nicht einmal den primitivsten Anforderungen nach allgemeiner Sicherheit und Ordnung gerecht; die Finanzen befanden sich in einem verzweifelten Zustande, die von den Herrschern verliehenen Privilegien brachten nichts als Verwirrung hervor; der Adel sowohl, der die höchsten Stellen einnahm, als auch die einflußreiche Geistlichkeit trachteten ihre Macht nur für die Interessen ihres Standes auszunützen; die Statthalterei sah sich daher gezwungen, eine strenge Rüge an alle Magistrate zirkulieren zu lassen, weil sie sich nicht einmal die Mühe gaben, die Protokolle ordentlich zu führen [3]).

---

[1]) Hofdekret vom 26. Mai 1786, § 38: »Die Aufsicht und die Leitung des städtischen Wesens ist inzwischen den Kreisämtern aufgetragen.«

[2]) Siehe eine ausführliche Geschichte der Städte bei d'Elvert: »Zur österreichischen Verwaltungsgeschichte mit besonderer Rücksicht auf die böhmischen Länder«, Brünn 1880 (24. Band der Schriften der hist.-statist. Sektion der k. k. mährisch-schlesischen Gesellschaft zur Beförderung des Ackerbaues, der Natur- und Landeskunde) sowie desselben »Beiträge zur Geschichte der k. Städte Mährens«, Brünn 1860 (Ib. B. 13). Diese Bücher sind auf Grund archivalischer Daten geschrieben und überfließen von eingehenden, mitunter auch von unnötigen Einzelheiten. Denn D'Elvert beherschte nicht immer, bei all seiner Gelehrsamkeit und Gewissenhaftigkeit, das reiche Material.

[3]) Cf. H. U. A. Zirkular vom 27. September 1785: »In Ansehung der K. Freystädte und der dieselben betreffenden Geschäfte wollen a. h. S. M., daß der politische Teil hievon ganz den Comitaten, worin sie liegen, unter der Aufsicht der betreffenden Herren wirkenden Obergespäne untergeordnet und gleich alle Klagen von selben erhoben und abgethan; ihre Oeconomie aber hingegen, um die schlechte Verwaltung, welche bey den Bürgern meist besteht, und die vielen Uneinigkeiten, welche unter ihnen vorsonderlich durch Eigennutz veranlasst werden zu beheben, den neu aufzustellenden Cammeral-Administratoren unterworfen, ihre Rechnungen aber von den hiesigen mittelst Buchhalterei übersehen werden sollen.«

Nur an die bäurische Selbstverwaltung rührte Joseph nicht; sie war der Regierung sogar genehm, da sie sie von einer Menge Plackereien befreite und gleichzeitig gar keine Gefahren in sich barg, weil sie ja immer unter der strengen Aufsicht der Vizegespane stand. Zu den Aufgaben der Gemeindeverwaltung gehörte es, Richter und Geschworene zu wählen, die Steuern auf die einzelnen Bauernhöfe aufzuteilen, über die Verwendung der Gemeindegelder zu verfügen, die Abgaben der Senioren zu verwalten, die Waisen zu versorgen. Die bäurischen Gemeindeversammlungen durften allerdings bloß Kontrolle ausüben und Gesetze geben; die ausübende Gewalt lag beim Richter und bei den Geschworenen. Sie hoben Steuern ein und lieferten die gesammelten Summen an die Rentkammer ab, sie stellten die Fuhrleute und Taglöhner für die öffentlichen Arbeiten, bezeichneten die Häuser für die Rekrutenaushebung, mieteten Nachtwächter, Hirten usw., wachten über die genaue Pflichterfüllung der Feuerwehr, sorgten für die Erhaltung der Brücken und Straßen sowie für die Ausführung der Befehle, die von den Distriktschefs oder den Senioren erteilt wurden, stellten die Getreide- und Waldschäden fest, verfolgten die Verbrecher und lieferten sie dem Arm der Gerechtigkeit aus. Diese Ordnung der Dinge hatte noch Maria Theresia eingeführt [1], und Joseph ließ es dabei bewenden; denn er sah in den Bauern eher Parteigänger als Feinde.

III.

Verschiedenartigkeit der Bevölkerung in der habsburgischen Monarchie. Verschiedenheit der Verwaltung und Bedeutung dieses Umstandes für die Monarchie. Zentralistische Bestrebungen der Habsburger. Josephs Abneigung gegen Krönung und Huldigung. Germanisierungsversuche in Ungarn, Galizien, Böhmen und Görz. Verhalten Josephs gegenüber den verschiedenen Nationalitäten.

Daß sich die absolute Monarchie mit der Selbstverwaltung nicht abzufinden vermochte, ist begreiflich; ihr erstand aber ein nicht weniger mächtiger Feind in dem provinzialen

[1] Mailath: »Das ungarische Urbarial-System« 1838.

Separatismus, der in den vielsprachigen Gebieten der habsburgischen Krone üppig gedieh. Die wichtigsten nationalen Bestandteile dieses umfangreichen Staatskörpers waren: im Süden die Ungarn, Rumänen und Wallachen, im Westen die Deutschen, im Norden und Osten die Slawen, in der Lombardei die Italiener, in den belgischen Provinzen die Flamländer und Wallonen.

Diese Länder besaßen nicht alle die gleiche Bedeutung. Ungarn und das zu Anfang des XVIII. Jahrhunderts den Türken entrissene Siebenbürgen waren zur Hälfte autonom und brauchten alle Mittel für sich selbst auf. Das neueinverleibte Galizien, das gewaltsam von dem polnischen Reiche losgerissen worden war, fing gerade erst an, sich aus seiner abnormen Lage herauszuarbeiten. Die fruchtbaren lombardischen Ebenen brachten der Staatskasse zwar gute Einkünfte, doch waren sie von den übrigen Gebieten der Monarchie ganz abgeschnitten und gingen unzähligemal von einer Hand in die andere über, waren durch das Übereinkommen mit Sardinien zerstückelt und konnten also eigentlich nur als einträgliche Kolonie angesehen werden. Die deutschen Gebiete — Vorderösterreich — waren aus winzigen Länderteilen, die sich in fremden Staaten befanden, zusammengesetzt und hatten nur insofern Wert, als sie einen Anhaltungspunkt für eine »Abrundung« auf Kosten des südlichen Deutschland boten. Die Niederländer »vergossen zwar ihr edles Blut und leerten ihre Kassen dem Ruhme und der Ehre ihrer Herrscher zuliebe«, verursachten aber eigentlich mehr Verlegenheit, als sie Vorteile brachten: ihr Vaterland war ja im Falle eines Zwistes mit Frankreich zunächst gefährdet. Die administrative Gestaltung dieser Provinzen — der lombardischen und der niederländischen — zeigt die Besonderheit ihrer Stellung. Ungarn hatte seine zentralen Behörden; Galizien befand sich unter aufgedrungener Schutzherrschaft; die Lombardei und Belgien aber waren in Generalgouvernements eingeteilt und wurden von der Staatskanzlei verwaltet.

Die Hauptstütze und Grundlage des Reiches waren »die deutschen österreichischen Erblande«, nämlich Böhmen, Schlesien, Mähren, das eigentliche Österreich, Steiermark,

Kärnten, Krain, Görz mit Gradiska und Tirol. Die Benennung dieses Komplexes ist, wie wir sehen, nicht ganz richtig; man kann das slawische Böhmen und Mähren und das italienische Görz unmöglich zu den »deutschen« Gebieten rechnen. Aber im geographischen, politischen und administrativen Sinne bilden diese Provinzen eine verhältnismäßig kompakte Einheit. Sie lieferten die größte Anzahl bester Rekruten; sie unterwarfen sich »bis zur Erschöpfung aller Kräfte« jeder Steuerauflage und allen Verfügungen, die von dem Zentrum, das heißt von der böhmisch-österreichischen Hofkanzlei ausgingen, die ihre gehorsamen, mit allen Vollmachten versehenen Agenten — die Distriktschefs mit ihren Hilfskommissären — im ganzen Lande, Fühlhörnern gleich, umhersandte. Wenn irgendwo die zentralistische Verwaltung tiefe Wurzeln schlug, so war es in diesen Provinzen; dort gab es »gute Untertanen«, »gehorsame Lande«, wie die Kaiserin gern und liebevoll sagte, indem sie sie mit den »hitzigen Belgiern« und den »tölpelhaften Bayern« verglich.

Eine solche Lage der Dinge war zugleich die Stärke und Schwäche der österreichischen Monarchie. Die Stärke: denn man fand keinen Punkt, der als Herz des Reiches gelten konnte, von dem das Dasein des politischen Organismus überhaupt abhing. Mächte, wie Frankreich, Spanien, Rußland waren langsam, allmählich aus kleinen, schwachen Stämmen zu mächtigen, weitverzweigten Bäumen herangewachsen; dafür aber vermochte das Beil, das man an ihre Wurzel legte, den ganzen Staatsorganismus zu ertöten; bedenken wir, wie stark der Verlust der beiden kleinen Provinzen Elsaß-Lothringen auf Frankreich zurückwirkte und was für einen Einfluß eine Loslösung Schottlands auf England ausüben würde. Österreich hingegen wuchs nicht in die Höhe, sondern häufte sich buschartig auf, wobei es seine Triebe nach allen Richtungen aussandte; teilweise Abtrennungen änderten daher auch nichts an der Landkarte des Reiches, das sich die Kraft weiterer Entwicklung bewahrte und Verluste auf der einen Seite durch Erwerbungen auf der andern zu ersetzen wußte. Die ganze jahrhundertelange Geschichte Österreichs dient hiefür zum Beweise. Nehmen wir das XVIII. Jahrhundert als Beispiel:

Österreich verlor zuerst seine süditalienischen, später seine lombardischen Gebiete; eine so große Provinz wie Schlesien ging in die Hände eines gefährlichen Feindes über; Belgien ward ebenso leicht verloren als gewonnen. Die schwäbischen Gebiete wollten mit den österreichischen Erblanden nie recht in eins verschmelzen. Dafür nahm Österreich den Bayern das sogenannte Innviertel, eroberte sich Galizien »zurück«, besetzte die Bukowina, mit einem Worte, es vereinigte die verschiedenartigsten und fremdesten Elemente in sich und das Ergebnis war, daß es sich, als der schreckliche napoleonische Sturm heranbrach, am lebensfähigsten erwies und imstande war, den hartnäckigsten Kampf mit dem unbesiegbaren Cäsar zu führen. Und trotz Magenta und Sadowa nimmt Österreich auch heute noch eine angesehene Stellung unter den Großmächten ein und tröstet sich für den Verlust des venezianischen Gebietes mit Bosnien und der Herzegowina.

Die Medaille hatte jedoch auch ihre Kehrseite und in der Tat fand sie der scharfsinnige venezianische Botschafter prächtig heraus. »Österreich« — schreibt er — »hat, wie aus der letzten Rekrutenzählung hervorgeht, zweiundzwanzig Millionen Einwohner. Würden diese eine Nation bilden, so wären die Kräfte des Reiches viel ansehnlicher; so aber sind es Leute, die durch Sprache, Sitten und Religion einander fremd sind« [1]). Wirklich erhielt sich auch nirgends der separatistische Geist der Provinzen so lange und hartnäckig, wie in diesen mechanisch zusammengewürfelten habsburgischen Gebieten. Das Gefühl der Anhänglichkeit an das gemeinsame Vaterland fehlte einigen Völkern allerdings gänzlich und mußte ihnen fehlen. Die Ungarn und Siebenbürger waren lange Zeit den Türken tributpflichtig gewesen, die Polen hingen an ihrer einstigen Republik, den eingeborenen Lombarden war die Dynastie, die sie regierte, vollkommen gleichgültig, die Belgier gingen ganz in ihren provinzialen Angelegenheiten auf. Das braucht alles noch nicht wunder zu nehmen; aber nicht einmal die Böhmen hielten dem ersten besten Ansturm stand

---

[1]) Arneth: »Die Relationen der Botschafter Venedigs« 1863. (Fontes Rerum Austriacarum XXII, 332.)

und schworen dem Bayern Karl VII., der Franzosen ins Land brachte, Treue. Es bedurfte solcher Elementarereignisse, wie die napoleonische Epoche sie hervorrief, um in allen für sich abgeschlossenen Provinzen das gleiche Gefühl auflodern zu lassen. Oft hatten die Habsburger auf ihrem schwankenden Throne gezittert und sie wußten daher, wie nachteilig eine solche Lage der Dinge war. Von Ferdinand I. angefangen strebte deshalb ihre Politik danach, alle Untertanen in eine gleichartige Masse zu verschmelzen [1]), um die Monarchie nach innen zu festigen und dadurch nach außen drohender erscheinen zu lassen.

Joseph II. trieb diese Politik am weitesten; er wollte alle Völkerschaften, die unter seinem Zepter standen, zu einer einzigen von Vaterlandsliebe durchglühten Nation vereinigen, wie dies zum Beispiel der Fall in Frankreich war, dessen König er aufrichtig beneidete [2]). Der gallige Hormayr, der österreichische Flüchtling, der die Habsburger haßte, sagt: »Joseph in seinem Korporaliberalismus will die Ungarn, Böhmen, Deutschen und Lombarden unter einen Hut bringen« [3]). Der provinziale Patriotismus war dem Kaiser verhaßt und er sah in seinen Äußerungen nur »schlecht verstandene Freiheitsliebe, Sittenverderbtheit und Eigendünkel« [4]). Er träumte sogar von der Schaffung

---

[1]) Eine ausführliche Geschichte dieser Versuche siehe bei Bidermann: »Geschichte der österreichischen Gesamtstaatsidee.« 2 B. B. 1867, 1889.

[2]) Georgel: »Mémoires« I, 368: »C'est un rude métier, me disait un jour l'Empereur, que d'avoir à manier des peuples si éloignés du centre et de caractères si opposés; on ne peut les contenir ou les mouvoir qu'avec une chaine de fer. Le Roi de France, au contraire, n'a pour les siens qu'un même langage, qu'une même administration, il les mêne ou il les conduit où il veut par le seul fil de l'amour que le Français a pour son souverain.« Cf. die Ansicht des Kaisers: »Man muß ein für alle Male dem Neid und der Nebenbuhlerschaft der Provinzen ein Ende machen, das allgemeine Wohl als höchstes Ziel hinstellen und Einigkeit unter ihnen schaffen, um ansehnliche Vorteile, die allen zustatten kommen, zu erlangen.« (Hubert: »Le voyage de l'Empereur Joseph II. dans les Pays-Bas« 1900, p. 450.)

[3]) Hormayr: »Anemonen« I, 59.

[4]) »Verbesserungs-Anstalten für das k. Ungarn, welches Seine k. k. Majestät in einem an die 10 k. Commissäre eigenhändig erlassen Befehlsschreiben den 30. März 1785 ertheilt haben. Einige Beobachtungen den Agramer Bezirk betreffend.« Diese Weisung wurde dem Ministerium gestohlen und von dem berühmten Pamphletisten Grossing abgedruckt.

eines österreichischen König- oder Kaiserreiches, das alle Teile der Monarchie vereinigt hätte, und das Projekt des bayrischen Ländertausches war zweifellos eines der Elemente jener Kombination, die sein Neffe Franz I. späterhin durchführte [1]).

Es ist schwer zu sagen, inwieweit diese Gerüchte auf Wahrheit beruhten. Joseph berührt die Frage in seiner Korrespondenz gar nicht, doch seine innere Politik bestätigt derartige Vermutungen. Er betrachtet sich nicht als König von Böhmen und Ungarn, als Erzherzog von Österreich, als Graf von Tirol usw. und wollte von Rechten und Privilegien einzelner Provinzen nichts wissen, sondern sie unumschränkt als unumschränkter Monarch eines einzigen Reiches regieren. Als er den Thron bestieg, schwor er zwar, die Verfassung in Belgien und Ungarn zu beobachten — doch, wie Szyrmay behauptet [2]), wußte er damals gar nicht, was er unterschrieb, so gebeugt war er durch den Kummer, den ihm der Tod seiner Mutter verursachte, und durch die vielen Sorgen, die sich gleich in den ersten Tagen seiner Regierung von allen

---

[1]) H. A. Relation von Jahn. Le 20 septembre 1783: »Le bruit court que l'Empereur veut ériger l'empire en Royaume et que S. M. aura à l'avenir trois résidences par an: l'une à Vienne, l'autre à Bude, et la troisième à Prague.« Clemens gibt noch genauere Auskünfte und glaubt an die Ausführung des Projektes. (D. A. Clemens à Stutterheim le 1 octobre 1783): »Il est échappé à S. M. dans un entretien confidentiel un propos assez singulier: Elle a dit qu'il y avait une trop grande inégalité dans les provinces autrichiennes quant aux différents points de l'administration; que pour donner à la puissance de l'Autriche toute sa force, il fallait ôter ces distinctions et former un seul Empire sous le nom de Monarchie d'Autriche. S. M. a ajouté qu'elle ne concevait pas, pourquoi le souverain de cette Monarchie ne pouvait pas comme celui de Russie jouir du titre et des prérogatives d'Empereur. Ces idées s'accordent avec les principes que S. M. J. a de tout concentrer sous un point uniforme.« Friedrich II., dem Riedesel diesen Plan mitteilte, zweifelte an der Möglichkeit seiner Ausführung. »Je doute beaucoup que l'Empereur parvienne jamais à réaliser ce projet. L'entreprise avec des provinces aussi éloignées les unes des autres et de constitutions si différentes paraît un peu difficile.« (D. A. Le Roi à Riedesel le 18 octobre 1783.) Es ist charakteristisch, daß schon Joseph I. von seinem »kaiserlich-österreichischen Gemüt« sprach. (Bidermann: »Die Geschichte der österreichischen Gesamtstaatsidee« II, 20.)

[2]) Historia Arcana, § 29.

Seiten an ihn herandrängten. Eine solche Nachlässigkeit stimmt jedoch nicht mit der sonstigen Tatkraft Josephs überein; es möge dem übrigens sein, wie ihm wolle, die Eidesleistung war jedenfalls alles, was er der alten Einrichtung zuliebe tat. Er ließ sich zum Beispiel nirgends krönen und huldigen, trotzdem dies von jeder einzelnen Provinzialverfassung ausdrücklich gefordert wurde. Jedes Jahr ging das Gerücht um, die Krönung in Preßburg oder in Prag werde vor sich gehen [1]), aber die Jahre schwanden hin und weder Krönung noch Huldigung fanden jemals statt. Schon 1782 erklärte Clemens diese Sache für begraben und der boshafte Riedesel vermutete sogar, der Kaiser verschiebe diese Feierlichkeit aus Geiz, da er die Kosten hierfür nicht tragen wolle. Nicht nur ließ sich Joseph nicht krönen, er befahl noch außerdem, alle Regalien aus den einzelnen Teilen der Monarchie nach Wien zu bringen, und diese Regalien sind ein Merkzeichen dafür, wie sich das Reich der Habsburger Stück für Stück, gleich einem Mosaik, zusammensetzte. Die böhmische Krone hielt schon unter Maria Theresia ihren Einzug in Wien; Joseph folgte dem Beispiele seiner Mutter und selbst Ungarn mußte die Krone des heiligen Stephan abliefern, dieses Palladium seiner Freiheit und Unabhängigkeit. Am 5. April 1784 führte die Statthalterei das Gebot des Kaisers aus, indem sie in ihrem Zirkular gehorsam die Motive nannte, die ihr von oberster Stelle angegeben worden waren. Es wurde nämlich darauf hingewiesen, daß die Umwandlung des Preßburger Schlosses in ein Generalseminar eine gebührende Aufbewahrung der nationalen Heiligtümer unmöglich mache.

Diese Maßregel hatte freilich nur eine symbolische Be-

[1]) Gazette d'Utrecht le 22 décembre 1780: On fait déjà des préparatifs à Pressbourg pour le couronnement de l'Empereur en qualité de Roi de Hongrie: — Journal historique et politique du 13 mars 1781: »Le couronnement de l'Empereur comme Roi de Hongrie paraît fixé au 20 du mois de mai.« Esprit des Gazettes du 2 mars 1781: »Il paraît que l'Empereur se rendra à Prague pour s'y faire couronner et que de là S. M. passera à Pressbourg pour le même objet.« Journal historique et politique du 2 février 1783: »On fait en Hongrie toutes les dispositions nécessaires pour le couronnement de l'Empereur qui aura lieu, dit-on, au mois de mai.«

deutung: sie sollte zeigen, welchen Standpunkt der Kaiser dem provinzialen Separatismus überhaupt gegenüber einnehme. Um aber sein eigentliches Ziel zu erreichen, um ein einiges, von patriotischem Geiste durchdrungenes Reich zu schaffen, dazu bedurfte es wirksamerer, praktischerer Mittel. Für das beste hielt Joseph die Germanisierung der ganzen Monarchie. Von Belgien und der Lombardei konnte dabei allerdings nicht die Rede sein: die lateinische Kultur war älter als die deutsche und stand auf gleich hoher Stufe; auch wurzelte sie in den Wallonen und Italienern zu tief, als daß die Germanisierung irgendwelche Aussichten auf Erfolg gehabt hätte. Joseph versuchte daher auch gar nicht, der französischen und italienischen Sprache das Bürgerrecht zu nehmen. Anders standen die Dinge in Ungarn, Polen und in den italienischen Provinzen der adriatischen Küste. Hier spielten die Deutschen zweifellos kulturell die erste Rolle; in politischer Beziehung waren sie ein Kernpunkt des Reiches und sein bedeutendster Machtfaktor; in wirtschaftlicher Hinsicht verfügten sie über große Reichtümer und Handel und Gewerbe lagen fast ganz in ihren Händen. Hier war ein Erfolg möglich und der Kaiser ging eifrig daran, seine Idee zu verwirklichen, ohne sich dabei von historischen Erwägungen beirren zu lassen. Er war nicht der erste, der diese Bahnen wandelte; seine Vorgänger, insbesondere Maria Theresia, hatten dasselbe Ziel verfolgt.

Ungemein schwierig gestalteten sich die Dinge in Ungarn, wo die Habsburger erst zu Ende des XVIII. Jahrhunderts als rechtmäßige Herrscher anerkannt worden waren. Das auf seine Geschichte und seine Traditionen stolze Land mit seiner zahlreichen und eigenartigen Bevölkerung unterwarf sich nicht leicht fremden Einflüssen. Der Streit zwischen der Krone und den Untertanen spitzte sich unter Joseph bis aufs äußerste zu und es fehlte nicht viel zu einem allgemeinen Aufstande. Doch waren solche Zustände nicht neu und fanden mit der Regierung Josephs II. nicht nur kein Ende, sondern bestehen auch noch heute fort. Es handelt sich im wesentlichen darum, ob Ungarn als eine Provinz der habsburgischen Monarchie zu gelten habe, wie Böhmen, Mähren, Tirol usw., oder als selbständiges Reich, das mit den »deutschösterreichischen Erblanden« nur durch

die Person des gemeinsamen Monarchen, durch gemeinsame Repräsentation im Ausland und durch ein gemeinsames Heer verbunden sei. Dieser Zwist ist fast hoffnungslos zu nennen und kann nur durch Blut und Eisen entschieden werden, da beide Teile, und zwar jeder mit einer gewissen Begründung, an ihrem Rechte festhalten. Als die Ungarn den mächtigen Nachbarfürsten zu ihrem Haupte erwählten, verfolgten sie damit einzig und allein nationale Zwecke; sie wollten sich mit seiner Hilfe von der türkischen Gefahr befreien und die von den Osmanen geraubten Gebiete zurückerobern. Als Entgelt hierfür brachten sie dem Monarchen loyale Gefühle entgegen und waren bereit, »Blut und Leben« für die Reichsinteressen zu opfern. Sie taten es auch wirklich, im Bewußtsein der Notwendigkeit; doch wollten sie die Opfer an Geld und Leben nur freiwillig, nicht gezwungen bringen; sie wollten wissen, für welche Zwecke ihre Mittel verwendet, wohin ihre Rekruten verschickt würden, mit einem Wort, sie wollten auch fürder Herren im eigenen Hause bleiben. Die Habsburger hingegen waren als römische Kaiser von den Fragen der internationalen Politik in Anspruch genommen, die ihnen weitaus wichtiger erschienen, als die nationalen und Verfassungsstreitigkeiten an der südlichen Grenze. Sie sahen Ungarn als Vormauer gegen türkische Überfälle und, sobald sich diese Gefahr verringerte, nur als Lieferanten guter Pferde und einigen Geldes für die Staatskasse an. Die Habsburger wollten Ungarn, das vom Standpunkt der internationalen Politik nicht viel galt, zwingen, große Zahlungen zu leisten; sie wollten aus dem Lande möglichst viel Nutzen ziehen, um nur selbst auf dem europäischen Kontinent das Übergewicht zu behalten. Diese falsche Auffassung hatte die Aufstände Bethlen Gabors, Rákóczys, Tökölys zur Folge, die dann mit großen Kosten niedergeworfen wurden und aus denen blutige Bürgerkriege zwischen der kaiserlichen Partei der Labantzen und der patriotischen der Kurutzen entstanden.

Unter Maria Theresia trat eine lange Ruhepause ein. Die Kaiserin und Königin verstand es, die Kräfte des reichen Landes für ihre Zwecke auszunützen, ging hierbei aber so taktvoll vor, daß sie niemand verletzte; sie gewann die Herzen

der Ungarn, die sie ihre Landesmutter nannten und ihr Geld und Soldaten zur Verfügung stellten; ja, sie brachte es sogar zuwege, daß Ungarn kulturell und politisch mit den übrigen habsburgischen Ländern zusammenwirkte. Mit leisem, unhörbarem, aber sicherem Tritt schritt sie auf ihr Ziel los. Sie forderte von den Beamten, welche die umfangreichen Domänen verwalteten, unbedingt die Kenntnis der deutschen Sprache und führte diese in allen Schulen als obligaten Gegenstand ein; die Verordnung vom 20. Juni 1774 suchte alle getreuen Untertanen zu überreden, fleißig das Studium des Deutschen zu betreiben, »da es für den Adel wegen des Zivil- und Militärdienstes, für die Geistlichkeit wegen ihres Verkehrs bei Hofe, für die Kaufleute wegen des Absatzes ihrer Waren von Wichtigkeit war«. Ihre stärkste Waffe war ihre angeborene Sanftmut und Milde, zu der sie auch ihre Getreuen ermahnte[1]). Sie ließ alles durch die Magnaten ausführen, die gering an Zahl, eitel und daher sehr empfänglich für Gunstbezeugungen des Wiener Hofes waren. Man überschüttete sie daher mit Ordensauszeichnungen und Pensionen[2]). Da sie in der österreichischen Hauptstadt lebten, vergaßen sie ihre Muttersprache und ihre rauhen heimischen Sitten und verwandelten sich in geschmeidige, gehorsame Hofleute, deren einziger Wunsch es war, der Kaiserin zu gefallen. Der scharfsinnige Barthélemy durchschaute die theresianische Politik Ungarn gegenüber und lobte ihre Geschicklichkeit[3]). Feßler, der ein eifriger

---

[1]) Arneth: »Briefe Maria Theresias an ihre Kinder und Freunde« II, 346: »Vous traiterez les gens des Comitats, surtout les Edelleute et le Vice-Gespäne bien; on peut tout avec cette nation en la traitant bien et lui marquant de l'affection . . . Quand Vous commencerez à Vous mettre au fait des affaires d'Hongrie, Vous le verrez et Vous serez étonné du parti que j'en ai tiré et tire encore.«

[2]) Arneth: »Die Relationen der Botschafter Venedigs« (Fontes Rerum Austriacarum XXII, 318—320).

[3]) P. A. v. 330 f. 258. Barthélemy à Vergennes le 21 décembre 1776: »La Cour de Vienne regarde toujours la Hongrie comme sa grande ressource pour l'avenir et ne perd pas de vue le projet de la soumettre et de la réduire au pied de ses autres pays héréditaires. Elle y va doucement et avec précaution, parce que cette nation a un caractère de force et d'indocilité qui en impose et qu'elle tient à l'observation de ses

Patriot war, konstatierte betrübt, aber mit gutem Grunde die Erfolge der Germanisierung bei den vornehmen Ungarn und klagte, daß unter Maria Theresia die einstigen guten Sitten verloren gingen [1]). Auch die heutigen ungarischen Staatmänner geben zu, daß sich die nationale Kultur niemals in solcher Gefahr befunden habe, als unter der »gütigen Landesmutter«, »im goldenen Zeitalter der Freiheit und Unabhängigkeit« [2]).

Maria Theresia hatte mit ihrem milden Regime zwar bedeutende Erfolge erzielt, doch wurden diese nicht durch das Gesetz bekräftigt. Die ungarische Sprache befand sich allerdings im Verfall, aber nicht das Deutsche, sondern das mittelalterliche Latein ersetzte sie und galt bei der Thronbesteigung Josephs II. als offizielle Sprache. Joseph wollte, brüsk wie immer und fest überzeugt, daß seine Absichten das Beste anstrebten und daß seine materiellen und moralischen Kräfte unerschöpflich seien, die Frage mit einem Male entscheiden und der zweideutigen Lage ein Ende bereiten. »Der Kaiser«, bemerkt der Verfasser »Babylons«, einer der geistreichsten Pamphletisten jener Zeit, »verfährt geradezu grob; er weckt die Ungarn aus ihrem friedlichen, trägen Schlummer und versetzt ihnen einen Faustschlag ins Gesicht, während sie gerade von dem Herannahen eines goldenen Zeitalters träumen. Man sollte diesen Leuten Mohnkapseln zu kosten geben.« Ein solcher »Faustschlag« war das Dekret vom 18. Mai 1784 [3]), das den Behörden das Deutsche als Amtsprache anbefahl. Alle Beamten der Zentralbehörden hatten es bis zum 1. November 1784, die der Komitate und Städte bis zum 1. November 1785 zu erlernen; ja sogar die Delegaten der Komitatsversammlungen sollten von 1787 an die Debatten in deutscher Sprache führen. Die Beamten, die diesen Anforderungen nicht nachkamen, wurden entlassen und erhielten

---

privilèges avec jalousie. La Cour y porte de temps en temps des atteintes sensibles et lorsqu'elles excitent des plaintes et des murmures, elle a grand soin pour les calmer de laisser courrir le bruit d'une diète.«

[1]) Feßler: »Geschichte der Ungarn« 1878 V, 432, 433.

[2]) Siehe Andrássy: »Ungarns Ausgleich mit Österreich« 1896.

[3]) Vielmals abgedruckt, siehe zum Beispiel bei Groß-Hoffinger: »Lebens- und Regierungsgeschichte Joseph II.« 1836, II, 403—408.

nur eine ihrer Dienstzeit entsprechende Pension. Diese Verfügung wurde »nach reiflicher Überlegung S. M. und in der Überzeugung getroffen, daß sie der ungarischen Nation zum Wohle und zur Ehre gereichen werde. S. M. hat diese Maßregel nicht ausgedacht, um die Muttersprache auszurotten und sie den verschiedenen Nationalitäten zu nehmen, sondern nur, um diejenigen, die sich öffentlicher Tätigkeit widmeten, zu vermögen, deutsch und lateinisch gleich gut zu verstehen und anwenden zu können«. Das war ein schlechter Trost, der der Verordnung hinzugefügt wurde, um die öffentliche Meinung zu beruhigen; die Worte, die das Dokument einleiteten, ließen keinen Zweifel über die wahren Absichten des Kaisers. Sie sprachen es offen aus, daß »der Gebrauch einer toten Sprache für die Geschäftsverhandlungen die niedrige Kultur der Nation beweise«, darum gäbe es auch eine so große Zahl von Analphabeten im Lande. »Es hat gar keinen Sinn, die lateinische Sprache durch die ungarische zu ersetzen, da diese niemals in den slawisch und deutsch sprechenden Teilen des Königreiches allgemeine Verbreitung finden wird. Nur das Deutsche kann zur Führung der Geschäfte in Betracht gezogen werden... Jeder kann sich leicht vorstellen, welcher Vorteil dem allgemeinen Wohl daraus erwachsen muß, daß im ganzen Reiche die gleiche Geschäftssprache herrscht; infolgedessen werden Bande brüderlicher Liebe alle Teile der Monarchie mit einander verknüpfen. Die Franzosen, Engländer und Russen dienen hierfür zum Beweise.«

Die Regierung hielt strenge ihr Programm ein; die Beamten, die das Deutsche nicht erlernten, wurden entlassen; schon 1784 wurden alle Berichte der ungarischen Kanzleien deutsch verfaßt und 1787 verschwand die lateinische Sprache aus allen Zirkularen, die die Statthalterei nach den Komitaten und Städten verschickte. Ja noch mehr, der ungarischen Geistlichkeit wurde befohlen, »ihre Vorstellungen und ihre Rechenschaftsberichte deutsch abzufassen«[1]). Auch die Fabrikanten wurden dazu verhalten, deutsche Ausweise zu bringen[2]). Die Regierung brachte alle Mittel in An-

---

[1]) U. A. Zirkular vom 19. Dezember 1786.

[2]) Ib. Zirkular vom 7. November 1786.

wendung, um den deutschen Einfluß in Ungarn zu befestigen. Im Vordergrunde stand dabei natürlich die Schule, wo der ganze Lehrkörper sowohl[1]) in den Volksschulen als auch in den Gymnasien[2]) der deutschen Sprache mächtig sein mußte; in den Generalseminarien wurden die Kleriker zu deutschen Seelenhirten erzogen und am 14. Januar 1787 wurde sogar für junge Beamte ein Kurs zur Erlernung des »Amtsstiles« auf der Preßburger Universität eröffnet.

Ganz analoge Maßregeln traf man auch in Galizien, wo das polnische Element eine ziemlich einheitliche Macht bildete. Vom ersten Augenblick an trat der Kaiser in dem neu einverleibten Gebiete despotisch auf. Kaunitz und Maria Theresia mahnten zur Milde, aber Joseph und seine Umgebung meinten, »man müsse diese eingefleischten Republikaner unbarmherzig zwingen, sich unter das Joch der absoluten Macht zu beugen«[3]). Deshalb wurde sofort nach der Einverleibung Galiziens die deutsche Sprache bei den administrativen Behörden eingeführt, »da ja die Vorteile, die dem Reiche daraus erwuchsen, daß alle Provinzen durch eine Sprache verbunden waren, keinem Zweifel unterlagen«. Zu diesem Zwecke gab der Kaiser am 1. Dezember 1785 eine Verordnung heraus, welche, wie in Ungarn, das Deutsche als die offizielle Sprache aller Gerichte, Behörden, Beamten und Advokaten erklärte. Inhalt und Geist der Erlasse an Polen und Ungarn decken sich vollkommen, nur sind in der Verfügung vom 18. Mai 1784 die Motive ausführlicher entwickelt. Die Ungarn waren stärker und gefährlicher als die Polen, deshalb schonte man sie mehr. Dennoch kann man die Analogie weiter verfolgen: auch in Lemberg wurden die Lehrstühle der Universität mit deutschen Professoren besetzt (auch Feßler befand sich unter ihnen) und in Galizien wurde der Geistlichkeit empfohlen, die deutsche Sprache zu verbreiten.

Das gleiche Verfahren wurde in Görz und Gradiska eingeführt, wo die italienische Kultur noch unumschränkt herrschte. Selbst auf Böhmen, das längst allen separatistischen

---

[1]) Ib. Zirkular vom 14. Juni 1784.

[2]) Hofdekret vom 22. Februar 1786.

[3]) P. A. v. 327 f. 215. Breteuil à Vergennes le 1 juin 1775.

Bestrebungen entsagt hatte, erstreckte Joseph seine germanisierenden Tendenzen; auch dort »sollten die Schullehrer nach Möglichkeit die deutsche Sprache beherrschen« [1]). Die deutsche Sprache war, mit einem Wort, gleichzeitig Mittel und Symbol, um die einzelnen Provinzen zu einer einheitlich regierten Monarchie zusammenzufassen und umzugestalten.

Dennoch war Joseph nicht im modernen Sinn ein Germanisator, wie dies zum Beispiel heute die Preußen in Posen, Holstein und Elsaß sind. Er liebte wohl die deutsche Sprache und Kultur, wußte sie und ihre Fortschritte zu schätzen und wandte sich nicht, gleich Friedrich II., verächtlich von ihr ab. Doch von da bis zu fanatischem Nationalismus war es noch weit und man konnte einen solchen schwer von einem Monarchen erwarten, in dessen Reiche so viele Zungen und Rassen vertreten waren und der mit seinen nächsten Angehörigen französisch korrespondierte. Er verfolgte mit seinen Erlassen nicht nationale, sondern rein politische Zwecke; er glaubte dadurch, den separatistischen Bestrebungen ein Ziel zu setzen, die Verwaltung und das Gerichtswesen zu vereinfachen und den Wohlstand der Untertanen zu fördern. Er wollte gar nicht die nationale Kultur der einzelnen unter seinem Zepter befindlichen Völker vernichten; in dieser Beziehung sagen die Schlußworte des Erlasses vom 18. Mai 1784 nur die Wahrheit. Ihm war es im Grunde genommen wirklich gleichgültig, in welcher Sprache die Ungarn und Siebenbürger im Privatleben miteinander verkehrten.

Daß es sich ihm um die Germanisierung an und für sich nicht handelte, beweist der Umstand, daß er gar keinen Rassenhaß gegen irgend einen ihm untergebenen Volksstamm empfand. Er sprach im Gegenteil gern, soweit seine Kenntnisse ausreichten, mit den böhmischen Bauern tschechisch und auf der Wiener Universität gab es einen tschechischen Lehrstuhl. Italien war sein Lieblingsland; er redete die Veroneser, zur großen Beschämung und Angst der Venezianer, beim Abschied mit »patrioti« an; die italienischen Dichter waren die einzigen, die er las, dabei hatte er aber auch von den

---

[1]) Gubernialverordnung für Böhmen vom 20. September 1788

Fähigkeiten der Ungarn eine hohe Meinung[1]). Er hielt es auch nicht für nötig, die Germanisierung mit Hilfe der offiziellen Kulturträger, der Beamten, durchzuführen. Bei der Ernennung der Vizegespane hatten die »Oberkommissäre« darauf zu achten, »ob der Kandidat in Ungarn oder in einem zum Königreich gehörigen Lande geboren sei«[2]). Die »Oberkommissäre« selbst — diese Nestlinge in dem administrativen, josephinischen Reformwerk — waren alle ungarischer Abstammung, wie man aus ihren Namen ersehen kann[3]). Charakteristisch ist auch der Umstand, daß die lokalen Mundarten der Wallachen, Griechen, Armenier, Slowaken, Kroaten, Serben usw. aus den Statthaltereizirkularen ebensowenig verschwanden, wie die aus dem Deutschen ins Tschechische und Polnische übersetzten Vorschriften aus den »Gubernialverordnungen« in Böhmen und Galizien. Die Regierung erkannte die Berechtigung der lokalen Mundarten an und befahl nur »den deutschen Text als grundlegend zu betrachten, für den Fall, als sich in die Übersetzung Fehler oder Unklarheiten einschlichen«[4]). Auf den offiziellen geographischen Landkarten waren die Ortschaften in zwei Sprachen verzeichnet, was in den heutigen nationalistischen Staaten ganz undenkbar wäre, und zwar gerade in Ungarn, wo sogar die Benennung der

---

[1]) Verbesserungsanstalten für das K. Ungarn. Den Großwardeiner Bezirk betreffend, § 14: »Die wahren Ungarn sind immer als die vorzüglichsten zum Militärstand von allen Regimentern gesucht . . . Sie sind von einem aufgeweckten Geiste und wenn sie gut und nicht knechtisch geleitet werden und durch Schulen ihre Aufklärung erfolgt, so kann man von diesen Menschen sehr geschwind vielen Fortgang verhoffen.«

[2]) U. A. Kanzleiarchiv Nr. 5996: »A. h. Resolution zur a. u. Nota die a. h. zu ertheilende Begnehmigung über einige von den k. Commissarien annoch gemachte Erinnerungen betreffend. Den 5. März 1785.«

[3]) U. A. Circularia Impressa. Anhang zum Erlasse vom 2. März 1785: 1. Ürményi, 2. Szent-Iványi, 3. Révay, 4. Teleky, 5. Bakó, 6. Majlath, 7. Györy, 8. Jankovicz, 9. Széchényi usw. In Galizien befolgte er dieselbe Politik: »Pour Dieu, qu'on ne pense plus d'envoyer des Allemands ici et qu'on . . . laisse choisi parmi la noblesse du pays; l'on sera sûrement mieux servi, mais cela ne conviendra pas à ces messieurs de Vienne qui veulent placer leurs protégés.« (Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« III, 243.)

[4]) U. A. Zirkular vom 28. August 1786.

Straßen und Plätze Anlaß zu hartnäckigen Streitereien, ja sogar zu Unruhen gibt. Gleichzeitig mit den lokalen Mundarten wird in den Zirkularen, wenn nötig, auch die ungarische Sprache angewendet, zum Beispiel, sobald es sich um die Angelegenheiten der Bauern in ausschließlich ungarischen Ortschaften handelt. Eigentlich kam nur die lateinische Sprache zu kurz, die in der offiziellen Geschäftsführung außer Gebrauch kam, und der jüdische Jargon, den Joseph ohnedies nicht leiden mochte; er fand ihn »doppelsinnig, wodurch er immer Mißverständnis und Streit hervorrufe«; außerdem überzeugte sich der Monarch auf seinen Reisen, daß »die Juden ohne Ausnahme deutsch konnten« [1]).

Man kann nicht mit Bestimmtheit sagen, ob Joseph bei der Durchführung seiner Reformen sich zielbewußt auf slawische und andere nicht-ungarische Elemente gestützt habe. Sicher ist, daß man diese Absicht weder in seinen Briefen noch in seinen Erlassen und Entschließungen ausgesprochen findet; es bestand damals auch noch nicht jener Kampf, der eine derartige politische Kombination notwendig gemacht hätte; dies blieb der Zukunft vorbehalten, in der die österreichischen Herrscher die Devise »divide et impera« so klug anzuwenden wußten. Das XVIII. Jahrhundert war nicht eine Epoche des wilden, aggressiven Nationalismus; besonders in Ungarn weckte ihn erst das Reformwerk Josephs, der es für unnötig hielt und es wie immer vermied, sich Bundesgenossen unter seinen Untertanen zu suchen. Trotzdem erwies er sich stets als Beschützer der unterdrückten Nationalitäten, zum Beispiel der Wallachen, deren Lage allerdings höchst beklagenswert war. Sie standen unter der Gewalt der andersgläubigen ungarischen Gutsbesitzer und erfuhren eine womöglich noch ärgere Behandlung als die Leibeigenen in Polen. »Der wallachische Pöbel ist bar aller sittlichen Grundsätze und hat keinen Begriff von Wahrheitsliebe; seine Erziehung ist von Grund aus verderbt und weder er noch seine Popen kennen auch nur die primitivsten Grundlagen christlicher Moral. Die Wallachen glauben, es sei eine größere Sünde, nicht zu

---

[1]) U. A. Zirkular vom 27. März 1787.

fasten, als einen Menschen zu töten, und halten sich durch einen Eid nur dann für gebunden, wenn sie ihn freiwillig gegeben haben; sie meinen daher, es sei erlaubt, dem Schwur, den sie der Gewalt geleistet, untreu zu werden. Bei Vollführung eines Verbrechens fürchten sie bloß die irdische, nicht die himmlische Strafe. Die Feiertage nützen sie nur dazu aus, die Arbeit von sich zu werfen, nicht aber ihre bösen Gedanken . . . Darum muß man den Wallachen eine feste, unerbittlich strenge Hand fühlen lassen und bei jedem kleinsten Fehler nicht Humanität gegen sie üben, sondern sie hängen oder vierteilen« [1]). Diese Methode wurde stets praktisch angewendet und als Joseph auf seinen häufigen Reisen durch Ungarn Augenzeuge dieser Zustände wurde, hielt er es für nötig einzugreifen. Auch er hegte keine hohe Meinung von der Sittenstärke der Wallachen; er erkannte an, daß sie »roh, wankelmütig, diebisch« waren; dennoch fand er, man müsse den »Klagen dieser Nation Gehör verleihen«, und er sah das Mittel, sie zu lenken, nicht in Knute und Pranger, sondern »in guten Schulen, in hinreichender Bildung und in Glaubensduldung« [2]). Auch »die Serben und Griechen sollten Schutz vor jeder Art von Unterdrückung finden, da sie wahrhaft nützliche Handelsbeziehungen anzuknüpfen wußten«. Es wurde also den Kronbeamten eindringlich empfohlen, »die Magistrate zur Mäßigung und Zurückhaltung zu ermahnen«. Wie wir sehen, will die Politik Josephs nicht eine Völkerschaft gegen die andere aufhetzen; er wünscht bloß, gehorsame, reiche, fleißige Untertanen zu haben; die ungarische Nation als solche wurde in seinem Reiche nicht aus vorgefaßter Absicht verfolgt.

---

[1]) Species facti de lanienis per gentem Valachorum in Inclyto Comitatu Hunyad cum Zarad unito anno 1784 sub decursu mensis Novembris commissis Commissario Regio Comiti a Jankowicz exhibita de 24 Decembri 1784.« Ein offizielles Dokument, von den Komitatsmächten unterschrieben. Abgedruckt in der »Collectio ordinationum Josephi II.«.

[2]) »Verbesserungsanstalten für das Königreich Ungarn . . . den Temesvárer Bezirk betreffend, § 12.« Cf. »Mémoires de ma vie« II, 15: »Le caractère de cette nation paraît néansmoins ouvert et il semble qu'il ne lui manque qu'une meilleure éducation pour en tirer parti.« Wir dürfen nicht vergessen, daß Herzog Albert 15 Jahre Palatin in Ungarn war und gleich Joseph das Land oft bereiste.

IV.

Polizeiorganisation unter Joseph II.; persönliche Freiheit; Spionagesystem; Amtsgeheimnis. Bureaukratie unter Maria Theresia und Joseph II.; Josephs II. Verhältnis zu den Ministern und zum Staatsrat. Verwaltung. Zentralbehörden. Gubernialbehörden und Kreishauptmannschaften in den deutschen Erblanden, königliche Kommissäre und Vizegespane in Ungarn; Intendanten in den belgischen Provinzen.

Josephs Tätigkeit war nicht bloß die eines »Schuttkärrners« und er wollte nicht nur zerstören, sondern auch aufbauen, über den Trümmern des alten Gebäudes ein neues errichten und dieses stolze Gebäude war die große Kanzlei, in die er alle seine Untertanen zu sperren wünschte. Das »Papierregiment« ist keine neue Erscheinung. »Die göttliche Hierarchie« Konstantins war seine Ahnenmutter; Philipp II. wendete es in großem Maßstab im modernen Staat an [1]); die französischen Könige vervollkommneten es und Friedrich Wilhelm I. und sein Sohn brachten es darin zur Virtuosität. Das XVIII. Jahrhundert war das Jahrhundert der Bureaukratie κατ' ἐξοχήν; die Krone wurde ihr vom Haupte gerissen, als im Westen die absolute Monarchie durch die konstitutionelle ersetzt wurde, und selbst in Frankreich geriet dieses System nach der napoleonischen Epoche in Verfall, weil es mit den unumschränkten Monarchen und den unverantwortlichen Ministern seiner Haupttriebfedern beraubt worden war. Joseph erfand in dieser Richtung nichts Neues: er übertrug nur alte Wurzeln in eine neue Erde und sie trieben begünstigt durch die eigenartigen Verhältnisse der habsburgischen Monarchie, die üppigsten Blüten.

Im Vordergrunde des Planes stand natürlich die Organisation der Polizei. Schon unter Maria Theresia spielte diese Behörde unter der Leitung so tatkräftiger Männer wie Seilern und Herberstein eine hervorragende Rolle in der Verwaltung des Landes. Nach der offiziellen Lehre Sonnenfels' fiel in die Kompetenz der Polizei »die Aufrechterhaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit, die Sorge für die Richtigkeit der Maße

---

[1]) Siehe die musterhafte Parallele, die Lorenz in seinem Werke: »Joseph II. und die belgische Revolution« 1862, entwirft.

und Gewichte für den Handel auf den Märkten, für die Reinlichkeit der städtischen Straßen, für die Hilfeleistung bei Unglücksfällen; ferner besaß sie das Recht in Fällen, wo periculum in mora war, Verfügungen zu treffen«. Einige Funktionen der Polizei waren so klar ausgesprochen, daß es nichts daran zu deuteln gab, aber der erste und letzte Artikel der polizeilichen Bestimmungen ließen der administrativen Oberaufsicht ein weites Feld. Man braucht nur an die bekannte »Keuschheitskommission«, die sich in die intimsten Angelegenheiten mischte, oder an die Verbote der Kaiserin, sich zu schminken, oder daran zu denken, daß jeder unbedingt einen Beichtzettel besitzen mußte, um sich zu überzeugen, daß schon Maria Theresia es notwendig fand, in mütterlicher Fürsorge das lockere Leben ihrer Untertanen, die sie als ihre Kinder betrachtete, in Schranken zu halten.

Unter Joseph erhielt die Polizei eine gleichartige, harmonischere Ausbildung; sie wurde im ganzen Lande nach dem Beispiele Wiens organisiert. In jeder noch so kleinen Stadt entwickelten die Polizeikommissäre eine umfangreiche und mannigfaltige Tätigkeit. Sie sollten »die Einwohner nicht behelligen, sondern unterstützen«, und hatten darauf zu sehen, daß Unglücksfälle vermieden würden, daß die Untertanen die Gesetze befolgten, daß ihr Leben und Vermögen gesichert bleibe; ferner hatten sie Straßenskandale zu verhüten und der Faulheit zu steuern; »überhaupt sollten sie alles, was dem öffentlichen Wohle im Wege stand, hintanhalten« [1]). Durch die traurigen Erfahrungen seiner Mutter belehrt, guckte Joseph nicht hinter alle Türen und erforschte nicht die inneren Überzeugungen seiner Untertanen; dafür unterwarf er jede Äußerung von Gefühlen und Wünschen der strengsten Beurteilung; sie waren etwas Konkretes, Reales und konnten also irgendwie auf das allgemeine Wohl zurückwirken. Die Anekdoten, die über Joseph im Umlauf sind, können nicht genug von der persönlichen Einmischung des Kaisers in Vorkommnisse, die sich auf der Straße zutrugen und auch nur im geringsten die Ordnung störten, erzählen; heute be-

---

[1]) Gubernialverordnung für Steiermark, den 31. Mai 1786.

faßt sich mit solchen Dingen nur der Polizeikommissär. Damals aber wurden allerhöchste Entschließungen darüber hinausgegeben, daß auf öffentlichen Plätzen nicht gelärmt werden dürfe[1]) oder daß Messing-, nicht Kupferlampen für Laternen verwendet werden sollten. Jeder Schritt eines jeden Stadtbewohners wurde sorgfältig überwacht; die Regierung sah sich für alles vor, was sie verbieten oder erlauben konnte, und die Polizei hatte die Pflicht, auf eine sehr genaue Befolgung aller Verordnungen zu sehen. Auf jedes Wort wurde gehorcht, um es an entsprechender Stelle zu melden. Zahlreiche Spione und Provokatoren zogen im ganzen Lande umher[2]) und wer sich ihnen anvertraute, mußte es bald bitter bereuen[3]).

Immerhin kann man annehmen, daß die Reden schon sehr kühn sein mußten, um dem, der sie wagte, Schaden zu bringen. Wenigstens bekundet ein Augenzeuge, der in Preußen

---

[1]) Hofresolution vom 1. August 1781: »Das muthwillige Schreien und Händeklatschen auf der Gasse ist bey angemessener Strafe jedermann ohne Rücksicht verboten.«

[2]) B. A. Riedesel au Roi le 7 février 1781: »L'Empereur répand un grand nombre d'espions dans les villes pour être instruit de tout ce que l'on dit dans le public à son sujet.«

[3]) Gazette des Deux-Ponts: »Quant aux raisonnements indiscrets, on y a pourvu en établissant dans toutes les maisons publiques des espions, qui les dénoncent à la police, dont s'ensuit l'emprisonnement, quand les propos le méritent.« Diese Nachrichten sind offiziell bestätigt. Siehe zum Beispiel Präsidiale an sämtliche k. Kommissäre den 28. Juni 1789 (W. A. Polizey-Acten v. X., mit der Unterschrift des Grafen Palffy, des obersten ungarischen Kanzlers): »Die wiederholten Anzeigen, welche hierher gelangen von verdächtigen Reden im Lande, bösem Willen und übler Stimmung der Gemüte, selbst von verdächtigen Rüstungen . . . sind von solcher Wichtigkeit, daß sie in jeder Rücksicht die strengste Aufmerksamkeit erheischen. Deswegen sehe ich mich genötigt . . . selbst auf A. h. Befehl E. Ex. mitzugeben, sowohl durch sich selbst, als auch durch die Vice-Gespäne und Richter unter strenger Dafürhaltung in Geheim und ohne einiges Aufsehen zu erwecken, auf die Gesinnungen einer jeden Volksclasse und auf die wahrzunehmenden Äußerungen oder bedenklichen Vorgänge der Angesehenen darunter mit doppelter Aufsicht zu wachen, und wenn etwas, woraus dem Staate und der Landesverwaltung Nachtheiliges entstehen könnte, wahrgenommen würde, davon unverzüglich genaue und umständliche Nachricht in Geheim dem Judex Curiae zu geben und im Erfordernisfalle selbst unmittelbar wohlüberlegte und behutsame Vorkehrungen allsogleich einzuleiten.«

lebte und das alte Regime ebenso kannte wie den jakobinischen »Zivismus«, nirgends, nicht einmal in England, habe man so frei über Politik und Staatsangelegenheiten reden dürfen wie in Österreich. »Dank der Ungezwungenheit, die in Wien herrscht, läßt es sich für den Fremden nirgends angenehmer leben, wie dort« [1]).

So war es auch in der Tat. Die russischen Botschafter Galitzin und Rasumowsky, der sächsische Gesandte Pezold, der französische chargé d'affaires Durand, der Spanier Aguilar konnten sich von ihrem geliebten Wien kaum trennen; dafür fühlten sich die Einheimischen weniger wohl; rügte man sie auch ob ihrer Reden nicht [2]), so strafte man um so unbarmherziger jedes, auch das kleinste, Vergehen. Der Kaiser hielt es — unbeugsam streng und »dem allgemeinen Wohle fanatisch ergeben« (dies sind seine eigenen Worte in einem Brief an Leopold) — für seine heilige Pflicht, diejenigen bloßzustellen und zu verfolgen, die dem Staate schädlich waren. Mit diesem Ziel im Auge mußten dem Denunziantensystem die weitgehendsten Rechte eingeräumt werden. Es geschah alles, um dazu passende Leute zu finden: der Verbrecher, der seinen Mitschuldigen preisgab, wurde nicht nur begnadigt, sondern erhielt Geld als Belohnung; der Beamte, der seinen Kollegen anzeigte, durfte sicher auf Beförderung hoffen [3]); der Private, der die Polizei von irgend einem Verbrechen benachrichtigte, erhielt das konfiszierte Vermögen des Delinquenten;

---

[1]) »Beitrag zur Charakteristik und Regierungs-Geschichte Josephs II., Leopolds II. und Franz' II.« Paris. Jahr VIII der Französischen Republik. S. 38.

[2]) Präsidiale etc. l. cit.: »Im übrigen fordert es Pflicht, Klugheit und Menschlichkeit, daß Leute, bei denen vielmehr Trieb zu eiteln Prahlereyen und Unbesonnenheit im Reden, als wirklich böser Wille und Entschlossenheit zur Meuterey wahrgenommen werden dürfte, ernstlich gewarnt und zurechte gewiesen werden.«

[3]) Hofdekret vom 22. Juni 1786: »Jeder untergeordnete k. Kanzleybeamte, der etwa eine vorhergehende Verheelung, Unrichtigkeit, oder sonst eine zum Nachteile des A. h. Dienstes unterlaufende Ungebühr anzeigt, wird bei wahrhaft und richtig befundener Angabe nach Wichtigkeit des Gegenstandes eine angemessene Belohnung zu gewärtigen haben, und wegen dieser genauen Pflichterfüllung mit Gnaden von S. M. angesehen werden.«

sogar anonyme Anzeigen wurden von Gesetzes wegen berücksichtigt[1]).

Am strengsten beobachtete man Amtspersonen; denn in ihren Händen befanden sich ja die Staatsgeheimnisse; diese zu verraten galt als größtes Verbrechen; das Amtsgeheimnis war ein fundamentaler Grundsatz in der Administration des alten Polizeistaates. Die umfassendsten Maßregeln wurden getroffen, um zu verhindern, daß die Absichten der Regierung zu früh in die Öffentlichkeit drangen[2]). So wurde zum Beispiel vor der Herausgabe eines so harmlosen Buches, wie der Statuten des neuen Gerichtsverfahrens, vor der Trattnerschen Druckerei eine militärische Wache aufgestellt[3]). Wenn Beamte es sich einfallen ließen, Unbeteiligten etwas über den Verlauf behördlicher Sitzungen zu erzählen, so konnten sie einer harten Strafe gewärtig sein[4]). Sowohl die Berichte der Diplomaten als auch die Zeitungsspalten erzählen lange Geschichten darüber, wie einst der Kaiser seinen Lieblingssekretär Günther in ein entlegenes Nest verbannte, weil er in einem Augenblicke der Offenherzigkeit einer hübschen Berliner Jüdin, in die er verliebt war, von den Absichten seines Monarchen erzählt hatte; und doch wurden diese Absichten schon nach wenigen Tagen veröffentlicht. Das Publikum sollte aber nicht wissen, was ihm bevorstand; die väterlich sorgsame Regierung

---

[1]) Patent vom 20. November 1783.

[2]) Mirabeau: »De la Monarchie Prussienne« VI, 339: »Il est encore des états où l'on voile tout d'un grand secret.«

[3]) D. A. Clemens an Stutterheim den 2. Mai 1781. So erzählt auch Gräffer, daß einige Personen schwer darunter litten, daß sie vor der Zeit das Militärreglement bekannt machten. (Gräffer: Josephinische Curiosa V, 123.)

[4]) Hofdekret vom 27. Mai 1785: »Da S. M. mit Unzufriedenheit vernommen, daß die Stellen sich den Amtseid über die Geheimhaltung dessen, was in der Rathsversammlung vorkommt, nicht allerdings gegenwärtig halten . . . so wird das gesammte Kanzleypersonal der schuldigen Verschwiegenheit . . . noch einmal alles Ernstes erinnert, den Herrn Präsidenten aber anbefohlen, hierauf mit aller Aufmerksamkeit wachsam zu sein und bei Entdeckung der Übertretung den Schuldigen ohne alle Schonung an die höchste Behörde anzuzeigen, damit selber, als ein pflichtwidriger Beamter mit aller Strenge zur Verantwortung und Strafe gezogen werden möge.«

ordnete von selbst alles aufs beste und trug kein Verlangen nach dem Urteil der öffentlichen Meinung.

Innerhalb dieses Rahmens war Josephs administrative Einrichtung so harmonisch und abgerundet, daß sie sogar der damals mustergültigen preußischen Verwaltung den Rang streitig machte. Maria Theresia hatte den Entwurf geliefert. Unter ihr wurde der Staatsrat gegründet, die Kompetenz einiger Ministerien vermindert, die Provinzialbehörden wurden den zentralen untergeordnet und jeder Selbständigkeit beraubt. Die verschiedenen Kronbeamten ersetzten die früheren ständischen Behörden; sie waren, da sie in der hierarchischen Rangordnung zu höheren Würden aufstiegen, einer strengen Disziplin unterworfen. In der sehr umfassenden Geschäftsführung herrschte nunmehr Ordnung und Genauigkeit; auf den Akten war sowohl der Tag des Einlaufes als der Erledigung verzeichnet, Journale wurden eingeführt und jährliche Rechenschaftsberichte verfaßt. Die Zentralisation wurde zum administrativen Grundsatze der absoluten Monarchie und die schriftliche Geschäftsführung zu ihrem vorzüglichsten Werkzeuge [1]).

Joseph ging in dieser Richtung noch weiter. Einer der damaligen Publizisten formulierte des Kaisers administratives Ideal sehr genau: »Er will buchstäblich seinen Staat in eine Maschine verwandeln, die nur allein sein Wille zu beseelen hat . . . Man muß zugeben, daß eine solche Staatsmaschine, vorausgesetzt, daß alle ihre Schrauben und Ringe richtig funktionieren, um so zweckmäßiger und dauerhafter sich erweisen wird, je geringer an innerer Kraft die einzelnen Teile sind« [2]). Der alleinige Wille des Kaisers war allerdings die Triebfeder, die allem den Schwung und die Richtung verlieh; er war das Haupt, die Beamten, auch die höchsten, nur die beweglichen Glieder; der Kabinettssekretäre zu geschweigen, die trotz ihrer wichtigen Stellung nur »das Kiel in den

[1]) Über die Einzelheiten der administrativen Reform Maria Theresias siehe Beer: »Zur Finanzverwaltung Österreichs.« (Mitteilungen des Instituts für österr. Geschichte, XV. Bd, I. Heft.)

[2]) »Briefe eines reisenden Franzosen über Deutschland an seinen Bruder. Zu Paris übersetzt von K. R.« 2 Bde. 1783, I, 300.

Händen der Schnellschreiber« waren. Man konnte nicht einmal die Minister unabhängig nennen. »Vorschlagen«, »melden«, »ausführen« — darauf beschränkte sich ihre ganze Wirksamkeit, während alle Entscheidung beim Kaiser lag, der über die unbedeutendsten Dinge unterrichtet zu werden verlangte. Allgemein herrschte die Ansicht, »der Kaiser betrachte seine Minister nicht als Freunde, sondern als Untergebene und Diener«[1]). Seine Audienzen im Kontrollorgang, zu denen jeder, ohne Unterschied der Stellung, Zutritt hatte, sind mit Recht berühmt geworden. Katharina II., die auch zu arbeiten verstand und ihre Rechte nicht weniger eifersüchtig als Joseph wahrte, tadelte sogar ein wenig diese Seite der Tätigkeit ihres Freundes und nannte sie unvernünftig: »Er ruiniert sich mit diesen ewigen Audienzen« schrieb sie an Grimm[2]). Auch Kaunitz versicherte dem französischen Botschafter, »der Kaiser habe die ganze Maschine derart konstruiert, daß er sie allein lenke und daher alles in dem Moment still stehen müßte, sobald ihm die Kraft versage, die ungeheure Arbeit zu bewältigen«[3]). Leute, die dem Kaiser nicht gut gesinnt waren, nannten ihn deshalb einen Despoten. Barthélemy fand, »der Monarch wolle alles selbst sehen und tun, berate sich mit niemand, vertraue sich keinem seiner Minister an, lasse alle Schicklichkeit, alle Gesetzmäßigkeit außer acht«[4]). Barthélemy übertrieb zweifellos. Wenn Joseph auch alles selbstherrlich entschied, so beriet er sich doch oft mit seinen Ministern. Er liebte es, »über alles die Wahrheit zu hören«, wie er vollkommen aufrichtig an Leopold schrieb[5]), aber mochte er sie auch hören, so viel er wollte, er handelte doch nur nach seinem Ermessen. Der Kaiser war und blieb der Mittelpunkt der Verwaltung, in dem sich alles vereinigte und von dem alles, ohne Kontrolle und Verantwortung, ausging. Die Einrichtung, die in Frankreich herrschte, wo die Minister trotz der absoluten Macht des Monarchen eine hervorragende

---

[1]) Unwahrscheinlichkeiten 1785, § 1.
[2]) Brief vom 16. September 1795.
[3]) P. A. v. 356 f. 225. Noailles à Montmorin le 25 mars 1789.
[4]) P. A. v. 346 f. 349. Barthélemy à Vergennes le 12 septembre 1783.
[5]) Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« II, 124.

Rolle spielten und der ganzen Politik Ton und Richtung angaben, erschien Joseph unvereinbar mit der königlichen Würde und er hieß sie kurz und bündig »Knechtschaft« [1]. Erst in seinen letzten Lebenstagen, als Körper und Seele den Dienst versagten und der Wille sich nicht mehr kraftvoll geltend machen konnte, setzte er ein Ministerkomitee ein, dessen Entscheidungen er sich zerknirscht unterordnete. »Er wagte nun nicht mehr, seine Meinung zu haben, denn es fehlte ihm die Kraft, sie aufrecht zu erhalten und sie bei den Ministern durchzusetzen« [2]. So war es aber nur in der allerletzten Zeit. Sein ganzes übriges Leben hindurch war er stets der Herr seiner Diener geblieben.

Bei der Ausführung seiner Befehle hingegen ließ er seinen Agenten freien Spielraum. Um die Tätigkeit der Minister nicht einzudämmen, ward ihnen fast unumschränkte Macht über ihre Untergebenen verliehen [3]. Die Kompetenz des Staatsrates, den Maria Theresia ins Leben gerufen hatte, wurde tatsächlich außerordentlich eingeschränkt. Es wurden ihm durchaus nicht alle Fragen zur Beurteilung unterbreitet und Joseph nahm meistens auf seine Meinung gar keine Rücksicht; die Schriftstücke zirkulierten dort zu lange und legten den kaiserlichen Entschließungen nur einen Hemmschuh an [4]. Joseph brauchte den Staatsrat nicht, denn er hoffte, auch ohne ihn, mit Hilfe der gewohnten administrativen Hierarchie, die Verwaltung ordnungsgemäß führen zu können. »Das Projekt S. M.«, bemerkt richtig Clemens, »besteht darin, Ordnung, Strenge und Genauigkeit in den Provinzialbehörden einzuführen, die Tätigkeit der zentralen Behörden zu befestigen und zu verstärken, die Zahl der überflüssigen Departements und untauglichen Beamten zu vermindern und bei diesen Veränderungen möglichst viele Ersparnisse zu machen« [5].

Das administrative Zentralorgan blieb, wie unter Maria Theresia, »die k. k. vereinigte böhmisch-österreichische Hof-

---

[1]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« II, 133.
[2]) Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« II, 312.
[3]) Siehe zum Beispiel Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« III, 342.
[4]) Siehe Hock-Bidermann: Der Österreichische Staatsrat 1789, 99—101.
[5]) D. A. Clemens an Stutterheim den 6. Mai 1782.

kanzlei« für die deutsch-österreichischen Erblande, die ungarisch-siebenbürgische Hofkanzlei für Ungarn und Siebenbürgen und die Staatskanzlei für die Lombardei und Belgien. Nur Kaunitz, dem seine große Autorität verblieb, verstand es, bei sich die alten Gewohnheiten aufrecht zu erhalten; die anderen Ministerien jedoch erfuhren die dem zentralistischen System entsprechenden Veränderungen. Die böhmisch-österreichische Hofkanzlei verwaltete von 1782 an alle inneren Angelegenheiten, die nicht das Gerichtswesen und das Militär betrafen. Das alte Directorium in publicis et cameralibus, das 1749 eingesetzt und 1762 wegen der Verwirrung, die es in vielen Sachen anrichtete, abgeschafft worden war, erlebte im wesentlichen eine Auferstehung. An seiner Spitze stand der Oberste Kanzler mit seinen Hilfsbeamten — dem Kanzler und dem Vizekanzler. Unter ihnen dienten 18 Räte (unter Maria Theresia waren es 37), die die Berichte je nach ihrem Inhalt und den Provinzen, aus denen sie kamen, unter sich verteilten. In der Kanzlei saß ein großer Staat niedriger Beamter — Sekretäre, Registratoren, Konzipisten, Schreiber — deren Ernennung und Entlassung vollständig von der höchsten Obrigkeit abhing. Aus allen Provinzen wurden Berichte in die Kanzlei geschickt, die der Referent anmeldete und der Durchsicht der Ratsversammlung vorlegte; dann wurden sie, mit der Unterschrift eines Kanzleibeamten versehen, dem Kaiser zur Entscheidung unterbreitet [1]). Zur Vollstreckung des allerhöchsten Willens wurde den Provinzialbehörden ein eigenes Schriftstück ad hoc eingesandt, dem die wörtliche Abschrift der kaiserlichen Entschließung beigelegt wurde. Dasselbe Verfahren fand auch in Ungarn und in den siebenbürgischen Kanzleien statt, die schon vom 11. August 1782 angefangen in eine einzige ungarisch-siebenbürgische unter dem Vorsitze der Obersten Kanzlei verschmolzen wurde. Je mehr die Zahl der zentralen Behörden abnahm, desto mehr wuchs die der leitenden Persönlichkeiten an und dies erleichterte dem Kaiser die Kontrolle.

---

[1]) »Übrigens ruht alles in E. M. a. h. Händen«, das war die gewohnte Schlußformel jedes alleruntertänigsten Berichtes.

In der Lombardei und in den Niederlanden blieb alles beim alten. Das Ministerium leitete die Angelegenheiten in höchster Instanz und der Vertreter der obersten Gewalt war der Generalgouverneur. Diesem kam das Recht zu, Erlasse herauszugeben, Amtspersonen zu ernennen und die Stände zu berufen; ihm oblag auch die Überwachung über die ganze Administration und der Oberbefehl über die lokalen Truppen. So wollten es das Gesetz und die Gewohnheit; die umfassenden Vollmachten und die unabhängige Stellung der Statthalter widersprachen aber dem Geiste des josephinischen Bureaukratismus; so mußten sie sich denn mit der Repräsentation nach außen begnügen. In seiner Weisung vom 6. März 1781 erinnerte sie Joseph in scharfen Worten daran[1]). Die ausübende Macht wurde tatsächlich in die Hände des bevollmächtigten Ministers gelegt, der den Statthalter, sobald dieser abwesend war, vertrat und der kaiserlichen Kanzlei über alles Bericht erstattete. Der Geheime, der Staats- und der Finanzrat wurden zu einer einzigen Behörde verschmolzen. Die Statthalterei in Pest, der königliche Rat in Brüssel und die giunta reale in Mailand waren ganz analoge Einrichtungen. Der Kaiser wollte nicht das geringste von einer Unabhängigkeit der einzelnen Teile der Monarchie wissen; sie sollten alle, als Provinzen desselben Reiches, derselben Macht untertan sein und in der gleichen Weise und Form regiert werden.

Am deutlichsten trat dieses Bestreben bei der neuen Einteilung der Monarchie in Provinzen zutage. In den deutschösterreichischen Erblanden gab es hinfort nur acht, dabei wurde Schlesien mit Mähren, Görz und Gradiska mit Triest, die Bukowina mit Galizien, Kärnten und Krain mit Steiermark unter der gemeinsamen Benennung »Innerösterreich« vereinigt; alles das, »um engere Bande zu schaffen und die administrative Geschäftsführung zu vereinfachen«[2]). Mit anderen Worten, der Grundsatz der Zentralisation wurde auch hier, ungeachtet aller historischen Traditionen und ohne Rücksicht

---

[1]) Schlitter: »Die Regierung Josephs II. in den Niederlanden.« Wien 1900. I, 168.

[2]) Hofdekret vom 2. Juni 1783.

auf den Lokalpatriotismus der Bevölkerung, angewendet. Das Programm, das Clemens so gut charakterisierte, wurde genau durchgeführt; auch der Sparsamkeit diente es, da es weniger kostete, acht Statthalterschaften als wie früher dreizehn zu unterhalten. An der Spitze jeder Provinz stand der Gouverneur mit dem ihm untergebenen Landesgubernium, das in den Provinzen dieselbe Bedeutung hatte, wie im Reiche die böhmisch-österreichische Hofkanzlei. Polizei, Administration, Steuereinsammlung, Handel, Gewerbe, Aufsicht über die Beziehungen zwischen den Bauern und Gutsbesitzern, über die städtische Ordnung, die kirchliche Disziplin, die Wohlfahrtseinrichtungen, die Schule und Zensur — das alles lag in den Händen des Gouverneurs und es wurde darüber entweder von ihm selbst entschieden oder er sandte seine Vorschläge an die Wiener Kanzlei zur Begutachtung. Die einzelnen Kommissarien, die sich zum Beispiel mit den jüdischen Angelegenheiten, der Schule, dem Gefängniswesen, den Waisen befaßt hatten, wurden nun aufgehoben und ihre Funktionen der Gouvernementsbehörde übertragen. Diese erschien, da sie auch noch obligat zwei Ständemitglieder zu den Sitzungen heranzog und sich dadurch noch mehr befestigte, wie ein Mikrokosmus, in dem sich das ganze politische Leben der Provinzen widerspiegelte.

Die Macht des Gouverneurs war groß, aber die Aufsicht über ihn war es nicht minder. Aus den Berichten, die er zu unterschreiben hatte, errieten die Minister sofort, inwiefern er seine Sache kenne und ob er die allerhöchsten Befehle genau erfülle; die Fiskale, die den russischen Gendarmeriestabsoffizieren entsprachen, waren nicht nur »Hüter des Gesetzes und der Gesetzlichkeit«, sondern überwachten auch die Tätigkeit des Gouverneurs; außerdem kam ihnen bei allen behördlichen Sitzungen eine Stimme zu [1]).

Der Gouverneur selbst war ja bloß eine kontrollierende Instanz, ein Bindeglied zwischen der zentralen Gewalt und den niederen Instanzen der verschiedenen Ortschaften; zu diesen Instanzen gehörten die Kreishauptleute, die die ganze

---

[1]) Instruktion für die Fiskalämter den 10. März 1783.

Verwaltung ihres Kreises in Händen hielten. Mit ihrer Hilfe wollte Joseph, der ihre Einführung von seiner Mutter übernommen hatte, sein Reformwerk durchführen. Die Kreisvorstände, die ursprünglich aus der Mitte der Stände erwählt worden waren, verwandelten sich schon unter Maria Theresia in Kronbeamte, deren Wirkungskreis von der Kaiserin, auf Kosten der Kompetenz der ständischen Behörden, erweitert wurde.

Joseph erhöhte noch ihre Bedeutung. Es hätte weiter nichts zu sagen gehabt, daß er diese Institution auch 1782 in Galizien einführte, da sie ja die dort herrschende Unkultur und Anarchie notwendig machte; aber er verlieh ihr überhaupt eine allumfassende Kompetenz. Man staunt, wenn man die betreffenden Weisungen liest[1]), daß diese Leute befähigt waren und Zeit fanden, allen Anforderungen gerecht zu werden. Ihre Tätigkeit erstreckte sich auf fünf Gebiete: 1. Bevölkerung: die Volkszählung, die Schilderung der Gewohnheiten und Überzeugungen, der Geistesrichtung, des Charakters und der Beschäftigung der Einwohner; 2. Militär: Beaufsichtigung der Deserteure, die Einhebung der Quartier- und Fuhrwesengelder, die Führung der Konskriptionslisten, die Sorge für die Sicherstellung der zeitlich Pensionierten; 3. Politikum: Kontrolle über die Tätigkeit der Geistlichen, Aufsicht über Wohltätigkeitsanstalten, Schulen und Gefängnisse, Gerichte, Straßen, Proviantmagazine und Beobachtung der sanitären Maßregeln; 4. Kommerziale: hauptsächlich Schutz, der den Bauern gegen die Bedrängnisse der Gutsbesitzer gewährt werden sollte; 5. Kamerale: Einhebung der Steuern und Rückstände. Es gab manchmal dabei recht heikle und schwer zu lösende Fragen, zum Beispiel: »Ist beim Volke eine gesunde, vernünftige Geistesrichtung bemerkbar? Geht der Gottesdienst anständig vor sich? Enthalten sich die Prediger unvernünftiger Reden?« usw.

Die Regierung war nach Kräften bemüht, den Kreishauptleuten ihre Aufgabe zu erleichtern, indem sie ihnen, in der

---

[1]) »Gegenstände, über welche von den Kreiskommissären bei den Bereisungen eines Bezirkes Beobachtungen zu machen ist.« Wien, Trattner, 1783.

Person von Kommissären, Hilfsbeamte an die Seite stellte, die im Bezirke umherreisten, oder Sekretäre, die in den Kanzleien beschäftigt wurden. Alle Formalitäten wurden abgeschafft: »Die Geschäfte sollten kurz, klar und zweckmäßig ausgeführt, alles Mechanische, Überflüssige, Formelle beseitigt werden . . . Dafür hatten die Kreishauptleute alle ihre Kräfte dem allerhöchsten Dienste unermüdlich und eifrig zu widmen, alle Tage und Stunden der Woche nur an ihren Dienst zu denken, ihren Distrikt fleißig zu bereisen, alles aufmerksam zu beobachten und darüber genau an die Gouvernementsbehörde Bericht zu erstatten und in allen diesen Verpflichtungen niemals weder physisch noch geistig zu ermüden«[1]. Wir sehen, die Distriktsbeamten trugen ihren Titel als Gubernialsräte und bezogen ihren Gehalt von 2200 fl. nicht umsonst. Arbeit hatten sie genug, denn die ganze Schwere der lokalen Verwaltung lag nun, infolge der Einschränkung der ständischen Behörden und der Patrimonialgewalt, in ihren Händen.

Einer derartigen Einrichtung bedurfte, nach Josephs Ansicht, ganz besonders das ungarische Königreich, wo die Beamten vor den Reformen gar nichts taugten. Davon überzeugte sich der Kaiser persönlich bei seinen häufigen Reisen im Lande. Die Leute verstanden nicht einmal zu schreiben; sie belasteten die Post nur mit unnützen Sendungen, die in »extravagantem Stile gehalten waren«[2]. Die ganze Komitatsinstitution entsprach nicht dem Begriffe, den der Kaiser von gehorsamen, seinem Willen ergebenen Provinzen hatte. Ihre von alters her bestehenden Grenzen waren unbequem, wie ihr Lokalpatriotismus, ihre Stände, ihre durch Wahl oder Vererbung festgesetzten Amtspersonen und alle ihre Archive und Siegel. In des Kaisers Augen war dies alles eine »heillose Wirtschaft«, ein Unding, und hatte sich nur infolge der Schwäche und des Unverständnisses seiner Vorgänger, die augenblicklichen

---

[1]) Verordnung in Böhmen den 25. Mai 1781.

[2]) U. A. Circulare Impressum de die 20. Mensis Julii 1786: »...Inclytae huic Universitati pro futuro committi, ut correspondentias suas claro quidem, sed non ultra necessitatem extravagante Stylo adpromptare faciat, minusvae superfluis et laxe scriptis acclusis onerari non curet.«

Vorteilen zuliebe das Wohl der Zukunft der Monarchie aus den Augen gelassen hatten [1]), so lange erhalten.

Am 18. März 1785 erschien ein Erlaß, der die ganze Verwaltung in Ungarn und Siebenbürgen umgestaltete. Die einstigen Obergespane (supremi comites), die stets aus dem Adel des Komitats erwählt und von der Regierung bestätigt worden waren, mußten vom 1. Juni an ihren Posten verlassen. Als Vorwand hierfür wurde angegeben: »daß sie entweder andere Verpflichtungen übernommen hätten oder mit ihren Privatangelegenheiten beschäftigt seien und daher nicht in dem Komitate lebten, dessen Verwaltung ihnen anvertraut sei«. Um sie zu entschuldigen, wurde ihnen der Titel und das Stimmrecht in den Komitatsversammlungen belassen, »und das ist ja doch ein sehr wichtiges Vorrecht«, so hieß es nicht ohne Ironie in der Verordnung. Gehalte kamen natürlich so angesehenen Würdenträgern nicht zu. An ihre Stelle traten königliche Kommissäre mit einem Gehalt von 6000 fl. [2]) Sie wurden ausschließlich von der Regierung ernannt und verwalteten nicht nur ein Komitat, sondern einen Distrikt. Solcher Distrikte gab es in Ungarn im ganzen 8, in Siebenbürgen 2. Für diese Einteilung waren nicht die geographischen und historischen Grenzen maßgebend, sondern die gleiche Bevölkerungszahl. Die Komitate als solche hörten auf; sie galten nur als Teile des Distriktes, wie die Kreise in den Gubernien, auch ihre alten Grenzen wurden nicht beibehalten, sondern man teilte viele Städte und Dörfer im Interesse der »Abrundung« beliebigen Komitaten zu. Die Macht der Kommissäre ging sehr weit; sie hatten den Komitaten und Städten die Hofdekrete mitzuteilen und in unaufschiebbaren Fällen (in rebus summe momentosis — sic!) selbständige Verfügungen zu treffen; sie bestimmten auch den Zeitpunkt für die Komitats-

---

[1]) Cf. Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« II, 2: »Il faudra ... qu'une bonne fois la monarchie ne fasse qu'une province égale dans toutes les dispositions et charges.«

[2]) Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« I, 269: »J'ai établi, au lieu d'Obergespans, des commissaires, et que de 54 individus qui ne faisaient rien, j'en détermine 8 qui surveilleront à l'exécution des ordres.«

sitzungen, denen man »häufig mit gutem Grunde vorwarf, die Geschäfte auf die lange Bank zu ziehen«. Die ganze Administration, die Polizei und die Finanzen befanden sich in den Händen der Kommissäre; ja noch mehr: der Monarch übertrug ihnen einen Teil seiner Prärogative; sie erhielten zum Beispiel das Recht, zum Tode verurteilte Verbrecher zu begnadigen [1]).

Um sein zentralistisches Reformwerk folgerichtig durchzuführen, unterstellte Joseph den Kommissären in jedem Komitat einen Vizegespan, der seinen früheren Titel zwar behielt, aber statt eines gewählten ein Kronbeamter wurde. Einer Instruktion zufolge [2]) sollten die Vizegespane die Vorgesetzten des niederen Beamtenpersonals des jeweiligen Komitates werden. Sie waren für alles verantwortlich, was innerhalb der Grenzen des ihnen anvertrauten Komitates geschah; ihre Pflichten und Rechte waren dieselben, wie die des Kommissärs, nur hatten sie als Beamte zweiter Kategorie einen geringeren Gehalt und durften nicht begnadigen; ganz besonders wurden ihnen die Rustikalangelegenheiten ans Herz gelegt; sie sollten den Klagen der »Untertanen« genau auf den Grund zu kommen trachten. Ihre dienstliche Stellung war glänzend; sie besaßen große Vollmachten und erhielten 1200 Gulden jährlich, was bei der außerordentlichen Billigkeit in Ungarn ein Kapital bedeutete. Die untergeordneten Beamten waren: der zweite Vizegespan, der Sekretär, der der Kanzlei vorstand, die Stuhlrichter, die einen bestimmten Bezirk verwalteten, Schreiber, Haiducken, Heizer usw. Das System war gut durchgebildet und in allen Einzelheiten streng ausgeführt und es ist nicht schwer zu erraten, woher es Joseph II. nahm; er brauchte nur die Ordnung, die in den deutsch-österreichischen Erblanden herrschte, anzuwenden. Die königlichen Kommissäre entsprachen den Gouverneuren, die Vizegespane den Kreishauptleuten; die Stuhlrichter hießen diesseits der Leitha Kommissäre, die Husaren Dragoner usw.

Dieselbe Erscheinung beobachten wir in Belgien: das Land wurde in neun Bezirke eingeteilt, an deren Spitze die

---

[1]) Über die den königlichen Kommissären erteilten Weisungen siehe Feßler, op. cit. V, 529—533.

[2]) »Amtsunterricht über die Manipulation der Comitate« 1784.

Intendanten (diese Benennung wurde wohl vom benachbarten Frankreich herübergenommen) standen, die die Krone ernannte, ihre Hilfsbeamten waren die Kommissäre und es oblagen ihnen ganz dieselben Verpflichtungen, wie den Vizegespanen und Kreishauptleuten. Diese Einrichtung war nicht ganz neu; noch im Jahre 1702 stellte der Herzog von Anjou an die Spitze der Verwaltung Intendanten und Subdelegaten. Karl VI. wollte im Jahre 1718 etwas ähnliches einführen, aber es scheiterte damals an dem Unwillen des Volkes[1]). Wir sahen, daß auch Karl von Lothringen an vier Intendanzen dachte. Joseph führte — freilich nur für sehr kurze Zeit — die Pläne seiner Vorgänger durch; die Distriktschefs leisteten sowohl Maria Theresia als ihm zu gute Dienste, als daß er nicht in ihnen die Verwirklichung seiner administrativen Ideale gesehen hätte.

Was die Lombardei anlangt, so hatte Martini, dem dort die Durchführung der Reformen anvertraut wurde, nicht umsonst das ganze Jahr vorher — 1786 — in Belgien zugebracht. Seinen Zeitgenossen fiel die Ähnlichkeit der Neueinführungen in beiden Ländern auf: »Die Veränderungen im Mailändischen sind ganz dieselben wie in den Niederlanden. Man kann daher annehmen, daß sie als Muster dienten«[2]). Der Unterschied bestand nur darin, daß die Lombardei in acht, statt in neun Intendanzen eingeteilt war.

V.

Lage der Beamten: Strenge Kontrolle über ihre Tätigkeit, Beaufsichtigung ihres Privatlebens; Avancement, Gehalte, Pensionen.

Die Bureaukratie wurde auf diese Weise die einzige leitende Macht der Monarchie, deren Wohl Joseph sehr am Herzen lag. Darum hielt er es für seine Pflicht, darauf zu sehen, daß das neue Werkzeug seiner schwierigen Funktion aufs beste entspreche. Die vollständige Unterordnung der niederen Beamten unter einen verantwortungsvollen Vorgesetzten machte dieses Werkzeug geschmeidig und biegsam

---

[1]) »Recueil des Représentations« I, 105—108: Représentation des États du duché de Brabant du 29 mars 1787.

[2]) Journal Général de l'Europe le 2 décembre 1786.

in den Händen des Kaisers. Er hatte von der Subordination seine eigenen Ideen: »Meiner Ansicht nach« — schrieb er — »ist der Beamte, der mit seinem Vorgesetzten in Streit gerät, immer im Unrecht«[1]); und da die Entlassung, ebenso wie die Ernennung, gänzlich vom Vorgesetzten abhing, so gehorchten die Beamten nicht nur aus Gewissenhaftigkeit, sondern auch aus Furcht. Der Kaiser hatte gewiß nichts dagegen, daß seine Beamten von der Zweckmäßigkeit seiner Verordnungen überzeugt seien[2]); aber die Furcht hielt er doch für das beste Hilfsmittel, besonders in Anbetracht des Beamtenstandes, den ihm seine Mutter hinterlassen hatte. Dieser war, wie alle Zeitgenossen bezeugen, nichts weniger als glänzend: »viele Räte und Sekretäre waren ganz unwissend und hielten sich Schriftführer, die nach eigenem Gutdünken vorgingen . . . Der Kaiser mußte eine herkulische Heldentat vollbringen, um den Augiasstall der Departements zu reinigen«[3]). Das tat Joseph denn auch; zwei Jahre nach seiner Thronbesteigung »blieben von allen Beamten, die angesehene Stellen eingenommen hatten, nur an die sechs zurück«[4]).

Das erste, woran Joseph Hand anlegte, war die Ausrottung des Bestechungssystems, das vor den Reformen in der Beamtenwelt tiefe Wurzeln geschlagen hatte. Der Kaiser hielt es »für ein unverzeihliches Verbrechen«. Wer auch nur den geringsten »Dank« annahm, wurde sofort entlassen, die ihm verabfolgte Summe wurde konfisziert und der Geber strenge bestraft[5]). Die Beamten wurden unausgesetzt beobachtet; der Kaiser wollte alle Leute im Auge behalten, denen das Wohl des Reiches anvertraut war. Nach dem Beispiel Preußens[6])

---

[1]) I. Wolf: »Josefina« 108.

[2]) W. A. V. B. 1 Karton 605. A. h. Resolution zum a. u. Vortrag der b. ö. Hofkanzley vom 13. Dezember 1789: »Indem ich nicht nur den blinden Gehorsam allein fordere, sondern mich auch mit der Überzeugung meiner Staatsdiener mühsam abgebe . . .«

[3]) Briefe eines reisenden Franzosen, I, 234. Cf. Josephs eigene Ansicht (Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.«) III, 358.

[4]) P. A. v. 345 f. 334. Breteuil à Vergennes le 10 août 1782.

[5]) Hofdekret vom 27. Dezember 1784.

[6]) D. A. Clemens an Stutterheim den 12. Mai 1781: »Auf den Fuß der preußischen Staaten . . .«

wurden Konduitenlisten eingeführt[1]), in denen nicht nur die Jahre und der Dienstaufenthalt des Beamten, sondern auch seine Familienverhältnisse, sein Vermögensstand, sein Diensteifer, seine Kenntnisse, Fähigkeiten, Charaktereigenschaften, Mängel und Fehler verzeichnet waren. Es gab sogar eine spezielle Rubrik (Nr. 12) mit der Frage: »Führt er ein frommes, christliches Leben?« Diese Frage war unter Maria Theresia sehr wichtig und auch unter ihrem Sohne nicht ohne Bedeutung, da dieser in der Religion einen Zügel für die Leidenschaften sah. Diese Konduitenlisten wurden alljährlich von den Vorgesetzten verfaßt, unterschrieben und streng geheim gehalten. Die Berichterstatter sollten streng bei der Wahrheit bleiben, auch ihre nächsten Angehörigen nicht schonen und unschuldige Personen nicht anschwärzen, da alle Verantwortung dafür ihnen allein zufiel[2]). Um das regelmäßige und rechtzeitige Erscheinen der Beamten in ihrem Dienste leichter kontrollieren zu können, wurden Listen aufgelegt, in die sie ihre Namen und die Stunde ihres Kommens eintragen mußten[3]); zwei Staatsämter zugleich durfte man nicht bekleiden[4]) noch Privatbeschäftigungen nachgehen[5]) — so galt zum Beispiel die Übernahme von Vormundschaften als Allotria[6]) — damit keine Verwirrung und Überbürdung in der Amtstätigkeit Platz greife.

Man konnte eine solche Überwachung unmöglich genau durchführen, ohne dem Privatleben der Beamten nachzuspüren. Das tat man denn auch gründlich[7]). Besonders schlecht er-

---

[1]) Hofdekret vom 13. Januar 1781.

[2]) Hofdekret vom 31. September 1785.

[3]) Über einen solchen Fall siehe Brunner: »Der Humor in der Diplomatie« 1872, II, 302, 303.

[4]) Hofdekret vom 19. Mai 1781.

[5]) Hofdekret vom 21. Mai 1785: »Alle Beamten sind auf dem Verbot, sich in Privatgeschäften brauchen zu lassen, genau zu weisen.«

[6]) Hofdekret vom 21. November 1784.

[7]) Hofdekret vom 22. Januar 1784: »Da die Aufführung und der Aufwand der Staatsbeamten . . . dem Staate keineswegs gleichgiltig seyn kann . . . so sollen die Länderchefs . . . auf das Betragen und den Aufwand gesagter Beamten die sorgfältigste Aufsicht zu tragen nicht ermangeln.«

ging es denen, die Schulden hatten; man entließ sie aus dem Dienste, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres ihre Gläubiger befriedigen konnten [1]). Unzählige Beispiele geben Zeugnis dafür ab, daß diese Verfügungen nicht nur auf dem Papier standen, sondern auch wirklich befolgt wurden; eine Menge verdienstvoller Beamter war gezwungen, ohne Entlohnung und Ruhegehalt in Pension zu gehen [2]).

Der Staatsdienst gestaltete sich unter Joseph sehr schwer und man konnte weniger leicht als früher dazu gelangen. Unter Maria Theresia brauchte eine Kammerfrau einem Prälaten oder Aristokraten gelegentlich nur ein Wörtchen zuzuflüstern und ihr Kandidat erhielt sofort die erbetene Stelle, ja sie wurde, wenn es sein mußte, auch eigens für ihn kreirt, ohne daß man lang überlegte, ob der neue Diener seiner Herrscherin auch von Nutzen sein werde. Diese Einrichtung änderte Joseph mit einem Schlage. Fürsprache galt ihm nichts, von Männern nicht und schon gar nicht von Frauen. Bildungsgrad, Talent und Tüchtigkeit waren unter ihm die einzigen Mittel, um Karriere zu machen. »Den Eltern wurde bedeutet, daß ihre Kinder ohne wissenschaftliches Reifezeugnis einer der heimischen Unterrichtsanstalten in keinen Dienst aufgenommen würden« [3]). Der Kandidat, welchen Standes er auch sein mochte, begann von der untersten Stufe an zu dienen. Die hierarchische Rangordnung wurde streng eingehalten; man trat zuerst bei der Kreishauptmannschaft, dann bei der Gubernialbehörde ein; von da führte der Weg zu den Kommissariaten, hierauf zum Gubernialsekretariat, endlich zur Stelle des Kreishauptmannes oder Ministers. Auf diese Weise hoffte die Regierung, sich mit erfahrenen Beamten zu versorgen, die ebenso zur schrift-

---

[1]) Hofdekret vom 29. Januar 1787.

[2]) Ein reiches Material dazu bieten die Berichte des hessischen Residenten, der hauptsächlich im mittleren Beamtenstande verkehrte. Zum Beispiel: »Am Ende dürfte der unglückliche Dittmann, für seine übrige Lebenszeit, die freylich kurz sein wird, da er schon 72 Jahre alt ist, eingesperrt werden. Der Kaiser soll schon davon gesprochen haben, unter dem Zusatze, daß er sonst riskiere, daß er ihm durch Betteln Vorwürfe macht.« (U. A. Diese Depesche ist vom 25. August 1787.)

[3]) Gubernialverordnung für Galizien den 2. August 1787. Cf. Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« III, 342.

lichen Geschäftsführung wie zur praktischen Wirksamkeit taugten [1]).

Die Beamten dienten nunmehr wirklich dem Staat und dieser war nicht mehr bloßes Mittel, sie zu ernähren. Dafür wurden sie besser versorgt als in früheren Zeiten, wo die Hofbeamten und Minister durch die Gnade des Monarchen zu großen Einkünften in der Gestalt von Unterstützungen, Arenden, Pensionen usw. gelangten, während die kleinen Kanzleibeamten oft hungerten und monatelang keinen Gehalt sahen. Joseph bestimmte genau die Zahlungen, die zu leisten waren, ließ sie ein für allemal auf den Status setzen und regelte den Gehalt nach der Rangstufe. Der Sparsamkeit vergaß er dabei natürlich nicht. Die Verwendung von Kanzleiutensilien zu eigenem Gebrauche rechnete er als schweres Vergehen an [2]); während eines Urlaubs in den Hundstagen zog man den Beamten 10 Prozent ihres Gehaltes ab und bei Urlaubsüberschreitung 25 [3]); um Licht zu sparen, setzte man die Amtsstunden von 9 Uhr früh bis 3 Uhr Nachmittags fest; das Siegel für die Kuvertierung der Akten wurde durch Oblaten ersetzt [4]); Kuriere schickte man nur im äußersten Falle, um dem »Ärar« nicht überflüssige Auslagen zu verursachen [5]).

Ebenso haushälterisch zeigte sich Joseph bei der Verteilung der Pensionen. Damit war es unter Maria Theresia schlecht bestellt. Die Kaiserin beschenkte aus ihrem sogenannten »Kammerbeutel« »eine Menge Heuchler, die in den Hofkirchen das Knie beugten und das Kreuz schlugen, dabei aber Spitzbuben waren« [6]). »Jeder sah in der Kaiserin seine Kassierin, die nur Geld herzugeben hatte.« »Der Monarch muß doch die Leute leben lassen« — dieser Grundsatz war dem Volk in Fleisch und Blut übergegangen [7]). Josephs Vorstellungen nützten nichts und die Kaiserin erschrak nur, ihr Sohn »werde

---

[1]) Hofdekret vom 6. Mai 1785 und vom 26. Mai 1787, § 42.

[2]) Hofdekret vom 13. Januar 1781.

[3]) A. h. Resolution vom 5. Januar 1781.

[4]) Hofdekret vom 14. Oktober 1782.

[5]) Gubernialverordnung in Böhmen vom 1. Februar 1781.

[6]) Historia Arcana, § 86.

[7]) »Briefe aus Wien.« II, 95.

den Leuten die Pensionen, zu denen sie sich verpflichtet fühlte, entziehen«[1]).

Diese Befürchtung erwies sich als richtig; gleich nach seiner Thronbesteigung befahl Joseph allen Besitzern einer Pension, ihm Erklärungen einzusenden, weshalb sie eine solche aus der Staatskasse bezogen und wie groß sie sei. »S. M.« — heißt es in dem Erlasse — »hat in Erfahrung gebracht, daß in dieser Beziehung Unordnung und Ungerechtigkeit herrsche. Viele Personen der ärmeren Klasse, besonders aus dem Militärstande, müssen sich trotz ihren unbestreitbaren Vorrechten mit der Hälfte dessen begnügen, was ihnen dem Gesetze nach zukommt; aller Mittel beraubt, müssen sie jahrelang auf ihre Pension warten, während so mancher ganz unrechtmäßig Gelder aus der Staatskasse bezieht.« Es wurde daher eine Norm aufgestellt, nach welcher die Pensionen je nach der Dienstzeit, von einer zehnjährigen angefangen, festgesetzt wurden; die Witwen erhielten davon die Hälfte. Ohne bedeutende Einschränkungen ging es auch hier nicht ab: die Beamtenswitwen, die nach dem Dienstaustritte ihres Mannes geheiratet hatten, konnten auf gar nichts zählen; alle Zulagen, Unterstützungen, Pensionserhöhungen wurden abgeschafft[2]). Das wurde so streng durchgeführt, daß sogar Kaunitz sich gelegentlich herbeiließ, zu bitten, die Summe von 13.000 Gulden den Familien Ulfeld und Khevenhüller weiter auszuzahlen und sie nicht einer Pension zu berauben, die die freigebige Hand der verstorbenen Kaiserin ihnen gewährt habe[3]). Joseph wollte nicht den kleinsten Betrag ohne Gegenleistung auszahlen lassen und als solche galt ihm nur unermüdliche, gewissenhafte Arbeitsleistung[4]).

Der Platz war gesäubert, ein neues Gebäude errichtet, das Beamtenpersonal gemietet; nun bleibt bloß übrig zu prüfen, wie sich die Untertanen in der neuen Lage befanden.

---

[1]) B. A. Jacobi au Roi le 20 novembre 1780.

[2]) Hofdekret vom 31. März 1781.

[3]) P. A. v. 343 f. 154. Barthélemy à Vergennes le 25 septembre 1781.

[4]) Siehe den bekannten »Hirtenbrief« vom 13. Dezember 1783, der auch in den populären Geschichtswerken jener Zeit abgedruckt ist, zum Beispiel bei Wendrinsky: »Kaiser Joseph II.« 1880; 330—336.

VI.

Genesis der absolutistischen Ideen Josephs II. Theoretiker des josephinischen Absolutismus.

Vor allem wollen wir bemerken, daß der Kaiser mit seinen Anschauungen nicht allein stand; er hatte viele und eifrige Anhänger. Woher er selbst seine Ideen nahm, ist schwer, fast unmöglich zu sagen, da er darüber keine Aufzeichnungen hinterlassen hat. Alle seine Verordnungen über Titulaturen beginnen mit den Worten: »Wir von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, ungarischer und böhmischer König usw., usw.« und im Texte begegnet man oft der Versicherung, »die Göttliche Vorsehung hat Uns berufen, für das Wohl der Uns anvertrauten Länder zu sorgen«. Der Glaube an den göttlichen Ursprung der monarchischen Gewalt ging aber mit diesen Versicherungen nicht Hand in Hand. Friedrich II. wich auch nicht um ein Jota von dieser altertümlichen Formulierung der Regierungsdekrete ab, trotzdem er von seinem atheistischen Standpunkt aus die Theorie vom göttlichen Ursprung verwarf. Joseph II. war zwar ein gläubiger Christ, aber schwerlich hielt er, der kühne Kirchenreformator — der der Staatsidee nicht nur die Zeremonien, sondern auch das Dogma unterordnete — seine Macht durch Gott begründet, berechtigt und geheiligt. Man kann eher annehmen, daß die Theorie des Staatsvertrages, die einen so hervorragenden Rang in der freigeistigen Wissenschaft des XVIII. Jahrhunderts behauptete, Einfluß auf ihn hatte. Aus Mosers Erzählungen geht hervor [1]), daß Martini und der ältere Rieger des Kaisers Lehrer waren und diese beiden Gelehrten galten in Österreich als die Vorkämpfer der neuen Richtung, die das göttliche Recht verwarf und nur das natürliche anerkannte [2]). Doch

---

[1]) Meusel: »Vermischte Nachrichten und Bemerkungen historischen und literarischen Inhalts« 1816, 42, 43.

[2]) Das ist wenigstens die Ansicht Lustkandls, des einzigen Gelehrten, der das josephinische Regime einer Spezialforschung unterzieht. Siehe Lustkandl: »Die Josephinischen Ideen und ihr Erfolg.« Wien 1881. 7—9. Diese Schrift ist eher eine Panegyrik, als eine objektive wissenschaftliche Arbeit; es ist übrigens schwer, etwas anderes von einer Rede zu erwarten, die dem 100jährigen Jubiläum der Thronbesteigung Josephs gilt.

wir wiederholen es, Bestimmtes läßt sich über diese Frage nicht sagen; am meisten wahrscheinlich ist, daß der Kaiser als ausgesprochener Praktiker sich überhaupt keinen Gedanken über den Ursprung seiner Macht hingab, sondern sie einfach, so wie sie ihm durch Erbschaft zufiel, hinnahm.

Anders stand es um seine Parteigänger; ihnen fehlte es nicht an theoretischen Erwägungen. Ein bedeutender Teil der pamphletistischen Literatur jener Zeit, manche Zeitungen, ziemlich viele Publizisten treten als Verteidiger des Absolutismus auf. Erinnern wir uns, daß selbst Voltaire, der zwar die mittelalterlichen Überbleibsel, aber ebensosehr auch den gemeinen Pöbel, »die Kanaille«, verachtete, ein Anhänger der Selbstherrschaft war. Er stand mit dieser Ansicht nicht allein; auch seine zahlreichen Schüler vertraten sie. Danach war der Monarch der Mittelpunkt aller Macht[1]); ja noch mehr, die Interessen des Staates und die des Herrschers verschmolzen vollständig in eins[2]). Ihre verschiedenartigen theoretischen Anschauungen führten alle zu derselben Folgerung: der Monarch soll unumschränkt und nach seinem Gutachten das Staatswohl lenken.

Die belgischen Royalisten, die das Fieber der Revolution gepackt hatte, entwickelten ihre Anschauungen am ausführlichsten; aber in ganz gleichem Geiste schrieben auch die loyalen Parteien in Österreich und Ungarn. Die einen sahen die monarchische Gewalt in einem göttlichen Rechte begründet wie z. B. der Verfasser der Broschüre: »Was ist der Kaiser«; die anderen, wie zum Beispiel Hoffmann in seinem »Babylon«, in einem patriarchalen[3]); die dritten in einem historischen,

---

[1]) Recueil bleu XLV, No 19. Le Martyrologue belge de l'année de fer 1790: »Der Regent hat die Verpflichtungen eines Aedilen, Prätoren und Konsuls. Er muß über die Polizei, Justiz und Administration wachen und hält die ganze Fülle bürgerlicher Gewalt in Händen.«

[2]) Ib. XLVIII, Nr. 10. Coup d'oeil général sur les affaires du temps par un citoyen impartial: »Es ist unmöglich, ein guter Patriot zu bleiben, ohne mit seinen Pflichten gegen Staat und Herrscher in eins zu verschmelzen. Der wahre Bürger kann nicht zwei Dinge, die ihrem Wesen nach unzertrennlich mit einander verbunden sind, auseinanderteilen.«

[3]) »Babel« 63: »Jede Nation muß den König als ihren Vater und sich selbst in Beziehung auf den König als unmündig betrachten.«

die vierten in einem natürlichen Rechte. Der berühmte Grossing führt in seinem Werke, das großes Aufsehen erregt hatte [1]), alle Gründe zugunsten der unumschränkten Macht des Monarchen an; in Ungarn fuße sie 1. auf dem Erbfolgerecht, 2. auf Verträgen mit dem Volk, 3. auf Länderkauf, 4. auf Eroberung. »Nach dem oben Gesagten kann man die Behauptung aufstellen« — schließt Grossing — »daß das erlauchte Haus Habsburg in gänzlicher Machtvollkommenheit regiert und der heutige Monarch daher das Recht hat, nach seinem Gutdünken beliebige Gesetze herauszugeben.«

Diese Anschauungen führten zu der Schlußfolgerung, daß der Herrscher die Untertanen zu ihrem Glücke zwingen dürfe [2]), ohne ihre Klagen zu beachten. Die Überbleibsel der Feudalherrschaft — der »ungeheuerlichen Feudalherrschaft« — sollten verschwinden, da sie der heilsamen Tätigkeit des Herrschers im Wege standen. Die Vertreter des alten Regimes, die Stände verglich man mit »Wespen, die jeden stechen, der ihrem Nest zu nahe kommt; mit Krabben, die mit ihren Scheren alles packen, mit Paradepuppen, deren Bedeutung eine Satire auf die Staatsverwaltung ist. Diese politischen Versammlungen sind nur Bauernbälle auf einer Opernbühne« [3]). Die Stände sollten als solche aufhören und in der großen Masse der Bevölkerung untergehen [4]).

---

[1]) Grossing: »Ungarisches allgemeines Staats- und Regierungsrecht« 1785.

[2]) Journal Général de l'Europe, No. 1, 1785: »Il n'est pas étonnant que les reformes éprouvent des contradictions et causent des murmures. Mais un gouvernement éclairé et ferme se met au dessus des murmures et continue de faire le bien au peuple malgré lui.«

[3]) »Historisch-philosophische und statistische Fragmente« 1786.

[4]) Folgendes schreibt Grossing in seinem Berichte vom 18. Dezember 1789: »Bei diesem Gegenstande würde jener Begriff die Monarchien sehr irre führen, wenn man sich das Königreich bloß als eigentümlich unterthäniges Concretum und die Stände bloß als gewisse einzelne, ebenso eigenthümlich unterthänige und wo nicht anders, wenigstens durch Gnadenbezeugungen zum Einverständnis stimmbare Personen vorstellen wollte. Das Königreich und die Stände sind ein und eben dasselbe Wesen, und alles, was da Mensch und Unterthan ist, ist Königreich und Stände. Eins in Allem und Alles in Einem. Dies ist der alleinige echte Begriff vom Königreich Ungarn.« (W. A. Polizey-Acten v. X.)

VII.

Opposition gegen den josephinischen Absolutismus und politischer Separatismus in den belgischen Provinzen.

Diametral entgegengesetzt waren die Anschauungen der mächtigen Opposition, die die administrativen Reformen Josephs in allen Teilen der Monarchie hervorriefen. Auch hier waren die Belgier mit ihren Protesten und Pamphleten die besten Vertreter der oppositionellen Ideen; kulturell standen sie wohl am höchsten, ihnen war es auch beschieden, am meisten zu leiden. Der Ausgangspunkt für die Verteidigung ihrer Verfassung war die Lehre, daß der Staat durch Verträge entstanden sei. Um besser zu leben, hätten sich die Menschen zu einer Gesellschaft vereinigt und einen Kontrakt mit einem aus ihrer Mitte gewählten Führer geschlossen; dieser verpflichtete sich zu gewissen Bedingungen, die auch von der anderen Seite heilig eingehalten werden sollten. Demnach sei das Volk Träger und Quelle der Macht und der Monarch bloß sein Delegat, nur der erste unter den vielen, die vor dem Naturgesetze gleichberechtigt seien. Und wenn ein Vertrag für irgend jemand bindend sei, so gewiß vor allem für den bevollmächtigten Monarchen und nicht für den eigentlichen Herrscher, das Volk[1]). Seien einmal die Vertragsbedingungen umgestoßen, so verliere der Monarch alle Macht, und stütze er sich auf das Heer, um seine despotischen Absichten auszuführen, so sei das Volk berechtigt, ihm den Gehorsam zu versagen und mit den Waffen in der Hand sich die verlorene Freiheit wieder zu erobern. Als die Opposition im Jahre 1789 zum Siege gelangte, hielt sie es doch für notwendig, sich wegen der Absetzung Josephs II. vor der Nation und vor den Mächten zu rechtfertigen; vor der Nation, weil ein großer

---

[1]) »Der Monarch ist nur darum Monarch, weil er mit dem Volke einen Vertrag geschlossen hat, der beide Teile in gleicher Weise bindet. Wenn die Bedingungen auch umgestoßen werden können, so doch eher vom Volke als vom Monarchen, denn der Wunsch der Mehrheit gilt immer mehr, als der der Minderheit.« (Discours suivis de réflexions pratiques par M. le Comte de Windisch-Graetz. 1789. Recueil Bleu, T. XCIX, No 5.)

Teil der österreichischen Regierung treu geblieben war, und vor den Mächten, weil sie starke Hoffnungen auf deren Einmischung und Unterstützung gesetzt hatte.

Aus diesem Grunde tragen auch die Proklamationen und Pamphlete aus dem Jahre 1790 einen so apologetischen Charakter an sich. Besonders deutlich und folgerichtig wird die Theorie vom Staate, als einer Vertragsmacht, in dem Manifeste vertreten, das die brabantischen Emigranten kurz vor dem Einzug der patriotischen Truppen in Belgien erscheinen ließen[1]. Ebenso geistreich ist das Manifest der hennegauischen Stände[2], die gleich den brabantischen zu den Urhebern der Revolution gehörten; die Stände von Tournay[3] schrieben sich ebenfalls das Recht zu, »die Privilegien ihres Landes gegen den Monarchen, der sie einzuhalten beschworen habe« zu schützen, und sie stützten dieses Recht auf alte feudale Einrichtungen[4].

Wenn die Souveränität, die oberste Gewalt, in den Händen des Volkes liegt, so ist dieses auch alleiniger Richter über das, was ihm nottut, was das allgemeine Beste ist, was es hinnehmen, was es verwerfen will. Die Opposition war vollkommen von ihrem Recht überzeugt, alle Fragen, die ihr Interesse berührten, selbständig zu entscheiden, und wünschte

---

[1]) Das Manifest trägt den Titel: »Le peuple Brabançon par l'organe de l'État écclésiastique et du troisième membre des trois Chefs-Villes conjointement avec plusieurs membres de la Noblesse.« Es ist im Jahre 1790 in mehreren Ausgaben erschienen, unter anderen auch im »Recueil des Réclamations«, t. XIV, 258—300. Unterschrieben ist es von Van-der-Noot, aber verfaßt wurde es eigentlich von dem Kanoniker Van Eypen. Noot besaß nicht genügend Geist und Bildung, um seinen Gedanken einen so logischen und klaren Ausdruck verleihen zu können.

[2]) Manifeste du comté de Hainaut.

[3]) Lettre en forme de manifeste de Leurs Hautes Puissances les quatre consistoires représentant le peuple de la ville et cité de Tournay et ses Banlieues et les États de Tournésis aux gens de loi et habitants de tout état des villes et campagnes. 16 juillet 1790. Recueil Bleu, t. XXII, No. 6.

[4]) Der Kaiser konnte unsere Rechte und Privilegien hauptsächlich deshalb nicht verletzen, weil es ein Gesetz gibt, nach welchem die Vasallen dem Lehnsherrn zu keiner Treue mehr verpflichtet sind, wenn dieser sie unterdrückt und die gesetzlichen Rechte mißachtet. (Ib., p. 11.)

niemandes Hilfe, aber noch weniger irgend einen Zwang[1]). Bei solchen Anschauungen blieb für den aufgeklärten Absolutismus, und wäre er auch wohlwollender gewesen, als es die Regierung Josephs II. in der Tat war, kein Platz mehr übrig. Grundsätzlich leistete die Opposition selbst den guten Absichten der Regierung Widerstand und ließ sich in keiner Weise von ihren Anschauungen abbringen, sondern trachtete mit allen Kräften danach, die feindliche Ansicht zu bekämpfen. Nicht ohne Grund ließ sie den 4. Brief, den Mirabeau über den holländischen Krieg im Jahre 1784 herausgegeben hatte, noch einmal veröffentlichen[2]).

Der Absolutismus war in den Augen der belgischen Opposition eine ungerechte und unvernünftige Regierungsform. Ihr Ideal war eine Monarchie, in der das souveräne Volk in der Person seiner Vertreter an der Verwaltung und Gesetzgebung teilnehmen konnte. Nur nach diesem Ideal strebten sie, als sie den Kampf mit dem Absolutismus Josephs II. aufnahmen. Denn »außerhalb der grundlegenden Gesetze gibt es für das Land kein Heil, gibt es nicht mehr freie Menschen, sondern nur Sklaven, die vor dem Beil des Henkers und vor der seidenen Schnur des Padischahs zittern. Außerhalb des Gesetzes ist der Monarch kein Vater, kein Beschützer, nicht die Schutzwehr seines Volkes mehr, sondern ein Feind und ein Tyrann«. Die Belgier brauchten ein solches Ideal nicht erst zu suchen, sie fanden es in ihrem Lande schon verwirklicht und hielten ihre provinziale Verfassung für mustergültig;

---

[1]) »Salus populi suprema lex esto«, »mit diesem Phantom hat man immer das Volk getäuscht. Wer den Gesetzen untreu werden wollte, hat dieses Axiom stets auf seine Fahne geschrieben. Derartige Leute zerstören nicht nur Privilegien, sondern wollen auch noch, daß ihre Opfer die Ketten segnen, die ihnen angelegt werden, und die Hände küssen, die sie schmieden. Zugegeben selbst, daß alle heute vorgeschlagenen Reformen wirklich ‚ad salutem populi' führen, warum spürt das Volk nichts davon?« (Réfléxions d'un patricien sur les affaires du temps. En Brabant. 1787. Recueil Bleu, LV, No. 14.)

[2]) »Es gehört zu den größten Leiden der Menschheit, daß die Staatslenker das Volk glücklich, oder wenigstens, wie sie sich ausdrücken, glücklicher machen wollen — aber nur auf die ihnen passende Weise.« (Recueil Blanc, t. V, No. 18.)

in ihr sahen sie das Palladium ihres Glückes und ihrer Freiheit, die Grundbedingung für das Gedeihen ihres Staates. Leidenschaftlich hingen sie an der althergebrachten Regierungsform und waren bereit, allen Gefahren zu trotzen und ihr Blut dafür einzusetzen, um sie zu erhalten. Ihre Lebensanschauung war hauptsächlich konservativ, wie dies Baron Martini, den Joseph zur Durchführung seiner Reformen nach Belgien gesandt hatte, sehr anschaulich schildert [1]. Die Belgier wünschten keine Neueinführungen, sie sahen deren Vorteile nicht ein, sondern fürchteten sie eher; im Jahre 1802 hebt der Präfekt »des Deux Nèthes« diesen Charakterzug der Belgier hervor [2].

Bei solchen Gesinnungen konnten die auf Umgestaltung gerichteten Tendenzen Josephs II. keine sympathische Aufnahme finden. Man hielt seine Maßnahmen für willkürlich und gewaltsam, sein System für despotisch. Er hinterließ kein gutes Andenken und die Aufständischen bejubelten seinen Tod mit siegessicherer Freude. Alle atmeten erleichtert auf. Davon gaben die zahllosen Epitaphien Zeugnis, die im Jahre 1790 aus allen Ecken und Enden hervorquollen [3]. Joseph wird hier

---

[1]) »Adel, Bauern und Bürger sind ihren Verfassungen, Charten, Gesetzen und Gewohnheiten außerordentlich anhänglich; sie hüten eifersüchtig ihre Privilegien, mögen sie nun eingebildete sein oder nicht, und erinnern sich stets ihres Aufstandes gegen Philipp II.« (Copie d'un rapport de Mr. le Baron Martini au Prince de Kaunitz en date Bruxelles le 17 mai 1787. Trouvé dans les papiers du Gouvernement. Recueil Bleu, XLI, No 3.) Derselben Ansicht war auch Karl von Lothringen, der einstige Statthalter in Belgien.

[2]) Die Belgier waren ihren einstigen Gewohnheiten sehr zugetan; nicht einmal in ihren Vergnügungen wollen sie Veränderungen aufkommen lassen.« (Statistique du département des Deux Nèthes par le citoyen d'Herbouville, préfet. An X de la République Française (Carton de la Bibliothèque Royale de Bruxelles.)

[3]) Als Beispiel führe ich das Pamphlet an: »L'Empereur et son écho«:

Les Belges sont fiers; comment les reprendre? — Rendre!
Qu'aurai-je donc pour ma gloire et mes peines? — Peine!
Eh! que deviendra mon peuple malheureux? — Heureux!
L'Univers s'est-il point rempli de mon nom? — Non!
Autrefois mon nom seul exprimait la terreur! — Erreur!
Laisse-moi, je te prie, je souffre trop, je meurs. — Meurs!

(Recueil Bleu, XLV, No. 55.)

als ein habgieriger, grausamer, treubrüchiger Tyrann, ohne Ehre und Gewissen geschildert, der nach dem Blute seiner Untertanen dürste und nur seine Bauern zu befriedigen suche. Der Vergleich Josephs II. mit Philipp II. drängte sich allen auf [1]). Der Haß gegen den Herrscher, der die Volksrechte zerstört hatte, ging auch auf seine Nachfolger über; seit Joseph II. hatte das Haus Habsburg alle Popularität verloren, selbst die einst »vergötterte« Maria Theresia. Man erinnerte sich auch nur mehr ihrer zentralistischen Ideen und ihres Bestrebens, das Land dem despotischen Regime unterzuordnen; man sah in ihr nicht mehr »die Landesmutter«, sondern nur die »Mutter Josephs II.« [2]).

Die Idee vom Ursprunge des Staates durch einen Vertrag und von der Pflicht des Monarchen, die kontraktlichen Bedingungen einzuhalten, schöpften die oppositionellen Belgier aus der Geschichte ihrer Vorfahren, die einst ebenfalls mit den Herrschern des burgundischen Hauses für ihre Privilegien gekämpft hatten; zu Ende des XVIII. Jahrhunderts trat auch noch die philosophische Lehre hinzu, die eifrig die Souveränität des Volkes predigte. Die Opposition bezweckte die Aufrechterhaltung der alten Ordnung, die auf mittelalterlichen Grundlagen beruhte, verteidigte aber ihre Ziele mit den Prinzipien der allermodernsten Staatswissenschaft. Den göttlichen Ursprung der kaiserlichen Gewalt leugnete sie völlig: »Hundertmal verflucht sei der Ehrlose, der zuerst die heuchlerische Behauptung aufgestellt hat, Gott habe die Monarchen gesendet, damit sie allein vor Ihm Rechenschaft für ihr Tun ablegen, während dem Volke nur zukomme zu leiden, zu stöhnen und stumm die strafende Hand zu küssen. Zum Glück hat unser

---

[1]) Triple parallèle de la Révolution des Sept Provinces Unies sous Philippe II, roi d'Espagne, de la Révolution des 13 États Unis sous Georges III, Roi de la Grande Bretagne, et de la Révolution des États Unis sous Joseph II, Empereur d'Allemagne, par l'auteur des très-fortes probabilités sur le destin de la République des Provinces Belgiques Unies 1790. Recueil Bleu, t. I, No. 3.

[2]) »Qu'allons nous devenir, ou avis essentiel d'un Belge à ses concitoyens.« (Recueil Blanc III, No. 42.) Der Verfasser der Randbemerkungen in diesen Sammlungen schreibt dieses Pamphlet dem bekannten Advokaten Wonka zu und der Stil macht diese Annahme auch wahrscheinlich.

Jahrhundert diese Vorurteile durch gesündere Gedanken ersetzt und man wendet seine Aufmerksamkeit der Entstehung der Gesellschaft zu; die Fackel der Zivilisation hat die Menschheit erleuchtet und ihre Rechte ans Licht gezogen. Das rettende Dogma von der Erhebung gegen die Gewalt — diese ultima ratio der unterdrückten Nationen — ist nun klar bewiesen und kann nicht mehr angezweifelt werden« [1]). In einer anderen Broschüre [2]) zerlegt ein anonymer Autor die Theorie vom Ursprung des Staates durch einen Vertrag und nennt als Quellen für seine Beweisgründe Mablys Werk und die holländische Verfassung vom Jahre 1581. Montesquieus Lehre von der Teilung der Macht bildet die Grundlage für den Protest der hennegauischen Stände vom 19. Juni 1787. Sogar Feller, der Jesuit Feller, wählte als Epigraph für seine Sammlung ein Zitat aus dem »Esprit des lois« [3]). Und in Brabant bekannten sich dreißig, in Mecheln zwanzig Advokaten zur Lehre Rousseaus [4]). Eine sonderbare Ironie des Schicksals wollte es, daß die kirchenfeindlichen Josephiner, die die Klöster sperrten und die Geistlichkeit dem Staate untertan machten, sich auf das göttliche Recht berufen mußten, um die aufrührerischen Belgier zum Gehorsam zu zwingen. Die Opposition hingegen hatte alle Ultramontanen auf ihrer Seite und stützte sich doch auf die »Philosophie« des XVIII. Jahrhunderts, die nur eines wollte: »écraser l'infâme« [5]). Dieser schreiende Widerspruch beweist die Unhaltbarkeit des sogenannten »aufgeklärten« Absolutismus. Er verwarf die alte feudal-kirchliche Staatsordnung, da diese die völlige Vernichtung des Individuums hinderte, mußte alten Wein in neue Schläuche gießen und sich mit den Ideen des XVIII. Jahrhunderts verbünden. Doch diese waren ein zweischneidiges Schwert: sie zerstörten die alte Ordnung, zu der aber die

---

[1]) Lettre patriotique à Messieurs du comité de Gand.

[2]) La vérité à côté du Mensonge (Recueil Bleu, III, No. 2).

[3]) Esprit des Lois, XIX, 27.

[4]) Recueil des Représentations, III, p. 66—68.

[5]) Lettre d'un gentilhomme Campagnard à un citoyen impartial, écrite du château de . . . au Brabant Wallon le 11 novembre 1789, Recueil Blanc, t. XXIII, No. 3.

Philosophen auch den Absolutismus zählten; das Naturrecht bedingte eine freie Regierungsform; es erlaubte die Entthronung des Herrschers und den Umsturz der monarchischen Grundlagen; ein Dilemma entstand: sollten die gekrönten Häupter sich ihrer Vorrechte begeben, um für aufgeklärt zu gelten, oder despotisch bleiben und auf den Ruhm der Aufklärung verzichten? Die Josephiner wählten dieses. Sie trachteten wohl, die Regierung Josephs II. in Belgien ins schönste Licht zu stellen, sowie er selbst versicherte, es falle ihm gar nicht ein, die Verfassung zu stürzen; die Belgier wußten aber doch, daß ihre Freiheit bedroht sei und daß sie Gefahr liefen, aus »Untertanen« »Sklaven« zu werden. Ein tiefer Abgrund klaffte zwischen den beiden Parteien, zwischen denen eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit herrschte: die Meinungsverschiedenheit, die den Freien und den Gewalttätigen notgedrungen trennen mußte und die weder die traditionelle Achtung vor der Dynastie, noch das heilsame Ziel der in mancher Hinsicht notwendigen Reformen ausgleichen konnte.

VIII.

Opposition und politischer Separatismus in Ungarn; Proteste der Komitate gegen die Hinausschiebung der Krönung. Politischer Separatismus in den deutschen Erblanden.

Die Belgier standen nicht allein mit ihrer Auffassung; weniger folgerichtig und zielbewußt, aber ebenso feurig erhoben sich die Privilegierten in Ungarn zur Verteidigung ihrer alten Verfassung, die ihnen in der Gesellschaft und im Staate eine exklusive Stellung einräumte. Die konstitutionelle Freiheit galt ihnen als kostbares Erbstück ihrer Ahnen, sie sahen des Monarchen Pflicht darin, gesetzlich, nicht aber despotisch zu regieren. Ihr Ideal war nicht ein aufgeklärter Despotismus, sondern eine aristokratische Monarchie. »Ganz Europa weiß« — schrieben die Vertreter des Neutraer Komitats — »daß E. M. den königlichen Thron in einem aristokratisch-monarchischen Staate bestiegen und geschworen haben, die Gesetze zu beobachten ...« [1]). »Die Gesellschaft wurde nur gegründet, um

[1]) Collectio repraesentationem, II, 29.

die Gesetze zu befolgen, und es ist des Herrschers Pflicht, sie dem Volke zu bewahren«[1]. Sie hielten es daher nicht für möglich, »Knechtschaft und Freiheit« mit einander zu vereinigen — das heißt in Ungarn die österreichische Provinzialverwaltung einzuführen. Aber nicht nur auf ihre historischen Rechte beriefen sich die Ungarn; sie holten auch gern ihre Argumente aus den Schriften der »gottlosen Philosophen«, die sie, wenn es ihnen paßte, »die besten Leute des aufgeklärten Jahrhunderts« nannten. Mit der Lehre Montesquieus über die Teilung der Gewalten waren sie ganz vertraut: sie behielten sich die gesetzgebende Macht vor und legten die ausübende in die Hände des Königs[2]. Auch Rousseau verschmähten sie nicht und übersetzten seine Deklamationen über den Ursprung des Staates ins Lateinische: »Erhabene Majestät! Kraft des Gesellschaftsvertrages, der den Staat geschaffen hat, liegt die Souveränität in den Händen des Volkes; dieses Axiom hat Mutter Natur in alle Herzen eingeschrieben und der gerechte Geist eines Herrschers kann das nicht in Zweifel ziehen«[3].

Schon das lange Hinausschieben der Krönung reizte die Nation. Die Josephiner behaupteten zwar, die Krönung sei bloß eine Zeremonie, mit der man dem an äußerem Prunk hängenden Pöbel Verehrung für die ohnedies geheiligte Person des Herrschers einflößen wolle«[4]; die Ungarn aber dachten

---

[1]) Ib. I, 63. Inclytis Comitatibus Pestiensi, Honthensi et Neogradiensi obligatissimi Servi, Fratres, Amici et Vicini Universitas Comitatus Nitriensis de die 2 Mensis Martii 1790: »Legem condere aut cum populo conditam abrogare, ut populo fiat praejudicium, non justum est. Vel enim Reges immediatam habent potestatem, vel a populo assumuntur, vel eliguntur, vel succedunt. Ac nec jus successionis justum facere potest quod injustum est, nec eligentium suffragia collimant in propriam necem, nec populus malefaciendi authoritatem quam non habet, nec Deus, quam non potest, censetur in Principem transferre.«

[2]) Ib. I, 186. Allocutio Supremi Comitis Comitatus Zagrabiensis. Die 15 Aprilis 1790: »Quis enim nescit? basim Systematis nostri in eo versari, quod sola executiva potestas Principi propria, legislativa e contra (sic) cum Statibus Regni communis sit?«

[3]) Ib. I, 15. Repraesentatio Comitatus Pestiensis de die 1 Mensis Martii 1790.

[4]) Grossing. Op. cit. Cf. »Journal politique des Deux-Ponts« 1783, No. 5.« . . . le sacre de l'Empereur, cette vaine cérémonie.«

anders darüber. Die Krönung hatte für sie nicht nur eine äußerliche, sondern eine tief innerliche Bedeutung: »Es ist dies durchaus keine leere, abergläubische Zeremonie« — erklärten die Vertreter des Biharer Komitates [1]) — »sondern eine feierliche Einführung in das Reich und das Zeichen, daß die Nation dem gekrönten Monarchen die Macht anvertraut; dieser besitzt daher nur die Vollmachten, die ihm das Volk verleiht und er kann nur mit unserer Einwilligung und kraft der Gesetze König werden.«

Das Volk konnte aber seine Einwilligung nur auf dem Reichstage geben und auch ihn berief der Kaiser nicht. Die Josephiner erklärten sich zu einer Berufung nur unter der Bedingung bereit, daß um Preßburg eine sechzigtausend Mann starke Armee aufgestellt werde. »Nur dann« — bemerkt Geßler kaltblütig — »kann man den Reichstag, im Interesse des höchsten Nutzens für die Stände und das Land, leicht zwingen, die Forderungen, die jedem Patrioten teuer sein müssen, zu erfüllen.« Den Ungarn konnte ein solcher Vorschlag nur wie ein boshafter Spott erscheinen, was er auch in der Tat war; in ihren Augen kamen die Vorrechte des Reichstages jenen der königlichen gleich und sie sahen in ihm die einzige Schutzwehr gegen den Despotismus: »Wenn die Nation das Recht verliert, sich auf dem Reichstage zu versammeln, verliert sie alles; denn in ihm ruht unsere Freiheit« [2]). »All unser Heil ist in den Landtagen; ohne sie kann der König mit einem Federstrich alle Gesetze tilgen, die ja doch nur auf Papier geschrieben sind« [3]). Stolz verglichen die Ungarn ihre Staatsform

---

[1]) Collectio Repraesentationum I, 282. Repraesentatio Comitatus Bihariensis de die 4-ta et 6-ta Februarii 1790.

[2]) Ib. I, 265. Repraesentatio Comitatus Bihariensis de die 26 Octobris 1789: »Caeterum Hungariae Regnum semper habuit Status, semper habuit Diaetam. An ergo haec amisit? quando? cur? et quomodo? si haec amisit, omnia amisit. Nam in jure habendorum Diaetalium Conventuum omnes populi. Libertates continentur; si non amisit, cur non permittitur uti jure suo?«

[3]) Ib. I, 76. Repraesentatio Comitatus Nitriensis de die 2 Mensis Martii: ». . . Leges nonunquam vim ultra papyrum non exerunt (sic!) Princeps illas nutu levi, quia potest, vincit. Provocantem ad Legem vel non audit, vel ut Despotismum inducat, terret, plectit alios. Ita quid facilius, quam coecam Subjectis aboedientiam, Legibus violentiam, ultimam denique libertati adsciscere Ruinam?«

mit der englischen, ihre »Komitien« mit dem Parlament; beide waren durch eine lange Vergangenheit geheiligt und verfolgten dasselbe Ziel: das Land vor der Tyrannei zu schützen[1]).

Doch alle Vergleiche besserten die Lage nicht und die Ungarn waren fest überzeugt, Joseph strebe nur nach der Einführung eines despotischen Regiments. »Das Recht des Starken ersetzte das historische, das die Vorfahren S. M. durch Eide, Versprechungen, Pazifikationen bekräftigt hatten.« Den Ungarn blieb nur ein Trost, wie Jacobi behauptet, und zwar der, daß ein nicht gekrönter, nicht vom Reichstage bestätigter Herrscher die neuen Verordnungen herausgab und sie daher keine gesetzliche Kraft haben konnten. »Ein recht chimärischer Trost«, fügt der preußische Diplomat hinzu, die Ungarn aber hielten daran fest. In jedem Protest wird dieser Umstand angeführt und jeder Ungehorsam gegen die Gewalt damit entschuldigt[2]). Charakteristisch ist auch, daß Joseph II. in keinem Komitatsakte König, immer nur Kaiser genannt wird[3]).

Der Erlaß, der die Übertragung der Krone des hl. Stephan nach Wien anordnete, rief im ganzen Land einen Schrei der

---

[1]) Ib. I, 268. Repraesentatio Congregationis Bihariensis de die 26. Octobris 1789: »Hungaris sine Diaeta Tributum imponere tantum est, quantum Anglis sine Parlamento, id enim non minus expressa Lege, nec minus interrupto ejus usu apud Hungaras, quam apud Anglos cautum est.« Cf. Schlözers Staatsanzeigen XIV, 179: »Aus Ungarn über Joseph II.« Rescript vom 28. Januar 1790: »Aber womit könnte zum Beispiel ein König von England entschuldigt werden, wenn er die Parlaments zwar dem Namen nach beybehalten, aber sie aus aller Activität setzen wollte?« Aus diesem Anlasse erschien eine besondere Flugschrift, deren Autor eine umfassende historische Parallele zwischen den beiden Staatseinrichtungen zieht. (»De Potestate Regis Angliae« 1790).

[2]) Siehe zum Beispiel Humillima perpetuoque Fidelis Universitas Comitatuum Pest, Pilis et Solth articulis unitorum. (De die 1 Mensis Martis 1790.) Collectio Repraes. I, 14: »... arbitraria, et cum contemptu omnium pactorum Legum et Libertatum per Augustissimum Josephum II. ultra novem annos usurpata potestas . . .«

[3]) Über die diese Frage betreffenden Debatten auf dem Siebenbürger Reichstag 1790 siehe Zieglauer: »Die politische Reformbewegung in Siebenbürgen in der Zeit Josephs II. und Leopolds von Toscana.« Wien 1881.

Entrüstung hervor. Alle Beamten sträubten sich dagegen und es bedurfte der Tatkraft des Kaisers, die ungarische Kanzlei zum Gehorsam zu vermögen. Einen ganzen Monat zog sich die Sache hin. Am 5. März 1784, an welchem Tage die Schreckensnachricht zum erstenmal laut wurde, erklärte der Kanzler Esterházy dem Kaiser »alleruntertänigst«, »er könne nicht daran denken, die heilige Krone zu überführen, denn dies wäre ein Verfassungsbruch« [1]). Joseph II. setzte hierauf kurz seine Grundsätze auseinander: »Ich sehe keinerlei Schwierigkeiten in der Überführung der Krone. Sie kann keinen besseren Aufbewahrungsort finden als in Wien; wo der Monarch residiert, dort hat sie zu sein, denn sie ist sein bewegliches Eigentum. Wien und Ungarn sind für mich gleichbedeutend (Viennam qua Hungariam existimo). So lange meine Untertanen nicht von der Überzeugung durchdrungen sind, daß die Kraft der Monarchie in der Einheit aller Teile, aller Nationen, aller Glaubensbekenntnisse liegt, so lange werden alle Maßnahmen unnütz sein und nicht zu dem Ziele führen, das ich von ganzem Herzen anstrebe.« Nach dieser schroffen Abweisung schien alle Hoffnung vergebens. Aber die Frage war zu wichtig, als daß die ungarische Kanzlei so rasch nachgegeben hätte; drei Tage nach dem Erscheinen des Erlasses, am 2. April 1784, wurde ein letzter verzweifelter Versuch gemacht, den Kaiser von seiner Absicht abzubringen; man wollte ihm Furcht einflößen durch die Behauptung, »eine solche Verletzung grundlegender Gesetze werde Unruhen in der Bevölkerung und endlose Proteste hervorrufen« [2]). Joseph

---

[1]) De eo, ut Sacri Regni Corona extra Regnum transferatur, humillima Cancellaria haec Aulica cogitare non potuit, cum eidem publicae Regni Constitutiones et conditiones diplomaticae optimae perspectae fuerint, ut Sua Majestas Sacratissima Regni Coronam cum reliquis Insignibus juxta veterem Regnicolarum consuetudinem legesque patrios percertas de eorum Medio unanimiter ad hoc delectas et deputatas Personas saeculares in hoc Regno conservet.«

[2]) »Quare cum humillima Cancellaria haec Aulica parte ex una nullum peculiare Monarchiae commodum ex hac Coronae Translocatione eventum perspiciat, parte vexo (sic!) ex altera per hanc expressam Legum violationem magnum animorum motum apud Regnicolas excitandum, Repraesentationesque complures submittendas fore pro videat . . .«

fand es nicht der Mühe wert, darauf auch nur zu antworten, und ließ die gleichlautenden Vorstellungen der Statthalterei vom 8. April 1784 ebenfalls unberücksichtigt[1]).

Er befahl, die Krone ohne weiteren Aufschub am 13. April 1784 aus Preßburg herüberzubringen — allerdings mit gebührenden Ehren und unter dem Geleite von vier Leibgardisten. In des Kaisers Absicht lag es ja durchaus nicht, die nationalen Gefühle der Ungarn zu verletzen; er tadelte streng den Kommissär, der den österreichischen Herzogshut heimlich, in einer Mietskutsche, unter dem Mantel versteckt, wie ein gestohlenes Gut in die Wiener Burg brachte[2]). Aber die Beobachtung der äußeren Form vermochte die Ungarn nicht über den Kern der Sache zu trösten. Wenn man Geißlers Worten Glauben schenken darf, so meldeten sich die vier Gardisten krank, um nicht dem traurigen Auftrag gehorchen zu müssen; die Kronhüter sperrten die Kammer ab und steckten die Schlüssel zu sich, weshalb im entscheidenden Augenblick ein Schlosser geholt werden mußte, um die Tür zu sprengen. Das Volk umstand das Schloß und weinte; die Erregung stieg aufs höchste, als beim Heraustragen der Krone plötzlich drei Donnerschläge aus dem bisher heiteren Himmel erdröhnten; man hielt dies allgemein für ein böses Vorzeichen, das für jene Entheiligung mit Strafe drohte.

In der Tat handelte es sich ja hier nicht so sehr um die Verletzung einer althergebrachten Sitte, als geradezu um die Existenz der ungarischen Verfassung. Das fühlten die Magyaren und gaben Joseph zu verstehen, daß er sie nicht mit seinen Erzählungen hinters Licht führen könne. Die Anhänger des Kaisers bemühten sich, die Ungarn zu beschwichtigen. Sie erinnerten daran, daß die Krone des hl. Stephan nicht nur in Prag, wohin sie Wladislaw II. hingebracht habe, sondern auch schon einmal unter Friedrich III. in Wien gewesen sei; ja sogar die Türken hätten sie schon besessen. Auch wollte man die Ungarn glauben machen, die Anhänglichkeit an die Krone sei nur ein rückständiger Aberglaube; sie aber waren

---

[1]) Diese Proteste hinterliegen in dem U. A. Kanzley-Archiv, No. No. 3454, 3455, 3682.

[2]) Geißler. Op. cit. V, 87—88.

durch nichts einzuschläfern; es hagelte Proteste, was übrigens die Hofkanzlei vorausgesagt hatte. Einstimmig erklärten die Ungarn den »unerwarteten, betrübenden Befehl« für einen Verfassungsbruch, für eine Gesetzeswidrigkeit, und forderten, man solle die Einwilligung der Nation für diesen Vorgang einholen [1]). Die Vertreter der Fremdmächte melden wiederholt, daß Unzufriedenheit im Lande herrsche und daß man überall in Ungarn bittere Klagen erhebe. Doch alles war umsonst. Dem Kaiser riß schließlich die Geduld und er schrieb auf den Rand des Protestes, den das Soproner Komitat überreicht hatte: »Spectatum admissi; risum teneatis, amici« [2]). Er hielt, ebenso wie sein Anhänger Geißler, alle Vorstellungen für »lächerliche Deklamationen«.

IX.

Konstitutionelle Opposition und politischer Separatismus in den deutschen Erblanden.

So gehorsam die deutschösterreichischen Erblande auch waren, so lebte doch selbst dort noch bei den Ständen die stolze Erinnerung an eine reiche und glänzende Vergangenheit. Maria Theresia hatte wohl ihre Privilegien stark zugestutzt, aber als Joseph sie ihnen gänzlich nehmen wollte, erhob sich lebhafter Widerspruch. Die Steirer stellten kühn die Prärogative des Monarchen und die des Landtags in eine Reihe.

---

[1]) Zum Beispiel: Repraesentatio Congregationis Temesiensis de die 12. Maji 1784: »Undecunque majoribus nostris haec S. Coronae tam anxia cura provenit, sive quod Sacerrimum hunc Thesaurum summa veneratione prosecuti sint, sive ponb per id jura summae potestatis Regi Ordinibusque communia ostendere sive quod vinculum hoc esse inter Regem et Regnum esse voluerint, id certum est et eos ita sensisse et nobis posteris imposuisse, ut potiorem ejus, quam salutis curam haberemus . . . Illud certum est, cum homines sensa non aliter quam signis designare possint, necessarium esse, ut fides, cuinque etiam Deo, qui intimos vidit recessus, dato externo quodam Signo demonstretur et confirmetur.« Das Sopronyer Komitat nahm diese Nachricht »cum inexprimabili moerore et animorum nostrorum perturbazione« auf. (Siehe die Protokolle in der »Collectio Ordinationum«, Pars I passim.)

[2]) Zum Beispiel: D. A. Clemens à Stutterheim le 17 avril 1784.

»Die alte und die neue Geschichte lehren uns« — so schreiben sie — »daß der Herrscher eines monarchischen Staates ohne Mitwirkung der Stände unmöglich ruhig und glücklich regieren kann. Aber auch diese versinken ins unbedeutende Nichts, wenn sie sich einmal von ihrem Gebieter abwenden« [1]). Die Tschechen klagten, »der verstorbene Kaiser, dieser große, weise Staatslenker, habe die Stimmen seiner treuen, biederen Stände zu wenig beachtet«. Sie erinnerten voll Bitterkeit, aber nicht ohne Stolz daran, daß in alten Zeiten »nicht der Monarch, sondern die Stände die grundlegenden Gesetze verfaßt« und daß »die von ihnen erwählten Fürsten und Könige nur so viel Macht besessen, als ihnen die Stände zu verleihen beliebten« [2]). Die niederösterreichischen Stände überreichten Leopold eine Klagschrift, die folgenden sehr charakteristischen Titel führte: »Über die gänzliche Zerrüttung der alten Verfassung und Hemmung des ständischen Einflusses in den Landesgeschäften« [3]). Sie schätzten ihre Rolle sehr hoch ein: »Die treugehorsamen Stände bitten E. M., sie des vollsten Vertrauens zu würdigen und ihnen freie Meinungsäußerung zu gestatten. S. M. kann doch von der Devotion und Bereitwilligkeit der Stände um so mehr überzeugt sein, als diese ihr Land jedenfalls selbst am besten kennen und daher unmöglich etwas raten werden, was dem allerhöchsten Dienst zum Schaden gereichen könnte« [4]). Die gleichen Ideen und Klagen erfüllten, mit geringfügigen Variationen, das ganze Land.

---

[1]) St. A. Recens a/1 1016 Graz im offenen Landtage den 13. Juli 1790.

[2]) W. A. IV. H. 2, Karton 517: An S. M. Bericht der treugehorsamsten böhmischen Stände vom 4. September 1790: ». . . daß sie ihre Fundamentalgesetze nicht von ihrem Landesfürsten erhielten, sondern solche sich selbst gaben . . . ihre Fürsten und Könige selbst wählten, letztere daher nicht mehr Macht hatten, als ihnen die Stände bei der Wahl oder Annahme übertrugen.«

[3]) W. A. IV. H. 2, Karton 529. Beschwerden der gesamten niederösterreichischen Stände vom 15. April 1790. Teil I, § 1.

[4]) W. A. IV. H. 3, Karton 637: »Der zu Hungarn und Böhmen K. Apostolischen Majestät Joseph II., Erzherzog zu Österreich, unserem allergnädigsten Fürsten und Herrn von den treugehorsamsten N.-Ö gesammten Ständen im allerunterthänigsten Gehorsam zu übergeben. Den 9. November 1781.«

Die Frage der Krönung, die in Ungarn so viel Staub aufwirbelte, wurde auch hier nicht stillschweigend übergangen. Die versammelten Stände forderten von Leopold im Jahre 1790, er solle sich in jedem Lande besonders huldigen lassen und einem jeden besonders den Eid leisten, wie dies den ältesten Verträgen entspreche. Die Tiroler begründeten ihre Forderung folgendermaßen: »Die Zeremonie der Eidesleistung dient nicht bloß dazu, die Untertanen zur Treue gegen den Herrscher zu verpflichten — ein braver Untertan denkt ohnedies nicht an einen Treubruch —, sie bestätigt auch den formellen Kontrakt, den der Monarch mit allen Ständen abschließt und der ihn verpflichtet, schriftlich und mündlich die Freiheiten und Privilegien des Landes zu erneuern und zu bestätigen« [1]). Die Regierung erkannte die ganze Bedeutung dieser Forderung: »Man kann aus der Eile, mit der die Stände ihre Wünsche darlegen, folgern«, schreibt Kolowrat anläßlich einer analogen Forderung der Steirer, »daß sie eine Bestätigung der Privilegien erschleichen wollen, da sie sie nicht auf geradem Wege erreichen können« [2]).

Wie in Ungarn war die Huldigung auch hier bloß das Symbol der Staatsordnung, um die die Stände trauerten. Diese Staatsordunng kam dem Föderalismus nahe und mit der Reaktion gegen Josephs Einheitsbestrebungen erwachte auch der alte Lokalpatriotismus wieder, den eine Reihe von Monarchen eifrig zu unterdrücken gesucht hatte. Auch das kleine Oberösterreich fand, »das Land ob der Enns benötige eine eigene Verfassung, die sich von derjenigen der übrigen Erblande unterscheiden müsse« [3]). Schlesien wollte nicht mit Mähren zu

---

[1]) W. A. IV. H. 3, Karton 681. Tirol. Landtagspostulata. Relation des zum offenen Landtage in Tirol im Jahre 1790 bevollmächtigten k. k. Hofkommissars Grafen von Enzenberg vom 3. Dezember 1790, § 16.

[2]) W. A. IV. H. 2, Karton 523. »Protocoll der b. ö. Hof-Kanzley, die ständischen Beschwerden betreffend vom 23. März 1791.«

[3]) W. A. V. B. 1. Karton 627. An S. M. Leopold II. a. u. Anlangen deren oberösterreichischen Stände. Den 31. März 1790. Cf. ib. IV. H. 3. Karton 683: Vorstellungen und Bitten der ständischen Deputierten Tirols um Bestätigung ihrer Landesfreiheiten. Den 2. Dezember 1790, § 12: »Bitten die Stände, daß von dem angenommenen Gleichheitssystem ab-

einer Provinz vereinigt werden; es erinnerte daran, »daß die früheren Piasten den böhmischen Königen, aber nicht dem mährischen Markgrafen den Lehenseid geleistet hatten«. Freilich handelte es sich nicht allein um den »Verlust des Prestige«, sondern auch um rein praktische Dinge. Troppau verlor durch die Versetzung der Behörden nach Olmütz fünfzigtausend Gulden jährlich; die Schlesier schoben aber dennoch ihre patriotischen Klagen in den Vordergrund. Erinnerungen rissen sie hin, sie verlangten die Abtrennung der Herzogtümer von Sator und Auschwitz von Galizien und ihre Wiedervereinigung mit Schlesien [1]. Die krainischen Stände wieder fühlten sich verletzt, daß ihre Räte in der neuen Gubernialbehörde für »Innerösterreich« weniger Gehalt bekamen und einen niedrigeren Rang einnahmen als die steirischen; hatten doch beide dieselben Lasten zu tragen [2].

Als Zeichen ihrer Unabhängigkeit galt den Ständen auch die Erneuerung des feierlichen Zeremoniells bei der Eröffnung der Landtage; sie forderten einen Ehrendienst für die erwählten Amtspersonen und deren Vorsitz in allen Komissariaten, wo sie mit den Kronbeamten gemeinsam arbeiten mußten, ferner eine Ehrenleibgarde, Posaunenbläser, Trommler, Hornisten und livrierte Dienerschaft [3].

Die Zentralgewalt, die durch zehn Jahre so rücksichtslos mit den Landtagen verfuhr, hatte sie mißtrauisch gemacht; sie forderten nunmehr, ständig zwei Agenten bei Hofe halten und in besonderen Fällen dem Monarchen eine Deputation senden zu dürfen. Voll Bitterkeit erinnerten sie sich daran, daß »dieses Privilegium unter dem verstorbenen Kaiser den

---

gegangen und alle künftige für das Land ergehende Verordnungen nicht aus dem Gesichtspunkte der Gleichheit oder weil solche für andere Erbstaaten zweckmäßig gefunden worden, sondern nur mit Rücksicht auf die Verfassung, Localitäts-Umstände und übrige Verhältnisse abgefaßt werden möchten, da das Land Tyrol mit den übrigen Erbprovinzen in keine Parallele gesetzt werden könne.«

[1]) W. A. IV. H. 2. Karton 526. Desiderien der schlesischen Stände. II. Abteilung, § 6, und I. Abteilung, § 1.

[2]) W. A. IV. H. 2, Karton 523. Krainerisch-ständische Bitten. Den 26. Juli 1791.

[3]) D'Elvert: »Die Desiderien der mährischen Stände« 1864, 7—9.

treugehorsamen Staaten entzogen worden sei«[1]). Doch auch lokale Vertreter ihrer Interessen forderten sie; an der Spitze ihrer provinzialen Verwaltung solle ein Mann stehen, der zu den ihrigen gezählt werden könne. Früher entsprachen diesen Anforderungen die Vorsitzenden der Landtage, die sich mit dem Gouverneur in die Verwaltung der Justiz und Administration teilten. Die Stände beriefen sich einstimmig auf ihre alte Verfassung und baten, die frühere Ordnung wieder einzuführen, wobei sie der Regierung wenigstens das eine Recht einräumten, einen von mehreren durch die Stände erwählten Kandidaten, der ihr am genehmsten sei, zu ernennen[2]).

Doch dieser eine Mann genügte noch nicht zu einer beständigen und regelmäßigen Überwachung des ganzen Geschäftsganges. Man wollte auch besondere Beamte, die ausschließlich für die Interessen der Stände wirkten. Man hatte sie bei der Hand; es waren die Mitglieder der ständischen Ausschüsse. Erst 1790 sprachen die Stände offen ihre Meinung über die betreffende Reform Josephs aus. Begeistert kämpften sie für die »durch Jahrhunderte geheiligten Rechte, wiesen auf den Verfall des ständischen Kredites und auf die Unordnung in der Verwaltung hin; alles das sei ja nur eine Folge der »lähmenden Verordnungen des Kaisers«. Diese hatten »die Verfassung fast vollständig gestürzt«, wie sich die Mitglieder des steirischen Landtages unumwunden ausdrückten; »zur großen Schmach und zum Ruin der Stände«, fügten die Mährer hinzu[3]).

[1]) Siehe zum Beispiel St. A. Recens a/1, 1016. Beilage A. Wiedereinführung der ständischen Verfassung und ihrer Wirksamkeit. Den 27. Februar 1790, § 2: »Bitten die treugehorsamsten Stände bei Ihro Majestät Hoflager einen Repräsentanten halten zu dürfen.«

[2]) D'Elvert, op. cit. 8—10, 11—12; W. A. H. 2, Karton 519. Allgemeine Beschwerden der böhmischen Stände. Den 4. September 1790. I. Abteilung. Dritte Beschwerde, § 3: »Den Oberstlandesofficieren, die vormals der k. Landtafel beygesessen sind, die freie Beiwohnung und der Sitz mit jenem Stimmungsrecht, so sie daselbst ausübten, einberäumt werden möchte.« Cf. St. A. l. cit. § 1. »Daß den Ständen das altgebrachte und durch Jahrhunderte ausgeübte Recht bei Abgang eines Landhauptmannes 72 Individuen zu wählen und E. M. vorschlagen zu dürfen wieder eingeräumt werde.«

[3]) Siehe zum Beispiel d'Elvert, op. cit. 11: »Ist solcher (der Landesausschuß) zur großen Empfindlichkeit und mit nicht geringem Nachteil der Stände und des höchsten Dienstes selbst im Jahre 1784 aufgehoben

Die Städte baten um vollständige Freiheit bei der Wahl ihrer Magistrate; die Kreishauptleute sollten sich nicht hineinmischen. Sie wünschten Einführung der alten Wahlordnung. Die stolzen Patrizier konnten sich nicht mit dem Gedanken befreunden, daß sie um die Gunst »von Handwerkern und Fabriksleuten werben sollten, von denen man unmöglich richtige Urteile über die Fähigkeiten und Verdienste der Kandidaten erwarten durfte« [1]. In Görz hingegen gerieten zur selben Zeit die Handwerker und Fabriksleute in Verzweiflung, weil sie niemand aus ihrer Mitte zum »capo« wählen durften, denn von 1784 an »dalla fatal' epoca« konnten nur solche Leute Mitglieder des Magistrats werden, die die juridischen Prüfungen bestanden hatten. Unsere bürgerliche Verfassung hat fünf Jahrhunderte gedauert — klagten erregt die leicht erhitzten Italiener — und unser Land gedieh und bildete treue Untertanen heran, die ihren Herrscher liebten; jetzt sind wir isoliert, vernichtet, dem Schicksal preisgegeben, denn nun gibt es unter uns keinen Menschen, der uns schützte. Wir könnten Bände über das Elend schreiben, das diese Verordnung über die unglückliche Stadt (questa misera città) gebracht hat [2]; zum Überflusse wurden dem neuen Magistrat so viel Geschäfte aufgeladen, daß er sich »gar nicht mehr auskannte« [3].

---

worden. E. M. werden selbst die Nothwendigkeit der abermaligen Errichtung dieses Ausschusses erleuchtest erkennen, da die Landtage nur selten abgehalten werden . . . wohingegen bei dem beständigen Landesausschusse die Ordnung in allen ständigen Anliegenheiten, besonders aber bei ihrem so häcklichen und wichtigen Creditwesen erhalten.«

[1]) W. A. IV. H. 2. Karton 529: »An S. M. den Durchlauchtigsten, Großmächtigsten Apost. König zu Hungarn und Böheim etc. Der treugehorsamste Magistrat der Haupt- und Residenzstadt Wien als niederösterreichischer halb-vierter Landesstand« — das heißt, Wien hatte für sich 1/2 (?) Stimmen, die dem 4. Stande des Landtages angehörten. Cf. d'Elvert: »Desiderien der mährischen Stände«, 99.

[2]) W. A. IV. H. 2. Karton 552: Alla Sua Regia et Apostolica Maestà di Leopoldo II. Re d'Ongheria e Boemia, Arciduca d'Austria e Gran Duca di Toscana pleno titulo Gl'entro scritti Cittadini di Gorizia 16 Aprili 1790.

[3]) Ib. Narrazione Storica dei Sistemi delle Provincie di Goricia e Gradisca 17 Giugno 1790: »L'effetto di tutte queste concentrazioni, e delle moltiplicate agenda che ha questo Magistrato, non corrisponde

Die zahlreichen Polizeirapporte, die nach Wien geschickt wurden, beweisen, wie wenig die städtischen Magistrate ihre Sache verwalten konnten und wollten, die Lage der Städte schien nicht sehr glänzend. So berichtet der Grazer Polizeidirektor am 16. September 1787 an seine oberste Behörde: »Der Magistrat vernachlässigt einerseits seine Pflichten gegen die Armen, denen er sehr wenig Hilfe zukommen läßt, andrerseits unterstützt er die Bäcker und Fleischer, die dann tun, was er will.« Der Polizeidirektor zählt hierauf alle herrschenden Mißstände auf, klagt über den Mangel an Sicherheit, über den gesundheitswidrigen Zustand der Häuser und Straßen, die schlechte Beleuchtung, die Aneiferung »zu gröbstem Aberglauben«, das heißt zu Prozessionen und Wallfahrten, und schließt mit einem scharfen Tadel gegen die städtische Selbstverwaltung: »Aus vorhergehendem kann die löbliche Polizeihofstelle ersehen, daß die Polizei in gar keiner Provinz, am wenigsten aber in Steiermark imstande ist, die Vorschriften S. M. zu befolgen, so lange eine wichtige Sache der Kompetenz zweier Behörden unterliegt und der Magistrat sich hineinmischen darf« [1]. — Auf die Städtereform Josephs fand von zwei Seiten ein Angriff statt: die Opposition meinte, dem Magistrat seien die Hände gebunden und deshalb könne er nichts Gutes auswirken, die Bureaukratie hingegen hielt seine Macht für zu ausgedehnt, um Übles schaffen zu können.

X.

Erfolge der konstitutionellen Opposition in den verschiedenen Teilen der Monarchie.

Die vereinte Opposition der Stände war nicht umsonst gewesen. 1789 und 1790 mußte sich die Regierung zur Nachgiebigkeit herbeilassen. Angesichts der drohenden Revolution führte der bevollmächtigte Minister in Brüssel mit den Erlassen

all' intenzione buona, che si ebbe addosargliele, perchè affollato giornalmente del concorso di truppi di villani delle concentrate giurisdizioni... da tutte le altre agenda politiche e giustiziale, che sono continue senza interruzione con un metodo di perpetuo scrivere moltiplicato, e materiale, lo hanno ridotto a non poter supplire.«

[1]) W. A. Polizei-Akten v. X.

vom 20. und 21. November 1789 die Ordnung wieder ein, die vor dem ersten Jänner 1787 bestanden hatte. Allerdings nützte dies dem Kaiser nichts mehr: die Revolution brach aus und die Belgier nahmen sich selbst, was sie von ihrem Monarchen jetzt, da er schwach und krank war, nicht annehmen wollten und was er ihnen, da er noch auf dem Höhepunkte seiner Macht gestanden war, nicht freiwillig gegeben hatte. Im Dezember 1789 wurden die österreichischen Truppen aus Belgien verjagt und die Stände versammelten sich in allen Provinzen; im Jänner des darauffolgenden Jahres wurde ein Kongreß sämtlicher ständischer Vertreter berufen; die Konseils und Verwaltungsbehörden wurden wieder hergestellt und von dem bureaukratischen österreichischen Regime blieb keine Spur mehr zurück. Leopold siegte zwar über die Insurgenten, er war aber weise genug, den josephinischen Reformen zu entsagen; nur die Jakobiner in Frankreich erinnerten die Belgier an die despotische Regierung Josephs II.

In Ungarn kam es zu keiner Revolution; dort erreichte man das Ziel auf friedlichem Wege. Mit dem Erlasse vom 18. Dezember 1789 fügte sich der Kaiser den zwingenden Umständen, denn im Innern des Landes wühlten die aufrührerischen Elemente und von außen drohte der Krieg. Der Monarch versprach, den Reichstag zu berufen und sich in der Folge krönen zu lassen, nur friedliche Zeiten und eine Besserung seiner Gesundheit möge man abwarten. Der Tod hinderte ihn an der Ausführung seiner Absicht; Leopold jedoch löste das gegebene Versprechen ein Der Reichstag versammelte sich 1790, er war einer der längsten und stürmischesten. Allerdings brauchte er nicht mehr gegen die Bureaukratie zu kämpfen; denn mit dem Reskript vom 28. Jänner 1790 hatte der Kaiser selbst seine Waffe zerschlagen, indem er sich verpflichtete, »die gesamte Verwaltung, die vor 1780, dem Todesjahr der seligen Kaiserin, bestanden habe, wieder einzuführen«. Da nun die administrative Reform erst nach dem Hinscheiden Maria Theresias durchgeführt wurde, so erlangten Städte und Komitate ihre frühere Selbstverwaltung wieder.

Fast den gleichen Erfolg errangen die deutschen Erblande. Joseph gab ihnen zwar um kein Jota nach, sein weiser Nach-

folger Leopold sah hingegen ein, daß man ihnen die Möglichkeit gewähren müsse, ihre Desideria vorzubringen. Am 1. Mai 1790 erging an alle Gouverneure der Befehl, »unverzüglich und den gesetzlichen Bestimmungen gemäß die Landtage zu berufen«. »Schon im Interesse des Staates« sollten diese befragt werden, »wie die frühere ständische Verfassung, ohne allzu große Belastung des Landes und der Finanzen, am besten wiederherzusellen sei«; man lud die Stände zu diesem Zwecke ein, »dem Hofe alle Klagen, Gravamina und Wünsche« vorzubringen. Die Resolution vom 12. März 1790 erlaubte den Ständen, Vorstellungen und Proteste einzureichen, die Verfassungsänderungen oder die Herausgabe neuer Gesetze betrafen; die Landtage durften sich in jedem Frühjahr versammeln und die Regierungskommissäre behielten sich bloß das Recht vor, über den Gang der Verhandlungen zu wachen. Auch wurde den Landtagen das Recht eingeräumt, Abgeordnete zu erwählen, die ohne vorherige Erlaubnis der Regierung Vorstellungen zu überreichen hatten. Damals wurden auch die verschiedenen provinzialen Ehrenämter wiederhergestellt, unter der Bedingung, daß die Regierung sie bestätige; die Ausschüsse, wie sie vor 1764 bestanden, erlebten ebenfalls eine Auferstehung [1]). Weniger Rücksicht übte Leopold gegen die Städte; die Wahlordnung blieb dieselbe wie unter Joseph II. und die Regierung fuhr fort, die städtischen Beamten als ihre Diener anzusehen [2]). Im allgemeinen durften sich aber die ständischen Korporationen in allen Teilen der Monarchie eines gewaltigen Sieges über die absolute königliche Gewalt und die zentralistische Bureaukratie rühmen.

XI.

Kulturelle Opposition und Separatismus in Tirol, Galizien, Görz und Ungarn.

Mit dem politischen Separatismus in den einzelnen Teilen der habsburgischen Monarchie ging auch der kulturelle Hand in Hand. Wer aus einer Provinz in die andere herüber kam,

---

1) Patent vom 22. April 1791, § 11.

2) D'Elvert, op. cit. 177.

wurde dort als Fremder angesehen und erhielt er gar eine Anstellung im Dienste, so erhoben sich Klagen ohne Ende. »Diese Gewohnheit ist in letzter Zeit zur Regel geworden«, bemerkten die Tiroler. Diese Eindringlinge mit ihren abscheulichen Eigenheiten und ihrer widerlichen modischen Ausdrucksweise trugen, nach der Ansicht der Stände, nur Sittenverderbtheit in die einst patriarchalischen Zustände hinein: »Das Gift der französischen ‚Influenza' (sic!) wirkte so stark, daß es sogar durch die dicken Schafpelze der Ungarn und Polen gedrungen ist; jetzt werfen sie mit Abscheu die ihnen vorgebundene Maske ab und greifen nach dem Geschmeide ihrer Vorfahren, das sie mit beiden Händen festhalten. Aber, liebe Landsleute« — fährt pathetisch der Redner fort — »war nicht mit unserer nationalen Tracht auch Treu und Gewissen ein charakteristisches Merkmal unserer Ahnen und sind wir nicht verpflichtet, sie auch unseren Nachkommen zu überliefern?« [1])

Die Polen und Ungarn legten in der Tat in den letzten Lebenstagen Josephs II. ihrer Väter Pelze und Kontusche an. Die Versuche einer Germanisierung Galiziens begegnete dem hartnäckigen Widerstand der Polen, die sich angesichts der drohenden Gefahr eng zusammenschlossen. Unter Josephs gestrenger Regierung hatte das Deutschtum noch einigen Erfolg. Die Notwendigkeit zwang die meisten, das fremde Idiom zu erlernen, und die Korrespondenten der offiziellen Presse schrieben an ihre Redaktionen, »die deutsche Sprache finde in Galizien immer mehr und mehr Verbreitung ... Die Polen studierten sie eifrig, denn sie zeigten für Wissenschaft und Kunst große Fähigkeiten« [2]). Doch von diesem aufgezwungenen Studium bis zur freiwilligen Annahme einer fremden Kultur war noch ein weiter Weg; bei dem ersten Anlaß protestierten die Polen gegen das gewaltsame Aufdrängen der Sprache und der staatlichen Einrichtungen: »Kaum war Galizien mit der Monarchie vereinigt, als man dem Lande eine Verfassung verlieh, die allen seinen jahrhundertelangen Gewohn-

[1]) W. A. IV. H. 3. Karton 684. An S. k. k. Ap. M. Die von allen vier Ständen des Landes Tirol abgeordneten Deputierten. Den 14. Dezember 1790, § 6.

[2]) Gazette des Pays-Bas, 1787, Nr. 55, Supplément.

heiten diametral entgegengesetzt war. Es verlor seine politischen Rechte, seine Gesetze, seine vertretenden Behörden. Man hielt nicht nur die Eingeborenen von der Verwaltung fern, sondern führte eine Sprache ein, die nur wenigen Beamten geläufig war«[1]). Trotzdem es hieß, in Galizien werde eifrig Deutsch gelernt, gab es doch so wenig Leute, die dessen mächtig waren, daß die Advokaten mit schwerer Mühe Konzipienten für ihre Kanzleien finden konnten; sie mußten zu diesem Zweck in alle Provinzen Anzeigen versenden[2]). Die Regierung sah ein, welche Schwierigkeiten sie geschaffen hatte und mußte wohl oder übel ihre Verfügungen wenigstens für einige Zeit aufheben und das Lateinische als offizielle Sprache weiter gelten lassen[3]). Die Sache zog sich in die Länge, weshalb Joseph II. die Verwirklichung seiner Pläne nicht erlebte; der Erlaß vom 27. März 1788 verschob die Einführung des Deutschen als Geschäftssprache auf den 1. November 1790; um diese Zeit ruhte der Kaiser schon in der Gruft und seinem Nachfolger lag es fern, auf der unpopulären und seiner Meinung nach unnötigen Maßregel zu bestehen.

Die Görzer fügten sich zwar in ihr Los bis 1790; dann reichten aber auch sie ihre Vorstellung ein, worin sie in übertriebenen Ausdrücken das Elend schilderten, das die Einführung der deutschen Sprache über das Land gebracht habe.

---

[1]) W. A. IV. H. 2. Karton 124. A Sa Sacrée Majesté de la part des députés de la Galicie la très soumise requête avec le précis de leurs respectueuses demandes à l'effet d'obtenir là-dessus la suprême décision. Le 8 février 1793. Es ist charakteristisch, daß diese Bittschrift in der neutralen französischen Sprache verfaßt ist. Cf. Ib. V. B. 1. Karton 600. Instruktion vom 26. Februar 1790 an die Abgeordneten, die für Wien bestimmt sind: »... Quod extranei omnia et singula Patriae hujus munera varia specie occupaverint, quinimus ut ab iisdem gerendis Indigenas amoverent, linguae nobis externae imo paene ignotae usum lege fundari procuraverint.« Hier ersetzt das Latein das Französische; aber es ist interessant, daß die Instruktion nicht deutsch verfaßt ist, trotz »strengsten« Befehls.

[2]) Gubernialverordnung für Galizien vom 24. August 1788.

[3]) W. A. V. C. 1 Karton 1649. A. u. Vortrag der k. Hof-Compilation-Kommission vom 29. Mai 1784: »Es ist erforderlich, das Gesetz in lateinischer Sprache, und zwar damit sich nicht ein irriger Begriff einschleiche, unter hierortiger Aufsicht übersetzen zu lassen.«

Die Stadt sei ohne Magistrat geblieben; in die Verwaltung hätte sich Unordnung eingeschlichen; alle seien verarmt und daher gegen den »erhabenen Thron, der die Verfassung gestürzt«, erbost, während früher »die guten Bürger treue Untertanen waren und die Majestät ihrer Herrscher verehrten, für die sie gern ihr Blut zum Zeichen ihrer Ergebenheit vergossen . . . Gegenwärtig kann man das einst blühende Land mit einer Wüste vergleichen« [1]). Die Tschechen baten ebenfalls, wenn auch in sehr gemäßigten Ausdrücken, es möge ihnen der Unterricht in der lateinischen und tschechischen Sprache, statt der deutschen, gewährt werden; »ohne Latein kann die studierende Jugend nicht die höheren Schulkurse beendigen und ohne Tschechisch kann kein einziger Prediger in böhmischen Dörfern seines Amtes in gebührender Weise walten« [2]).

Am stärksten war, wie zu erwarten stand, die nationale Opposition in Ungarn. Der Erlaß, welcher die Einführung der deutschen Sprache betraf, überzeugte die Magyaren, daß ihrer Unabhängigkeit die letzte Stunde geschlagen habe. Die josephinische Presse jauchzte über »die Abschaffung der lateinischen Sprache, die so viel Mißbräuche geschaffen« [3]). Aber die Lobpreisungen verhallten inmitten des Lärmen unzufriedener Stimmen. Die Vertreter der öffentlichen Meinung im Auslande waren entschieden gegen die Reformen. Der berühmte Schlözer, »den selbst Maria Theresia fürchtete«, brachte in seiner Zeitung eine Reihe von Korrespondenzen aus Ungarn, in denen man sowohl die kaiserlichen Maßnahmen als »erniedrigend für die Nation« bezeichnete, als auch darauf hin-

---

[1]) W. A. IV. H. 2. Karton 522. Bittschrift vom 16. April 1790.

[2]) W. A. IV. H. 2. Karton 513. Ständische Desideria und Beschwerden. Böhmen. § 7. Cf. Ib. Karton 519. Allgemeine Beschwerden der böhmischen Stände, II. Abteilung, § 16, den 27. November 1790: »Und da die treugehorsamsten Stände bereits oben bewiesen haben, wie nothwendig es sey, auch dem der deutschen Sprache nicht ganz kundigen Theil der Jugend die Gelegenheit zur Fortsetzung der höheren Studien zu verschaffen, so nehmen sie die ehrfurchtsvolle Freyheit, ihre gegenwärtige Bitte noch dahin zu erweitern, damit vorzüglich in der Stadt Prag die böhmische Sprache auf den Gymnasialschulen wieder in Übung gebracht werden möchte.«

[3]) Gazette des Gazettes. De Vienne le 10 juillet 1784.

wies, daß jedes Volk notgedrungen in allen Fällen die Muttersprache gebrauchen müsse[1]). Joseph sah selbst ein, welche üble Folgen seine Reformen nach sich zu ziehen drohten. Das veranlaßte ihn, sich vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, indem er alle Schuld auf die beim Volke unbeliebte ungarische Kanzlei schob. Feßler behauptet, der Kaiser habe den Grafen Eszterházy gefragt, ob es den Magyaren willkommen wäre, wenn statt der lateinischen die ungarische Sprache als Geschäftssprache eingeführt würde? Die Räte verneinten dies da sie das magyarische Idiom fast vergessen hatten und auch fürchteten, daß es sich als Amtssprache nicht eigne; damals gab sich Joseph den Anschein, als wolle er bloß eine tote Sprache durch eine lebendige ersetzen und als habe er dies nur auf den Rat von Persönlichkeiten unterlassen, die an der Sache interessiert und darin erfahren seien. Die weitere Anwendung des Lateinischen sei aber undenkbar und so habe er Deutsch an seine Stelle gesetzt[2]). Die Magyaren ließen sich aber mit solchen Ausflüchten nicht ködern und es verletzte Sie, wie Jacobi sagt, »keine Neueinführung derart wie diese« [3]). Vom ungarischen Hofkanzler unternommen, stieß sie auf lebhaften Widerstand; der Kanzler bat, die Frist zu verlängern, die den Beamten und Advokaten zur Erlernung der deutschen Sprache gewährt ward, und er konnte nicht genug daran erinnern, wie gesetzwidrig die Reform sei. Der erzürnte Kaiser erteilte endlich auch hier eine seiner scharfen Antworten, die wie Donnerschläge auf das Haupt selbst der höchsten Würdenträger herniederdröhnten: »Die Kanzlei könnte mich mit ihren Ratschlägen verschonen. Ich gehöre nicht zu denen, die Seifenblasen für Kanonenkugeln ansehen. Meine Verordnung halte ich aufrecht und wie die Komitate und Beamten mit ihr fertig werden, ist mir vollständig gleichgültig, nur die Abgaben der Bauern dürfen nicht erhöht werden. Wer nicht gehorchen will, soll sich forttrollen, ob dies nun der Kanzler oder der letzte Komitatsschreiber ist« [4]).

---

[1]) Staatsanzeigen X, 340—535, 1787.

[2]) Feßler: »Geschichte der Ungarn« V. s. 507.

[3]) B. A. Jacobi au Roi le 24 juin 1786.

[4]) U. A. Kanzley-Archiv. A h. Resolution vom 23. August 1784

Danach blieb der Kanzlei nichts mehr übrig, als zu schweigen; dafür erhoben sich aber die Komitate. Der Erlaß vom 18. Mai verletzte sie tief: »Es trifft uns hart« — so äußerte sich das Zempliner Komitat — »daß man die Magyaren der Unwissenheit zeiht, weil sie eine tote Sprache sprechen; doch diese ist das Idiom der Gelehrten und Gebildeten und ob die Nation dabei gar so schlecht weggekommen ist, das mögen die Inschriften über den Gräbern derer beweisen, die ihr Blut für König und Vaterland vergossen haben.« Es galt auch nicht für ein großes Unglück, daß das Volk diese Sprache nicht verstand, denn die Privilegierten zogen eine scharfe Grenze zwischen Nation und Volk (populum a plebe). »Die Vorsehung hat es selbst so eingerichtet, daß der eine Teil herrsche, der andere richte, der dritte dem Adel, der vierte dem dienenden Stande angehöre (ad serviendum). Was schadet es, wenn Leute, die sich nicht mit den öffentlichen Angelegenheiten befassen, nicht Lateinisch verstehen?« Die deutsche Sprache sei aber nicht nur dem Volke, sondern auch denen fremd, die an der Spitze der Verwaltung ständen; was für einen Nutzen bringe also die neue Verordnung? Ihre schädlichen Folgen — meinten die Magyaren — seien unzählig: »Verdiente, im Dienste ergraute Beamten müssen in den Ruhestand treten und verarmen«; die ohnedies langsame Geschäftsführung wird noch verwickelter werden, denn die Übersetzung der Aktenstücke braucht viel Zeit und erschwert das Verständnis; die Komitatsversammlungen werden nicht stattfinden können, weil niemand ein Wort in der fremden Sprache sagen kann[1]).

---

[1]) Repraesentatio Comitatus Zempliniensis de die 22 Mensis Junii 1784. (Collectio Ordinationum v. I.) Siehe ib. § 15 folgende merkwürdige Schlußfolgerung: »Universitas Idiomatis in Monarchia obscurat dignitatem Imperii: quia est contra Systema Authoris Naturae, qui Linguas Nationum confudit, et sicut campus et hortus est pulchrior, ubi herbarum, fructuum et florum diversitas, ipsum Universi Systema illustrius, ubi tot diversae Creature et monstra; ipsius Authoris Naturae, cujus vicem in Terris Maj. Vestra S—ma agit, Potentia major quod tot ad invicem pugnantia Naturae elementa gubernet: ita M. is Vestrae S—mae gloriae accedit, si diversarum Nationum Lingua, Moribus, habitu inter se dissimilium Dominus, has nationali ductu gubernet.« In der Collectio Repraesentationem wird fast in jedem Protest über die Einführung der deutschen Sprache geklagt.

»Schwere Zeiten brechen an; eine neue Sprache wurde eingeführt, um alte Gesetze umzustoßen, um dem Lande fremde Sitten und Gewohnheiten und vor allem fremde Menschen — Deutsche — aufzudrängen, die im Herzen Ungarns den Ungarn befehlen werden, wie sie in Böhmen den unglücklichen Tschechen, in Kroatien unseren Brüdern, den Kroaten, in Galizien den Polen befehlen« [1]).

Die Proteste hatten aber nur den einen Erfolg, Joseph zu erzürnen. Drohend lautete die Antwort, die er auf das Protokoll des Eisenburger Komitates erteilte: »Lieber Graf Eszterházy« — so schrieb er dem Kanzler — »wenn es so fortgeht, ist jede Verwaltung unmöglich; ich wünsche daher, daß man die Widerspenstigen zur Verantwortung ziehe. Ich vertraue Ihnen und bitte Sie, Mir persönlich Bericht zu erstatten, auf welche Weise man diesen Leuten ein für alle Male eine empfindliche Lehre erteilen könnte, die allen als Warnung zu dienen habe« [2]).

Unter dem physischen Drucke, der ausgeübt wurde, konnte die Opposition nichts anderes tun als schweigen. Viele verlegten sich, um nicht alles zu verlieren, auf das Studium der deutschen Sprache. Wie schwer es ihnen ankam, durch wie viele Unannehmlichkeiten sie dabei hindurch mußten, das brachten die »skandalsüchtigen« Flugschriften zur Kenntnis der Öffentlichkeit. Sogar Geißler gibt zu, »daß man sich in Pest geradezu prügelte, um einen Lehrer der deutschen Sprache zu erhalten«, und »Friseure, Lakaien und allerlei Volk« gaben sich dazu her. Sie standen, wie Geißler versichert, sittlich und kulturell nicht höher, als die berüchtigten französischen Erzieher, die im XVIII. Jahrhundert in Rußland ihr Unwesen trieben. Trotz alledem fehlte es an Kandidaten, als die verhängnisvolle Frist zur Besetzung der Amtsstellen herangebrochen war. »Nun« — erzählt der Verfasser von ‚Anti-Ninive' — »entstand tatsächlich ein englischer Faustkampf; wer nur ein wenig deutsch konnte, trat in Staatsdienste: Schneider, Kellner, Friseure, Hinkende, Einarmige

---

[1]) Ib. Universitas comitatus Bihariensis (vom 2. März 1785).

[2]) U. A. Kanzlei-Archiv Nr. 9247. Handbillet vom 15. August 1784.

standen jetzt an der Spitze der Behörden; Zuckerbäcker wurden Polizeidirektoren, Invaliden Stadträte, Handwerker Lehrer; damals machte man keinen Unterschied zwischen Ariern und Juden, zwischen Beschnittenen und Nichtbeschnittenen.« [1])

Wenn die Proteste nun auch keinen unmittelbaren Erfolg hatten, wenn die Komitate auch schweigen mußten, Zorn und Grimm setzte sich doch in dem Herzen der Nation fest und hatte das Aufflammen des nationalen Geistes zur Folge. Dies zeigte sich vor allem in einer Wiedergeburt der heimischen Sprache und Sitte. Bisher war das magyarische Idiom, nach dem Zeugnis der feurigsten Patrioten, ganz vernachlässigt worden. »Man fand früher, besonders in der höchsten Gesellschaft, niemand, der des Magyarischen mächtig gewesen wäre« — so schreibt der berühmte Keresztézy. — »Selbst Männer schämten sich ihrer Muttersprache und die kleinsten Kinder lallten deutsch.« Die zwangsweise Unterdrückung der Nationalität verwandelte das Bild wie mit einem Zauberschlag: »Auf einmal sprachen alle magyarisch und wer es nicht konnte, lernte es.« Sogar das beliebte »gelehrte« Latein mußte jetzt zurücktreten; das Nationale kam in Mode; der Dolman trat an die Stelle des Fracks, der krumme Säbel ersetzte den Salondegen, der Csárdás die Quadrille und den Lancier, der hohe Federbusch den Dreispitz; statt der Schnallenschuhe trug man Husarenstiefel und die Damen puderten sich nicht mehr. Die fremdländische »Pracht«, »Verweichlichung«, »Sittenverderbtheit« verfiel der Verachtung. »Was für Sitten wollten Platz greifen! Man zierte sich das Haupt mit Federn und Geschmeide, man verzärtelte seine Hände derart, daß sie nur mehr ein Musikinstrument zu behandeln, kein Schwert mehr zum Ruhme des Vaterlandes zu schwingen verstanden! Auf, Brüder, lehren wir unsere Weiber nach alter Weise leben, auf daß sie unseren Söhnen eine mannhafte Erziehung angedeihen lassen mögen!« riefen die Mitglieder des Nyitraer Komitates aus [2]). Für eines der größten Übel hielt die Opposition das Reisen ins Ausland: »Die Kinder der Adeligen

---

[1]) »Anti-Ninive« 1790, s. 18.
[2]) »Collectio Repraesentationum« I, 69

brachten von dort nur Schulden, die französische Krankheit, Abneigung gegen das Vaterland und Verachtung gegen die Landsleute heim; voll Hochmut stellten sie sich auf ein Niveau mit den Ausländern«[1]).

Das war das zweite, rein negative Ergebnis von Josephs Germanisierungsversuchen, dieser wilde Haß gegen das Ausland, besonders gegen die Deutschen. »Oh mein teures Vaterland!« — rief der Verfasser einer Flugschrift aus — »sieh her, bald wird mein ungarisches Herz in deutscher Erde liegen und deutsche Würmer werden es benagen. Oh Ungar, Ungar, wie hat dich das Schicksal verraten! Einst hast du die Welt mit deinem Glanze geblendet, heute liegst du im Staube. Walle, mein Blut, walle jedesmal, wenn die deutschen Hunde mit den Adlerflügeln deinen Untergang auf Schweinsleder besiegeln. Versagt denn deine Kraft, hast du keine Waffen, steht dein Herz still? Räche dich hundertmal an den Deutschen, zermalme die Verfluchten! Mögen sie daran denken, was ein Ungar ist! Vergieß ihr Blut, vergieß es, damit es die Erde trinke und dieses wilde Blut auf meinen Leichnam träufle, es wird mir im Grabe neue Kräfte verleihen«[2]). Die deutsche Bevölkerung — das größte Kulturelement in Ungarn — unterlag nunmehr harter Bedrängnis. Man verglich die Deutschen mit hungrigen Heuschrecken, die in die saftigen Ebenen Ungarns hereingebrochen seien, um alles aufzufressen, was sie fänden, oder mit barfüßigen Hungerleidern, die ihre Nase hoch trügen und die unwissenden Eingeborenen verachteten. »Wie viele Barken mit diesen würdigen Subjekten schwammen über die Donau in unser Vaterland herüber. In den Vorzimmern der Magnaten drängten sich Projektenmacher; der eine schlug Mittel vor, durch die man die Bevölkerung vermehren konnte; der andere wollte die Komitate mit Mühlen seiner eigenen Erfindung beglücken; jener baute unverbrenn-

---

[1]) »Omnis mutatio tam regnanti quam populo periculosa praecipueque sit sine sapientia et ex pura Interessentia (sic!). Cum privilegio Sacrosanctae Justitiae et Immaculatae Veritatis.« 1789, p. 5.

[2]) »Klagschrift eines vornehmen und gutherzigen (sic!) Ungars, welche er bei seiner Sterbestunde dessen geheimen Schreiber mit halbgebrochenen Worten diktiert hat.« (W. A. Polizey-Acten v. X.)

bare Häuser, dieser versprach, aus Nesseln Musselin zu weben. Die alten Schlösser waren überfüllt von solchen Projektenmachern; im ersten Jahr gewannen sie viel Geld, im zweiten zogen die Herren heimwärts, um ihren lieben Landsleuten zu erzählen, in welchem Ansehen der deutsche Genius in Ungarn stand. Ach, war das eine goldene, liebe Zeit!« [1])

Mit der Zerstörung der alten Privilegien brachte der Kaiser sogar die Siebenbürger gegen sich in Harnisch, die doch bei der Germanisierung seine natürlichen Bundesgenossen gewesen wären, weitaus wertvollere Bundesgenossen als die eingewanderten, dem Lande fremden überrheinischen Deutschen [2]). Joseph verstand es nicht, die Kräfte, die er bei der Hand hatte, auszunützen und verachtete alle Mittel, die er bei den Ungarn hätte finden können, wenn er rücksichtsvoller mit ihnen umgegangen wäre [3]). Die Ungarn hätten sich freudig untergeordnet, wenn man in Wien wenigstens die äußere Form gewahrt hätte; statt dessen aber »quälte und ärgerte man sie«, wie der Graf Orczy dem Polizeimeister Gotthardy klagte: »Oh wäre der Kaiser geblieben, wie er sich zu Anfang seiner Regierung gezeigt hatte. Sein Wunsch hätte dem Volke als Gesetz gegolten und jetzt geschieht alles nur zwangsweise!« [4]) Der Graf sagte die Wahrheit, als er hinzufügte, »der Kaiser

---

[1]) »Anti-Babel« 16. Cf. Repraesentatio Comitatus Nitriensis (Collectio Repraes. I, 65, 66): »Vidimus viros de Patria, de re litteraria optime meritos ab officiis exturbare, ex traneos vero et quosvis obvios, nec origine, nec moribus, nec virtute et experientia spectatos passim substitui, diligentes filios Ungariae, linguae Germanicae paedagogos.«

[2]) Siehe Zieglauer op. cit. 106, 107. Kronstädter Operat vom 1. Dezember 1790.

[3]) Siehe den Brief Katharinas II. an Potemkin vom 10. Jänner 1790 (Russische Altertümer XIV, 23, 24): »Ich bedaure meinen Bundesgenossen sehr und staune, daß er bei so viel Verstand und Kenntnissen keinen einzigen aufrichtigen Menschen fand, der ihm gesagt hätte: man soll nicht die Untertanen mit Kleinigkeiten reizen; jetzt liegt er im Sterben und ist allgemein verhaßt. Die Ungarn haben seine Mutter im Jahre 1740 vor dem Untergange gerettet; an seiner Stelle hätte ich sie auf Händen getragen.«

[4]) W. A. Polizei-Akten v. X.

sei gegen die Nation gereizt«. Joseph beklagte sich wirklich beständig bei der Kanzlei über die Undankbarkeit seiner Untertanen [1]).

Doch vergebens waren alle Klagen und vergebens jede Härte des Monarchen. Angesichts der wachsenden Unzufriedenheit, die in einen Aufstand auszuarten drohte, mußte er nachgeben und der obenerwähnte Erlaß vom 18. Dezember 1789 war in ungarischer und lateinischer Sprache abgefaßt. Groß war darüber die Freude der Ungarn, deren nationale Eitelkeit nun befriedigt war. »Herr Hofrat« — schrieb der Pester Polizeimeister Gotthardy an den Oberpolizeimeister Beer — »seit ich diene, war ich nicht Zeuge einer so glückseligen Stimmung, wie sie in diesen Tagen herrschte. Jetzt sprechen die Leute mit aufrichtigem Bedauern von dem Gesundheitszustande S. M. ‚Gott segne und erhalte unseren allergnädigsten Monarchen!‘ Das wünschen alle aufs innigste. Es ist ganz unglaublich, Herr Hofrat, wie plötzlich die Stimmung umgeschlagen hat. Nach meiner unmaßgebenden Meinung stand ein Ausbruch täglich zu erwarten, denn ausnahmslos alles, Volk und Adel, war trotzig und hinterlistig geworden« [2]). Der Erlaß vom 28. Januar 1790, in welchem der Kaiser alle Reformen in Ungarn wieder aufhob, bezog sich auf die deutsche Sprache. Er erschien lateinisch sowohl wie ungarisch. Leopold II. war durchaus nicht geneigt, die Germanisierung weiter fortzusetzen: Die deutsche Sprache kam außer Gebrauch und die zahllosen Proteste, die dem König im Jahre 1790 überreicht wurden, waren ausnahmslos in dem »Küchenlatein« verfaßt, das den ungarischen Herzen noch immer teuer war.

---

[1]) U. A. Kanzlei-Archiv Nr. 5996: »Übrigens ist es immer das Schicksal jener, so das Gute wirken und sich für das Beste der großen Zahl widmen, bey der minderen Zahl Undank zu finden und auf eine gehässige Art angesehen zu werden, darüber kann ich Ihnen kein besseres Beyspiel geben als das Meinige ist; denn unmöglich scheint es mir, für das allgemeine Beste mehr beseelt zu seyn, als ich, und zugleich sollen Sie dagegen die unbillige Beurtheilung und den schlechten Dank, wo ich dafür habe, ansehen.« (A. h. Resolution vom 5. März 1785.)

[2]) Polizei-Akten V, X. Gotthardy an Beer, den 27. Dezember 1789.

XII.

Unzufriedenheit mit der josephinischen Bureaukratie, der Polizei, den Distriktschefs, den königlichen Kommissären und Intendanten. Unpopularität der meisten josephinischen Beamten.

Wenn schon diese eine Seite der josephinischen Reform so viel Erregung hervorbrachte, so mußten die Verwaltungsmaßregeln des Kaisers noch strengerer Kritik begegnen. Zunächst war es die Polizei, dieses Nesthäkchen des Kaisers, die kritisiert wurde. Maria Theresia hatte während einer vierjährigen Regierungszeit ihre Untertanen an Milde und Gnade gewöhnt; sie war persönlich dagegen, sich und andere einer strengen Disziplin nach dem Muster Preußens zu unterwerfen, und die Gesellschaft war nichts weniger als vorbereitet auf die kleinliche, in alle Einzelheiten eingehende polizeiliche Überwachung die Joseph einführte. Von zwei Seiten erhoben sich die Proteste: erstens von den Privilegierten, die seit undenklichen Zeiten daran gewöhnt waren, daß sie sich alles erlauben durften und daß für sie die Ordnungsmaßregeln nicht geschrieben waren. Sie fühlten sich tief dadurch verletzt, daß sie dem »Pöbel« gleichgestellt wurden. Sie hatten früher unbegrenztes Ansehen genossen und ihre Aufführung, wie schlecht sie auch sein mochte, fand in den »guten alten Zeiten« immer Schutz und Schirm. Um so mehr waren sie nun betroffen, wenn man das Haus eines »Hochgeborenen« einer Durchsuchung unterzog, wenn man einen Verbrecher unter seinem Dache festnahm, wenn man sie für die Verletzung des öffentlichen Anstandes bestrafte und »Leute aus gutem Hause« an öffentlichen Orten überwachte. »Freilich« — sagen die Mitglieder des steirischen Landtages — »gibt es kein ausdrückliches Gesetz, das den Adeligen völlige Freiheit des Handelns gewährt; aber es geht um das Ansehen, die Würde und die Verdienste der treugehorsamen Stände« [1]).

Andrerseits war die öffentliche Meinung ohne Unterschied des Standes und Ranges empört über das System willkürlicher Arretierungen, die Spionage und Denunziation, die unter

---

[1]) St. A. Recens a/1 1016 Beilage B. § 6: »Befreyung vom Eingriff der Polizey in die ständischen Häuser.«

Josephs Regierung, besonders in den letzten Jahren, da es überall schon gärte, so sehr im Schwunge waren. In den deutschen Erblanden ergab man sich in gewohnter Weise auch darein, aber in Ungarn, dem Lande »der goldenen Freiheit«, und in dem unabhängigen Belgien war man ergrimmt, entrüstet, und das Ziel, die Untertanen zu erschrecken und zu disziplinieren, ward nicht erreicht [1]). Die störrischen Ungarn protestierten in ungestümer Weise gegen die Beschränkung ihrer Freiheit. Die Obrigkeit bekam gar oft recht unangenehme Dinge zu hören. Einst steckte — um nur einen Fall zu erwähnen — ein eifriger Geheimpolizist einen jungen Kanzleischreiber ins Gefängnis, weil er angeblich in einer Kneipe unziemliche Reden geführt hatte. Entrüstet wandte sich der Vater mit einem charakteristischen, lateinisch verfaßten Brief an den Polizeichef: »Ich kann nicht genug darüber staunen« — schrieb er — »wie ein Polizeiagent, der noch dazu ein Eingeborner ist, es wagen konnte, meinen Sohn mit der Frage zu behelligen, was er so lange im Gasthause zum ‚Wilden Mann' getrieben habe. Mein Sohn ist doch kein Vagabund und dient bei Sr. Exzellenz dem Grafen Munkácsy in der Anhoffnung auf baldige Beförderung; er steht unter meiner väterlichen Gewalt; wollen Sie also Ihren Agenten gefälligst befehlen, meinen Sohn nicht länger zu belästigen« [2]). Die Siebenbürger Stände erhoben sich grundsätzlich gegen das System der Spionage und Denunziation. »Ein freies Land« — sagten die Abgeordneten — »darf keine Denunzianten dulden. Ihr Vorhandensein zeigt immer an, daß sich ein despotisches Regime festsetzen wolle« [3]). In Belgien war die polizeiliche Willkür eine gänzlich ungewohnte Erscheinung und man sagte, daß sie das Volk verderbe. »Panischer Schreck veranlaßte die leitenden Persönlichkeiten, Spione zu halten, denen weder die göttliche noch die menschliche Gerechtigkeit heilig war.

---

[1]) D. A. Schoenfeldt à Stutterheim le 31 octobre 1789: »Les voies de rigueur ne serviront qu'à faire augmenter de plus en plus l'esprit de résistance parmi une nation qui n'est déjà que trop impatiente de se voir dépouillée peu à peu de ses privilèges.«

[2]) W. A. Polizei-Akten v. X, den 6. Juli 1789.

[3]) Zieglauer op. cit. 112.

Dank ihnen lockerten sich alle Bande der Freundschaft und Verwandtschaft; der Vater trat dem Sohne feindlich gegenüber, in Familien, die bisher in Frieden lebten, begannen Zwistigkeiten, die früher ehrenhaften Korporationen ließen sich korrumpieren, alle Arten von Verbrechen wurden gezüchtet — alles nur, um Material für Anzeigen zu schaffen« [1].

Der Schluß war, daß die Revolution doch ausbrach, trotz der Schreckensherrschaft d'Altons und der hinterlistigen Politik Trauttmansdorffs. Katharina II. staunte über die schlechte Organisation der Geheimpolizei in Belgien. Sie hatte ihren Scheschkovskij, der es nicht nur verstand, »ein wenig die Knute zu schwingen«, sondern der auch vortrefflich zu schnüffeln wußte, wenn er den Befehl hatte, etwas für verdächtig zu halten. »Der Verstorbene« — so schreibt die Kaiserin über Joseph an Grimm — »war über alles unterrichtet, nur nicht über die Stimmung in den Niederlanden; ich war selbst Zeugin davon, wie verwundert er war, als er die erste Nachricht hierüber empfing« [2].

Die Opposition meinte, daß der Kaiser, despotisch veranlagt, wie er sei, alles wissen, alles selbst bestimmen wolle und wilder Haß gegen die Regierungsorgane die die ganze Verwaltung an sich rissen, erfüllte sie. Besonders stark gärte in den Provinzen der Unwille gegen die Agenten, deren Willkür die Bevölkerung unmittelbar zu fühlen bekam. Die steirischen Stände bemerkten, »die Kreishauptleute verwalteten, beobachteten, erführen alles und träfen über alles die Entscheidung. Die Kanzlei sei mit Arbeit so überhäuft, daß sie nicht einmal die Korrespondenz bewältigen könne und auch die militärischen und landwirtschaftlichen Behörden in Anspruch nehme. Da ihre Kompetenz alles Maß überschritt, hielten es die treugehorsamen Stände für ihre Pflicht, S. M. darauf aufmerksam zu machen, wie gefährlich es sei, Beamten, die einzig und allein von ihren Vorgesetzten abhingen, eine so ungeheure Macht einzuräumen« [3]. Die Tiroler baten, »die Kompetenz der Distrikts-

---

[1]) Refléxions sur le livre noir du comté de Namur (Recueil Blanc XXXI, Nr. 1).

[2]) »Sbornik der Kaiserl. Russischen historischen Gesellschaft« XXIII, 646.

[3]) St. A. Ib. Beilage A. § 4.

chefs in den Verwaltungsangelegenheiten zu schmälern«, ja sogar, »sie womöglich ganz aufzuheben«, denn dadurch würde man das Geschäftsverfahren beschleunigen und gute Beziehungen zwischen den Lehnsherren und Vasallen herstellen [1]). Gleicher Art waren auch die Klagen und Bitten Galiziens, das seit 1782 in 18 Kreise eingeteilt war. Die Schlachta wollte sich durchaus nicht der »väterlichen Gewalt« der Kreisbeamten unterordnen und meinte, mit ihrer Freiheit sei es aus. Der Verfasser der »Historia Arcana« erzählt ein humorvolles Geschichtchen von einem Schlachzizen des niederen Adels. Er war zu ihm gekommen, um Wein zu kaufen und bei einer Flasche guten ungarischen Rebensaftes ging ihm das Herz auf und er schilderte in seiner sonderbaren Mundart, wie unerwünscht ihm die neuen Einrichtungen seien. »Ah domine! Securitas magna! Lyibertas nullya!« so schloß er seine Klagen [2]). Die Privilegierten glaubten überhaupt, daß den Distriktschefs ihre Macht noch immer nicht genüge und daß sie sich auf kleine Despoten aufspielen wollten, indem sie mit dem Adel ganz rücksichtslos verfuhren. Die Schlesier erachteten es für notwendig, in einem besonderen Paragraphen zu ersuchen, es möge »den Kreisbeamten anbefohlen werden, in ihren Verordnungen keine scharfen, verletzenden Ausdrücke zu gebrauchen« [3]).

Die Stände sahen übrigens ein, daß die Regierung niemals Hand an sich selbst legen und die Institution der Distriktschefs abschaffen werde [4]); sie hielten es also für den besten Ausweg, dieses Amt mit Leuten aus ihrer Mitte zu besetzen. Auch die Gubernialverwaltung wollten sie in Händen haben; der Gouverneur war in ihren Augen nur der Vertreter ihrer Interessen und sie wünschten daher, daß er ihr Kandidat und

---

[1]) W. A. IV. H. 3, Karton 684. An S. K. Ap. Majestät die von allen 4 Ständen des Landes Tirol abgeordneten Deputierten. Den 14. Dezember 1790, § 10.

[2]) Historia Arcana, § 59.

[3]) W. A. IV. H. 2, Karton 526: »Die Bitten der schlesischen Stände betreffend«, den 8. März 1791.

[4]) Leopold erhielt sie auch aufrecht und empfahl nur den Kreisbeamten, mit den Privilegierten rücksichtsvoller umzugehen.

Parteigänger sein solle. Die Tschechen ersannen zu diesem Behuf eine ziemlich originelle Kombination: der Burggraf sollte von der Krone ernannt werden, aber als Gehalt statt Geld Güter erhalten, deren Ertrag ihm zufiele[1]), denn ein im Lande begüterter Burggraf müßte ihre Standesinteressen eifrig vertreten. »Seit langer Zeit« — so erklärten die Stände — »waren diese Güter für den Burggrafen bestimmt und dies geschah nur aus Sorge für das Wohl des Vaterlandes und aus Liebe für den Herrscher. Die erste Persönlichkeit in der Provinz konnte auf diese Weise am besten die Lage der Gutsbesitzer beurteilen, die doch zu der wichtigsten und angesehensten Gesellschaftsklasse gehörten; er würde auch alle Sorge ihren Interessen zuwenden, da sie mit denen der übrigen Gutsbesitzer identisch seien« [2]). Mit einem Worte, die Privilegierten trachteten, das grundlegende Prinzip der josephinischen Verwaltung zu untergraben, das darin bestand, die Beamten nach ihren Verdiensten, nicht nach ihrer Abstammung zu befördern. Die Erfüllung dieser Bitten hätte der Regierung das gefährlichste Werkzeug — die gehorsame Bureaukratie — aus den Händen entwunden und die Stände wären an die Stelle der Krone getreten. Leopold begriff dies und lehnte den Vorschlag rundweg ab: »Bei der Ernennung der Distriktschefs« — so beschließt er seine Resolution — »kommen nur Fähigkeiten, Talente und Verdienste in Betracht; nur ceteris paribus kann den Privilegierten der Vorzug gegeben werden« [3]).

---

[1]) W. A. IV. H. 2, Karton 519, I. Abteilung, § 6. Allg. Beschwerden der böhmischen Stände: »Die Besetzung der Kreishauptleute mit Herrn- und Ritterstandes-Personen.« Cf. d'Elvert: »Die Desiderien der mährischen Stände« s. 10: »Vorzüglich bitten die Stände, allergehorsamst, daß kein anderer Kreishauptmann ernennt werde, der nicht Herrn- oder Ritterstandes ist.« Diese Bitte wiederholt sich in allen Petitionen der Landtage im Jahre 1790.

[2]) W. A. IV. H. 2, Karton 519. Allgemeine Beschwerden der böhmischen Stände. I. Abteilung, § 2.

[3]) Cf. W. A. IV. H. 2, Karton 519. Protokoll der Konferenz über die Beschwerden der böhmischen Stände, das den 2. Juli 1791 gehalten war, § 5: »Bei den in den späteren Zeiten angenommenen Grundsätzen gebührt die Beförderung bloß dem Dienstalter und dem Verdienste.«

Die Belgier und Ungarn jedoch ertrotzten sich ihre Forderungen mit Gewalt. Die Belgier erkannten sehr richtig die Analogie, die zwischen den Distriktschefs und den bei ihnen eingeführten Intendanten bestand. Sie brachten jenen gleich von Anfang an Haß und Furcht entgegen. »Wem bekannt ist, was sie in Deutschland treiben, der bebt vor Angst und Zorn bei dem Gedanken, daß nun auch in unserem Vaterlande solche Ungeheuerlichkeiten Platz greifen sollen«[1]. Die geheimnisvollen Anordnungen des »Polizeistaates«, die unkontrollierbare Gewalt der allmächtigen Bureaukratie flößten dem bisher freien Lande großes Mißtrauen ein. Man erzählte sich über die Intendanten die schlimmsten Dinge[2], sah in ihnen »moderne Neros«, »Raubtiere«, glaubte, »sie brächten die Zeiten Sullas und Marius' Antonius', Tiberius' und Kaligulas wieder«. Bilder waren im Umlauf, welche allerlei Folterwerkzeuge darstellten[3]. Man brachte es endlich dahin, daß die Intendanten, die durch fünf Monate geherrscht hatten, mit dem Statthaltereierlaß vom 30. Mai 1787 abgeschafft wurden; Joseph sah, als er der Erregung im Volke gewahr wurde, doch ein, daß die Bajonette d'Altons die freiheitlich gesinnten Belgier nicht zum Gehorsam zwingen könnten.

Dasselbe traurige Los ereilte $1\frac{1}{2}$ Jahre später die ungarischen Kommissäre und Vizegespane. Der Erlaß vom 28. Januar 1790 brachte auch diese Säulen der josephinischen Reformen zu Falle. Gleich bei der Gründung dieser Institution stieß der Kaiser auf den heftigsten Widerstand der ungarischen Hofkanzlei, die es für ihre Pflicht hielt, ihm die traurigen Folgen seines Planes auseinanderzusetzen; sie stellten ihm vor, daß seine Maßregeln allgemeine Erregung hervorrufen würden und daß der Geschäftsgang unter der Führung von Leuten, die die lokalen Verhältnisse nicht kannten, leiden müsse; die

---

[1]) Protest der Bürger der Stadt Löwen vom 15. Mai 1787 (Recueil des Représentations I, 180).

[2]) Discours à faire par les députés de l'Union à S. M. l'Empereur et Roi. Pièce des plus intéressantes. A Bruxelles 1787. (Recueil Blanc XXIII, Nr. 5.)

[3]) Eine ganze Kollektion derartiger Kupferstiche hinterliegt in den »Kartons« der Brüsseler Königlichen Bibliothek.

Beamten würden mit Arbeit zu sehr überhäuft sein und ihren Pflichten nicht nachkommen können. Doch, wie zu erwarten stand, blieb Eszterházys Protest fruchtlos. Joseph gab nur insofern nach, als er den Kommissären gestattete, der Eidesformel für den König die Worte hinzuzufügen: »um die ohnedies erregten Geister zu beruhigen und die Kommissäre nicht in gar zu schlimmem Lichte erscheinen zu lassen«[1]. Daß dies der Fall war, beweisen die einhelligen Proteste aller Komitate. Vor allem wollte man die alte Verfassung schützen. »Eine neue Furcht ließ unsere Herzen erstarren« — schrieben die Mitglieder des Biharer Komitates — »die Furcht, die Staatsangelegenheiten ohne Zustimmung des Herrschers, das Wohl der Gesellschaft ohne Zustimmung der Gesellschaft verwalten zu müssen (de republica sine republica), de communitate sine communitate agi). Wir erleiden das traurige Schicksal der Menschen, die in Knechte verwandelt werden«[2]. Den Patrioten war die Macht der Kommissäre ebenso verhaßt, wie den Römern die Gewalt der Dezemvirn«[3]. Auch das Trencsiner Komitat erging sich in historischen Parallelen und verglich die Ernennung der Kommissäre mit den zehn pharaonischen Plagen[4]. Die Pamphletisten nannten die neuen

---

[1]) U. A. Kanzlei-Archiv Nr. 5981. A. u. Note vom 6. Februar 1785: »Untereinstens überdachte ich auch, ob dieselbe im Stande seyn würden, so viele Comitate als in die 8 Districten eingeführt werden sollten, mit der erwünschten guten Wirkung zu verwalten und es scheint mir unmöglich, daß dieselben als wirkende Obergespäne so große Districten genugsam übersehen und die ihnen angewiesenen Comitaten in Allem zu leiten im Stande wären.«

[2]) Repraesentatio Congregationis Bihariensis de die 7 Mensis Februarii 1786 (Collectio ordinationum v. I).

[3]) Repraesentatio Inclyti Comitatus Castri-Ferrei de dato 2 Martii 1790 (Collectio Repraes. II, 260): »Spesque adfulget . . . insolenti Commissariorum Regiorum et nobis non minus quam olim Decemvirorum Romanis ex osae Potestati, atque afflictissimis illis temporibus, quibus neque gemitus liberi fuere, eripiamur.«

[4]) Protocollum Inclyti Comitatus Trencseniensis Generalis Congregationis de dato 8 et subsequiis Mensis Martii Anni 1790. Trencsinii celebratae (Ib. II, 72): »Proque effectuandis cunctis his praejudiciosis Principis dispositionibus quasi 10 Pharaonicae Plagae Commissarii Regii 10 Regno propositi.« Cf. Repraesentatio Congregationis Zagrabiensis de

Obergespane »Tyrannen en miniature«. Selbst der kaisertreue Verfasser der »Historia Arcana« konnte sich des Gefühls, das sich aller »bei der bloßen Namensnennung der Kommissäre, die den Ungarn von jeher verhaßt waren«, bemächtigte, nicht erwehren; mit einer gewissen Schadenfreude übertrug er in sein Tagebuch ein paar Proben von Spottschriften, die gegen die Reformen gerichtet waren[1]). Auch die veränderte Stellung der Vizegespane mißfiel den Ungarn und sie griffen die ganze Beamtenschaft an, die hohe und die niedere. »Die Vizegespane« — so klagten die Anhänger der alten Ordnung — »ebenso wie die Kommissäre waren aufgeblasen, taten, was ihnen beliebte, und behandelten die Adeligen nicht anders als die Bauern«, weshalb auch die Adeligen gar kein Vertrauen zu ihnen hatten[2]). Wie wir sehen, jammerten die maßgebenden Kreise in Ungarn nicht nur über den Verlust der Macht, sondern auch über den Verlust des gesellschaftlichen Ansehens und der exklusiven politischen Stellung.

Die Opposition haßte nicht nur die neuen Einrichtungen, sondern auch die Amtspersonen; waren diese doch das Werkzeug des »greulichen Despotismus«. In den deutsch-österreichischen Erblanden war es doch durch die langjährige Zusammengehörigkeit möglich, einen modus vivendi zu erzielen. Die Gouverneure und Distriktschefs waren durch die eigene und die Erfahrung ihrer Vorgänger genügend belehrt, um nicht zu wissen, wann und worin sie nachgeben mußten, und oft traten sie, wenn es nicht allzu große Gefahren nach sich zog, für die Interessen der Stände ein. Diese hatten sich schon ein wenig an ihre untergeordnete Stellung gewöhnt

---

die 2 Martii 1790 (Ib. I, 173): »Dum Commissarios Regios ad terrorem et compedes, si pro Juribus Patriaque nostra quid loquamur, nobis injiciendum constitutos . . . afflicti intueremur . . .« Ib v. o. I, II. passim.

[1]) Zum Beispiel das Akrostichon: Creatura Omnibus Molesta, Multis Injusta, Sibi Sapiens, Aliena Rapiens, In Undis Submergenda.

[2]) Repraesentatio Congregationis Bihariensis de die 13 Mensis Martii 1786 (Collectio Ordinationum v. I.): »Unum silentio praeterire non possumus: in ordinariis Vici Comitibus per liberam Statuum electionem constituendis eo majorem in effectuandis publicae administrationes objectis spem collocari posse, quod in familiari Statuum et Ordinum erga se fiducia, magnum in exequendis Negotiis praesidium sint habituri.«

und schritten nur in äußersten Fällen zu Protesten. In Mähren war zum Beispiel der Gouverneur, Graf Ugarte, sehr beliebt; er war selbst dort begütert und mochte er auch die Regierung noch so sehr seiner Unparteilichkeit versichern, es wäre ihm doch schwer gefallen, seinen Landsleuten gegenüber nicht nachsichtig zu sein [1]). Dafür erhoben ihn diese in den Himmel und nannten ihn »ihren in jeder Beziehung verehrungswürdigen Gönner«. In Steiermark war man auch nicht persönlich feindselig gegen die Provinzialbeamten und Distriktschefs gesinnt; im Gegenteil, »diese braven Leute ernteten für ihren schweren Dienst Wohlwollen und Aufmunterung« [2]).

In Tirol hingegen spitzten sich die Dinge bedenklich zu, weil der Gouverneur, Graf Sauer, sehr verhaßt war. Dieser, ein fleißiger, fähiger, ehrenhafter Mann, kurz angebunden jedoch und schroff, gehörte zu den sehr dünn gesäten fanatischen Anhängern des josephinischen Regimes und kam mit unerbittlichem Eifer den Grundsätzen seines Monarchen nach. Im Jahre 1782, als Pius VI. in Wien weilte, zog er zum erstenmal

---

[1]) W. A. V. B. 1, Karton 592. An den obristen b. ö. Hof-Kanzler Graf von Kolowrat den 23. März 1790: »Die Bitte (betreffend die Absendung von Abgeordneten nach Wien) war mir umso willkommener, als ich durch die Überzeugung des dem Markgrafenthum Mähren und Herzogthum Schlesien bevorstehenden gänzlichen Verfalls nichts sehnlicheres wünschen mußte, als die Gelegenheit zu erhalten... das traurige Schicksal der Länder wahrhaft schildern und die Mittel dieses zu erleichtern mit dem wärmsten Eifer für S. M. und des Landes Wohl mit aller Ehrerbietung vorstellen zu dürfen. Ich mußte diesen Schritt zu unternehmen billiges Bedenken tragen, da übelgesinnte Leute selben als einseitige Haltung hätten darstellen und mir den Schein des Eigennutzes, da mein ganzes Vermögen in dieländigen Besitzungen besteht, zumuthen zu können.«

[2]) W. A. Recens a/1 1016, Beilage A. Cf. ib. Die treu gehorsamsten Stände des Herzogtums Steiermark. Graz. Im offenen Landtage den 13. Juli 1790: »Das wenige, was wir noch sind, haben wir vorzüglich unserem würdigen Gouverneur und Landeshauptmann zu verdanken. In seiner Macht wäre es gestanden, unserer Wirksamkeit noch engere Schranken zu setzen; seine Mäßigung, seine edle Denkungsart, seine Rechtschaffenheit, sein patriotisches Betragen erhielt uns noch einigermaßen. Jede Gelegenheit war selbem willkommen, unsere Rechte, so viel es in seiner Macht stand, zu vertheidigen.« Der Gouverneur war aber Graf Khevenhüller, Grundbesitzer daselbst.

die Aufmerksamkeit auf sich. Er hielt bei der Eröffnung des steirischen Landtages, in seiner Eigenschaft als Regierungskommissär, eine lange Rede, in der er die kirchlichen Reformen Josephs pries und die Zeiten verdammte, »wo noch das Dunkel der Unwissenheit herrschte«; gleichzeitig huldigte er dem Papste in einer geschickten Redewendung, indem er besonderes Gewicht darauf legte, »daß der Heilige Vater in die Mauern Wiens geeilt sei, um den großen Kaiser Joseph zu begrüßen und in seiner Abschiedsrede des Herrschers hervorragende Frömmigkeit anzuerkennen«. Der Dank hierfür war die rasche Beförderung des diensteifrigen Beamten; aber die Anschauungen, die ihn in seiner Karriere begünstigten, machten ihn in dem katholischen und konservativen Lande Tirol verhaßt. Im Ministerium erkannte man »seine Fähigkeiten und seine Uneigennützigkeit« an, gab aber doch zu, »daß das Land ihm kein Vertrauen entgegenbringe und die Nation ihn nicht liebe« [1]). Der Tiroler Senn erklärte dem Kaiser Leopold in einer Privataudienz: »So lange Sauer in Tirol bleibt, werden die Unruhen nie aufhören . . . Er hat alle gegen sich aufgebracht, indem er die Rolle eines Diktators und unerbittlichen Vollstreckers kaiserlicher Befehle auf sich genommen hat . . . Verdienstvolle Leute entfernte er aus dem Dienste, ohne ihre Rechtfertigungen anzuhören, und ersetzte sie durch seine Kreaturen« [2]). Diese seien so geartet, daß der Regierungskommissär die Provinz »das große und kleine Paschalik in allen Abstufungen« nennen konnte, und die Tiroler gaben ihrer vorgesetzten Behörde den Schimpfnamen »gleißnerischer Fuchs« [3]).

Im freien Belgien, wo die Stände daran gewöhnt waren, die Amtspersonen zu kontrollieren, betrachtete man alle Kronbeamten, ohne Ausnahme, mit scheelen, mißtrauischen Blicken. Wie despotisch auch das Regime in einem Staate sein mag

---

[1]) W. A. IV. H. 3, Karton 680. A. u. Vortrag der b. ö. Hof-Kanzlei vom 15. April 1790.

[2]) Ib. Karton 681: »Relation von Fr. von Senn über seine erste an Seine Maj. nach Wien gemachte Reise den 15. Oktober 1790.«

[3]) W. A. IV. H. 3, Karton 681: »Relation des zum offenen Landtage in Tirol im Jahre 1790 bevollmächtigten Hof-Commissars Grafen von Enzenberg vom 3. December 1790.«

und wie klein die Rolle, die die öffentliche Meinung spielt, so braucht doch auch die bureaukratische Maschine, um überhaupt funktionieren zu können, ein gewisses Vertrauen der Bevölkerung, eine Anerkennung des Nutzens, das die Regierung hervorzubringen beabsichtigt: andernfalls verwandelt sich die ganze Verwaltung in eine Reihe von Zwangsmaßregeln, wie sie die Tataren und die türkischen Paschas angewendet haben. Man wird übrigens in der Weltgeschichte selten ein Beispiel von einer solchen Unbeliebtheit finden, wie sie in den Jahren 1787—1789 den Beamten in Belgien entgegengebracht wurde. Die Anklagen der Stände und Korporationen, die in den Flugschriften widerhallen, sind vom grimmigsten Haß erfüllt; grober Schimpf, Verleumdungen, Anspielungen auf das Familienleben der Beamten legen Zeugnis für die herrschende Stimmung ab. Einige Spottgedichte raten unerhörte Grausamkeit an[1]. Die barbarischen Ratschläge

[1] Ich erlaube mir, folgendes Beispiel von vielen derartigen Knittelversen einzuschalten:

»Et pour le bien punir, ce monstre sanguinaire (Alton),
Quand il sera lié, nous ne saurons mieux faire
Que lui couper le nez, le pied droit et la main
Et recueillir le sang de ce monstre inhumain;
L'on doit verser ce sang sur ce tigre farouche
Du haut et jusqu'en bas, mais surtout dans sa bouche,
Afin qu'en l'avalant, il puisse être étouffé
De sang, de sang humain!! qu'il aimait à verser . . .
Et toi, vil Trautmansdorf, ministre d'un tyran,
Quel sort t'apprête-t-on? Écoute notre plan:
Premièrement l'on doit, pour punir ton audace,
Te crever les deux yeux, te déchirer la face,
Les ongles de tes pieds, ainsi que de tes mains
Te seront arrachés; puis te cassant les reins,
On attache tes pieds et tes bras à des cordes,
Des chiens te traîneront; point de miséricorde!
Et pour bien t'assouvir, l'or que tu as volé
Sera pour lors fondu dans ta gueule versé.
Tu boiras ce métal dont tu es si avide,
Tu boiras ce métal, ministre parricide,
Trompeur du Brabançon! Ainsi tu périras:
L'or que tu chéris tant causera ton trépas.«

(Le Tambour Belgique ou le Cri des Belges à leurs oppresseurs. Dédié à la Nation Belgique par L. B. XIV. Septembre 1789. Recueil Bleu, t. LVII.)

wurden allerdings nicht befolgt, doch drohte den josephinischen Beamten stets Gefahr, von der Menge zerrissen zu werden. Ein Brief des Fiskals von Flandern erzählt, wie oft sein Leben an einem Faden gehangen habe. Er zitterte nicht ohne Grund; das Landhaus des unbeliebten Professors Loempel wurde niedergerissen und der brabantische Kanzler Crumpipen wurde beraubt. Er schildert in seinem Rechenschaftsbericht über die belgischen Behörden[1]) die traurige Lage, in der sich seine Untergebenen befanden; der eine wurde »verfolgt«, der andere »gemartert«, der dritte »aus Antwerpen hinausgejagt« usw.

Die loyalen Ungarn bewahrten der Dynastie noch so viel Verehrung und Anhänglichkeit, daß sie die Quelle ihrer Übel nicht in dem Monarchen, »der das Wohl seines Volkes anstrebe«, sondern in seinen schlechten Ratgebern sahen — die ihn auf falsche Wege führten — und in den ehrlosen Vollstreckern seines Willens, die die allerhöchsten Erlasse falsch und für ihren Nutzen auslegten. Man sparte auch nicht mit Tadel und nannte sie »Kriecher, die die edle ungarische Nation haßten und den Monarchen überredeten, Zwangsmaßregeln zu ihrer Unterjochung einzuführen«; oder Verfasser und Kompilatoren von Systemen, die sie für neue Schöpfungen ausgaben«, oder »Hofgesindel, das durch Gelehrsamkeit korrumpiert war«, »Doktoren der Rechte, die sich nicht scheuten, allerlei Sophismen vorzubringen«, »heimatlose Überläufer, die die Verdienste nicht sehen wollten, die die Ungarn dem erhabenen Throne erwiesen hatten usw. Unter dem Vorwande, daß sie aufklären und bilden wollten, »verwischten die Reformen, wie mit einem Schwamme, die alten Sitten und Gesetze, die Sprache und die Nationalität«[2]).

---

[1]) »Notes confidentielles contenant les portraits des employés du gouvernement autrichien, écrites par le secrétaire d'État Crumpipen pour l'instruction particulière du Comte de Trautmansdorff à son arrivée aux Pays-Bas.« (Recueil Bleu XXXVI, No. 49.)

[2]) Zum Beispiel: Repraesentatio Inclyti Comitatus Castri-Ferrei pe dato 2 Martii 1790 (Collectio Repraes. II, 274): »Imbeciles forent Hungari, si scopum Consiliorum horum... non perspicerent; eo videlicet tendunt, ut pacem et tranquillitatem inter membra Reipublicae Hungaricae

Am meisten unpopulär waren die Leute, die zu den »Renegaten und Vaterlandsverrätern« gezählt wurden; dazu gehörte der ehrlose Isdenzy[1]), »der erste Gerichtspräsident und Quälgeist des Königreiches«, Kassini, »das dicke Schwein«, Graf Niskij und Graf Balassa, der Banus von Kroatien. Dieser hinterließ ein besonders schlechtes Andenken. Er sei ganz gegen das Gesetz zu seiner Stelle gekommen, denn nicht das Volk habe ihn erwählt, sondern die Regierung ihn ernannt; er verleumde den Adel bei der Krone und nenne ihn verräterisch und übelwollend; er »zwinge die Komitate, Protokolle zu genehmigen, die ohne ihr Wissen verfaßt seien, schenke den Klagen der Untertanen kein Gehör und führe das Land mit seinem Bestechungssystem an den Rand des Verderbens«; er »fische im Trüben« und bemühe sich, Zwist zwischen den Magnaten und der Geistlichkeit zu säen; den Adel verfolge er mit »einem Hasse, der an Wildheit noch den Haß gegen Vatinian (plus quam Vatiniana) übertreffe«; die Bauern martere er mit Auflagen in Geld und Naturalien; »aufgeblasen und hochmütig« pflanze er im Sitzungssaal seinen Stuhl auf eine besonders zu diesem Zweck errichtete Estrade auf und fordere, daß man ihm in der Kirche kaiserliche Ehren erweise. »Gleich einem modernen Belsazar lasse er die heiligen Gefäße für seine Gelage zu sich nach Hause tragen und bewirte in Gegenwart der vornehmsten Familien liederliche Frauenzimmer«. So lautete das Sündenregister, das die Mitglieder des Agramer Komitates dem Banus zu Anfang des Jahres 1790 ausstellten[2]); man muß annehmen, daß es viel Wahres enthält, denn auch die »Historia Arcana« beschuldigt ihn vierzehn schwerer Vergehen gegen seine Amtspflicht. Der Haß gegen die josephini-

---

perturbent, unionem animorum disrumpant et eam cum dissensionibus, jurgiis ac litibus commutent. Notum enim est authoribus hujusmodi Consiliorum: res, quae Concordia creverunt discordia dilabi, et Regnum omne in se ipsum divisum, desolandum esse . . . Infelices Consiliarios! qui tunc demum beatos autumant Principes, dum Populus cum infelicitate luctatur.«

[1]) Über ihn siehe: Hock-Bidermann: »Der österreichische Staatsrath.« Index nominum: Isdenzy.

[2]) Repraes. Congregationis Zagrabiensis pro 2 et sqq. Maji diebus. (Coll. Repraes. I, 201—211.)

schen Beamten war derart, daß man in den Sitzungssaal der Komitate Offiziere mit Abteilungen von Grenadieren aufstellen mußte, um die loyal gesinnten Deputierten vor Angriffen der »Hitzköpfe« zu schützen.

XIII.

Untüchtigkeit der Beamten; Strenge Josephs II. Unsichere Lage und Unzuverlässigkeit der Beamten.

Dieser Haß war vollauf begründet. Balassa bildete keine Ausnahme unter den Beamten. Das braucht nicht zu verwundern, wenn man bedenkt, wie unbegrenzt ihre Macht war; eine solche konnte nicht anders als verderblich auf Leute wirken, deren geistige und sittliche Kraft schließlich nicht den Durchschnitt überragte. Die Zeitgenossen wenigstens sprechen sich einstimmig nicht sehr schmeichelhaft über die Mehrzahl der österreichischen Beamten aus. Die fremden Diplomaten beurteilen Josephs Lieblinge — die Bureaukraten neuester Ausgabe — recht abfällig. »Nur wenige der Beamten, die aus dem Dienste entlassen wurden, verdienen, daß man ihr Scheiden bedaure; aber auch diejenigen, die an ihre Stelle treten, sind nicht vertrauenswürdig«, so berichtete Breteuil seinem Minister[1]). Der grimmigen Ausfälle Riedesels und Jacobis wollen wir gar nicht gedenken; beide Diplomaten waren der Ansicht, nur ein Elender habe Zutritt zu dem Dienste beim Kaiser[2]). Doch auch die kaisertreuen Publizisten fanden, der Monarch könnte doch vorsichtiger in der Wahl seiner Diener sein. »Es ist zu bedauern« — schrieb einer von ihnen —

---

[1]) P. A. v. 345 f. 174. Cf. Noailles à Vergennes le 22 décembre 1784: »On prétend ici, qu'il y aura bientôt un changement général dans les ministres employés dans le gouvernement. Je doute fort que ce remède-là fût bien efficace, car dans ce pays-ci il s'en faut beaucoup qu'il y ait beaucoup de sujets pour toutes les places.«

[2]) Siehe die Ansicht des Autors der gehässigen Flugschrift: »Unwahrscheinlichkeiten«, § 22: »Unwahrscheinlich ist es, daß diejenigen die besten Minister des Monarchen sind, über welche der allgemeine Fluch aller Unterthanen ausgegossen wird und die von auswärtigen Mächten zu eben jener Zeit geliebt werden, da sie die einheimischen Völker am meisten hassen.«

»daß manchmal ein sehr mittelmäßig begabter Mensch in diesen angesehenen Kreis kommt; er braucht es nur zu verstehen, mit dem Kopfe zu nicken und seiner schablonenhaften Persönlichkeit ein wichtiges Aussehen zu verleihen, so darf er den Konkurrenten mit hellen Köpfen das Brot wegnehmen.«

Freilich gab es dabei auch tüchtige, gewissenhafte Beamte und Clemens war unparteiisch genug, anzuerkennen, daß der Kaiser unter den ihm persönlich bekannten Leuten eine gute Wahl zu treffen verstehe [1]; der sächsische Diplomat berichtet, »daß jetzt alles viel rascher erledigt werde als früher« und dies geben auch die Einheimischen zu [2]. Es wäre ja auch nicht möglich, daß ein Staat bestehen könnte, in dem bloß Unordnung herrschte und wo einzig und allein dumme, untaugliche Leute an der Spitze der Verwaltung stünden; nur gab es derer zu viele unter Josephs Beamten und darum mangelte es an einer vollkommen guten Geschäftsführung. Sehen wir uns zum Beispiel Belgien an, wo die Beamten besonders verhaßt waren. In den Übertreibungen, die sich die Stände und Flugschriften erlaubten, verbarg sich immer ein Körnchen Wahrheit; den Minister Belgioioso beschuldigte man unerhörter Grobheit und ebensolchen Hochmuts und auch die Statthalter schrieben ihm diese Fehler zu; de Cock aus Brabant henkte man in effigie als Landesverräter und er hat auch wirklich, wie Schriften beweisen, die bei Trauttmansdorff gefunden

---

[1]) D. A. Clemens an Stutterheim den 6. April 1782: »Obgleich die meisten neuen Einrichtungen, welche jetzt gemacht werden, vielen Widerstand in dem Publico finden, so wird doch die Wahl derjenigen, welche des Kaisers Maj. hervorziehen, von unpartheiischen und unterrichteten Personen gebilligt.«

[2]) Esprit des Gazettes le 4 avril 1783: »Le nouveau régime donné par S. M. J. à la chancellerie de Bohême et d'Autriche produit de si salutaires effets que dans le courant des mois de janvier et de février 9548 causes ont été expédiées et jugées.« Cf. »Gazette des Deux-Ponts«, No. 22 de l'année 1783: »L'activité de ce monarque et sa regularité ont une influence marquée jusque dans les plus petits bureaux des départements, et quand on y a besoin de quelque chose, on est aujourd'hui tout étonné de s'y voir servi avec une promptitude, une attention, une exactitude, une honnêteté peu ordinaires à Messieurs les commis.«

wurden, der Regierung die geheimen Abmachungen der Stände mitgeteilt; der Rat Burtin sollte nach dem Rat der oppositionellen Pamphletisten ins Irrenhaus gesperrt werden; aber streifte es nicht auch an Wahnsinn, ein kostspieliges Komitee zu bilden, um in Brabant nach Goldgruben zu forschen? Der Kanzler Josef Crumpipen galt als meineidiger Verbrecher und in der Tat hat er dem Sinn und Buchstaben der Joyeuse Entrée, deren Hüter er von amtswegen war, zuwider gehandelt, als er den Vorsitz bei dem neuen Gerichtshof übernahm. Man verlachte den General Murray und nannte ihn einen schwachköpfigen Greis; als solcher hatte er sich auch in der Tat bei dem Straßenkampfe vom 20. September 1787 gezeigt und Joseph II. behandelte seinen alten Diener dafür weit strenger und mitleidsloser als seine rebellischen Untertanen. Dem Minister Trauttmansdorff warf man Heuchelei und Doppelzüngigkeit vor, was er durch seine trügerische Politik den Ständen gegenüber auch verdient hat. Alton wurde ein blutgieriger Tiger genannt und jedenfalls hatte auch er keinen milden Charakter; das geht aus seinen Briefen hervor, in denen er rät, den Belgiern eine »heilsame Blutabzapfung« angedeihen zu lassen. Aber die Mehrzahl der Beamtenschaft bestand unstreitig doch aus begabten Männern und der Vizepräsident des Regierungskonseils lobt in einem an Trauttmansdorff gerichteten geheimen Brief ihre Kenntnisse und ihre Arbeitsfähigkeit; zur selben Zeit wurde dem General d'Alton ein Bericht übergeben[1]), dessen anonymer Autor recht hat, wenn er die ethischen Anlagen der Beamten in sehr trübem Lichte darstellt. Unter solchen Leuten konnten die Angelegenheiten nicht gut gehen, besonders in den unruhigen Zeiten, die eben herrschten.

Das sonderbarste ist, daß gerade die Entschließungen des Kaisers die allerschlimmste Vorstellung von den josephinischen Beamten geben. Er überhäufte sie mit Strafpredigten und Vorwürfen, weil es ihnen an Eifer, Verständnis und

---

[1]) »Note secrète pour S. Exc. le Général d'Alton sur la mauvaise Constitution du Gouvernement« (im »Mémoire pour servir à la justification du Comte d'Alton« 1790).

Gewissenhaftigkeit fehle; seine Ausdrücke wählte er dabei nicht; die schärfsten Äußerungen des Kaisers fallen, Äußerungen, die heutzutage jeden Beamten veranlaßt hätten, aus dem Dienste zu treten [1]). Nach rechts und nach links geißelte der Monarch mit Worten, da er kein anderes Mittel fand, »mit diesen gemieteten Lakaien« fertig zu werden [2]). Er selbst war für das allgemeine Wohl derart fanatisch begeistert, daß er übermenschliche Anstrengungen von seinen Untergebenen verlangte; er maß sie alle nach seinem Maß und bedachte nicht, daß er, als das Staatsoberhaupt, mehr als andere am guten Gang der Geschäfte interessiert war. Stutterheim galt ebenfalls für einen großen Pedanten und eingefleischten Beamten sowohl als strengen Vorgesetzten und doch fand auch er die Forderungen des Kaisers an seine Diener unerfüllbar und alle Kräfte übersteigend [3]). Das kleinste Vergehen, der unbedeutendste Irrtum wurde unerbittlich und ohne Rücksicht auf mildernde Umstände bestraft mit Einkerkerung, Gehaltabzügen oder Entlassung ohne Pension; »Taler und Gulden« bildeten ja den Kernpunkt des bureaukratischen Patriotismus;

---

[1]) Siehe zahlreiche Beispiele bei Hock-Bidermann op. cit., 130—150. Cf. zum Beispiel auch W. A. V. G. 7, Karton 2944. A. h. Resolution zum Vortrag der vereinigten b. ö. Hof-Kanzlei vom 10. Dezember 1787: »Es ist der Hof-Kanzley schon so oft haarklein vorgeschrieben worden, was bei dem entstehenden allgemeinen Mangel in ein- oder anderer Provinz zu thun ist, daß dessen Wiederholung eckelhaft ist, besonders wenn solche Maasnehmungen, wie diese, die sowohl der Vorschrift aller gesunden Begriffen widerstreben, angeschlagen werden.« Alles das nur, weil die Kanzlei zur Zeit der Hungersnot in Görz riet, die Militärmagazine zur Verfügung zu stellen. Wie gesagt, es gibt zahllose solcher Beispiele und man könnte aus Josephs Entschließungen eine interessante Sammlung zusammenstellen, die ein Licht auf das Bildungsniveau auch der »aufgeklärten« Despoten des XVIII. Jahrhunderts werfen würde.

[2]) B. A. Riedesel au Roi le 23 juillet 1785: La mauvaise humuer continue de même et éclate journellement par des mercuriales qui tombent à droite et à gauche, comme Jupiter lance ses foudres de l'Olympe.

[3]) D. A. Stutterheim à Clemens le 2 janvier 1784: »Les principes que l'Empereur a développé dans les instructions adressées à ses départements sont sans doute très-malheureusement vus. Il y a une impossibilité morale de les faire pratiquer dans la généralité. Toutefois cela n'empêche pas que tout gouvernement ne dut tendre à cette perfection et celui qui y réussira le mieux ne saurait que s'en trouver très-bien.«

die eifrigsten Josephinianer erzürnte diese übertriebene Strenge [1]). Joseph benahm sich hierin ganz unlogisch; alles sollte durch Beamte geschehen und die Beamten fand er untauglich; warum also hatte er die alte, auf Selbstverwaltung begründete Ordnung aufgehoben?

Der Dienst war schwer und freudlos. Der Kaiser hielt Uneigennützigkeit für eine selbstverständliche Eigenschaft eines treuen Beamten und verlangte sogar unentgeltliche Dienstleistungen. Es war daher leichter, eine Stelle zu verlieren, als sie zu erhalten [2]); dabei reichte die knappe Besoldung kaum für das nackte Leben aus; die kargen Gehalte der Beamten waren und sind auch heute noch ein wunder Punkt in der österreichischen Bureaukratie. Die niederen Kanzleibeamten darbten geradezu: »Wenn Sie von dem Gehalte die Pensionsabzüge und die indirekten Steuern abrechnen und dazu addieren, was Heizung und Quartier kosten, so werden Sie finden, daß diese armen Leute vor dem Nichts stehen und daß mancher sich zum Tisch setzt, ohne auch nur eine Suppe vorzufinden, ja sogar zerrissen einhergehen muß« [3]). Die im Status Zurück-

---

[1]) »Versuch über die Regierung Josephs II.« 1788: »Die Strenge der Staatsverwaltung gegen alle die Unordnungen, ihre stets bereiten Hände, die Übertreter, die in solche Verirrungen gerathen und dabey selbst den unglücklichen Schuldigen zu treffen . . . schaden sie nicht dem Wesentlichen der Sache, da sie die Thatkraft der ausführenden Macht schwächen und sie in den bebenden Zustand eines maschinenmäßigen Ganges versetzen?«

[2]) D. A. Clemens à Stutterheim le 17 décembre 1783: »S. M. punit avec rigueur, mais se dispense de l'autre côté de récompenser.«

[3]) »Fragmente eines Gespräches über das Verhältnis des Staates zu seinen Beamten.« 1783, s. 43. Cf. W. A. IV. H. 2, Karton 519. Beschwerde der böhmischen Stände III. B. § 33: »Die Beamte, denen das Schicksal des ganzen Landes anvertraut ist, und von denen das Wohl und Weh des Vaterlandes zum großen Theile abhängt, sind gegenwärtig in einer Lage, welche in mehr als einer Betracht vorzüglich Rücksicht verdient. Ihre Anzahl ist überhaupt vermindert und folglich sind sie mit Geschäften überhäuft; schon dadurch ist ihnen eigentlich die Möglichkeit jedes Nebenverdienstes geraubt; nebst dem ist ihnen aber durch mehrere strenge Verordnungen aller Nebenverdienst streng untersagt. Die Besoldungen sind meistens gering bemessen . . . Alle Feilschaften steigen täglich im Preise . . . Der Staatsbeamte kann auf seinen Verdienst nichts

gebliebenen, von denen es unter Joseph eine Unzahl gab — in Prag allein zählte man im Jahre 1784 an 300 — waren des letzten Stückchen Brotes beraubt [1]). Und das Wenige wurde nicht einmal ordnungsgemäß ausgezahlt. Graf Seilern mußte die Staatskasse daran erinnern, Kreditanweisungen auszuteilen, da die Beamten in Wien und in den Provinzen keinen Gehalt empfingen und viele, die zu der Kassa gingen, die Antwort erhielten, die Assignationen seien noch nicht eingelangt [2]). Diäten und Zulagen gehörten unter dem sparsamen Joseph ins Reich der Märchen, da ja »Reisen ohnedies in den Pflichtenkreis der Beamten gehörten und sie dafür eben gezahlt wurden« [3]). Kolowrat wollte den Distriktschefs in Böhmen »für ihre eifrige Tätigkeit bei der Einhebung der Rückstände« eine Belohnung zukommen lassen; doch der Kaiser schrieb an den Rand des alleruntertänigsten Vortrages folgende kurze und trockene Entschließung: »Ich nehme diesen Bericht bloß zur Kenntnis, aber Belohnung findet keine statt« [4]).

War schon die Gegenwart für die Beamten nicht günstig, so verhieß ihnen auch die Zukunft, sobald ihre geschwächten Kräfte sie zwangen, in Pension zu gehen, nichts Gutes. Die

---

zuschlagen und muß also den Druck der täglich steigenden Theuerungen wehrlos tragen. Zugleich aber ist die Strenge der Verantwortung ohne Grenzen, welcher alle Staatsbeamte unterworfen sind. Ist nun die Lage dieser Männer nicht für den Staat selbst äußerst bedenklich?«

[1]) Geißler, op. VI, 4.

[2]) W. A. VI, A. 2, Karton 924. Billet des Grafen v. Seilern vom 15. Oktober 1784.

[3]) Hofdekret vom 13. Januar 1781.

[4]) W. A. V. B. 1, Karton 585. Cf. Schlitter: Kaunitz, Philipp v. Cobenzl und Spielmann. Ihr Briefwechsel. 1899 p. 49: »J'eusse fait certainement d'abord et de mon propre mouvement ce que Vous me proposez. (Cobenzl schlug Kaunitz vor, einige Beamte zur Belohnung in der Staatskanzlei anzustellen.) Si je n'avais pas envisagé la démarche que je pourrais faire comme vraisemblablement inutile, et si dans cette supposition je n'aurais pas crû devoir éviter l'humilition d'un refus.« Cobenzl glaubte übrigens selbst nicht recht an einen Erfolg seiner Fürsprache. ». . . Quoiqu'on ne soit pas trop fondé à espérer de la part de Joseph II. des effets de bienfaisance pareils à ceux qui rendent à toujours mémorable le règne de l'immortelle Marie-Thérèse . . . j'ose proposer à V. A. le petit rapport ci-joint.«

neue Gehalts- und Pensionsnorm rettete sie kaum vor dem Hungertode. Die Josephinianer fanden jedoch gerade diesen Erlaß sehr gerecht und für den Staat notwendig: »Dem Geschrei kann man bei dieser Gelegenheit natürlich nicht ausweichen. Aber wo wird es laut? In den prächtigen Palästen der Hauptstadt und in den Versatzämtern, wo die jungen Windbeutel die Uhren und Ringe, die sie der verstorbenen Kaiserin abgebettelt haben, hintragen, um Geld für Bälle, Picknicks und Kavalkaden zu erhalten« [1]. Die Verfasser kaisertreuer Broschüren verteidigten die Gesetzmäßigkeit dieser Bestimmung und wiesen nach, daß die Verteilung von Pensionen eine überflüssige Auslage der verstorbenen Kaiserin, seligen Angedenkens, war, die ihren Nachfolger zu nichts verpflichte, da »es nur Geschenke gewesen seien; wenn nun viele schwerer drauskämen, mögen sie nur sich selbst anklagen! Warum sparten sie nicht bei Zeiten! Sollen sie lieber patriotischer denken und ihr Leid auf den Altar des Vaterlandes legen« [2])

Selten, begreiflicherweise, besaß jemand genug staatsbürgerliche Gesinnung, um einem solchen Rate zu folgen, und es erhob sich lautes »Geschrei«, allen wohlmeinenden Warnungen zum Trotz. Auch die maßvollsten Leute fanden, »die Veränderung gehe zu schroff und hastig vor sich« [3]); wer aber darunter litt, drückte sich weit schärfer aus. »In den Kaffeehäusern, in den Boudoirs, an Soireen sprach man nur über dieses Thema« und wahrscheinlich in derselben Weise, wie in den geheimen Flugschriften. »Das Publikum kann sich selbst überzeugen« — schreibt einer der anonymen Autoren — »daß Kaiser Joseph mit uns verfährt, wie ein Tyrann mit seinen Knechten. Statt seine Handlungsweise zu rechtfertigen, zeiht er seine ehrwürdige Mutter offen der Verschwendungssucht, während er selbst so viele ins Elend gebracht hat, indem er ihnen die Pensionen entzog. Wir stellen daher an alle und an jeden eine Bitte: wenn der Monarch seine Bestimmungen nicht ändert und den armen Teufeln nicht zurückerstattet, was er ihnen genommen, so möge ihn niemand mehr

---

[1]) »Briefe aus Wien« II, 97.

[2]) »Über die Einziehung der Pensionen aus dem Kammerbeutel», 1781.

[3]) »Versuch über die Regierung Josephs II.« 1787.

als Kaiser, sondern als Tyrannen ansehen und ungesäumt davonjagen«[1]). Der Pensionsstatus konnte, nach der Ansicht der Unzufriedenen, niemand entschädigen. Erstens waren die neuen Pensionen zu niedrig, zweitens erhielten die Witwen nach den Beamten, die vor Beendigung ihrer Dienstzeit starben, nicht einmal diese paar Groschen. »Alle vernünftigen Leute wünschen, daß der Kaiser sich entschließe, seinen alten Dienern, die in den Kanzleien ergraut und dienstuntauglich geworden sind, mehr Mittel zu ihrem Lebensunterhalte zu gewähren. Es ist nicht recht, daß Leute gerade dann in Armut geraten, wenn sie am meisten Hilfe brauchen«[2]). Die vielen Pensionsabzüge verminderten das Einkommen noch mehr und erschienen sogar den mährischen Ständen, die ihren hart bedrängten Beamten nicht geneigt waren, »als widersprechend der justitiae distributivae«[3]).

Es braucht daher nicht wunder zu nehmen, wenn alle Beamten, von den höchsten angefangen, mit ihrer Lage unzufrieden waren. Wer nur ein wenig Eigenliebe und Vermögen besaß, der mochte nicht mit dem ewig unzufriedenen Monarchen beisammen bleiben und ging in Pension. Am meisten hatte der Kanzler, Graf Chotek, von des Kaisers Zorn zu leiden, als er seine Teilnahme an der Steuer- und Bauernreform versagte. Der Kaiser genehmigte seine Demission in den schärfsten, ungnädigsten Ausdrücken[4]). Und doch, gerade Chotek war Joseph sehr ähnlich und riet in späterer Zeit, im Jahre 1802, Franz II., die Verwaltung noch mehr zu zentralisieren. Seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Grafen Kolowrat, fiel der Dienst auch oft schwer[5]) und er erbat sich

---

[1]) W. A. Polizei-Akten v. X. Cf. B. A. Riedesel au Roi le 17 mars 1781: »Il n'est pas de jour qu'il ne soit obligé de résister aux clameurs sans nombre des pensionnaires rayés, et souvent ses refus sont accompagnés de beaucoup d'humeur et énoncés en termes humiliants.«

[2]) »Warum ist der Kaiser Joseph bei seinem Volke nicht beliebt?«

[3]) D'Elvert, op. cit. 111.

[4]) Wolf: »Graf Rudolf Chotek« (Sitzungsberichte der Wiener Akad. der Wissenschaften v. IX, 1852.)

[5]) P. A. v. 347 f. 189. Noailles à Vergennes le 31 mars 1784: »Tous les employés du gouvernement paraissent avoir leur part de dégoût. Celui qui peut en avoir éprouvé davantage est le C—te de Kolowrath.«

oft, wenn auch fruchtlos, die Erlaubnis, in den Ruhestand treten zu dürfen. Joseph entließ ihn nicht, denn er schätzte seine Ehrenhaftigkeit, seinen Fleiß und seine Kenntnisse hoch und auch dem Justizminister, Grafen Seilern, gab er trotz dessen inständiger Bitten nicht den Abschied [1]).

Die kleinen Beamten, die bloß von ihrem Gehalte lebten, konnten natürlich nicht zu diesem Mittel greifen und waren froh, wenn der Sturm sich nicht über ihren Häuptern entlud; jede Reise des Kaisers war für sie ein Fest [2]). Sie dienten deshalb auch schlecht, wirklich wie »gemietete Lakaien«, für die sie Joseph zu halten geneigt war, ja man kann sagen, noch ärger, da sie meistens den Befehlen ihres Monarchen zuwiderhandelten.

Besonders in den Grenzlanden — in Belgien und in Ungarn — waren die Beamten ganz unverläßlich und hielten es viel mehr mit ihren Landsleuten als mit der Regierung. Die Gewissenhaften verließen den Dienst und beraubten so die Krone der besten Kräfte. Der Intendant von Brüssel zum Beispiel, Rapedius de Berg, war ein kluger, gebildeter, ehrenhafter Mann und das Muster eines Beamten; doch »seine Ergebenheit gegen S. M. und seine Dankbarkeit für die ihm erwiesenen Wohltaten zwangen ihn, sein Amt an den Stufen des Erhabenen Thrones niederzulegen, da die bösen Gerüchte, die über die Intendanten im Umlauf seien, es ihm unziemlich und mit dem Wohle des Allerhöchsten Dienstes unvereinbar erscheinen ließen, seinen Beruf länger auszuüben« [3]). Der Großbailli des wallonischen Brabant sah sich ebenfalls »zwischen zwei Feuer gestellt: entweder er mußte meineidig oder seinem Monarchen ungehorsam werden; so zog er es denn vor, sein Bündel zu schnüren« und freiwillig auf seine Stelle zu verzichten [4]).

---

[1]) Siehe Brunner: »Die theologische Dienerschaft am Hofe Josephs II.« 1868. W. s. 464. Wie alle Werke dieses Forschers ist auch dieses von ultramontanem Geiste erfüllt, aber wegen seiner archivalischen Daten wertvoll.

[2]) Berichte der Gesandten passim. Siehe zum Beispiel A. Riedesel au Roi le 24 janvier 1784: »Le public et tout ce qui est employé, grand et petit, militaire et civil, ne paraissent gueres affligés de son absence.«

[3]) Recueil des Représentations I, 190.

[4]) Ib. IV, 39, 40.

Weniger genau nahmen es die Beamten in Ungarn. Wir haben gesehen, wie hartnäckig und unerschrocken die ungarische Kanzlei für die Privilegien ihres Vaterlandes einstand. Sie betrachtete sich als Vermittlerin zwischen den Untertanen und der Krone: »Wir sind stets bestrebt« — schreibt Graf Esterházy — »im Namen seiner Untergebenen mit vereinten Kräften einerseits den Allerhöchsten Vorschriften zu gehorchen, andrerseits den Ständen jeden Grund zur Klage zu ersparen« [1]. Der Kanzlei konnte der Kaiser noch vertrauen; aber die Beamten in der Provinz, selbst die Kommissäre, waren mehr um sich als um den Erfolg der Reformen besorgt. Der Spion Strohmayer, seines Zeichens Buchhändler, teilte dem Pester Polizeimeister mit, daß »einige von den Kommissären S. M. die Wahrheit nicht berichten wollen und daß die meisten Provinzialbehörden gegen den Kaiser garstige Gefühle hegen; wen man aber vom Dienste ausschließe, der sei erst recht verbittert und gehässig« [2].

Die jungen Kanzlisten »trugen demonstrativ die weiße goldverschnürte ungarische Mente, die rote Attila und das gleichfarbige Beinkleid und hüllten sich in Mäntel, als wären sie Generäle« [3]. Die Bureaukratie, auf die der Kaiser so sicher gerechnet, erwies sich als unzuverlässiges Werkzeug; zum Teil zerbrach es in seiner derben, kräftigen Hand, zum Teil wandte es sich gegen ihn selbst. Und als des Monarchen Kräfte erlahmt waren, sah er sich einem schrecklichen Feinde gegenüber: dem Bündnisse aller derer, die er durch seine Reformen in ihren Rechten verkürzt hatte, der Stände. Der Kampf war ungleich und der Schwächere mußte erliegen, ungeachtet seiner wohlmeinenden Absichten.

---

[1]) U. A. A. u. Vortrag der treugehorsamsten ung.-sieb. Hof-Kanzlei vom 24. August 1782.

[2]) W. A. Polizei-Akten X. Pest, den 13. Dezember 1789.

[3]) Polizei-Akten v. X. Bericht des Neusohler Ober-Kriegs-Kommissariats vom 6. Juli 1789.

VIERTES KAPITEL.

Militärreform.

I.

Militärische Neigungen Josephs II.

In der Geschichte Europas gibt es kein Beispiel dafür, daß ein Staat ohne bewaffnete Macht entstand und sich erhielt. Im XVIII. Jahrhundert trat die Notwendigkeit einer solchen besonders deutlich hervor. Die mittelalterliche Lehnsherrschaft hatte ihren Platz mächtigen, konzentrierten Monarchien eingeräumt, die nach Abrundung ihrer Gebiete strebten, um möglichst große Beute stritten und bei einem Mangel an Verteidigungsmitteln immer Gefahr liefen, das schon Erworbene zu verlieren. Friedrich II. schrieb seiner Schwester, der Königin von Schweden, »große Armeen entscheiden über die Existenz eines Staates«. Niemand kam es wohl besser zu, solche Grundsätze auszusprechen, als dem Erben der brandenburgischen Markgrafen, der sich mit dem Schwerte das Recht auf eine Stimme im Konzert der europäischen Großmächte erobert hatte.

Joseph teilte diese auch bei den übrigen Monarchen herrschende Ansicht. Auch für ihn bildete die Schaffung einer großen Armee und deren Erhaltung den Gegenstand eifriger Sorge. Er entwickelte nach dieser Richtung eine so intensive Tätigkeit, daß die meisten seiner Zeitgenossen meinten, er sei im Herzen vor allem Soldat und unterordne alle übrigen Funktionen des Staatslebens diesem Lieblingsberufe. »Der Kaiser denkt an nichts als an seine Truppen« — meldet Barthélemy[1]. . . »Er

---

[1]) P. A. v. 340 f. 393. Barthélemy à Vergennes le 30 octobre 1779.

meint, das ganze Leben einer Monarchie konzentriere sich darin, Soldaten heranzuziehen« [1]) Derselben Ansicht war man auch in Preußen: »Es ist bei uns zum Gemeinplatz geworden« — schreibt einer der damaligen Publizisten — »daß der Kaiser Soldat und nur Soldat ist« [2]). Sein Biograph Caraccioli nennt ihn »einen Märtyrer des Kriegsruhmes« und überliefert die übrigens unwahre Nachricht, daß der Kaiser stets den »Kommentar« Cäsars bei sich führe [3]). »Votre frère est tout militaire«, teilt Maria Theresia ihrem Sohne Ferdinand mit [4]) und Breteuil stellt Joseph sogar als blutdürstig hin, indem er behauptet, der Monarch wäre bereit, das Leben von Tausenden zu opfern um nur die Lorbeeren eines großen Feldherrn zu ernten [5]). Die meisten der zeitgenössischen Historiker schreiben ebenfalls den militärischen Neigungen Josephs einen großen Einfluß auf seine politische Tätigkeit zu und glauben, er habe die militärische Disziplin auf das ganze bürgerliche Leben erstrecken wollen [6]).

Man muß derartige Behauptungen mit einer gewissen Vorsicht aufnehmen: Österreich war nicht Preußen und der »Korporalstock« war nicht die Lieblingswaffe Josephs II. Allerdings unterliegt sein Hang zum Kriegshandwerk keinem Zweifel. Podewils erzählt schon von dem sechsjährigen Knaben, »er liebe nur das Militär und achte nur Persönlich-

---

[1]) Ib. le 16 février 1776. Cf. ib. v. 350 f. 265. Noailles à Vergennes le 2 novembre 1785: »Il rapporte tout au militaire sans penser aux moyens de vivifier sa monarchie.«

[2]) Friedel: Briefe aus Wien, 57.

[3]) Caraccioli: »La vie de Joseph II.«, 26. Cf. Briefe eines reisenden Franzosen. I, 248: »Überall steht der allmächtige Stock zur Antwort bereit und überall fühlt man, daß man in einen militärischen Staat gekommen ist, der strenge Subordination hält.«

[4]) Arneth: »Briefe der Kaiserin Maria Theresia an ihre Kinder und Freunde« II, 37.

[5]) P. A. v. 340 f. 265. Breteuil à Vergennes le 22 juin 1779: »J'aurais volontiers fait tuer 150 mille de ces hommes, dit l'Empereur, en m'exposant aux mêmes dangers; mais je n'aurais plus si tôt pareille occasion, (der bayrische Erbfolgekrieg) et quand elles échappent à mon âge il faut renoncer aux armes et se faire hermite.«

[6]) Sehr charakteristisch ist die Ansicht Schnellers: »Österreichs Einfluß auf Deutschland« 1828, II, 317 und Brunner: »Joseph II.«, 1885, S. 31.

keiten, die dazu gehören«[1]); zur Zeit des Siebenjährigen Krieges stürzte sich der jugendliche Kronprinz begeistert in den Kampf; zwischen 1778—79 stellte er sich selbst an die Spitze des Heeres und der Feldzug von 1788 brach seine Kräfte, so groß waren die Verluste und die Mühen, die er sich freiwillig auferlegt hatte. In einem rührenden Abschiedsbefehl an die Armee sprach er folgendermaßen zu der Öffentlichkeit: »Soldat zu sein war der erste Wunsch S. M., die Erstarkung der Armee, ihre Ehre und Bedeutung lagen Allerhöchstderselben stets am Herzen.«

Dies alles genügt aber nicht, um zu behaupten, der Kaiser sei bloß ein Soldat, ein Korporal auf dem Throne gewesen, wie Karl XII., und habe nichts anderes im Sinne gehabt als Schlachten- und Kriegsruhm. Ihm galt die Ausbildung des Heeres ebenso für eine Staatsnotwendigkeit wie die der Verwaltung oder wie die Kirchenreformen und die Hebung des Handels und Gewerbes. Joseph II. war in gleichem Maße Bureaukrat wie Militär[2]), ja, man kann eigentlich sagen, daß der Krieg mit seinen Greueln seinem innersten Empfinden zuwider war. In seiner Jugend vielleicht, als er noch heißblütig und ehrgeizig gewesen, träumte er von kriegerischem Ruhme, von Schlachtengetümmel und Siegeslorbeer; doch die Zeit brachte andere Sorgen und ließ dieses Interesse allmählich erlahmen[3]). Wir haben gesehen, daß er den Krieg gegen die Türken sehr ungern aufnahm und daß es ihm dabei mehr auf einen vorteilhaften Friedensschluß als auf lärmende Schlachten ankam; auch stellte er sich nur darum an die Spitze der Armee, weil er den damaligen Krieg für sehr wichtig hielt und meinte, wo es sich um das Staatswohl handle, dort müsse der Monarch zugegen sein. Man hatte

---

[1]) Sitzungsberichte der Wiener Akademie der Wissenschaften. 1850, II, 504.

[2]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« I, 225: »Chaque partie m'intéresse également; je ne suis pas plus attaché au militaire qu'à la finance.«

[3]) Beer: »Joseph II., Leopold II. und Kaunitz« 307: »Et de quel droit peut même un Souverain ... les abandonner (ses sujets) uniquement pour aller faire des conquêtes insignifiantes ou pour obtenir des avantages futils qui sonnent seulement dans les Gazettes et dans l'opinion du grand nombre, pendant qu'il diminuerait le vrai Capital de son Etat ...?«

Grund, in Wien darüber zu lachen, daß bei der Einnahme der kleinen Schlacht bei Dubitza ebensoviel Pulver und Geschütze verbraucht wurden, wie in der großen Schlacht bei Torgau. Auch darin hatte man recht, daß man die Niederlage im Jahre 1788 der Unentschiedenheit des Kaisers zuschrieb, der um jeden Preis mit dem Blute seiner Soldaten sparen wollte. Die sächsischen und preußischen Gesandten können nicht genug darüber berichten, wie ungern, aber wie gewissenhaft zugleich Joseph II. seinen Pflichten als Heerführer nachkam [1]). Riedesel konnte nicht umhin, auch hierbei boshafte Bemerkungen zu machen, aber im Grunde genommen wiederholte er, was die anderen sagten [2]). Während seiner Reisen »befaßte sich S. M. nur zu seiner Gewissensberuhigung mit militärischen Angelegenheiten«, sagt Podewils und Herzog Alberts Schilderung von der Reise des Kaisers im Banat bestätigt diese Ansicht [3]). Die Preußen wendeten, den Weisungen Friedrichs II. gehorchend, ihr Hauptaugenmerk den militärischen Plänen Josephs zu. Sie beobachteten sie schärfer als der gleichmütige Noailles, der bloß nach Äußerlichkeiten urteilte [4]).

II.

Übergabe der militärischen Angelegenheiten an Joseph II. durch Maria Theresia im Jahre 1765. Numerische Verstärkung der Armee. Reformen in der militärischen Verwaltung. Verbesserte Lage der Offiziere und Unteroffiziere.

Jedenfalls war die Tätigkeit des Kaisers auf militärischem Gebiete rege und umfassend. Man kann hier schwer die Zeit

---

[1]) B. A. Podewils au Roi le 14 juin 1786: »L'Empereur perd de plus en plus le goût pour le Militaire et se rapporte volontiers et entièrement sur cet article aux soins du Maréchal de Lascy.« Cf. D. A. Clemens an Stutterheim den 9. Mai 1781: »Übrigens läßt dieser Monarch keinen außerordentlichen Eifer für das Kriegswesen blicken.«

[2]) B. A. Riedesel au Roi le 28 septembre 1782: »Ce Prince affecte un goût décidé pour la guerre, qu'il n'a point et lequel, s'il l'avait, serait étouffé par la passion plus forte en lui, celle d'amasser de l'argent.«

[3]) Mémoires de ma vie, v. II.

[4]) Die Literatur hierüber ist sehr spärlich. Wertvoll ist nur H. Meynert: »Geschichte des Kriegswesens und der Heeresverfassung in den verschiedenen Ländern der österreichischen Monarchie« 1854.

seiner Mitregentschaft und die seiner Alleinherrschaft unterscheiden. Maria Theresia übergab ihm schon 1765 die Leitung des Kriegsministeriums. Zwar behielt sie sich auch hier, wie in allen Angelegenheiten, die Oberaufsicht über die Unternehmungen des Kaisers vor, doch stimmten Mutter und Sohn in diesem Punkte so völlig überein, daß niemals eine Meinungsverschiedenheit vorkam. Bittere Erfahrungen hatten die Kaiserin gelehrt, daß eine starke Armee für den Bestand einer Monarchie eine dringende Notwendigkeit sei. Sie hatte im Jahre 1740 eine trostlose Lage vorgefunden. Auf der Heeresliste standen 140.000 Mann, doch nur 40.000 befanden sich wirklich in den Reihen. Die Soldaten waren schlecht geschult, wenig diszipliniert und kaum bekleidet; die Bewaffnung war unzureichend, es fehlte an Offizieren und es gab nur eine Menge uralter Generäle, die Gehalte und Pensionen bezogen. Die Stände, denen die Rekrutierung und Verproviantierung oblag, kamen ihren Verpflichtungen überhaupt nicht nach[1]. Kein Wunder also, daß die österreichische Armee überall geschlagen und sogar Wien bedroht wurde. Nur die äußersten Anstrengungen und die unglaubliche Hingebung der ungarischen Separatisten retteten damals den Staat.

Gleich nach der Beendigung des österreichischen Erbfolgekrieges nahm Maria Theresia einschneidende Reformen vor. Der Stand der Armee wurde auf 108.000 Mann erhöht und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit. Die Rekrutierung wurde den Ständen abgenommen und den Kronbeamten übertragen; die Stände der deutsch-österreichischen Erblande mußten jährlich 14 Millionen Gulden statt wie früher 9 Millionen zahlen und diese Summe wurde für zehn Jahre im voraus festgesetzt, um im Falle eines langwierigen Krieges Verwicklungen zu vermeiden. Eine Genie- und Artillerieakademie wurde errichtet, die Bewaffnung der Armee geändert und die Lage der Mannschaft verbessert; für Invalide eröffnete man Spitäler und die Gehalte der Offiziere und Unteroffiziere wurden erhöht. Im Siebenjährigen Kriege war die Haltung des österreichischen Heeres auf dem

---

[1]) Arneth: »Geschichte Maria Theresias« 1870, IV., 2—5 und 87.

Schlachtfelde ganz anders als im Jahre 1741 und mehr als einmal schlug es Friedrichs Truppen in die Flucht. Trotzdem zeigte sich auch diesmal die Überlegenheit der preußischen Heeresverwaltung im vollen Glanze. Friedrich II. war nicht nur ein Philosoph, sondern auch ein großer Held und seine Reglements, seine Heeresstatuten und die Organisation seiner Armee waren in ganz Europa mustergültig. Maria Theresia liebte wohl »diesen Menschen« nicht, aber ihr Haß ließ sie seine guten Seiten nicht übersehen. Kaunitz beschuldigt Preußen, Österreich in den Militarismus hineingezogen zu haben, aber die Kunst zu siegen, hat es ihm nicht beigebracht. Nirgends ist der Einfluß Preußens auf die Reformen Josephs II. so deutlich bemerkbar, wie eben hier. Das fiel allen Zeitgenossen auf und einige fanden sogar, der Kaiser treibe die Nachahmung zu weit[1]).

Besonders heiß nahm sich Joseph der Sache in seiner Jugend an. Von 1765—1790 wurde eine ganze Reihe von Verordnungen herausgegeben, um die Ausbildung der Armee auf eine höhere Stufe zu bringen. Fähige Organisatoren, wie Lascy und Hadik wurden zu Ministern ernannt; sie befolgten die Grundsätze des Kaisers, die Armee, ohne der Staatskasse zu große Opfer aufzuerlegen, zu reorganisieren[2]). Es gelang der Regierung auch wirklich, das Heer auf 30.000 Mann zu erhöhen, was eine Ausgabe von nur 20.000 Gulden im Jahr verursachte; ein Generalstab wurde eingeführt, eine Reihe von Festungen an der nördlichen Grenze erbaut, die Infanterie neu bewaffnet, die Artillerie vermehrt, das Pferderemontierungs-

[1]) D. A. Clemens an Stutterheim den 18. April 1781: »Es scheint aus vielen Handlungen des Kaisers eine große Nachahmung der Grundsätze des Königs von Preußen hervorzuleuchten, welche in verschiedenen Fällen nicht auf den Charakter dieser Nation und auf andere lokale Umstände für passend gehalten werde.«

[2]) Nos objets pour l'avenir sont de nous mettre le mieux que possible en état de former et entretenir une armée aussi nombreuse que l'exige notre situation, une armeé bien exercée, disciplinée et toujours prête et en état d'agir au besoin avec vigueur et en même temps de la rendre le moins que possible à charge de l'Etat« (Joseph à Leopold en mars 1768). — Arneth: »Geschichte Maria Theresias« (VII, 528—29.) Cf. Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« I, 226.

system für die Kavallerie verbessert. Joseph II. teilte dem Ministerium das Generalkommissariat zu, das folgende Aufgaben hatte: Einkauf und Unterbringung des Proviants, Uniformierung der Truppen, Herstellung der für den Kriegsfall erforderlichen Munition. Alles wurde in den Werkstätten der Regimenter aus dem angekauften Material verfertigt. Anderswo durfte nichts bestellt werden. Proviant und Montur bewahrte man in ungeheuren Magazinen auf, um im Notfalle mit allem versorgt zu sein und nicht überflüssiges Geld auf die in Kriegszeiten teuereren Artikel zu verschwenden. Für jede der drei Waffengattungen gab es nur ein Reglement und nur ein Kommando. Der Soldat übte sich beständig im Feld- und Garnisonsdienst und, um ihn zum Kriege vorzubereiten, wurden im Sommer Lager aufgeschlagen und große Manöver abgehalten [1]).

An die Offiziere und an die Mannschaft stellte man nun große Anforderungen, bezahlte sie aber auch weit besser. Früher konnte jeder Adelige, schon vermöge seiner Geburt, als milchbärtiger Junge Oberst werden; Offizieren niederer Herkunft war es dagegen unmöglich, und mochten sie noch so tüchtig und tapfer sein, sich aus einer subalternen Stellung herauszuarbeiten. Jetzt verlangte man von den Offizieren Verdienste, ehe man sie beförderte; Maria Theresia war zwar sehr geneigt, die Nachkommen »der alten Geschlechter, die dem Hause Habsburg so anhänglich waren«, in Schutz zu nehmen, doch dem praktischen Nutzen zuliebe opferte sie ihre aristokratischen Grundsätze. In den damaligen Heereslisten finden wir in der Generalität einen ungeheuer großen Prozentsatz von Protestanten und Angehörigen des niederen Adels: »Beachten Sie nicht die Fürsprache meiner Familienmitglieder oder Hofbeamten« — schrieb sie dem Marschall Lascy — »erklären Sie ihnen ein für allemal, ich hätte es Ihnen verboten und ohne meine Unterschrift dürften Sie niemanden, wer es auch sei, ernennen. Sie müssen diese

---

[1]) Siehe Arneth: »Geschichte Maria Theresias«, IX, 486–542. Leider hat auch hier der Autor den personalibus zu viel Platz eingeräumt, oft zum Schaden der historischen Vollständigkeit. Man kann z. B. nichts über die Einführung der Konskription erfahren.

Zudringlichkeiten los zu werden trachten« [1]). Joseph war nun gar ein grundsätzlicher Gegner aller Geburtsprivilegien und gewährte weder auf Grund des Glaubensbekenntnisses, noch infolge von Protektionen irgendwelche Vorrechte; er waltete strenge, aber gerecht. Die Offiziere des alten Schlages hätten auch niemals den Dienst ertragen können, der im letzten Viertel des XVIII. Jahrhunderts geleistet werden mußte. Man hatte von 8 Uhr früh bis 12 Uhr mittags und von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends beim Regiment zu sein, Rekruten abzurichten, den ungeheuren militärischen Kanzleidienst zu versehen und in den verlassensten Dörfern Konskriptionslisten aufzunehmen. Darüber hinaus erhielten die Offiziere auch noch anderweitige Aufträge; nicht selten mußten sie Befehle der bürgerlichen Gewalten vollstrecken. In Ungarn zum Beispiel zogen sie mit ihren Abteilungen umher, um die Anstifter der Bauernunruhen und die Häupter der adeligen Verschwörer ausfindig zu machen, oder sie saßen mit Grenadieren in den Sitzungssälen der Komitate, um über die Aufrechterhaltung der Ordnung zu wachen; in Belgien wurden sie in die Dörfer geschickt, damit sie »den guten Leuten richtige Begriffe von den wohlmeinenden Absichten S. M. beibrächten«. Das flotte Leben von früher hörte auf. Die Uniform erleichterte nicht mehr, sondern erschwerte im Gegenteil das Schuldenmachen. Der Erlaß vom 2. Juni 1783 verbot, den Offizieren einen 100 Gulden übersteigenden Kredit zu geben; wer dieses Gebot überschritt, wurde »strenge zur Verantwortung gezogen«.

Hingegen besserte sich die Lage der Offiziere in der Gesellschaft zusehends. So exklusiv der Wiener Hof auch immer war und bis auf den heutigen Tag ist, von nun ab empfing er die Offiziere als willkommene Gäste. Schon die Kaiserin, getreu ihrem Grundsatze, die Menschen persönlich an sich zu fesseln, erwies den Militärs alle erdenklichen Aufmerksamkeiten und Liebenswürdigkeiten; sie beschenkte sie, suchte sie im Lager auf, half den Notleidenden und gab den Töchtern armer Offiziere eine Mitgift. Joseph hingegen, der nie die Uniform auszog und »stolz auf die Ehre war, Soldat

[1]) Arneth: »Geschichte Maria Theresias« 1879. IX, 613.

zu sein«, bemühte sich auf alle Weise, den Militärstand in der öffentlichen Meinung zu heben. Hier ein Beispiel von vielen. Oberst Graf Attems bat um die Erlaubnis, dem Görzer Landtage, dessen Mitglied er als dortiger Grundbesitzer war, in Uniform beiwohnen zu dürfen. Des Kaisers Antwort war folgende charakteristische Entschließung: »Im Kleide liegt's nicht. Doch kann die Uniform dem Dienste, der den Ständen obliegt, nur Ehre bringen. Ich erlaube also dem Grafen Attems aus besonderer Gnade, den Sitzungen in Oberstensuniform anzuwohnen« [1]). Dem Kaiser gelang es auch, dem Wehrstande selbst in den höchsten Kreisen der Gesellschaft Achtung zu verschaffen. »Die Offiziere sind schon durch ihren Beruf dem Adeligen ebenbürtig« — schrieben die stolzen niederösterreichischen Stände — »ihnen wird das Recht zuerkannt, bei den geselligen Abenden in den aristokratischen Häusern zu erscheinen, was man von den Zivilbeamten nicht sagen kann« [2]). Es wurden sogar Stimmen laut, die den Kaiser beschuldigten, den Offizieren vor allen anderen den Vorzug zu geben: »Die vernünftigen Leute wünschen, daß der Kaiser seine Beamten ebenso liebe wie seine Soldaten. Es verletzt jene, daß viele Auszeichnungen nur Leuten verliehen werden, die sich am Schlachtfelde hervorgetan« [3]). Wie wenig begründet solche Vorwürfe waren, kann man daraus ersehen, daß die Kollegiensekretäre in den Ministerien einen höheren Rang einnahmen als die Hauptleute der Armee; der Kaiser wollte einfach nur zwischen beiden Elementen ein Gleichgewicht herstellen, ohne dem einen oder dem andern den Vorzug zu geben [4]).

---

[1]) W. A. IV. H. 4, Karton 701. »Inner-Österreichische ständische Verfassung 1758—89. A. u. Vortrag der treugehorsamsten b. ö. Hofcanzley die von dem görzerischen Landeshauptmann gestellte Anfrage: ob dem Grafen von Attems als ständischem Verordneten während seiner landschaftlichen Bedienstung die Uniform zu tragen gestattet werden solle, betreffend. Den 30. October 1780.«

[2]) Ib. IV. H. 2, Karton 529: »Beschwerden der gesammten niederösterreichischen Stände vom 15. April 1790.«

[3]) »Warum ist der Kaiser Joseph von seinem Volke nicht geliebt?« § 32.

[4]) Cf. Sein Plan, die Pensionen des Zivil- und Militärstandes auf gleichen Fuß zu setzen. (Arneth: »Maria Theresia und Joseph I.« III, 358.)

Joseph II. kümmerte sich auch um die materielle Versorgung der Oberoffiziere und der Stabsoffiziere. Er wich aber selbst hier von seinem Sparsamkeitssystem nicht ab und schonte die Staatskasse, so viel er konnte. Er fand andere Mittel, seinen Zweck zu erreichen, indem er Stipendien an den Unterrichtsanstalten hauptsächlich Offizierskindern verlieh. Diese wurden auch bei der Aufnahme in Waisenversorgungsinstitute in erster Linie berücksichtigt, »denn so fordere es die Gerechtigkeit«. Besonders charakteristisch war die Verfügung, die den städtischen Behörden anbefahl, pensionierte Offiziere zu Magistraten zu erwählen; die hierzu erforderlichen Prüfungen wurden dann kürzer und leichter gemacht[1]); bei den Sitzungen nahmen die Offiziere den ersten Platz nach dem Bürgermeister ein[2]). Wenn die Städte keine Lust zeigten, die allerhöchste Fürsprache zu berücksichtigen, so schoben sie die weiteren städtischen Wahlen so lange hinaus, bis die Magistratsstellen Zivilpersonen zufielen.

Noch mehr geschah für die Mannschaft. Bisher hatte man sie nur als ein notwendiges Übel angesehen. Man bezahlte sie für den Kampf mit den Feinden, sonst aber hielt man sie möglichst fern von sich; war ja doch von ihnen nichts anderes zu erwarten, als daß sie die friedliebenden Bewohner beunruhigten. Diese Anschauung war damals insofern begründet, als die früheren Mietstruppen allerdings aus sehr unzuverlässigen Elementen bestanden: aus Abenteurern, Vagabunden, Heimatlosen, ja selbst Verbrechern, die die bürgerliche Gesellschaft aus ihrer Mitte ausgestoßen hatte und die in Friedenszeiten ihren Landsleuten gefährlicher waren als im Kriege den Feinden. Man behandelte sie auch im Heere entsprechend — den Korporalstock und das Spießrutenlaufen sah man als die einzigen Mittel an, diese aufrührerische, unruhige Horde im Zaum zu halten. Andere Zeiten brachen mit Joseph II. heran, als die Konskriptionen eingeführt wurden und man die Soldaten unter den ansässigen Bauern und kleinen Bürgern anwarb. Der Regierung galt es als »wichtig, den Unterschied zwischen

---

[1]) Hofdekret vom 4. Juni 1785.
[2]) Hofdekret vom 9. März 1786.

dem Bauern- und dem Kriegerstande aufzuheben« und darum wurde der bürgerlichen Gewalt anbefohlen, »das Volk zu überzeugen, daß zwischen Soldat und Bauer kein Unterschied bestehe« [1]). Als das beste Mittel hierfür wurde eine gute Behandlung der Rekruten angesehen und in zahlreichen Erlassen verboten, »mit den jungen Bauernburschen schlecht umzugehen; man solle alles vermeiden, was sie zur Desertierung veranlassen oder ihnen Furcht vor oder Abneigung gegen den Militärdienst einflößen könnte« [2]). In Anbetracht des neuen Armeestandes waren derartige Maßregeln allerdings notwendig. Man gestattete wohl, »Schmuggler, Widdiebe und andere Leute, die sich leichter Vergehen schuldig gemacht hatten, ebenso wie Heimatlose und Vagabunden unter die Rekruten aufzunehmen« [3]), »damit diese Leute nützliche Mitglieder des Staates und durch die militärische Disziplin gerettet würden« [4]); doch fand deren Aufnahme bei den Truppen eher »gnaden- als strafweise statt«. Verbrecher, die schon im Gefängnis gesessen und entehrende Strafen erduldet hatten, durften nicht Soldaten werden. Wie hoch Joseph die militärische Ehre schätzte und wie notwendig es ihm schien, Achtung und Furcht vor der Uniform einzuflößen, sieht man aus folgendem Umstande: im Januar 1788 beschimpfte die Menge die Soldaten bei ihrem Einzuge, wofür dann friedliche Bürger auf dem großen Platz in Brüssel hingerichtet wurden. Diese grausame Maßregel fand des Kaisers vollsten Beifall [5]).

---

[1]) W. A. VII. C. 1, Karton 720. A. u. Vortrag des treugehorsamsten Hof-Kriegs-Raths die Verbesserung des Conscripitions-Wesens betreffend vom 20. April 1786.

[2]) Handbuch der Gesetze. III, 120.

[3]) Ib. III. 83. Cf. Erlaß vom 4. Februar 1789, nach welchem eingereiht wurden: »Wirklich muthwillige Müßiggänger, Vagabunden, sonst gefährliche Menschen oder politische Verbrecher.«

[4]) W. A. VII. C. 1, Karton 720 op. cit.

[5]) Er schrieb hierüber folgendes an den General d'Alton (Recueil des lettres original de l'Empereur Joseph II. au général d'Alton, p. 5): »Ich erfuhr mit Vergnügen von Ihren erfolgreichen Dispositionen dd. 22 Januar. Das Publikum soll ein für alle Male sehen, daß man das Militär ungestraft nicht beleidigen darf.«

Unter solchen Verhältnissen[1]) konnte es dem Soldaten nicht schlecht gehen. Er war gut genährt, rein gekleidet und pünktlich bezahlt; das Spießrutenlaufen war zwar noch in Mode, kam aber viel seltener vor. Demokrat durch und durch, verkehrte Joseph überhaupt lieber mit der Mannschaft als mit den Offizieren. »Die Armee ist mit allem Notwendigen versorgt« — berichtet Podewils — »aber die Offiziere klagen über Teuerung und schlechtes Wasser«[2]). Die ausgedienten Soldaten des Mannschaftsstandes erhielten eine Altersversorgung; die Greise kamen in Invalidenhäuser, die Leute, die noch etwas leisten konnten, wurden als städtische Polizeiwachen angestellt, wobei auch der Staatskasse ihre weitere Erhaltung, für die nun die Magistrate sorgten, erspart blieb[3]). Die Witwen und Waisen der Soldaten, die ja immer der ärmeren Bevölkerungsklasse angehörten, wurden von der Erbsteuer befreit[4]). Die Kriegsbeute durfte, trotz der drakonischen Bestimmungen betreffend die Einfuhr fremder Waren, ohne Zoll heimgebracht werden, »um es den Soldaten leichter zu machen«[5]). Joseph wollte auch verhüten, daß Leute, die nicht zu Ende gedient hatten, dem Elend preisgegeben würden, und ließ daher allen Städtern und Bauern ans Herz legen, sie in ihre Dienste zu nehmen[6]). Man muß gerechtermaßen anerkennen, daß der Kaiser alles tat, um dem Staat eine große, gut geschulte und disziplinierte Armee zu verschaffen, die, ohne zu große Kosten, mit allem versorgt war.

III.

Einführung des Konskriptionssystems in den deutschen Provinzen.

Eine wichtige Frage harrte der Lösung — die Rekrutenfrage. Das Werbesystem, wie es bisher im Gebrauch war,

---

[1]) Sehr charakteristisch ist Josephs II. Ansicht über das Schicksal und die Stimmung der niederen Stände noch im Jahre 1765 (siehe Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« III, 356).

[2]) B. A. Podewils au Roi le 2 juillet 1788. Cf. »Mémoires de Georgel«. 1817. I, 320: »Il avait plus d'égards pour le soldat que pour l'officier.«

[3]) Hofdekret vom 23. Mai 1788.

[4]) Hofdekret vom 20. Juni 1784.

[5]) Hofdekret vom 25. April 1788.

[6]) Patent vom 1. Februar 1786.

wurde als unzweckmäßig aufgegeben[1]). An seine Stelle ließ man das Konskriptionsverfahren treten, das in Preußen von Friedrich Wilhelm I. eingeführt und von Friedrich II. vervollkommnet worden war. Danach wurden die Soldaten, die oft in der Fremde geworben wurden, durch einheimische Rekruten ersetzt. Durch den Erlaß vom 8. April 1771 erstreckte sich dieses System über die deutsch-österreichischen Erblande, Tirol ausgenommen. Das ganze Land wurde in 37 Werbbezirke eingeteilt, denen ein Stabsoffizier mit einer entsprechenden Anzahl von Offizieren und Unteroffizieren vorstand. Für jeden Werbbezirk wurde ein Regiment bestimmt, das dort seine gelichteten Reihen immer wieder ergänzte. Der gerechten Verteilung zuliebe mußte jeder Bezirk die gleiche Anzahl Einwohner haben; dies rief häufig Verwirrung hervor, denn militärische und bürgerliche Bezirke deckten sich nicht immer. Die Offiziere nahmen in jedem Bezirk ein Verzeichnis aller Einwohner männlichen Geschlechtes und alles vorhandenen Viehes auf. Um diese Aufgabe zu erleichtern, wurden sämtliche Häuser der Reihe nach und ein- für allemale mit Nummern versehen. Alljährlich, Ende Februar, überprüften und vervollständigten die Offiziere ihre Listen, entsprechend den Daten, die ihnen die Dorf- und Stadtbehörden sowie auch die Geistlichkeit zu geben hatten; diese war gleichzeitig verpflichtet, ihre Matrikelbücher genau zu führen. Die Listen schickte man dann an das Regiment jedes Bezirkes, das die Summe aus ihnen zog und an das Stabskorps weiter sandte, von wo sie in das Kriegsministerium kamen, so daß man alle zum Kriegsdienst tauglichen und verpflichteten Leute stets in Evidenz hielt. Gleichzeitig stellten auch die Distriktschefs, die Gouvernementsbehörde und die böhmisch-öster-

[1]) W. A. VII. C. 1 Karton 720. A. u. Vortrag des treugehorsamsten Hofkriegsrats, die Verbesserung des Konskriptionswesens betreffend. Den 20. April 1786: ». . . indem bey Werbeplätzen der Zugang sehr gering ist, und eigentlich auf nichts hinausgeht, wenn man sich hiebei nicht einer List bedient, d. i. den Leuten durch den Trunk, Tanzen, Vorstellungen und andere Reizungen die Lust zum Militär-Stand gemacht wird, wesfällige Engagierung aber hernach bey Eltern und Befreundeten viele Bekümmerniß, bey den Recruten selbst baldige Unlust zu seinem unüberlegt ergriffenen Beruf veranlaßt.«

reichische Hofkanzlei Verzeichnisse auf und die böhmisch-österreichische Hofkanzlei wußte dadurch alle Veränderungen, die im Stand der Bevölkerung vor sich gingen.

Vom Militärdienst befreit waren: Geistliche, Adelige, Beamte, honoratiores, d. h. die vermögenden Bürger, ferner alle Leute, »die zum Ackerbau, Handwerk, Bergbau, zu Arbeiten für Salzgewinnung, zur Schiffahrt und Fabriksarbeit notwendig waren —«, mit einem Wort alle, die unbewegliches Eigentum oder einen bestimmten Beruf hatten. Unter Maria Theresia waren auch die Juden militärfrei. Die Kaiserin hielt sie nicht für würdig, die Uniform zu tragen, trotzdem der Soldatenstand im XVIII. Jahrhundert in gar keinem Ansehen stand: »Von ihrer Zulassung zum Heere kann keine Rede sein«, schrieb sie auf eine Entschließung und befahl statt dessen, von der jüdischen Gemeinde für jedes militärpflichtige Individuum 50 Gulden einzuheben [1]). Erst 1789 veranlaßte die große Not an Menschenmaterial die Regierung, zu den äußersten Mitteln zu greifen und Joseph befahl damals, die Juden für den Fuhrwesendienst zu verwenden [2]).

In das Heer eingereiht wurden also nur Bauern — soweit sie nicht Grundeigentümer waren — Handlanger, Taglöhner und Kleinbürger aus den feudalen Städten. Es ist natürlich, daß sich die Regierung nach Möglichkeit bemühte, die geringe Menge von Leuten, die sie zur Verfügung hatte, immer auf dem gleichen Stand zu erhalten. Man wachte strenge darüber, daß kein Militärpflichtiger sich ohne Paß entferne; an welchem Orte immer er sich befand, er mußte sich sofort bei der Militärbehörde melden. Deserteure verfolgte man und bestrafte, wenn man ihrer habhaft wurde, sie hart, ließ sie erst Spießruten laufen, dann einsperren; die Häscher wurden belohnt und um die Soldaten nicht zur Flucht zu verführen, verbot man, ihnen die Wege nach der Grenze anzugeben [3]). Leute, die sich absichtlich verstümmelten, wurden an den Pranger gestellt und zu zehnjähriger Festungsarbeit verurteilt;

---

[1]) W. A. VII. C. 1. Karton 720. Hofentschließung vom 20. Herbstmonat 1777, ad § 5.

[2]) Patent für Galizien vom 7. Mai 1789 und Hofdekret vom 7. Juli 1788.

[3]) Verordnung für Böhmen 30. Juni 1781.

in der Folge milderte Joseph diese Strafe und ließ die Schuldigen bloß dem Fuhrwesendienst zuteilen [1]). Die zahlreiche Dienerschaft des Adels mußte schon unter Maria Theresia Heeresdienste leisten; Joseph, der ja allen Luxus verachtete, hieß die Lakaien bloß Nichtstuer und »Schmarotzer« und befahl, lieber sie als die nützlichen Landleute unter die Soldaten zu stecken [2]); die Fürsprachen der Herrschaft waren von vornherein vergeblich [3]). Nicht einmal im Kloster durfte jemand Zuflucht nehmen; dieses hatte für jeden Rekruten, den es bei sich beherbergte, 200 Gulden Lösegeld zu zahlen [4]). Der Bildungszensus zur Befreiung vom Militärdienst wurde erhöht; die Studenten mußten die Absolutoria von vier Semestern und außerdem ein Wohlverhaltungszeugnis von der Gouvernementsbehörde aufweisen können; den Bauernsöhnen aber wurde auch das Studieren an den öffentlichen Unterrichtsanstalten überhaupt erschwert und keine Dispens vom Militärdienst erteilt [5]). Im Prinzip besaßen die verheirateten Männer keine Vorrechte vor den ledigen; die Militärbehörden wurden nur angewiesen, darauf zu sehen, »daß die Adelsherren nicht aus persönlichen Gründen die ‚Purschen' den Ehemännern vorzögen« [6]).

Die große Mehrzahl der Leute befand sich beständig unter dem Damoklesschwert der militärischen Einberufung. Doch wiesen die Regimentslisten eine weitaus größere Mannschaftszahl auf, als in friedlichen Zeiten vorhanden war; nur

---

[1]) Patent vom 22. Januar 1784.

[2]) Patent vom 20. März 1789: »S. M. haben zu erklären nötig befunden, daß bei der Rekrutierung vorzüglich die zum Ackerbau nötigen Leute und die Professionisten bei Fabriken so viel wie möglich geschont, dagegen aber hauptsächlich Livreebediente, Reitknechte, Friseurs und sonstige müßige Leute in der Hauptstadt als Rekruten ausgehoben werden sollen.«

[3]) Gubernialverordnung in Galizien vom 7. Juli 1789: »Bei der Rekrutenaushebung soll auf keine Privatvorbitte Rücksicht genommen werden, sondern die von ihrer Obrigkeit gestellten Rekruten sind ohne weiteres zu assentieren.«

[4]) Hofdekret vom 2. September 1777, § 7.

[5]) W. A. VII. C. 1. Karton 720. Copia Resolutionis de die 11 januarii 1771.

[6]) Hofdekret vom 20. September 1777.

wenige der Einberufenen wurden den Regimentern zugeteilt, die anderen leisteten ihren Eid und erhielten den ersten militärischen Elementarunterricht, wurden aber dann nach Hause geschickt, um sich ihr Brot selbst zu verdienen und nicht die Staatskasse zu belasten. Sie wurden zur Disposition gestellt und mußten stets auf eine Einberufung gefaßt sein. Wie groß der Prozentsatz solcher zeitlich entlassenen war, geht aus dem Erlasse vom 9. März 1771 hervor, nach dem 2500 Mann zum Fuhrwesen einberufen und nur 1200 zurückbehalten wurden[1]). Die Entlassenen brachten ihr ganzes Leben in Ungewißheit zu. Das österreichische Konskriptionssystem kannte nicht die sogenannte Kapitulation, d. h. die definitive Entlassung aus dem Heeresstande nach Ablauf einer bestimmten Frist, und die Rekruten mußten den Tornister bis an das Ende ihrer Tage oder wenigstens bis zu ihrer gänzlichen Dienstuntauglichkeit tragen.

Der Regierung lag es nun daran, zu erfahren, wie die Provinzen über die Rekrutenaushebung dachten; die Stände aber befragte man nicht. Schon Maria Theresia, so vorsichtig sie sich der ständischen Selbstverwaltung gegenüber verhielt, verfolgte grundsätzlich die gänzliche Verstaatlichung der Armee: »Die Stände haben nichts darüber zu entscheiden«, resolvierte die Kaiserin kurz und bündig und nur aus besonderer Gnade machte man sie mit den Forderungen der Regierung bekannt[2]). Das einzige Recht, das ihnen gewährt wurde, war, in den ihnen zugehörigen Dörfern und Städten die Personen zu bezeichnen, die sie für den militärischen Dienst am tauglichsten hielten. Die Regierung strebte danach, dem Landbau nützliche Hände zu erhalten und meinte daher, »der Gutsbesitzer müsse am besten wissen, was für Leute er entbehren könne«[3]). Freilich konnten bei einem solchen Gebrauch leicht Mißbräuche einreißen und die Gutsbesitzer, hauptsächlich aber ihre Verwalter, von denen eigentlich alles abhing, waren in der Lage, aus Bosheit einen ganz untaug-

---

[1]) Im Jahre 1787 wurden in Galizien von 3000 Mann 1327 entlassen (W. A. IV. A. 8. Karton 450).

[2]) W. A. VII. C. 1. Hofresolution vom 13. März 1771.

[3]) A. h. Resolution vom 29. Juli 1789.

lichen Bauern zu bezeichnen; doch die Regierung verließ sich erstens auf die Wachsamkeit der Offiziere, die gesetzlich verpflichtet waren, der Aufnahme der Rekruten beizuwohnen [1]), und zweitens darauf, daß die Gutsbesitzer ja keinen Gewinn dabei fänden, sich von einem guten Arbeiter zu trennen.

IV.

Einführung des Konskriptionssystems in Tirol und Ungarn.

Die Regierung fand das Konskriptionsverfahren so vorteilhaft, daß sie es unter Josephs II. Selbstherrschaft auch auf die bisher davon befreiten Provinzen erstreckte — nämlich auf Tirol und die schwäbischen Länder und auf Ungarn. (Belgien und die Lombardei wurden ihm nicht unterworfen, mit Rücksicht auf ihre besondere geographische Lage, die sie sozusagen zu kontinentalen Kolonien machte.) Dem Kaiser galten die provinzialen Privilegien als schädliches Überbleibsel aus alten Zeiten, das der für das Wohl des Staates arbeitenden bureaukratischen Maschine im Wege stand, und ihm erschien jede Abweichung und Ausnahme von dem System allgemeiner Wehrpflicht abnorm und unerwünscht.

Man kann nicht sagen, daß die Provinzen vor Josephs II. Regierung von allen Lasten in dieser Hinsicht befreit waren, doch lagen jedenfalls weniger als jetzt auf ihnen. Offizielle Daten bekunden, daß schon 1511 die Grafschaft Tirol 20—25.000 Landwehrmänner zum Schutz ihres Landes ins Feld stellte. Diese Ordnung dauerte bis 1747, zu welcher Zeit sich die Grafschaft verpflichtete, auf ihre Kosten ein ständiges Herr von 1500 Mann zu halten; die Hälfte davon hatte das Recht, im Lande zu bleiben. Die Soldaten, die aus dem Lande stammten, bestanden nur aus »Vaganten«, deren schlechte Aufführung bekannt war, und aus angeworbenen Fremden. Erst 1778

[1]) Hofdekret vom 20. September 1777, § 6: »Das Militär hat darauf zu sehen, daß sich an Seite der Beamte keine Partheylichkeit oder Privatbegünstigungen mit einmischen, und wo dergleichen wider Verhoffen wahrgenommen werden sollten, wäre solche bei ex parte militares nicht zu gestatten und alsogleich die Anzeige hievon an das betreffende General-Commando zu machen.«

befahl die Regierung, das jährliche, 492 Mann zählende Kontingent dürfe nur aus Einheimischen bestehen. Doch bemerkt die böhmisch-österreichische Hofkanzlei, »die Rekrutenangelegenheit stehe schlecht«; die Neuangeworbenen flüchteten und waren, in Anbetracht der nahen Grenze, schwer wieder festzunehmen. Die Kanzlei hielt diese Sachlage für unhaltbar und meinte, »in allen Dingen sei es nötig, einen natürlichen, gesetzmäßigen Weg zu gehen. Es erfordere keine langen Erwägungen, was die Tiroler Verfassung brauche. Das Land müsse nach dem Gesetze, das für jeden Staat bindend sei, ebenso viele Rekruten, wie die anderen Provinzen stellen« [1]).

Die Beamten sprachen im Grunde genommen nur die Ansicht des Kaisers aus. Joseph sandte schon im Jahre 1784 ein Reskript an den Grafen Kolowrat, in welchem er sehr deutlich seinen Willen zu erkennen gab: »Lieber Graf! Ich wünsche, daß das Konskriptionsverfahren in allen meinen Provinzen in gleicher Weise durchgeführt werde; wollen Sie also im Vereine mit dem Kriegsminister die nötigen Maßregeln treffen, um es auch in Tirol anzuwenden und die Häuser daselbst in der Weise zu numerieren, wie dies in den anderen Ortschaften geschieht« [2]). Die Kanzlei gehorchte. Ein Offiziersstab zur Herstellung der Listen wurde gebildet und der oberösterreichischen Verwaltungsbehörde wurden die nötigen Befehle erteilt. Um Proteste zu vermeiden, sollten die Offiziere »höflich mit dem Volke verkehren, im Falle von Meinungsverschiedenheiten sich taktvoll benehmen und allen und jedem klar machen, daß das Konskriptionsverfahren nur dem allgemeinen Wohle diene« [3]). Schließlich erschien am 2. November 1784 ein Erlaß, der den Einwohnern von Tirol und Vorarlberg verkündete, daß bei ihnen die Aufnahme und die Numerierung der Häuser beginnen werde — »Verfügungen, die den anderen Provinzen so vielen Nutzen gebracht hatten«.

---

[1]) W. A. VII. C. 1. Karton 721. Votum der vereinigten b. ö. Hof-Kanzley vom 2. Januar 1786.

[2]) W. A. VII. C. 1. Carton 721. Handbillet vom 27. Mai 1784.

[3]) Ib. Instruktion der böhmisch-österreichischen Kanzlei vom 2. Oktober 1784.

Man versicherte, »niemand werde in seinem Handel und Wandel gestört und freier Verkehr nach wie vor gewährt werden«. Die Rekrutenfrage wurde in dem Erlaß ängstlich umgangen und den Konskriptoren verboten, sehr junge Leute auf die Liste zu setzen, »damit sie nicht Anlaß zur Annahme hätten, man werde sie sofort unter die Soldaten stecken«.

Das waren aber nur Worte; in der Wirklichkeit sah es anders aus. Am 25. November 1785 berichtet die Gubernialbehörde, die Konskription sei zu Ende und man habe 23.000 zum Militärdienst befähigte Leute männlichen Geschlechts eingeschrieben; schon am 16. Juli 1786 wurde für das Regiment Migazzi eine Rekrutenergänzung anbefohlen.

Nur in einem Punkte wich man von der allgemeinen Regel ab. Die meisten Tiroler Bauern waren freie Leute und nicht »Untertanen« der Gutsbesitzer, weshalb nicht diese, sondern die Gemeinde die zur Einberufung bestimmten Leute bezeichnete. In allem übrigen wurde Tirol mit den anderen deutschen Provinzen gleich behandelt und trotzdem fand die Regierung, »die Grafschaft Tirol liefere der Armee, im Verhältnis zu den anderen militärischen Distrikten, zu wenig Rekruten« [1]).

Wie Tirol erging es auch Ungarn. Vor und unter Maria Theresia gehörten die ungarischen Soldaten nicht zu einem nationalen, sondern zum Reichsheere und die Monarchen verfügten über sie nach ihrem Gutdünken. Die Aufforderung zur Aushebung von Leuten kam aus Wien und der Reichstag zog sie in Beratung. Die Rekrutenanzahl war sehr beschränkt; die Beamten schrieben sie aus, die Komitate bestimmten sie und die Regierung mußte mit dem zufrieden sein, was ihr der Landtag zu geben beliebte. Es versteht sich von selbst, daß nur Leute der untersten Stände in das Heer eingereiht wurden, und noch dazu solche, die die Gutsbesitzer missen konnten. Nur im Falle äußerster Gefahr, z. B. bei der Türkenbelagerung, fand eine Insurrektion statt — ähnlich wie bei dem allgemeinen Volksaufstand in Polen, an dem sich auch der ganze Adel beritten, bewaffnet und bemannt, beteiligte.

---

[1]) Gubernialordnung für Tirol, den 23. Mai 1759.

Diese Sachlage entsprach aber weder den Begriffen, die Joseph von der absoluten Macht hegte, noch dem herrschenden Mangel an Soldaten. Der Kaiser wollte Rekruten nach seinem Gutdünken ausheben und kümmerte sich nicht um irgend jemandes Meinung oder Widerspruch. Einst war die ungarische Kavallerie vortrefflich gewesen und hatte schon im Dreißigjährigen Kriege dem Feinde Schrecken eingejagt, aber die Insurrektionstruppen des XVIII. Jahrhunderts, denen alle Schulung fehlte, standen nicht auf der gleichen Höhe. Joseph kannte keine bessere Einrichtung, als die in den österreichischen Provinzen eingeführt war, und erklärte in seinem Reskript an den Grafen Esterházy vom 1. Mai 1784 ohne Falsch, »er habe nur das allgemeine Wohl im Auge und um dieses zu fördern, werde er weder Mühe noch Zeit scheuen, noch vor irgend etwas zurückschrecken« [1]. Vor allem schien es dem Kaiser wichtig, die Bevölkerungsanzahl zu kennen, und dies war ohne das allgemeine, ausnahmslose Konskriptionsverfahren nicht möglich. »Mit dieser Angelegenheit stand es bisher in Ungarn traurig und die geistliche Matrikelführung war gänzlich ungenau.« Bei solchem »Unwesen« kam alles zu kurz: der Staat, der nicht wußte, wie viele Untertanen er hatte, die Bauern, die häufig mehr Rekruten als nötig stellen mußten, und die Gutsbesitzer, die Arbeitskräfte verloren. Die Konskription sollte nun nach dem Muster der deutschen Provinzen stattfinden. Am 16. August 1754 sandte die Statthalterei, gehorsam dem kaiserlichen Willen, an alle Städte und Komitate Zirkulare, in welchen das Konskriptionsverfahren festgesetzt und der Versuch gemacht wurde, die Bevölkerung von dem Nutzen und der Notwendigkeit dieser Maßregel zu überzeugen. Im Namen des Königs wurde erklärt, sie werde »nicht wegen der Aushebung eingeführt, sondern um die Bevölkerungsanzahl kennen zu lernen«.

Trotz allen Versicherungen endete aber die Konskription doch mit der Rekrutenaushebung. Die Bewohner der ungarischen Steppe waren vortreffliche Reiter und der Staat brauchte Soldaten. Darum mußten alle Provinzen und alle Gesellschafts-

---

[1]) U. A. Kanzlei-Archiv Nr. 4907. A. h. Handbillet.

schichten die militärischen Lasten erdulden. Diese begegneten aber dem einheitlichen Widerstande der gesamten Klassen der Bevölkerung.

V.

Unzufriedenheit mit den militärischen Reformen Josephs II. Lacy.

Die Kritik kehrte sich sowohl gegen die Persönlichkeiten, das ist gegen Joseph und seine Helfershelfer, wie gegen die Einrichtung selbst. Riedesels Mitteilung, der Kaiser gelte in den Augen seiner Soldaten nur als feiger Flüchtling[1]), verdient natürlich keine Beachtung; ein Mann, der wie Joseph II. zu sterben verstand und der sein Leben hundertmal in die Schanze schlug, kann nicht der Feigling sein, als den ihn der ihm übelgesinnte Diplomat hinstellte. Aber daß er gar keine militärischen Talente besaß, darüber stimmen alle Zeitgenossen überein[2]). Man warf dem Kaiser auch vor, er sei unstet und kleinlich und wolle alles selbst sehen und anordnen, meistens zum Schaden der Sache[3]); selbst Lacy, die Kreatur Josephs II., fand es unmöglich, im Feldzug unter des Kaisers unmittelbarem Oberbefehl zu stehen[4]).

---

[1]) Zum Beispiel B. A. Riedesel au Roi le 1 décembre 1779: »L'armée jusqu'aux soldats mêmes ont aperçu le défaut de fermeté et si j'ose dire de courage qu'il a déployé devant eux.« Cf. Ib. le 11 décembre 1779: »On est généralement instruit de la timidité qu'il a fait paraître à la guerre.«

[2]) P. A. v. 337 f. 51. Breteuil à Vergennes le 17 août 1778: »L'armée commence à se dire que l'Empereur n'y entend rien.« Ib. f. 89 le 31 août 1778: »Le prince de Kaunitz voit les faibles talents de l'Empereur pour le soutien du grand oeuvre de la guerre« und passim in der ganzen Korrespondenz aus diesem Jahre.

[3]) B. A. Podewils au Roi le 9 février 1778: »Le général Laudon doit avoir observé qu'il fallait donner plus d'extension aux ordres donnés aux généraux qui sont à la tête de l'armée et que jusqu'ici on leur avait trop lié les mains, mais l'Empereur n'a pas goûté son avis.« Cf. P. A. v. 337 f. 118. Breteuil à Vergennes le 12 septembre 1778: »L'Empereur ne laisse rien faire à ses deux Maréchaux. Il veut tout ordonner, et se perd dans les détails. Il ne connaît ni l'art, ni la confiance, qui fait qu'un chef abandonne aux autres tout ce qu'il n'est pas obligé de faire lui-même.«

[4]) B. A. Podewils au Roi le 24 mars 1788: »Il y a des discussions presque journellement entre l'Empereur et Mr. de Lascy, lesquelles ne finissent pas.«

Aber nicht nur an militärischen Talenten fehlte es dem Kaiser, sondern auch an dem Verständnisse, Hilfskräfte ausfindig zu machen. Weder in Offizierskreisen, noch in der übrigen Gesellschaft »genossen Generäle, wie Lacy, Fürst Liechtenstein u. a. das geringste Vertrauen« [1]). Besonders unbeliebt war der Graf Lacy; er war schottischer Abstammung, von Rußland ausgewandert und hatte sich im Siebenjährigen Kriege bei Hofkirchen durch einen nächtlichen gegen die Preußen gerichteten Überfall hervorgetan. Bedächtig, schwerfällig, vorsichtig und zurückhaltend, fehlte es ihm nicht an Fähigkeiten; er selbst zweifelte am wenigsten daran und war maßlos eitel und selbstbewußt. Als Administrator und Chef des Offiziersstabes war er allerdings auf seinem Platze. Man schreibt ihm mit Recht ein großes Verdienst um die Reorganisation der österreichischen Armee zu; Maria Theresia hatte gerade ihn dazu ausersehen, denn sie brauchte »einen jungen Mann, der weder aristokratische noch nationale Grundsätze besaß« [2]). Joseph sah in ihm bis an sein Lebensende einen Freund, Ratgeber und treuen, brauchbaren Diener [3]). Er glaubte an seine militärischen Talente und vertraute ihm im Jahre 1788 die Ausarbeitung des Feldzugplanes an. Durand bemerkt jedoch ganz richtig, »Lascy verstünde bloß die innere Anordnung und sei ein Märtyrer dieser Art Arbeit« [4]). Kaunitz, der mit dem Marschall auf gespanntem Fuße stand, wie dies bei zwei so eitlen Menschen natürlich war [5]), versicherte Breteuil, sein Nebenbuhler tauge nur für kleinliche Beschäftigungen

---

[1]) B. A. Podewils au Roi le 5 mars 1788.

[2]) Fontes Rerum Austriacarum v. XXII, 315. Bericht des venezianischen Gesandten Renier. Von Lascys Wirksamkeit unter Maria Theresia siehe Arneth: »Geschichte Maria Theresias« IX, 486—542 und 624—635.

[3]) P. A. v. 346 f. 292, le 1 août 1783. Cf. ib. v. 326. f. 7. Mémoire de Mr. Durand: »La confiance de l'Empereur n'est guère que dans le maréchal de Lascy«, und Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« I, 289: »C'est un homme que je respecte et estime, et je n'ai rien de caché devant lui.«

[4]) Ib. op. cit.

[5]) Es ging sogar das Gerücht, daß Lascy die Kanzlerstelle anstrebte und alle Batterien spielen ließ, um sein Ziel zu erreichen. (B. A. Podewils au Roi, le 27 août 1789.)

und Ränkeschmiederei[1]). Im Kriege »fehle es ihm gänzlich an Berechnungsgabe und Geistesgegenwart, die beim Kampfe doch so unumgänglich nötig seien«[2]). Der Marschall war auch der Schöpfer des berüchtigten Kriegsrates, der später Suworoff zu größter Verzweiflung brachte; man erinnere sich, daß der bekannte unglückliche General Mack, den er im türkischen Feldzug im Jahre 1788 mit Ehren überhäufte, aus seiner Schule hervorging. Lascy stieß auch durch seine Charaktereigenschaften nicht nur den Staatskanzler, sondern alle, die ihm nahe standen, ab. Er war »ein unguter Mensch, der von Politik gar nichts verstand und nur schädliche Vorurteile besaß«[3]). Er hatte ein »Herz von Stein« und »machte sich und anderen das Leben schwer«. Und doch hatte niemand so viel Einfluß auf den Kaiser, der nur ihn in allen Dingen zu Rate zog[4]). Mit der Zeit nahm seine Unbeliebtheit immer mehr und mehr zu und man beschuldigte ihn sogar, der Urheber des verhaßten russischen Bündnisses zu sein, »dem er seine Beförderung verdanke«[5]). Die ganze Verantwortung für den unglücklichen Feldzug des Jahres 1788, der der österreichischen Heerführung einen solchen Schlag versetzte, wurde ihm zur Last gelegt.

In militärischen Kreisen wagte man es nur sehr leise, ihn zu tadeln, aber die große Masse legte sich keine Zurückhaltung auf; es hagelte Spottgedichte[6]). Der Pöbel versammelte sich vor seinem Landhaus und bewarf es mit Steinen[7]). Ein Augenzeuge dieses Exzesses versichert übrigens, man habe

---

[1]) P. A. v. 337 f. 51. Breteuil à Vergennes le 17 août 1778.

[2]) B. A. Podewils au Roi le 3 octobre 1788.

[3]) P. A. v. 336 f. 399. Breteuil à Vergennes le 29 juillet 1778.

[4]) D. A. Pezold an Stutterheim den 27. Januar 1781. Cf. Mémoires de ma vie f. 114: »La souveraine lui attribuait en partie les principes de dureté que l'Empereur avait adopté.«

[5]) P. A. v. 341 f. 143. Barthélemy à Vergennes le 13 avril 1780. Cf. ib. v. 346 f. 384 le 5 octobre 1783: ». . . le promoteur de ce système sinistre pour la Maison d'Autriche«. D. A. le 2 juillet 1788, Schoenfeldt à Stutterheim: »Mr. Lascy a toujours été Russe dans l'âme.«

[6]) Zum Beispiel: Historia Arcana § 51: »Dicebant cum esse Judaeum, quia Sau sive Savum flumen transire sibi religioni duceret.«

[7]) D. A. Schoenfeldt à Stutterheim le 8 octobre 1788.

nur im Garten Lascys einige Statuen zerschlagen und der Marmorbüste des Mars eine Schlafmütze aufgesetzt[1]). Um so besser erging es Lascys Nebenbuhler, dem tapfern, mannhaften Laudon, der Kaunitzens Schützling war, sich aber nicht der Gunst des Kaisers erfreute. Des alten Helden offene Verachtung gegen alle kleinlichen Maßregeln, sein stolzer, unabhängiger Charakter mißfielen Joseph. Hormayr bemerkt sehr scharfsinnig[2]), »der Kaiser liebe talentierte, er liebe nicht geniale Leute«. Unter dem Drucke der öffentlichen Meinung mußte Joseph endlich nachgeben und den »alten Löwen«, den »Schrecken des Halbmonds«, »den unbesiegbaren Gedeon« an die Spitze der Armee stellen und es gelang Laudon auch wirklich, Belgrad einzunehmen. Diese späten Erfolge ließen des Kaisers militärisches Unvermögen noch schärfer hervortreten; er hatte ja die schmachvolle Panik bei Karansebes verursacht. Vor dem hell leuchtenden Ruhme seines greisen Marschalls schwand der Glorienschein eines Helden und Strategen, mit dem Lobhudler Josephs Haupt umgeben hatten, endgültig hin. — Des Kaisers kriegerische Tätigkeit, die er aufopfernd mit allen Soldaten geteilt, die seine Gesundheit untergraben hatte, trug nur dazu bei, ihn noch mehr verhaßt zu machen, als er es ohnehin schon war.

VI.

Unzufriedenheit mit dem militärischen System. Antimilitarismus der Wiener »Philosophen«. Desertierungen. Beschwerden der Kaufleute und Handwerker gegen die Militärmagazine.

Doch nicht allein die Persönlichkeit Josephs II. und seiner Hilfskräfte wurde angegriffen, sondern auch seine Verordnungen.

»Die Philosophen«, deren Anzahl nach 1780 in Wien keine geringe war, verurteilten den Militarismus grundsätzlich, weil er dem Lande so viele Opfer auferlegte. »Wenn man die ganze Jugend Österreichs in Kasernen sperrt und zwingt, Waffen zu tragen, heißt das nicht soviel, als das gesamte Staatsleben

---

[1]) H. A. Neuigkeiten von Schiller zu Frankfurt, Verfasser des k. k. Staats-Ristretto. Den 25. Okt. 1788.

[2]) Hormayr: »Anemonen« I, 226.

unnützer Eroberungsgier opfern? Monarchische Gewalt und das Glück der Untertanen sind zwei sehr verschiedene Dinge [1]). »Brauchen wir denn bloß Soldaten, nicht auch Handwerker, Künstler, Schriftsteller, die mit ihrer Arbeit eigentlich nur das Militär erhalten?« [2])

So urteilten die Schriftsteller; Leute aber, die die ganze Schwere des ganzen Militarismus trugen, kamen mit konkreten Vorwürfen oder zogen es vor zu handeln. Der lebenslängliche Militärdienst schreckte die »Burschen« so sehr, daß sie sich verstümmelten, um ihm zu entgehen [3]), der harten Strafen nicht achtend, die ihnen in solchem Falle drohten. Andere entflohen, meistens nach Ungarn oder auch ins Ausland. Es nützte der Regierung nichts, die grausamsten Strafen zu ersinnen — Gefängnis, Spießruten, Festungsarbeit etc. — und Häscher zu bezahlen — die »Burschen« waren niemals da, wo sie sein sollten und das Volk war auf ihrer Seite und verzichtete auf die Belohnung, die für den Verrat versprochen wurde [4]).

So sah es bei den Leuten aus, die der militärischen Dienstpflicht unterworfen waren; die höheren Klassen hingegen klagten über die materiellen Schäden der Reformen. Die Städte protestierten gegen die Besetzung der Magistratsstellen mit pensionierten Offizieren, weil diese nichts von den städtischen Angelegenheiten verstanden und »die Erfahrung gezeigt hatte, daß sie ohne Beistand nichts anzufangen wußten«; und doch mußten die städtischen Kassen diese Leute ebenso bezahlen wie die anderen [5]). Leopold II. schenkte

---

[1]) »Prüfung der Wahrscheinlichkeiten« 1785, s. 42.

[2]) »Warum ist der Kaiser Joseph bei seinem Volke nicht beliebt?« 1787, § 23.

[3]) Das wußte auch die Regierung: »Man hat ersehen, daß mehrere sich selbst beschädigt, ihre Glieder verstümmelt und dadurch dem Soldatenstand auszuweichen gesucht haben.« (Zirkular vom 2. Mai 1788.)

[4]) Gubernialverordnung für Böhmen vom 20. Juni 1789: »Es ist die Anzeige geschehen, daß von Seite des Landvolkes auf die militärischen Ausreißer nicht die vorschriftsmäßige Aufsicht getragen werde.«

[5]) W. A. IV. H. 2. Karton 529. An S. M. der treugehorsamste Magistrat der Haupt- und Residenzstadt Wien den 30. März 1790. Cf. Beschwerden der Mährischen Städte. W. A. IV. H. 2 Karton 525 (bei d'Elvert: »Desiderien der mährischen Stände« s. 100).

diesen Beschwerden Gehör und der Erlaß vom 5. Juli 1790 befreite die Stände von den ihnen aufgezwungenen Wahlen, die durch fakultative ersetzt wurden [1]).

Einen andren Gegenstand der Klage bildete die Einquartierung der Truppen in den Gutshöfen. »Dies oblag den Adelsherren nicht« [2]). Die Stände murrten auch laut darüber, daß »die so kostspieligen Kasernen anderen Zwecken dienten, als für die sie bestimmt waren«, und schilderten in düsteren Farben, welche Sittenverderbtheit, Schande und Verlegenheit diese unfreiwilligen Kostgänger, die rohen zugelaufenen Soldaten, in ehrsame bürgerliche Familien trugen [3]). Doch da es der Regierung an Geld gebrach, so blieb es unter Leopold ebenso wie unter Franz II. dabei, die Truppen bei den Inwohnern einzuquartieren, trotz den Übelständen, die daraus erwuchsen und auf die die Stände des XVIII. Jahrhunderts hinwiesen.

Die Handwerker und Kaufleute hatten ebenfalls Grund zur Unzufriedenheit; die militärischen Magazine und Vorratskammern, die Regimentsschneider- und Werkstätten brachten sie um einen guten Verdienst. Die tschechischen Stände bemühten sich, die niederen Klassen auf ihre Seite zu ziehen, und nahmen sich ihrer Interessen an, wobei sie der Regierung geradezu den Vorwurf machten, sich gegen das Finanzgesetz zu versündigen: »Die Sparsamkeit in militärischen Angelegenheiten schont die Staatskasse — das ist wahr. Aber gestatten vernünftige finanzielle Grundsätze eine Trennung der Interessen des Fiskus von den Interessen der Zahlenden? Ist der Wohlstand der Bürger nicht die beste und verläßlichste Gewähr auch für den Reichtum des Staates? Kann eine

---

[1]) Leopoldinische Hof-Gesetzsammlung I, 65.

[2]) W. A. IV. H. 2 Karton 529: »Beschwerden der gesamten niederösterreichischen Stände über die in der Landesverfassung und Verwaltung teils eingeschlichenen, teils eingeführten Mißbräuche.« Den 15. April 1790, II. Abteilung, § 12: ». . . die Naturaleinquartierung, welcher die Stände und Grundherren nicht unterlagen.«

[3]) Ib. III. Abteilung B. § 10: Gleichlautend sind auch die Proteste in den anderen Provinzen, besonders eindringlich diejenigen der Steirer (St. A. Recens a/1, 1016, Beilage B. § 55). Die Stadt Brünn zählte auf, daß bloß die Einquartierung der Generalität auf 1700 Gulden jährlich komme (d'Elvert op. cit. 112).

Finanzoperation, die Tausende von Untertanen verarmen läßt, vorteilhaft für den Staat genannt werden?« [1]) Eine solche »kaufmännisch-manufakturische Spekulation« beraubte viele Meister ihres Verdienstes, während in den Magazinen ungeheure Mehlvorräte und ganze Haufen von Kleidern und Schuhen verfaulten; kamen sie endlich in Gebrauch, so platzten nach vierzehn Tagen schon die Nähte, sodaß, was billig schien, sich erst recht als kostspielig erwies. Und als dann wirklich die Kriegszeiten heranrückten, blieben, infolge dieses Systems, die Soldaten zerissen und hungrig: »Die Truppen waren schlecht gekleidet, gingen zerlumpt einher und die Mundvorräte taugten gar nichts mehr« [2]).

VII.

Proteste gegen die Konskription in den deutschen Erblanden. Unruhen in Tirol wegen Einführung des Konskriptionsverfahrens; dessen Aufhebung.

Der Mittelpunkt aller Proteste war aber der Mittelpunkt der ganzen militärischen Reformen Josephs II., nämlich das Konskriptionssystem. Selbst die böhmisch-österreichische Hofkanzlei, die um den Wohlstand des Landes besorgt war, gab zu, »die Anzahl der Rekruten, die jeder Bezirk zu liefern habe, entspreche nicht der Dichtigkeit der Bevölkerung; Schlesien, Mähren und Österreich seien im Vergleich zu den anderen Provinzen geschädigt« [3]). Am ausführlichsten behandelten die stets umständlichen Tschechen diese Frage. Sie meinten, die Einteilung des Landes in Militärbezirke sei tadelnswert und die militärischen Strafen in Friedenszeiten ganz zwecklos; in Friedenszeiten würden die Soldaten, trotz militärischen Strafen, nicht auch auf ihre Verwandten und Freunde des Bezirkes schießen wollen; in Kriegszeiten könne ein Re-

---

[1]) W. A. IV. H. 2. Karton 519. Allgemeine Landesbeschwerde und Wünsche der böhmischen Stände. Den 27. November 1790. B. § 28.

[2]) Podewils au Roi le 25. octobre 1788.

[3]) W. A. VII. C. I. Karton 520: »A. u. Vortrag der vereinigten b. ö. Hof-Kanzley vom 21. Jänner 1777.«

giment mehr Verluste erleiden als ein anderes und dann komme derjenige Bezirk, dem es zufällig angehöre und der es ergänzen müsse, zu kurz, im Vergleich zu anderen Bezirken, deren Regimenter weniger Schaden litten. Die zahlreichen Ausnahmen bei der Konskription wurden nur auf Kosten der Dorfbewohner gemacht, nur die Bauern trugen alle militärischen Lasten, nur den Grundbesitzern oblag die schwere Pflicht, Duplikate der Konskriptionslisten zu führen. Die jährliche Revision, bei der man den Offizieren eine Menge Fuhrwerke zur Verfügung stellen mußte, die häufigen Berufungen zu den oft meilenweit entfernten Militärbehörden, die außerordentliche Strenge der Anforderungen an Alter und Gesundheit der Rekruten, von denen man vierzig einberief, um dann nur einen zu behalten, erschöpften die Geduld der Gutsherrn sowohl als der »Untertanen«. Die zeitlich Entlassenen, diese Opfer der unpraktischen Sparsamkeit der Regierung, waren wirklich ein öffentlicher Übelstand. Niemand wollte ihnen Arbeit geben, weil sie ja jeden Augenblick zum Regiment einberufen werden konnten, und die Unglücklichen gaben sich, angesichts ihrer ungewissen Lage, liederlicher Lebensweise hin und verloren alle Arbeitslust. »Stolz auf ihren soldatischen Beruf, fliehen sie die Arbeit, werden ungehorsam und manchmal sogar zügellos und rebellisch.« Die Stände folgerten aus alledem, daß das Konskriptionssystem und die lebenslängliche Wehrpflicht ebenso unmenschlich wie unrationell seien, durch das frühere Werbesystem oder wenigstens durch die Kapitulation ersetzt und daß die Dienstzeit der Rekruten im voraus festgesetzt werden sollte.[1])

Warum die Stände so klagten, liegt auf der Hand. Sie verloren nicht gern Arbeitskräfte und wollten die Kontrolle der Regierung innerhalb der Grenzen ihrer Besitzungen loswerden, daher sie ohne Scheu ihre pia desideria vorbrachten. Die Mährer verlangten, »es möge den Offizieren verboten werden, sich um die häuslichen Verhältnisse der Grundbesitzer,

---

[1]) W. A. IV. H. 2. Karton 519: »Allgemeine Landesbeschwerden der böhmischen Stände« B. § 18.

Geistlichen und Untertanen zu erkundigen und überhaupt Fragen zu berühren, die die ohnedies eigensinnigen und argwöhnischen Bauern gegen die Adelsherren und Geistlichen aufbringe« [1]). Die Görzer wiesen darauf hin, daß »der Weinbau sehr viele Hände benötige« und schämten sich nicht zu versichern, »der arme Landmann sei sanft und schüchtern und durchaus nicht kriegerisch veranlagt (molle, timido, nulla meno che guerriero) und werde also immer nur einen schlechten Soldaten abgeben (cattivo soldato)«. Oft verbargen auch die Stände ihre wahren Bestrebungen hinter gefühlvollen Deklamationen, wie sie dem Geschmacke der Zeit entsprachen: »Lebenslängliche Wehrpflicht! ... Welche Marter!« — erklärten pathetisch die Niederösterreicher, die von der Aufklärung des XVIII. Jahrhunderts am meisten berührt waren — »eine Marter, gegen die sich das Gefühl eines jeden gerechtigkeitsliebenden Menschenfreundes, und möge er noch so kaltes Blut besitzen, empört« [2])! Auch die Steirer wurden elegisch: »Welch schreckliches Schauspiel ist es doch, wenn der freie Mann gewaltsam aus dem Hause seines Vaters, aus den Armen seiner Mutter, von dem Herzen seiner Braut sich losreißen, sein ganzes Leben in der Uniform zubringen und im Namen des allmächtigen Gottes schwören muß, einem ihm fremden Dienste treu zu bleiben« [3]).

So wenig überzeugend und geschmackvoll diese Deklamationen auch waren, so enthielten sie doch eine bittere Wahrheit. Die Verordnungen waren hart und streng, die Befehlsvollstrecker über die Maßen rauh; täglich kam es vor, daß man Rekruten nachts wegschleppte, und niemand glaubte dem Kaiser, als er öffentlich bekanntmachte, er werde die Beamten strafen, die die Einberufenen Wiens nachts aus den Betten holten [4]). Die große Zahl der auf unbestimmte Zeit entlassenen schadete übrigens nicht nur der militärischen Disziplin, sondern verursachte auch der Regierung zahlreiche Verlegenheiten. Die

---

[1]) D'Elvert op. cit. 51.

[2]) W. A. IV. H. 2. Karton 529: Beschwerden der gesamten niederösterreichischen Stände vom 15. April 1790. III, B. § 9.

[3]) St. A. Recess a/1 1016, Beilage A § 54.

[4]) D. A. Clemens an Stutterheim den 27. Februar 1782.

lokalen Behörden kümmerten sich wenig um Erhaltung und Heimsendung der entlassenen; oft wurde »wegen des Mangels an Eifer« mit strengen Strafen »gedroht« [1]). Die Klagen über die ungenaue Arbeit der Schreiber, über die schlechte Matrikelführung, die unrichtigen Angaben über die Militärpflichtigen und über die Unverläßlichkeit der Listen waren vollauf begründet; die Regierung mußte die Agenten unaufhörlich an ihre Pflichten mahnen [2]).

Die Mängel des Systems springen in die Augen und auch die Regierung sah sie ein; aber von keiner Seite wurde das gewagt, was allein nützlich sein konnte — das heißt die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht [3]). Die Privilegierten wünschten sie natürlich schon gar nicht, denn sie entbehrten noch lieber Arbeitskräfte, als daß sie sich selbst unter die Knute der Unteroffiziere begeben hätten. Die Regierung hingegen konnte, trotz all ihren Bemühungen, den Militärstand zu heben, die Vorurteile der höheren Klassen gegen ihn nicht ausrotten und wagte es nicht, sie zu diesem Berufe zu zwingen. Leopold II. gab in vielen Dingen nach; er verbot den Offizieren, sich in die Angelegenheiten zwischen den Bauern und Gutsbesitzern zu mischen, sah auf größere Genauigkeit der Listen, verminderte die Zahl der auf unbestimmte Zeit entlassenen und sorgte für sie; aber auch unter ihm blieb das theresianisch-josephinische System in Kraft und erst die Niederlage bei Königgrätz veranlaßte die Regierung, die Schranke, die die höheren Klassen von den niederen trennte, niederzureißen. Josephs II. Werk bestand in den deutsch-österreichischen Erblanden durch 100 Jahre fort, zum Schaden des Staates und der Untertanen und trotz ihrer heftigen Proteste.

In Tirol und Ungarn aber war der Widerstand so stark, daß er sogar den Willen eines so absoluten Monarchen, wie

[1]) Ib. Clemens an Stutterheim den 8. September 1781.

[2]) Gubernialverordnung für Böhmen vom 16. Oktober 1783.

[3]) »Da bemerkt wird, daß die nach der gewöhnlichen Werbbezirkrevision einlaufenden Ausweise, wo nicht ganz fehlerhaft, doch meistens mangelbar (sic!) sind . . .« (Hofdekret vom 25. Februar 1788). Cf. Zirkulare vom 6. u. 3. April 1782.

Joseph II. es war, brach. Tirol war frei und nichts weniger als geeignet für das Konskriptionssystem. Die Verordnungen des Ministers begegneten daher schwerwiegenden Widersprüchen vom Gouverneur Grafen Heister. Er meinte, die Natur des Landes und der Charakter der Bevölkerung würden der neuen Einführung stets Hindernisse bieten. »Die Feldarbeit« — erklärte er — »ist in Tirol viel schwieriger als in den anderen Provinzen und bei der Weizenernte gibt es immer mehr Münder zum Essen, als Hände zum Arbeiten.« Außerdem war der stolze Eingeborene von Lokalpatriotismus so durchdrungen und von der Gesetzmäßigkeit seiner Privilegien so überzeugt, daß er, wie Heister meinte, um keinen Preis zum Regiment würde gehen wollen, mit dem er vielleicht an das Ende der Welt versetzt worden wäre. »Die Abneigung gegen die weiße Uniform (die damalige Reichsuniform) ist so groß« — schreibt der erfahrene Administrator — »daß die italienischen Tiroler, die die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, lebenslängliche Festungsarbeiten dem Soldatenstande vorziehen, und auch die Deutschen wählen lieber das Gefängnis.« Die zwangsweise Einführung der Konskription, sagt Heister, könne nur traurige Resultate hervorbringen. Das ganze Land werde unzufrieden sein. Ein großer Teil der Jugend wandere nach Italien aus; das Blut werde in Strömen fließen, denn kein Deserteur werde sich freiwillig in die Hände der Polizei begeben; der Volkscharakter sei so geartet, daß sich nicht einmal ein Verbrecher ohne Widerstand einsperren lasse. Die ganze politische Einteilung Tirols biete Schwierigkeiten. Die reichsunmittelbaren Bistümer Brixen und Trient gehörten zu ihm. Mit ihnen war schon lange ein Rezeß geschlossen worden, kraft dessen sie sich verpflichteten, im Fall eines friedlichen Überfalles in Tirol Hilfe zu leisten, dafür waren sie von einer Rekrutenstellung ganz befreit. »Wenn die Verfügungen des Kaisers diesen Privilegien entgegen sind, so werden die Fürsten und die Bischöfe einen Schrei ausstoßen und — ich erlaube mir dies hinzuzufügen — nicht ohne Grund; denn sie haben die Kraft eines abgeschlossenen Vertrages für sich.« Der Gouverneur gab allerdings zu, daß die Landwehr nicht auf der Höhe der neuesten Kriegskunst stand, schlug

aber vor, das Kapitulationssystem einzuführen[1]). Joseph ließ sich indessen nicht überreden; er schrieb auf den Vortrag des Grafen vom 22. Juli 1784 die kurze Entschließung: »Dieser Vorschlag ist unausführbar« — und die Konskription fand statt.

Die Prophezeiungen Heisters, der wegen seiner »Charakterlosigkeit« entlassen und durch den Grafen Sauer ersetzt worden war, bewahrheiteten sich Wort für Wort. In kürzester Zeit fanden Reibungen mit den Fürstbischöfen statt. Der Brixener Bischof, Joseph, sandte schon am 16. Oktober 1784 einen Protest, der unter anderem folgendes enthielt: »Die Nachricht von der Konskription habe ihn in eine sehr schwierige Lage gegenüber seinen Untertanen gebracht; ihm obliege es, seine fürstliche Würde und die ihm verliehenen souveränen Hoheitsrechte, sowie die abgeschlossenen Verträge und Rezesse zu schützen.« Im gleichen Geiste waren die zahllosen Klagen des Trientiner Erzbischofs gehalten, der die geringfügigsten Kleinigkeiten beanständete und sich zum Beispiel darüber aufhielt, daß die Häuser in seinem Bischofssitze mit arabischen Ziffern numeriert wurden. In Wien beachtete man jedoch alle diese Einwendungen, die man ja vorausgesehen hatte, nicht. Die Gubernialbehörde gab allen Beschwerdeführern höflich, aber bestimmt zu verstehen, »die Grafschaft Tirol sei von altersher in militärischer und in finanzieller Beziehung enge mit den Fürstbistümern verbunden und daher könnten sich diese keineswegs weigern, den Allerhöchsten Verfügungen nachzukommen«[2]). Den Bischöfen blieb nichts anderes übrig, als sich in ihr Los zu fügen; das Ministerium tröstete sie damit, »daß es wohl den Herren Bischöfen selbst angenehm sein werde, dank der Konskription die Zahl ihrer Untergebenen kennen zu lernen«. Schon am 20. Januar 1785 meldete die Gubernialbehörde, »die Bischöfe gehorchten und die Konskription gehe ordnungsgemäß vor sich«.

Als aber im Jahre 1786 eine neue Aushebung stattfand, wiederholten sich die Klagen in heftiger Weise und die

---

[1]) W. A. VII. C. 1, Karton 721. A. u. Vorschlag des Herrn Grafen Heister vom 11. Juli 1784.

[2]) Ib. Die Mitteilung der Behörde ist vom 21. Oktober 1784 datiert.

böhmisch - österreichische Hofkanzlei mahnte den Fürsten drohend, »S. M. nicht durch Ungehorsam zu unerwünschten Maßregeln zu treiben«. Diese bestanden darin, die Rekruten mit Gewalt wegzuführen, wenn man sie nicht gutwillig hergab [1]). Diesmal nahm aber die Sache eine höchst unerwartete Wendung. Schon seit jeher klagte die Gubernialbehörde, »in den Bistümern sei die Aushebung von großen Schwierigkeiten begleitet«, viele Burschen erschienen gar nicht auf dem Versammlungsorte, »Gutsbesitzer und Dorfbehörden weigerten sich, Zwangsmaßregeln zu treffen«; jetzt aber äußere sich »die Frechheit der Menge« in den ärgsten Exzessen. Die Grenzsäulen der Militärbezirke wurden niedergerissen, die Überschriften verwischt, die Doppeladler zerschlagen, und der Bischof von Brixen trat diesem Unwesen nicht nur nicht entgegen, sondern befahl sogar, die Säulen ganz abzutragen und in den städtischen Remisen aufzubewahren [2]). Joseph war wohl äußerst empört über diese Beleidigung, gab aber auf den Rat seiner Kanzlei nach; diese hielt es für gefährlich, die Leidenschaften des Volkes aufzuwühlen [3]); auch Kaunitz war dieser Ansicht; er verachtete zwar die schwachherzigen kleinen Fürsten aus tiefster Seele, fürchtete aber »Unannehmlichkeiten und odiöse Proteste von seiten der Reichstände, die dem Allerhöchsten Hause nicht gut gesinnt seien« [4]). Man traf nun mit den Fürstbischöfen ein Übereinkommen, wonach sich Joseph mit Entschuldigungen zufrieden gab: er forderte aber, »man möge in den Fürstbistümern nicht um ein Jota von der Verordnung abweichen, die dem übrigen Tirol vorgeschrieben sei«. Dieser Befehl war nicht ganz wirkungslos; schon am 22. Juli 1787 meldete die Gubernialbehörde, in

---

[1]) Ib. Vortrag der b.-ö. Hofkanzlei vom 30. November 1786.

[2]) Ib. Vortrag der b.-ö. Hofkanzlei vom 7. Mai 1787. Dieser Bericht stimmt mit der Depesche Schönfeldts (D. A. 30. Mai 1787) überein. Der sächsische Diplomat fügt noch hinzu, die Einwohner Brixens hätten Verschläge errichtet, um den Konskriptoren den Eintritt in das Land zu verwehren.

[3]) Ib. Vortrag vom 27. Mai 1787.

[4]) Ib. Die Antwort Kaunitzens ist vom 16. Mai 1787 datiert. Graf Sauer hat zwei Wochen vor dem Bericht der Gubernialbehörde eine kurze Schilderung der ganzen Angelegenheit geschickt.

Brixen und Trient sei alles ruhig. »Nur ein paar alte Weiber schimpfen« und die Bevölkerung wolle zur Errichtung neuer Grenzsäulen kein Geld hergeben. Die Bischöfe waren also fügsam geworden und Sauer meinte, »wenn von seiten der Prälaten kein schlechtes Beispiel gegeben werde«, könne man für die Ruhe in Tirol gutstehen [1]).

In Wirklichkeit teilte aber das ganze Land die erregte Stimmung, die in den Bistümern herrschte. Die Stände traten auf das entschiedenste für die Interessen ihrer Landsleute ein; fast in jedem Jahre wurden Petitionen eingereicht, die darauf hinwiesen, daß die zwangsweise Rekrutierung eine schwere Last für das Volk sei; die Jugend wandere aus, wodurch Arbeitskräfte verloren gingen und Vagabunden gezüchtet würden [2]). Die Ursachen dieser Erscheinungen sahen die Stände in der »grenzenlosen Abneigung der Tiroler gegen den Militärdienst« und sie schlugen vor, an Stelle der Konskription die Kapitulation zu setzen, auf deren Bedingungen wohl alle gern eingehen würden [3]). Man beschränkte sich übrigens nicht auf Worte; immer düsterer und düsterer lauteten die Nachrichten, die nach Wien gelangten. Die Bauern hielten Versammlungen ab und löschten die Nummern von ihren Häusern weg, die Rekruten desertierten, aber niemand wollte sie festnehmen, den Statthalter beschimpfte man ins Gesicht; in den Schenken und Kaffeehäusern wurde laut und ohne Scheu gelästert und geschmäht. Ungeachtet der erprobten Gesinnungstreue der Tiroler, die von allen Zeitgenossen anerkannt wird, war ein Aufstand zu befürchten. Die Stände malten ihre peinliche Lage in den schwärzesten Farben aus: »Nicht eines von den Erbländern befindet sich so nahe dem Untergange, wie unsere Grafschaft; Ackerbau, Handel und Gewerbe liegen im argen und wir gehen mit Riesenschritten dem Elend entgegen« [4]). An

---

1) W. A. IV. H. 3. Karton 684. Bericht Sauers vom 13. Dezember 1790.

2) Ib. Karton 679. Landespostulate vom 11. Dezember 1787, § i.

3) W. A. IV. H. 3. Karton 680. Landespostulata vom 26. Dezember 1789, § e.

4) W. A. IV. H. 3. Karton 680. Landespostulata vom 26. Dezember 1789, § f.

alledem war die Militärpflicht schuld: »noch nie hatte eine Verordnung« — so versicherten die Stände — »so empfindliche Folgen gehabt wie die Rekrutenerpressung« [1]. »An anständige Freiheit gewöhnt, wurde der arme Tiroler eigensinnig, unzufrieden und mürrisch; er ist sich bewußt, nie seiner Untertanenpflicht untreu geworden und stets bereit gewesen zu sein, auf den ersten Wink Leben, Gut und Blut für seinen Kaiser zu opfern. Und jetzt nimmt man ihm plötzlich alle Privilegien, die er sich titulo oneroso erworben, treibt den Knecht vom Pfluge, den Sohn aus dem väterlichen Hause hinweg und er muß zusehen, wie infolge der Auswanderung seine Felder — seine einzige Existenzquelle — zu Grunde gehen.«

In den letzten Regierungsjahren Josephs II. gestaltete sich die Lage sehr kritisch. Das Beispiel der Belgier und Ungarn begann seine Wirkung auf die bisher kaisertreuen Tiroler auszuüben. Um nicht auch Tirol gleich den Niederlanden zu verlieren, entschloß sich der Kaiser nachzugeben. Einen Monat vor seinem Tode, am 25. Januar 1790, wurde ein Befehl an die oberösterreichische Gubernialverwaltung herausgegeben, der folgendes zur allgemeinen Kenntnis brachte: »S. M. habe geruht, das Konskriptionssystem abzuschaffen und hege die Hoffnung, daß die treuen Tiroler, im Falle von Kriegszeiten die nötige Anzahl Soldaten stellen würden.« [2]) Dieser Befehl sollte auch den Fürstbischöfen von Trient und Brixen mitgeteilt werden. — Der Plan, dessen Verwirklichung Joseph so viele Mühe gekostet und der ihm als ein so notwendiges Glied in der Kette seiner zentralistischen Reformen erschienen war, zerschlug sich an dem hartnäckigen Widerspruche des Bergvolkes, das seine Privilegien den Reichsinteressen nicht opfern wollte.

Der weise Leopold wußte nachzugeben, wo es notwendig war, und wünschte mit den Tirolern in Frieden zu leben. Er sandte den klugen, erfahrenen, taktvollen Grafen Enzenberg in das Land; dieser bemühte sich, das Vertrauen der Provinz

---

1) Ib.

2) W. A. VII. C. 1 Karton 721. A. h. Resolution vom 25. Januar 1790.

zu gewinnen und sie zu veranlassen, vielen übertriebenen Forderungen zu entsagen. Die Verordneten hinwiederum fanden in Wien den freundlichsten Empfang und schon am 29. März 1790 kam ein Erlaß heraus, der die Konskription vorläufig in der ganzen Grafschaft aufhob; mit dem Erlasse vom 4. März 1791 wurde sie »infolge besonderer Huld und Gnade S. M.« endgültig abgeschafft. Wenn man sich an Andreas Hofer und an den blutigen Krieg vom Jahre 1809 erinnert, so sieht man, daß die Tiroler dem Hause Habsburg ihre Dankbarkeit zu bezeigen wußten und daß ihre Miliz mehr wert war, als die regulären Truppen, die bei Austerlitz und Wagram fochten.

Die Gründe, die Ungarn gegen die Konskription stimmten, waren andere als in Tirol. In dieser »mannhaften Provinz« empfanden wohl auch die niederen Klassen die Militärreformen am schwersten, doch konnten sie, da sie eine Stimme im Landtag besaßen, auch unmittelbar als Ankläger auftreten. Nicht so in Ungarn. Auch dort wurden natürlich nur Bauernsöhne als Rekruten eingezogen, doch diese rechtlosen, geknechteten Leute durften keine Klage laut werden lassen, sondern die adeligen Gutsherren, die die Früchte ihrer Arbeit genossen, waren allein berechtigt, Beschwerde zu führen. Wenn sich die ungarischen Bauern gegen die Konskription empörten, so geschah dies nur aus Mißverständnis und weil ihre Herren sie aufgehetzt und ihnen weißgemacht hatten, daß der Numerierung der Häuser unmittelbar die allgemeine Einberufung folge. Anderseits verbreitete sich das Gerücht, die Volkszählung werde eine vollständige Befreiung von allen Gebühren mit sich bringen. Die Regierung ließ wohl eindringlich versichern, »die Konskription stehe in gar keiner Beziehung zu den Zahlungspflichten gegen die Gutsherren«; diese Gerüchte verstummten jedoch trotzdem nicht und riefen große Verwirrung hervor. Der Verfasser der »Historia Arcana« behauptet: wären die Geister nicht infolge der Volkszählung so erregt gewesen, so hätten die Wallachen nie zu den Waffen gegriffen und es hätte keinen Chorja gegeben; die Rebellen seien fast überzeugt gewesen, daß sie in des Kaisers Interesse handelten und daß die Gutsherren

»ihnen die Wahrheit verbargen«. Aber, wie gesagt, die ungarischen Bauern hatten bewußt keine Abneigung gegen den Militärdienst und keine Furcht vor dem mühevollen Leben im Regiment, wie die wohlhabenden freien Tiroler; warum auch? Daheim kannten sie nur Knechtschaft und Elend, ihr Leben auf den Gütern war so schlecht, daß irgend eine Veränderung es nur besser, nie aber noch schlechter gestalten konnte. Woher also sollten sie Patriotismus empfinden?

Anders stand es um die herrschenden Klassen. Es gab allerdings unter ihnen eine kleine Anzahl Josephinianer, die die Reformen notwendig und gerecht fanden: »Der Monarch als Staatsoberhaupt muß doch die Zahl, die Kräfte und Mittel seiner Untertanen kennen«[1]. »Die Konskription ist durchaus keine Neueinführung; sie fand früher statt, warum nicht auch jetzt? Die Adeligen sind insgesamt Soldaten, und zwar irreguläre Soldaten. Wenn der Kaiser das Recht hat, seine Linientruppen zu zählen, warum nicht auch seine irregulären?«[2]

Diese Gründe waren überzeugend und beruhigend; der Wortlaut der Erlasse erschien gerecht; das hinderte aber die ungarischen Stände nicht, zu merken, wo die neue Einführung hinaus wollte. Sie hatte zum Zweck, Ungarn den anderen Provinzen gleichzustellen, die freiwillige Insurrektion des Adels durch eine regelmäßig organisierte Armee zu ersetzen, dem Adel das beste Mittel zu bewaffnetem Widerstand aus den Händen zu winden und endlich die Verfassung mit ihren goldenen Freiheiten zu untergraben. Die allgemeine Unzufriedenheit sprach sich scharf und unerschrocken aus; die Proteste der Komitate klangen argwöhnisch, bitter und beleidigt. »Man führt Maßregeln ein« — sagten die stolzen Temescher —[3] »die bei einem Volke, das an Knechtschaft gewöhnt ist, Beifall finden können; aber die ungarischen Stände, die ebenso wie der König das Recht haben, sich um das Wohl ihres Vaterlandes zu kümmern, dürfen sie nicht stumm und ergeben

---

[1]) »Hungaria semper sua ad explicandam e legibus Regni conscriptionem recentissimam. Proposuit A. Chazar.« 1785.

[2]) »Babel« 1790.

[3]) Protest vom 5. Oktober 1784: Im I. Bande der »Collectio Ordinationum«. Clemens nennt ihn: une protestation séditieuse.

hinnehmen. E. M. geruhen uns mitzuteilen, Allerhöchstdieselben seien um das Wohl des Landes besorgt; daran zweifeln wir nicht, gleichzeitig bitten wir aber auch alleruntertänigst, erst uns um die Mittel zu fragen, die zu diesem Wohle führen können.« Hinter den schönen Versicherungen des Erlasses verberge sich der Zweck, alle zu Soldaten zu machen; aus welchem andern Grunde wurde bei der Zählung Größe und Körpergewicht der Bauern verzeichnet? »Es kommt oft vor« — bemerkten die protestierenden Stände ironisch — »daß schlecht gewachsene, lahme, bucklige Leute sich besser vermehren, als schlanke und große.« Vor allem aber — fügten die Nyitraer hinzu — sei die neue Verfügung ungesetzlich; erstens hätten die Offiziere gar kein Recht, bei staatlichen Agenden mitzuwirken und zweitens hätten die Behörden sich von altersher nie in das hineingemischt, was auf den Gutshöfen der Adeligen vorging [1]). Die stolzen Grundbesitzer konnten den Gedanken nicht ertragen, daß die Hand eines Untertanen den Namen eines adelig Geborenen in eine Liste einsetzen sollte, um die Obrigkeit von seinen Familienangelegenheiten zu unterrichten. Auch rein praktische Erwägungen traten hinzu; die Wallachen z. B. waren insgesamt Analphabeten; wie konnten sie also die Zählungslisten ausfüllen?

Diese Befürchtungen erwiesen sich als richtig; es kamen unzählige Fehler vor und die Regierung mußte deshalb wiederholt strenge Rügen erteilen [2]). Das war aber bloß eine häusliche Angelegenheit, die nur die Krone etwas anging; die Komitate durften sich da nicht hineinmischen und ihre allfälligen Proteste hierüber wurden entweder totgeschwiegen

---

[1]) »Statum Militarem, quem Lex ad arma praecise in defensionem Regni gerenda destinavit, quive ideo et non alia de causa oblata per Regnum contributione providetur, relate ad Politica-Provincialia nullam habere activitatem . . . Et Nos ipsi, pro quorum praerogativis et Libertatibus Sago (sic!) Togaque et fuso per Majores sanguine partis vetustae juxta ac novae sanctiones diplomaticae, Leges et Privilegia militarent, cum Incolis exteris comparatione exemploque inaudito in eandem classem eademque servitutis signa poneremur!« (Ib. Repraesentatio Comitatus Nitriensis. 1784. Ohne Datum.)

[2]) U. A. Zirkulare vom 4. April 1786.

oder scharf zurückgewiesen[1]). Als der Vizegespan des Nyitraer Komitats sein Mißfallen laut bei einer Sitzung äußerte, wurde er ohne weitere Umstände auf die Festung gebracht.

Diesmal aber protestierten die Stände nicht nur, sondern sie traten den Befehlen der Krone offen entgegen. Die Volkszählung galt von jeher in allen Ländern für eine schreckliche, furchtbare Sache. Der jüdische König David schon sah sich durch die Anordnung einer solchen selbst bestraft und auch die christlichen Schriftsteller äußerten sich stets voll Haß darüber[2]). Dieser Haß grub sich allen christlichen Völkern tief ins Herz und das katholische Ungarn machte keine Ausnahme davon. Die fremden Diplomaten hielten das Land für reif zum Aufstand und Noailles zweifelte, daß »bei dem erregten Zustande der Geister die Sache vorwärts schreiten könne«. Riedesel, der alles im schwärzesten Lichte darstellte, sah »blutige, grausame Vorgänge« voraus. So weit kam es nicht, doch entstanden immerhin Verwirrungen: einige Kommissäre aus Wien wurden geprügelt und aus den Dörfern hinausgejagt; im Veszprimer Komitate wurde ein Offizier getötet, ein anderer mit Wasser angeschüttet und ihm das Versprechen abgenommen, sich nie mehr im Bezirke zu zeigen; im Marmaroscher Komitate schlugen die Angehörigen des niederen Adels die Fenster des Sitzungssaales ein[3]).

---

[1]) Clemens erzählt, Joseph habe auf die ihm in Preßburg überreichten Vorstellungen kurz geantwortet: »Es ist nur um einen Säbelhieb zu tun.« (D. A. Clemens à Stutterheim le 16 octobre 1784.)

[2]) Lactantius, De mort. persecutorum, c. 23: »Agri glebatim metiebantur, vites et arbores numerabantur, animalia annis generis scribebantur, hominem capita notabantur.«

[3]) »Historia Arcana«, § 96. »Der Renegat« Isdenczy, der an Ort und Stelle geschickt worden war, um der Sache nachzugehen, teilte der ungarischen Kanzlei folgende Punkte der geheimen Bestimmungen des Nyitraer Komitates vom 25. Oktober 1784 mit: 1. »Daß das Comitat an den Judicem Curiae sich gewendet habe, um einen Landtag zu erwirken um die Aufrechterhaltung seiner gesetzmäßigen Autorität; 2. daß die vom Consilio an das Comitat abgeschickten Conscriptionstabellen für unempfangen vom Comitat erklärt werden; 3. kein Comitats-Beamter soll sich unterfangen, den Conscriptoribus unter Verlust seines Amtes einen Beystand zu leisten oder mitzuwirken; 4. um aber jenes, was wider die Conscription vom Comitat entschlossen worden ist, wirksamer zu befördern, so

Joseph ließ sich aber nicht abschrecken; er beantwortete die Rufe: »vitam et sanguinem pro libertate« und die Straßenaufstände mit der Entsendung von Truppen und energischen Kommissären; ein drohender Erlaß vom 31. Oktober 1784 gab allgemein bekannt, die Preßburger Garnison werde scharfe Patronen und jeder Konskriptor militärische Bedeckung erhalten; den Vorsitzenden oder Stadtältesten, der nicht gehorchen wolle, werde man mit Gewalt aus dem Hause schleppen und zwingen, durch sein Erscheinen die Konskription zu sanktionieren; wer es wage, die Bauern zum Widerstande aufzuwiegeln, »der solle, welchen Standes immer er sei, ohne weitere Umstände festgenommen, nach Wien geschickt, zum Widerruf gezwungen und ihm eine heilsame Furcht eingeflößt werden«[1]. Nicht nur den Magistraten, sondern auch den Priestern aller Glaubensbekenntnisse wurde es zur Pflicht gemacht, dem Volke »gesündere Begriffe« beizubringen.

Die Mahnungen und energischen Maßregeln taten ihre Wirkung; die Bauern bildeten sich tatsächlich ein, alles geschehe nur zu ihrem Vorteile, während die Einwohner der königlichen Städte ohnehin immer gehorsame Untertanen waren; die Magnaten, mit Ausnahme von zweien oder dreien, »hatte der Hof im Sack«, wie Riedesel sich ausdrückt. Da der Adel sah, daß er auf sich selbst angewiesen sei, mußte er wohl oder übel nachgeben: vom 1. November, dem festgesetzten Termine, angefangen, ging die Konskription glatt vor sich. »Das Ganze war leeres Geschrei« — meldet schon am 10. November Clemens — »viele Komitate stellten sich zur Zählung, ehe noch die Kommissäre erschienen.« »Die Konskription geht wie am Schnürchen« — schreibt auch Riedesel, der so viel Böses prophezeit hatte. Er erklärte sich

---

solle jeder Prälat, Baro Regni, Magnat und Edelmann, welcher sich freywillig und ohne daß werkthätig wider ihn Gewalt ausgeübt werde conscribieren ließe, als einer den öffentlichen Determinationen sich widersetzende, mit einer Fiscal-Action belangt werden . . .« (U. A. Kanzlei-Archiv, Nr. 13394. Bericht vom 7. November 1784.)

[1]) Wie ernst gemeint Josephs Drohungen waren, erhellt aus C. Arneths: »Joseph II. und Leopold v. Toscana« I, 228.

dies durch einen Mangel an Einigkeit unter den Komitaten und durch den Verrat der Magnaten [1]). Die eigentliche Ursache davon aber waren die Bajonette der josephinischen Soldaten; noch war der Kaiser mächtig und die Opposition schwach; als sich die Sache umkehrte, verschwand auch der aufgezwungene Gehorsam.

Dies trat im Jahre 1788 ein, nachdem der Krieg mit den Türken erklärt war, der schwer auf allen Schichten der Bevölkerung lastete. Die Rekrutenforderungen stiegen nun ins Unermeßliche, da Zehntausende von Soldaten in den Donausümpfen umkamen. Das Bedürfnis nach Menschen war so außerordentlich stark, daß die Regierung sogar Leute in das Heer aufnahm, die bisher für untauglich gegolten hatten. Eine Verfügung vom 19. Januar 1790 bestimmte, fünf Fuß zwei Zoll Höhe — statt fünf Fuß drei Zoll — solle als hinreichend zur Rekrutierung angesehen werden. Die Stände protestierten energisch gegen die zwangsweisen Einberufungen. In Pest z. B. wies man darauf hin, die »misera contribuens plebs« sei ohnedies von den Lasten der Requisitionen und des Fuhrwesens ganz erschöpft; »es blieben keine Hände zur Bearbeitung der Felder mehr übrig und die Einberufung zur Infanterie mache den Kelch des Leidens überfließen« [2]). Die Verteilung der Rekruten sei ungleichmäßig; auf einige Komitate kämen zu viel, auf andere zu wenig. Die Forderung sei auch prinzipiell ungesetzlich; sie könnte nur mit Einwilligung des Reichstages gestellt werden. Die Neusatzer Stände drückten sich nicht weniger scharf aus und verweigerten obendrein rundweg ihre Mitwirkung; sie erklärten, »eine

---

[1]) Hier ein Postskriptum eines Berichtes Isdenczys: »Der Grundherr Graf Appónyi hat sich conscribieren zu lassen verweigert und stützt sich mit den Comitatsdeterminationen; es sind ihm 5 Mann Execution eingelegt worden. Zwey Edelleute sind entflohen, welche ohne Zweifel bald zurückkehren werden. Die Bauern hingegen haben sich eines Besseren besonnen und in Ansehung derselben geht die Conscription allda ruhig fort.«

[2]) U. A. Kanzlei-Archiv Nr. 13.821. Prothocollum Comitus Pesthiensis de dato 20. Octobris 1789: »... cum misera contribuens plebs ... multiplicibus collectaculis adeo exhausta est, ut nec cultivandae terrae sufficere queat.«

solche Verfügung widerspreche allen Landesgesetzen und Adelsprivilegien und deshalb fühlen sich die Stände vor ganz Europa im Recht, wenn sie, bei aller Treue gegen ihren Herrscher, um kein Jota von den grundlegenden Gesetzen ihres Landes abwichen«[1]). Die Ungarn waren auch damit unzufrieden, daß »die Kräfte, die sie verlieren mußten, gegen sie selbst gekehrt wurden«. Die ungarischen Truppen führte man, gegen alle Verfassungsordnung, in die deutschen Provinzen und im Lande blieben nur deutsche Regimenter, die kraft der Konstitution nie über die Grenzen des Königreiches hätten kommen dürfen[2]). Die österreichischen Offiziere waren sehr unbeliebt; die Stände und Pamphletisten wüteten gegen sie, denn »sie brachten Sittenverderbtheit, gottlose Grundsätze, pornographische Bücher, Hinterlist und Betrug ins Land«[3]). Die Publizisten forderten ebenfalls heftig die Nationalisierung der Armee; »bisher hat die österreichische Majestät über sie verfügt, das ungarische Königreich blieb ohne Macht und

---

[1]) Repraesentatio Comitatus Neogradiensis e Generali Congregationi 26. Januarii 1790 celebrata (Collectio Repraesentationum II, 183). Cf. Ib. I, 275, 276. Die Äußerungen des kühnen Biharer Komitates: »Si quis infinita illa onera consideret, quae belli hujus Turcici causa, sine Diaeta sine Statuum consensu populo imposita sunt, in quibus nec modus, nec proportia servatur, nec tempus, nec possibilitas spectatur (sunt enim haec onera prorsus sine exemplo, nec onera belli ullius ab anno 1737 gesti cum his comparari possunt), facilem in eam cogitationem incidere posset, esse aliquos homines, qui eo usque abutuntur gratia et fiducia M—is. Vestrae S—mae, ut occasione et praetextu rerum, quae ad bellum necessariae sunt apparandarum Nationem Hungaricam in illam miseriam et rerum omnium inopiam velint adducere, ut Jurium suorum oblita et fama coacta se ipsam in servitutem vendat.«

[2]) Protocollum Comitatus Unghvariensis. Anno 1790. Die vero 8 Mensis Martii. Cf. ihre Forderung betreffend die Nationalisierung der Armee: »determinatur, ut . . . universim Germanici in Hungaricis Regiminibus officium obtinentes ad Regimina Germanica et vicissim officiales Hungari e Regiminibus Germanicis ad Stationes inter sua Nationalia Regimina occupandas invientur, mutuo translocentur virique praecise Patricitii ad Hungarica Regimina applicentur, et pro meritis ad officia sublimentur, id ipsum Leges Patriae deposcunt.« (Collectio Repraesentationum etc. II, 303.)

[3]) »Omnis mutatio tam regnanti quam populo periculosa. Cum privilegio Sacrosanctae Justitae et Immaculatae Veritatis.« 1789.

Schutz. Die heimischen Soldaten befanden sich fast immer außerhalb der Grenzen ihres Vaterlandes, unter dem Oberbefehl fremder Generäle und ohne Anwartschaft auf Beförderung. Ihr Eid legte ihnen nur Pflichten gegen den König, nicht gegen das Königreich auf« [1]).

Kein Wunder also, wenn bei solcher Stimmung die Regierung mehr als einmal offiziell ihre Unzufriedenheit über die unzuverlässige Rekrutenaushebung ausdrücken mußte; sie fand weder pünktlich statt, noch lieferte sie taugliches Material; es gab unter den Rekruten eine Menge alte, kranke Leute, außerdem solche, die nicht das entsprechende Größenmaß und Alter besaßen [2]); »nur wenige Komitate zeigten Eifer, dem allallgemeinen Besten zu dienen« [3]). Gegen Deserteure und Simulanten wurde streng vorgegangen. Doch half dies nicht viel. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr Soldaten brauchte man und desto weniger konnte man erhalten. Dafür vergrößerte sich mit jedem Tage die Zahl derjenigen Leute, die bereit waren, gegen den König die Waffen zu ergreifen. Konskription und Rekrutierung waren die wunden Punkte der Reformen Josephs II. in Ungarn; sie waren es, die die größte Bitterkeit und lauteste Unzufriedenheit hervorriefen, und als sich der kranke Kaiser entschloß, der Reaktion nachzugeben, mußte er damit beginnen, dieses sein Lieblingswerk zu opfern. Der Erlaß vom 18. Dezember 1789 enthielt das Versprechen, daß »S. M. die Beschwerden der Komitate betreffend die Rekrutenstellung berücksichtigen werde«, und das Reskript vom 28. Januar 1790 hob unter anderem auch die militärischen Reformen auf.

Die ungarischen Stände hatten gesiegt; ihre Häuser wurden nicht mehr numeriert; bei den Klängen der Militärmusik und unter dem Donner der Geschütze löschte man die Ziffern auf allen Gebäuden aus; nun war die Furcht vor der Herabsetzung der Adelswürde und vor einem Verlust der Arbeitskräfte geschwunden. Leopold II. erkannte sehr gut,

---

[1]) »Hungaria graviter aegra. Oratore Angelo pacis.« 1790.
[2]) U. A. Circulare vom 16. September 1788.
[3]) Ib. Circulare vom 12. September 1788.

daß jedes Bestehen auf seines Bruders militärischen Maßregeln zur Revolution geführt hätte und kehrte zu den früheren Reichstagspostulaten zurück.

VIII.

Technische Mängel der neuen Militärordnung. Demoralisierung der Armee während des türkischen Krieges. Unverläßlichkeit der Soldaten in Ungarn. Verrat der Armee in Belgien.

Wir haben gesehen, wie energisch und hartnäckig sich die bürgerlichen Kreise der Bevölkerung gegen die Neueinführung wehrten. Doch auch in der Armee selbst standen die Dinge schlecht.

Umsonst waren Josephs II. Bemühungen allerdings nicht gewesen; das österreichische Heer war nun weitaus tüchtiger als früher. Der Lobpreisungen der offiziellen Presse zu geschweigen [1]), gibt auch Herzog Albert, ein Kenner im Militärfache, zu, daß die Armee unter Joseph II. große Fortschritte gemacht habe [2]). Breteuil meldet, nicht ohne Neid, wie regelrecht und genau die Mobilisierung im Jahre 1778, anläßlich der Besetzung Bayerns, vor sich gegangen sei [3]). Trotz alle-

[1]) Z. B. Gazette des Pays-Bas, 1785, No. 6, Supplément: »Ceux qui ont vu le régiment des dragons de Cobourg, ne sauraient se récrier assez sur la beauté des hommes et des chevaux de ce corps.«

[2]) Hier was er über die Manöver im Jahre 1767 sagt: »Les troupes s'acquittèrent assez bien des manoeuvres qu'on leur fit produire pour que j'aye trouvé dans la plus grande partie un changement avantageux depuis la dernière guerre; mais on n'y voyait pas encore cette exactitude et instruction qu'elles ont acquis depuis.« (Mémoires de ma vie II, 18.)

[3]) P. A. v. 334 f 43. Breteuil à Vergennes le 10 janvier 1778: »Je dois Vous dire à l'occasion de la marche des 15 m. hommes envoyés en Bavière, qu'elle a été ordonnée et effectuée du soir au matin avec autant de tranquillité et de facilité, que si la garde montante s'était mise en mouvement. On ne saurait donner trop d'éloges, ni trop d'attention à la manière dont tout est prévu dans ce pays pour la célérité avec laquelle l'armée entière peut être mise en mouvement.« Cf. Die Ansicht eines venezianischen Gesandten, Arneth: »Geschichte Maria Theresias« IX, 623, und Mirabeau: »Il est aisé de conclure, combien l'armée autrichienne est formidable et combien son choc est à craindre« (Mirabeau op. cit. VI, 332). Ein Kenner, wie der Marschall Marmont, der bei allen napoleonischen Feldzügen dabei war, fand das österreichische Konskriptionssystem »wunderwirkend«. (Mémoires du Maréchal Marmont, duc de Raguse. Paris. 1857. I, 142)

dem fanden aber beide auch viele Fehler in der Organisation des Heeres. Herzog Albert, der den Feldzug der Jahre 1778 bis 1779 mitgemacht hatte, versichert, der Generalstab tauge gar nichts: »den Offizieren fehlt jedwede Erfahrung und sie sind, besonders nachts, nicht imstande, selbst nach vorher eingezogenen Erkundigungen, ihre Kolonnen zu einem bestimmten Punkte zu führen«[1]. Eine zweite chronische Krankheit der Armee war die Überzahl der Generäle im Vergleich zu den Offizieren und Unteroffizieren, so daß es schwer fiel, ein Bataillon von 1200 Mann, die meistenteils ungeschult und schlecht diszipliniert waren, zu befehligen[2]. Was die einzelnen Waffengattungen anlangt, so besaßen die Artillerieoffiziere weder Kenntnisse noch Fähigkeiten[3] und zu den Festungsbauten an der Nordgrenze der Monarchie mußte man französische Ingenieure berufen[4]. Trotz allen Kosten und Anstrengungen zeigten sich in entscheidenden Augenblicken immer Lücken und Mängel bei den Truppen. Der Herzog von Sachsen-Teschen, der im Jahre 1784, zur Zeit der holländischen Verwicklungen, den verantwortungsvollen Posten eines Oberbefehlshabers inne hatte, schreibt folgendes über den Stand der österreichischen Armee aus dieser Zeit: »Die Lage des belgischen Heeres war verzweifelt. Es zählte nur 13.000 Mann im ganzen, es fehlte an Artilleristen, nicht ein Pionier war vorhanden, Geschütz und Proviant mangelten, und doch entschloß sich der Kaiser, dem diese Zustände bekannt waren, zu einem Bruche mit den Generalstaaten«[5]. Im Jahre 1787 ging es nicht besser; die Erregung des Volkes drohte damals in eine Revolution auszuarten und die Soldaten genügten kaum zum Schutz und zur Bewachung der Trans-

---

[1]) Mémoires de ma vie II, 387.

[2]) Ib. f. 424. Nach der Berechnung Mirabeaus, die er auf die von Mauvillon (?) gesammelten Daten stützt, kommen in der preußischen Armee auf 8000 Mann niederer Rangordnung 200 Offiziere und 430 Unteroffziere, in der österreichischen aber auf einen Mann ungefähr 140—240. (Mirabeau: »De la Monarchie prussienne« VI, 330. [So im russischen Original! Anm. der Übersetzerin.])

[3]) P. A. v. 336 f. 276. Breteuil à Vergennes le 9 juillet 1778.

[4]) Arneth: »Geschichte Maria Theresias« VII, 217—218.

[5]) Mémoires de ma vie III, 63.

porte und Magazine. Vom türkischen Krieg lohnt es sich kaum zu sprechen. Der Feldzugsplan war gar nichts wert, die taktischen Anordnungen mißglückten, die Disziplin ging verloren, die sanitären Maßregeln waren unzureichend und der Proviant mußte neu beschafft werden.

Der Kaiser selbst war trotz seinen eifrigen Sorgen für die Armee bei ihr von jeher unbeliebt. »Die Truppen liebten ihn nicht; seine Reizbarkeit und Geschäftigkeit, durch die er mehr einem irren Menschen als einem weisen Herrscher glich, hatten ihm die Herzen der Offiziere und Soldaten abwendig gemacht«[1]. Die Generalität war durch den Armeebefehl vom Jahre 1788 verletzt; der Kaiser warf darin den Korpskommandanten Mangel an Geist bei den Anordnungen vor und klagte über den Verfall der Disziplin[2]. »Und doch wußten alle, daß der Monarch selbst die größten Fehler machte; er gab den Untergebenen oft Befehle hinter dem Rücken ihrer direkten Vorgesetzten, woraus natürlich Mißverständnisse, Fehler und Widersprüche entstanden. Eine große Anzahl von Generälen reichten ihr Entlassungsgesuch ein«[3]. Auch die Stabs- und übrigen Offiziere hatten einen schweren Dienst und beschuldigten Joseph, der Mannschaft zu viel Freiheit zu gewähren; auch übermäßigen Geizes klagten sie ihn an[4].

---

[1]) Oeuvres de Frédéric le Grand ed. Preuss. VI, 145.

[2]) Cf. Beer: »Joseph II., Leopold II. und Kaunitz«, 291: Qu'est-ce la volonté d'un contre celle de tous? Et quelle aide peut-on se flatter de gens que l'on fait agir contre leur conviction? Ils se retirent, Vous laissent dans l'embarras et ne font que strictement leur devoir ...« und Arneth: »Joseph II. und Leopold v. Toscana« II, 178: »Avec cela, je dois Vous dire avec peine que je ne trouve ni volonté, ni zèle, ni énergie dans nos généraux. Tous sont au désespoir de faire la guerre: ils voudraient être commodément au logis, et personne ne va qu'autant qu'on le pousse, qu'on y est. Chacun s'excuse sur l'autre; point d'union.»

[3]) D. A. Schoenfeldt à Stutterheim le 24 novembre 1788.

[4]) D. A. Clemens à Stutterheim le 3 mars 1784: »Les officiers du corps qui marche de Hongrie en Gallicie font éclater un grand mécontentement, qu'ils soient obligés eux-mêmes de porter les dépenses que ces démarches exigent.« Cf. B. A. Jacobi au Roi le 4 févier 1786: »S. M se moque des représentations que lui font les chefs pour obtenir quelques dédommagements pour leurs officiers.«

In der Tat war ihre Lage nicht glänzend zu nennen; trotz allen Vorrechten, die ihnen in der letzten Zeit gewährt wurden, befanden sich die Offiziere in so schlechten Verhältnissen, daß jeder halbwegs begabte und tüchtige Mensch den Zivildienst vorzog — in Preußen war das Gegenteil der Fall [1]. — Mit den Soldaten war es dasselbe. Manöver, Lagerleben im Sommer, Exerzieren, Einprägung der Disziplin in friedlichen Zeiten, alles das brachte nicht eine wirklich kampftüchtige Armee zustande. Die Truppen, die einer so tollen Panik wie der bei Karansebes fähig waren, bei der der Kaiser und der Erzherzog Franz fast von den flüchtenden Bataillonen zertreten worden wären, gibt eine traurige Vorstellung von dem Geiste, der in der österreichischen Armee herrschte. Podewils erklärt den ungeheuren Verlust an Offizieren damit, daß sich die Mannschaft geweigert habe, in den Kampf zu gehen, wenn sich die Vorgesetzten nicht in die vorderen Reihen stellten; einen Preußen wie Podewils, der an stramme Disziplin gewöhnt und bis ins Innerste von militärischem Geiste durchdrungen war, mußte eine solche Erscheinung natürlich verwundern [2]. Der unglückliche Krieg stählte das Heer nicht nur nicht, sondern verminderte im Gegenteil seine Tatkraft. Noailles fand den Zustand der Armee im Jahre 1789 trostlos: »Der größte Teil des prächtigen Heeres schmolz nutzlos dahin; die neu einberufenen können natürlich nicht die Veteranen ersetzen — und der Krieg dauert fort. Nur

---

[1]) P. A. Bericht Durands: »On attribue la disette de talents dans les généraux de cette armée à la triste éducation que reçoivent les officiers depuis qu'ils commencent à servir. Relégués soit dans la Hongrie, soit dans d'autres provinces où ils manquent de société, ils perdent toute emulation, n'acquièrent aucune des idées que demande le commandement supérieur, et contractent des vices, qui étouffent le feu de l'imagination et le goût du travail. L'Empereur désirerait que les désagréments attachés ici à la profession des armes n'en éloignassent pas la Noblesse, mais le nombre de ceux qui se sont laissé persuader est très-petit et les gens les plus sensés m'ont dit que ce projet ne réussirait pas, que les plus grandes maisons continueront de se jeter dans l'administration civile, qui leur offre une carrière aussi brillante et moins pénible que celle des armes.« Cf. Mirabeau op. cit. VI, 331.

[2]) B. A. Podewils au Roi le 7 mai 1788.

mit großer Mühe wird es gelingen, die Magazine zu füllen und jedenfalls nur mittels zwangsweiser Requisitionen. Es ist ein erheblicher Mangel an Generälen fühlbar«[1]).

Das Schlimmste war, daß die Truppen, die den äußeren Feind nicht zurückzuschlagen imstande waren, der Regierung auch nicht helfen wollten, die inneren Unruhen zu unterdrücken. Besonders in Belgien und Ungarn waren sie unzuverlässig. Die Agitation der Komitate übte ihre Wirkung; die Mitglieder des Nyitraer Komitates drohten gar, die Soldaten würden nicht gegen ihre Landsleute ziehen, wenn diese der Regierung auch noch so offenen Widerstand bezeigten: »Was fühlen die Soldaten, unsere Mitbürger? Sie sind keine Söldlinge. Gegen den Feind der Christenheit werden sie mannhaft und gern die Waffen ergreifen, aber wenn ihr Vaterland in Not gerät, wird ihr Patriotismus über die Disziplin den Sieg davontragen.« Der Haß der ungarischen Soldaten gegen die deutschen Kameraden war allgemein bekannt. Podewils meldet, auf Grund von Tatsachen, die er von Jacobi erfahren hatte: »Es stehe außer Zweifel, daß der Haß der ungarischen Soldaten gegen die österreichischen alle Grenzen überschreite, sie scheuten sich gar nicht, ihn zu verbergen, so hätten sich die Dinge schon zugespitzt; die Obrigkeit beginne zu fürchten, daß eine solche Stimmung schlechten Einfluß auf den Geist der Armee haben werde«[2]). Schönfeld führte sogar Tatsachen an: eine Rotte Székler Husaren wurde gegen aufrührerische Bauern, die ihre Deserteure nicht ausliefern wollten, geschickt und schlossen sich den Aufständischen an.

Stärker und erfolgreicher war die Agitation in Belgien. Wenn schon die Offiziere sich weigerten, »auf das Gesindel zu schießen, das vor ihrer Nase Fensterscheiben einschlug«[3]), was konnte man dann von der Mannschaft erwarten, die die Revolutionäre auf alle Weise abtrünnig zu machen trachteten? Die Emigranten versprachen ihr einen Sou Belohnung per Tag,

---

[1]) P. A. v. 356 f. 226. Noailles à Montmorin le 25 mars 1789.

[2]) B. A. Podewils au Roi le 14 juin 1789.

[3]) »Copie des lettres du Général d'Alton à l'Empereur Joseph II.« 36. Bericht vom 2. August 1788.

die Abschaffung der Körperstrafen, die Verminderung des Wachdienstes, die Milderung der Disziplin. In den Kasernen wurden Flugschriften und Proklamationen ausgeteilt, in denen die Patrioten »die tapferen Helden zum Schutze des unterjochten Vaterlandes« aufriefen [1]). Man brachte den Leuten bei, daß die Offiziere ihre Tyrannen, ihre Peiniger seien; sie erhielten zum Lohne für alle ihre treuen Dienste nur Prügel und Schimpfworte und »zwei Groschen Bezahlung«. Auf den öffentlichen Plätzen Brüssels spielten sich im Jahre 1789 ebensolche Szenen ab, wie zwei Monate vorher in Versailles [2]). Oberst Blöckheim fürchtete nicht ohne Grund, »daß es in den Köpfen der Soldaten zu gären beginne« [3]). Die Truppenmannschaft, die aus Einheimischen angeworben worden war, desertierte in Massen und nur daraus lassen sich die raschen Erfolge der schlecht bewaffneten, unregelmäßigen Banden der Aufständischen über die regulären Heere der Regierung erklären. Die Waffe, auf die der Kaiser am meisten gerechnet, entfiel seiner ermattenden Hand und die Macht, die er ihr gegeben, kehrte sich nun gegen ihn selbst, indem sie zur feindlichen Opposition überging.

---

[1]) Zum Beispiel: »Aux Belges« (Recueil Bleu LVII, Nr. 1).

»... Craignez-Vous les canons, les soldats, la mitraille?
Ils ne sont pas pour Vous, mais pour cette canaille,
Qui veut vous enchaîner: un valeureux soldat
Ne prend son arme en main que pour sauver l'État.
Car il s'est engagé soutien de sa patrie,
Et non pour opprimer une Mère chérie.«

Derartige Flugschriften gab es in Menge.

[2]) Recueil Bleu v. LVI, Nr. 2: »Le patriote brabanson converti ou les erreurs du fanatisme. A Christianopolis«, 38: »Viele Soldaten wurden von Frauen, bestochenen Nonnen, die sich ihnen dann hingaben, von den Posten abgelöst. Ihr glaubt, diese Frauen werden als Sünderinnen gelten? Nein! Sie sind nicht zu ihrem Vergnügen Prostituierte geworden, sondern um dem Glauben, dem Vaterlande zu dienen: der Zweck heiligt die Mittel.«

[3]) Livre Noir du Comté de Namur le 28 juillet 1789 (Recueil Blanc, v. VII).

FÜNFTES KAPITEL.

Finanzielle und wirtschaftliche Reformen.

I.

Stand der österreichischen Finanzen vor Maria Theresia. Finanzsystem der Kaiserin. Ihre Wirtschaftspolitik. Maßregeln zur Hebung des Handels und Gewerbes. Kampf mit den Zünften. Handelsbeziehungen. Prohibitivsystem Maria Theresias.

Die habsburgische Monarchie behauptete, wie wir gesehen haben, mit Ehren ihren Platz unter den Großmächten des XVIII. Jahrhunderts. Ihre Politik war eine Weltpolitik, ihr Heer zahlreich und drohend, ihre Bureaukratie beherrschte, auf einen Wink des Monarchen, das ganze Land; sie war gefürchtet, umworben, geachtet. Eine solche Stellung erforderte jedoch große Opfer und vor allem — um ein Witzwort Montecuccolis, der seine Karriere nicht ohne Grund gerade in Österreich gemacht, zu wiederholen — drei Dinge: Geld, Geld und wieder Geld. Das war aber bei den Habsburgern immer ein wunder Punkt. Sie fanden zwar brauchbare Leute, wenn auch selten und mit großer Mühe, aber Geld besaßen sie manchmal wirklich gar keines. Das Geschick hatte ihnen weder die gottgesegnete Erde und das köstliche Klima Frankreichs, noch die großen Länderstrecken Rußlands mit ihren Goldgruben und Bergwerken geschenkt; reiche Kolonien, wie sie einst die Spanier besaßen, die der altersgrauen Metropole neue Nahrung zugeführt hätten, wußten sie nicht zu schaffen; die Entfaltung eines Seehandels war ihnen aus geographischen Rücksichten unmöglich. Es blieb daher nur eines übrig: dem

Volke möglichst viele Steuern aufzuerlegen. Und lange Zeit hindurch — selbst bis zur Regierung Maria Theresias — war dieses primitive Auskunftsmittel das einzige, zu dem die Finanzpolitik Österreichs Zuflucht nahm. Unter Karl VI. besserte sich die Lage durch den Zuwachs der italienischen und niederländischen sowie der Balkangebiete, denn diese lieferten beiläufig die Hälfte des ganzen Staatseinkommens, wozu noch kommt, daß sie der Regierung fast gar keine Kosten verursachten; sie waren gleichsam festländische Kolonien Österreichs. Als sie nun gegen Ende der dreißiger Jahre zum Teil verloren gingen, schrumpften auch die Einkünfte auf die Hälfte zusammen — im Jahre 1740 von 40 Millionen Gulden auf 20 Millionen; die Staatsschuld hingegen wuchs von 22 Millionen auf 60 Millionen an. Man hatte damals keinen Begriff von einer regelrechten Staatswirtschaft; es wurde kein Budget aufgestellt und die Regierung lebte in den Tag hinein, indem sie Anlehen zu Wucherzinsen aufnahm. Die Finanzverwaltung wurde systemlos geführt: die zentralen und lokalen Behörden, die ländlichen und die Kronämter, denen ihre Kompetenz nicht klar vorgeschrieben war, erhoben die Steuern, wie es ihnen paßte und ohne daß Kontrolle geübt wurde. Darunter litt vor allem das Volk, aber auch die Regierung; die Kassen waren leer — als Maria Theresia den Thron bestieg, fand sie nur 87.000 Gulden vor — und es war wenig Hoffnung vorhanden, sich von dem Defizit zu befreien. Ein großer Teil der indirekten Steuern war verpachtet; die Steuerbeamten trieben die Untertanen mit ihren Nörgeleien und unaufhörlichen Forderungen zur Verzweiflung. Selbst die Maßregeln, die die Regierung zur Hebung der Reichsfinanzen traf, standen nicht in einem logischen Zusammenhange und widersprachen manchmal geradezu dem Zwecke, dem sie dienen sollten. Die staatlichen Fabriken verursachten mehr Ausgaben, als sie Einnahmen brachten; die privaten und Staatsmonopole hatten nur zur Folge, daß das Publikum schlechte und teure Waren erhielt; das Fuhr- und Postwesen lag im argen; der inländische Zoll, die veraltete Einrichtung der Zünfte, die Ständeprivilegien mit ihren Vorurteilen hinderten die Entwicklung wirtschaftlichen Lebens in den Provinzen.

Die junge Kaiserin hatte sofort schwere Lasten zu tragen. Der achtjährige ununterbrochene Krieg an der Nord- und Westgrenze erforderte große Auslagen; die reichste Provinz, »die Perle der habsburgischen Krone« — Schlesien —, war in die Hände des Feindes geraten; feindliche Überfälle richteten die Hälfte der Monarchie zugrunde; überall legte man die Steuerschraube an, während sich das Geld der Untertanen stets verminderte. Es war unmöglich, zu dieser Zeit und auch später — bis zur Beendigung des Siebenjährigen Krieges — an eine Regelung der Finanzen auch nur zu denken; man hatte genug damit zu tun, die Bedürfnisse des Augenblicks zu decken. Die Subsidien fremder Mächte brachten zwar einige Hilfe, man mußte aber dennoch zu einer Erhöhung der Steuern greifen; sie wuchsen im Jahre 1762 von zwanzig Millionen bis zu vierzig an und waren noch in einer primitiven althergebrachten Form, und zwar folgendermaßen festgesetzt: Man erhob verbindliche Anleihen und eine alle Stände ohne Ausnahme treffende Einkommen- und Kopfsteuer; diese in Verbindung mit den gewöhnlichen direkten und indirekten Abgaben füllten die Staatskasse nur notdürftig. Erst nach 1763 konnte Maria Theresia daran denken, ihre Finanzen zu ordnen, und schritt energisch zur Tat.

Der Unterstützung ihres Sohnes sicher, entwickelte sie kurz und klar ihr Programm: »Ich und S. M. haben fest beschlossen, der Vielschreiberei, die sich überall eingeschlichen hat, ein Ende zu bereiten, die schleppende Geschäftsführung mit der Wurzel auszurotten und alle zu zwingen, die gegebenen Befehle sofort auszuführen. Dadurch hoffen Wir, genaue Kenntnisse über die Eigenart der Bevölkerung, über deren Vermögen, über den Stand der Landwirtschaft und die Einnahmen Unserer Erbländer zu erwerben und zur Verwaltung Unserer Finanzen Einrichtungen treffen zu können, die Uns über die Ursachen der Vermehrung oder Verminderung Unserer Mittel unterrichten und erfolgreich eine Abschaffung der Mißbräuche anstreben werden!« [1]

Das zentralistische Prinzip wurde nach Möglichkeit in

---

[1]) Handbillet an den Grafen Hatzfeldt vom 16. Oktober 1766.

der Finanzverwaltung eingeführt. Das Finanzministerium (Hof-Kammer) verwaltete alle Einkünfte, die in die Staatskassen flossen, und gab für sämtliche Behörden der Monarchie Assignationen aus. Die Kaiserliche Hof-Rechenkammer kontrollierte die Ausgaben und legte jährlich alleruntertänigst Rechenschaft darüber ab. In den Provinzen verwalteten die Gubernialbehörden die zahlreichen Kommissionen und wachten über die regelmäßige Aushebung der vielen indirekten Steuern, sowie darüber, daß die von den Ständen erhobenen sogenannten Contributionale gerecht, unparteiisch und »ohne Schädigung des Bauers« verteilt würden. Die Einhebung der Steuern in den Provinzen war Sache der Stände, die hierfür eigene Leute bestellt hatten und das Geld, bis zur Absendung nach Wien, in ihren ländlichen Gemeindekassen aufbewahrten.

Die direkten Steuern machten mehr als ein Drittel der Gesamteinkünfte aus — das war in den letzten Regierungsjahren Maria Theresias 19 Millionen; 10 Millionen jährlich sandten Belgien und die Lombardei und $3^1/_2$ lieferte Ungarn, wo zum Überfluß die Hälfte der Armee einquartiert war; die übrigen 22 Millionen von den 54 des Budgets brachten die indirekten Steuern ein. Zollgebühren, Salz- und Tabakmonopol, die Akzisen für Alkohol und Nahrungsprodukte, die Erbsteuer und Lotterie waren die hauptsächlichsten Einnahmsquellen. Besondere Hoffnungen setzte man auf die Weinsteuer, die auf Greiners Vorschlag am 1. Mai 1780 eingeführt wurde. Der kühne Finanzmann meinte, er könne alle übrigen Ratgeber ersetzen, der Staatskasse großen Gewinn zuführen und auf dem Haupte der Kaiserin-Mutter werde dank ihm der Segen aller Untertanen ruhen. Die Armen, deren Mittel für Wein und Bier nicht reichten, »mochten Wasser trinken«. Es kam aber anders, als er glaubte. Die neue Steuer für einen so notwendigen Artikel untergrub die Popularität Maria Theresias und alle Zeitgenossen schrieben es dieser Verfügung zu, daß das Volk die Nachricht von dem Tode der einst angebeteten Kaiserin so gleichgültig hinnahm.

Doch nicht die Weinsteuer allein, die ganze Finanzpolitik Maria Theresias hatte keine glänzenden Ergebnisse zu verzeichnen. Trotz aller Anstrengungen gelang es nicht, aus dem

Defizit herauszukommen. In den Jahren 1776—1777 wären einige Ersparnisse gemacht worden, aber der bayrische Erbfolgekrieg, der 30 Millionen kostete, verschlang wieder alles und stürzte den Staat noch tiefer in Schulden, obzwar er im XVIII. Jahrhundert ohnedies schon genug hatte — gegen 260 Millonen — mit einer Zinsenlast von 10 Millionen; diese Schulden trugen hauptsächlich die deutschen und die slawischen Länder. Ungarn übernahm keine Bürgschaften und wollte überhaupt nichts von den Reichssteuern wissen. Die 20 Millionen, die von dort im besten Fall einliefen, wurden bloß für lokale Bedürfnisse verwendet; nur gegen 4 Millionen kamen nach Österreich und auch diese erst nach langwierigen und ermüdenden Verhandlungen auf dem Reichstage des Jahres 1765. Der Monarchie wurde es, das muß man zugeben, nicht leicht gemacht, zu regieren.

So wenig glänzende Ergebnisse auch die Finanzpolitik der Kaiserin zutage förderte, so darf man doch ihr ehrliches Bemühen, die Zahlungskraft des Volkes zu heben, nicht anzweifeln. Sie sah das beste Mittel hierfür in der Verbesserung des nationalen Wohlstandes. Mit dem Selbstvertrauen, das die Herrscher dieser Epoche auszeichnet, zweifelte sie nicht daran, die Vormundschaft der Regierung und deren Aneiferung würden genügen, um die armen Untertanen zu bereichern.

Vor allem wurde eine neue Zentralstelle für Handel und Gewerbe, der sogenannte Hofkommerzienrat, errichtet. Die Regierung Maria Theresias wendete diesem Zweige der Staatswirtschaft das Hauptaugenmerk zu, da sie streng merkantilistischen Anschauungen huldigte. Kaunitz war der einzige, der sie nicht teilte; er war von den Ideen der Physiokraten durchdrungen. Trotz seiner Autorität drang aber seine Meinung bei der Sitzung der vereinigten Behörden, die am 17. April 1766 stattfand, nicht durch; die übrigen Mitglieder der Konferenz stimmten gegen ihn und auch die Kaiserin war für das alte System. Daher wurde die Industrie, besonders die Großindustrie sehr gefördert. Die notwendigsten Bedarfsartikel wurden in Österreich in hinreichender Menge erzeugt; dem Ministerium erschien es aber wünschenswert, im Inland auch die Fabrikation von Luxuswaren einzuführen, da diese

bisher nur um teures Geld importiert worden waren. Man berief zu diesem Zweck ausländische Arbeiter und Maria Theresia tat ihr möglichstes, um solche nach Österreich zu locken. »Ihre Majestät« — hieß es in dem Erlasse vom 2. August 1749 — »ist geneigt, Arbeitern aller Nationalitäten, wenn sie nur ihr Handwerk gut verstehen, alle erdenklichen Erleichterungen zu gewähren.« Sie wurden für zehn Jahre von sämtlichen Abgaben befreit und der Erlaß vom 7. Mai 1769 versprach sogar, »von Zeit zu Zeit ausländischen Handwerksgesellen, die ihre Kunst den Einheimischen beizubringen wußten, Prämien zu verleihen«. Ungeachtet ihrer Frömmigkeit und trotz den Protesten der Geistlichkeit und der Zünfte erlaubte sie auch den Lutheranern freien Zutritt ins Land; man sieht daraus, wie notwendig ihr das Gewerbe schien. Bittere Erfahrungen hatten allerdings die Regierung veranlaßt, die staatlichen Fabriken selbst mit Verlust aufzugeben, dafür leistete die Staatskasse aber Privatunternehmern, besonders wenn sie dem Adelsstande angehörten, reichliche Beiträge. Einige von ihnen — wie zum Beispiel der Graf Kinsky — hatten mit ihren Unternehmungen viel Erfolg gehabt und erfreuten sich daher der besondern Gunst beider Herrscher. Die Mehrzahl der Unternehmungen mißglückte jedoch, weshalb sich Maria Theresia in ihren letzten Regierungsjahren veranlaßt sah, die früheren Bestimmungen zu ändern. Die freie Konkurrenz wurde nunmehr unter besonderen Schutz gestellt und der neue Reichsrat, der 1771 zusammentrat, beschloß, »Fabriken, die ohne Subventionen nicht bestehen konnten, ihrem Schicksal zu überlassen«.

Die Regierung, die sonach die Fabrikanten einerseits unterstützte, betrachtete sich andrerseits auch immer als ihre Herrin und übte strenge Aufsicht über das Fabriksgewerbe. Man nahm sich hierbei die Maßregeln zum Muster, die Friedrich II. am 27. Juli 1742 getroffen hatte, nach welchen die Herstellung der Fabrikate ihrer Qualität und Quantität nach durch Kanzleiverordnungen genau geregelt wurde[1]. Alle zum Verkauf bestimmten Waren wurden behördlich ge-

[1]) Hofdekret vom 23. März 1762.

prüft und gestempelt[1]). Sogar der Arbeitslohn wurde vorgeschrieben, »damit sich die Waren nicht verteuerten«, gleichzeitig aber wurde den Fabrikanten ans Herz gelegt, »die Gesellen nicht schlecht zu behandeln und im Verkehr mit ihnen Mäßigung zu beobachten« [2]).

Eine Entwicklung des Großgewerbes war ohne intensive Geldwirtschaft nicht möglich und zog unausweichlich den Ruin des Kleingewerbes, das auf der Naturalwirtschaft, das heißt auf den Zünften beruhte, nach sich. Es ging auch wirklich zugrunde und die Regierung beschleunigte noch seinen Verfall, wobei sie auch von politischen Motiven geleitet wurde. Der moderne Staat strebte nach Zentralisation und wollte es nur mit einzelnen gleichberechtigten Individuen zu tun haben, die in öffentlichen Angelegenheiten nicht durch ein organisches Band mit einander vereint, sondern mechanisch getrennt waren; völlige Atomisierung der Gesellschaft war die Losung des XVIII. Jahrhunderts. Die abnorme Lage, in der sich damals die Zünfte befanden, und die Mißbräuche, die sich bei ihnen eingeschlichen hatten, verschafften der Regierung einen Vorwand, um ihre Reformen berechtigt erscheinen zu lassen. Ein hartnäckiger und langer Kampf entstand nun zwischen der auf römischem Rechte fußenden, unbedingte Unterwerfung unter den Willen des Monarchen fordernden Bureaukratie und den Zünften mit ihren veralteten Privilegien. Er endete zugunsten der Regierung, denn alle fortschrittlichen Elemente des Landes und die neuen Gewerbetreibenden waren auf ihrer Seite, während die Zünfte in ihrer mittelalterlichen Abgeschlossenheit erstarrten und von den neuen Anforderungen des Lebens nichts wissen wollten. Dennoch war es unmöglich, sie ganz aufzuheben, da sie zu weit verbreitet waren, und so bildete sich eine ernste gewerbliche und ökonomische Krisis heraus, die die Regierung zwang, nach Auswegen zu suchen: schon Joseph I. hatte bevorzugten Personen das Meisterrecht verliehen und sich bemüht, das Fabriksgewerbe zu fördern, wodurch er das Gewerbemonopol der

---

[1]) Hofdekret vom 16. Dezember 1762.
[2]) Hofdekret vom 10. Oktober 1751.

Zünfte ins Schwanken brachte. Der Erlaß Karls VI. vom 12. April 1725 versetzte ihnen einen entscheidenden Schlag; er verfügte nämlich, daß allen Gesellen ohne Unterschied der Herkunft und des Glaubensbekenntnisses erlaubt werde, ihr Handwerk selbständig, ehe sie es noch zum Meister gebracht hatten, auszuüben. Die Folge war, daß eine Menge Ausländer, die früher nicht das Recht besessen hatten, in den Erblanden zu verweilen, sich nunmehr in Österreich ansiedelten und zur Entwicklung der Gewerbetätigkeit daselbst auch wirklich beitrugen; die einheimischen Meister hinwiederum wurden durch die starke Konkurrenz ein wenig aus ihrer Lethargie herausgerissen und veranlaßt, ihrer Schablone zu entsagen. Der Versuch Karls VI., eine »Generalverordnung« herauszugeben, die allen in den Zünften herrschenden Mißbräuchen ein Ende bereitet hätte, erwies sich dennoch als unfruchtbar und konnte nicht ausgeführt werden.

Unter Maria Theresia erfuhren die Zünfte in Regierungskreisen die abfälligste Beurteilung. Charakteristisch dafür ist »die normale Verfassung« vom 30. März 1776; sie empfahl allen städtischen Magistraten und Adelskammern, »Handwerker, Fabrikanten und Manufakturisten ohne Unterschied der Zahl, nach eigenem Ermessen und auf Grund eingereichter Gesuche zu empfangen und ihnen auf ihr Verlangen sofort, ohne alle Anfrage, das Meister- und Bürgerrecht zu verleihen«. »Die Allergnädigste Absicht« war, »den Handwerkern und anderen Arbeitern die Möglichkeit zu verschaffen, sich auf ehrbare Weise ihr Brot zu verdienen; auch sollte mit dieser Verordnung die Auswanderung der Gesellen verhindert, nützliche Arbeiter aus der Fremde in das Land gelockt und überhaupt eine Vermehrung der Bevölkerung, die auch dem Ackerbau zugute käme, erzielt werden.« Die Handwerker durften sich niederlassen, wo es ihnen gefiel; jeder Meister konnte so viele Gesellen halten, als er wollte, was große Unternehmungen beförderte; vierzehn der wichtigsten Industrieartikel wurden für frei erklärt, so zum Beispiel Leinwand, Tuchstrumpfware, Baumwollspinnerei, Messerfabrikation usw. Gleichzeitig bemühte sich die Regierung Maria Theresias, getreu ihren

zentralistischen Bestrebungen, die Zahl der Zünfte zu vermindern und allen in den Erbländern befindlichen Zunftgenossenschaften dasselbe Patent zu verleihen. Derartige Verfügungen schnitten tief in das Zunftleben ein; sie drangen aber nicht ins Volk, sondern wurden in den Departements der Ministerien geheimgehalten; bloß in gewissen Angelegenheiten hielten sich die Beamten daran. Die böhmisch-österreichische Hofkanzlei fand nämlich, »die Publikation dieser Maßregeln hätte zu viele Deutungen hervorgerufen und einige Meister zugrunde gerichtet«. — Das war so die richtige theresianische Politik, die sich immer mit halben Maßregeln zufrieden gab.

Große Aufmerksamkeit wandte Maria Theresia auch den Handelsbeziehungen zu. Der adriatische Meerbusen war die wichtigste Handelsstation; es wurde hierher eine vortreffliche Straße gebaut; den Seestädten, wie Triest und Fiume, verlieh man Privilegien, den Exportgesellschaften Steuerfreiheit und so belebte sich die bisher wüste Gegend. Sogar der Versuch, unmittelbare Beziehungen mit den Kolonialländern anzuknüpfen, wurde unternommen: der geschäftige Graf Proli und der kühne Seefahrer Boltz veranstalteten eine Expedition nach Ostindien, die den Unternehmern einige Vorteile brachte. Doch war in Anbetracht der geographischen Lage der Monarchie der Landweg für die Regierung wichtiger; man mußte vor allem daran denken, die neu entstehenden heimischen Fabriken zu schützen. Man verstand darunter nur solche, die in den Erblanden errichtet wurden, die Ungarn galten für ausländische Konkurrenten; deshalb war Ungarn auf die Erzeugung von Rohprodukten beschränkt, was den Deutschen keinen »Schaden« brachte. Wurde man jedoch eines solchen gewahr, so half man sich dagegen sogleich durch die Einführung von Grenzzöllen.

Wenn man schon gegen das marianische Königreich so vorging, so kann man sich vorstellen, was für drakonische Maßregeln man gegen das Ausland ergriff. Unter Maria Theresia trieben die Prohibitivzölle die üppigsten Blüten. Während man sich zur Zeit Karls VI. mit hohen Schutzzöllen begnügte, gingen diese nunmehr in Prohibitivzölle über, be-

sonders, wenn es das Interesse der adeligen Fabriksbesitzer so erheischte. In den sechziger Jahren wurde dieses System zum ökonomischen Axiom: die österreichischen Beamten schworen nur auf die Werke der deutschen Merkantilisten. Der Erlaß vom 24. März 1764 setzte diesem System die Krone auf; es verbot die Einfuhr fast aller ausländischen Waren nach den Erblanden, außer nach Tirol. Die Kaufleute mochten klagen, so viel sie wollten, daß es den hiesigen Industriellen an vielen Artikeln für ihr Gewerbe gebreche und daß viele andere Artikel zu teuer und schlecht seien; der Kommerzialrat erklärte kurzweg, der Handel habe nur passive Bedeutung und müsse deshalb hinter den Gewerbeinteressen zurückstehen. Mit dem Einfuhrverbot parallel ging das Ausfuhrverbot für Rohprodukte, die zur Ernährung der arbeitenden Klasse notwendig waren, und die Erschwerung des Transits, von dem man fürchtete, er könne den Schmuggel begünstigen. — Die Regierung Maria Theresias, die sich im allgemeinen wenig an Grundsätze klammerte, war in dieser Beziehung sehr konsequent; in der Staatskasse war so wenig Geld und die Erhaltung des ungeheuren Heeres und Beamtenstaates erforderte so viel, daß jede Gold- oder Silbermünze, die im Lande zirkulierte, schon einen Abgang für die Staatskasse bedeutete [1]).

---

[1]) Über die finanziellen und wirtschaftlichen Reformen Maria Theresias siehe Arneth: »Geschichte Maria Theresias«, v. v. IV, VII, IX, X, und d'Elvert: »Zur österreichischen Verwaltungsgeschichte« (1880, 417—435), auch Beer: »Studien zur Geschichte der Volkswirtschaft unter Maria Theresia« (Archiv für österr. Geschichte, v. 81) und »Zur Finanzverwaltung Österreichs« (Mitteilungen des Instituts für österr. Geschichte, XV, 1. Heft); »Die Staatsschulden und die Ordnung des Staatshaushaltes unter Maria Theresia« (Archiv für österr. Geschichte, v. 82) und die großen Werke d'Elverts »Zur österreichischen Finanzgeschichte« 1881, Seite 773, 247. Über die Zünfte: Reschauer: »Geschichte des Kampfes der Handwerkszünfte und der Kaufmannsgremien mit der österreichischen Bureaukratie«, 1882, und das Sammelwerk Ehrenreichs: »Vollständige Sammlung aller Verordnungen und Generalien für sämtliche Zünfte und Innungen des österreichischen Kaiserstaates, vorzüglich in den böhmischen und mährischen Provinzen. 1829. (Zur bibliographischen Seltenheit geworden.)

II.

Allgemeiner Charakter der Finanzpolitik Josephs II. Fiskalischer Standpunkt des Kaisers. Staatsbudget. Finanzielle Schwierigkeiten in den letzten Regierungsjahren Josephs II.

Unter der Regierung Maria Theresias war zwar viel zur Hebung des wirtschaftlichen Lebens in Österreich geschehen, doch blieb noch immer viel zu tun übrig. Energisch und entschlossen, wie in allen Dingen, schritt Joseph, der während seiner Mitregentschaft reichen Einblick in alle Staatsangelegenheiten gewonnen hatte, zur Tat. Er lenkte auch hier in alte Bahnen ein und hatte dasselbe Ziel wie seine Mutter im Auge, nämlich: möglichst viel Geld aufzutreiben, die Finanzen zu ordnen, die Zahlungskraft der Bevölkerung zu stärken und ihren materiellen Wohlstand zu heben. Fast jede seiner Reformen hat fiskalischen Charakter an sich; die Bereicherung des Staates war das Hauptziel des Kaisers. Bei jeder Gelegenheit sagte er dies, indem er immer das Wohl des »Ärariums«, wie man die Staatskasse im Kanzleijargon nannte, in den Vordergrund stellte [1]).

Dieser Zug war derart charakteristisch für Josephs II. Regierung, daß die Leute, die ihm abgeneigt waren, darin das Alpha und Omega seiner politischen Tätigkeit sahen und nur immer von seiner außerordentlichen Habgier sprachen. Die Preußen zum Beispiel schilderten den österreichischen Monarchen als einen Harpagon, der um jeden Kreuzer zittere und gierig nach allem greife, was sich nicht in guter Hut befinde. »Zusammenscharren, nur zusammenscharren — das ist sein Lebenszweck« — ruft Friedrich II. aus. Selten versäumen es seine Agenten [2]), in ihren Berichten Beispiele an-

[1]) Zum Beispiel: W. A. V. B. I, Karton 599. An das General-Kommando in Gallizien. Wien, den 15. April 1783: »Seiner Maj. dem Hofkriegsrath in Ansehung der Buccowina im Monat May 1781 erklärte ah. Gesinnung ist, anstatt des bis dahin zu beobachten gewesten Status quo die innere Verfassung der Buccowina auf einen besseren Fuß zu setzen und vorzüglich hierbey den Bedacht darauf zu nehmen, damit das Land für das Künftige leichter und mit Billigkeit gehalten, zugleich aber auch davon der billige Vortheil für das Aerarium gezogen werden möge.«

[2]) B. A. Riedesel au Roi le 21 février 1781: »Je crains de devenir fastidiau en rapportant chaque jour de poste des nouvelles épargnes que fait l'Empereur.«

zuführen, die diese Beobachtung unterstützten. Joseph II. komme nicht dem letzten Willen Maria Theresias nach, die den Armen reiche Zulagen gewährt habe [1]; er habe den russischen Thronfolger mit den Hofleuten zu Tische sitzen lassen, um ihn nicht selbst bewirten zu müssen [2]; die Kaufleute, die unter seinen den überseeischen Handel betreffenden Verfügungen litten, entschädige er in keiner Weise [3]; die Krönung in Ungarn verschiebe er von Jahr zu Jahr, um die damit verbundenen Auslagen zu ersparen [4]. Breteuil, der den Klatsch liebte, versicherte seinem Kollegen: »Der Kaiser wird täglich geiziger. Er versteht es freilich vortrefflich, große Summen zusammenzuscharren, aber, wie allen Geizhälsen, flößt ihm die Freude an den gesammelten Schätzen eine unüberwindliche Abneigung ein, etwas auszugeben« [5]. Die Österreich feindlich gesinnte Presse spottete boshaft über den fiskalischen Charakter der ganzen inneren Politik Josephs II.: »Das Ärar und das allgemeine Wohl sind synonyme Begriffe geworden. Was jenem zum Vorteil gereicht, bringt durch eine glückliche Kombination auch diesem Gewinn« [6]. Der originelle Wiener Humor geißelt diesen Charakterzug des Monarchen ebenfalls häufig in Spottgedichten. Als er viele Hofleute verdienter- und unverdientermaßen aus dem Schlosse ausquartierte, wurde an das Burgtor folgendes Plakat angeschlagen: »In diesem Hause sind im ersten und zweiten Stocke Zimmer zu verlassen. Wer sie besehen will, wende sich an den Hausherrn, der zu ebener Erde wohnt.«

Cum grano salis waren diese Beschuldigungen nicht unbegründet. Joseph war in der Tat geizig und habgierig, aber nicht in dem Sinne, wie seine Feinde ihn schilderten, sondern nur insofern, als die finanzielle Frage im Vordergrunde seiner Bemühungen stand. Er war nicht für seine Person geizig und habgierig, sondern für den Staat, und das gab er auch

---

[1]) Ib. le 17 janvier 1781.
[2]) Ib. le 29 septembre 1781.
[3]) Ib. le 14 janvier 1784.
[4]) Ib. le 7 mars 1781.
[5]) P. A. v. 345 f. 236. Breteuil à Vergennes le 18 juin 1782.
[6]) H. A. Gazette secrète du 4 mai 1785.

offen zu[1]). Er selbst aber besaß gar keine Ansprüche und lebte so einfach, daß er für sich fast nichts ausgab; der beste Beweis, wie er mit seinem Privatvermögen umging, ist, daß er das reiche Erbteil, das er von seinem Vater erhalten hatte, der Staatskasse schenkte, damit sie die Konversion glücklich durchführen könne. Er kam damit gewissenhaft dem Programm nach, das er im Jahre 1765 entworfen hatte[2]). Es fehlte ihm überhaupt nicht an Großmut und einer seiner Grundsätze war, stets freigebig zu sein[3]).

So wie der Kaiser selbst sein Eigentum dem Nutzen des Staates zuwendete, so erwartete er dies auch von seinen Untertanen. Er hielt sich daher für berechtigt, ihnen »willkürlich« Steuern aufzuerlegen und deren Höhe je nach den Bedürfnissen des Staates festzusetzen[4]). Er nannte sich in der Theorie nur »den Verwalter der gemeinsamen Einkünfte, der jeder steuerzahlenden Person Verantwortung schuldig sei«, ja er wollte sich sogar an Neckers Compte Rendu[5]) ein Beispiel

---

[1]) Siehe Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« I, 163.

[2]) Ib. III, 345.

[3]) Beer bemüht sich in seinem oben erwähnten Werke »Die Staatsschulden« etc. 18, 19, das Verdienst Josephs II. zu schmälern, indem er die an sich wahre Tatsache anführt, daß der Gedanke der Konversion schon 1763 entstanden war; des Kaisers Beschluß, hierfür das männliche Erbteil zu verwenden, sei schon in Innsbruck vor dem Tode Franz I. gefaßt worden. Das stimmt allerdings; aber Josephs II. Uneigennützigkeit steht dennoch außer Zweifel, denn sein väterliches Erbteil war sein persönliches Eigentum und nicht das des Staates. Beer war eben ein Schriftsteller konservativer Färbung und ihm kam es darauf an, den Helden seiner Gegenpartei des Kranzes zu berauben.

[4]) Siehe zum Beispiel seinen berühmten »Hirtenbrief«, § 9: »Ich betrachte die Finanzen nicht im obigen Gesichtspunkte mit dem großen Haufen, sondern ich erwäge hierbei, daß, da die Belegung und Benützung der Gefälle willkührlich vom Landesfürsten und seiner Finanzstelle abhängt, ein jedes Individuum sein Vermögen dergestalt mit blindem Vertrauen auf den Landesfürsten kompromittirt, daß jeder nur insoweit belegt wird, als die unumgängliche Nothwendigkeit der Sicherheit, die Verwaltung der Gerechtigkeit, die innerliche Ordnung und mehrere Aufnahme des ganzen Staatskörpers fordert.« (In allen populären Werken abgedruckt.) Siehe zum Beispiel Ramshorn: »Kaiser Joseph II. und seine Zeit.« 1861, s. 319.

[5]) Arneth: »Correspondance de Mercy« I, 27.

nehmen; in Wirklichkeit aber legte er niemand Rechenschaft ab und seine Verantwortlichkeit hinderte ihn nicht, nach Gutdünken über das Staatsvermögen zu verfügen und die Taschen seiner »guten Untertanen« zu leeren. Doch diese Prozedur sollte vollständig ordnungsgemäß und streng systematisch vor sich gehen. Er ließ mit den Staatseinkünften nicht leichtfertig schalten und walten; sie wurden in Rubriken, den Bedürfnissen entsprechend, eingeteilt. Das Budget vervollkommnete sich mit jedem Jahre[1]), so daß die Ehre, diese so notwendige Reform eingeführt zu haben, Joseph II., nicht Maria Theresia, gebührt[2]).

Im Jahre 1786 standen Österreichs Finanzen glänzend: die Einkünfte beliefen sich auf 88 Millionen, die Auslagen auf 85 Millionen; das Heer verschlang 28, das Anleihegeschäft 12, die der Schuldentilgung 6, die Administration 6, der Unterhalt des Hofes 1½, die Festungsbauten 2 Millionen usw.[3]) Diese Ziffern sind nur approximativ. Der Kaiser sagte im Jahre 1782 selbst, er sei noch nicht imstande gewesen, die Summe der staatlichen Einnahmen und Auslagen genau festzustellen, und zwar hauptsächlich darum nicht, weil die Rechnungen der vorhergehenden 10, ja sogar 12 Jahre noch nicht abgeschlossen seien[4]). 1788 wären sie in Ordnung gewesen, aber der türkische Krieg ruinierte die Finanzen. Man führte wohl eine neue Militärsteuer ein, gab neue Assignationen und verzinsliche Papiere heraus, machte Staatsanleihen und verbot die Herausgabe von Kapitalien[5]). Das nützte aber alles nichts, man mußte doch Schulden machen. Die drei Kriegsjahre hatten 218 Millionen gekostet und davon hatte man 125

---

[1]) Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« I, 155.

[2]) D. A. Clemens à Stutterheim le 25 août 1783: »Il n'est presque pas croyable, mais vrai et éprouvé par l'histoire des finances de l'Autriche, que jusqu'à ce moment-ci un tel état exact de toutes les branches des revenus et des dépenses de la Monarchie Autrichienne n'existait point, de sorte que les souverains eux-mêmes n'avaient pas une connaissance exacte de leurs moyens.«

[3]) Siehe über diese Frage das erwähnte Buch Hock-Bidermanns, 595, 598, 605—611, 619—628, das auf archivalische Daten stützt.

[4]) Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« I, 129.

[5]) Siehe Wolf: »Josefina« 110.

durch Kreditoperationen im In- und Ausland erhalten. Die Regierung verbarg ihre Verlegenheit hinter schwulstigen Phrasen vom Wohle ihrer Untertanen[1]), damit gelang es ihr aber nicht, jemand zu täuschen, und die letzten Lebensjahre Josephs II. vergingen in fieberhaftem Suchen nach neuen Geldmitteln; als echter Realpolitiker begriff er, »daß es hier nicht auf Worte und Erwägungen ankam«, sondern darauf, die Armee beizeiten mit Geld und allem erforderlichen Vorrat zu versehen. »Man müßte ausrechnen, wie viel von allem nötig ist und was man ausgeben kann«; deshalb erhielt der Obrist-Kanzler den Befehl, sofort eine Kommission zur Ordnung der ganzen Angelegenheit zu bilden[2]). Doch ging dies nicht so leicht; die Kommission hielt zwanzig Sitzungen ab, brachte es aber zu keinem Resultat. Leopold übernahm auch hier von seinem Bruder eine schwierige Erbschaft von nahezu — 370 Millionen Schulden.

III.

Steuersystem Josephs II. Anschauungen über die Besteuerung. Reform in der Finanzverwaltung. Rückstände und Josephs II. Verhalten ihnen gegenüber. Finanzsystem in Ungarn, Belgien und der Lombardei.

Von Schulden allein lebte nun freilich die Regierung Josephs II. nicht. In ruhigen Zeiten wurden, wie wir gesehen

---

[1]) Folgendes stand in den offiziellen Blättern und auf den Maueranschlägen im Jahre 1788 anläßlich der in Brüssel eröffneten inländischen Anleihe: »A tous ceux qui présentes verront, salut! Les dépenses extraordinaires que nous sommes dans le cas de faire pour le bien de Notre service, exigeant que sans toucher à nos revenus ordinaires, nous nous procurions d'autres ressources, et voulant donner à nos fidèles sujets belgiques les moyens les plus assurés de faire fructifier leurs argents et remplacer les fonds qui leurs sont successivement refournis par les remboursements partiaires des Emprunts faits précédemment pour Notre Royal service, lesquels remboursements continueront toujours avec la même exactitude; désirant aussi exciter leur zèle et leur empressement à préférer les levées qui se font dans le pays en leur accordant un taux d'intérêt de 4 % argent pour argent . . . Nous avons résolu de faire dans Notre ville de Bruxelles un Emprunt etc.«

[2]) Hofresolution vom 13. Juni 1789.

haben, sogar Ersparnisse gemacht[1]), im Jahre 1783 blieb ein Überschuß von 4—5 Millionen. Der Kaiser ging nach den allgemein anerkannten Grundsätzen des gesunden Menschenverstandes vor, als er Einnahmsquellen zu entdecken trachtete und Steuern einheben ließ: »Der Finanzmann muß darum besorgt sein, die Steuern mit möglichst wenigen Ausgaben genau und richtig einzuheben, ohne die niederen Klassen zu sehr zu belasten; die Auflagen sollen gleichmäßig verteilt sein und Adelige, Bauern und Bürger entsprechend ihren Vermögensverhältnissen Zahlungen leisten. Wenn man hie und da Personen findet, die sich dieser oder jener Privilegien erfreuen, sollen sie auf eine Stufe mit den anderen gestellt werden; wer aber zu große Lasten trägt, dem soll, wie es die Gerechtigkeit erfordert, das gleiche widerfahren« [2]).

Als Joseph II. den Thron bestieg, fand er durchaus nicht die Ordnung vor, die seinen Anforderungen entsprochen hätte [3]). Von einer Gleichmäßigkeit der Abgaben war keine Rede; trotz der großen Geldnot, in der sich der Fiskus unter Maria Theresia befand, zahlte doch der Adelige bedeutend weniger als der Bauer und dieser viel mehr als der Stadtbürger, der zahlreichen Freiheiten der Geistlichkeit ganz zu geschweigen; die Einhebung der direkten und indirekten Steuern verschlang allein schon ungeheure Summen und belästigte dabei die Inwohner in ihrem Privatleben. In Mähren kamen 380.000 Gulden auf die Gutsbesitzer und 1,150.000 Gulden auf ihre Untertanen. Joseph sah das Übel in zweierlei Ursachen wurzeln: in der veralteten Finanzverwaltung und in der Unrechtmäßigkeit der Grundsätze, auf denen die Steuern beruhten. Vor ihm lag die Finanzverwaltung zum Teil in den Händen der

---

[1]) Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« I, 129 le 7 août 1782: ». . . Je suis au niveau de mes dépenses, et il me restera encore un boni dont je pourrai disposer pour la diminution des dettes et pour l'arrangement de quelques impôts, qui sont nuisibles à l'industrie et à la culture.«

[2]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« III, 345. Cf. ib. 344. Es offenbart sich Josephs hartnäckiger Widerspruch, in Finanzangelegenheiten zu den Anhängern irgend eines Systems gezählt zu werden.

[3]) W. A. V. B. 1, Karton 596. Bericht der schlesischen Buchhalterei vom 18. Mai 1782.

Regierungsorgane, zum Teil in denen der Stände. Das Ministerium in Wien stellte Umfang, Bevölkerungszahl und Vermögensstand jeder einzelnen der erbländischen Provinzen fest und forderte bei der Landtagseröffnung die für die Staatskasse nötige Summe — die sogenannte Kontribution — ein. Die Eigenliebe der Stände wurde dabei möglichst geschont und die »Landtagspostulata« lauteten huldvoll und wohlwollend. Der Kaiser versicherte darin die Untertanen seiner Liebe und Zuneigung, sprach warme Wünsche für ihr Gedeihen und inniges Mitgefühl aus, wenn sie von Elementarereignissen betroffen worden waren. »Wir zweifeln nicht« — schrieb die böhmisch-österreichische Hofkanzlei im Namen des Kaisers an die sich versammelnden Stände Kärntens — »daß die alleruntertänigsten Stände Unseres Herzogtums Kärnten von Unserer Gemüthszärtlichkeit, die sie so oft kennen lernten, überzeugt sind. Wir sind bemüßigt, ihnen einige Steuern mehr aufzuerlegen, außer jenen, die das dringendste Bedürfnis erheischt. Aber je größer Unser Wunsch ist, die Lasten zu erleichtern, die unseren treugehorsamen Ständen obliegen, um so schmerzlicher ist für Uns die Einsicht, daß wir augenblicklich Unsere wohlmeinenden väterlichen Absichten nicht ausführen können. Die Sicherheit und das Wohl unseres Staates im allgemeinen, ebenso wie jedes Standes im besonderen, bildet den Gegenstand aller Unserer Sorgen. Gerade deshalb aber sind wir gezwungen, entsprechende militärische Kräfte zu unterhalten und die schweren Schuldenlasten, die zur Zeit teurer Kriege übernommen werden mußten, zu tilgen; beides erscheint als unumgänglich notwendig, wenn Unser Staat nicht in Verfall geraten und unvermeidlichen Gefahren ausgesetzt werden soll«[1]. Zum Schlusse verlangte die Krone eine, eine und eine halbe, zwei Millionen, je nach der Größe und dem Reichtum der Provinz. Die Summe wurde dann von den Ständen unter die Zahlenden verteilt, wobei natürlich die Interessen der Stände nicht vergessen wurden; die ländlichen Gemeindeverwaltungen hoben die Gelder ein und verwahrten

---

[1]) W. A. IV. H. 3, Karton 584. Landtagspostulata an das Herzogtum Kärnten für das Militärjahr 1783. Den 25. Oktober 1782.

sie dann in den ländlichen Gemeindekassen, bis sie an die Staatskasse abgeführt wurden.

Unter Joseph II., der die Selbstverwaltung gänzlich aufhob, ging die finanzielle Amtstätigkeit der Stände auf die Gubernialbehörden und die zahlreichen ihnen untergeordneten Spezialkommissionen über [1]) — es gab deren oft zehn [2]) — nur die ländlichen Buchhaltereien und Rechnungshöfe blieben weiter bestehen, um nicht allzu viele Behörden zu schaffen. Auch die Zentralbehörde wurde einschneidenden Reformen unterzogen. Getreu seinen zentralistischen Ideen kehrte Joseph II. zu der Ordnung vom Jahre 1748 — zum Directorium in publicis et cameralibus — zurück, wodurch die böhmisch-österreichische Hofkanzlei nicht nur die administrativen, sondern auch die finanziellen Angelegenheiten in die Hand bekam. Der Kaiser meinte, auf diese Weise werde die Kontrolle leichter sein als früher, da die umfangreiche Korrespondenz zwischen den Ministerien den Geschäftsgang so sehr verlangsamte. Die Kanzlei hatte nunmehr auch ein genaues Budget festzustellen.

Alle diese Vorkehrungen retteten aber die Staatskasse nicht vor den gewöhnlichen Folgen der Steuerüberlastung. Die Steuerrückstände wuchsen in den Erblanden nur immer mehr und mehr an. In den ersten Regierungsjahren Josephs II. waren sie, dank den normalen Verhältnissen, die damals herrschten, noch gering [3]), so daß sogar die b.-ö. Kanzlei sie

[1]) A. h. Instruktion für die Landes-Stellen vom 26. Mai 1787: »Da nunmehr die Catastral- und Contributional-Angelegenheiten ebenfalls bei den Landesstellen, wo ohnehin ständische Verordnete sind, verhandelt werden, so können diese Gegenstände den Ständen als einem abgesonderten Corps nicht zugewiesen werden.«

[2]) Siehe d'Elvert: »Zur österreichischen Finanzgeschichte« 643.

[3]) Hier die Tabelle der Rückstände der Gutsbesitzer und Bauern in Böhmen, von 1781 angefangen: 1781 — 16.500 und 63.500 fl., 1782 — 4600 und 40.600 fl., 1783 — 4500 und 32.300 fl., 1784 — 4800 und 26.900 fl., 1785 — 4500 und 20.000 fl, 1786 — 808 und 10.000 fl. (W. A. V. B. I, Karton 585.) In dem armen Galizien, wo die Bauern schon von den Gutsherren ausgesogen waren, beliefen sich die Rückstände im Jahre 1781 auf die ungeheure Summe von 600.000 fl. bei einer Steuerauflage von $1^1/_2$ Millionen; 1782 sanken sie auf 200.000 fl. herab. (W. A. V. B. I, Karton 599. Galizien 1781—1783.)

»unbedeutend« nannte und der Kaiser den Ständen der tschechischen Gubernialverwaltung seinen Dank aussprechen ließ, wobei er übrigens nicht versäumte, sie zu ermahnen, ihrer Verbindlichkeiten, betreffend die Eintreibung der noch ausständigen Reste, eingedenk zu sein [1]). Im Jahre 1787 aber, als die Ausgaben infolge des bevorstehenden türkischen Krieges sich vermehrten, wechselte das Bild mit einemmale: in Böhmen allein stiegen die Steuerrückstände auf 33.000 und im Jahre 1788 sogar auf 343.000 Gulden. Heftiger Zorn erfüllte Joseph, da er gerade damals so notwendig Geld brauchte; die Beamten erhielten scharfe Verweise: »Was die Rückstände anlangt, die bis zum 1. Oktober 1787 nicht behoben wurden, so soll der Gubernialbehörde in meinem Namen ihre Nachlässigkeit vorgehalten und ihr bedeutet werden, daß sie im Laufe der ersten Hälfte des Jahres 1788 die fehlende Summe auf ihre eigene Verantwortung einbringen müsse. Dem Distriktschef in Ellbogen soll für seinen schlechten Dienst Tadel widerfahren und ihm mit der Entlassung gedroht werden, wenn er seinen Pflichten nicht mit mehr Eifer nachkommt« [2]). Die Kanzlei wollte ihre Beamten in Schutz nehmen, aber der Kaiser duldete keine Widerrede und die Mitglieder der Gubernialbehörde, um ihren Lebensunterhalt besorgt und vom Ministerium gedrängt, übten nun einen mächtigen Druck auf die Bezirkschefs aus [3]). Es war nun fast so wie vor 50 Jahren in Rußland, wo auch Woiwoden und Statthalter wegen der Steuerrückstände ins Gefängnis wandern mußten.

---

[1]) W. A. V. B. 1, Karton 585. A. h. Resolution vom 3. Nov. 1786.

[2]) Ib. A. h. Resolution 28. Februar 1788.

[3]) W. A. V. B. 1, Karton 585. A. u. Note des obristen b.-ö. Hofkanzlers vom 2. März 1789: »Aus dem vom Gubernio von Zeit zu Zeit einlangenden Gestionsprotocollen hat man ersehen, daß die Kreisämter bei bezeigter vorzüglicher Thätigkeit in Eintreibung der Gaben vom Gubernio belohnt; wo Resten hervorgekommen, zum mehreren Eifer und nach Umständen zu Vornehmung der Systemal-Untersuchungen angewiesen; auch wenn nach Cassa-Schluß beträchtliche Rückstände erschienen sind, mit Sperrung des Gehaltes der betreffenden Kreishauptleute vorgegangen worden, so daß das Gubernium seinerseits zur Vollziehung der von S. M. diesfalls erlassenen Vorschriften Alles pflichtmäßig gethan hat.«

Bald zeigten sich die Erfolge dieser harten Maßregeln. In der ersten Hälfte des Jahres 1789 betrugen die Rückstände in Böhmen im ganzen 6700 Gulden und auch diese hoffte man »mittels strenger Anwendung des Gesetzes« bald einzutreiben[1]). Stolz wies das Ministerium auf den glänzenden Erfolg seiner Operationen hin und empfahl die Distriktschefs, die sich dabei besonders ausgezeichnet hatten, der Allerhöchsten Gnade, damit ihnen der verdiente Lohn zuteil werde. 1789 gab es wirklich in den gesamten Erbländern an Rückständen nur mehr 4667 Gulden. Oft traf die Regierung, um nur ja zu ihrem Ziele zu gelangen, äußerst originelle Anordnungen; zum Beispiel »den hebräischen Gemeinden, die ihre Schuld nicht tilgten, sollten die Synagogen gesperrt werden«[2]).

Nur sehr selten erbarmte sich Joseph der Not seiner Untertanen; erst wenn sie durch außergewöhnliche Elementarereignisse ins größte Elend geraten waren, erleichterte er die ihnen auferlegten Lasten oder erließ sie ihnen manchmal auch ganz. Gelegentlich der Überschwemmung im Jahre 1786 schlug der Obrist-Kanzler vor, den armen Einwohnern der Leopoldstadt 12% der Auflagen nachzulassen. »Graf Kolowrath! Dieses Beginnen ist billig«, schrieb Joseph II. auf die Rückseite des Berichtes[3]). Ebenso wurden am 4. Dezember 1787 einigen Bauern in Böhmen nach einer Feuersbrunst 1502 Gulden nachgesehen; im Herbst 1787 sandte der Kaiser gar einen Gubernialrat nach den überschwemmten Gegenden an der Donau und ließ durch ihn 100.000 Gulden an die Verarmten verteilen. Es war dies »die einzige Möglichkeit, den armen Leuten in dieser vorgerückten Jahreszeit zu helfen und ihnen die Mittel zu geben, den Winter überstehen zu können«[4]). Die Mittellosen wurden sogar von den Stempelgebühren befreit[5]). In solchen Fällen wollte der Kaiser die Saiten nicht zu straff anspannen. Um so mitleidsloser verfuhr er mit den Gutsbesitzern; wie

---

[1]) Ib. A. u. Vortrag der b. ö. Hofkanzlei, den 4. Juni 1789.

[2]) Verordnung in Böhmen vom 9. März 1786.

[3]) V. B. I, Karton 605. Steuersachen. Nieder-Österreich. A. u. Note vom 29. August 1786.

[4]) Arneth: »Joseph II. und Leopold von Toscana« II, 140.

[5]) Hofdekret vom 23. Dezember 1784.

gering auch die Summe sein mochte, die sie schuldeten, den Gubernialbehörden wurde doch streng aufgetragen, auf pünktliche Zahlung der Adeligen zu sehen[1]).

Ganz der gleiche Vorgang wurde auch in Ungarn eingehalten; auch dort hießen die direkten Steuern Kontributionen. Über ihr Ausmaß wurde in den Komitatsversammlungen abgestimmt und von deren Mitgliedern die Aufteilung vorgenommen. Ihre Einsetzung erfolgte durch die Komitatsverwaltung und später — nach der administrativen Reform — durch die Vizegespane. Auch hier wünschte der Kaiser ein möglichst strenges Vorgehen gegen die Privilegierten, während er die Bauern geschont wissen wollte; von ihnen sollten nur gelegentlich Zahlungen eingehoben werden und waren sie nicht imstande, sie zu leisten, so durfte man Nachsicht üben[2]), obwohl es auch in Ungarn Rückstände in Hülle und Fülle gab[3]).

Belgien und die Lombardei hatten eine besondere Finanzverwaltung. Die Steuerangelegenheiten ruhten dort völlig in den Händen der Stände, die verpflichtet waren, auf ihre Kosten das Gericht, das Heer und die Administration zu unterhalten und außerdem eine bestimmte Summe nach Wien zu senden. Und zwar wurde für die Niederlande die Einsendung von 7, für die Lombardei von 3 Millionen Gulden festgesetzt.

---

[1]) W. A. V. B. I, Karton 585. A. h. Resolution 23. Januar 1786: »Und versehe ich mich, daß das Gubernium für die Einbringung der Contributionsresten besonders bey den Obrigkeiten pflichtschuldig bedácht seyn werde.« Cf. ib. Karton 627. A. h. Resolution zum a. u. Vortrag der b.-ö. Hof-Kanzlei vom 15. April 1786: »Wird die Kanzley überhaupt sich gegenwärtig halten, daß, wenn auch für die Entrichtung der unterthänigen Contributions-Rückstände einige Nachsicht eingestanden werden sollte, diese Nachsicht jedoch sich nicht auf die obrigkeitlichen Dominical-Rückstände zu erstrecken habe.«

[2]) Verbesserungsanstalten für das K. Ungarn, den Temesvárer Bezirk betreffend, § 2.

[3]) Circulare de die 11 Mensis Aprilis 1785: »Quandoquidem M. S. S.—ma accuratiorem. Restantiarum contributionalium depurationem et currentis quanti depensionem omnimodo adursam habere clementer velit, hinc Consilium hoc Locum tenentiale Regium Civico huic Magistratui praesentibus de Altissimo Jussu Regio serio injungendum habet, ut omnia efficacia adhibeat media, quo praedictae Restantiae quantocius depurentur.«

Mit den Kontributionen zusammen, die jährlich 25 bis 30 Millionen abwarfen, machte doch das Erträgnis nicht einmal 40 Millionen, das ist die Hälfte des Staatsbudgets, aus. Man mußte nach anderen Mitteln suchen und fand sie natürlich in den indirekten Steuern, die im wesentlichen dieselben waren wie unter Maria Theresia, mit Ausnahme der Getränkesteuer, die im Jahre 1783 aufgehoben worden war. Zu den hauptsächlichsten Einnahmen dieser Art gehörten: die Zoll- und Straßengebühren im Inland und an den Grenzen (beiläufig 5 Millionen); die Wein- und Bierakzise, die übrigens verpachtet war (4—5 Millionen), Tabak- und Salzmonopol (3 und 11 Millionen), Einkünfte von den Staatsgütern (4 Millionen), Lotto (1 Million), säkularisierte Kapitalien (11 Millionen) und noch viele kleine Auflagen, wie die Stempelgebühren für Zeitungen, Broschüren, Puder, Schminke, die Gerichts- und Erbsteuern, die Abgaben der Städte für den Kerkerfonds, die Gehaltsabzüge usw. — Der Staat des XVIII. Jahrhunderts war in dieser Beziehung vielleicht noch erfindungsreicher als der heutige.

IV.

Physiokratische Steuer. Aufstellung eines neuen Katasters. Neue Grundsteuer. Schicksal der Reformen. Problem der Genesis der Finanzpolitik Josephs II.

Im Budget waren während der fast zehnjährigen Regierungszeit Josephs II. alle die oben angegebenen direkten und indirekten Steuern angeführt; sehr interessant und für die Zeit charakteristisch ist der Versuch des Kaisers, alle diese Abgaben durch eine einzige — die Grundsteuer — zu ersetzen. Joseph II. benützte diesen Anlaß, um seine Anschauungen über die Steuerangelegenheiten auszusprechen [1]).

»Der Gewohnheiten und Vorurteile, die sich im Laufe der Jahrhunderte festgesetzt hatten, dürfe man nicht achten«,

[1]) A. h. Handschreiben vom 25. November 1783: »Lieber Graf Kolowrath! Ich theile Ihnen mit . . . diejenigen Grundsätze, welche ich für die einzig ächte und angemessene in dem Steuer- und überhaupt in dem Belegungs-Geschäfte halte.« (W. A. B. 1, Karton 599.) Cf. über dieselbe Frage Hock-Bidermann op. cit., 599.

»man müsse auf den Urgrund der Dinge kommen«, also »allgemeine Grundsätze aufstellen«, so lautete die Einleitung des Projektes. Diese Grundsätze waren folgende: »Grund und Boden, von der Natur den Menschen geschenkt, um sie zu ernähren, sind die einzigen Quellen, aus denen alles hervorgeht, zu denen alles wieder zurückkehrt und die in Ewigkeit bestehen. Daraus ergibt sich die unleugbare Wahrheit, daß der Boden und nur der Boden die staatlichen Bedürfnisse zu befriedigen vermöge und daß kein Unterschied zwischen den Besitzungen der Menschen, welchem Stande sie auch angehören mögen, bestehen dürfe. Läßt man einmal diesen Grundsatz gelten, so versteht es sich von selbst, daß zwischen den Gütern des Adels und der Bauern, des Staates und der Kirche, ein Unterschied nicht herrschen kann und daß alle zu einer bestimmten Klasse Zahlender gerechnet werden müssen, je nach der Größe, Fruchtbarkeit und Lage ihres Anteils...« Demnach wurden alle Grundstücke ohne Ausnahme und ohne Rücksicht auf ihre Eigentümer oder auf ihre Qualität und Ausdehnung, dem Bruttoerträgnis entsprechend, wie es für die letzten 10 Jahre ausgerechnet worden war, besteuert. Der Kaiser hoffte an der Hand dieser Berechnungen jeden Fehler vermeiden zu können; 40% des Bruttoerträgnisses schienen ihm das gerechte Ausmaß für die Auflagen; die Vermessungen und die Aufstellung des Katasters sowie die Verteilung der Zahlungen auf die Gemeinden ergaben sich von selbst. »Eine derartige Reform« — meinte Joseph — »würde die Zahlungskräfte der Nation sofort heben.« Wenn man dieses System gleichmäßig über alle Provinzen verbreitet hätte, wären alle inländischen Zollabgaben weggefallen und »ein freier Verkehr zwischen den höchstens zwanzig Millionen Menschen entstanden«.

Auf dieses Projekt stützten sich die Zirkulare, die die b.-ö. Hofkanzlei im Frühjahr 1784 an alle Behörden der Erbländer versandte: »Auf den bewährten Eifer der Herren Statthalter und der ihnen untergeordneten Behörden, sowie auf die gewohnte Bereitwilligkeit der Herren Stände und auf deren Liebe zum allgemeinen Wohle und ihre Überzeugung von den wohlmeinenden Absichten Seiner Majestät rechnend«, befiehlt die

Kanzlei, »im Laufe von zwölf Wochen auf folgende Punkte Antwort zu geben: 1. Wie und in welcher Zeit ist es möglich, einen neuen Kataster anzulegen? 2. Wie soll in der Übergangszeit von dem einen System zu dem anderen vorgegangen werden? 3. Wie viel Überschuß wird die neue Steuer beiläufig abwerfen? 4. Welche von den alten Steuern muß und kann man zuerst aufheben?« Besonderes Gewicht wurde darauf gelegt, daß alle Güter der ganzen Monarchie und aller Stände ohne Ausnahme, je nach ihrem Erträgnisse und in vollkommen gleicher Weise[1]) der neuen Steuer unterzogen werden müßten. 40 % des Bruttoeinkommens nahm man bloß beispielsweise[2]) als entsprechend an, um die Interessen der Staatskasse sicherzustellen. Die übrige »Menge der unter so verschiedenen Namen bekannten Zahler« trachtete man so viel als möglich zu verringern, aber durchaus nicht »ein sogenanntes impôt unique, ausschließlich auf Grund und Boden fußend, einzuführen, indem man die übrigen Zahlungspflichten gänzlich aufhob«. Nur die schwersten, der Verwaltung unbequemsten und mit besonderen Einhebungskosten verbundenen Steuern wollte man abschaffen[3]).

In Befolgung des kaiserlichen Willens schickten sich die Beamten an, zuerst das wichtigste vorzunehmen — die allgemeine Landvermessung und die Herstellung des Katasters. Am 15. April 1785 wurde unter dem Vorsitze Geblers die Steuerregulierungs-Hofkommission gebildet. Am 20. April erschien ein Erlaß, der die Reihenfolge der vorbereitenden Arbeiten, die in allen Erbländern, außer in Tirol, vorgenommen werden sollten, feststellte. In Tirol verhinderte der Mangel an Ackerboden die Durchführung der Reform. In der Einleitung zu diesem Erlasse bemühte sich der Kaiser, in gewohnter Weise die Ursachen und das Ziel, die ihn zu diesen Reformen bewogen, klarzulegen. »Die bisher bestehenden Auflagen waren zwischen den verschiedenen Erblanden sowohl wie zwischen den einzelnen Persönlichkeiten ungerecht und

---

[1]) Im Original unterstrichen.

[2]) Ebenfalls unterstrichen.

[3]) W. A. V. B. 1, Karton 585. Böhmen: An das k. Böhmische Gubernium. Den 4. März 1784.

ungleichmäßig verteilt und die Grundsätze, auf die sie sich stützten, waren ungenau und schädigten die produktiven Kräfte des Landes; als Vater und Regent der Ihm von der Göttlichen Vorsehung anvertrauten Länder, hat Seine Majestät Maßnahmen getroffen, die, ohne die schon bestehenden, dem Staate zur Deckung seiner Auslagen notwendigen Steuern zu erhöhen, doch eine gleichmäßigere Verteilung der Abgaben für jede Provinz, jede Gemeinde, jeden einzelnen Grundbesitzer bezweckten und die arbeitsliebende Bevölkerung von allen Belästigungen befreiten.« Als Mittel zur Erreichung dieses Zieles sollten dienen: 1. die Einführung von Katastralbüchern und die Vermessung aller bebauten Felder; 2. die Feststellung der Anzahl aller Kornprodukte, die jeder Anteil abwarf. Den Grundbesitzern wurde es anheimgestellt, ihre Einkünfte anzugeben. Das Vermessen und die Einschätzung des Bodens sollten die Gutsherren mit Hilfe von sechs vertrauenswürdigen Bauern selbst vornehmen, wobei sie eine spezielle provinziale Kommission — bestehend aus einem Ingenieur, einem Ökonomen und einem Distriktskommissär — unterstützen sollte. Diese Kommission stand unter der Oberaufsicht des Hofes. Sie wachte darüber, daß bei der Vermessung kein Betrug oder Fehler unterlaufe und daß beim Nachweis der Einkünfte nichts verschwiegen oder entstellt werde. Betrug wurde strenge bestraft und wer auch nur das kleinste Stückchen Erde verleugnete, verlor es an denjenigen, der ihn zur Anzeige brachte. Die Möglichkeit zu derlei Anzeigen wurde dadurch leicht gemacht, daß die Vermessungs- und Schätzungslisten bei dem Geistlichen oder Dorfrichter auflagen; solche Anzeigen lohnten sich schon aus dem Grunde, weil durch eine große Strafzahlung, zu welcher ein Gemeindeangehöriger verhalten wurde, die Steuerleistungen der übrigen Mitglieder derselben Gemeinde sich um diese Summe verminderten. Gleichzeitig mit diesem Erlasse wurde eine ausführliche 18 Bogen starke Instruktion mit 22 Beilagen und 4 Tableaus für die Vermessung und Festsetzung der Einkünfte herausgegeben, die auch eine Belehrung für die Vermessung von Seen, Wäldern und Flüssen enthielt und auf die strengen Strafen aufmerksam machte, welche falche Angaben

nach sich zogen. Wer auch nur um ein Prozent mehr zahlen wollte, als ein anderer Gutsbesitzer, erhielt das Recht, ohne weiteres den in Frage stehenden Bodenanteil käuflich an sich zu bringen [1]).

Mit dem Erlasse vom 10. Februar 1786 führte der Kaiser die Steuerreformen auch in Ungarn ein, denn bisher waren dort die Summen, die für die Deckung der Auslagen der allgemeinen und lokalen Verwaltung [2]) vom Reichstage bestimmt wurden, ungerecht zwischen den einzelnen sowohl als zwischen den Komitaten verteilt. »Bei einer solchen Ordnung konnte der ungarischen Nation kein Heil erstehen.« Man mußte also Maßregeln treffen, damit alle Untertanen ohne Ausnahme, ihren Mitteln entsprechend, zur Zahlung herangezogen werden konnten. Die Allodialgründe unterlagen nun denselben Steuern, wie die anderen Grundstücke. »In keinem Lande bestehen die Privilegien und Prärogativen der Adeligen in Steuerfreiheit — in England und Holland zahlten diese sogar mehr als die anderen Stände — sondern darin, daß sie das Recht besaßen, sich selbst Abgaben für den Staat aufzuerlegen und damit den anderen mit gutem Beispiel voranzugehen. Man muß die persönliche Freiheit von der Vermögensfreiheit unterscheiden; vom landwirtschaftlichen Standpunkte aus sind die Adeligen hinsichtlich ihrer Güter auch nichts anderes, als Ackerbautreibende, Viehhändler und Fleischer; in den Städten sind sie bloß Einwohner und Konsumenten; auf Straßen und Überfuhren Reisende und Passagiere. In allen diesen Fällen müssen sie mit den übrigen Einwohnern und Bürgern auf einen Fuß gesetzt werden.«

Diese Grundsätze verdanken ihre Entstehung nicht der habsburgischen Monarchie, sondern waren neu für sie. Im Jahre 1748 wurden die böhmischen, mährischen und österreichischen Länder, ohne Unterschied des Standes und Vermögens, katastriert. Am 5. Dezember 1778 erschien ein Erlaß, der verbot, daß in Hinkunft Änderungen in der Steuer-

---

[1]) Hofdekret vom 18. August 1785.

[2]) Kontributionsfonds waren die Gelder, die der Zentralverwaltung nach Wien geschickt wurden; Domestikalfond nannte man den Überschuß, der die Bedürfnisse der lokalen Administration decken sollte.

verteilung, ohne vorherige Landvermessung, vorgenommen werden. In Galizien wurde auch wirklich eine Rektifikations-Hof-Kommission errichtet, deren Beamte überzeugt waren, »die Landvermessung werde eine bisher unbekannte Menge von Bodenbesitz ans Tageslicht fördern; die Kosten für diese Operation würden vergütet werden«. »Vierzig begabte Subjekte« wurden für dieses Geschäft ausersehen, deren Arbeit auf 16 Jahre berechnet war; man hielt es für unmöglich, ihre Zahl zu vergrößern, »denn es mangelte an erfahrenen und fähigen Individuen«, und auch die Auslagen wären zu groß gewesen [1]).

Die Vorarbeiten fanden während der Regierungszeit Josephs in der ganzen Monarchie im raschesten Tempo statt. Im August 1782 wurde in Ofen ein Lehrstuhl für Geodäsie zu speziell praktischen Zwecken errichtet [2]); der Erlaß vom 10. Mai desselben Jahres verbot, Geometer anzustellen, die keine spezielle technische Ausbildung erhalten hatten. Wenn es jedoch vier Jahre vorher an »erfahrenen Subjekten gemangelt hatte, wie viel mehr erst jetzt nach 1785, wo die Zeiten so unruhig waren«. Man mußte also die Sache den Güterbeamten und Bauern unter Oberaufsicht untergeordneter provinzialer Kommissionen überlassen. Die Güterbeamten »konnten und durften sich nicht von ihren Pflichten lossagen und S. M. wollte die Regulierung des Steuersystems früher als alles andere zu Ende geführt haben«. Ungehorsam zog, wie sich dies bei Josephs II. Regime von selbst verstand, »unbarmherzige Strafe nach sich« [3]). Die einberufenen Bauern wurden von der Fronarbeit befreit, und zwar von der zu Fuß gänzlich, von der Pferdefrone halb [4]); man hoffte, sie würden

---

[1]) V. B. 1, Karton 599. Galizien 1781—1783. Protokoll der k. Rektifikations-Hof-Kommission vom 28. April 1781.

[2]) Etsi nimirum universim summa necessitas studii Geometrici, Hydrotechnici et Mechanici, illud tamen in primis in Regno Hungariae, in quo videlicet proptet priorum saeculorum bella et vicissitudines complura Terrena in metis suis admodum confusa sunt, integri Tractus Regionum in Aquis et Paludibus adhucdum stagnant, viae publicae magna in parte adhuc neglectae sunt, peculiari studio esse excolendum in aperto est (Circulare de die 30 Mensis Augusti 1782).

[3]) Hofdekret vom 15. Februar 1786.

[4]) Hofdekret vom 15. August 1785.

dann um so lieber die Dienste leisten, die der Staat von ihnen forderte, und dies würde den Gang der Geschäfte beschleunigen; sollten sie sich dennoch der an sie gestellten »Forderung der Kommission« widersetzen, so hatte der Distriktschef mit seinen Unterbeamten an Ort und Stelle zu erscheinen [1]).

Schließlich erschien am 10. Februar 1789, nachdem Vermessung und Kataster vollendet waren, ein Erlaß, der bestimmte, daß die Zahlung der Grundsteuer vom 1. November desselben Jahres an zu leisten sei. In dem Erlasse werden dieselben Grundsätze wiederholt, die in dem Reskripte Kolowrats und in der Instruktion der Steuerkommission ausgesprochen waren — nämlich, daß jeder Stand und jede Provinz mit Bezug auf die Abgaben gleichberechtigt und nur der Grundbesitz direkten Steuern unterworfen sei. Die Auflagen waren bedeutend geringer im Vergleich zu jenen des ersten Projektes; die Staatskasse erhielt statt der früheren 40 % nur 12 Gulden 13 $1/3$ Kreuzer vom Hundert von den Bruttoeinkünften. Für Galizien wurden die Steuern gar auf 8 Gulden 46 $4/5$ Kreuzer herabgesetzt »aus besonderer Gewogenheit für dieses Land, das mit den anderen Provinzen nicht auf denselben Fuß gesetzt werden kann« [2]). Jeder einzelne Gutsbesitzer mußte seinem Einkommen entsprechend noch jährlich eine Summe nach der oben angeführten Norm zahlen. Dasselbe galt auch für die Bauern, nur konnten diese selbst die Verteilung der Kontributionen festsetzen; wer sich für geschädigt hielt, durfte sich bei der Gutsverwaltung beklagen und hierauf an den Distriktschef, ja selbst an die allerhöchste Stelle appellieren. Für die Eintreibung der Gelder wurde ein Gutsbesitzer bestellt, der von mehreren Gemeinden gezahlt wurde, die zu diesem Zweck einen eigenen Verband bildeten und für die regelrechte Einbringung der Abgaben sich solidarisch verbürgten. Die versprochene Herabsetzung der indirekten Steuern fand jedoch nicht statt, da »die übrigen Zahlungen, die gleichzeitig mit den Kontributionen zu entrichten waren, vorläufig unverändert geblieben seien«.

Alle diese Verfügungen betrafen nur die Erblande, aus-

---

[1]) Hofdekret vom 30. August 1787.

[2]) Patent vom 10. Februar 1789 für Galizien.

genommen Tirol. Die Lombardei und die Niederlande nahm Joseph selbst immer aus. Jenseits der Leitha aber kamen auch die wichtigsten vorbereitenden Arbeiten wegen der kriegerischen Zeiten nicht vom Fleck.

Die Regierung erfüllte insofern ihr Versprechen, als sie die Summe der Kontributionen nicht erhöhte und diese gerechter verteilte. Schlesien, Mähren, Görz, Galizien, Krain mußten mehr zahlen; Böhmen, Österreich, Steiermark und Kärnten wurden erhebliche Erleichterungen gewährt, sodaß auf die erste der zuletzt genannten Provinzen 3,643.000 Gulden statt der früheren 4,156.000 [1]) entfielen. Alle diese Berechnungen waren übrigens nur theoretisch: das Finanzjahr sollte am 1. November 1789 beginnen und der Kaiser starb schon am 20. Februar 1790, ohne die Früchte seiner Bemühungen zu ernten.

Wir dürfen sagen, daß diese Reformen tief einschneidend gewesen wären und die ganze Monarchie sowohl in finanzieller, als auch in ökonomischer Hinsicht völlig umgestaltet hätten. Da sie jedoch nie zur praktischen Anwendung gelangten, brachten sie der Staatskasse nicht einen Kreuzer ein. Immerhin war der Gedanke originell und Joseph II. verfolgte so hartnäckig sein Ziel und war so energisch bei den Vorarbeiten tätig, daß mindestens seine Zeitgenossen der Sache große Aufmerksamkeit zuwendeten; die späteren Forscher allerdings beschränkten sich darauf, die Akten abzuschreiben und das totgeborene, dogmatische Projekt zu verdammen.

Man nannte dieses überall, ohne Besinnen, ein physiokratisches Projekt. Auch die ausländischen Diplomaten waren dieser Ansicht [2]) und die periodische Presse [3]), die es häufig

---

[1]) W. A. IV. H. 3, Karton 545. Allerunterthänigster Vortrag der vereinigten Hof-Kammer und Banco-Deputation vom 10. Juli 1788.

[2]) Zum Beispiel: B. A. Riedesel au Roi le 13 décembre 1783: »On ne doute plus que les pays héréditaires seront mis sur le pied physiocrate ou celui des économistes français, protégés par Mr. Turgot en France.« Cf. D. A. Clemens à Stutterheim le 10 décembre 1783: »Cette idée est en partie le résultat des principes du système des physiocrates.«

[3]) Zum Beispiel: Gazette de Leyde, No. 41 de Vienne le 7 mai 1785: »On a pu remarquer que le résultat des conférences que S. M. avait établies pour la perception des impôts, tendait en général à adopter les principes des économistes français.«

himmelhoch pries[1]), desgleichen. Die größten Feinde der Reformen, zum Beispiel die Stände und die oppositionellen Flugschriften, stimmten dieser Benennung bei. Man hatte dafür ziemlich schwerwiegende Gründe. Das Projekt, das der Kaiser an Kolowrat sandte, enthält zweifellos viele Grundsätze der »Ökonomisten« und »der Menschenfreund« sowie Turgot selbst hätten es bereitwilligst unterschrieben. Auch der Erlaß vom 10. Februar 1789 ist von demselben Geist erfüllt, trotz aller Nachgiebigkeit, zu der das wirkliche Leben zwang. Es ist schwer zu sagen, inwieweit Joseph II. mit den Werken der Physiokraten bekannt war, denn auch hier, wie stets, wenn es sich um die Lebensanschauungen des Kaisers handelt, mangelt es an ausgiebigen Quellen und man muß sich mit Vermutungen begnügen; man kann aber kaum daran zweifeln, daß er einschlägige Bücher las, da seine Ideen zu klar ausgesprochen sind, als daß er sie aus zweiter Hand empfangen hätte können. Es ist auch bekannt, daß Joseph während seines ersten Aufenthaltes in Paris Turgot im Salon der Mme. du Deffand traf und sich lange mit ihm unterhielt. Freilich genügt das allein noch nicht zu einer gründlichen Kenntnis der physiokratischen Lehre; es beweist nur, daß der Kaiser der neuen Richtung, theoretisch wie praktisch, Interesse entgegenbrachte.

Trotz alledem war Joseph lange kein so fanatischer Verehrer der Ökonomisten, wie seine Gegner behaupteten; man kann ihn nicht einmal zu ihren besonders treuen Anhängern zählen. Gerade auf ökonomistischem Gebiete war er, mehr als anderswo, Eklektiker. Zum Glück besitzen wir Zeug-

---

[1]) »Journal historique et Politique.« De Vienne le 22 mai 1784: »Nous avons déjà eu l'occasion de remarquer, que l'Empereur suivait dans bien des points les principes des économistes, ces principes si ridiculisés en France. La taxe sur la terre, tant recommandée par le docteur Quesnay et ses sectateurs, vient d'être adoptée par S. M. J. dans tout ses points, même jusqu'au fameux produit net, qui avait tant effarouché les oreilles françaises. Puisse l'exemple de ce sage Prince faire ouvrir les yeux sur ce qu'il y a de vraiment admirable dans la doctrine des philosophes économistes et mettre fin au mépris dont on les a si injustement couverts.«

nisse von des Kaisers Hand über seine Anschauungen, diesen Zweig der Staatsverwaltung betreffend, und sie zeigen ihn uns durchaus nicht als Dogmatiker. Nicht ohne Humor erzählt der Monarch, daß er im Jahre 1761, als er zum erstenmal dem Staatsrat zugezogen wurde, ein wütender Anhänger Colberts gewesen sei. »Damals hielt ich mich für ebenso weise wie Colbert, weil ich in meiner Einbildung die Geldschränke an 6 verschiedenen Orten unterwölben ließ und mir einen Präsidenten, der den ganzen Staat verwalten, einen zweiten, der alles kontrollieren sollte, ausdachte. Nach einem Jahre Lehrzeit überzeugte ich mich, daß dieses System nur auszuführen wäre, wenn die Menschen es begreifen könnten; mit deren Schwächen rechnete ich dabei nicht . . . Das System wurde entstellt und lächerlich gemacht. Mein Hochmut wurde hart bestraft, weil ich mich so unüberlegt in die ganze Sache stürzte... Seither bin ich vorsichtig geworden und hüte mich davor, wieder in eine so peinliche Lage zu geraten. Ich bin, was finanzielle Glaubensbekenntnisse anbelangt, Atheist geworden. Ich sehe deren viele und glaube an kein einziges. Von dem Glaubensbekenntnisse meiner Vorfahren machte man mich, durch unwiderlegliche Beweise, auf die mindestens ich nichts zu erwidern wußte, abwendig. Die neue Religion widerspricht, wie ich sehe, dem praktischen Leben und ihre feuerigsten Anhänger beginnen schwankend zu werden. Mein Geist ist so geartet, daß ich nicht weiß, was ich zu allen den schönen Reden der Herren Financiers, an die ich nicht glaube, sagen soll. Ich komme mir vor, wie der gute Kapuziner, der sich mit Voltaire in einen Prinzipienstreit einließ; dieser brachte den guten Pater zum Schweigen, der indessen recht behalten hätte können. Ich will weder von Argumenten, noch von den alten Griechen und modernen Franzosen etwas wissen. Die auf jahrhundertelanger Praxis beruhenden Grundsätze haben für mich keine Beweiskraft; die österreichische Monarchie läßt sich mit keiner anderen vergleichen, ebensowenig wie das Jahr 1765 mit irgend einem anderen, von Christi Geburt angefangen. Wir wollen also nach den Geboten des gesunden Menschenverstandes vorgehen und zufrieden sein, wenn wir unsere Aufgaben, entsprechend

der Kraft, die uns Gott verlieh, begreifen und ausführen können. Haben wir aber einmal einen Beschluß gefaßt, dann wollen wir standhaft dabei verharren und alle Zweifel von uns weisen«[1]).

Man kann sich kaum deutlicher ausdrücken und weniger dogmatisch sein, als Joseph II. in diesem Falle. Und so wie der junge Kaiser im Jahre 1765, als er diese Worte niederschrieb, gewesen, so blieb er achtzehn Jahre hindurch; er hielt sich an keine Theorie, sondern verließ sich nur auf Leute, die die lokalen Verhältnisse aus eigener Anschauung kannten[2]). Ja, er war nahe daran, die Physiokraten auszulachen und ihnen in der Praxis zu beweisen, wie undurchführbar sich ihr Versuch, die Menschheit zu beglücken, erweise[3]). In dem bekannten Projekt von 1783 findet sich auch wirklich keine Spur von theoretischem Rigorismus und wir haben gesehen, wie ferne dem Kaiser der Gedanke lag, eine einheitliche Grundsteuer einzuführen und die indirekten Auflagen abzuschaffen; dadurch wäre das ganze neue System zu einem Nichts zusammengeschrumpft, denn unter diesen Bedingungen konnte die »produzierende Klasse« nicht fortkommen und Steuern zahlen. Die scharfsichtigen Anhänger der neuen Lehre erkannten dies sehr gut und Mirabeau rang die Hände und wehrte sich gegen die Zumutung, ein Gesinnungsgenosse des mächtigen Habs-

---

[1]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« III, 337, 338.

[2]) W. A. V. B. 1, Karton 599. An das General-Kommando in Galizien. Wien, den 15. April 1783: »Um das Beste des Unterthans, des Herrn und des Landesfürsten, daher das Allgemeine mit dem Wohl des Monarchen am sichersten mit einander in die gehörige Verbindung zu bringen, muß der Einführung des Steuerfußes die Überlegung und Bestimmung vorangehen, welches von beyden besser ist, wenn nämlich der größte Theil von den Steuern auf die Erde gelegt und außer solcher noch eine Allodial- und Schutz-Steuer eingeführt wird, oder aber, wenn die Steuerbelegung nicht bloß auf die Erde, sondern auch auf den Industrialverdienst deren Polizey-Professionisten geschiehet . . . Es wäre demjenigen, der die Localität vor Augen hat, nicht schwer seyn, die rechte Auswahl von dem zu treffen, was dem Bauer, der Obrigkeit und dem Monarchen am verträglichsten ist.«

[3]) Siehe zum Beispiel Mme. Campan: »Mémoires sur la vie privée de Marie Antoinette, Reine de France et de Navarre« I, 183.

burgers zu sein[1]). Mit einem Wort, Joseph II. führte, je nachdem es »das Wohl des Bauern, Gutsbesitzers und Monarchen erforderte«, sowohl das physiokratische als auch das merkantilistische System ein. Jenes erleichterte die Verteilung der direkten Steuern und vermehrte sie, dieses eignete sich besser für die indirekten Auflagen und so hielt sich Joseph an beide Systeme, denn ihm war es um den Erfolg, nicht um die Theorie zu tun.

V.

Landwirtschaftliches System des Kaisers. Verkauf der Staats- und Apanagengüter. Ackerbau, Gartenzucht, Waldpflanzung. Vermehrung der Bevölkerung und sanitäre Maßregeln. Versuche, der Emigration zu steuern. Deutsche Einwanderung. Verhalten Josephs II. gegen die nützlichen und schädlichen Elemente der Gesellschaft.

Der Kaiser war nicht nur in finanzieller sondern überhaupt in seiner ganzen Wirtschaftspolitik ein Eklektiker und brachte dem Ackerbau, dem Gewerbe und dem Handel die gleiche Fürsorge entgegen. Da er nun einmal den Boden für die natürliche Geldquelle hielt, von der alles ausging und zu der alles zurückkehrte, so konnte er diesen wichtigen Zweig des wirtschaftlichen Lebens in seinem Staate nicht vernachlässigen. Demnach wurden alle staatlichen und Apanagengüter an die verschiedenen Provinzen verkauft, denn der Kaiser hielt den Staat für einen schlechten Landwirt und war

---

[1]) Mirabeau: »De la Monarchie Prussienne« VI, 378, 379: »On a souvent dit, au moins en Allemagne, que l'Empereur voulait introduire le système physiocratique dans ses états. Juste ciel! quelle physiocratie que celle où il y a des péages et des douanes, non seulement du pays à l'étranger, mais d'une province à l'autre! où l'importation et l'exportation sont également gênées! où il y a une prohibition générale de tous les ouvrages manufacturés au dehors! . . . où le peuple n'a presque nulle part ni liberté, ni propriété! où le sel, le tabac et tant d'autres choses sont des régales! . . . L'Empereur a établi avec rigidité l'impôt territorial dans quelques provinces. Voilà ce qu'il a fait, et c'est la plus grande des absurdités, d'en avoir conclu qu'il adoptait le système physiocratique. Les peuples ont beaucoup résisté aux noveaux arrangements par rapport à l'impôt territorial, et avec raison; car c'est quand les impôts indirects subsistent et sont portés très-haut, quand il y a des gênes de commerce multipliés, que l'impôt territorial est dur et oppressif; alors on écrase le peuple de deux manières.«

für die private Gutsverwaltung[1]). Die großen staatlichen Latifundien wurden also parzelliert und so entweder verkauft oder auf eine lange Frist verpachtet, wobei auch die Bauern in Betracht gezogen wurden[2]). Ja noch mehr, »die Untertanen«, denen die Bebauung des umgeackerten Landes oblag, erhielten große Erleichterungen bei der Abzahlung der feudalen Steuern, zehn Jahre wurden sie ganz davon befreit; dafür wurden die Faulenzer, die ihr Land vernachlässigten, bestraft, indem man ihnen ihren Anteil nahm[3]). Die Einführung neuer und die Verbesserung alter Kulturen fand Beifall und sogar Belohnung. So wurde es zum Beispiel den Gärtnern erlassen, einen Teil ihrer Produkte an die Lehnsherren abzutragen, und die Leute, die sich bei der Gartenzucht auszeichneten, erhielten zum Lohne die silberne Verdienstmedaille[4]); den Brautpaaren wurde die Erlaubnis zum Heiraten erst erteilt, wenn sie einige Obstbäume gepflanzt hatten[5]). Manchmal ging die Regierung darin sogar etwas zu weit: einem Italiener, der in Ungarn die Reiskultur einführte, wurden 500 Joch bester Erde geschenkt und ihm zwanzigtausend Gulden als zinsenfreies Darlehen verabreicht. Besondere Aufmerksamkeit wendete man den Wäldern zu, da die Klagen über die Teuerung des Holzes und Baumaterials von Jahr zu Jahr lauter wurden. Eine Verordnung traf nunmehr Bestimmungen über die Ausholzung und Neupflanzung von Jungwald; wer gegen diese Verordnung

---

[1]) Hofdekret vom 24. März 1789: »Um die unter eigener Verwaltung nicht wohl übersehbare Menge der Staatsgüter wieder in solche Hände zu bringen, von deren bekannten, durch bewährte praktische Kenntnisse geleiteten und durch die reizende Aussicht eines sicheren Gewinns noch mehr beseelten Thätigkeit der Staat für die Landescultur jenes blühende Wachsthum zuversicherlich erwarten kann, wozu der größtentheils gesegnete und fruchtbare Boden der deutschen Erblande so vorzüglich geeignet, haben S. M. beschlossen, sämmtliche Staatsgüter und Realitäten öffentlich feilzubieten, pachtungsweise aber entweder in Erbpacht oder Zeitpacht auf längere Jahre durch den gewöhnlichen Weg der Versteigerung zu veräußern.«

[2]) Ibid.

[3]) Patent vom 16. April 1784.

[4]) Hofdekret vom 16. Oktober 1785.

[5]) Patent vom 7. März 1789.

fehlte, wurde zur »strengsten Verantwortung« gezogen. Die Distriktschefs, die über alles zu wachen und überall dabei zu sein hatten, mußten auf strenge Befolgung dieses Gebotes achten [1]). Man traf auch Präventivmaßregeln; die Regierung veranlaßte die Herausgabe von Broschüren, die gratis unter das Volk verteilt wurden und Abhandlungen über die beste Art, Wälder anzulegen, sie zu pflegen und auszunützen, enthielten. Das Ministerium trat überhaupt häufig als Lehrer auf und gab den Untertanen gute Ratschläge, zum Beispiel wie man mit jungen Pferden umgehen, wie man trächtige Kühe nähren, spanische Schafe mit wallachischen kreuzen, Maulbeerbäume setzen, lebende Zäune anpflanzen, Unkräuter ausrotten solle; dabei machte sie gleichzeitig auf die schädlichen Folgen vieler eingewurzelter Gewohnheiten aufmerksam, so auf die Ausschmückung der Häuser mit Birkenstämmen am Fronleichnahmstage, auf das Halten von Geflügel auf den Weideplätzen für das Vieh usw.

Mit der Vermehrung bebauter Erde sollte auch eine Vermehrung der Bebauer Hand in Hand gehen. »Die gesunde Vernunft«, lehrte Joseph den II., die moderne Theorie von der »möglichst großen Vermehrung der Untertanen in den Vordergrund zu stellen, denn auf ihr müsse Administration, Finanz und sogar die militärische Verwaltung fußen.« Der Kaiser sah in dieser Theorie, deren hauptsächlicher Vertreter in Österreich damals Sonnenfels war, einen dreifachen Vorteil; erstens: je mehr Menschen ein Staat besaß, desto mehr war er geschützt, desto zahlreicher konnten seine Provinzen, desto weiter ausgedehnt seine Grenzen sein; zweitens: flößte alles dies seinen Feinden Furcht ein und machte ihn zu einem erwünschten Bundesgenossen; drittens: mußte sich der Staat durch diese natürliche Vergrößerung der Steuerzuflüsse bereichern — alle diese Motive hatten eine hervorragende Bedeutung für einen Menschen vom Schlage Josephs II. [2]) Ein solcher Grundsatz

---

[1]) Verordnung in Böhmen vom 10. September 1784: »Die Kreisämter sollen sich die fleißige Aufsicht auf die Cultur der Waldungen und Befolgung der Holz- und Waldordnung besonders angelegen sein lassen.«

[2]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« III, 344.

hatte zur Folge, daß eine Menge verschiedenartiger sanitärer, hygienischer, prophylaktischer und einschränkender Maßregeln getroffen wurden, die sämtlich einen polizeilichen Charakter an sich trugen und in zudringlicher und lästiger Weise in die kleinsten Einzelheiten des Privatlebens eingriffen. So wurde zum Beispiel verboten, »während der sommerlichen Arbeiten Brunnenwasser zu trinken, ohne es früher mit Essig vermischt zu haben« [1]; die Mädchen, die in Klöstern, Waisenhäusern oder anderen Schulen erzogen wurden, durften kein Mieder tragen [2]; den Eltern wurde anbefohlen, strenge darüber zu wachen, daß ihre Kinder keine giftigen Kräuter, wie sie auf Feldern oder in Sümpfen wuchsen, zu essen bekämen [3]. Eine ganze Serie von Verfügungen und Anordnungen betrafen die Verhütung von Feuersbrünsten oder das Baden in den Flüssen, die Ausholzung der Bäume, den Häuserbau. Manchmal waren diese Verbote den liebsten und stärksten Gewohnheiten des Volkes entgegengesetzt, so zum Beispiel, was das Glockenläuten bei Gewittern, das Schießen bei Hochzeiten, die Seelenmessen für die Verstorbenen, die gymnastischen Spiele an Feiertagen anlangte. Doch wurde die Frage über die Gesundheit der Bevölkerung wirklich ernstlich behandelt. Jede Gemeinde erhielt ihre geprüfte Hebamme statt der unwissenden alten Weiber von früher und am 28. November 1785 erschien ein Erlaß, der für jeden Distrikt in allen Erbländern einen von der Regierung bezahlten Arzt bestimmte. Dieser hatte die Pflicht, »die Verbreitung von Epidemien zu verhüten, Kurpfuschern und Kurpfuscherinnen das Handwerk zu legen, die Apotheken zu kontrollieren und darauf zu achten, daß die Luft nicht verunreinigt und die Nahrung nicht durch ungesunde Produkte beeinträchtigt werde«. Der 24. Paragraph, der bestimmt, »die Armen sollten gratis behandelt werden«, ist für Joseph II. besonders charakteristisch. Man braucht nicht erst zu sagen, daß der Arzt nicht unabhängig handeln konnte; da er eine der Triebfedern des Staatsmechanismus war, wurde er unmittelbar dem Distriktschef untergeordnet, dem er Rechen-

---

[1]) Verordnung für Österreich, 20. Juli 1781.

[2]) Hofentschließung vom 14. September 1783.

[3]) Verordnung für Böhmen, 18. April 1786.

schaft ablegen mußte, und das ganze medizinische Fach fand sich ebenfalls in der alles in sich fassenden b.-ö. Hofkanzlei zentralisiert.

Entsprachen auch Josephs Bemühungen nicht dem Stande heutiger Wissenschaft, so blieben sie doch nicht fruchtlos; unter ihm gab es keine einzige starke und gefährliche Epidemie, nicht einmal in Ungarn, das der Türkei, die damals ein Herd ansteckender Krankheiten war, so nahe lag. Die Kordone erfüllten strenge ihre Pflicht; die Beamten wußten, daß der Kaiser mit seinen Verfügungen nicht spielen lasse, und die Pest, die in Moskau im Jahre 1771 wütete, wäre in Österreich undenkbar gewesen.

Eine zweite Gefahr für Joseph war die Nachbarschaft fremder Mächte, einerlei, ob sie freundlich oder feindlich waren; denn das Menschenmaterial, das er benötigte, konnten sie leicht zu sich hinüberziehen. Das wäre ein zwiefacher Verlust gewesen, denn was die habsburgische Macht verlor, gewann eine andere. Diese Gefahr mußte um jeden Preis verhütet werden und darum traf der Kaiser die strengsten Vorkehrungen gegen die Auswanderung. Er vermied dabei, so gut es ging, grausame Maßregeln, da sie dem Geiste der Zeit ebensowenig wie den utilitären Anschauungen des Kaisers entsprochen hätten. Mit Recht setzte er voraus, »die hauptsächliche Ursache der Auswanderung sei Mangel an Nahrungsunterhalt. Deshalb sollten die Gubernialbehörden, Distriktschefs, Magistrate, Gutsbesitzer und Dorfgewalten dafür sorgen, daß allen Arbeitsuchenden die Möglichkeit gegeben werde, sich ein sicheres Dasein zu begründen. Die Faulenzer hingegen sollten gewaltsam zur Arbeit angehalten werden«.

Aber auch an Koërzitivmaßregeln ließ man es nicht fehlen. Wer über die Grenze reiste, mußte einen von der entsprechenden Behörde ausgestellten Paß besitzen, für den er die ziemlich hohe Summe von 40 Gulden jährlich zu zahlen hatte. Die Leute, die über keinen Paß verfügten, verloren alle Bürgerrechte und im Falle sie keine gesetzlichen Erben besaßen, wurden ihnen alle Güter konfisziert[1]. Noch strengere Strafe

---

[1]) Patent vom 10. Juli 1789: von der Auswanderung, § 7.

traf denjenigen, der Leute für fremden Militärdienst warb. Man betrachtete ihn als »Menschenrauber« und schickte ihn auf die Galeere in Zwangsarbeit[1]). Joseph II. mußte in der Tat trachten, sich zu verteidigen, denn seine Nachbarn, besonders die Preußen, strebten mit allen Kräften danach, seine Untertanen in ihr Land zu locken[2]).

Zwar hätte der Kaiser am wenigsten Grund gehabt, darob erzürnt zu sein, denn er gab sich selbst alle Mühe, in die habsburgischen Länder Menschen herbeizuziehen; ihm galten sie jedoch bloß als lebendige Arbeitskraft[3]). Die josephinischen Publizisten äußerten ehrliche Freude, denn »jeden Sommer waren auf der Donau zahlreiche Barken zu sehen, die Männer, Kinder und Frauen, lauter gesunde, häufig auch schwangere Frauen, über die Grenze brachten«. Man sah einen Überreichtum »an menschlichen Geschöpfen« voraus. Aus Deutschland, besonders aus dem westlichen Teile, zogen die Kolonisten auf den Ruf des Kaisers in Scharen zu den fruchtbaren habsburgischen Gebieten herbei. Die ausländischen Diplomaten und auch die lokalen Zeitungskorrespondenten bezeugen, der Strom der Einwanderer, der in Wien einlange, werde von der Regierung hauptsächlich nach Ungarn gelenkt und die zahllosen Klagschriften der Komitate hierüber beweisen, wie stark der Zufluß deutschen Elementes war. Die Berufung dieser Leute war eine politische Tat Josephs, die er bewußt und mit Berechnung ausführte. Die ungarische Kanzlei riet, lieber den Ungarn und Slawen das Brachfeld zuzuweisen, als die Eingeborenen durch den Fremdenzufluß zu belästigen. Des Kaisers Entschließung hierauf lautete: »Das wäre keine Einwanderung, sondern ein Ortswechsel. Ich rufe ja eben die Deutschen herbei, damit sie die Ungarn lehren, wie man leben

---

[1]) Patent vom 13. Januar 1787; cf. »von Crim[illegible]alverbrechen«, § 136.

[2]) P. A. v. 327, f. 180. Vergennes à Breteuil [illegible] 27 avril 1775: »Il est aisé de présumer, que le Roi de Prusse n'aura pas [illegible]nqué de profiter d'une occasion aussi favorable (damals waren gerade [illegible] Bauernunruhe[illegible] in Böhmen ausgebrochen) au système constant qu'il s'e[illegible] de reper[illegible] les déserts de ses États par les habitants qu'il enlève [illegible] autre[illegible] sances.«

[3]) Arneth: »Maria Theresia und Joseph II.« III, 35[illegible]

und die Erde bebauen soll«[1]. 1786 wurden allein in Siebenbürgen 33 deutsche Dörfer gegründet[2]; zwischen 1782—1786 siedelten sich zwanzigtausend Leute beiderlei Geschlechts in Galizien an und der Graf Zamoiskij erntete den besondern Dank S. M. für die Einführung von 80 deutschen Kolonistenfamilien in seine Besitzungen. Die Anerbietungen, die man den Einwanderern machte, waren auch ziemlich verlockend; man gab ihnen Bodenbesitz und Material für Hüttenbau, befreite sie 10 Jahre von Geldabgaben, 3 Jahre von Naturalabgaben und — Väter und Söhne von der Rekrutierung.

Aber nicht wahllos berief man die Leute; wer in ökonomischer Hinsicht unbrauchbar oder gar schädlich war, wurde fern gehalten; so die Bettler, Vagabunden, Krüppel, alle, die zu keiner Arbeit taugten und nicht arbeiten wollten. Solchen Menschen gegenüber übte Joseph II. weder Gnade noch Erbarmen. »Elende und Krüppelhafte soll man, wenn sie über die Grenzen des Reiches herüberkommen, ihrem Schicksale überlassen«, so lautete die kurze Entschließung vom 4. Januar 1786. Besonders viele solcher Elemente gab es unter den Zigeunern und Juden. Die Erlasse vom 27. Oktober 1785 und vom 20. Februar 1787 verfügten die Ausweisung aller Zigeuner, die nicht einen festen Wohnsitz hatten. Am 5. Juni 1787 wurde der Befehl wiederholt, Vagabunden nach der türkischen Grenze abzuschieben, wenn auch nicht direkt in die Türkei, so doch wenigstens nach der Moldau und Wallachei. Auch für die Erblande ließ man die gleiche Verfügung gelten[3], da auch »dorthin eine erkleckliche Zahl von Leuten kam, die mit Weissagungen und verschiedenem Hokuspokus den leichtgläubigen Untertanen Geld herauslockten und manchmal sogar mit Drohungen und Hinterlist Mehl und andere Produkte abschwindelten«. Die Juden, deren Hab und Gut 100 Gul en nicht überstieg, suchte die Regierung los zu werden, eshalb sie ihnen erlaubte, ohne Paß auszuwandern[4].

---

[1]) Histo .cana, § 137.
Zie . »Die Reformbewegung in Siebenbürgen«, S. 269.
lverordnung in Innerösterreich vom 22. März 1788.
ließung vom 2. März 1786.